Die reden des freiherrn Carl Ferdinand von Stumm-Halbe...

Carl Ferdinand Stumm-Halberg (freiherr von)



Die Reden des
Freiherrn von Stumm-Halberg



Erster Band

Die Reden des Freiherrn Carl Ferdinand von Stumm-Halberg

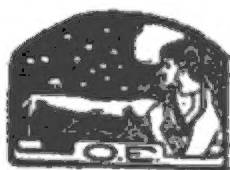
Historisch-kritische Gesamtausgabe

besorgt von

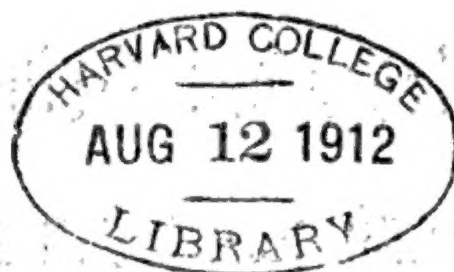
Dr. Alexander Tille

Erster Band

Die selbstherrliche Zollpolitik des Deutschen Zollvereins und des Deutschen Reiches 1868 bis 1898



Berlin 1906
Verlag von Otto Elsner


HARVARD COLLEGE
AUG 12 1912
LIBRARY

Inhalt

Seite

Vorwort IX

Die Reden des Abgeordneten Stumm zur selbstherrlichen Zollpolitik des Deutschen Zollvereins und des Deutschen Reiches 1868—1898

Deutsches Zollparlament

Erste Sitzungsperiode

Fünfte Sitzung, Sonnabend, den 2. Mai 1868. Oesterreichischer Handels- und Zollvertrag 3

Sechzehnte Sitzung, Mittwoch, den 20. Mai 1868. Alaunzoll . . 7

Achtzehnte Sitzung, Sonnabend, den 23. Mai 1868. Alaunzoll . 13

Achte Sitzung, Freitag, den 8. Mai 1868. Acquits à caution . 14

Zweite Sitzungsperiode

Siebente Sitzung, Dienstag, den 15. Juni 1869. Roheisenzoll und Gußwarenzoll 21

Elfte Sitzung, Montag, den 21. Juni 1869. Stabeisenzoll . . . 50

Dritte Sitzungsperiode

Achte Sitzung, Mittwoch, den 2. Mai 1870. Roheisenzoll . . . 60

Neunte Sitzung, Dienstag, den 3. Mai 1870. Roheisenzoll, Stabeisenzoll, Winkeleisenzoll 84

Deutscher Reichstag

Erste Legislaturperiode

Dritte Session

Dreißigste Sitzung, Dienstag, den 28. Mai 1872. Roheisenzoll . 96

Sechsundvierzigste Sitzung, Dienstag, den 18. Juni 1872. Roheisenzoll 98

Seite

Vierte Session

Neunundvierzigste Sitzung, Dienstag, den 10. Juni 1878. Eisenzölle 106
Siebenundfünfzigste Sitzung, Freitag, den 20. Juni 1878. Eisenzölle 134
Sechzigste Sitzung, Dienstag, den 24. Juni 1878. Eisenzölle . . 152

Zweite Legislaturperiode

Dritte Session

Zweiundzwanzigste Sitzung, Dienstag, den 7. Dezember 1875. Eisenzölle 161
Siebenundzwanzigste Sitzung, Dienstag, den 14. Dezember 1875. Das Kompromiß von 1873 164

Dritte Legislaturperiode

Erste Session

Zehnte Sitzung, Donnerstag, den 15. März 1877. Eisenzölle . . 167
Siebenundzwanzigste Sitzung, Sonnabend, den 21. April 1877. Ausgleichsabgaben 180
Achtundzwanzigste Sitzung, Montag, den 23. April 1877. Acquits à caution 207

Vierte Legislaturperiode

Zweite Session

Achte Sitzung, Sonnabend, den 22. Februar 1879. Schutzzollpolitik 209
Einundzwanzigste Sitzung, Montag, den 17. März 1879. Eisenenquete 223
Vierundzwanzigste Sitzung, Freitag, den 21. März 1879. Eisenenquete 247
Achtundzwanzigste Sitzung, Freitag, den 28. März 1879. Schutzzollpolitik 250
Sechsundvierzigste Sitzung, Freitag, den 16. Mai 1879. Roheisenzoll 258
Siebenundvierzigste Sitzung, Sonnabend, den 17. Mai 1879. Zoll auf Schmiedeeisen und Eisenwaren 301
Fünfundfünfzigste Sitzung, Mittwoch, den 28. Mai 1879. Vorläufige Einführung des neuen Zolltarifs 318
Einundsechzigste Sitzung, Dienstag, den 17. Juni 1879. Zölle auf Lokomotiven und Lokomobilen 324
Zweiundsechzigste Sitzung, Dienstag, den 19. Juni 1879. Zoll auf See- und Flußschiffe 331
Achtundsechzigste Sitzung, Montag, den 30. Juni 1879. Rohkupferzoll 334
Neunundsiebzigste Sitzung, Freitag, den 11. Juli 1879. Zoll auf grobe Eisenwaren 348

Seite

Dritte Session

Achte Sitzung, Mittwoch, den 25. Februar 1880. Schmuggel . . 355
Neunzehnte Sitzung, Montag, den 15. März 1880. Schutzzollpolitik 358
Achtundzwanzigste Sitzung, Montag, den 12. April 1880. Aufhebung des Flachszolles 369
Einunddreißigste Sitzung, Freitag, den 16. April 1880. Transitverkehr und Veredlungsverkehr für Getreide 378
Neunzehnte Sitzung, Montag, den 21. März 1881. Schutzzollpolitik 383
Einundzwanzigste Sitzung, Donnerstag, den 24. März 1881. Zollanschluß Hamburgs und Wirkung der Zölle auf die Kosten der Lebenshaltung 419
Dreiundzwanzigste Sitzung, Montag, den 28. März 1881. Wirkung der Zölle auf die Kosten der Lebenshaltung . . . 423

Achte Legislaturperiode

Erste Session

Achtzigste Sitzung, Mittwoch, den 4. März 1891. Schutzzollpolitik und Kartellwesen 426
Einundneunzigste Sitzung, Dienstag, den 17. März 1891. Schienenvergebungen 438
Einhunderteinundsiebzigste Sitzung, Sonnabend, den 13. Februar 1892. Schienensubmissionen und Schutzzollpolitik . . . 445
Einhunderteinundneunzigste Sitzung, Mittwoch, den 9. März 1892. Getreidezölle 466

Preußisches Herrenhaus

Session 1892

Zehnte Sitzung, Donnerstag, den 31. März 1892. Rohkupferzoll 473

Deutscher Reichstag

Neunte Legislaturperiode

Dritte Session

Neunzehnte Sitzung, Sonnabend, den 19. Januar 1895. Quebrachozoll 482
Zwanzigste Sitzung, Dienstag, den 22. Januar 1895. Quebrachozoll 485
Zweiundzwanzigste Sitzung, Donnerstag, den 24. Januar 1895. Quebrachozoll 500

Seite

Vierte Session

Fünfundsechzigste Sitzung, Freitag, den 20. März 1896. Quebrachozoll 507

Einhundertsiebenundfünfzigste Sitzung, Mittwoch, den 20. Januar 1897. Quebrachozoll 518

Einhundertachtundfünfzigste Sitzung, Donnerstag, den 21. Januar 1897. Quebrachozoll 521

Fünfte Session

Achtzigste Sitzung, Sonnabend, den 30. April 1898. Verzollung von Seidengeweben und Zoll auf Rohwolle 536

Vorwort

Am Ufer der Blies zu Neunkirchen und am Ufer der Saar zu Dillingen ragen zwei mächtige Hütten- und Walzwerke zum Himmel empor: das Neunkircher Eisenwerk der Firma Gebrüder Stumm und die Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke. Am Ufer der Mosel zu Ueckingen und über dem Alzettetal zu Rebingen rauchen zwei weitere Hochofenwerke, die dem Neunkircher Eisenwerk und den Dillinger Hüttenwerken Roheisen schaffen helfen. Die zwei Eisenwerke des Saargebietes sind alte Gründungen, ihre Tochterwerke im Moselgebiete stammen aus jüngeren Tagen. Aber in ihrer Gestalt am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts waren alle diese Hütten das industrielle Lebenswerk des Freiherrn von Stumm-Halberg, der außerdem an der Halbergerhütte zu Brebach an der Saar als stiller Teilhaber beteiligt war. Was diese Werke in der Zwölfmillionentonnenerzeugung von Roheisen und in der Stahlerzeugung des deutschen Zollgebietes bedeuten, was sie als Mittelpunkte lohnenden Erwerbes und als Brotgeber für siebzigtausend Menschen für ihr eigenes Gebiet sind, Träger der deutschen

Großproduktion, Quellen von wirtschaftlichem Gedeihen und Sammelpunkte von arbeitsfrohen und arbeitstüchtigen Menschen, das sind sie in dem heutigen Umfange durch die wirtschaftliche und soziale Tätigkeit dieses Mannes. Wenn er nichts weiter geschaffen hätte als die Entwicklung dieser Industrieanlagen: er würde doch allezeit zu den Großen gehören, denen das Deutsche Reich seinen wirtschaftlichen Aufschwung durch seine ersten drei Jahrzehnte verdankt. Aber seine Leistungen in der praktischen Tätigkeit des wirtschaftlichen Lebens sind nur die eine Hälfte seines Gesamtschaffens. Er war nicht bloß einer der größten Großindustriellen in dem Deutschland der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, sondern auch eine der hervorragendsten politischen Persönlichkeiten und einer der größten politischen Redner der gleichen Zeit. Was er an der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches und des Königreiches Preußen in seinen Tagen mitgearbeitet hat, das hat für die Allgemeinheit und für die Geschichte mindestens dieselbe Bedeutung wie seine praktischen Leistungen auf dem Gebiete des Erwerbslebens. Es ist zum größten Teile niedergelegt in seinen Reden, die unter den politischen Literaturdenkmälern seiner Zeit einen wichtigen Platz beanspruchen. Die Wirtschaftspolitik und die Handelsgesetzgebung, das Verkehrswesen und die Erforschung der Arbeiterverhältnisse, die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Arbeiterversicherung, die Gestaltung der politischen Rechte, die Strafgesetzgebung und die bürgerliche Gesetzgebung des Deutschen Reiches im letzten Menschenalter des neunzehnten Jahrhunderts, — sie alle tragen

die Spuren seines Wirkens. In den Kämpfen, die mit der Neuregelung dieser Verhältnisse verbunden waren, war er einer der machtvollsten Rufer im Streite. Wenige der bedeutsamsten Schlachten auf diesen Feldern sind ohne ihn geschlagen worden. So sind seine Reden nicht bloß die Hälfte seines Lebenswerkes, sondern zugleich eine der wichtigsten Geschichtsquellen für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung des jungen Reiches. Wer die Geschichte dieser Entwicklung schreiben will, wird ihrer nicht entraten können.

Einen kleinen Teil seiner Reden hat Freiherr von Stumm-Halberg noch selbst bei seinen Lebzeiten in Buchform zusammengefaßt, wenn auch nicht, um dem Geschichtsforscher zu dienen, sondern um klare Bahn zu schaffen für den Kampf des Tages. Die „Reichstagsreden des Abgeordneten Freiherrn von Stumm bei Beratung des Arbeiterschutzgesetzes 1890/91,“ Saarbrücken 1891, und der „Redekampf über Arbeiterkammern zwischen dem Freiherrn Heyl zu Hernsheim und dem Freiherrn von Stumm-Halberg in den Reichstagssitzungen vom 26. April, 3.—4. Mai 1899,“ Berlin 1899, sind im Buchhandel erschienen. An eine Zusammenfassung seiner rednerischen Leistungen zu einer Gesamtausgabe konnte der vielbeschäftigte Mann nicht denken. Für sich freilich hatte er einen Teil einer solchen Zusammenstellung geschaffen, wenigstens für seine Reden im Preußischen Abgeordnetenhause und Herrenhause, im Zollparlament, im Norddeutschen Reichstage und im Deutschen Reichstage, wenn auch nur bis zum Jahre 1897. Bei seiner politischen Tätigkeit war diese Sammlung seine treue Begleiterin.

In elf Quartbände gebunden und mit einem Sachregister versehen, steht sie in seinem Nachlaß. Wie er selbst weniger politische Wandlungen durchgemacht hat als zahlreiche Männer, die ihm im Beginn seiner politischen Laufbahn nahe gestanden hatten, so konnte er sich auch bei der parlamentarischen Behandlung einer Frage öfter als andere auf das beziehen, was er vor langen Jahren in der gleichen Sache gesprochen hatte. Dadurch war diese Sammlung für ihn von praktischer Bedeutung. Trotzdem spiegeln seine Reden zugleich seine eigene Entwicklung auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Felde wieder, wie es bei einem hochbegabten Manne nicht anders sein konnte. Er wäre der letzte gewesen, der veränderten Verhältnissen gegenüber starr nur deshalb an einer Auffassung festgehalten hätte, weil er ihr früher einmal rednerischen Ausdruck verliehen hatte.

Eine Zusammenfassung seines literarisch-rednerischen Lebenswerkes in einer historisch-kritischen Gesamtausgabe seiner Reden war erst möglich, nachdem er selbst aus dem Kampfe zurückgetreten war und seine hellen Augen für immer geschlossen hatte. Seiner Witwe, Frau Freifrau von Stumm-Halberg, blieb es aufbehalten, sein Wirken für die Oeffentlichkeit in einer solchen Ausgabe zusammenfassen zu lassen und somit sein geistiges Vermächtnis dem deutschen Volke zugänglich zu machen. Sie tat dies, indem sie den Unterzeichneten mit dieser Arbeit betraute.

Als Grundlage für die Ausgabe der Reden hat allenthalben, wo ein stenographischer Text vorhanden war, dieser Text anstelle einer Niederschrift gedient. Buchstabendruckfehler und

ähnliche Kleinigkeiten sind stillschweigend gebessert. Wo handschriftliche Besserungen des Textes von der eigenen Hand des Redners für einzelne Worte vorliegen, welche im amtlichen Stenogramm aus Versehen anders lauten, als der Redner sie gesprochen hatte, sind die eigenhändigen Besserungen in den Text gesetzt und ist die Fassung des amtlichen Stenogrammes unter Hinweis darauf, daß sie durch eine handschriftliche Besserung verdrängt ist, in die Anmerkungen verwiesen. Offenkundige Hörfehler des Stenographen oder Lesefehler des Setzers sind ebenso, wo es der Zusammenhang zwingend forderte, im Texte berichtigt. Aber auch an diesen Stellen gibt, unter Bezeichnung des Textwortlautes als Konjektur, die Anmerkung den stenographischen Text wieder. Die Seitenzahlen der stenographischen Berichte sind in den Anmerkungen angegeben.

Neben den eigentlichen Reden sind auch die kleinen Bemerkungen zur Geschäftsordnung oder zur persönlichen Aeußerung in den Parlamenten aufgenommen. Denn enthalten dieselben auch nur in der Minderzahl der Fälle Kundgebungen von sachlicher Bedeutung, so tritt aus ihnen, ihrer markigen Kürze, ihrer feingeschliffenen Spitze, ihrem tiefen Ernste oder ihrem ausgeprägten Rechts- und Wahrheitsgefühle oft die Persönlichkeit des Redners und seine Unermüdlichkeit fast noch schärfer hervor als aus längeren sachlichen Reden.

In der Regel stehen nur die Aeußerungen des Redners im Texte. Die Bemerkungen anderer sind, soweit sie zum Verständnis des Textes nötig sind, meist in die Anmerkungen

verwiesen. Eine Ausnahme hiervon machen jedoch die Berichte über Zwischenbemerkungen anderer zwischen zwei Reden Stumms in derselben parlamentarischen Sitzung, ferner Enqueteverhandlungen sowie die Wiedergabe von Sitzungsreden in kleinerem Kreise. Namentlich, wo der Redner selbst als Frager auftritt und Antworten erhält, mußten, wenn anders das Verständnis des Ganzen nicht leiden sollte, auch diese Antworten in dem sachgeforderten Umfange wiedergegeben und, wenn auch in kleinerem Satze, in den Text selbst gesetzt werden. Hier gab es nicht allenthalben einen stenographischen Wortlaut als Grundlage, sondern zum großen Teile nur einen solchen von protokollarischer Kürze, bisweilen in indirekter Rede. In letzterem Falle ist unter Angabe des Umstandes, daß nur ein auszugsweiser Text vorliegt und daß derselbe indirekte Rede hat, die wörtliche Umstellung in direkte Rede in den Text gesetzt worden.

In der Anordnung der Reden weicht die vorliegende Ausgabe von dem Herkömmlichen darin ab, daß sie nicht die zeitmäßige Folge der Reden zum obersten Gesichtspunkte für die Einteilung macht. Bei einem Manne, dessen Reden nur ein kleines sachliches Gebiet umfassen und dessen Wirken bereits völlig der Geschichte angehört, mag gegen die rein zeitmäßige Ordnung nicht allzuviel einzuwenden sein. Anders bei Männern, deren rednerische Leistungen so ungefähr die gesamten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zeitinteressen zum Inhalte haben und außerdem in ihrer Zusammenfassung einer praktischen Wirkung auf die Zukunft nicht verfehlen können, wie bei Stumm. Hier wird

es Pflicht des Herausgebers, die sachliche Einteilung zum ersten Maßstabe für die Anordnung zu machen und dem Zeitmäßigen nur im Rahmen dieser sein Recht zu lassen. Nur so wird es möglich, die Gesamtleistungen des Redners auf einem bestimmten Felde als geschlossenes Bild hervortreten zu lassen, und nur so ist eine Gewähr dafür gegeben, daß das einst gesprochene Wort auch über den Tod des Redners hinaus noch zur politischen Bildung derer beiträgt, die ihm in seinen Fußtapfen zu folgen gesonnen sind, ja, daß es vielleicht auch noch hie und da einen Gegner belehrt.

Die Einzelanlässe zu Reden sind den Zeitgenossen oft schon nach wenigen Jahren völlig verblichen, selbst wo die Erinnerung an den Gehalt oder an einzelne Geistesblitze der Rede noch fortlebt. Es ist die Aufgabe des Herausgebers, jeden Einzelanlaß in einer einleitenden Bemerkung wieder ins Gedächtnis zurückzurufen und die Reden selbst auch in dieser Hinsicht mit erläuternden Anmerkungen zu begleiten. Allerdings sind diese Bemerkungen vor oder unter dem Texte auf das notwendigste zu beschränken, insonderheit, wo, wie in vorliegendem Falle, geplant ist, daß eine Darstellung des Lebens des Redners der Ausgabe seiner Reden folgen soll.

St. Johann-Saarbrücken, Haus Saarindustrie,
den 30. März 1906.

Dr. Alexander Tille.

I.

Die Reden des Abgeordneten Stumm

zur selbstherrlichen Zollpolitik des Deutschen Zollvereins und des Deutschen Reiches

1868–1898



Deutsches Zollparlament

Erste Sitzungsperiode

Fünfte Sitzung
Sonnabend, den 2. Mai 1868

Oesterreichischer Handels- und Zollvertrag

Am 27. April 1868 war das deutsche Zollparlament zusammengetreten. Die ersten Sitzungen waren durch Formgeschäfte ausgefüllt gewesen. Am 28. April kam der Handels- und Schiffahrtsvertrag des Norddeutschen Bundes und des Zollvereins mit Spanien und der Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Zollverein und Oesterreich an das Zollparlament, und am 2. Mai 1868 kam der Vertrag mit Oesterreich zur Verhandlung.

Die erste Nummer der Tagesordnung lautete:

Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Handels- und Zollvertrages zwischen dem Deutschen Zollverein und Oesterreich vom 9. März 1868.

Der Präsident Dr. Simson hatte dem Hause vorgeschlagen, den Antrag zunächst einer Vorberatung im Plenum zu unterziehen.

Abgeordneter Stumm*): Ich bitte den Herrn Präsidenten um Entschuldigung, wenn ich mir erlaube, seinem Vorschlag zu widersprechen, und Sie dringend bitte, die betreffende Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Meine Herren, so zahlreiche Tarifveränderungen lassen sich wirklich nur in einer kleineren Versammlung vorberatend erörtern, darin wird mir jeder Sachverständige recht geben. Eine Vorberatung im Plenum kann schon deswegen gar keinen wirksamen Einfluß auf die Vorlage selbst haben, weil ja

*) S. 58 der Verhandlungen.

bei dem Charakter derselben, als eines Vertrages, eine Spezialdiskussion ausgeschlossen ist, während bei der Beratung in einer Kommission sehr wohl die einzelnen Tarifpositionen gründlich durchgegangen werden können, und selbst wenn das Haus, wie ich vermute, heute schon die Absicht haben sollte, wegen des Zustandekommens des großen Ganzen einzelne Aenderungen an dem Vertrage nicht vorzunehmen, so kann doch den zahlreich ausgesprochenen Wünschen der großen Zahl von Petitionen wenigstens im Wege von Resolutionen zu den einzelnen Tarifpositionen Rechnung getragen werden. Ich meine aber, meine Herren, daß wir uns von vornherein gegen das Prinzip auf das allerentschiedenste aussprechen müssen, daß Handelsverträge überhaupt für uns unabänderlich sind; denn, meine Herren, Tarifreformen werden bei uns seit längerer Zeit schon meist im Wege der Handelsverträge eingebracht und hoffentlich auch in Zukunft so eingebracht werden; wir gäben also mit einem solchen Prinzip dem Bundesrat eine fast unbeschränkte Macht über das Tarifwesen, welches um so bedenklicher sein müßte, als man bei uns nicht gewohnt ist wie in andern Ländern, vor dem Abschluß der Verträge das Urteil Sachverständiger einzuholen. Meine Herren, bei den gewaltigen Interessen Hunderttausender von Staatsbürgern, deren Existenz von einer einzigen Tarifposition abhängig sein kann, scheint es mir unbedingte Pflicht zu sein, diesen materiellen Verhältnissen so eingehend wie möglich nahe zu treten und nicht von vornherein eine gründliche Erörterung abzuschneiden. Meine Herren, eine Vorberatung im Plenum mit der Aussicht, nachher die Vorlage in eine Kommission zurückzuverweisen, erscheint mir beinahe das allerwenigst Zweckmäßige; denn, meine Herren, der dadurch hervorgebrachten Zeitverschleppung würden meines Erachtens gar keine Vorteile gegenüberstehen, indem es sich hier nicht um allgemeine Prinzipien handelt — denn mit dem Prinzipe des Handelsvertrages ist ja jeder einverstanden — sondern um konkrete Tarifpositionen, über die man sich in

der Kommission um so leichter verständigen wird, als nicht durch eine vorhergehende Generaldebatte im Plenum die Leidenschaften vielleicht unnützerweise wach gerufen sein werden. Nach meiner Ansicht hat das deutsche Volk ein Recht, zu erwarten, daß wir an die Erörterung seiner materiellen Interessen mit Fleiß, Nüchternheit und Sachkenntnis herantreten; jede Ueberstürzung würde uns eine Verantwortung aufladen, der wir wahrlich nicht gewachsen wären und deren Folgen wir dereinst sicherlich bitter bereuen würden. Ich beantrage deshalb, den Deutsch-Oesterreichischen Handelsvertrag einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Gegen den Antrag Stumm sprachen die Abgeordneten v. Hennig, Camphausen-Neuß und Twesten, für ihn die Abgeordneten Mohl und Schulze. Camphausen warf Stumm vor, er habe offenbar die Vorberatung mit der Schlußberatung verwechselt.

Abgeordneter Stumm*): Dem Herrn Abgeordneten Camphausen erwidere ich zunächst, daß es mir gar nicht eingefallen ist, Vorberatung und Schlußberatung zu verwechseln, und ich füge hinzu, daß ich glaube, daß die Wichtigkeit, die der Herr Abgeordnete Camphausen dem Vertrage selbst sowie seinen zahlreichen einzelnen Positionen beigemessen hat, gerade am allerbesten für meinen Antrag gesprochen hat. Was die Schwierigkeit der Zusammensetzung der Kommission anlangt, so verkenne ich die Bedenken des Herrn Abgeordneten Schulze durchaus nicht und gebe vollkommen zu, daß es eher eine zu große Zahl solcher Personen und solcher Elemente in diesem Hause gibt, die in der Kommission vertreten sein wollen und müssen. Ich trete deshalb dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Schulze bei und ziehe meinen Antrag auf Wahl einer Kommission von 28 Mitgliedern zurück. Dagegen habe ich nicht das mindeste Bedenken wie der Herr Abgeordnete Camphausen, daß sich nicht die genügende Zahl qualifizierter Persönlichkeiten hier im Hause finden

*) S. 55 der Verhandlungen.

könnte, unter denen wir die Auswahl für die Kommission hätten. Wenn wir uns auch noch nicht genauer kennen, so macht das durchaus keinen Unterschied zwischen den süddeutschen und norddeutschen Abgeordneten; denn in volkswirtschaftlicher Hinsicht haben wir uns zum größten Teile ja auch im Reichstage nicht gekannt. Ich glaube, daß jene Schwierigkeit sich außerordentlich leicht heben läßt, wenn wir eine Kommission von 35 Mitgliedern bilden, und daß, wenn wir von allen Seiten des Hauses die Geneigtheit dazu haben, es leicht gelingen wird, die verschiedenen Interessen und Elemente, die im Hause vertreten sind, in der Kommission zu konzentrieren. Ich bitte Sie dringend, meinen Antrag anzunehmen.

Nachdem Abgeordneter v. Luck für den Antrag des Präsidenten gesprochen hatte, wurde der Antrag Stumm abgelehnt und somit die Vorlage zur Vorberatung im Plenum bestimmt.

Sechzehnte Sitzung
Mittwoch, den 20. Mai 1868

Alaunzoll

Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifes vom 1. Juli 1865 (Nr. 20 der Anlagen), enthielt unter anderm auch die Zollfreiheit für Alaun in den Worten: „Nr. 8: Alaun (aus Nr. 5 a, Anmerkung 2.)." Dagegen wandte sich ein Antrag Stumm:

„Das Zollparlament wolle beschließen:
1. Unter I die Nummer 8. „Alaun" zu streichen.
2. Unter VI in der Nummer 1. e hinter „Salmiak" einzuschalten „Alaun."

Zur Begründung seines Antrages erhielt Stumm das Wort: *)

Abgeordneter Stumm: Meine Herren! Gestatten Sie mir wenige Worte gegen die Streichung der Position. Der Eingangszoll auf Alaun hat bis zum Jahre 1865 betragen 1 Rtlr. 10 Sgr., wurde infolge des französischen Vertrages auf 20 Sgr. heruntergesetzt, jetzt durch den österreichischen Handelsvertrag auf 15 Sgr. reduziert und soll durch die uns heute beschäftigende Vorlage ganz aufgehoben werden. Meine Herren, ich meine, wenn es sich um so kolossale Sprünge handelt, daß dann die Gründe sehr ernst sein müssen, dies zu rechtfertigen, und ich muß gestehen, daß das, was wir aus dem Munde des Herrn Bundeskommissars gehört haben, mich in keiner Weise dazu veranlassen kann. Ich glaube, daß weder die Prinzipien der allgemeinen und innern Theorie, welche der Herr Bundeskommissar uns vorgetragen hat, und gegen welche ich, namentlich hinsichtlich **) unserer

---

*) S. 338 der Verhandlungen.
**) S. 339.

Stellung zu der Zollpolitik des Auslandes, Verwahrung einlegen möchte, noch die ästhetische Rücksicht auf die Vereinfachung des Tarifs uns dazu bestimmen dürfen, am wenigsten aber die Rücksicht auf die Großartigkeit der Alaun konsumierenden Fabriken; die letzteren haben sich in keiner Weise um die Aufhebung des Alaunzolles bemüht, gerade weil die Alaunproduktion in einem sehr kleinen Verhältnis zu dem Fabrikationszweige namentlich der Krappfärberei und Papierfabrikation steht, welche dasselbe konsumieren, ein Zoll von 15 Sgr. per Zentner Alaun somit auf diese Industriezweige gar nicht fühlbar einwirkt. Meine Herren, die Alaunfabrikation leidet ganz besonders unter der Ungunst der hohen Eisenbahnfrachten, nicht bloß, weil die zur Alaunfabrikation notwendigen Rohmaterialien weit auseinanderliegen, sondern auch, weil gerade sie sich ganz besonders hoher Eisenbahntarife erfreuen. Es ist deshalb notwendig, daß dem Wegfall des Alaunzolles die Reduktion dieser Frachttarife vorangehe. Die Erleichterungen für die Alaunfabrikation, welche in der Regierungsvorlage durch Wegfall des Zolles auf schwefelsaures Ammoniak behauptet worden sind, treffen nur zum kleinsten Teile zu, indem durch den in letzter Zeit sehr gestiegenen Preis des Ammoniaks die meisten natürlichen Alaunfabriken diesen Stoff nicht mehr verwenden und denselben durch Chlorkalium von Asphalt ersetzt haben. Auch ist durch die Aufhebung des Zolles auf Eisenvitriol die Anwendung des schwefelsauren Ammoniaks sehr erschwert worden, es wird mir daher jeder Sachverständige zugeben, daß die natürliche Alaunfabrikation durch die Aufhebung des Zolles auf das letztgenannte Produkt nur in sehr geringer Weise berührt werden wird. Das Haupthindernis gegen den Wegfall des Alaunzolles aber ist der Eingangszoll auf Soda; so lange der Zoll auf kalzinierte Soda 20 Sgr. beträgt, wäre es geradezu eine Ungerechtigkeit, dem Alaun den Schutzzoll zu entziehen.

Es wird Ihnen bekannt sein, daß die in Deutschland so lange eingebürgerte Fabrikation von natürlichem Alaun aus Alaunerzen oder Braunkohlenasche, namentlich in neuester Zeit, eine sehr wirksame Konkurrenz erhalten hat durch die Verwendung des grönländischen Kryoliths zur Fabrikation der kalzinierten Soda, wobei als Nebenprodukt der sogenannte künstliche Alaun erzeugt wird. Dieser konkurriert mit dem natürlichen Alaun lediglich unter dem Schutze des Sodazolles. Die Aufhebung des Alaunzolles wird nun den künstlichen Alaun gar nicht berühren, weil dieses Produkt lediglich als Nebenprodukt bei der Sodafabrikation gewonnen wird und zu jedem Preise verkauft werden kann, da man es sonst unbenutzt wegschütten müßte. Da die englische Alaunindustrie vermöge ihrer Frachtsätze den größten Teil des nordischen Marktes wegnehmen wird, so liegt es auf der Hand, daß der Rest vollständig von der künstlichen Alaunindustrie absorbiert werden würde. Das wäre deswegen eine Ungerechtigkeit, weil diese lediglich durch den Sodazoll ermöglicht wird und durch den Wegfall des letzteren umgekehrt die natürliche Alaunindustrie sich erheben und den von den Engländern übrig gelassenen Teil der deutschen Märkte sich erhalten könnte. Dabei bitte ich zu bedenken, daß, wenn auch diese Industrie nicht eine solche ist, die nach vielen Millionen Talern Kapital und nach Hunderttausenden von Arbeitern zählt, sie dennoch durchaus keine unbedeutende ist. Es bestehen im Deutschen Zollverein neun Alaunwerke, die viele Arbeiter beschäftigen und einer ganzen Reihe von Ortschaften, die sonst keinen Verdienst hätten, lohnende Arbeit schaffen. Bedenken Sie ferner, daß die Alaunindustrie in den letzten Jahren einen sehr geringen Gewinnst erzielt hat, der, wie ich wenigstens höre, nur auf 5 Sgr. per Zentner sich beziffert. Bedenken Sie endlich, daß zur Fabrikation des natürlichen Alauns eine zweijährige Periode gehört, um die Braunkohlenasche auszulaugen, daß also die Leute durch den Wegfall des Zolls ihren Alaun nicht allein nicht mit Vorteil verkaufen können, sondern, da sie die vorbereitete zwei-

jährige Asche auslaugen müssen, geradezu Verluste erleiden. Dabei darf nicht übersehen werden, meine Herren, daß der Ausschuß des Deutschen Handelstages, der doch als objektiver Sachverständiger angesehen werden kann, sich geradezu für die Beibehaltung dieses jetzt auf 15 Sgr. ermäßigten Zolles ausgesprochen hat. Ich sehe daher in der Tat kein genügendes Motiv, den Zoll auf Alaun jetzt wegfallen zu lassen, und bin vielmehr der Ansicht, daß wir denselben jedenfalls nicht früher beseitigen können, als bis auch der Zoll auf Soda vollständig wegfällt, d. h. bis wir so weit sein werden, daß wir infolge allgemeiner Ermäßigungen der Frachttarife auf eine weitere Ermäßigung des Zolltarifs überhaupt eingehen können.

Ich bitte Sie also, lehnen Sie diese Position ab und lassen Sie es für Alaun bei dem Satz von 15 Sgr. bewenden.

Gegenüber den Ausführungen Stumms trat Bundesratsbevollmächtigter Geheimer Finanzrat v. Thümmel für die Zollfreiheit des Alauns nach der Regierungsvorlage ein. Er begründete seine Stellungnahme damit, daß die Ausfuhr von Alaun ungefähr der Einfuhr gleich sei, daß die Preise gut seien und daß die vorhandenen Kryolithlager der Erschöpfung nahe seien. Ihm antwortete Stumm: *)

Abgeordneter Stumm: Ich möchte mir noch zwei Worte erlauben. Die Zahlen, welche der Herr Bundeskommissar hinsichtlich der Differenz zwischen den Preisen des Alauns in Hamburg und loko Werk angeführt hat, scheinen mir gerade die Richtigkeit meiner Behauptung, daß der Wegfall des Alaunzolles den nordischen Markt der inneren Fabrikation vollständig entziehen würde, zu beweisen. Wenn der Alaun in Hamburg 3 Rtlr. 13 Sgr., loko Werk aber 2 Rtlr. 20 Sgr. kostet, so ergibt das eine Differenz von 23 Sgr. Da nun der Alaun auf den Eisenbahnen besonders hoch tarifiert zu werden pflegt, indem durchschnittlich die Fracht 3—4 Pfennig per Zentner und Meile beträgt, so ergeben die 23 Sgr. Differenz 69 Meilen; da aber die Alaunwerke sämtlich tief im Binnenlande liegen,

*) S. 340 der Verhandlungen.

so werden Sie mir zugeben, daß das dem Verluste eines sehr großen Teiles des nordischen Marktes entspricht. Wenn nun anderseits, wie der Herr Bundeskommissar gesagt hat, Aussicht vorhanden ist (was ich nicht weiß, denn ich bin nie in Grönland gewesen), daß das Vorkommen von grönländischem Kryolith sich vermindert und vielleicht bald gar nichts mehr vorhanden ist, dann, meine ich, sollten wir es doch ruhig abwarten, bis es so weit gekommen ist, und dann eventualiter den Zoll aufheben; aber es erscheint mir nicht rätlich, jetzt schon den Zoll aufzuheben, weil vielleicht in fünf Jahren das Kryolithlager ausgebeutet sein könnte. Ich glaube also nicht, daß die Ausführungen des Herrn Bundeskommissars die Bedenken, die ich mir vorzutragen erlaubte, gehoben haben.

Der Abgeordnete v. Hennig sprach dem Ausschusse des Deutschen Handelstages die Eigenschaft einer Körperschaft ab, auf die man sich berufen könne, der Abgeordnete Sombart brachte einen Antrag auf bloße Herabsetzung des Alaunzolles statt seiner Abschaffung ein, und der Abgeordnete Weigel verwahrte sich als Mitglied des Ausschusses des Handelstages gegen dessen Herabsetzung.

Abgeordneter Stumm*): Ich kann nur bestätigen, was der Herr Abgeordnete Weigel hinsichtlich des Deutschen Handelstages gesagt hat, und füge hinzu, daß in Beziehung auf Alaun eine Differenz des Ausschusses in gar keiner Weise zutage getreten ist. Was nun das Amendement des Abgeordneten Sombart betrifft, so muß ich Ihnen die Ablehnung desselben empfehlen. Ich halte zwar das demselben zugrunde liegende Prinzip für kein unrichtiges, aber es handelt sich dabei wirklich um einen zu unbedeutenden Gegenstand, um eine Differenz von 3 Sgr. Bei der bisherigen Einfuhr würde das einer Summe von 3—400 Rtlr. jährlich entsprechen. Ich glaube, daß wir besser abwarten, bis die Verhältnisse es uns gestatten, infolge des Wegfalls des Sodazolls die Sache ganz zu streichen, daß es aber bei dieser verhältnismäßig unbedeutenden Differenz

*) S. 340 der Verhandlungen.

nicht der Mühe lohnt, eine neue Aenderung in der Tarifierung herbeizuführen.

Nach wenigen weiteren Bemerkungen wurde der Antrag Sombart zurückgezogen und die Regierungsvorlage, also die Zollfreiheit für Alaun, angenommen. Der Antrag Stumm, von dem der Präsident behauptete, daß derselbe kein eigentliches Amendement sei, kam nicht zur Abstimmung.

Achtzehnte Sitzung
Sonnabend, den 23. Mai 1868

Alaunzoll

Bei der Schlußberatung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs vom 1. Juli 1865 (Nr. 20 der Anlagen) oder der zweiten Lesung der bei der Vorberatung des Entwurfes über den Vereinszolltarif gefaßten Beschlüsse reichte Stumm eine kleine Modifikation seines Antrages ein.

Abgeordneter Stumm*): Ich ergänze meinen Antrag dahin, daß unter Nr. 2 hinter „Alaun" hinzugesetzt werde:

„und denselben in der Nr. 1 i wegzulassen."

Der Wortlaut war nunmehr als Antrag Stumm und Genossen (Nr. 45 der Drucksachen):

„Das Zollparlament wolle beschließen:

1. Unter I die Nummer 8. „Alaun" zu streichen.
2. Unter VI in der Nummer 1 e hinter „Salmiak" einzuschalten „Alaun" und denselben aus Nr. 1 i somit wegzulassen."

Als erster Redner in der Spezialdebatte aufgerufen, verzichtete Stumm auf weitere Darlegungen.**)

Abgeordneter Stumm: Ich glaube auf das Wort verzichten zu können und bitte den Herrn Präsidenten, meinen Antrag einfach zur Abstimmung zu bringen.

Die Abstimmung ergab die Mehrheit für den Antrag. Praktische Folgen hatte dies Ergebnis nicht, denn Bismarck, der Vorsitzende des Bundesrates, zog infolge der Ablehnung der vorgeschlagenen Besteuerung der Mineralöle die Regierungsvorlage noch in derselben Sitzung zurück.

---

*) S. 373 der Verhandlungen.

**) S. 376.

Achte Sitzung
Freitag, den 8. Mai 1868

Titres d'acquit à caution

Unterm 1. Mai 1868 hatte Stumm im Zollparlament folgenden Antrag gestellt:

„Das Zollparlament wolle beschließen, den Vorsitzenden des Bundesrates des Deutschen Zollvereins aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß die Ausfuhrvergütung, welche Frankreich, den Bestimmungen des Art. 6 des deutsch-französischen Handelsvertrages zuwider, seiner Eisenindustrie durch die mißbräuchliche Handhabung der Rückvergütung des Importzollbetrages (titres d'acquit à caution) gewährt, baldigst beseitigt werde."

Der Antrag trug dreißig Unterschriften. Die Begründung des Antrages lautete:

„Der deutsch-französische Handelsvertrag stellt die Eingangszölle Frankreichs und des Zollvereins im wesentlichen gleich und bestimmt im Artikel 6 zum Schutze der Gegenseitigkeit, daß die zu gewährenden Ausfuhrvergütungen nur genau die inneren Steuern ersetzen sollten, welche auf den ausgeführten Erzeugnissen oder auf den Stoffen, aus denen solche verfertigt sind, ruhen. Statt dessen vergütet die französische Regierung den Exporteuren diejenigen Zölle, welche von den Stoffen, woraus die ausgeführten Erzeugnisse verfertigt sind, erhoben würden, wenn erstere wirklich in Frankreich eingeführt werden. Sie läßt nämlich Eisen und Eisenwaren vorläufig zollfrei ein und erteilt einem andern Fabrikanten, der Eisenwaren exportiert, einen Schein zur zollfreien Einfuhr eines gleichen Quantums Eisen, den er zur Benutzung an jeden Importeur verkaufen kann.

„Dieser Schein wird wie jedes andere Papier an der Börse notiert und ist solcher zerlegbar in die kleinsten Teile; sein Wert wechselt nach Angebot und Nachfrage und erreicht für Roheisen fast den Wert des ganzen französischen Roheisenzolles, weil die Einfuhr

von englischem Gießereiroheisen nach Frankreich bei weitem die Ausfuhr von Eisenbahnschienen und groben Eisenwaren übersteigt. Tatsache ist, daß die ausgeführten Fabrikate fast ausschließlich aus französischem Material erzeugt sind, daher also die für erstere gewährten acquits à caution lediglich den Charakter einer Ausfuhrvergütung tragen. Bei einzelnen Artikeln, z. B. Eisenbahnwaggons, übersteigt die französische Ausfuhrvergütung sogar den deutschen Eingangszoll.

„Der Umfang des Handels mit den acquits à caution ist ein sehr bedeutender und hat im Jahre 1867 weit über 100 Millionen Kilo Roheisen, Walzeisen und Blech umfaßt. Die französische Regierung scheint somit in diesem Zeitraum 4½ Millionen Francs aufgewandt zu haben, um die Ausfuhr nach dem Zollverein zu ermöglichen oder zu vermehren. Die deutsche Eisenindustrie verlor infolgedessen einen großen Teil ihres deutschen Marktes, namentlich für Eisenbahnschienen, Stabeisen und grobe Gußwaren, und erblickt in der französischerseits vertragswidrig gewährten Ausfuhrvergütung ein Haupthindernis gegen die gewünschte Herabsetzung der deutschen Eisenzölle. Sie hat sich mehrfach mit Vorstellungen sowohl an den preußischen Handelsminister als an den Kanzler des Norddeutschen Bundes gewendet. Obwohl die Berechtigung anerkannt wurde, konnte doch bis jetzt eine Abhilfe nicht erreicht werden. Es dürfte nunmehr Sache des Zollparlamentes sein, für die geschädigten Interessen eines wichtigen Gewerbszweiges mit seiner vollen Geltung einzutreten und die französische Regierung zu einer dem Geiste und Wortlaute des Handelsvertrages entsprechenden Ausführung desselben zu veranlassen."

In der fünften Sitzung des Zollparlamentes vom 2. Mai 1868 hatte der Präsident Simson in Uebereinstimmung mit dem Antragsteller den Vorschlag gemacht, den Antrag Stumm bezüglich der Einfuhrvergütung, welche Frankreich für Eisen gewährt, der Schlußberatung im Plenum zu unterwerfen, und hatte die Abgeordneten Dr. Becker-Dortmund und Dr. Friedenthal zu Berichterstattern darüber ernannt.

Unterm 5. Mai 1868 hatte Dr. Simson dann folgendes verkündet: „Auf die Tagesordnung einer der nächsten Plenarsitzungen wird gesetzt werden: Schlußberatung über den Antrag des Abgeordneten Stumm und Genossen wegen Beseitigung der Ausfuhrvergütung, welche Frankreich, den Bestimmungen des Art. 6 des deutsch-französischen Handelsvertrages zuwider, seiner Eisenindustrie durch die mißbräuchliche Handhabung der Rückvergütung des Im-

portzollbetrages (titres d'acquit à caution) gewährt. Nr. 8 der Drucksachen. Referenten: Abgeordnete Dr. Becker-Dortmund und Dr. Friedenthal. Antrag der Referenten:

„Das Zollparlament wolle beschließen, dem vorbezeichneten Antrage die Zustimmung zu erteilen."

In der achten Sitzung vom 8. Mai 1868 kam der Antrag zur Verhandlung. Die Referenten Dr. Becker und Dr. Friedenthal sprachen sich für den Antrag aus. Ebenso die Abgeordneten Miquél und Mohl. Die Abgeordneten Twesten und v. Hennig waren dagegen. Darauf nahm das Haus einen Antrag auf Schluß der Erörterung an. Stumm erhielt nunmehr als Antragsteller das Wort.

Abgeordneter Stumm:*) Meine Herren! Ich würde darauf verzichtet haben, denjenigen Einwendungen zu antworten, welche gegen den materiellen Inhalt meines Antrages vorgebracht sind, namentlich denjenigen, welche aufgrund des angeblichen neuen Reglements**) erfolgt sind, von dem die Herren Referenten nicht gesprochen haben sollen. Meine Herren, ich glaube den Herren Referenten die Antwort darauf um so eher überlassen zu können, als sie allerdings ihrem Vortrage das neue Reglement ausdrücklich zugrunde gelegt haben und dasselbe gewiß ebenso genau kennen wie die Herren, die dasselbe gegen meinen Antrag***) verwertet haben. Die Herren Referenten wissen aber, daß das Reglement nur ganz unwesentliche Modifikationen gegen die früheren Bestimmungen enthält, und†) daß in den letzteren ebenso gut stipuliert war, daß z. B. nur

*) S. 118 der Verhandlungen.

**) Die Anordnung des französischen Handelsministeriums im Moniteur des intérêts materiels Nr. 347 (1867): L'une a pour objet de limiter à trois mois le délai d'assurement pour les articles appartenant à la classe des produits de fabrication courante, et d'interdire, à l'égard, des grosses fabrications, toute prolongation du délai légal de six mois. Vergl. Preußisches Handelsarchiv 1868, I, S. 320. Danach blieb die Verordnung vom 15. Februar 1862, welche den Identitätsnachweis fast ganz aufhob, inkraft, und nur wenige kleine Beschränkungen wurden eingeführt.

***) S. 119.

†) Im Text „nur".

dasjenige Roheisen, das in seiner Weiterverarbeitung zum Export bestimmt ist, zollfrei einzulassen sei. Ich weiß, daß ich mich in der Auffassung dieses neuen Reglements mit dem Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramts genau in Uebereinstimmung befinde. Ich kann aber das weitere hierüber den Referenten selbst überlassen.

Dagegen zwingt mich der Vorwurf des großen Geräusches,*) mit dem ich meinen Antrag eingebracht haben soll, allerdings zu einer kurzen Erwiderung. Meine Herren, der Antrag, den ich gestellt habe, beruht weniger auf dem Motive, diesem oder jenem Industriezweige Abhilfe oder Vorteil zu verschaffen oder speziellen Nachteilen zu begegnen, welche aus der Verletzung der Bestimmungen des französischen Handelsvertrages entstanden sind, sondern überhaupt zu konstatieren, daß der französische Handelsvertrag sowohl seinem Sinne als seinem Wortlaut nach verletzt ist. Es ist ganz gleichgiltig in der vorliegenden Frage, ob der deutsche Zoll für Eisen hoch oder niedrig sei. Dies ist zur Entscheidung des vorliegenden Gegenstandes vollkommen gleichgiltig. Es liegt auf der Hand, daß ganz mit demselben Recht, wie die französische Regierung heute eine Ausfuhrzollvergütung für Eisen gewährt, sie diese auch auf solche Gegenstände ausdehnen könnte, auf denen ein deutscher Zoll überhaupt nicht oder nur von solcher Höhe ruht, wie er genau der innern Produktionssteuer entspricht. Frankreich könnte ganz ebenso gut z. B. die doppelte innere Produktionssteuer auf Spiritus vergüten, um die Einfuhr dieses Artikels in Deutschland zu ermöglichen, und dann möchte ich wissen, wie die deutschen Brennereien diese Konkurrenz aushalten könnten. Es handelt sich, meine Herren, einzig und allein um das Prinzip, ob, wenn aufgrund von gewissen Einrichtungen, die für notwendig erachtet worden sind, ein

*) v. Hennig hatte behauptet, der Antrag Stumm wäre passender in Form einer Interpellation bei der Beratung des Zolltarifs behandelt worden, „als ihn hier mit so großem Geräusch als einen besonderen Antrag vorzubringen."

Vertrag zwischen zwei Staaten abgeschlossen worden ist, es nun dem einen freisteht, diesen Vertrag zu durchbrechen und die Basis, auf der er ruht, infrage zu stellen, während der andere einseitig an diesen Vertrag gebunden bleibt. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind ganz unberechenbar und könnten dahin führen, daß Frankreich ganz nach Belieben alle sechs Monate abwechselnd, je nach Belieben, jeden beliebigen Industriezweig in dem Zollverein nach und nach ruinieren könnte.

Meine Herren, dem Herrn Abgeordneten Twesten gegenüber möchte ich erwidern, daß ich nicht begreife, wie diejenigen Grundsätze, die derselbe in bezug auf die Wirkung der acquits à caution für Deutschland ausspricht, die er also für außerordentlich vorteilhaft für Deutschland gehalten hat, dafür sprechen können, daß man zur Tagesordnung übergehe oder den Antrag ablehne, daß man also einfach der preußischen Botschaft in Paris das weitere überlasse. Meine Herren, nach seinen Grundsätzen müßte doch ebenso ein direkter Schritt geschehen, und wir müßten die französische Regierung geradezu auffordern, auch ferner die Vertragsbestimmungen zu umgehen. Daß wir aber gerade bei einem Gegenstande von so großer prinzipieller Wichtigkeit uns neutral verhalten sollten, ist mir unfaßlich; denn, meine Herren, wir sind ja gerade zusammengetreten, um die materiellen Interessen, um Handelsverträge zu prüfen, sie auszudehnen, abzuändern, soweit wir dazu berufen sind. Daß man uns aber zumutet, zu sagen, die Botschaft in Paris mag die Sache besorgen, ob in diesem oder jenem Sinne, darum bekümmern wir uns nicht — das ist mir, wie gesagt, vollkommen unfaßlich.

Es ist nicht meine Absicht, in irgend einer Weise der Bundesregierung Mittel und Wege anzuempfehlen, wie sie dem Unfug der acquits à caution abhelfen möge; das ist rein Sache der Exekutive, und ich glaube nicht, daß die*) Bundes-

*) S. 120 der Verhandlungen.

regierung uns dazu auffordern wird, darin einzugreifen. Wir haben meines Erachtens nur zu untersuchen, ob der französische Handelsvertrag durch einen der Mitkontrahierenden in einem wesentlichen Punkte verletzt worden ist. Ist das für uns konstatiert — und ich glaube, nach dem, was bis jetzt gesagt und wahrlich nicht widerlegt worden ist, kann darüber für uns kein Zweifel sein — so ist es meines Erachtens entschieden unsere Pflicht, für die geschädigten deutschen Interessen einzutreten und an die Bundesregierung die Aufforderung zu richten, diese und ähnliche Uebelstände, die ja vielleicht in der Zukunft noch viel schlimmere und einschneidendere Dimensionen annehmen könnten, zu verhüten. Ich bitte Sie, infolgedessen meinem Antrage möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu erteilen.

Ich erlaube mir noch eine kurze Bemerkung in bezug auf den Angriff, den der Herr Referent*) dem Vereine gemacht hat, der sich in Düsseldorf zum Schutz der zollvereinsländischen Eisenindustrie**) konstituiert hat.***) Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Becker hat den Verein einen solchen genannt, der nur zusammengetreten wäre, um durch Koalition die Preise der Schienen usw. zu heben. Ich muß dem Abgeordneten Dr. Becker darauf erwidern, daß er sich einfach irrt; der Verein umfaßt sämtliche Zweige der Eisenindustrie Deutschlands, Draht-, Schienen-, alle möglichen Fabrikationszweige, und ich kann versichern, daß die Preisangelegenheit niemals die mindeste Rolle bei den Versammlungen des Vereins gespielt hat. Der Verein ist nur zusammengetreten, um im Interesse der Eisenindustrie im allgemeinen und in Beziehung auf Frachttarife, auch technische Fortschritte u. dgl. zu beraten, und ich kann Ihnen ausdrücklich versichern, daß niemals der Verein auch nur mit einem Worte sich um Preiserhöhungen oder Erniedrigungen bekümmert hat.

---

*) Abgeordneter Becker-Dortmund.

**) Im Text: „Eisenbahnen“.

***) Verein für zollvereinsländische Eisenindustrie.

Ebenso möchte ich dem Vorwurf begegnen, den der Herr Referent gegen die vielleicht irrtümliche Behauptung gemacht hat, daß 88 Millionen Kilogramm Eisen aus Frankreich in den Zollverein ausgeführt seien. Diese Zahl ist ausdrücklich dem Journal „L'ancre de St. Diziers“ vom 12. Dezember 1867 entnommen. Wenn also dieses Journal, das eins der ersten industriellen Journale Frankreichs ist, sich in dieser Sache geirrt haben sollte, was ich dahingestellt lassen will, so ist es jedenfalls kein Vorwurf für den Verein, wenn aus dem genannten Journal er die Zahl abgedruckt hat, ebensowenig wie es ein Vorwurf für den Ausschuß des Handelstages sein kann, dem Verein die Zahl nachgedruckt zu haben. Ich glaube also, daß darum dem Verein ein Vorwurf unmöglich gemacht werden kann.

Zweite Sitzungsperiode

Siebente Sitzung
Dienstag, den 15. Juni 1869

Roheisenzoll und Gußwarenzoll

Roheisenzoll

Im Jahre 1869 brachte der Bundesrat abermals einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifes vom 1. Juli 1865 (Nr. 9 der Drucksachen) ein, welcher in umfassenderer Weise als der Entwurf von 1868 mit der Aufhebung der Eingangszölle für Rohprodukte vorging. Am 14. Juni wurde die Generaldebatte geschlossen, und am 15. Juni fand der Beginn der Spezialdiskussion statt. Hinsichtlich des Roheisenzolles, der mit 5 Sgr. in der Regierungsvorlage stand, also unverändert blieb, nachdem er 1868 von 7½ Sgr. auf 5 Sgr. herabgesetzt worden war, lag ein Antrag v. Hennig-Lesse-v. Hoverbeck und Francke (Nr. 17 I der Drucksachen) vor, welcher lautete:

„Das Zollparlament wolle beschließen,
in § 1 hinter I, Nr. 14, einzuschieben unter neuer Nummer
Roheisen aller Art, altes Brucheisen."

Seit 1844 bestand der Roheisenzoll. Er war wiederholt herabgesetzt worden. Dieser Antrag bedeutete die Aufhebung des Restes des Roheisenzolles von 5 Sgr. auf den Zentner, welcher noch bestand.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, es wird mir einigermaßen schwer, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen, nachdem es wohl notorisch ist, daß ich dieser Angelegenheit hinsichtlich meiner eigenen materiellen Interessen sehr nahe stehe und davon unmittelbar berührt werde. Ich habe mich deswegen bei der Generaldiskussion nicht gemeldet und gehofft, daß es mir erspart werden würde, in diese Sache einzu-

*) S. 87 der Verhandlungen.

treten; nachdem aber von verschiedenen Seiten geradezu die Stellung, welche die Eisenindustrie als solche sowohl als auch die freie volkswirtschaftliche Vereinigung, der anzugehören ich die Ehre habe und mit welcher ich in Gemeinschaft eine Resolution *) hier eingebracht habe, verschoben worden ist, so halte ich es dennoch für meine Pflicht,**) hier einzutreten und unsere Stellung auf das richtige Niveau zurückzuführen. Ich protestiere vor allen Dingen gegen die Art und Weise des Kampfes unserer Gegner, daß man uns mit der bekannten Redensart „Freihandel gegen Schutzzoll" hat bekämpfen wollen; wir sind nichts weniger als Schutzzöllner; die Resolution, welche wir eingebracht haben, ist nichts weniger als schutzzöllnerisch, die Verhandlungen und der Geist, welcher die freie volkswirtschaftliche Vereinigung ***) beherrscht hat, ist nichts weniger als schutzzöllnerisch. Wenn wir uns ausdrücklich auf den Standpunkt des Freihandels gestellt haben und nichts weiter verlangen als Gerechtigkeit, so ist das ein Standpunkt, der meiner Ansicht nach viel sicherer die entschiedene Durchführung des Freihandels nach so langen Kämpfen sichert als die jährlichen Interessenkämpfe zwischen Schutzzoll und Freihandel, die bei jeder wechselnden Majorität in eine neue Phase wieder eintreten können. Meine Herren, ich bestreite nicht im mindesten, daß vor 10 oder gar vor 20 Jahren die Eisenindustrie sich auf einen solchen Standpunkt nicht stellen konnte und sich darum auch nicht gestellt hat. Wenn Sie annehmen, wie unter solchen Verhältnissen die deutsche Eisenindustrie in den vierziger Jahren durch die damaligen hohen Schutzzölle ihrer Entwicklung entgegen gereift ist, so wird auch der entschiedenste Theoretiker

*) Die Resolution lautete: „Das Zollparlament wolle beschließen, den Zollbundesrat zu ersuchen, im Wege der Unterhandlungen mit den kontinentalen Nachbarstaaten auf eine gemeinschaftliche durchgreifende Ermäßigung der Eisenzölle hinwirken zu wollen."

**) S. 88.

***) Im Text „Versammlung".

mir nicht bestreiten können, daß, wenn er die Schienenpreise in England, die damals auf 6½ Pfund standen, mit den Schienenpreisen in Deutschland, die auf 50 Rtlr. standen, — ich spreche dort von Tons, hier von 1000 Pfund — vergleicht, er sagen muß, daß es ganz undenkbar gewesen wäre, daß die Eisenindustrie sich damals entwickelt haben würde, wenn die hohen Schutzzölle nicht bestanden hätten; man müßte denn annehmen, daß die Industriellen diese hohe Differenz als Gewinn in die Tasche gesteckt hätten. Meine Herren, ich glaube, daß es keines Beweises bedürfen wird — ich glaube, das haben die Schicksale vieler verschiedener industrieller Gesellschaften bewiesen —, daß von so hohen Gewinnen nicht die Rede gewesen ist, sondern daß einerseits die ungeheuren Nachteile, welche die damaligen schlechten Kommunikationsmittel in Deutschland gegenüber den sehr erleichterten in England bedeuteten,*) hindernd im Wege gewesen sind, und ferner die Notwendigkeit, eine so schwierig zu bildende Arbeiterbevölkerung, wie sie die Eisenindustrie erfordert, mit den nötigen Kenntnissen zu versehen, wozu Generationen gehören. Dies alles beweist also, daß ohne Schutzzoll solche Resultate nicht erzielt worden wären, wie die sind, welche wir in dem Vortrage des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes von gestern uns haben vorführen sehen. Ich will nicht darauf übergehen, wie nun die einzelnen Tarifreformen, die wir in dem letzten Jahrzehnt durchgemacht haben, stets au niveau der Weiterentwicklung der Eisenbahntarife, unseres Arbeiterstandes und unserer Kohlenpreise gewesen sind. Ich möchte nur bemerken, daß, wenn ich mich heute sowohl im Namen der Eisenindustrie als im Namen der freien volkswirtschaftlichen Vereinigung auf den Standpunkt stelle, daß ich vollständig mit vollem Herzen und ohne jeden Hintergedanken den unbedingten Freihandel für die Eisenindustrie akzeptiere, allerdings in der Weise, wie ich es eben ausgesprochen habe und worauf ich wieder zurückkommen werde, — daß ich mir darüber keine Illusionen mache, daß wir noch bei weitem von

*) Fehlt im Text.

dem Standpunkte entfernt sind, hinsichtlich unserer Massenproduktion uns mit vielen unserer Nachbarn messen zu können. Ich denke, darüber haben wir uns schon lange unterhalten, namentlich auch in parlamentarischen Körperschaften, daß wir in Beziehung nicht nur auf die Eisenbahnen, sondern auch auf die Wasserfrachten von den Engländern nicht nur, sondern auch von den Franzosen und Belgiern noch sehr entfernt sind. Es überhebt mich, zu beweisen, daß, wenn auf der einen Seite ein Durchschnittskohlenpreis von 2 Sgr. pro Zentner und auf der andern Seite ein Durchschnittskohlenpreis von 4 Sgr. pro Zentner wie im Saarbrückschen existiert, daß man dann nicht auszuführen braucht, daß wir in bezug auf die Rohmaterialien unsern Nachbarn nicht gleichstehen. Wenn ich diesen Freihandelsstandpunkt vollständig und ohne Hintergedanken akzeptiere, so geschieht es wesentlich im Vertrauen auf die überlegene Technik, welche wir in Deutschland bisher zum Vorschein gebracht haben, und auf die Ueberzeugung, daß keine Eisenindustrie in technischer Beziehung sich über die deutsche erheben kann. Es beruht dies auf der Wahrnehmung, daß fast in allen Eisensorten, wobei es auf die Qualität ankommt, die deutsche Eisenindustrie den meisten andern Ländern sehr gleich steht, ja sogar ihnen in Stahl überlegen ist, daß aber in den Eisensorten, wo die Billigkeit der Rohmaterialien am meisten mitspielt, allerdings diese Gleichstellung am weitesten entfernt ist, und ich bezweifle nicht, daß, wenn dieses internationale Freihandelsprinzip, das ich wünsche, angebahnt wird, für diese Massenproduktion der Norden, gegenüber England, verloren gehen wird, daß aber da, wo ein tüchtiger Arbeiterstand sich ins richtige Licht stellen kann, also bei Qualitätseisen, wir einen Binnenmarkt gewinnen, der uns hinreichend entschädigt. Wenn ich also zugebe, daß unter dem Schutz der langjährigen hohen Schutzzölle sich ein guter Arbeiterschlag in der Eisenindustrie herangebildet hat, so kann ich doch dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker nicht recht geben, daß ich die vermehrte Produktion unserer Hochöfen auf diese Sache schreiben kann; bei der Pro-

duktion der Hochöfen ist der Arbeiter ohne jede Einwirkung; es richtet sich diese nach der Konstruktion des Ofens und danach, wie der Ingenieur den Wind hineinschafft, der Arbeiter hat dabei nur eine untergeordnete Beschäftigung und kann auf die Mehr- oder Minderproduktion nicht einwirken. Auf der andern Seite kann ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker auch darin nicht recht geben, wenn er den Industriellen seines Wahlkreises einen Vorwurf daraus macht, daß sie ihren Arbeitern ihre Ueberzeugung von den Konsequenzen, welche aus der Aufhebung des Roheisenzolles hervorgehen, vorführen,*) sie beizeiten ermahnen, dasjenige zu tun, was sie können, und ihnen auseinandersetzen, welche Folgen eine solche Maßregel haben wird. Der Herr Abgeordnete Dr. Becker hat gemeint, daß die Industriellen sozialdemokratische Agitationen damit treiben; ich meine umgekehrt, wenn die Industriellen der Ansicht sind, daß durch diese Herabsetzung eine Reduktion der Löhne eintreten müßte und Unzufriedenheit entstände, und wenn durch diese Unzufriedenheit sozialdemokratische Agitationen entstehen, daß sie dem nicht wirksamer entgegentreten können, als wenn sie dasjenige tun, um diesen Konsequenzen entgegen zu wirken; ich glaube, daß, wenn wirklich diese Sache den Erfolg hat, wie der Abgeordnete Dr. Becker es Ihnen schildert, daß eigentlich vielmehr auf die Herren, welche seiner Ansicht sind, die Verantwortlichkeit fällt als auf diejenigen, welche das gerade vermeiden wollen. Es wird mir eingewendet werden von dem Herrn Abgeordneten Dr. Becker: es ist nicht wahr, daß die Löhne heruntergehen müssen durch die Reduktion. Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob durch die Reduktion der Regierungsvorlage, durch die Herabsetzung von 25 auf 17½ Sgr., eine Lohnreduktion und ein Stillstand namhafter Werke herbeigeführt werden wird; was aber die Aufhebung des Roheisenzolles betrifft, so wird mir der Abgeordnete Dr. Becker nicht bestreiten können, daß diejenigen Werke, welche direkt aus den Hochöfen Gußwaren darstellen, größtenteils zum

*) Im Text steht hier „und“.

Stillstand kommen werden; das ist keine Theorie. Denn so sehr ich damit übereinstimme, daß der französische Handelsvertrag segensreich gewirkt hat, so sehr muß ich daran erinnern, daß diese Zunahme der Produktion nicht eine Folge davon gewesen ist, daß die einzelnen damals bestandenen Werke nun ihre Produktion vermehrt haben, sondern es ist die Folge davon gewesen, daß sehr viel kleine, mehr oder weniger ungünstig gelegene Werke ihre Industrie aufgegeben, dieselbe an die Zentralpunkte dieser Industrie verlegt*) und dort mit vermehrten Mitteln und größeren Kräften in großartigerem Maßstabe fortgesetzt haben. Dasselbe würde unter denselben Voraussetzungen auch jetzt der Fall sein; insofern würden die Befürchtungen, die die Arbeiter aussprechen, nicht zutreffen. Aber dies eine ist ja nicht der Fall; Sie wollen ja den Roheisenzoll in einer Weise aufheben, daß von einer Gegenseitigkeit nicht mehr die Rede sein kann; Sie wollen ein neues Prinzip hineinwerfen, und die Zahlen, die publiziert sind, haben bewiesen, daß die Reduktion des Roheisenzolls von 10 Sgr. auf 7½ Sgr., resp. von 7½ auf 5 Sgr., allerdings nicht in der Lage war, große Nachteile hervorzurufen, während das Aufgeben, das allgemeine Preisgeben der Roheisenindustrie, welche Gußwaren produziert aus inländischen Eisenerzen, gegenüber derjenigen, welche mit englischem Roheisen arbeitet, die Befürchtung hervorruft, daß die kleineren Werke, und selbst größere Werke, die damit konkurrieren müssen, abermals aufhören, die erwarteten Neubildungen aber nicht entstehen würden. Dasjenige, was der Abgeordnete Lesse uns vorhin angeführt hat, sein Hinweis auf Ostpreußen und Oldenburg, kann mir die Sache nur bestätigen. Denn er meint ja selbst, daß gerade aus dieser Aufhebung des Roheisenzolls eine Industrie in Oldenburg, in Ostpreußen und an allen möglichen andern Punkten entstehen würde, die bis jetzt nicht möglich gewesen wäre. Ja, meine Herren, wenn diese Industrie entsteht, so ist es klar, daß unsere Bergindustrie, wie sie bis jetzt bestand,

*) S. 89 der Verhandlungen.

sich um so viel mehr vermindern muß. Ich sage aber weiter, wenn diese Industrie entsteht, so ist sie die Treibhauspflanze, das Bild, das Sie so oft angewandt haben auf diejenige Industrie, die ich für lebensfähig halte. Denn die wird überhaupt nur möglich sein durch einen Zollschutz auf das fertige Fabrikat, mit Aufhebung des Zollschutzes auf das Halbfabrikat. Sie werden mir unmöglich die Behauptung entgegenstellen können, daß das englische Roheisen, mit englischer Steinkohle in Oldenburg fabriziert, billiger sein könne als dasselbe Material, welches in England fabriziert wird; ich wüßte wenigstens nicht, mit welchen Motiven man eine solche Behauptung belegen könnte. Die Industrie, welche in der Lage ist, den Standpunkt einzunehmen, den ich angedeutet habe, gegenüber dem Freihandel auf der Tabula rasa mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit unter der Bedingung, daß dieser Freihandel ein internationales Prinzip wird, die ist nur da denkbar, wo die Industrie mit Materialien arbeitet, welche wesentlich aus dem Inlande kommen, wo jetzt eben schon kein Zollschutz besteht, nicht aber eine solche, die mit Materialien arbeitet, die aus dem Auslande kommen und dafür erst noch eine fünf- bis sechsfache Fracht, wie es ja bei Roheisen und Steinkohlen der Fall ist, bezahlen muß gegenüber dem Auslande. Darauf ist die Sache entschieden nicht anwendbar. Ich muß offen gestehen, daß, obwohl ich die Agitation der Arbeiter, von der der Herr Abgeordnete Dr. Becker gesprochen hat, nicht mit veranlaßt habe und auch nicht mit veranlassen konnte, aus dem einfachen Grunde, weil von der Aufhebung des Roheisenzolls vorher keine Rede war — man erfährt ja von solchen Sachen immer erst im letzten Momente, damit die Herren Interessenten sich möglichst wenig darüber hören lassen können —, und weil ich der Ansicht bin, daß die Gründe, welche für die Beibehaltung des bestehenden Zolles, wenigstens bis zum nächsten Jahre, sprechen,*) so stark sind, daß es dessen nicht bedarf, — ich trotzdem

*) Fehlt im Text.

aber durchaus nicht prinzipielle Bedenken gehabt hätte, den Arbeitern gegenüber mich auf denselben Standpunkt zu stellen, welchen der Abgeordnete Dr. Becker so außerordentlich getadelt hat.

Meine Herren! Wenn Sie dem Arbeiter das allgemeine Stimmrecht geben, wenn Sie ihm das Koalitionsrecht geben und wenn Sie ihn, wie Sie das bei der Diskussion über die neue Gewerbeordnung so oft ausgeführt haben, in jeder Beziehung mündig sprechen, wie können Sie da, wo die Arbeiter etwas tun, was Sie nicht gut heißen, sagen, die Arbeiter ständen unter der Vormundschaft der Arbeitgeber, die Arbeiter hätten keine eigenen Ideen, die Arbeitgeber machten ihnen was weiß und belögen und betrögen sie auf die furchtbarste Art! Das ist eine Inkonsequenz, die ich von jener Seite her am wenigsten vermutet haben würde. Ich bin nicht so weit gegangen in der Beziehung wie jene Herren, aber das halte ich doch von den Arbeitern, daß sie die volkswirtschaftlichen Beziehungen so weit übersehen können, daß sie sich selbst sagen können, wenn eine Verminderung des Zolls eintritt ohne Gegenseitigkeit, so wird für uns ein großer Nachteil, vielleicht die Vernichtung unserer bisherigen Stellung, daraus hervorgehen. Es hat mich das von dem Abgeordneten Dr. Becker um so mehr gewundert, als ich mich sehr wohl erinnere, wie er bei Besprechung der Lohnarrestfrage aus eben demselben Orte ein Beispiel angeführt hat, wo die Arbeiter auf durchaus sachliche, ich glaube sogar, wissenschaftliche Weise, auf die großen Nachteile aufmerksam gemacht haben, welche die Beschlagnahme des Lohnes für die Leute herbeiführt. Warum hat der Herr Abgeordnete Becker damals nicht gesagt, man muß die Sache mit Mißtrauen aufnehmen, es können die Gewerkschaften dahinter stecken? Der Fall ist ziemlich identisch mit dem vorliegenden. Wenn ich mich also auf den Standpunkt stelle, wir akzeptieren den Freihandel mit vollem Herzen, aber nur als internationale Einrichtung, so glaube ich, daß damit von vornherein der Vorwurf beseitigt ist, den man der Eisenindustrie machen könnte,

sie sei eine Treibhauspflanze, sie wolle Privilegien haben, die der Grundbesitz der andern Provinzen bezahlen müßte, und wie diese Phrasen alle heißen. Ich meine, meine Herren, eine Pflanze, — die Sie seit 30 Jahren — ich verstehe unter „Sie“ die Staatsgewalt, zu der Sie jetzt gehören, denn nicht die Eisenindustrie, sondern die Staatsgewalt ist es, die die Zölle gemacht hat; die Kapitalisten so gut wie die Arbeiter, die heute in der Eisenindustrie arbeiten, haben es nicht vom Himmel geschneit, sondern weil die Staatsgewalten gewisse Vorbedingungen geschaffen haben, haben Sie im Vertrauen darauf ihre Sache angelegt — ich meine also, wenn eine Industrie, welche während so langer Jahre als eine reine Treibhauspflanze, wie ich Ihnen zugebe, behandelt worden ist, heute nichts mehr verlangt, als daß sie in Freiheit gesetzt wird, aber auch vollkommen in Freiheit, so daß sie nach keiner Richtung mehr Treibhauswände habe, weder nach Osten noch nach Süden noch nach Norden noch nach Westen, — können Sie sie deshalb eine Treibhauspflanze nennen? Wenn Sie dieselbe in einen Kasten sperren, der bloß nach Norden geöffnet ist, nach allen andern Seiten aber mit großen chinesischen Schutzmauern umgeben, und wenn sie nun den Nordwind nicht vertragen kann, weil Sie sie von Wärme und Sonnenschein abschließen — verdient sie deshalb den Namen einer Treibhauspflanze? Verdient sie deshalb die höhnische und schonungslose Kritik, die aus solchen Konklusionen gestern von verschiedenen Seiten über sie ausgesprochen worden ist?*) Die Aeußerungen, die der Abgeordnete Braun gemacht hat, daß es eine Kampfesweise seit 1815 sei, immer zu sagen: wartet noch ein Jährchen, wartet noch zwei Jährchen, wartet noch drei Jährchen, — das sind vielleicht recht schöne Witze, die aber nach meiner Ansicht zu dem Ernst des Gegenstandes in gar keiner Beziehung stehen und die, was ich für die Hauptsache halte, jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

---

*) Im Text steht „sind“.

Es ist von unsern Gegnern schon darauf hingewiesen worden, daß im nächsten Jahre der englisch-französische Handelsvertrag aufhört. Meine Herren, daß dieser englisch-französische Handelsvertrag neue Verhandlungen hervorrufen wird, wird mir auch vom Tische der Bundeskommissare nicht bestritten werden können. Meine Herren, daß die französische Regierung — man hat hier immer von der politischen Seite der Frage gesprochen — daß die französische*) Regierung im Jahre 1860, wo der englisch-französische Handelsvertrag abgeschlossen worden ist, damals die große Freihandelsbewegung auch in Deutschland inaugurierte, wird auch nicht bestritten werden können, und ich frage Sie, wenn Sie den französischen Kaiser für einen so großen Freihändler halten, aus welchem Grunde wollen Sie mit einmal annehmen, daß er im nächsten Jahre der furchtbarste Schutzzöllner wäre? Daß die Regierung keine Verhandlung anknüpfen konnte während der Wahlen, das gebe ich zu; denn allerdings ist in Frankreich die Partei der Theoretiker etwas kleiner als bei uns und die Partei der Praktiker etwas größer als bei uns, so daß also die Regierung sehr viel vorsichtiger operieren mußte, um bei den Wahlen in der Beziehung nicht zu unterliegen. Aber die Wahlen sind vorüber. Herr Pouyer-Quertier, den Sie alle als den Hauptvertreter der schutzzöllnerischen Richtung in Frankreich kennen werden, ist durchgefallen, und wenn irgendwann**) die Position in Frankreich für die Regierung günstig liegt, so ist diese Position jetzt da. Aber diese Position ist nur dann günstig, und das hat die Geschichte aller französischen Verträge auf diesem Gebiete gezeigt, wenn sie den Mittelparteien gegenüber, die weder entschiedene Schutzzöllner noch entschiedene Freihändler sind, zeigen kann, daß nach allen Richtungen hin Vorteile sind, ja wenn sie die Schutzzollpartei, wenigstens die Eisenschutzzollpartei, die, wie ich positiv weiß, den allergrößten

---

*) S. 90 der Verhandlungen.
**) Im Text steht „irgendwie".

Wert auf die Ermäßigung der Eisenzölle, namentlich des Fassoneisens und der Schienen, bei uns legt, wenn sie die durch Konzessionen auf ihre Seite hinüber zu gewinnen weiß. Es handelt sich also nicht um eine Verschiebung ad calendas graecas bei dem,*) was wir verlangen, sondern es handelt sich um die ganz positive Tatsache, die im nächsten Jahre eintritt. Nun, meine Herren, wenn Sie, was ich hoffe, unsere Resolution akzeptieren, so haben Sie im nächsten Jahre vollkommen das Recht, uns zu sagen: hic Rhodus, hic salta, und Sie werden mich dann ganz gewiß nicht fehl finden. Es erschien mir überhaupt eigentümlich, in der Interpretation der Werte solcher Verträge die Herren Vertreter des Bundesrats nicht so ganz in Uebereinstimmung zu finden, wie man das eigentlich sonst gewohnt ist. Der Vortrag des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes**) ist ein solcher gewesen, mit dem ich mich fast in allem vollständig einverstanden erklären kann. Er fußt auf einem Prinzipe, mit dem ich mich fast durchweg einverstanden erklären kann. Ich habe den Vortrag heute nochmals durchgelesen, und ich bin nicht gewillt und war überhaupt nie gewillt, die positiven Daten, welche darin niedergelegt sind, irgendwie zu bekämpfen.***)

(Hört! hört!)

Der Herr Präsident des Bundeskanzleramtes hat in seinem Vortrag hauptsächlich bewiesen, daß die Einführung des französischen Handelsvertrages eine durchaus richtige Maßregel gewesen sei, daß die Befürchtungen, die an seine Einführung geknüpft waren, unrichtig gewesen seien, und daß wir uns sehr wohl dabei befinden. Meine Herren, ich unterschreibe in der Beziehung jedes Wort, ich halte den französischen Handelsvertrag nicht nur für eine ganz ausgezeichnete Einrichtung, sondern auch sein Prinzip für ein ganz ausgezeichnetes, und das einzige, was mich in dem Vor-

---

*) „bei dem" fehlt im Text.

**) Delbrück.

***) Im Text „bekämpfen zu wollen".

trage des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes überrascht hat, ist, daß er eben die Konklusion daran knüpft: da der Handelsvertrag ein vorzüglicher ist, da sein Prinzip ein vorzügliches war, so wollen wir nun das Prinzip ändern und wollen einseitig mit der Herabsetzung des Tarifs vorgehen. Das ist es, was ich nicht unterschreiben kann und was mir nach meiner unmaßgeblichen Meinung nicht ganz konsequent erscheint. Wenn der Herr Präsident des Bundeskanzleramtes aber den Fabrikanten den Vorwurf gemacht hat, daß sie seiner Zeit größere Befürchtungen an den Handelsvertrag geknüpft hätten, als sich wirklich realisiert haben, so kann ich darauf um so leichter erwidern, als ich damals zu diesen Fabrikanten nicht gehört habe, vielmehr damals eine abweichende Meinung von meinen Kollegen über diesen Punkt gehabt habe. Aber, meine Herren, ich muß Sie doch daran erinnern, daß die Fabrikanten hauptsächlich zwei Punkte als Vorbedingung zu dem Handelsvertrage verlangt hatten: nämlich die Aufhebung der Bergwerkssteuern und dann die Ermäßigung der Eisenbahnfrachten. Meine Herren! Der Herr Geh. Rat Michaelis *) hat zwar gestern bestritten, daß die Verhältnisse der Bergwerkssteuern damit koinzidiert hätten, indem dies schon in den fünfziger Jahren geordnet sei, aber der Herr Abgeordnete v. Sybel hat ihm gestern schon bewiesen, daß erst im Jahre 1862 das Gesetz über die Aufhebung der Bergwerkssteuern auf Eisensteine eingetreten sei, während im Frühjahr 1862 die Eisenindustriellen hier versammelt waren und ihre Vorstellungen machten. Und was die Eisenbahnen betrifft, so wird er auch selbst am besten wissen, daß nicht nur seit dem Jahre 1862 das Eisenbahnnetz sich bedeutend vermehrt hat, sondern auch, daß gerade die Agitationen, welche von verschiedenen Seiten, namentlich von dem westfälischen Bergwerksverein gegen die Eisenbahntarife ins Werk gesetzt worden sind, eben in diese Zeit fallen, und daß

*) Michaelis war Zollbundeskommissar.

die Annahme des Pfennigtarifs, allerdings nicht allgemein, aber doch im großen Ganzen, auch in diese Zeit fällt, so daß also die Befürchtungen, welche die Eisenindustriellen damals hatten, schon dadurch kontrekarriert wurden, und man nicht sagen kann, daß sie von unrichtigen Voraussetzungen ausgingen. Wenn der Herr Präsident des Bundeskanzleramtes uns heute die Garantie geben könnte oder wollte, daß, wenn wir heute die Tarifermäßigungen, die er beantragt hat, genehmigen — ich spreche jetzt nicht von dem Roheisenzoll, weil ich den Roheisenzoll nicht mit hineinbegreife — daß dann auch wieder die Voraussetzungen eintreten, die wir als unbedingte Vorbedingungen hierbei für nötig halten, dann, meine Herren, würde ich dem mit dem allergrößten Vergnügen zustimmen. Wenn er uns die Garantie geben wollte, für den Erfolg der Agitationen gegenüber den Eisenbahnen für die Einführung des Einpfennigtarifes, womöglich für das, was die Kommission des Abgeordnetenhauses im vorigen Jahre beschlossen hat: die Einführung des Einpfennigtarifes mit höchstens einem Taler Expeditionsgebühren auf alle Entfernungen, wenn er ferner uns die Garantie geben wollte, daß die französische Regierung bei den Unterhandlungen im nächsten Jahre wenigstens nicht abgehalten würde durch diese unsere Maßregel, nun auch auf französischem Gebiete ebenso vorzugehn, so würde ich den Tarif schon jetzt gern akzeptieren. Ich bin aber der umgekehrten Ansicht, ich bin der festen Ueberzeugung und ich glaube, daß, wer die französischen, die Pariser Verhältnisse, sowohl in der Kammer wie in der Industrie wie in den Regierungskreisen kennt, der wird gar nicht bestreiten können, daß die Franzosen eine Herabsetzung des Eisentarifs bei uns als eine Konzession ansehen, daß eine solche Konzession Gegenkonzessionen hervorrufen würde und wir daher in einer ganz andern Position sind, wenn wir die Herabsetzung des Eisentarifs zu einer Bedingung machen. Ich behaupte nun nicht etwa, daß wir sagen sollen, daß wir Groschen für Groschen die Herab-

setzung des Zolles zu einer Bedingung machen, daß wir unbedingt die Abschaffung der acquits à caution*) verlangen — diese Konzessionen können auf ganz verschiedenen Gebieten liegen, es ist z. B. möglich, daß für die Exportindustrie damit etwas gewonnen werden kann. Es ist möglich, daß die titres d'acquit à caution bleiben, daß dafür aber eine andere Position einigermaßen vermindert wird. Wir können unter allen Umständen etwas erreichen, und die entschiedenen Freihändler werden doch nicht bestreiten wollen, daß es kein Unglück ist, wenn Frankreich uns seine Tore öffnet; allerdings gebe ich zu, daß, wenn Frankreich uns seine Tore nicht öffnet, die Eisenpreise noch billiger werden, wenn sie die Eisenindustrie nicht überhaupt**) vernichten und zu noch ganz andern Resultaten kommen. Aber ich glaube, soviel Billigkeit wird im Hause wohl herrschen, daß wenigstens die Anbahnung des internationalen Freihandels als Prinzip richtig erscheinen wird. Diesem Standpunkt gegenüber, meine Herren, welchen ich als den Standpunkt des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes bezeichnen möchte, mit dem ich mich bis zu einem gewissen Grade vollkommen einverstanden erkläre, scheint mir die Auffassung des zweiten Herrn Bundeskommissars in ganz entschiedenem Widerspruch zu stehen. Meine Herren, der Herr Geheime Rat Michaelis hat mit einer gewissen Emphase gesagt: Sobald Sie durch Handelsverträge Tarifrevisionen machen, so wird das deutsche Parlament nicht mehr auf parlamentarischem Boden stehen, so wird der alte Bundestag und alle früheren Miseren wieder eingeführt werden, so werden Sie unsere Selbständigkeit aufheben und abhängig machen von allen möglichen Gewalten kleinerer und größerer Staaten in der Nachbarschaft. Meine Herren! Das ist doch wohl

---

*) Zolleinfuhrvergütungen, deren Betrag bei Ausfuhr einer gleichen Menge gleicher Ausfuhrware zurückvergütet wurde und bei Gußwaren noch jetzt ohne Identitätsnachweis zurückvergütet wird.

**) S. 91 der Verhandlungen.

eine Uebertreibung und eine tatsächlich unrichtige Darstellung der Sache. Sie werden alle wissen, daß in Handelsverträgen niemals davon gesprochen wird, daß man die Zölle nicht niedriger setzen darf, als sie in den Verträgen angesetzt sind, sondern immer nur, daß man sie nicht höher ansetzen darf, und der Herr Geheime Rat Michaelis wird mir zugeben, daß trotz des französischen Handelsvertrages wir im österreichischen Handelsvertrage doch Ermäßigungen auch für die Franzosen eingeführt haben, daß uns also der französische Handelsvertrag davon nicht im mindesten abgehalten hat. Ferner möchte ich ihm sagen, daß unsere Resolution durchaus nicht verlangt, es sollen unsere Verhandlungen so geführt werden, daß Zollermäßigungen nur durch Handelsverträge eingeführt werden dürfen. Wenn Rußland einen solchen horror gegen Handelsverträge hat, gut, so machen Sie es anders, so führen Sie auf andere Weise gleichzeitige Ermäßigungen ein, so bin ich auch beruhigt. Glauben Sie dieselben besser nicht durch Handelsverträge, sondern durch einfache Tarifermäßigungen, durch stillschweigende Konzessionen einzuführen, so bin ich gewiß auch damit einverstanden. Was aber diesen höheren unabhängigen Standpunkt des deutschen Volkes anbelangt, wie ihn der Herr Bundeskommissarius vertritt, so kann ich den ebenso gut auch auf andere Punkte anwenden, das ist die Armee. Wenn ich sage: um mich nicht vom Auslande abhängig zu machen, darf ich meine Konzessionen nicht mit denen des Auslandes in Verbindung bringen, so kann ich mit demselben Grunde auch sagen: wie kann ich mich denn von dem Auslande in bezug auf die Armee abhängig machen und als biederer Deutscher auch rüsten, wenn das Ausland rüstet! Ich werde mich konsequenterweise erst recht nicht rüsten, wenn das Ausland rüstet.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich habe keine witzige Ader in mir, aber hierbei werde ich doch unwillkürlich zum Scherz verleitet.

Ich komme nun auf die Motive des Herrn Geheimen

Rats Michaelis, ich nehme nämlich an, daß die gedruckten Motive auch von ihm herrühren, weil ich die Ausstellungen, die ich gegen seinen Vortrag zu machen habe, in ähnlicher Weise an diese Motive anknüpfen kann; ich bedaure bei dieser Gelegenheit nur, so dankbar ich die Verteilung der Rede des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramts begrüßt habe, daß die Rede des Herrn Michaelis nicht auch verteilt worden ist, weil es mir dann leichter geworden wäre, den Widerspruch, der zwischen beiden liegt, Ihnen vor Augen zu führen. Ich kann mich aber nicht enthalten, da ich den Vortrag nicht so im Detail in mein Gedächtnis habe fixieren können, auf einige Punkte der Motive zurückzukommen, wo ich in der Tat nach meiner Ansicht abermals unrichtige Auffassungen wiederfinde. Meine Herren, wenn die Motive uns ausgeführt haben, daß das ausländische und inländische Eisen sich ergänzen, so ist mir das ein Satz gewesen, der mir vollständig unverständlich geblieben ist. Meine Herren, ich erkläre, daß ich keine Eisensorte kenne, welche der inländische Konsum von dem Auslande nötig hätte, der irgendwie geeignet wäre, eine größere inländische Produktion hervorzurufen. Es wird von England kein Produkt eingeführt, welches nicht auch im Inlande gemacht wird, die einzige Ausnahme könnte höchstens Gießereiroheisen sein; das wird aber nicht eingeführt, weil es im Inlande nicht gemacht werden kann, sondern deswegen, weil die meisten inländischen Gießereiwerke sich umgewandelt haben und weil das englische Roheisen zum 5 Sgr.-Zoll billiger hereinkommt, als das meiste inländische kostet. Umgekehrt würde man allerdings ein Material nennen können, Spiegeleisen, welches die englische Industrie bis zu einem gewissen Grade von uns braucht. Es ist diese Anwendung des Spiegeleisens zur Bessemerfabrikation quantitativ aber sehr gering, nur etwa 5 Prozent des ganzen Roheisensatzes, und diejenigen Bessemerwerke, die direkt aus dem Hochofen arbeiten, brauchen das Spiegeleisen gar nicht. Wenn ich hiervon abstrahiere, so ist mir der Satz vollkommen unfaßlich, ich

erkläre ihn deshalb vorläufig, bis mir das Gegenteil bewiesen wird, für unrichtig. Der Nachweis, der für die Aufhebung oder Ermäßigung der Zölle hinsichtlich des Verbrauchs des Eisens pro Kopf geführt wird, scheint mir gleichfalls an Uebertreibung zu leiden. Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß, wenn das Material billiger wird, mehr davon verbraucht wird; wenn man aber diesen Beweis an Frankreich führen will, wie es in den Motiven der Regierung geschieht, dann beweist man das Gegenteil. Meine Herren! In Frankreich sind die Zölle zum Teil eben so hoch, zum Teil höher als bei uns, in Frankreich zahlt man pro 100 Kilo Roheisen 2 Francs Eingangszoll, das macht 8 Sgr. auf den Zentner, und wir zahlen nur 5 Sgr. Wenn trotzdem in Frankreich, wie die Regierungsmotive sagen, der Verbrauch pro Kopf größer ist als bei uns, so muß das also auf einem andern Grunde als auf den Zöllen beruhen. Ich will Ihnen sagen, woher es kommt. In Frankreich beruht die Sache darauf, daß allerdings das gewöhnliche Eisen billiger ist als bei uns, aber gerade deshalb billiger, weil man zwar weiß, daß der Kaiser Napoleon Freihändler ist, daß er die Kammer in der Tasche hat, daß er in Zollsachen machen kann, was er will, wenn er die Absicht dazu hat; man weiß aber auch, daß in Frankreich die reine Theorie nicht absolut herrscht, man weiß, daß, wenn derartige Reformen geschehen, sie geschehen cum grano salis, nur unter der Erörterung der Verhältnisse, namentlich nicht, ohne daß man sich durch Handelsverträge, deren Erfindung ja gerade von dem Kaiser Napoleon herrührt, Gegenkonzessionen bedingt. Aus diesem Grunde hat sich in Frankreich das Vertrauen gehoben. In Frankreich denkt kein Mensch daran, wenn er eine Million in Eisenwerke steckt, es könne verlorenes Geld sein, während man bei uns dies schon bei 10,000 Rtlr. denken muß; und infolgedessen ist in Frankreich die innere Konkurrenz entschiedener und die Preise niedriger, als es bei uns der Fall ist. Das ist die Konsequenz, wodurch der Eisenverbrauch in Frankreich

gestiegen ist, und das umgekehrte ist in den letzten drei Jahren bei uns der Grund, daß wir trotz der Vermehrung, die wir registriert haben, bei uns keine größeren Anlagen gewahr geworden sind. Wenn das Prinzip stabil bleibt, können auch wir auf Erweiterungen eingehen, können wir die Zukunft der Eisenindustrie den wechselnden Majoritäten anheimstellen; das können wir aber nicht, wenn alle Jahre ein neues Prinzip erfunden wird, das eine Jahr der Schutzzoll, das zweite Jahr ein Handelsvertrag, das dritte Jahr der unbedingte Freihandel.

Was die acquits à caution anlangt, so möchte ich,*) um ein Beispiel zu nennen, wie Herr Geheimer Rat Michaelis die Zahlen zu gruppieren versteht, nur eins anführen. Herr Geheimer Rat Michaelis hat gesagt, daß er nicht begreife, wie auf die acquits à caution ein so großer Wert gelegt werden könnte, indem im Jahre 1867, wenn ich richtig verstanden habe, nur 600 Zentner Stabeisen aus Frankreich in Deutschland eingeführt seien. Diese Zahlen mögen richtig sein, soweit mir die Statistik zu gebote steht, obgleich mir bekannt ist, daß im Jahre 1867 einzelne deutsche Maschinenfabriken sehr wesentliche Bestellungen auf Universaleisen, auf Fassoneisen und dergleichen aus Frankreich bezogen haben. Aber selbst angenommen, daß das richtig sei, so hat der Herr Geheime Rat Michaelis aber nicht davon gesprochen, daß 37 000 Zentner Schienen eingeführt sind, welche denselben Zoll wie Stabeisen bezahlen. Meine Herren, das ist doch genau dasselbe, als wenn ein solches Quantum Stabeisen eingeführt worden wäre. Es handelt sich hier um das Prinzip und um die Art und Weise, wie uns von dieser Seite die Zahlen vorgebracht werden. Es ist ganz gleichgiltig, ob im Wege der titres d'acquit 1000 Zentner Schienen mehr hier eingeführt werden oder Stabeisen, es handelt sich nur um das Totalquantum, und dies hat uns der Herr Bundeskommissar ver-

*) S. 92 der Verhandlungen.

schwiegen. Denn Schienen und Stabeisen ergänzen sich vollständig: wer Schienen macht, macht Stabeisen, und umgekehrt, und ich kann in dieser Beziehung nicht die allermindeste Unterscheidung machen. Uebrigens muß ich auch betonen, daß ich wenigstens bei dem Standpunkte zu den acquits à caution, den ich im vorigen Jahre eingenommen habe,*) in keiner Weise behauptet habe, daß die dadurch importierten Eisenmassen so kolossal seien, daß die inländische Industrie dadurch vernichtet würde. Ich habe wesentlich darauf hingewiesen, daß das Prinzip noch viel weiter ausgedehnt werden kann, und ich gebe für den vorliegenden Fall zu, daß man die 37 000 Zentner Schienen nicht für ein so großes Unglück halten kann; im Gegenteil gebe ich zu, daß die Einfuhr der 37 000 Zentner die andern Eisenwerke von höheren Preisen abgehalten hat,**) daß sie also infolgedessen gewissermaßen günstig gewirkt haben für den Konsum. Es handelt sich aber darum, daß, wenn Sie jetzt den Zoll von 17½ Silbergroschen — ich bitte den Herrn Präsidenten um Entschuldigung, wenn ich auch von dem Stabeisenzoll spreche; da ich aber die Resolution, die ich mit eingebracht habe, verteidigen muß, so kann ich dies nicht bei jeder einzelnen Position tun; ich muß also das ganz kurz hier erwähnen; — ich meine also, wenn der Eingangszoll auf Stabeisen von 25 Sgr. auf 17½ Sgr. heruntergesetzt wird, dann ist er faktisch durch die titres à caution auf 10 Sgr. heruntergesetzt. Wir haben also nach den Regierungsvorschlägen Frankreich gegenüber einen Stabeisenzoll von 10 Sgr., während Frankreich uns gegenüber einen solchen von 24 Sgr. beibehält. Ja, meine Herren, glauben Sie, daß Sie durch solche Differenzen die französische Mittelpartei oder gar die Schutzzollpartei dazu bringen können, uns irgend welche Gegen-

---

*) In einer Rede vom 8. Mai 1868, die Stumm zur Begründung einer Resolution über die Beseitigung dieser französischen Ausfuhrprämie hielt. S. 16 dieses Bandes.

**) Im Text steht „haben“.

konzessionen zu machen? Glauben Sie, wenn das Eisen aus Frankreich zu 10 Sgr. hereinkommt und zu 24 Sgr. wieder herausgeht, daß das jemals die Franzosen bestimmen wird, uns von ihrem Standpunkte aus entgegenzukommen? Und gerade diejenigen, welche behaupten, daß in Frankreich die Schutzzollpartei so mächtig sei, werden mir um so eher zugeben müssen, daß auf die Existenz dieser Schutzzollpartei doch einige Rücksicht genommen werden muß.

Meine Herren, ich muß wieder zum Herrn Dr. Braun zurückkommen. Ich habe schon erwähnt, daß der Herr Dr. Braun es für gut befunden hat, uns gegenüber alle die schönen und zum Teil durchaus richtigen Redensarten entgegenzuhalten, die seit Jahren die Stichworte bilden auf allen volkswirtschaftlichen Kongressen, auf allen landwirtschaftlichen Vereinen, auf allen Handelstagen, genug, die gewissermaßen das Paradepferd sind, auf denen die Herren Volkswirtschafter reiten, ein Paradepferd, welches vor zwanzig Jahren berechtigt war, weil es einen Zweck hatte, jetzt aber vollständig überflüssig ist, und dessen Vorführung jetzt höchstens einen billigen Beifall erregt bei Nichtsachverständigen, während es bei Sachverständigen längst zu den überwundenen Standpunkten gehört. Den Witz mit den Lichtziehern in Paris habe ich wenigstens schon zwanzigmal gehört, und ich glaube, daß er keinem der Herren, die sich je mit Volkswirtschaft beschäftigt haben, fremd ist; auch glaube ich kaum, daß es jemand gibt, der die Konsequenz, die sich daraus ergibt, nicht vollständig akzeptiert. Wenn Herr Dr. Braun aber in seiner gewohnten Weise — ich erinnere an eine Rede, die er im Reichstage gegen die Sozialisten gehalten hat — die Eisenindustrie nur als eine ganz unbedeutende, kleinliche Erscheinung hingestellt hat, die gegen die Schuster und Schneider ganz verschwinde, so möchte ich doch bemerken, daß seine Zahlen nicht ganz richtig sind, insofern, als er wesentliche Zweige der Arbeiter, welche in der Eisenindustrie stecken, übergangen hat. Ich habe hier eine Zusammenstellung, die

ich noch vom vorigen Jahre habe, aus dem Jahre 1865; es kommt ja darauf nicht an, eine spätere Zusammenstellung ist mir nicht zugänglich geworden. Ich werde daraus kurz meine Nutzanwendung ziehen. Die Zahlangaben sind aus der offiziellen Denkschrift des preußischen Handelsministeriums entnommen und abgerundet.

	Produktion	Wert Rtlr.	Arbeiter	Zahl der Werke
Erzbergbau . . .	60 000 000	6 000 000	27 000	2 200
Gußstahl- und Roheisen	18 000 000	23 000 000	16 262	273
Roh-Stahleisen . .	1 000 000	2 000 000	251	7
Gießereien aus Erz	1 000 000	3 000 000	5 212	47
Gießereien aus Roheisen	4 000 000	15 000 000	18 000	344
Stabeisen . . .	10 000 000	33 000 000	27 000	403
Blech	1 500 000	7 000 000	4 761	39
Draht	700 000	3 000 000	2 697	94
Stahl	2 000 000	16 000 000	13 000	169

in Summa 114 183 Arbeiter, 3596 Werke und 77 000 000 Zentner Produktion, wenn ich Roheisen übergehe, da ich das ja sonst doppelt rechnen würde.

Nun, meine Herren, nehme ich an, da ich die Behauptung des Herrn Abgeordneten Dr. Becker nicht akzeptieren kann, daß die Vermehrung der Produktion eine Verminderung der Arbeiter hervorgerufen hat: die Behauptung würde bei Roheisen vielleicht richtig sein, aber bei Stabeisen findet sie keine Anwendung; da hat sich, obwohl der einzelne Arbeiter heut 5—6 Prozent mehr produziert als früher, entschieden die Arbeiterzahl vermehrt. Ich meine also einfach, meine Herren, daß im Jahre 1868 die Arbeiterzahl von 114 000 sich vermehrt hat um $^1/_8$, wie auch die Stabeisenproduktion sich vermehrt hat. Es würden also hinzukommen 19 000 Arbeiter, also im ganzen — — doch halt, ich sagte 114 000 Arbeiter; nun kommt hier ein Faktor hinzu, das sind diejenigen Kohlen-

arbeiter, welche für die Eisenindustrie arbeiten, und da ist das Rechenexempel ganz außerordentlich einfach: ich brauche nur die Produktion an Stabeisen mit 6 zu multiplizieren, und so komme ich auf 100 Millionen Zentner, und diese bilden 1/4 der Gesamtkohlenproduktion des Jahres 1865. Dadurch komme ich auf 27 000 Arbeiter, die in Kohlengruben für die Eisenindustrie arbeiten. Ich komme also im ganzen auf die Ziffer von 141 000 Köpfen; dazu das Achtel, um das Jahr 1868 zu bestimmen, gibt + 19 000 = 160 000 wirkliche Arbeiter. Nach den statistischen Verhältnissen, wie ich sie bei mir habe, sowohl in meinen Berg- wie Hüttenwerken, kann man nun ziemlich rechnen, daß auf jeden Arbeiter durchschnittlich eine Familie von 4—5 Köpfen kommt. Es würde also die Summe von*) 700 000 Köpfen sich ergeben. Das ist aber nur die reine Berg- und Hüttenarbeiterbevölkerung. Rechnen Sie die Leute dazu, die als Tagelöhner, als Fuhrleute, als Holzhauer, als alle möglichen derartigen Personen mit der Sache zu tun haben, die in den statistischen Nachrichten ja gar nicht stehen, die Leute, die als Diener jeder Art da beschäftigt sind, ja rechnen Sie die Schneider und Schuster dazu, von denen Herr Dr. Braun gesprochen hat, und die doch nicht bloß ihre Kleider und Schuhe für den Landmann machen, sondern auch für den Hüttenarbeiter, und gerade für die um so mehr, als die Arbeiter keiner Industrie so viel Schuhe brauchen als die bei der Eisenindustrie, wo das Feuer die Schuhe schnell zerstört, — dann glaube ich nicht zu irren, wenn ich sage, es ist mindestens eine Bevölkerung von einer Million Seelen, also die Bevölkerung von ungefähr einer preußischen Provinz, welche direkt von der Eisenindustrie lebt und deren Existenz vollständig untergraben würde, wenn Sie auf die Eisenindustrie verzichten wollten. Ich sage das nicht, um schutzzöllnerische Tendenzen zu verfolgen; denn in der Sache stimme ich

*) S. 93 der Verhandlungen.

ja vollkommen überein, daß, wenn diese Leute nicht anders als durch den Schutzzoll bestehen könnten, so müßten sie sich einen andern Stand wählen. So liegt aber die Sache nicht, sondern es handelt sich darum, ob man gegenüber einer Bevölkerung von einer Million Seelen, abgesehen von einem Kapital von 50 bis 70 Millionen, wovon ich aber nicht sprechen will, weil ich dazu am allerwenigsten berufen zu sein glaube, um dem Landbau um 2½ Pfennig pro Morgen das Eisen ein Jahr früher billiger zu liefern,*) das Mittel aus der Hand geben soll, um im nächsten Jahre, wo es positiv feststeht, daß wir wichtige Konzessionen aus einer Tarifeinigung mit Frankreich erzielen können, ein Prinzip aufzustellen und Vorschläge zu machen, womit alle ohne Ausnahme sich einverstanden erklären können — ohne Ausnahme will ich gerade nicht sagen, aber wenigstens eine ungeheure Majorität dieses Hauses — womit Sie alle wohlberechtigten Interessen erfüllen, während Sie umgekehrt jetzt, um ein Jahr früher dahin zu kommen, ein Prinzip aufstellen, das auf der einen Seite allerdings ein wenig nützt, auf der andern Seite aber wichtige Interessen gewaltig schädigt. Meine Herren, ich sage: auf der einen Seite ein wenig nützt; ich meine damit den Landbau, ich meine damit die Konsumenten überhaupt, ich meine aber nicht damit die Seeplätze.

Meine Herren! Die Seeplätze — das ist unbestreitbar, das wird von unserer Seite nicht geleugnet werden können — haben an dem Freihandel, wie wir ihn wollen, kein Interesse, im Gegenteil, sie würden vielleicht das Schutzzollsystem noch mehr als in ihrem Interesse liegend ansehen, wenn dafür für gewisse andere Dinge wenigstens die Einfuhr erleichtert würde. Denn sobald wir das Freihandelssystem haben, auf welches ich mit allen meinen Kräften auch für die Zukunft

---

*) Nach einer damaligen Berechnung bedeutete die Verteuerung des Eisens durch den Schutzzoll hinsichtlich der landwirtschaftlichen Geräte nur 1⅔ Pfennig oder 2½ Pfennig auf den steuerpflichtigen Morgen Landes. Siehe S. 126 dieses Bandes.

hinzuwirken bestrebt sein werde, so werden die Seestädte nicht mehr die einzigen Tore sein, durch die ein internationaler Verkehr stattfindet; durch diese Tore wird zwar noch einiges englische Eisen für den Norden eingeführt werden; es wird dann aber unser Material ebenso nach allen Seiten im Binnenverkehr weggeführt werden können, und das Ideal des Seehandels, daß möglichst alle Produkte nach einer Richtung ein- und ausgeführt werden, wird für alle Zeit dadurch zerstört sein. Also die Seeplätze haben von ihrem Standpunkt vollkommen recht, wenn sie sagen, man kann nicht noch ein Jahr warten. Denn wenn wir noch ein Jahr warten und dann das internationale Prinzip einführen, so sind unsere Interessen vollständig geschlagen, und der internationale Freihandel mag schön klingen, davon haben wir aber gar nichts.

(Heiterkeit!)

Meine Herren! Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß dieser Standpunkt der Seeplätze um so natürlicher ist, als es feststeht — und ich bin bereit, wenn es bestritten werden sollte, das durch Zahlen näher nachzuweisen — daß in England von Jahr zu Jahr die Eisenfabrikation verhältnismäßig teurer, bei uns aber billiger wird, daß die Schienen bei uns z. B. seit zwölf Jahren von beinahe 50 Rtlr. auf 30 Rtlr. sich ermäßigen konnten, ohne daß die Bilanzen, welche die einzelnen Werke gemacht haben, sich deswegen wesentlich voneinander unterscheiden. Das kommt daher, daß unsere Transport- und Kommunikationsmittel wesentlich im Fortschreiten begriffen sind, unsere Arbeiten besser werden usw. In England dagegen ist in diesen Beziehungen bereits alles erreicht, was nur irgend erreicht werden konnte. Es ist kaum ein größeres Werk mehr da, welches noch bessere Kommunikationsmittel bekommen könnte.

Die Eisenbahngesellschaften sind fast alle bankerott, Kanäle sind überall da, wie sollen die Frachten da noch billiger werden? Der Kohlenbergbau wird immer tiefer, immer schwieriger, und ein englischer Nationalökonom hat sogar aus-

gerechnet, daß England in 100 Jahren keine Kohlen mehr oder nur noch mit sehr schweren Opfern haben wird. Meine Herren! Von diesem Gesichtspunkt aus wird allerdings jeder Moment, den wir länger warten — und ich spreche hier nur von einem Jahr — für den Seehandel ungünstiger wirken, vielleicht so kräftig wirken, als wir es für unsere Industrie nur verlangen können. Es wird möglicherweise dahin kommen, daß wir einst sagen können, wir sind jetzt England so überlegen, daß wir es nicht mehr zu fürchten haben. Es liegt also im Interesse Englands und seiner seehändlerischen Pioniere, den jetzigen Moment noch zu benutzen, um auf den Trümmern unserer Industrie machen zu können, was es will, um dann alle die Früchte, die wir während eines 20jährigen Schutzzolles gewonnen haben, alle die langjährigen Opfer fruchtlos zu machen und unsere Staatsmänner, die damals den Schutzzoll eingeführt haben, geradezu als dumme Jungen hinzustellen; denn die einmal vernichtete Industrie läßt sich nicht wieder ins Leben zurückrufen. Meine Herren! Für mich ist die Frage ganz einfach die: sollen wir hier ein Prinzip aufstellen, wodurch die Versöhnung zwischen den bisher widerstrebenden Elementen angebahnt wird, wodurch der langjährige Kampf, der zwischen Ackerbau und Industrie, zwischen Nord und Süd, zwischen Osten und Westen geführt worden ist, aufhört in einer für alle befriedigenden Weise, oder sollen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die Partei, die hier zufällig die mächtigere ist — ich weiß ja noch nicht, welche dies sein wird — einfach den Besiegten das vae victis zuruft und sagt: unsere Interessen sind die allein maßgebenden, eure Interessen sind uns gleichgiltig, und das kleine Opfer, ein Jahr zu warten, das wollen wir euch versagen. Es ist gesagt worden, wenn wir in diesem Jahre keine positiven Resultate gewinnen, so werden wir eine unfruchtbare Sitzung gehabt haben, und das wird uns in der öffentlichen Meinung Deutschlands schaden. Ich bin entgegengesetzter Ansicht, wenn wir aus diesem Kampf mit einem Prinzipe hervorgehen, wodurch ein für alle Male der Kampf um

Schutzzoll beseitigt wird; wenn wir uns für den Freihandel unter gewissen Voraussetzungen einmütig aussprechen, so wird daraus nicht bloß eine allgemeine Befriedigung hervorgehen — und ich glaube, es wird diese Befriedigung noch etwas größer sein, als wenn die Herren den Petroleumzoll bewilligen, — sondern es wird auch dasjenige stattfinden, was in Frankreich den Eisenkonsum vermehrt hat: es wird Ruhe und Sicherheit in die Verhältnisse kommen, und die Fabrikanten werden sich sagen: wenn wir auch über den Tarif und seine einzelnen Sätze nicht sicher sind, so haben wir doch Gewißheit über die Geltung von praktischen Gesichtspunkten, welche unser Schicksal entscheiden werden. Ich glaube, gerade dadurch wird das Zollparlament sich populär in Deutschland machen, wenn ich auch zugebe, daß*) Sie sich durch die Beschlüsse, die Sie hier vorschlagen, in einzelnen Wahlkreisen noch populärer machen werden.

(Oho! links.)

Das aber kann ich Sie versichern, daß Sie dadurch in vielen Teilen des Vaterlandes die Gegensätze schärfer und bitterer machen werden, als sie dies bisher jemals gewesen sind.

(Lebhaftes Bravo! rechts und im Zentrum.)

Nachdem der Zollbundeskommissar Michaelis versucht hatte, sich gegen die Angriffe Stumms zu verteidigen, nahm Stumm zur persönlichen Bemerkung noch einmal am Schlusse das Wort.

Abgeordneter Stumm**): Ich muß es mir natürlich versagen, auf die einzelnen Erwiderungen, die der Herr Bundeskommissar***) mir gemacht hat, hier näher einzugehen. Es würde mich dies auf eine sachliche Diskussion führen; ich behalte mir deshalb vor, später bei dem Stabeisen wieder darauf zurückzukommen. Ich muß aber schon jetzt sagen, daß er den Fehler, welchen ich ihm bereits vorgeworfen habe, d. h. den

---

*) S. 94 der Verhandlungen.

**) S. 101 der Verhandlungen.

***) Der Zollbundeskommissar Geheimer Regierungsrat Michaelis.

Vorwurf der nicht ganz objektiv richtigen Darstellung dessen, was er bekämpft, abermals wiederholt hat. Nachdem ich ausdrücklich davon gesprochen hatte.....

Präsident: Ein neuer Angriff kann doch ganz unmöglich den Inhalt einer persönlichen Bemerkung bilden; ich darf nicht zulassen, daß dem Hause in der Form der persönlichen Bemerkung eine Debatte obtrudiert wird, nachdem das Haus den Schluß angenommen hat.

Abgeordneter Stumm*): Dann habe ich lediglich das Mißverständnis noch zu berichtigen, daß ich das Wort vae victis nicht auf die Regierungsvorlage angewendet habe, sondern lediglich auf den Antrag auf Aufhebung der Roheisenzölle. Ferner habe ich auf die Ausführung des Herrn Abgeordneten v. Hennig zu erwidern, daß, wenn ich mit **) meinen Ohren richtig gefolgt bin, er mir als Motiv meiner ganzen Ausführung persönliches Interesse untergeschoben hat und daß ich es selbstverständlich unter meiner Würde halte, auf eine solche Verdächtigung zu antworten. Ich konstatiere nur, daß er mir etwas anderes nicht zu entgegnen vermochte.

Hierauf wurde der Antrag v. Hennig und Genossen abgelehnt. Nach seiner Ablehnung brachten Dr. Prosch und v. Thadden einen neuen Antrag ein, welcher dahin ging, das Zollparlament wolle beschließen, in § 1, II, hinter Nr. 3 eine neue Nummer hinzuzufügen folgenden Inhalts:

„Roheisen aller Art, altes Brucheisen (Nr. 6 a) für den Zentner mit $2^1/_2$ Sgr."

Das bedeutete die Hälfte des bestehenden Satzes und zugleich des Satzes der Regierungsvorlage. Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag ergab auch seine Ablehnung.

Gußwarenzoll

Zu Position 13: Ganz grobe Gußwaren in Oefen, Platten, Gittern usw. (Nr. 6 f 1) für den Zentner mit 8 Sgr. oder 28 Kreuzer.

Abgeordneter Stumm: Meine Herren! Erlauben Sie mir ein Wort zu dieser Position. Ich werde natürlich nicht

*) S. 101.
**) Im Text fehlt „mit".

eingehen auf die Prinzipien, die jetzt durch die Beschlüsse, welche wir gefaßt haben, erledigt sind, sondern ich will nur auf das eine aufmerksam machen, daß für die groben Gußwaren, die nach dem Zollverein hauptsächlich aus Frankreich importiert werden, eine Ausfuhrprämie vergütet wird, die etwa dem Zoll, den uns hier die Regierung vorschlägt, gleichkommt, daß wir also für diese Gußwarenindustrie vollständige Zollfreiheit aus Frankreich einführen würden. Nachdem Sie die Ermäßigung des Roheisenzolles abgelehnt haben, halte ich es geradezu für unmöglich, für eine Industrie den Freihandel pure einzuführen, deren Rohmaterial mit einem Zolle belegt wird, und bitte Sie, einfach aus diesem Grunde die Position abzulehnen. Sie werden dadurch nicht mit den gefaßten Beschlüssen in Widerspruch geraten.

Präsident: Der Herr Präsident des Bundeskanzleramtes hat das Wort.

Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück: Meine Herren, nur eine Bemerkung. Ich habe vorhin beiläufig erwähnt, daß die Zollsätze in Belgien für den in Rede stehenden Artikel 4 Sgr. betragen. Wäre die Annahme des Herrn Vorredners richtig, daß der Gewinn aus den acquits à caution für die Ausfuhr von Gußwaren 4 Sgr. betrage, nämlich den hier in Ansatz gebrachten Zoll, so würde daraus notwendig folgen, daß die nach Belgien exportierten französischen Eisengußwaren eine Prämie von 4 Sgr. erhalten, so daß allerdings gegenüber einer Ausfuhrprämie von 4 Sgr. eine Gußwarenindustrie in Belgien doch kaum bestehen könnte. Bekanntlich existiert sie aber.

Präsident: Der Abgeordnete Stumm hat das Wort.

Abgeordneter Stumm: Ich möchte den Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramts einfach darauf hinweisen, daß Belgien in bezug auf die Gußwarenindustrie Frankreich fast so weit überlegen ist wie England, weil kein Land so billig Roheisen produziert wie Belgien, und daß man mit demselben Rechte sagen könnte, durch die titres d'acquit à caution sei den französischen Gußwaren eine Avance von 8 Sgr. gegen

England gegeben, weil dort gar kein Einfuhrzoll besteht. Es fällt aber keinem französischen Eisengußwarenproduzenten ein, nach England zu exportieren, weil er mit den englischen Gießereien auch mit dieser Prämie nicht konkurrieren kann. Dasselbe ist mit Belgien der Fall, es sind dort die Preise der Gußwaren bei weitem niedriger als um 4 Sgr. pro Zentner gegenüber den französischen. Was aber die von mir angeführte Tatsache anlangt, so stehe ich durchaus dafür ein, und das werden mir diejenigen bestätigen, welche sich eingehender um die acquits à caution bekümmert haben, daß der Kurs für die acquits à caution zwischen 1 Frc. 80 Cts. und 1 Frc. 90 Cts. per Tonne für die Ausfuhr von Eisengußwaren schwankt, das heißt also 7½ Sgr. beträgt; ob das 7½ Sgr. oder 8 Sgr. macht, darauf kommt es nicht an; aber soviel steht fest, wenn Sie diesen Kurs erwägen, und die Regierungsvorlage durchgeht, daß dann die Franzosen mit gar keinem oder ½ Sgr. Zoll zu uns mit ihren Gußwaren hineinkommen, indem heute jeder Zentner Gußwaren, der exportiert wird, unbedingt die acquits à caution auf Roheisen erhält, weil eben die Einfuhr von Roheisen nach Frankreich viel größer ist als die Ausfuhr von Gußwaren. Wenn die Herren also den Schutzzoll von 5 Sgr. für Roheisen vorhin beibehalten haben, so müssen Sie nach meiner Ansicht absolut diese Position streichen.

Hierauf wurde der Satz der Regierungsvorlage angenommen.

Elfte Sitzung
Montag, den 21. Juni 1869

Stabeisenzoll und Gußwarenzoll

Stabeisenzoll

Am 21. Juni 1869 fand die Schlußberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifes vom 1. Juli 1865 (Nr. 9 und 26 der Drucksachen), statt. Bei II. Zollermäßigungen und Veränderungen Nr. 5:

> Geschmiedetes und gewalztes Eisen in Stäben (mit Ausnahme des fassonnierten); Luppeneisen, Eisenbahnschienen; Roh- und Zementstahl; Guß- und raffinierter Stahl; Eisen- und Stahldraht von mehr als ¾ Pr. Linie Durchmesser; Eisen, welches zu groben Bestandteilen von Maschinen und Wagen (Kurbeln, Achsen und dergl.) roh vorgeschmiedet ist, insofern dergleichen Bestandteile einzeln fünfzig Pfund oder darüber wiegen, für den Zentner mit 17½ Sgr. oder 1 Fl. 1¼ Xr.

nahm Stumm das Wort. Bei der Herabsetzung des Roheisenzolles von 7½ Sgr. auf 5 Sgr. im Jahre 1868 war der Stabeisenzoll von 25 Sgr. unverändert geblieben. Die Regierungsvorlage schlug vor, ihn um 7½ Sgr. herabzusetzen.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren! Nachdem dieses hohe Haus den Gegnern der Regierungsvorlage zu der Position Stabeisen durch den Schluß bei der ersten Lesung das Wort abgeschnitten hat,**) scheint es mir, daß das hohe Haus sich für hinreichend informiert hielt, um über diese***) Sache sein Votum abzugeben, und ich würde es deswegen für unbescheiden halten, wenn ich mir erlauben wollte, eine längere Ausführung über diesen Gegenstand Ihnen vorzutragen. Ich kann es mir aber nicht versagen, auf einige derjenigen Punkte, die mir von seiten der Vertreter des Bundesrats sowohl hinsichtlich der Resolution, um welche es sich

*) S. 224 der Verhandlungen.

**) Am 15. Juni 1869.

***) S. 225.

allerdings nicht mehr handelt, sondern auch auf die Gründe, die von unserer Seite in der Generaldiskussion vorgeführt sind, mit wenigen Worten hier einzugehen. Zunächst, meine Herren, ist es als einfaches Rechenexempel hingestellt worden, daß, wenn wir im vorigen Jahre den Roheisenzoll von 7½ Sgr. auf 5 Sgr. vermindert hätten, wir auch genötigt wären, den Stabeisenzoll von 25 Sgr. auf 17½ Sgr., also um ebenfalls ein Drittel, herabzusetzen. Meine Herren! Ich bestreite die Konnexität dieser beiden Positionen. Dasjenige Roheisen, welches zum Satz von 5 Sgr. importiert wird, wird fast ausschließlich zur Gußwarenproduktion verwendet, während eine Verwendung desselben zu Stabeisen in kaum nennenswertem Maße stattfindet. Insofern also stehen beide Positionen in keiner Verbindung. Ich bemerke aber ferner, daß, wie der Herr Präsident des Bundeskanzleramts in seiner ersten Ausführung sehr richtig auseinander gesetzt hat, durch den französisch-deutschen Handelsvertrag der Stabeisenzoll erniedrigt worden ist von 1½ und 2½ Rtlr. auf 25 Sgr., d. h. um mehr als die Hälfte, daß aber der Roheisenzoll damals nur herabgesetzt worden ist von 10 Sgr. auf 7½ Sgr., d. h. um nicht mehr als ein Viertel. Wenn also jetzt gegenüber einem Stabeisenzoll von 25 Sgr. ein Roheisenzoll von 5 Sgr. besteht, so ist dadurch lediglich das alte Verhältnis, wie es vor dem französisch-deutschen Handelsvertrage bestand, wiederhergestellt worden, nicht aber ein anderes Verhältnis, wie das von jener Seite behauptet worden ist.

Was nun ferner die Hauptsache anbelangt, die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Frankreich und England gelegentlich des Ablaufs des französischen Handelsvertrags, so gebe ich vollkommen zu, und habe auch niemals das Gegenteil behauptet, daß, wenn auch im nächsten Jahre der französische Handelsvertrag schon abläuft, nichtsdestoweniger, wenn er gekündigt werden sollte, seine Dauer bis zum 4. Februar 1871 sich verlängert. Aber daraus diejenigen Folgerungen zu ziehen, wie das hier geschehen ist, das ist mir in der Tat vollkommen unfaßlich. Denn zunächst, meine Herren, wer sagt uns, daß

der Vertrag gekündigt werden soll? Und wenn das nicht der Fall ist, so ist seine Fortdauer, in Verbindung mit einer Tarifänderung, ebenso gut möglich, und die letztere dann sehr viel wahrscheinlicher vom Tage des wirklichen Ablaufs des Vertrags, also vom Jahre 1870 ab, als vom Jahre 1871 ab, wohin der Termin nur dann fällt, wenn gekündigt wird. Meine Herren! Man hat gesagt, er ist bisher nicht gekündigt worden, also hat man nicht die Absicht, den Vertrag zu ändern. Ich bestreite das, und ich kann, ohne unbescheiden zu sein, bemerken, daß ich die Stimmung der industriellen Kreise, der öffentlichen Meinung, in Frankreich vielleicht doch noch genauer kenne, als es, in dieser Beziehung wenigstens, hier an offizieller Stelle der Fall zu sein scheint; und da kann ich nur konstatieren, daß vor den Wahlen und während der Wahlen der französisch-englische Handelsvertrag eine ganz außerordentlich große Rolle gespielt hat, und daß namentlich in den industriellen Bezirken des Nordens die Sache in den Vordergrund getreten ist. Ich glaube daher, daß es für jeden Sachverständigen in Frankreich unzweifelhaft ist, daß, sobald die neue Kammer in Frankreich zusammengetreten sein wird, dieser Gegenstand zur Diskussion gelangt, und daß, je nach dem Ausfall derselben, das Schicksal des Vertrages entschieden werden wird. Ich mache ferner darauf aufmerksam, meine Herren, daß eine Kündigung in diesem Moment nicht den mindesten Zweck haben würde, weil der Vertrag eben dann bis zum 4. Februar 1871 fortdauert, während umgekehrt vom 4. Februar 1870 ab deshalb ein vollständig veränderter Status eintritt, weil dann nicht mehr der Vertrag infolge der verspäteten Kündigung ein volles Jahr weiter fortdauert, sondern nur 12 Monate vom Tage der Kündigung ab. Wenn also überhaupt eine Veränderung des Vertrags für notwendig erachtet wird — ich weiß nicht, ob man schon an offizieller Stelle die Absicht dazu hat, ich weiß aber, daß die meisten Interessenten, allerdings vom ganz entgegengesetzten Standpunkte, für Modifikationen sind — dann, meine ich, wird der Zeitpunkt dafür die Zeit vom 3. Februar 1870 ab sein,

weil der Vertrag dann nicht mehr ein volles Jahr über den 4. Februar des betreffenden Jahres, sondern nur 12 Monate vom Tage der Kündigung ab fortgesetzt werden kann. Meine Herren, meine Ueberzeugung ist, daß Frankreich nicht warten wird, bis alle andern Verträge abgelaufen sind, um den Vertrag zu erneuern, also bis 1879. Frankreich wird das um so weniger tun, wenn man von unserer Seite, wo so großer Wert auf die Tarifreform gelegt wird, geneigt sein wird, gleichzeitig, wenn eine Modifikation dort eintritt, dieser auch von unserer Seite eine Gegenkonzession gegenüber zu stellen. Das ist meine ganz feste Ueberzeugung, und ich kann versichern, nicht bloß meine subjektive, sondern auch meine objektive Ueberzeugung, wie sie aus der Kenntnis der französischen Verhältnisse geschöpft ist; und darin haben mich die Ausführungen des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramts nicht schwankend machen können.

Was nun ferner die Behauptung anbelangt, daß die Herabsetzung der Zölle in diesem Jahre eine größere Stabilität der Industrie hervorrufen müsse, so kann ich das ebenfalls nicht akzeptieren. Ich erinnere daran, daß wir im vorigen Jahre durch den österreichischen Handelsvertrag den Roheisenzoll auf 5 Sgr. herabgesetzt haben, und gerade das ist uns diesmal als Grund entgegengehalten worden, warum der Stabeisenzoll herabgesetzt werden soll. Aus demselben Grunde würde uns im nächsten Jahre entgegengehalten werden können: im vorigen Jahre ist der Stabeisenzoll herabgesetzt, also müssen wir nun wieder die Roheisenzölle ermäßigen; dies Exempel würde sich dann im dritten Jahre wieder erneuern usw. Ich kann leider nicht zugeben, daß darin eine Stabilität liegt. Diese Stabilität will auch ich nicht suchen in der absoluten Veränderlichkeit des Tarifs, wie ich das schon mehrfach ausgeführt habe, sondern allein in der Gegenseitigkeit. Sobald wir uns von diesem Prinzip entfernen, kann überhaupt nicht mehr die Rede von Stabilität sein, denn die alte Methode, den Tarif auf zwölf Jahre zu garantieren, will ja keiner von uns hier mehr haben. In der Beziehung, meine Herren, kann ich also nicht

glauben, daß die Industrie ein so außerordentlich großes Vertrauen auf die Art von Stabilität hätte, welche ihr die Regierung anbietet. Ich muß hier auf das zurückkommen, was Herr Geheimer Rat Michaelis gesagt hat, daß die Einfuhr einzelner Sorten fremden Eisens die Konsumtion des inländischen Eisens vermehren würde.*) Ich habe die Behauptung damals für eine wunderbare erklärt und gebeten, mir Auskunft zu geben, was darunter zu verstehen sei. Darauf hat Herr Geheimer Rat Michaelis erwidert, daß zu Eisenbahnschienen jedesmal sehr verschiedene Sorten von Eisen verwandt würden. Meine Herren! Das erkläre ich für einen ganz kolossalen Irrtum.

(Hört! hört!)

Sowohl in Deutschland wie in Frankreich werden die Schienen in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus einem und demselben Material, aus homogenem Eisen, das nur im Puddelofen **) manchmal verschieden behandelt wird, gemacht, und die Eisenbahnen sind zum größten Teile zu dem entgegengesetzten Prinzipe zurückgekommen. Ich gebe allerdings zu, daß es Eisenbahnen gibt, die Schienen mit Stahlkopf ***) und weichem Fuß im großen noch gebrauchen. Selbst aber darauf die Theorie anzuwenden, daß man nun Luppeneisen zum Fuße aus England kommen lassen könne und das zum Kopfe geeignete Eisen vielleicht aus Deutschland, das beruht auf einer totalen Verkennung der Grundlagen jeder Eisenfabrikation, so daß ich wirklich mich nicht genug wundern kann, daß von kompetenter Seite ein solches Urteil möglich ist. Man braucht nur ein Walzwerk gesehen zu haben, um zu wissen, daß es ganz unmöglich ist, den Puddelprozeß vom Schweißprozeß zu trennen. Es

*) In der Sitzung vom 15. Juni 1869 hatte Michaelis gesagt: „daß, wenn zu Maschinen oder Eisenbahnschienen, welche jedesmal in sich verschiedene Sorten Eisens vereinigen, der Verbrauch der einen Sorte, die vom Auslande eingeführt, steigt, der Verbrauch der andern Sorte, die im Inlande erzeugt wird, mit steigen muß."

**) Im Text steht „in Puddeleisen."

***) S. 226.

gibt keine Puddelwerke, die nicht zugleich Walzwerke wären; wollten die letzteren ihre Luppenstäbe von verschiedenen Seiten zusammen schaffen, so machen sie damit geradezu eine rationelle Fabrikation unmöglich; Luppeneisen ist für Walzwerke durchaus kein Handelsartikel, sondern nur für den kleinen Betrieb, für Schmiede, Hammerwerke usw.; für Walzwerke ist der Ankauf desselben im großen vollständig undenkbar. Wenn solche Behauptungen von maßgebender Stelle uns entgegengehalten werden, ja, dann wundern Sie sich wirklich nicht, wenn die Eisenindustrie das Vertrauen zur Sachkenntnis der Regierung Ihnen nicht entgegenbringt, welches von ihr verlangt wird. Meine Herren, das persönliche Interesse der Eisenindustriellen ist ebenfalls so hingestellt worden, als ob die Herren das selbst nicht zu vertreten wüßten. Ich gebe ja zu, dasjenige, was überhaupt Interessenten Ihnen vorführen, muß man mit großer Vorsicht aufnehmen, man darf es nicht ohne weiteres als bare Münze hinnehmen; aber ich meine, die Vertretung des eigenen Interesses können Sie den Interessenten ruhig anheimgeben, in der Beziehung brauchen Sie wirklich nicht mißtrauisch zu sein. Ich meine, die Theorie von dem beschränkten Untertanenverstande gehört auch auf diesem Gebiete wohl zu den überwundenen Standpunkten. Die Eisenindustrie hat sogar in dieser Richtung die Intelligenz des Herrn v. Benda nicht nötig und überläßt sie in jeder Beziehung ohne allen Neid den Zuckerinteressenten seines Wahlkreises.

Meine Herren, ich will nur noch ein Wort anschließen. Ich hoffe, — aber ich glaube es kaum, — daß Sie in zweiter Lesung von dem Beschluß, den Sie in der ersten Lesung gefaßt haben, abstehen. In diesem Falle möchte ich die dringende Bitte an den Bundesrat richten, selbst wenn er nicht glaubt, daß die Chancen des Erfolges sehr groß sein sollten, doch jede Gelegenheit wahrzunehmen, wo auf grund von Verhandlungen oder Verträgen gleichmäßige Herabsetzung der Eisenzölle erzielt werden könnte.

Sie werden uns — ich kann Sie dessen versichern — stets bereit finden, die Hand zu reichen zu solchen Reformen, wie wir das bereits ausgesprochen haben, und Sie werden dadurch diese Reformen in jeder Beziehung außerordentlich erleichtern. Sollte aber, wie ich vermute, der Beschluß der ersten Lesung hier bestätigt werden, so nehme ich wenigstens Akt von der Erklärung des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramts, daß es die Absicht der Regierungen gewesen sei, durch die Vorlegung des Tarifs in diesem Jahre einen stabilen Zustand hervorzurufen, und ich knüpfe daran die Erwartung, daß wenigstens von seiten der Regierungen in den nächsten Jahren ein weiteres Rühren an dem Tarif nicht stattfinden werde.

Der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, gab Stumm darin recht, daß eine unbedingte Beziehung zwischen dem Roheisenzoll und den Stabeisenzöllen nicht stattfinde, verteidigte aber trotzdem die Vorlage. Er führte weiter aus, daß seines Wissens in Frankreich nicht die Absicht bestehe, den Handelsvertrag mit England zu kündigen. Der Abgeordnete Braun verwies auf das Buch von Wolowski, La liberté commerciale et le traité de 1860, das beweisen sollte, daß die wissenschaftlichen Kreise Frankreichs für die Aufrechterhaltung des französisch-englischen Handelsvertrages seien.

Abgeordneter Stumm*): Ich habe dem Herrn Abgeordneten Dr. Braun nur kurz zu erwidern, daß ich meine Auskunft nicht bloß von den Interessenten her habe, sondern auch aus der französischen öffentlichen Presse, die ich regelmäßig zu verfolgen pflege. Was aber Herrn Wolowski anbetrifft, den er angeführt hat, so wird mir der Herr Abgeordnete Braun gewiß zugeben, daß Herr Wolowski zwar ein ausgezeichneter Nationalökonom ist, daß er aber durchaus nicht in der Lage ist, irgend welchen Einfluß auf die Majorität der französischen Kammer auszuüben, daß Herr Wolowski bis jetzt überhaupt zur Minorität der öffentlichen Meinung in Frankreich in dieser Richtung gehört.

---

*) S. 227 der Verhandlungen.

Dr. Braun und Dr. Löwe unterstützten die Bundesratsvorlage. Stumm bestand auf der Abstimmung, und die Mehrheit nahm die Bundesratsvorlage an. Die Ermäßigung der Stabeisenzölle wurde Tatsache.

Gußwarenzoll

Trotz der Ablehnung seiner Wünsche für den Stabeisenzoll focht Stumm seinen Kampf weiter. Die Position 13 unter II

> Ganz grobe Gußwaren in Oefen, Platten, Gittern usw. für den Zentner mit 8 Sgr. oder 28 Xr.

gab ihm Gelegenheit, für den Gußwarenzoll eine neue Lanze zu brechen.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren! Ich bitte sehr um Entschuldigung, wenn ich Sie abermals belästige; aber zu dieser Nummer halte ich es wirklich für meine absolute Pflicht, auf grund der nur sehr kurzen und nicht erschöpfenden Diskussion, die in der ersten Beratung stattgefunden hat, das Zollparlament vor dem Vorwurf zu schützen, den man ihm unbedingt und von jedem Standpunkte aus machen würde, daß es den Zoll auf ein Fabrikat faktisch aufgehoben habe, dessen Rohmaterial oder wenigstens Halbfabrikat mit einem Zoll belegt ist. Die Einwendungen, die damals meiner Ausführung entgegengehalten wurden, bezogen sich auf zwei Dinge. Zunächst ist mir gesagt worden, das Faktum kann nicht ganz richtig sein, denn sonst würde ja für die Ausfuhr nach Belgien, wo der Zoll geringer ist als 7½ Sgr., die ich als Wert der Ausfuhrprämie bezeichnet habe, eine direkte Prämie sich ergeben, und dann könnte die belgische Gußwarenindustrie nicht mehr bestehen. Meine Herren, ich darf voraussetzen, daß der Herr Präsident des Bundeskanzleramts sich seitdem überzeugt haben wird, daß die faktische Anführung, die ich mir in dieser Beziehung erlaubt habe, richtig war.

Es ist mir ferner von dem Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger erwidert worden, daß die Verhältnisse der acquits à caution durchaus verschiedene Auffassungen zu-

*) S. 228.

lassen, und daß er sie nicht so auffassen könne wie ich. Ich muß den Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger doch auffordern, hier seine Ansicht näher zu erläutern, da ich glaube, daß sie auf einem Mißverständnis beruht. Was die Exportindustrie anbelangt, z. B. von Draht und Stiften, so ist es zwar vollkommen richtig, daß die acquits à caution in gewissem Sinne die Ausfuhr dieser Stoffe nach Frankreich fördern. Ich glaube indessen nicht, daß dies ein Grund sein kann, um die acquits à caution zu rechtfertigen; es ist ein reiner, mehr geographischer Zufall, ob einzelne kleine Gewerbe davon Gebrauch machen können, während man weit wichtigere Industriezweige durch diese Einrichtung wesentlich schädigt. Was aber speziell die Nr. 13, die Gußwaren, anbelangt, darum es sich hier doch allein handelt, so bestreite ich die Möglichkeit jeder andern Auffassung der acquits à caution, als die ist, welche ich angeführt habe. Für Gußwaren sind die acquits à caution lediglich eine Exportprämie, indem Gußwaren nicht auf grund der acquits à caution aus Deutschland in Frankreich eingeführt, sondern lediglich von Frankreich nach Deutschland ausgeführt werden; daß vielleicht ein paar Zentner von einem deutschen Werk, wenn es nahe an der Grenze liegt, hinübergeführt werden, ist allerdings möglich. Im großen und ganzen ist die Sache so: in den Jahren 1865 bis 1867 hat sich die Einfuhr von Gußwaren von Frankreich nach Deutschland auf 27 000 Zentner gehoben, während sie 1865 noch außerordentlich klein war. Das ist lediglich durch die acquits à caution geschehen, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß auf der linken Rheinseite, in Baden usw., heute bei einem Zoll von 4 Sgr., der effektiv noch besteht, wenn ich die 8 Sgr. von 12 Sgr. abziehe, die französischen Gießereien bei jeder Gelegenheit mit den inländischen Gießereien konkurrieren, die mit Zusatz von mit 5 Sgr. zu verzollendem englischen Roheisen ihre Waren machen. Ist das ein gerechter Zustand? Wenn Sie den Roheisenzoll gestrichen hätten, dann war es denkbar, daß Sie

diese Position annahmen; nachdem Sie das aber nicht getan haben, halte ich es für unmöglich, daß Sie den deutschen Gießereien, die mit zu verzollendem englischen Roheisen arbeiten, zumuten, ohne irgend einen Schutzzoll gegen die französischen Gießereien, die direkt aus dem Hochofen gießen und deshalb kein englisches Eisen verwenden, zu konkurrieren. Meine Herren, ich halte es in der Tat für ganz unmöglich, und ich bin wirklich begierig, endlich die Gründe zu hören, die man sachlich für die Regierungsvorlage bei der vorliegenden Position ins Feld führen könnte.

Solche Gründe brachte die Erörterung nicht zutage. Auch Nr. 13 wurde mit großer Mehrheit nach der Vorlage angenommen.

Nachdem die §§ 1, 2 und 3 des Entwurfes auch in der Beratung vom 21. Juni unverändert wie in der Vorberatung angenommen worden waren, kam das Gesetz unter namentlicher Abstimmung zur Annahme. Trotzdem trat es auch diesmal nicht in Wirksamkeit, sondern 1870 mußte ein dritter Versuch gemacht werden, zu einer Uebereinstimmung in den Anschauungen zwischen den beteiligten Faktoren zu gelangen.

Dritte Sitzungsperiode

Achte Sitzung
Mittwoch, den 2. Mai 1870

Roheisenzoll

Am 2. Mai wurde die am 30. April 1870 abgebrochene Vorberatung im Plenum über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifes vom 1. Juli 1865 (Nr. 6 der Drucksachen), als Spezialdebatte wieder aufgenommen. Abermals stand der Roheisenzoll zur Erörterung, obwohl die Regierung keine Ermäßigung desselben beantragt hatte. Es standen sich hinsichtlich desselben zwei Anträge gegenüber. Freiherr v. Hoverbeck hatte beantragt:

> Im § 1. II.
> zwischen Nr. 3. und 4. als neue Nummer einzuschalten:
> „3a. Roheisen aller Art, altes Brucheisen (Nr. 6. a) bis zum 30. September 1873 2½ Sgr. oder 8¾ Kr. Von diesem Termine ab zollfrei."

Der Antrag bedeutete eine sofortige Herabsetzung des Roheisenzolles um 2½ Sgr. und seine völlige Aufhebung am 30. September 1873. Meier-Bremen dagegen hatte eine etwas langsamere Herabsetzung beantragt, die aber ebenso mit völliger Aufhebung endete. Nach kurzer Begründung des Meierschen Antrages durch den Antragsteller selbst trat Stumm in die Schlachtreihe.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren! Ich verkenne gar nicht, daß in dem Antrage des Herrn Vorredners**) sowie in dessen Begründung ein gut Teil Wohlwollen für die Eisenindustrie enthalten ist; ich verkenne auch nicht, daß derselbe von dem Motiv ausgeht, der Eisenindustrie, die ja doch, wie das schon in der Generaldiskussion gesagt ist, zu einer Art Hinrichtung verurteilt zu sein scheint, diese möglichst wenig empfindlich zu machen und die Kapitalien, die darin engagiert sind, auf eine ruhige und allmähliche Weise zu transformieren

---

*) S. 93.
**) Meier-Bremen.

und aus der schlimmen Situation, in die sie sich hineinbegeben haben, wegzuwenden. Der Herr Vorredner will ferner der angeblich noch in der Kindheit befindlichen Eisenindustrie dadurch aufhelfen, daß*) er ihr Zeit geben will, sich die Verbesserungen anzueignen, die die Nachbarstaaten schon längst vorgenommen haben, und sie dadurch in etwa fünf Jahren in die Lage zu setzen, mit dem Auslande konkurrieren zu können. Wenn ich die Prämissen für richtig hielte, dann würde ich auch die Schlußfolgerungen, die der Herr Abgeordnete Meier daraus gezogen hat, zugeben können; aber die Prämissen sind es gerade, die ich bestreite. Ich weiß nicht, ob Sie sich meines vorjährigen Vortrages über diesen Gegenstand noch erinnern,**) aber ich glaube, was die von mir geschilderte günstige Lage der Eisenindustrie anbelangt, so werden Sie kein Mißtrauen in meine Darstellungsweise zu setzen brauchen. Ich habe damals behauptet, daß die deutsche Eisenindustrie gar nicht in der Lage ist, ein besonderes Wohlwollen, eine besondere Gnade von Ihnen zu verlangen, sie brauche keineswegs als Bettler vor Ihnen zu erscheinen; ich habe betont, daß dasjenige, was sie von Ihnen verlangt, nichts anderes als einfache Gerechtigkeit ist, das heißt, daß die auswärtige Industrie auf dem deutschen Markte nicht anders behandelt wird als die deutsche Industrie auf den ausländischen Märkten. Ich habe Ihnen vorgeführt, daß in Deutschland einige Fabrikationszweige dem Auslande überlegen sind, aber in bezug auf den größten Teil der Fabrikate, namentlich auf die gewöhnlichen Eisensorten, das Ausland billiger produziert als wir, und ich habe daraus den Schluß gezogen, daß die deutsche Eisenindustrie nichts anderes verlangen kann, als daß,***) wenn das Ausland für die gewöhnlichen Sorten zu uns hereingelassen wird, es der deutschen Industrie unbedingt möglich gemacht werden muß, für die Stoffe, in denen sie dem Auslande

*) S. 94.
**) Rede vom 15. Juni 1869. S. 21 dieses Bandes.
***) Im Text fehlt „daß“.

überlegen ist, auch den ausländischen Markt aufsuchen zu können.

Ich wundere mich nur — besonders nachdem so ziemlich die gesamte deutsche Eisenindustrie in ihren Petitionen sich im wesentlichen auf diesen Standpunkt gestellt hat —, daß keiner von den Vorrednern in dieser Materie eigentlich gegen denselben vorgegangen ist. Es ist immer wieder die Rede gewesen, wie im vorigen Jahre, von Schutzzoll und Freihandel, von der Frage, ob die Industrie diesen oder jenen Schutzzoll vertrage oder nicht, obwohl diese Frage gänzlich in den Hintergrund getreten ist, seitdem die Industrie selbst keinen absoluten Schutzzoll mehr beansprucht.

Nun, meine Herren, ich glaube, es ist mit gutem Grunde geschehen, daß die Herren diesen Standpunkt nicht berührt haben, einfach, weil sie weder im vorigen noch in diesem Jahre irgend etwas wesentliches dagegen vorzubringen wußten. In diesem Jahre würde es Ihnen, denke ich, noch um so viel schwieriger geworden sein, als die statistischen Zahlen, die uns die Bundesregierungen in den Motiven über die Tarifherabsetzungen vorgelegt haben, ganz außerordentlich zu gunsten der internationalen Handelsfreiheit sprechen, und zwar ebenso zu ungunsten der Auffassung, die der verehrte Herr Abgeordnete für Aalen*) vertritt, als zu ungunsten der Auffassung, welche von jener Seite, die sich die freihändlerische nennt, verteidigt wird.

Meine Herren! Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß infolge der Herabsetzung des Roheisenzolls von 7½ auf 5 Groschen die Roheiseneinfuhr nach dem Zollverein um mehr als eine Million Zentner zugenommen hat. Es ist ganz natürlich, daß die Zunahme der Roheiseneinfuhr, welche sich fast ausschließlich auf Gießereiroheisen bezieht, diese Branche der inländischen Produktion in ihrem bisherigen Bestande entschieden geschädigt und sie gezwungen hat, sich wesentlich umzugestalten. Wenn Sie einen Blick auf die in den Motiven

*) Obersteuerrat a. D. Mohl.

enthaltenen Zahlen über Produktion von Gußwaren aus Erzen werfen wollen, so werden Sie sehen, daß diese Industrie gezwungen war, statt der bisherigen Roheisengießereien große, direkte Warengießereien anzulegen, in welchen das geschmolzene Roheisen direkt in die bereitstehenden Formen gegossen werden kann; dadurch ist die Produktion von Gußwaren aus*) Erzen von 800000 Zentner auf 1415000 Zentner gebracht worden, während die Gußwaren aus inländischem Roheisen verhältnismäßig abgenommen haben. Wenn ich sagte, die beteiligte Industrie ist dadurch benachteiligt worden, so meinte ich natürlich nur den Standpunkt der speziell engagierten Industrie, aber nicht den des allgemeinen Interesses, denn ich führe diese Umgestaltung gerade als Beispiel für den österreichischen Handelsvertrag an. Ich sage also, daß die Ermäßigung der Roheisenzölle auf 5 Sgr. eine wesentliche Umgestaltung der Gußwarenindustrien herbeigeführt hat, aber auch diejenigen Werke, welche hinsichtlich ihrer Einrichtungen und ihres Rohmaterials nicht in der Lage waren, von der Produktion von Gießereiroheisen zu Gußwaren überzugehen, kommen durch Eröffnung des österreichischen Marktes in die Lage, sich auf andere Weise zu entschädigen. Der deutsche Export nach Oesterreich hat nämlich sowohl bei Roheisen als bei Stabeisen und Eisenwaren in noch weit größerem Verhältnis zugenommen als der englische Import nach dem Zollverein, und man kann wohl sagen, daß die Theorie der internationalen Handelsfreiheit noch niemals ein so glänzendes Resultat gehabt hat als hier bei dem österreichischen Handelsvertrage nach den Zahlen, die von den Bundesregierungen vorgelegt worden sind. Denken Sie sich nun, meine Herren, daß man, statt der inländischen Industrie den Markt gleichzeitig zu erweitern, diese Herabsetzungen autonom vorgenommen hätte, so hätten sich die Folgen natürlich ganz anders gestellt, und, wenn Sie heute den Roheisenzoll auf 2½ Sgr. herabsetzen oder ganz wegfallen lassen, dann ist es vollkommen klar, daß Sie diese ganze neue Gußwaren-

*) Im Text steht „und".

industrie, die Sie selbst vor zwei Jahren hervorgerufen haben, durch einen Federstrich ruinieren, weil dieselbe, nachdem sie mit großen Kosten sich auf den österreichischen Handelsvertrag durch direktes Gießen mit den Hochöfen eingerichtet hat, nicht mehr imstande sein würde, mit den zollfreies englisches Roheisen konsumierenden Kupolöfen zu konkurrieren. Wenn dies bestritten werden sollte, so behalte ich mir vor, darüber genauere Berechnungen vorzulegen, für jetzt würde es wohl zu weit führen, wenn ich jede Behauptung detailliert mit Zahlen belegen wollte.

Uebrigens hat der Herr Abgeordnete Prosch *) im vorigen Jahre bei der Motivierung seines damals abgelehnten Antrages die Sachlage ausdrücklich anerkannt, indem er sagte, durch Herabsetzung des Zolles auf 2½ Sgr. würde ein Einnahmeausfall für den Zollverein nicht entstehen, vielmehr durch die Zunahme der Roheiseneinfuhr die frühere Einnahme wie beim Zoll von 5 Sgr. wieder erreicht werden. Wenn Sie das selbst sagen und hier bei Ihren Anträgen von jeder gleichzeitigen Erweiterung des ausländischen Marktes absehen, so ist, glaube ich, der Beweis von unsern Gegnern selbst unwiderleglich geführt, daß wenigstens die Hochofengießereien durch Ihre Bestrebungen zum Stillstand verurteilt werden. Um Ihnen ein Beispiel zu geben, wie die einseitige Herabsetzung des Roheisenzolles von ganz besonders großem Nachteil sein kann, möchte ich Sie bitten, mit mir einen Blick auf das Großherzogtum Luxemburg zu werfen.

*) In der Rede vom 5. Juni 1869 hatte Prosch gesagt: „Der Herr Präsident des Bundeskanzleramts hat vorher die Durchschnittseinnahme aus den Jahren 1866 und 1867 auf 560 000 Rtlr. angegeben. Hiernach würde bei einer Ermäßigung des Zolls für Roheisen auf 2½ Sgr. der Ausfall nur betragen 280 000 Rtlr.; allein es ist nicht anzunehmen, daß der Verlust diese Höhe erreichen würde, weil eben die Importation des fremden Roheisens ohne alle Frage sich infolge der Ermäßigung bedeutend vermehren müßte. Ich glaube, daß der effektive Ausfall sich auf eine sehr geringfügige Summe reduzieren würde.“

Meine Herren, das Großherzogtum Luxemburg liegt, wie Sie wissen, eingeschlossen zwischen Frankreich, Belgien und der preußischen Rheinprovinz. Das Großherzogtum Luxemburg lebt, abgesehen von der Landwirtschaft, im wesentlichen von der Roheisenindustrie und dem Erzbergbau, der das dortige Land zu einem nie geahnten Wohlstande und einer nie geahnten Bedeutung emporgehoben hat. Die Basis dieses Emporkommens ist ein mächtiges Erzbecken, welches von Belgien an durch ganz Luxemburg hindurch sich bis zur französischen Grenze zieht und sich dann in Frankreich fortsetzt. Es haben sich drei der größten Hochofenindustrien, die wir auf dem Kontinente kennen, auf diesem Erzbecken etabliert, nämlich in Belgien, Luxemburg und Frankreich, dort in den Distrikten, die an Luxemburg *) grenzen. Diese drei Industrien stehen im wesentlichen ihren Produktionsbedingungen nach ziemlich gleich, mit dem Unterschiede, daß die Belgier durch näheres Liegen an den Kohlen bevorzugt sind, während die Franzosen den Vorteil haben, daß die französische Regierung Konzessionen meistens nur an Franzosen selbst gibt, und in Luxemburg überhaupt bisher Konzessionen gar nicht zu haben waren, die Erze vielmehr dem Grundeigentümer gehörten; neuerdings sollen freilich auch in Luxemburg Erzkonzessionen zum besten des Staatsschatzes verkauft werden, während sie in Frankreich umsonst gegeben werden. Es werden also die Luxemburger in betreff ihrer Konkurrenzfähigkeit hinter den in Belgien und Frankreich arbeitenden zurückstehen. Nehmen Sie aber an, meine Herren, — da diese Verschiedenheiten nicht so wesentlicher Natur sind — daß die drei Industrien alle gleich stehen, und nun denken Sie sich den deutschen Roheisenzoll auf 2½ Sgr. ermäßigt, oder, was ich als Hauptkonsequenz der vorliegenden Amendements ansehe, sogar gänzlich beseitigt, so wird Luxemburg auf dem deutschen Markte mit seinen ganz gleich mit ihm gelegenen und **) produzierenden französischen und bel-

*) S. 95.

**) Im Text steht „nur".

gischen Kollegen frei zu konkurrieren haben, während es von Frankreich durch einen Roheisenzoll von 8 Sgr. und selbst vom überlegenen Belgien mit seinem Roheisenzoll von 2 Sgr. abgehalten wird, das luxemburgische Roheisen dorthin zu verkaufen. Wenn Sie die geographische Lage von Luxemburg ins Auge fassen, so werden sie zugeben müssen, daß es dann nicht möglich sein wird, die Luxemburger Roheisenindustrie, und es ist die wichtigste in Deutschland, aufrecht zu erhalten. In besonders günstigen Zeiten werden die in Luxemburg bestehenden Hochöfen ihre Produkte allerdings in Deutschland in Konkurrenz mit Belgien und Frankreich verkaufen können; aber ein Ausdehnen des Betriebes, das Hineinstecken neuer Kapitalien wird nicht möglich sein, und die erste Krisis, die eintritt, wird notgedrungen die Luxemburger Industrie zum Stillstande zwingen. Meine Herren, darüber müssen wir uns ganz klar machen, der Antrag des Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck bedeutet in bezug auf Luxemburg nichts anderes, als daß spätestens bis zum 1. Oktober 1873 Luxemburg aus dem Deutschen Zollverein ausgeschieden sein wird, und der Antrag des Abgeordneten Meier-Bremen bedeutet nichts anderes als — ich weiß das Datum nicht genau —, aber ich glaube, zum 1. Oktober 1874 wird Luxemburg spätestens aus dem Deutschen Zollverein auszuscheiden haben. Meine Herren, ich habe keine besondere Neigung, daran politische Konsequenzen zu knüpfen, die muß ich jedem einzelnen der Herren überlassen. Ich erlaube mir nur daran zu erinnern, daß im Jahre 1867 es gerade die industrielle Partei in Luxemburg war, die der Bewegung, die für eine Annexion an Frankreich entstanden war, Halt gebot und die Bewegung selbst zum Stillstand brachte. Ich behaupte nun nicht, daß das reiner Patriotismus von den Herren gewesen ist; davon bin ich weit entfernt; aber es war wenigstens dort eine geringere Antipathie gegenüber dem Norddeutschen Bund als auf der Gegenseite, und vor allen Dingen war*) das wirtschaftliche Interesse

*) Fehlt im Text.

engagiert. Jedenfalls ist es Faktum, daß diese Partei das Verbleiben Luxemburgs im Deutschen Zollverein überhaupt ermöglicht hat. Aber verlangen Sie von diesen Herren nichts unmögliches, verlangen Sie nicht, daß jetzt bei dem kolossalen Aufschwunge, welcher der Industrie im Luxemburger Erzbecken noch bevorsteht, bei dem täglichen Kreieren neuer Hochofenanlagen die dortige Industrie ruhig zusehen soll, wie sie von einem Kranz von Hochöfen in Frankreich und Belgien umgeben wird, die sie ersticken; sondern wundern Sie sich nicht, wenn bei einseitiger Aufhebung des Roheisenzolles in Deutschland die Herren ihr ohnehin nicht sehr ausgebildetes deutsches, nationales Bewußtsein in die Schanze schlagen und das tun, was ihr eigenes materielles Interesse auf das dringendste gebietet.

Ich glaube, daß es nach allem diesem durchaus nicht zu verwundern ist, wenn die vaterländische Eisenindustrie in ihrer Petition sich einfach auf den Gegenseitigkeitsstandpunkt gestellt hat und gegen jede weitere Herabsetzung, ohne daß eine entsprechende Erweiterung des ausländischen Markts hinzukommt, widerstrebt. Ich halte die deutsche Eisenindustrie um so mehr dazu berechtigt, als sie darauf hingewiesen hat, daß die Bewegung auf Herabsetzung der Eisenbahntarife, die in Norddeutschland vor drei Jahren durch die Bundesverfassung inauguriert wurde, im wesentlichen eine rücklaufende Bewegung neuerdings angenommen hat. Es ist nicht bloß in parlamentarischen Kreisen nicht mehr die Energie bewiesen worden in dieser Sache, die früher zutage trat, sondern ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß das preußische Handelsministerium, von dem ja die betreffenden Artikel des Norddeutschen Bundes eigentlich ausgegangen sind, auch nicht mehr in der Weise vorgeht wie damals, sondern daß dort mehrfach andere Ansichten geltend gemacht werden. Wenn ich darüber zweifelhaft gewesen wäre, meine Herren, so würde mich eine Verfügung, die ich die Ehre hatte vor einigen Tagen vom preußischen Handelsminister zu bekommen, in dieser

Ansicht, die übrigens allgemein geteilt wird, nur bestärkt haben. Meine Herren, es hat in Süddeutschland, wohl infolge der Beschlüsse dieser hohen Häuser — ich erinnere Sie an den Ullrichschen*) Antrag —, eine Bewegung auf Herabsetzung der Tarife stattgefunden; nicht bloß auf die Herabsetzung des Tarifs für Rohmaterialien, sondern auch auf die von Stabeisen und Eisenwaren. In dieser Richtung haben die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen mehrfach Konferenzen gehabt, und es ist von der Pfalz-Ludwigsbahn bei der Königlich Saarbrückener Eisenbahndirektion der Antrag gestellt worden, ob man sich nicht einem Tarif von 1 3/4 Pfennig pro Zentner und Meile mit plus einem Pfennig Expeditionsgebühr — anzuschließen geneigt wäre. Die Königliche Direktion hat diesen Vorschlag abgelehnt, und zwar aus dem Grunde, weil die Statistik nachweise, daß ja der Export von Eisen nach Süddeutschland nicht ab- sondern zugenommen habe. Sie hat aber nicht bloß diese Ablehnung einfach damit begleitet, daß sie nicht weiter gehen zu wollen erklärte als auf eine Herabsetzung auf 2 Pfennig plus 3 Pfennig Expeditionsgebühr — also einen ganz außerordentlich hohen Tarif —, sondern sie hat sogar den bisherigen Tarif, der zwischen der letzten preußischen Grenzstation und der bairischen Grenze besteht, geradezu auf das doppelte erhöht. Meine Herren, es ist für die Beurteilung der Sachlage von großer Bedeutung, daß dieselbe Erhöhung von der Königlichen Eisenbahndirektion zu Saarbrücken schon vor drei Jahren projektiert

*) Der Antrag Ullrich (Nr. 20 der Drucksachen des Zollparlamentes vom 22. Mai 1868) lautete: „Das Zollparlament wolle beschließen, den Bundesrat des Zollvereins zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der in Norddeutschland für Kohlen eingeführte Einpfennigtarif pro Zentner und Meile auf den Transport aller Rohmaterialien und Erstprodukte der Eisenindustrie, sowie der Schienen und des Stabeisens im Zollvereinsgebiet ausgedehnt und mit möglichster Beseitigung von Nebenkosten (Expeditionsgebühren) auf alle Entfernungen angewendet werde." Sein Hauptzweck war, die Eisenschutzzölle künftig entbehrlich zu machen.

war, damals aber von dem Herrn Handelsminister abgelehnt wurde, während er sie jetzt, ohne daß neue Gründe hinzugekommen wären, ausdrücklich gebilligt und mein Rekursgesuch verworfen hat. Ich führe das natürlich nicht an, um irgend jemand einen Vorwurf damit zu machen; dazu würde ja hier der Ort am allerwenigsten sein. Ich führe es nur an zum Beweise, daß die in der Petition der Eisenproduzenten niedergelegte Behauptung, daß eine rückläufige Strömung in der Anbahnung billiger Eisenbahntarife wenigstens auf den preußischen Staatsbahnen eingetreten sei, nicht ohne Begründung ist.

Ich begreife auch nicht, wie der Herr Abgeordnete für Mainz*) den Herren einen so großen Vorwurf daraus gemacht hat, daß sie nach Berlin gekommen sind, um ihre Interessen hier zu vertreten. Sind denn die Herren von den Seehandelsplätzen nicht auch hier gewesen, um dasselbe zu tun? Wer von uns hat daran gedacht, denselben daraus einen Vorwurf zu machen?

Daß Sie nicht alles glauben, was die Interessenten Ihnen vorerzählen, darin gebe ich Ihnen vollkommen recht.

(Heiterkeit.)**)

Aber ich glaube, Sie sollten ihnen geradezu dankbar sein, wenn sie Sie mit Material versehen — Sie können es ja kritisieren und sichten, so viel Sie Lust haben. Man wundert sich darüber, daß die Petenten hier in guten Gasthöfen wohnen.***) Ja, meine Herren, bei einer Eisenhüttengesellschaft, die mit 3 bis 4 Millionen Kapital arbeitet, wenn sie auch noch so schlechte Geschäfte macht, da wird doch niemand behaupten wollen, daß sie die Gasthofrechnung ihrer Direktoren

*) Dr. Bamberger.

**) S. 96.

***) Dieser Vorwurf war von Dr. Bamberger erhoben worden. Er sah sich dann veranlaßt, zu bemerken, daß er es nicht für nötig finde, darauf zu erwidern, daß er den Fabrikanten einen Vorwurf daraus gemacht hätte, daß sie nach Berlin kämen und in den besten Hotels wohnten.

nicht werde tragen können. Ich behaupte auch nicht einmal, daß diese Gesellschaften heute schlechte Geschäfte machen, wünsche es auch gar nicht und meine im Gegenteil, wir könnten uns alle freuen, wenn es ihnen gut geht, sobald sie nichts unrechtes verlangen.

Ich glaube, daraus können wir den Herren wirklich keinen Vorwurf machen, am allerwenigsten aber daraus, daß sie in einer Eingabe an das Zollparlament, die ja öffentlich vor aller Augen einer Kritik unterliegen soll, in aller Bescheidenheit ihre Wünsche in bezug auf die Eisenposition, die sie also speziell angeht, niederlegen. Meine Herren, darin unterscheiden sich allerdings die Herren von den Vertretern der Seeplätze sehr wesentlich. Diese haben hier eine Denkschrift unterbreitet, die vom hohen Pferde herab Ihre Tätigkeit beleuchtet, Ihnen gute Ratschläge gibt und eigentlich mehr als ein Kothurn erscheint, der über Ihnen sitzt, während die Eiseninteressenten aus ihrer Bescheidenheit nicht herausgetreten sind. Und doch haben die Herren von den Seeplätzen einen Irrtum begangen, der gewiß bei den Vertretern der Eisenindustrie nicht hätte vorkommen können. Sie erinnern sich, daß eins der Hauptargumente in der Petition, die die Herren vorgelegt haben, das ist, daß Roheisen, das wichtigste aller Rohprodukte, das einzige sei, das noch einem Zoll unterliege; ich glaube, daß ein Tertianer einer höheren Bürgerschule zweiter Ordnung heutzutage weiß, daß Roheisen kein Rohprodukt ist, sondern ein Produkt aus einem der wichtigsten und interessantesten Zweige der Industrie, aus den Hochöfen, daß also Roheisen ebensowenig ein Rohprodukt ist wie die Garne, und auf Garne bestehen bekanntlich Zölle. Ich meine also, solche Irrtümer, wenn ich sie überhaupt so nennen darf, machen ihren Urhebern nicht viel Ehre.

Wenn ich nun behaupte: die Vertreter der Eisenindustrie sind vollkommen korrekt und berechtigt, ihren Standpunkt festzuhalten und zu verlangen, daß das Parlament nicht noch *) ein-

*) Im Text fehlt „noch".

mal seine vorigjährigen Absetzungen vornehme, so behaupte ich damit noch nicht, daß das für uns, und speziell für mich, der ich im vorigen Jahre für diese Ansicht plädiert habe, maßgebend sein müsse; ich bin vielmehr der Ansicht, daß wir hier im Zollparlament nicht bloß volkswirtschaftliche, sondern auch noch weitere Gesichtspunkte im Auge haben müssen, die unter Umständen wichtiger sein können als die ersteren. Ich erinnere zunächst daran, daß das Zollparlament im vorigen Jahre mit einer bedeutenden Majorität die Herabsetzung des Stabeisens von 25 Sgr. auf 17½ Sgr. gegen meinen Widerspruch votiert hat, und ich würde es nicht im Interesse der Würde dieses Hauses halten, wenn nach einem Beschlusse, der in so reiflicher und gründlicher Weise diskutiert worden ist, in diesem Jahre ein entgegengesetzter Beschluß zustande käme. Ich werde deshalb gegen meine materielle Ueberzeugung für die Herabsetzung des Stabeisens stimmen, weil ich es im Interesse der Geltung des Hauses für absolut notwendig halte, daß wir uns nicht selbst desavouieren. Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, daß es im nationalen Interesse für uns von der größten Wichtigkeit ist, in diesem Jahre etwas zustande zu bringen; denn wenn das Zollparlament, zum dritten Mal zusammenberufen, wiederum nichts zustande gebracht hat, so würde der Eindruck im Volke ein außerordentlich ungünstiger sein. Dieser Grund ist für mich ebenfalls so wichtig, daß ich, entgegengesetzt meiner im vorigen Jahre geäußerten Ansicht, den vorgelegten Tarif für einen Kompromiß ansehe, für den ich stimmen werde, und dem ich meine speziellen Bedenken unterordne. Ich mache endlich darauf aufmerksam, daß ich im vorigen Jahre die Herabsetzung des Stabeisenzolles weniger materiell bekämpft habe als mit Rücksicht auf die Gegenseitigkeit, mit Rücksicht auf dasjenige, was wir, wenn wir es bedingungsweise herabsetzen, von den auswärtigen Staaten wieder einhandeln können. Ich gebe nun zu, daß die bereits einmal votierte Herabsetzung vom Stabeisenzoll kein Verhandlungsobjekt zwischen uns und

Frankreich mehr werden kann; die Franzosen würden uns antworten: das hattet ihr sowieso beschlossen, das ist keine Konzession an uns.

Diese drei Gründe veranlassen mich, für die Regierungsvorlage in diesem Jahre zu stimmen, und meine Freunde bitte ich, dies ebenfalls zu tun.

Ich glaube es aber auch um so entschiedener beanspruchen zu dürfen, daß der Beschluß, der im vorigen Jahre gefaßt wurde, in bezug auf die Ablehnung jeder Ermäßigung des Roheisenzolls, in diesem Jahre ebenfalls vom Hause aufrecht erhalten werde. Die Majorität, die sich gegen die Herabsetzung des Roheisenzolls auf 2½ Sgr. kund gegeben hatte, war noch eine bedeutendere als diejenige, vor der ich heute die Segel streiche, um für die Herabsetzung des Roheisenzolles zu stimmen, und ich glaube keinen Widerspruch hervorzurufen, wenn ich behaupte, daß dieser Beschluß, der nach der reiflichsten Diskussion vor aller Welt gefaßt wurde, wenn er heute umgeworfen würde, das Zollparlament im allerhöchsten Grade in bezug auf seine Geltung und sein sachverständiges Urteil in der öffentlichen Meinung schädigen würde; ich finde es überhaupt eigentümlich, daß die Herren, die im vorigen Jahre die jetzige Vorlage als einen großen Fortschritt betrachteten und ihr Scheitern lebhaft beklagten, heute, wo die Herren sehen, daß wir uns aus nationalen, vielleicht auch Zweckmäßigkeitsgründen der Sache beugen, nun den Spieß umdrehen und sagen, es ist der Tarif nur dann ein Fortschritt, wenn der Roheisenzoll aufgehoben oder auf 2½ Sgr. herabgesetzt wird. Meine Herren, ich sehe diese Logik nicht ein und ich glaube, die öffentliche Meinung kann diese Logik auch nicht einsehen, ebensowenig in Deutschland wie in den umliegenden Ländern, die auf unsere Tarifreduktionen mehr sehen, als Sie zu glauben scheinen. Meine Herren, ich sage, ich glaube nicht, daß wir diesen Beschluß reformieren können, ohne daß neue Gründe hinzugekommen sind für den neuen Beschluß. Ich behaupte aber, es sind neue Gründe gegen

einen solchen Beschluß hinzugekommen, die uns gegen die Verminderung der Zölle von Roheisen unter den heutigen Verhältnissen bestimmen sollten und die im vorigen Jahre noch gar nicht vorhanden waren. Zunächst nenne ich das französische Dekret vom 9. Januar 1870, dessen Inhalt ich als allen bekannt voraussetze.*) In diesem Dekret ist im wesentlichen bestimmt, daß, während früher die titres à caution, die Exportbonifikationen, zum Import in allen möglichen Eisengattungen gegeben wurden, jetzt die titres à caution nur mehr gegeben werden für die Einfuhr von Roheisen. Nun gebe ich zu, daß diese Einfuhrvergütung nicht auf das französische Roheisen gegeben wird, das nach Deutschland kommt; aber dennoch steht dies in Verbindung mit dem französischen Roheisenzoll, und wenn überhaupt eine Kompensation eintreten soll zwischen den verschiedenen Zöllen, so ist es sehr möglich, daß die Franzosen sagen: setzt ihr euern Zoll auf 2½ Silbergroschen herab, so setzen wir ihn auf 4 Silbergroschen herab. Wenn es aber gelingt, diese Reduktion von 8 auf 4 Sgr. zu bekommen, so bekommen wir gleichzeitig die titres à caution im Werte herunter, der ja**) von der Höhe der französischen Roheisenzölle abhängt. Die Herabsetzung des Roheisenzolles steht also in doppelter Beziehung in Verbindung mit dem Dekret vom 9. Januar, weil sowohl der französische Export als der Import nach Frankreich beiderseits***) durch den Roheisenzoll bedingt sind. Nun wird

---

*) Artikel 1 und 2 des Dekretes lauten: 1. Die zeitweilige Zulassung von Gußeisen gemäß dem Dekret vom 15. Februar 1862 findet auch fernerhin statt. Ist es jedoch schon in Formen gegossen, so darf es nur behufs Ausführung von Arbeiten aus geformtem Gußeisen eingelassen werden. 2. Eisen, sowie die übrigen im Art. 1 des Dekrets vom 15. Februar 1869 aufgeführten Metalle sind direkt nach den zur Verarbeitung derselben bestimmten Hüttenwerken zu befördern. Die Zollbehörden haben zur Sicherung der Ankunft dieser Artikel am Bestimmungsorte das nötige zu veranlassen. Preußisches Handelsarchiv 1870 S. 69.

**) Im Text steht „deshalb".

***) S. 97.

man vielleicht sagen, das ewige Hinweisen auf Frankreich wird langweilig, es gibt noch andere Staaten, wir können uns allein nicht von Frankreich abhängig machen. Ja, meine Herren, dann hätten Sie meinen Antrag vor zwei Jahren in bezug auf die acquits auch nicht annehmen dürfen.*) Was dieses Haus, dessen Wichtigkeit wir darin suchen, daß es eine nationale Vertretung und nicht bloß eine Versammlung von einzelnen Personen ad hoc ist, anlangt, so glaube ich, daß, wenn Sie vor zwei Jahren nach reiflicher Diskussion einen Antrag angenommen haben, der in so positiver Weise einen Wunsch an die französische Regierung ausspricht, und dann, wenn die französische Regierung nach zwei Jahren kommt und genau das umgekehrte von dem tut, was Sie wünschen, das heißt, anstatt den teilweisen Charakter der acquits als Exportbonifikation zu beseitigen, nun diesen Charakter ausschließlich einführt, daß Sie dann wahrhaftig nicht bei demjenigen Stoffe, der am innigsten damit verbunden ist, bei dem Roheisen, den Zoll beseitigen und damit den französischen Interessenten einen ganz ungeheuren Gefallen tun. Meine Herren, der Herr Abgeordnete für Mainz**) hat uns vorgeworfen, daß wir ja dieses Dekret lediglich den französischen Schutzzöllnern zu verdanken haben und daß wir uns mit den Herren zu benehmen haben. Ich wundere mich, daß der Herr Abgeordnete für Mainz jetzt erst zu der Ansicht kommt. Ich bin nicht schuld daran, daß wir eigentlich die Verbündeten aller Freihändler in der ganzen Welt sind, während er und seine Tendenz lediglich den Schutzzöllnern anderer Staaten

---

*) Der Antrag, der am 8. Mai 1868 vom Zollparlament angenommen wurde, lautete: „Den Vorsitzenden des Bundesrats des Deutschen Zollvereins aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß die Ausfuhrvergütung, welche Frankreich den Bestimmungen des Art. 6 des deutsch-französischen Handelsvertrags zuwider seiner Eisenindustrie durch die mißbräuchliche Handhabung der Rückvergütung des Importzollbetrages (titres d'acquit à caution) gewährt, baldigst beseitigt werde." S. 14 dieses Bandes.

**) Dr. Bamberger.

zugute kommt. Das ist etwas, was ich stets behauptet habe; ich garantiere Ihnen dafür, daß, wenn Sie die französischen Interessenten darüber befragen, sie diese meine Ansicht bestätigen werden. Jeder Beschluß, jeder Sieg, den Sie in diesen wirtschaftlichen Dingen erfechten, wird von diesen Herren bejubelt, und jeder Erfolg, den wir aufzuweisen haben, wird dort als ein großes Unglück angesehen, das liegt in der Natur der Sache. Wir sind mit dem Prinzip der internationalen Handelsfreiheit allerdings die Verbündeten von allen denen, die den Tarif gemeinschaftlich herabsetzen wollen, während Sie, wenn Sie das auch nicht wollen, aber doch tatsächlich, nur denen zur Stütze dienen im Auslande, die uns von ihren Märkten ausschließen wollen. Das ist ein Standpunkt, den ich nie bestritten habe.

Ein fernerer Grund, meine Herren, der jetzt hinzugekommen ist, ist die enquête parlémentaire, die, wie Sie jetzt nicht mehr bestreiten werden, wirklich in Frankreich eingesetzt worden ist und die bewiesen hat, daß meine Beurteilung der französischen Zustände im vorigen Jahr doch nicht ohne Fundament war. Daß der Handelsvertrag gekündigt werden würde, das habe ich ja nimmer behauptet, sondern entschieden bestritten, ich habe nur von bevorstehenden Veränderungen gesprochen,*) und man kann wohl sagen, diese Veränderungen sind durch das Votum der französischen Kammer, ich glaube im März dieses Jahres, vollständig eingetreten, indem eine halb aus Freihändlern, halb aus Schutzzöllnern bestehende Enquete zur Berichterstattung über den Tarif eingesetzt worden ist. Dieser Enquete sind eine große Anzahl von Fragen unterbreitet worden, ich habe hier den Fragebogen; unter diesen 50 oder einigen 60 Fragen, wenn man nämlich die einzelnen noch zergliedert, — unter diesen Fragen sind ziemlich die wichtigsten zwei, die eine: wie steht es mit dem System der titres d'acquit à caution? ist die französische Industrie damit

*) In der Roheisenrede vom 21. Juni 1869.

zufrieden? ist sie mit dem Dekrete vom 9. Januar zufrieden? auf welche Weise wünscht man die Sache geändert? Von diesen einigen 50 Fragen betreffen allein zehn das System der admissions temporaires.*) Es beweist das, ein wie großes Gewicht bei der Enquete auf die acquits à caution gelegt wird,**) wie entschieden im nächsten Herbst, wenn die Kammer zusammenkommt, das System diskutiert werden wird und welchen Einfluß es haben wird auf die Feststellung des französischen Tarifs. Die zweite Frage, die entschieden im Vordergrunde steht, ist die 28., wo gefragt wird: besteht vollständige Reziprozität zwischen dem französischen Tarif und den Tarifen der Außenstaaten? und wenn nicht, so sollen die Differenzen angegeben werden und die Wünsche, die die französischen Industriellen in dieser Beziehung haben. Mit diesen zwei Punkten allein — ich könnte Ihnen auch die andern noch zergliedern — ist bewiesen, wie großen Wert man in Frankreich legt einmal auf die Einfuhrzölle der benachbarten Staaten und speziell des Zollvereins, und zweitens auf das Regime der admission temporaire, daß man also in beiden Punkten vollständig freigibt, in welcher Weise die Sache sich weiter realisieren wird, und ich kann Sie versichern, daß nach meiner Kenntnis der Sache — und meine Kenntnis der Sache, dächte ich, hätte sich durch die Vorkommnisse des vorigen Jahres bewährt — nicht ein Mitglied in der Enquete sitzt, das nicht Veränderungen des Tarifes will, das eine in freihändlerischer, das zweite in schutzzöllnerischer Hinsicht, und wir sind natürlich die Alliierten derjenigen, die sie im freihändlerischen Sinne wollen. Deswegen habe ich auch die Ansicht ausgesprochen, daß wir mit dem Roheisen warten wollen, bis wir die Zollherabsetzung gegen die Herren verwerten können. Wenn ich nun dem gegenüber die Amendements der Herren Abgeordneten v. Hoverbeck und Meier-Bremen vergleiche, so finde ich, daß

*) Zollfreie Einfuhr im Wege des Veredelungsverkehrs.
**) Der Text hat an dieser Stelle ein „und“.

der Hauptakzent darauf beruht, daß der Roheisenzoll nach dem einen Amendement früher, nach dem andern später wegfallen soll. Das, meine Herren, ist mir die Hauptsache. Zunächst wird dadurch jedes Unterhandeln mit dem Nachbarstaate unmöglich gemacht, jedes Benutzen der Situation, die in Frankreich eingetreten ist, ist abgeschnitten. Wir werden Luxemburg aus dem Zollverein herausdrängen und wir werden gleichzeitig den beiden künftigen Parlamenten vorweg ihre Freiheit nehmen. Denn, meine Herren, wir können ja nicht wissen, wie in 2, 3, 4 Jahren die Sache liegt, welche Veränderungen der Situation vorgekommen sind, und ich meine, es müßte schon deshalb vom parlamentarischen Standpunkte aus eigentümlich erscheinen, wenn wir in dem letzten Moment unseres Todesröchelns, um mich so auszudrücken, wenn wir heute in den letzten acht Tagen unserer Existenz uns vermessen wollen, dem im nächsten Jahre auf grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählten Parlamente, ja sogar dem in drei Jahren auf grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählten, die Wege vorschreiben zu wollen. Sie werden sagen, diese Parlamente können es ja immer noch ändern. Ja gewiß können sie es, aber nur mit der Zustimmung der Regierung; Sie legen also geradezu die Majorität dieser Parlamente geknebelt in die Hände der Regierung, die ganz gewiß erlauben darf, daß der Zoll wieder verändert werde, aber ebensogut es verhindern kann, das heißt, Sie machen bei einem Parlamente, das anderer Ansicht geworden ist, die Majorität lediglich von dem Gutdünken der Regierung abhängig, und soweit ich auch volles Vertrauen in die Bundesregierungen habe, so muß ich gestehen, daß mein konstitutionelles Gewissen doch nicht so weit geht, das zu gestatten.

(Heiterkeit links.)

Meine Herren, ich würde natürlich von diesem Standpunkte aus den Antrag des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck lieber akzeptieren als denjenigen des Herrn Abgeordneten Meier-Bremen, weil er wenigstens nur ein

Parlament bindet, wo weniger Zwischenfälle denkbar sind, von jetzt bis zum nächsten Herbste, als nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Meier-Bremen, nach welchem zwei Parlamente, also auch das in drei Jahren zu wählende, gebunden werden sollen. Ich finde aber auch sonst, daß der Antrag des Herrn Abgeordneten Freiherrn von Hoverbeck Vorzüge hat. Wenn ich überhaupt einmal auf dem*) Standpunkt stehe, daß ich den Roheisenzoll unbedingt wegfallen lassen will, so bin ich nicht der Ansicht des Herrn Abgeordneten Meier-Bremen, daß es besser sei, jedes Jahr um einen Groschen den Zoll zu vermindern, sondern ich bin der Ansicht, daß die Umformung, das Herausnehmen des Kapitals und all die Konsequenzen, die eine derartige Maßregel hervorruft, auch bestimmt und klar eintreten müssen, nicht aber, daß in fünf Jahren in jedem Jahre durch Herabsetzung des Zolls um 1 Sgr. eine ganz unklare Situation geschaffen wird, die auch durch die Rückwirkung auf die Zölle für Guß- und Stabeisen, wie sie im Amendement Prosch bereits vorliegt, in jedem Jahre neue Mißstände schafft. Es gibt das unklare und schlechte Zustände, und es mögen die Hochofenbesitzer, die einen höheren Zoll für Gußroheisen möglichst lange beibehalten wollen, sich auch gut dabei stehen; aber die Gußwarenerzeuger und Konsumenten, welche die Gußwaren kaufen, die werden bei diesen unklaren Zuständen sich schlecht stehen, und es wird leicht der Fall eintreten, daß, während der Zoll noch ziemlich bedeutend ist, sich die inländische Industrie schon von den betreffenden Artikeln zurückgezogen hat und gar nicht mehr daran denkt, den Bedürfnissen des Marktes in seiner Ausdehnung für zwei Jahre noch gerecht zu werden. Sie werden also in zwei bis drei Jahren höchst unangenehme Zustände herbeiführen, und ich muß gestehen, ich bekämpfe zwar beide Anträge auf das entschiedenste und halte sie für eine außerordentliche Gefahr, die wir uns in jeder Beziehung auf Kosten

*) S. 98.

der Industrie auf den Hals laden; ich würde es jedoch lieber sehen, wenn einer von den beiden Anträgen angenommen werden soll, daß der Antrag des Herrn Abgeordneten Freiherrn von Hoverbeck angenommen würde als der des Herrn Abgeordneten Meier-Bremen.

Meine Herren, man sagt nun noch ferner, wir müssen die Herabsetzung des Roheisenzolles annehmen, weil sonst in diesem Jahre wiederum die Tarifreform nicht zustande kommt und das Zollparlament mit einem Resultate wiederum nicht nach Hause geht. Auf diesem Standpunkte stehen namentlich diejenigen Herren, die sich die Nationalen zu nennen gewöhnt sind. Meine Herren, dieser Standpunkt ist mir völlig unfaßlich. Wie heut die Sachen liegen, ist die Herabsetzung, Aufhebung oder Beibehaltung des Roheisenzolles eine rein wirtschaftliche Maßregel, und ich begreife nicht, wie die Herrn es anders hinstellen können. Meine Herren, wenn wir der Regierung den Ueberschuß nicht gewähren wollen, der ihr aus der Annahme der Erhöhung des Kaffeezolls durch die Tarifvorlage erwachsen würde und auf 800000 Tlr. sich beziffert, so können wir uns überhaupt anders helfen; wir können den Reiszoll herabsetzen oder ganz aufheben; wir können den Kaffeezoll statt mit 25 Sgr. mit 15 Sgr. bewilligen u. dgl. m. Alles das liefert finanziell ganz dieselben Ergebnisse, als wenn Sie den Roheisenzoll herabsetzen. Also mit dem konstitutionellen, finanziellen Bedenken hat es nichts auf sich, und ich bin fest überzeugt, mögen die Herren sagen, was sie wollen, daß, wenn heute der Tarif, wie ihn die Regierung vorgelegt hat, durchgeht und der Roheisenzoll auf dem alten Satze bleibt, die Herren Nationalliberalen in der Schlußabstimmung auch für den Tarif stimmen werden, wenn ein großer Ueberschuß nicht bleibt. Nur wenn ein großer Ueberschuß bleibt, so werden sie dagegen stimmen, und ich bin fest überzeugt, sie werden das vom Roheisenzoll jetzt ebensowenig abhängig machen, als sie das früher getan haben. Meine Herren, ich sehe die Regierungsvorlage wesentlich als ein Kompromiß an und ich habe schon gesagt: ich stimme im Interesse

der Geltung und des Ansehens des Hauses gegen meine materielle Ansicht für die Herabsetzung der Stabeisenzölle, aber um so entschiedener gegen die Herabsetzung oder Aufhebung des Roheisenzolls. Meine Herren, ich meine, Sie können gar nicht anders stimmen, wenn Sie Ihren vorjährigen Beschluß betrachten und das Dekret vom 9. Januar cr. sich ansehen, und wenn Sie mir zugeben müssen, daß die enquête parlémentaire jedenfalls mehr*) Veränderungen des französischen Tarifs zur Folge haben wird,**) als wir vermuten können. Ich bitte Sie also, meine Herren, stimmen Sie für das Kompromiß in der Regierungsvorlage und lehnen Sie die Anträge des Herrn Meier-Bremen und des Herrn Abgeordneten v. Hoverbeck schon im Interesse der Würde und des Ansehens dieses Hauses ab.

(Bravo!)

In dem diesjährigen Kampfe hatte Stumm den Staatsminister Delbrück auf seiner Seite. Derselbe legte die Stellung des Bundesrates zum Roheisenzolle folgendermaßen dar: „Als in der siebenten Sitzung der vorjährigen Session die nämliche Frage zur Diskussion stand, welche heute das Haus beschäftigt, da war ich in der Lage, von seiten der verbündeten Regierungen zu erklären, daß die Frage über Ermäßigung und Aufhebung der Eisenzölle einen Gegenstand ihrer Beratung bei Feststellung der Tarifvorlage nicht gebildet habe. Der Grund, weshalb damals diese Frage nicht zum Gegenstande der Beratung der verbündeten Regierungen gemacht war, lag darin, daß erst ein halbes Jahr vorher infolge des Handelsvertrages mit Oesterreich eine Ermäßigung des Roheisenzolls stattgefunden hatte, daß daher die verbündeten Regierungen außer stande gewesen waren, über die Wirkungen dieser Ermäßigung irgend eine bestimmte Meinung sich zu bilden, welche sie befähigt hätte, die Frage, ob eine weitere Ermäßigung zuzulassen sei, zu entscheiden. Bei der Vorberatung der Ihnen dieses Jahr vorliegenden Vorlagen ist allerdings die Frage über die Roheisenzölle zum Gegenstande der Erwägungen im Bundesrate geworden. Diese Erwägung hat, wie Sie aus der Vorlage sehen, dahin geführt, Ihnen eine Ermäßigung

*) Im Text fehlt „mehr".
**) Im Text fehlt „wird".

dieses Zolles nicht vorzuschlagen. Es war bei dieser Erwägung vorzugsweise ein Gesichtspunkt entscheidend, welchen ich in den einleitenden Worten, mit denen ich die Ehre hatte, die Tarifdiskussion zu eröffnen, bereits bezeichnet habe. Die verbündeten Regierungen sehen es bei Feststellung der diesjährigen Vorlage für ihre Aufgabe an, sich, soweit es die Verhältnisse irgend zuließen, zu halten an die Ergebnisse der vorjährigen Beratung dieses Hauses. In der vorjährigen Beratung dieses Hauses ist bekanntlich sowohl die Aufhebung des Roheisenzolls als auch später die zur Abstimmung gestellte Ermäßigung des Roheisenzolles abgelehnt worden, und die verbündeten Regierungen haben geglaubt, die Verständigung über die Tarifvorlage, welche ihnen vor allen Dingen am Herzen lag, zu erschweren, wenn sie die Frage über die Ermäßigung der Roheisenzölle in den Kreis der Vorlage hineingezogen hätten. Es kam außerdem hinzu, daß zwar der Zeitraum seit Ermäßigung des Roheisenzolls um ein Jahr länger geworden ist, daß indessen diese Zeit immerhin bestimmte Ueberzeugungen über das Ergebnis der damaligen Ermäßigung noch nicht hat bringen können." Delbrück sprach sich dann weiter grundsätzlich gegen die Setzung eines Termines für die völlige Abschaffung von Zöllen aus. Der Eisenverbraucher v. Unruh-Magdeburg trat für die Aufhebung des Roheisenzolles ein, und trotzdem Miquél noch für die Erhaltung des bestehenden Zolles eintrat und v. Unruhs Ausführungen Satz für Satz widerlegte, neigte doch die Stimmung des Hauses der Ermäßigung und schließlichen Aufhebung des Roheisenzolles zu. Die Erörterung wurde durch Beschluß des Hauses geschlossen. So blieb nur noch der Weg der persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Stumm*): Der Herr Abgeordnete Miquél hat mir einen Teil meiner persönlichen Bemerkung schon erspart, indem er dem Herrn Abgeordneten v. Unruh nachgewiesen hat, daß es mir auch im Traum nicht eingefallen ist, die Mehreinfuhr von einer Million Zentnern als einen Nachteil für die Gesamtindustrie hinzustellen, sondern daß ich sie**) im Gegenteil nur gerade deshalb angeführt habe, um den Nachweis zu führen, daß die noch viel größere Mehrausfuhr nach Oesterreich zugunsten des Handelsvertrages gesprochen habe. Ich

*) S. 108.

**) Im Text fehlt „daß ich sie".

rufe das Zeugnis des Hauses hierfür an und bitte den Herrn v. Unruh in dieser Beziehung den stenographischen Bericht nachzusehen.

Zweitens aber hat es mich auch gewundert, daß der Herr Abgeordnete v. Unruh mich so speziell als Interessent hingestellt hat. Ich muß das um so auffallender finden, als gerade der Herr Abgeordnete v. Unruh mit mir in der ganz gleichen Lage ist — wenn ich meine Interessen hier vertrete, so hat er seinerseits das eben so gut getan, nur mit dem Unterschiede, daß ich aufrichtig gewesen bin und gesagt habe, daß ich Interessent sei. *)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete v. Unruh-Magdeburg.

Abgeordneter v. Unruh: Ich habe nur zu erklären, daß die Fabrik, an deren Spitze ich stehe, auch nicht einen Zentner Roheisen verarbeitet.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat nochmals das Wort der Abgeordnete Stumm.

Abgeordneter Stumm. Darauf muß ich erwidern, daß das doch ein bloßes Wortspiel ist. Denn die Zollfrage hat sich dermaßen zwischen Roh- und Stabeisen gedreht, daß ich glaube, der Herr Abgeordnete v. Unruh wird mir zugeben, daß seine Fabrik außerordentlich stark beteiligt ist am Stabeisenzoll und indirekt auch am Roheisenzoll.

---

*) Der Abgeordnete Miquél hatte dem Abgeordneten v. Unruh bereits seine Interessiertheit an der Aufhebung der Eisenzölle heimgegeben, indem er gesagt hatte: „Wenn ich auf derselben Linie weitergehen wollte, so würde ich dem Herrn Abgeordneten v. Unruh sagen: ich finde es natürlich, daß jemand, der Eisen verarbeitet, billiges Roheisen zu bekommen sucht, und finde es in demselben Maße natürlich, daß jemand, der nur Eisen kauft, der nur Konsument von Eisen ist, daß der, wenn er die Interessen der Gesamtheit gar nicht berücksichtigt, lediglich das eine Ziel verfolgt, billiges Eisen zu bekommen, was im übrigen auch aus der Industrie des Landes werden mag."

Der Antrag Hoverbeck fiel mit 125 gegen 113 Stimmen. Es kam nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Meier-Bremen, welcher lautete:

> Zwischen Nr. 3 und 4 eine neue Nummer einzuschalten, des Inhalts:
>
> 3. a. Roheisen aller Art, altes Brucheisen
> vom 1. Januar 1871. 4 Sgr. für den Zentner.
> „ 1. Januar 1872. 3 Sgr. „ „ „
> „ 1. Januar 1873 2 Sgr. „ „ „
> „ 1. Januar 1874. 1 Sgr. „ „ „
> „ 1. Januar 1875. frei.

Mit dem 1. Januar 1875 sollte demnach die völlige Zollfreiheit für Roheisen eintreten. Auch dieser Antrag fiel, und zwar mit einer noch kleineren Mehrheit, mit 120 gegen 116 Stimmen. Infolgedessen nahm die nächste Sitzung vom 3. Mai die Roheisenzollfrage wieder auf.

Neunte Sitzung
Dienstag, den 3. Mai 1870

Roheisenzoll, Stabeisenzoll, Winkeleisenzoll

Roheisenzoll

Am 3. Mai fand die Fortsetzung der Vorberatung im Plenum über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifes vom 1. Juli 1865 (Nr. 6 der Drucksachen), statt. Nach dem Schluß der Sitzung vom 2. Mai war ein neuer Abänderungsantrag ausgegeben worden, welcher von dem Abgeordneten Niendorf und Genossen (Nr. 21 der Drucksachen) herrührte. Er lautete:

> In § 1, II. hinter Nr. 3 eine neue Nummer hinzuzufügen, folgenden Inhalts:
>
> „Roheisen aller Art, altes Brucheisen (Nr. 6 a) für den Zentner mit 2½ Sgr. (oder 8¾ Kr.).“

Er wiederholte also den ersten Teil des Antrages von Hoverbeck, welcher in der Sitzung vom 2. Mai abgelehnt worden war, ohne jedoch den zweiten Teil, die spätere völlige Aufhebung des Roheisenzolles, zu enthalten. Der Antragsteller forderte die Herabsetzung des Eisenzolles im Interesse der Landwirtschaft. Das Haus begann die neue Sitzung mit Erörterung des Antrages. Mohl verteidigte den Roheisenzoll in weitsichtiger Weise im Interesse der deutschen Eisenerzeugung. Dr. Bamberger suchte darzutun, daß die Mehrheit des Zollparlamentes eine Herabminderung der Eisenzölle wünsche, daß das Anwachsen der französischen Eisenausfuhr sich wesentlich auf die Bahnkonzessionen französischer Gesellschaften im Auslande gründe, daß die titres d'acquit à caution sich nicht insonderheit gegen Deutschland richteten, daß Frankreich freihändlerisch sei, und daß man darum jetzt unter allen Umständen den geplanten Tarif zustande bringen müsse. Die Abgeordneten v. Hoverbeck, v. Sänger, v. Sybel, Dr. Hammacher, Dr. Schweitzer und Grumbrecht sprachen zu der Sache, ohne entscheidendes vorzubringen.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren! Ich finde es doch eigentümlich, uns die Zumutung zu stellen, einen Vorschlag als Kompromiß anzunehmen, der nicht nur schon im vorigen Jahre abgelehnt wurde,**) sondern auch im wesentlichen wieder in der gestrigen Sitzung verworfen ist. Wenn man das einen Kompromiß nennt, welcher zwischen der Regierung und der Majorität des Hauses geschlossen werden soll, der aber nur die Minorität des Hauses repräsentiert, dann weiß ich nicht mehr, wie die Regierung für die Folge auf das Haus Rücksicht nehmen soll und wie parlamentarische Majoritäten ihren Einfluß auf die Geschäfte behaupten können.

Wenn ich mich aber über die Art und Weise des Kompromisses, welchen Sie uns anbieten, wundere, so wundere ich mich, offen gestanden, noch mehr über die Motivierung desselben, namentlich aber über die Motivierung, die ihm der letzte Herr Redner gegeben hat.

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Grumbrecht hat auf den Vorwurf des Herrn v. Sybel, daß es nicht im Interesse der Würde dieses Hauses liege, die wiederholt und noch gestern gefaßten Beschlüsse plötzlich wieder aufzuheben, geantwortet, daß jetzt neue Gründe vorlägen, die darin beständen, daß wir mit derselben Heftigkeit den österreichisch-deutschen Handelsvertrag bekämpft hätten, durch welchen der Roheisenzoll von 7½ auf 5 Sgr. herabgesetzt sei, und doch habe sich das ganz gut bewährt. Zunächst bestreite ich, daß dieses Faktum richtig ist. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Grumbrecht, doch einmal nachzuweisen, daß wir gegen den deutsch-österreichischen Handelsvertrag und gegen die Herabsetzung des Roheisenzolls von 7½ auf 5 Sgr. gesprochen haben. Der Herr Abgeordnete für Aalen ***) hat, glaube ich, damals dagegen gesprochen, der Herr Abgeordnete Grumbrecht weiß aber doch sehr wohl, daß derselbe in dieser Richtung doch nur

*) S. 125.
**) Am 15. Juni 1869.
***) Obersteuerrat a. D. Mohl.

eine kleine Minorität in diesem Hause vertritt. Wir, die wir als Vertreter der norddeutschen Industrieinteressen aufzutreten pflegen, haben den deutsch-österreichischen Handelsvertrag mit Freuden begrüßt, und ich habe gestern ganz speziell auf dessen günstige Resultate hingewiesen, kann also nicht begreifen, wie man ihn als Grund gegen mich anführen kann. Außerdem kann dem Herrn Abgeordneten Grumbrecht nicht entgangen sein, daß wir gleichzeitig einen erweiterten Markt nach außen dafür bekommen haben — ich kann das doch nicht immer wiederholen — und daß die Analogie der Herabsetzung von 5 auf 2½ Sgr. gar nicht zutrifft. Ich habe schon gestern, glaube ich, darauf aufmerksam gemacht, daß im Gegenteil heute neue Gründe hinzugekommen seien, die uns nur bestärken müßten, den vorjährigen Beschluß aufrecht zu erhalten, und auch dies hat, glaube ich, seine Bekämpfung gefunden, aber in einer Weise, die ich nicht als durchschlagend anerkennen kann. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat meine Darstellung der acquits à caution, wie ich sie mehrere Jahre hindurch gegeben habe, angegriffen, er hat mehrere historische Punkte hinzugebracht, die ich als richtig anerkenne, er ist aber schließlich zu demselben Resultat gekommen wie ich. Denn, wenn er bestritten hat, daß meine vorjährige Bitte, noch ein Jahr zu warten, weil die französischen Verhältnisse sich dann klarer stellen würden, begründet gewesen sei, indem in Frankreich bis heute noch nichts definitives eingetreten sei, so hat er ja selbst zugegeben, daß die französische Kammer der Ansicht ist, daß der Tarif schon deshalb anderweitig festgestellt werden müsse, weil derselbe nicht unter Mitwirkung des Parlaments, sondern einseitig von der Regierung eingeführt sei, und daß die Kammer deshalb verlangt, auf grund ihrer Majoritätsbeschlüsse nun einen neuen Tarif einzuführen. Das ist der Kernpunkt meiner ganzen Behauptung und dessen, was uns überhaupt in Frankreich entgegentritt; ob es noch sechs oder acht Monate dauert, bis ein Definitivum eintritt, das bleibt sich gleich; ich habe bloß behauptet, daß es kein Jahr mehr dauerte, bis die französischen Verhältnisse uns

die Gewißheit geben, daß eine Tarifreform bevorsteht, und daß wir sehen würden, ob wir davon Nutzen ziehen können, und das hat der Herr Abgeordnete für Mainz *) ausdrücklich bestätigt; ob die Franzosen es vorziehen, Verträge mit uns abzuschließen oder die Konzessionen, die wir uns gegenseitig machen, direkt einzuführen, darauf lege ich kein Gewicht, ebensowenig wie die bekannte Antipathie Rußlands gegen alle Verträge mich abschrecken kann, im Wege der Verhandlungen auf Tarifreformen einzugehen; auf die Form kommt es eben hier nicht an.

Wenn nun der Herr Abgeordnete Hammacher uns vorgeführt hat, wir sollten ja bei der Wahrheit bleiben, weil man sonst unsern Ausführungen kein Gewicht im Hause und bei den Regierungen beilegen könnte, so weiß ich nicht, ob er das auch auf mich bezogen hat. Sollte dies der Fall sein, so muß ich den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß ich, so lange ich Gelegenheit gehabt habe, für meine Person bei öffentlichen Veranlassungen mich auszusprechen, stets betont habe, es komme nicht sowohl darauf an, ob die Industrie weiter vorgeschritten oder noch etwas zurück sei, sondern daß wir gleiches Recht verschaffen für alle, daß wir Sonne und Licht gleich verteilen für Ausland wie Inland; aber ich habe mich noch vor zwei Jahren dahin ausgesprochen, daß wir das, was der Industrie nicht zukommt, Privilegien, die sie fordert, und woraus man **) ihr auf Kosten der Konsumenten Geschenke ***) macht, zurückweisen müssen. Der Herr Abgeordnete Hammacher hat sich damals durchaus nicht auf den Standpunkt gestellt, sondern er hat vor zwei Jahren, als die Regierung die Absicht hatte, mit der Herabsetzung der Stabeisenzölle vorzugehen, und als damals die Eisenindustrie eine Petition dagegen einbrachte, welche vielleicht die Wirkung hatte, daß die Tarifvorlage nicht eingebracht wurde — ich darf daran erinnern, daß die Herren Abgeordneten Lesse und v. Hennig sie später noch

---

*) Dr. Bamberger.

**) Fehlt im Text.

***) S. 126.

einbrachten —, da wurde gerade durch den Herrn Abgeordneten Hammacher im Namen des bergbaulichen Vereins *) eine Petition gegen diese Herabsetzungen, die er heut mit mir bewilligen will, hier eingereicht, und diese war in so schutzzöllnerischer Weise abgefaßt, daß ich sie für meine Person nicht unterzeichnet haben würde; da ist von hohen Frachtsätzen und von der Kohlenindustrie die Rede, die dadurch geschädigt werde, wenn der Tarif von 25 Silbergroschen auf 17⅓ Silbergroschen herabgesetzt würde, und deshalb müsse die Industrie geschützt werden, um dem Auslande zu widerstehen. Ich kann leider den Wortlaut dieser Petition des Vereins für bergbauliche Interessen nicht mitteilen, weil ich wie aus den Wolken gefallen war, als ich den Antrag Niendorf überhaupt zur Diskussion auf der Tagesordnung heute früh gefunden habe. Am wenigsten aber hatte ich geglaubt, daß der Herr Abgeordnete Hammacher in dieser Sache heute auftreten und daß seine heutigen Aeußerungen mit den früheren in solchem Widerspruch stehen würden, sonst hätte ich mir die Petition, die auf dem Bureau oder in dem Archiv des Hauses sich gewiß noch vorfindet, besorgt, um ihm schwarz auf weiß zu beweisen, daß er am wenigsten berechtigt war, mir die gehörten Vorwürfe zu machen. Außerdem möchte ich den Herrn Abgeordneten Hammacher noch darauf aufmerksam machen, daß es mir nicht einfallen kann, zu behaupten, daß nicht Industriezweige in den westlichen Provinzen existieren könnten, denen nicht auch die Aufhebung der Roheisenzölle vorteilhaft wäre. Ich gebe vollkommen zu, daß die Walzwerke und andere Fabrikationszweige einen Vorteil davon haben können, wenn die Höhe der Stabeisenzölle beibehalten wird und die Roheisenzölle herabgesetzt werden, und ich gebe ihm darin also vollkommen recht, daß von einem so einseitigen Standpunkt man auch im Westen die Aufhebung **) der Roheisenzölle wünschen kann, aber glücklicherweise sind solche einseitigen Bestrebungen

*) Verein für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamtsbezirkes Dortmund zu Essen.

**) Im Text steht „Gesetzgebung".

sehr vereinzelt, und im allgemeinen hat sich in der Eisenindustrie der Grundsatz geltend gemacht, daß kein Privilegium für Eisenwalzwerke und für Hochofenwerke zu verlangen sei, sondern daß man sich lediglich auf den Gegenseitigkeitsstandpunkt zu stellen habe. Der Herr Abgeordnete Hammacher hat ferner behauptet, daß der Abgeordnete v. Sybel und ich zugegeben hätten, daß in Deutschland Roheisen eben so billig produziert werde wie im Auslande. Das ist aber nur bedingt wahr. Ich habe ausdrücklich gestern, wie ich glaube, gesagt, daß Gießereiroheisen im Inlande nicht so billig hergestellt werden kann wie im Auslande, und habe noch besonders aus den Zahlen in den Motiven zur Regierungsvorlage nachgewiesen, daß die Herabsetzung des Zolls von 7½ auf 5 Sgr. eine wesentliche Veränderung und Umgestaltung der deutschen Gießerei- und Gußwarenfabrikation hervorgebracht habe. Dagegen bestreite ich doch ganz entschieden, daß wir nicht in der Lage wären, in dieser Richtung dieselbe Qualität wie England zu erzeugen; wir erzeugen sie nur teurer, aber erzeugt wird sie, und es gibt keine Sorte von Gußwaren, die nicht aus inländischem Material erzeugt werden kann und erzeugt wird. Nun schließe ich nicht daraus, daß wir die inländische Gußwarenproduktion durch hohe Zölle schützen sollen, nein, ich sage nur, daß wir diese Fabrikation, die wir durch den österreichischen Handelsvertrag teilweise geradezu hervorgerufen haben, jetzt durch Zuführung neuer Absatzgebiete fördern und erleichtern, nicht aber dadurch schädigen sollen, daß wir ihr die Konkurrenz unmöglich machen, indem wir einseitig ihr die Zölle vor der Nase wegnehmen.

Wenn der Abgeordnete Dr. Hammacher auf Luxemburg hingewiesen hat, so muß ich doch darauf noch mit einem Worte zurückkommen. Meine Herren, ich hätte wirklich nicht vermutet, daß ein Mitglied dieses Hauses, das in zahlreicher und langjähriger Weise an den Geschäften überhaupt beteiligt ist, einen Satz hinstellen konnte wie den: Luxemburg steht auf demselben Fabrikationsstandpunkte wie Belgien und Frankreich — ein Vordersatz, den ich gestern, wie Sie sich erinnern werden, auch

ausgesprochen habe; ich habe gesagt, daß zwar Frankreich in etwas besserer Lage wäre wegen seiner Erzkonzessionen, und Belgien, weil es die Koks näher hat, aber im ganzen habe ich zugegeben, daß die Lage überall ziemlich dieselbe ist; der Gedanke war also nicht neu — aber von dem ausgehend, Luxemburg stehe in demselben Verhältnisse zu Deutschland wie Belgien und Frankreich, zieht der Abgeordnete Hammacher die Schlußfolgerung: folglich kann es den Leuten ganz gleichgiltig sein, ob die Zölle bei uns wegfallen und in Frankreich hoch bleiben. Diese Schlußfolgerung ist wirklich eigentümlich, wenn Sie bedenken, daß, worauf ich schon gestern aufmerksam gemacht habe, in diesem Falle Frankreich und Belgien auf dem deutschen Markte mit Luxemburg frei konkurrieren, während Luxemburg gerade durch die Zölle von Frankreich vollständig abgeschlossen ist. Daß es also für Luxemburg gleichgiltig sein kann, ob in Deutschland der Zoll abgeschafft *) wird oder auf 2½ Groschen heruntergeht, ohne daß Frankreich und Belgien mitgehen, ist mir unfaßbar.

Was die politische Seite der Frage anlangt, so ist sie bestritten worden — ich kann Ihnen natürlich meine Ansicht hier nicht beweisen, ich glaube aber, daß, wenn es den Herren Mitgliedern des Bundesrats gefallen wollte, ihre Ansicht über das, was in Luxemburg vorgeht und uns eventuell dort bedroht, hier mitzuteilen, diese von der meinigen nicht abweichen dürfte.

Dem Abgeordneten Dr. Schweitzer antworte ich nicht im Detail auf seine Ausführungen hinsichtlich der Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber. Ich glaube eben, die Arbeitgeber haben ganz entgegengesetzte Interessen, wie der Abgeordnete Dr. Schweitzer in dieser Beziehung. Die Arbeitgeber haben das dringende Interesse, ihre Arbeiter zufrieden zu stellen, sie glücklich zu wissen, während die soziale Schule, der der Abgeordnete Dr. Schweitzer angehört, gerade das entgegengesetzte Ziel haben muß, um zu ihrem Zweck zu gelangen. Daraus erklärt sich einfach der Gegensatz, in dem ich mich in

*) Im Text steht „abgesetzt".

diesem Punkte mit dem Abgeordneten Schweitzer befinde. Ich will schon deshalb keine Krisis in bezug auf die Schutzzölle hervorrufen, die durch einseitiges Herabsetzen der Roheisenzölle entstehen müßte, weil aus ihr der Abgeordnete Schweitzer und seine Freunde das meiste Kapital schlagen würden.

Ich komme nun zum Schluß. Sie haben als Hauptzweck des Antrags Niendorf hingestelllt — das ist ja der Refrain aller der Redner gewesen, die für denselben gesprochen haben — wir müssen ein großes Werk zustande bringen, die nationalen Interessen stehen in Frage, und deshalb muß vor allem Dingen der Zoll auf Roheisen auf 2½ Sgr. herabgesetzt werden. Ich habe schon gestern nachgewiesen, daß das vom konstitutionellen Standpunkte aus vollständig falsch ist; ich muß aber wiederholen, wenn eine Partei, die sich vorzugsweise national nennt, die den Patriotismus bei jeder Gelegenheit als speziell für sich gepachtet hinstellt, heute erklärt: wir müssen ein nationales Werk tun, aber wir sind nur dann dazu bereit, wenn unserer einseitigen, in der Minorität befindlichen, wirtschaftlichen Position in allen Punkten Rechnung getragen wird — so verdient diese Partei wahrhaftig nicht, sich so zu nennen, wie sie sich heute nennt.

Der Abgeordnete v. Blanckenburg wandte sich im Interesse der Landwirtschaft gegen die Eisenzölle, und besonders heftig gegen Stumm. Er berechnete auf grund der Roheiseneinfuhr über Stettin die Belastung der östlichen Landwirtschaft durch die Eisenzölle, verallgemeinerte die Aeußerungen Stumms gegen v. Unruh am 2. Mai 1870 und suchte aus dessen Worten Widersprüche zu konstruieren.

Nach Schluß der Erörterung sprach der Abgeordnete Dr. Schweitzer in persönlicher Bemerkung. Gegen Stumm sagte er: „Dem Herrn Abgeordneten Stumm habe ich zu entgegnen: nicht darum, weil ich agitiere, sind die Arbeiter unzufrieden, sondern umgekehrt, weil die Arbeiter unzufrieden sind, hat die sozialistische Operation Erfolg."

Ihm antwortete Stumm.

Abgeordneter Stumm*): Der Herr Vorredner hat mir

---

*) S. 129.

zugegeben, daß dasjenige, was er behauptet hatte, genau mit dem übereinstimmt, was ich als seine Motive vermutet habe.

Ich habe dem Herrn Abgeordneten v. Blanckenburg, der mir die Ehre erwiesen hat, mehrmals meinen Namen zu nennen, obgleich immer mit dem Hinzufügen: „ich kehre mich an Stummsche Argumentationen nicht viel"... zu bemerken, daß er bei seinen Anführungen mich doch Dinge hat aussprechen lassen, an die ich nicht gedacht habe und die ich auch nicht habe aussprechen können. Was zunächst den Grund anlangt, den ich gegen die Herabsetzung des Roheisenzolles angeführt haben soll, daß nur die kleinen Fabrikanten von Gußwaren dadurch geschädigt würden,*) so ist das nicht richtig; ich habe nur gesagt, daß insbesondere diejenige Industrie, die aus Erzen Gußwaren macht, geschädigt werde, aber ganz ohne Unterschied, ob sie klein oder groß ist. Allerdings gehöre ich persönlich mit dazu.

Er hat ferner behauptet, daß ich gegen Herrn v. Unruh bei meiner gestrigen persönlichen Bemerkung gesagt habe, daß, wenn seine Fabrik kein Roheisen konsumiere, sie doch durch Herabsetzung des Roheisenzolles billigeres Stabeisen bekomme.**) Er hat mich auch da mißverstanden, und ich glaube, der stenographische Bericht wird dies nachweisen. Ich habe von der Konnexität zwischen den Roheisen- und Stabeisenzöllen gesprochen und nicht eben über den Wert von Roheisenzollherabsetzung auf den Preis des Stabeisens.

Was endlich das Verhältnis des Roheisenzolls von 5 Sgr. zum Stabeisenzoll von 17½ Sgr. in den Debatten***) vom vorigen Jahr anlangt, so hat er mich auch da mißverstanden, wie

*) v. Blanckenburg hatte behauptet, Stumm habe gesagt, daß er selbst Vorteil von der Verbilligung englischen Roheisens habe und daß einige schlechter situierte Hütten die Konkurrenz, die dann entstehen würde, nicht tragen könnten.

**) v. Blanckenburg hatte Stumm die Worte in den Mund gelegt: „Wenn Sie den Zoll für Roheisen heruntersetzen, so werden auch die Preise für das andere Eisen fallen."

***) S. 130.

der stenographische Bericht beweisen wird. Meine damalige Bemerkung war bloß gerichtet gegen die in den Regierungsmotiven behauptete Konnexität zwischen diesen beiden Sätzen. Ich habe einfach gesagt: diese Konnexität bestreite ich; wenn sie aber bestände, so würde die Herabsetzung des Stabeisenzolls durch den französischen Handelsvertrag auf 25 Sgr. der jetzt eingetretenen Herabsetzung des Roheisenzolles auf 5 Sgr. gegenüber einfach das alte Verhältnis vor dem französischen Handelsvertrag wieder hergestellt haben.

(Ruf: Persönliche Bemerkung!)

Präsident: Meine Herren! Sie machen dem Herrn Redner mit Unrecht den Vorwurf, daß er sich nicht innerhalb der Grenzen einer persönlichen Bemerkung halte. Er wehrt ein Mißverständnis seiner Aeußerungen von sich ab, ohne in die Diskussion selbst einzugehen, und das steht ihm in der persönlichen Bemerkung zu.

Abgeordneter Stumm: Da ich im wesentlichen dasjenige gesagt habe, was ich glaubte anführen zu müssen, will ich den Herren die Konzession machen, meine persönliche Bemerkung zu schließen.

Auch der Antrag Niendorf wurde abgelehnt, und zwar mit 133 gegen 120 Stimmen. So blieb der Roheisenzoll von 5 Sgr. zunächst erhalten. Im Wege des Kompromisses kam später eine Herabsetzung auf 2½ Sgr. zustande.

Stabeisenzoll

Zu der Position Stabeisen brachte im weiteren v. Hoverbeck folgenden Antrag ein:

> Zu § 1, II, Nr. 5 (Geschmiedetes und gewalztes Eisen in Stäben rc.), folgenden Zusatz zu machen:
> „Anmerkung. Dieselben Artikel, seewärts von der russischen Grenze bis zur Weichselmündung eingehend, für den Zentner mit 12 Sgr. oder 42 Kr.“

und begründete denselben ausführlich mit den besonderen Verhältnissen der Provinz Preußen. Staatsminister Delbrück erhob schwere Bedenken dagegen, vor allem die Gleichheit vor dem Gesetz. Seien früher Ausnahmen nicht zu vermeiden gewesen, so gehe das Streben des Bundesrates jetzt auf deren Beseitigung. Mohl hob hervor, daß die Verhältnisse durchaus nicht soweit geklärt seien, daß man

zu immer weiteren Herabsetzungen der Eisenzölle schreiten dürfe, seien diese nun teilweise oder vollständig.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren! Ich will heute nicht eingehend auf die Ausführungen antworten, die wir soeben von Herrn v. Hoverbeck vernommen haben, ich behalte mir — und ich hoffe, darin der Stimmung des Hauses zu folgen — auf eine spätere Gelegenheit vor, die von ihm angeführten Zahlen zu beleuchten. Ich möchte nur bemerken, daß ich es von meinem Standpunkte aus wünsche, daß dieser Antrag die Majorität im Hause fände. Ich gebe freilich zu, daß die Bemerkungen, die der Herr Präsident des Bundeskanzleramts dagegen erhoben hat, wohl wenig Aussicht dazu bieten, denn die von ihm geltend gemachten technischen Bedenken dürften schwerlich widerlegt werden können.

Ich wünschte sonst auf das allerdringendste, daß der vorliegende Antrag Hoverbeck angenommen würde, nicht bloß deshalb, weil ich zugebe, daß gerade die Provinz, zu deren Gunsten der Antrag gestellt ist, eigentlich die einzige ist, welche lediglich Nachteil von den bestehenden Eisenzöllen hat, sondern ich möchte es auch deshalb wünschen, weil ich glaube, daß dadurch sehr bald der Beweis geführt werden wird, daß die Industrie der dortigen Provinz eben nicht von dem Eisenzoll abhänge, sondern im Gegenteil, daß die Herabsetzung, wie sie Herr v. Hoverbeck vorgeschlagen hat, außerordentlich geringe, vielleicht gar keine, oder wenigstens keine wesentlichen Vorteile für Industrie und Landwirtschaft in der Provinz Preußen haben wird. Von diesem Standpunkte aus würde ich mich freuen können, wenn der Antrag angenommen wird; ich glaube, die Beweisführung von meiner Seite würde im nächsten Jahre dadurch wesentlich erleichtert werden.

Im wesentlichen stehe ich auf dem Regierungsstandpunkt. Ich verkenne nicht die Berechtigung der einzelnen Bedenken, die der Herr Abgeordnete Mohl in seiner Rede vorgebracht hat, aber ich unterscheide mich darin ganz wesentlich von ihm,

*) S. 137.

daß ich auf das dringlichste wünsche, daß in diesem Jahre etwas zustande komme, und dazu gibt es kein anderes Mittel, *) die Regierungsvorlage womöglich pure anzunehmen, wie sie ist, als das auf grund unserer eigenen vorigjährigen Beschlüsse basierte natürliche Kompromiß. Auf diesen Kompromißstandpunkt hat sich das Haus, nachdem die drei verschiedenen Phasen der Herabsetzung des Roheisenzolles, die vorgeschlagen waren, auch diesmal mit einer mehr oder minder großen Majorität abgelehnt sind, unzweifelhaft wieder gestellt, und ich glaube, an dem müssen wir festhalten. Ich möchte also meine Freunde bitten, die im vorigen Jahre mit mir gegen diese Position gestimmt haben, in diesem Jahre derselben ihre Zustimmung zu geben.

Der Antrag v. Hoverbeck wurde abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Winkeleisenzoll

Zu § 1, II, Nr. 8, die Eckeisen und einfaches und doppeltes T-Eisen umfaßte, hatte v. Unruh-Magdeburg den Antrag gestellt (Drucksachen 14, IV), auch U-Eisen einzuschließen, da dieses nur vereinfachtes doppeltes T-Eisen sei. Minister Delbrück stellte die Zustimmung der verbündeten Regierungen dafür in Aussicht.

Abgeordneter Stumm: Ich will nur hinzufügen, daß auch mir das Amendement durchaus sachgemäß zu sein scheint, indem das einfache und doppelte T-Eisen mit dem U-Eisen allerdings in dieselbe Kategorie gehört.

Ich empfehle Ihnen daher auch meinerseits den Antrag von Unruh zur Annahme.

Das Haus nahm die Nr. 8 mit dem Zusatze v. Unruhs an.

v. Prosch stellte dann den Antrag, zwischen die Nummern 12 und 13 eine ganz neue Position für ganz grobe Gußwaren mit 8 Sgr. einzusetzen, fand aber dabei Widerstand. Stumm hatte sich dazu zum Wort gemeldet, verzichtete jedoch darauf, zu sprechen. Der Antrag v. Prosch wurde abgelehnt.

Noch im Mai 1870 kam der Vereinszolltarif des Deutschen Zollvereins zustande. Unterm 23. Mai 1870 wurde er mit Giltigkeit vom 1. Oktober 1870 veröffentlicht.

---

*) Im Text steht hier ein „als".

Deutscher Reichstag

Erste Legislaturperiode

Dritte Session

Dreißigste Sitzung
Dienstag, den 28. Mai 1872

Roheisenzoll

Am 28. Mai 1872 fand die Fortsetzung der Beratung des Reichshaushaltsetats für das Jahr 1873 statt, in Verbindung mit der zweiten Beratung des Nachtragsetats für 1872 (Nr. 8 der Anlagen): 1. Marineverwaltung (Spezialberatung); 2. Zölle und Verbrauchssteuern (Generaldebatte). Bei letzterem Punkte behauptete der Abgeordnete Lesse, die Eisenzölle hätten sich nie so drückend und in hohem Grade ungerecht erwiesen wie damals. Er folgerte das aus der Steigerung der Einnahmen aus diesen Zöllen. Er bat die Regierung, für das nächste Jahr eine Durchsicht des Zolltarifs vom 23. Mai 1870 ins Auge zu fassen, der erst seit dem 1. Oktober 1870 in kraft war, und dabei den Roheisenzoll und die sonstigen Eisenzölle zu berücksichtigen. Ueber die Hergänge im Zollparlament vom 3. Mai 1870 behauptete er: „Als wir im Jahre 1870 die Frage im Zollparlament debattierten, wollten wir für den Roheisenzoll einen Endtermin in das Gesetz aufnehmen. Der Herr Präsident des Reichskanzleramtes hat damals davor gewarnt, das zu tun. Wir hatten vorgeschlagen, den Endtermin auf das Jahr 1873 zu fixieren, folgten aber dem Vorschlage der Regierungen.“ Diesen Behauptungen trat Stumm entgegen:

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, ich widerstehe der Versuchung, dem Abgeordneten Lesse in eingehender Weise

*) S. 588 der Verhandlungen des Deutschen Reichstages.

auf das zu antworten, was er gegen die Eisenzölle gesagt hat, schon um deswillen, weil er eigentlich in keiner Weise etwas neues dem hinzugefügt hat, was im Zollparlament, auf dessen Verhandlungen er selbst Bezug genommen hat, über diesen Gegenstand gesprochen worden ist. Ich habe mich zum Worte lediglich gemeldet, um die völlig unrichtige Darstellung, die der Abgeordnete Lesse über die Verhandlungen im Zollparlamente gemacht hat, zu berichtigen für diejenigen Herren, welche dem Zollparlamente nicht angehört haben. Der Abgeordnete Lesse hat behauptet, daß er davon Abstand genommen habe, einen festen Termin für die völlige Aufhebung des Roheisenzolles einzuführen, und zwar auf grund der Erklärungen des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts. Ich muß den Abgeordneten Lesse daran erinnern, daß die Aufhebung des Roheisenzolles damals mit mehr oder weniger großer Majorität abgelehnt worden, daß also nicht seinerseits Abstand genommen, sondern er einfach überstimmt wurde. Und darauf, nachdem sich in drei verschiedenen Reprisen dieses Resultat herausgestellt hatte, haben wir aus sämtlichen Fraktionen und aus den verschiedenen Interessen, die vertreten waren, uns vereinigt und ein Kompromiß geschlossen, auf grund dessen der Roheisenzoll auf 2½ Silbergroschen herabgesetzt wurde. Das ist die einfache Darstellung des Vorganges, wie er im Zollparlament stattgefunden hat, und ich überlasse es dem hohen Hause, zu beurteilen, ob die Ausführung des Abgeordneten Lesse damit im Einklang gestanden hat.

Sechsundvierzigste Sitzung
Dienstag, den 18. Juni 1872

Roheisenzoll

Am 18. Juni 1872 fand die Fortsetzung der dritten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Jahr 1873: 1. Einnahmen; 2. Etatsgesetz (Nr. 13 der Anlagen) statt. Ueber Kapitel VIII, Zölle und Verbrauchssteuern, entstand eine Erörterung nach Anleitung der Anlage VIII. Eine Anzahl Maschinenfabrikanten und andere Eisenindustrielle aus Danzig und Umgebung hatten dem Reichstag eine Bittschrift eingereicht, deren Inhalt dahinging: „Einen hohen Reichstag zu bitten, dahin zu wirken, daß der Eingangszoll auf Roh- und Brucheisen, sowie auf geschmiedetes und gewalztes Eisen in Stäben usw., fassonniertes Eisen in Stäben usw., schwarzes Eisenblech, rohes Stahlblech, rohe Eisen- und Stahlplatten, schleunigst, wenigstens aber mit dem 1. Januar 1873, beseitigt werde."

Die Beratungen der V. Etatsgruppe darüber hatten das Ergebnis, daß die Etatskommission folgenden Antrag stellte:

„Der Reichstag wolle beschließen:
die Petition der Danziger Maschinenbau-Aktiengesellschaft (II. 2484) dem Herrn Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überreichen, bei der nächsten Zolltarifrevision auf die Aufhebung respektive Ermäßigung der Eisenzölle Bedacht zu nehmen."

Der Abgeordnete Oehmichen befürwortete die Annahme des Kommissionsantrages. Gegen denselben wandte sich Stumm:

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren! Ich möchte Sie doch bitten, dem Antrage der Kommission des Hauses Ihre Zustimmung zu versagen. Handelte es sich wie bei dem

*) S. 1103.

Salz um einen Gegenstand, bei dem die Frage der Steuerbefreiung nur eine verhältnismäßig geringe parlamentarische Geschichte hinter sich hat, so könnte ich es verstehen, wie man sich aus den verschiedenen Richtungen zu einer auch noch so schwächlichen Resolution vereinigte, um das gemeinschaftliche Ziel auszusprechen, wobei dann jede einzelne Richtung das Wie und Wann der Ausführung sich vorbehält. Ganz anders liegt die Sache bei der Eisenfrage. Ueber die Eisenzölle haben wir uns im Zollparlament, das ja auf diesem Gebiete ein vollberechtigter Vorgänger dieses hohen Hauses war, in drei aufeinander folgenden Jahren *) auf das lebhafteste beschäftigt, es haben die eingehendsten Diskussionen darüber stattgefunden, und es sind schließlich tief eingreifende Beschlüsse zustande gekommen. Die Debatten haben dann ihren Abschluß gefunden durch den Kompromiß, den der Herr Referent bereits angeführt hat und auf grund dessen durch allseitige Zustimmung — mit sehr wenigen Ausnahmen — die Roheisenzölle auf $2^1/_2$ Silbergroschen herabgesetzt wurden. Nun gebe ich zu, daß der Antrag oder die Resolution, wie sie vorliegt, an sich den Bruch dieses Kompromisses nicht involviert; denn wenn die Auffassung des Herrn Referenten die richtige ist, **) wonach die Resolution so zu verstehen ist, daß sie

---

*) 1868, 1869 und 1870.

**) Oehmichen hatte ausgeführt: „Die Beseitigung der Eisenzölle kommt vorzugsweise England, Schweden und nach Befinden in bezug auf fabriziertes Eisen auch Oesterreich zu gute; gegen England und Oesterreich aber dürfte es erwünscht sein, daß, wenn diesen beiden Staaten durch Beseitigung der Eisenzölle respektive Abänderung derselben Vorteile zugeführt werden, auch für Deutschland Vorteile eingehandelt werden mögen. Ich will die Gegenstände, welche ich hier vorzugsweise im Auge habe, nicht bezeichnen; ich habe dazu keine Veranlassung. Ich bin fest überzeugt, daß man von seiten der Reichsregierung recht wohl weiß, um was es sich hier handelt.“ Nach seiner Auffassung sollte also die Aufhebung der Eisenzölle im Wege des Handelsvertrages vor sich gehen. Der Inhalt der Resolution der Kommission besagte jedoch darüber nichts.

die Gegenseitigkeit auf dem ausländischen Markt voraussetzt, das heißt, daß etwa in dem Maße, als der deutschen Industrie von England der norddeutsche Markt weggenommen wird, der entsprechende Ersatz ihr in Frankreich, Oesterreich usw. geboten werden soll, so habe ich mich unter dieser Bedingung stets der Ermäßigung der Eisenzölle geneigt erklärt und würde keinen Moment anstehen, auch die volle Befreiung von sämtlichen Eisenzöllen, nicht bloß beim Roheisen, unter dieser Bedingung jederzeit zu akzeptieren. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß auch die umgekehrte Interpretation der Resolution nicht bloß möglich ist, sondern auch ohne Zweifel von Rednern, die nach mir sprechen werden, in Anspruch genommen werden wird, und es läßt sich nicht leugnen, daß der Wortlaut der Resolution dieser entgegengesetzten Auffassung sehr viel näher steht, ich meine der Einführung der Zollbefreiung auf Eisen sans phrase in dem Sinne, wie die Minorität des Zollparlamentes sie bei mehreren Gelegenheiten vorgeschlagen hatte. Jedenfalls spricht die Resolution nichts anderes aus als ein Prinzip, über das wir überhaupt gar nicht verschiedener Meinung sind. Die Differenz liegt lediglich in den Mitteln und Wegen, die dahin führen sollen, und darüber sagt die Resolution gar nichts. Sie ist deshalb meines Erachtens ein Schlag ins Wasser, der der Bedeutung dieses Hauses nicht wohl entspricht. Sie ist aber noch schlimmer als das, denn sie erregt auf der einen Seite Befürchtungen, auf der andern Hoffnungen, die sich vielleicht zwar niemals realisieren werden, aber ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufen müssen, das zum großen Nachteil der Industrie wie der Konsumenten sich auf diesem Gebiete bereits schon einmal geltend gemacht hatte. Denn wenn der Herr Referent den Satz aufgestellt hat, daß in diesem Augenblicke kaum in irgend einer Eisenbranche den Bestellungen rechtzeitig nachgekommen werden könne, so gebe ich das zu, erinnere aber daran, daß ich schon im ersten Zollparlamente den Grund für die billigeren Preise und den frischeren Aufschwung der Eisen-

industrie in Frankreich uns gegenüber darauf zurückgeführt habe, daß sich dort die Industrie mit einer gewissen Sicherheit entwickeln konnte, während sie bei uns durch das stete Rütteln an den Zöllen beunruhigt wurde. Wenn in diesem Augenblick die Produktion dem Konsum nicht vollständig nachkommen kann, so ist das die notwendige Folge davon, daß seit fünf bis sechs Jahren die Eisenindustrie sich in ihrer Basis gefährdet sieht und deshalb nicht die erforderlichen Erweiterungen vorgenommen hat. Seit dem Kompromiß, namentlich mit Hinblick auf die damaligen Ausführungen des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramtes, glaubte die Eisenindustrie einem relativ ruhigeren Zustand auf diesem Gebiete entgegensehen zu können; man hat jetzt angefangen,*) das nachzuholen, was früher versäumt war, und wenn der Krieg von 1870—71 nicht dazwischen gekommen wäre, so würden ohne Zweifel Klagen über ungenügende Lieferung heute kaum vorliegen. Wenn Sie sich einigermaßen erkundigen wollen, so werden Sie hören, daß in diesem Augenblicke alle Eisenwerke auf das rüstigste, ja riesigste ihre Fabrikationsmittel vermehren, und es ist gar nicht zu bezweifeln, daß in sehr kurzer Zeit ähnliche Klagen gar nicht mehr vorkommen können, wenn der Aufschwung nicht durch solche Resolutionen, durch die Sie nichts praktisches schaffen, sondern nur das Gefühl der Unsicherheit hineinwerfen, wieder gehindert wird. Dazu kommt, worauf der Herr Referent **) ebenfalls bereits hingewiesen hat, daß am 1. Januar 1873 die sehr bedeutende elsaß-lothringische Eisenindustrie, die 24 Prozent der zollvereinsländischen Stabeisenfabrikation repräsentiert, während die Bevölkerung nur zwischen vier und fünf Prozent schwankt, so daß $^4/_5$ dessen, was in Elsaß-Lothringen fabriziert wird, ausgeführt werden muß, wirklich und vollständig auf den zollvereinsländischen Markt angewiesen sein wird. Durch den Frankfurter Friedens-

*) S. 1104.

**) Oehmichen.

vertrag kommt nämlich die Lothringer Industrie mit dem halben Zoll noch bis zum 1. Januar 1873 nach Frankreich hinein und ist durch den früheren Verkehr mit Frankreich und die daran geknüpften Relationen nicht geneigt, vorher den deutschen Markt ernstlich aufzusuchen, sie wirft augenblicklich ihre Produkte hauptsächlich noch auf den französischen Markt; wird aber nach dem 1. Januar 1873 gezwungen sein, ausschließlich nach Deutschland zu kommen. Welche Resultate das haben wird, darüber herrschen in sachverständigen und unparteiischen Kreisen sehr verschiedene Ansichten. Während man in Elsaß-Lothringen selbst fürchtet, daß durch die kolossale Mehrproduktion eine Krisis in Deutschland eintreten muß, die, wenn nicht gleichzeitig das Tor nach außen geöffnet wird, die allergefährlichsten Dimensionen annehmen und die Preise unter die Selbstkosten herabdrücken wird, sind andere Leute nicht dieser Ansicht; sie glauben vielmehr, daß die Steigerung des Konsums auch diese Mehrproduktion absorbieren wird, so daß zwar eine größere Konkurrenz und ein Herabgehen der Preise eintreten wird, nicht aber die Krisis, welche man in Elsaß-Lothringen befürchtet. Jeder der beiden Auffassungen stehen durchaus sachliche Gründe zur Seite, und es läßt sich heute absolut nicht bestimmen, welche Auffassung die richtige sein wird. Es wird dies überhaupt erst im nächsten Frühjahr beurteilt werden können, und wenn dann die zweite Auffassung die richtigere ist, dann glaube ich allerdings, daß es geboten sein wird, einer Lösung der Frage näher zu treten, während, wenn umgekehrt die erste Auffassung sich bewährt, wonach eine Krisis eintreten wird, niemand im Hause der Ansicht sein kann, daß man dann gleichzeitig mit einer Herabsetzung der Eisenzölle vorgehen dürfe. Es wird dann um so leichter sein, diese Frage zu erledigen, wenn mittlerweile die Zeit benutzt wird, um Unterhandlungen mit den großen kontinentalen Nachbarstaaten anzuknüpfen, um gleichzeitig eine Herabsetzung der dortigen Eisenzölle eintreten zu lassen und damit dasselbe Resultat wie nach

dem österreichischen Handelsvertrage hervorzurufen, wo die Herabsetzung nicht bloß kein Nachteil für die Eisenindustrie gewesen ist, sondern durch die gleichzeitige Eröffnung der Exporte von ihr sogar freudig begrüßt werden konnte. Solchen Unterhandlungen würde aber durch die Annahme der Resolution geradezu präjudiziert, denn wenn Sie pure hier aussprechen, die Eisenzölle sollen bei der nächsten Zolltarifrevision ermäßigt werden, so werden die auswärtigen Staaten, wenn sie das lesen, die Motive des Herrn Referenten dabei nicht zur Kenntnisnahme haben; sie werden deshalb antworten, wenn man ihnen Konzessionen auf diesem Gebiete anbietet und dafür Gegenkonzessionen von ihnen verlangt: wenn ihr die Eisenzölle sowieso herabsetzen wollt, wozu brauchen wir euch dann Konzessionen zu machen?

Ich glaube also, daß Sie durch die Resolution nicht bloß nichts praktisches erreichen, sondern sogar ernstliche Nachteile hervorrufen, und ich möchte Ihnen in allem Ernst vorschlagen, bis zum nächsten Jahre respektive bis zu dem Zeitpunkte zu warten, wo überhaupt konkrete Vorschläge vorliegen, über welche wir dann diskutieren können, jetzt aber nicht ohne Zweck Staub aufzuwirbeln. Ich bescheide mich deshalb auch jetzt, nicht auf die materielle Diskussion der ganzen Frage, als völlig gegenstandslos, einzugehen, und möchte nur noch aussprechen, daß es mir am liebsten sein würde, wenn die Herren Antragsteller ihren Antrag einfach zurückziehen wollten. Sollten es aber die Herren nicht tun, so würde ich allerdings das Haus bitten, den Antrag abzulehnen, und ich erkläre von vornherein, daß ich einen solchen Beschluß nicht so auffassen würde, daß das Haus damit keine Ermäßigung der Eisenzölle wünsche, sondern daß das Haus damit einfach ausspreche, daß die Entscheidung über diese Frage bis zu dem Moment vertagt werden solle, wo dem Hause konkrete Vorschläge unterbreitet sein werden.

Als persönliche Bemerkung führte Stumm nach dem Beschlusse auf Schließung der Erörterung folgendes aus:

Abgeordneter Stumm*): Ich habe dem Abgeordneten Lesse zu erwidern, daß ich die Schwere des Vorwurfs, den ich ihm glaubte machen zu müssen, allerdings sehr wohl erwogen hatte, daß ich auch nicht glaube, daß derselbe durch seine heutige Darstellung abgeschwächt worden ist;**) ich habe zwar nicht gemeint, daß er mit Wissen etwas unrichtiges vor-

*) S. 1107.

**) Der Abgeordnete Lesse hatte gesagt: „Der Abgeordnete Stumm hat mir damals (am 28. Mai 1870) vorgeworfen, ich hätte über die Verhandlungen im Zollparlament eine unrichtige Darstellung gegeben. Meine Herren, das ist ein ziemlich schwerer Vorwurf, denn ich halte es für die erste Pflicht eines Abgeordneten, wenn er über Dinge, die vorgekommen sind, lediglich berichtet, sich genau zu informieren und objektiv zu referieren. Ich habe damals gesagt, wir hätten uns bestrebt, einen bestimmten Endtermin für den Roheisenzoll zu fixieren, indessen hat man damals Widerspruch erhoben, der Herr Präsident des Reichskanzleramtes hat davor gewarnt, es zu tun. Nun, meine Herren, gerade diese Bestrebungen, einen Endtermin in das Gesetz hinein zu bringen, haben uns in der Tat in unendlich vielen privaten Beratungen beschäftigt, und der Abgeordnete v. Hoverbeck war es damals, der sogar einen solchen Antrag in den Reichstag einbrachte. Es ist ebenso richtig, daß der Präsident des Reichskanzleramtes damals vor einem solchen Amendement gewarnt hat in der Sitzung vom 6. Mai 1870, und der Antrag v. Hoverbeck ist denn auch nicht angenommen worden. Ja, ich selbst und meine Freunde, die sich für das Kompromiß damals erklärt hatten, haben gegen den Antrag gestimmt. Ich habe also durchaus nichts unrichtiges gesagt, sondern nur die Bestrebungen charakterisiert, die wir damals vertreten haben, die aber nicht zur Verwirklichung kommen konnten, weil das Kompromiß uns, wie die Dinge damals lagen, annehmbar schien und wir glaubten, demselben beipflichten zu müssen. Was den Charakter des Kompromisses betrifft, so scheint der Abgeordnete Stumm der Meinung zu sein, als ob wir damals die Meinung hätten hervorrufen wollen, daß wir nun auf längere Zeiten auf Anträge wegen Herabsetzung der Eisenzölle verzichteten. Ich erinnere Sie daran, daß mein verehrter Freund, der Abgeordnete v. Hennig, in derselben Sitzung ausdrücklich aussprach, er verwahre sich entschieden gegen eine solche Auslegung des Kompromisses. Er hat ausdrücklich damals erklärt, die Anträge auf Herabsetzung der Eisenzölle würden fort und fort wiedergebracht werden, bis ein Resultat erreicht sein würde."

gebracht habe, wohl aber, daß er seine Worte so gewählt hat, daß das Haus über die Vorgänge im Zollparlament eine andere Vorstellung bekommen mußte, als sie nach dem wirklichen Verlauf stattfanden, und das halte ich auch noch jetzt aufrecht.

Trotz der Warnrufe Stumms wurde die Resolution der Kommission angenommen, nachdem Lesse für sie, Mohl gegen sie gesprochen hatte.

Vierte Session

Neunundvierzigste Sitzung
Dienstag, den 10. Juni 1873

Eisenzölle

Am 10. Juni 1873 fand im Deutschen Reichstage die zweite Beratung des Nachtragsetats für 1873 statt. In diesem bezog sich Punkt 8 auf Zölle und Verbrauchssteuern. Anlage VIII, Zölle und Verbrauchssteuern, kam zur Einzelerörterung. Ueber die Stellungnahme des Reichstages zu den Eisenzöllen standen sich zwei Anträge gegenüber, der Antrag Behr (Nr. 88 der Drucksachen) und der Antrag Stumm (Nr. 164 der Drucksachen). Der Antrag Behr ging auf Aufhebung der Eisenzölle, der Antrag Stumm auf eine allgemeine Reform des Zolltarifes. Der Abgeordnete v. Behr begründete seinen Antrag ausführlich und behauptete, der Satz: „das Eisen muß zollfrei sein" sei in den weitesten Kreisen des Deutschen Reiches zum Axiom geworden. Lasker beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Minister Delbrück, der Präsident des Reichskanzleramtes, teilte mit, daß eine Vorlage über eine Zolltarifreform bereits im Bundesrate beraten werde. Stumm erhielt das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, ich appelliere direkt an die Loyalität der Gegner des Antrags. Nachdem in der Generaldebatte drei Anhänger des von Behrschen Antrags zum Worte gekommen sind, nachdem der Abgeordnete von Behr seinen Antrag heute in weitläufiger Weise motiviert hat, glaube ich verlangen zu können, daß die Vertreter derjenigen Auffassung, die im Zollparlament stets die Majorität bildete, auch zum Worte kommen, um vor dem Lande gehört zu werden, und daß diese Sache nicht im Bundesrat jetzt zur Entscheidung kommt oder vielleicht bis auf die nächste Session verschoben wird mit dem Eindruck, daß die Argumentationen der Herren unwiderlegt geblieben sind.

*) S. 1055.

Meine Herren, ich glaube, daß Sie das mir und derjenigen Auffassung, die ich vertrete vor Ihnen und vor dem Lande, schuldig sind.

Dr. Bamberger bat trotzdem, die Frage der Eisenzölle von der Tagesordnung abzusetzen. Stumm erwiderte ihm:

Abgeordneter Stumm*): Ich habe den Herrn Abgeordneten Bamberger zu fragen, weshalb, wenn er glaubt, daß wir besseres zu tun haben als Monologe zu halten, der Antrag des Abgeordneten Lasker, dem er so nahe steht, nicht früher gestellt ist, nicht vor der Zeit, wo der Abgeordnete von Behr in der Lage war, seinen Antrag zu motivieren. Wenn die Gründe, die der Abgeordnete Bamberger vorgebracht hat, wirklich maßgebend für ihn wären zur Beurteilung der Sachlage, hätte Herr Lasker seinen Antrag früher stellen müssen. Nachdem Sie aber den Abgeordneten von Behr haben zum Wort kommen lassen, nachdem Sie im voraus wußten, was jetzt von dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts gesagt worden ist, nachdem Sie darüber den Abgeordneten von Behr eine halbe Stunde haben sprechen lassen, können Sie nicht behaupten, daß Sie keine Zeit mehr haben, um denjenigen Standpunkt vertreten zu hören, den, wie ich wiederhole, die frühere Majorität des Zollparlaments eingenommen hat.

Die Mehrheit lehnte den Antrag Lasker auf Uebergang zur Tagesordnung ab, und Stumm erhielt das Wort gegen den Antrag Behr.

Abgeordneter Stumm**): Meine Herren, wenn ein bei der vorliegenden Debatte gänzlich unbeteiligter und unbefangener unsere Beschlüsse und Debatten aus dem Jahre 1870 mit dem Umstande vergleicht, daß ein Antrag von Behr überhaupt hier in diesen Räumen ernstlich diskutiert werden kann, so müßte derselbe notwendig zu der Schlußfolgerung kommen, daß wir es heute mit den Vertretern einer ganz

*) S. 1056.

**) S. 1056.

andern Nation zu tun haben als derjenigen, die im Jahre 1870 im Zollparlament vertreten war, und daß auf der andern Seite ein völliger Systemwechsel in der leitenden Politik des Reichskanzlers erfolgt sein müßte. Und trotzdem, meine Herren, sitzt die große Majorität derjenigen Herren, die Mitglieder des Zollparlaments waren, auch heute wieder in diesem Saale, und trotzdem haben wir die Ehre, auch heute noch den damaligen Präsidenten des Bundeskanzleramts als Präsidenten des Reichskanzleramts auf seinem Platze zu sehen. Der Herr Abgeordnete von Behr hat allerdings von vornherein, den Einwurf vermutend, behauptet, es habe damals ein Kompromiß, der für längere Zeit absolut bindend gewesen, nicht existiert. Bis zu einem gewissen Grade kann ich das zugeben; aber, meine Herren, der Herr Präsident des Reichskanzleramts hat damals *) ausdrücklich erklärt, nachdem die Anträge auf Herabsetzung der Roheisenzölle in drei aufeinanderfolgenden Abstimmungen die Majorität des Hauses nicht gefunden, um die damalige Steuerreform im allgemeinen durchzuführen und die Stimmen derjenigen zu gewinnen, die, die Mehrheit bildend, die Anträge auf Herabsetzung des Roheisenzolles abgelehnt hatten, es komme vor allen Dingen darauf an — Sie können im stenographischen Bericht die Worte nachlesen und haben sie vielleicht auch schon nachgelesen — daß Ruhe und Sicherheit in die Industrie käme, daß die Industrie wissen müsse, woran sie sich zu halten habe, um sich danach einzurichten. Ich weiß sehr wohl, daß der Abgeordnete von Hennig damals*) — und es war mir leider auch wieder durch einen Schlußantrag verboten, ihm darauf zu antworten — das Kompromiß im letzten Moment dahin interpretiert hat: es könne nicht davon die Rede sein, daß für alle Zeiten nun plötzlich ein Stillstand in den Wünschen, die die Herren ausgesprochen hätten, eintrete, daß er sich vorbehalte, die Anträge auf Aufhebung des Roheisenzolls stets wieder einzubringen,

*) am 6. Mai 1870.

aber so weit ist damals niemand*) gegangen, auch ohne unsern Kompromiß, sich für die Aufhebung der Zölle auf Stabeisen und Eisenwaren auszusprechen, nachdem das Zollparlament sich wiederholt gegen die französischen titres d'acquit à caution erklärt hatte. Damals würde keiner gewagt haben, schon gegenüber diesen titres d'acquit à caution, auch nur davon zu sprechen, und ich fordere Sie auf, mir aus dem stenographischen Bericht auch nur eine einzige Rede zu zeigen, die damals sich mit der Aufhebung der Stabeisenzölle beschäftigt hätte. Statt dessen, meine Herren, gehen Sie jetzt weit über dasjenige hinweg, was Herr von Hennig damals — ich will es offen gestehen — als Interpretation des Kompromisses bezeichnet hatte, Sie beantragen nicht bloß die Aufhebung der Roheisenzölle, Sie beantragen die Aufhebung aller Zölle auf Eisenwaren und Maschinen. Sie werden mir zugeben, daß drei Jahre keine lange Zeit ist, und kein Mensch, der interessiert war (wie der Herr Präsident des Reichskanzleramts meinte), in Ruhe und Sicherheit zu kommen, kein Mensch konnte in seinen Spekulationen voraussehen, daß die Vertreter derselben Nation mit Zustimmung desselben Bundesrats einen solchen horrenden Antrag ihrer Existenz gegenüber würden behandeln und einbringen sehen. Es ist dies ein Stück jenes Dilettantismus, meine Herren, den der Herr Abgeordnete Lasker schon in der Generaldebatte, wenn auch meiner Auffassung nach nicht scharf genug, gekennzeichnet hat, jenes Dilettantismus, der meiner Auffassung nach eine Gefahr für unser parlamentarisches Leben und für unsere Gesetzgebung überhaupt zu werden droht, jenes Dilettantismus, dem der Herr Abgeordnete von Behr geradezu eine Lobrede gehalten hat. Man soll ja keine allgemeine Tarifreform vornehmen, sondern in dem einen Jahre nehmen Sie den Branntwein heraus — ich glaube, es war vor zwei, drei Jahren mit den von der Heydtschen Steuervor-

---

*) S. 1057.

schlägen —, ängstigen die ganzen Brennereiinteressenten, die nicht wissen, nach welcher Richtung sie ihre Wirtschaft für die Zukunft einrichten sollen; das zweite Jahr nehmen Sie das Salz heraus, versprechen dem Salzbergbau und dem Salzhandel — von den Konsumenten will ich gar nicht reden — goldene Berge, stellen die ganze Tabaksindustrie auf den Kopf, um im nächsten Jahre die angeregten Fragen — verzeihen Sie mir den Ausdruck —, wie ein abgenutztes Spielzeug auf die Seite zu werfen; im dritten Jahre kommen die Eisenzölle, und Sie stellen allein durch die Verhandlungen, die Sie darüber führen, zur Abwechslung die Eisenindustrie auf den Kopf; im nächsten Jahre kommen Sie vielleicht an die Garnzölle und Sie machen dasselbe Experiment wie mit den andern Industriezweigen mit der Baumwollen- und Textilindustrie. Meine Herren, ich sollte doch denken, daß bei den Erfahrungen, die wir auf gesetzgeberischem Gebiet gemacht haben, und zwar bei Gesetzen, die in ganz anderer Weise reiflich erwogen und motiviert wurden wie dieser Antrag des Herrn Abgeordneten von Behr, wir doch etwas klug hätten werden sollen. Ich erinnere daran, daß auch beim Strafgesetzbuch*) meine Warnungen ungehört geblieben sind. Sie werden mir aber jetzt von keiner Seite bestreiten, — wenigstens wird es von dem hervorragenden Juristen, der mir damals vom Bundesratstisch widersprach, vollständig zugegeben, — daß durch das damals eingeführte Antragssystem in bezug auf die Sittlichkeit Zustände eingetreten sind, die geradezu haarsträubend sind und dringend einer Remedur bedürfen. Sie werden mir zugeben, daß in bezug auf die Gewerbeordnung die Freigabe des Schankgewerbes auf dem Lande in einzelnen Distrikten unerträgliche Zustände hervorgerufen hat,

(Zustimmung rechts)

und die Vorlage, die wir in bezug auf die Arbeiterfrage bekommen haben und die aus der Initiative des Hauses und aller

*) Die erste Beratung des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund fand am 5. Mai 1871 statt, die zweite am 8. Mai, die dritte am 9. Mai.

Parteien hervorgegangen ist, beweist am besten, wie dilettantisch wir selbst bei diesen außerordentlich gründlich und in mehreren Jahren durchberatenen Gesetzen gewesen sind.

Nun wird mir aber jeder zugeben, der mit den Verkehrsverhältnissen einigermaßen bekannt ist, daß ein solches Experimentieren auf dem Wege der allgemeinen Gesetzgebung sehr viel leichter eine Remedur erfahren kann als da, wo durch solche Experimente die wirtschaftlichen Zustände auf den Kopf gestellt werden, daß also dort eine einfache Novelle das Versäumte wieder einbringt, während die Beunruhigung, die Sie in die materiellen Interessen hineinwerfen, in keiner Weise mehr durch eine einfache Maßregel ungeschehen gemacht werden kann. Der Herr Abgeordnete v. Behr hat gewissermaßen als Entschuldigung seines Antrags, noch ehe der Vertreter der Bundesregierungen seine Ausführung gegeben hat, darauf hingewiesen, daß der Dilettantismus — er hat natürlich den Ausdruck nicht gebraucht — ja geteilt würde vom Bundesrat, indem die preußische Regierung dem Bundesrat eine Vorlage gemacht habe, die ungefähr so aussehe wie die seinige. Diese Vorlage sieht aber in der Tat doch etwas anders aus. Erstens werden, wenn auch keine allgemeine Tarifreform darin enthalten ist, wenigstens eine ganze Anzahl von Gegenständen im Zusammenhang mit den Eisenzöllen herabgesetzt, die jedenfalls nach der Ansicht der Herren auf jener Seite einer Reform eben so dringend bedürfen. Auf der andern Seite enthält sie aber auch wesentliche materielle Abweichungen, z. B. bei dem Weißblech und den groben Eisenwaren unterscheidet sie sich ganz wesentlich von dem Antrage des Herrn Abgeordneten von Behr. Vor allem aber beruht diese Vorlage der preußischen Regierung — ich weiß nicht, ob wir heute für diese Behauptung eine Bestätigung bekommen werden, ich würde aber nötigenfalls bereit sein, sie zu beweisen — auf einem sehr wesentlichen, notorischen Irrtum. Sie beruht einfach auf der Ansicht, daß die französischen Ausfuhrvergütungen nicht mehr beständen. Ich für meinen Teil bin sehr zweifelhaft und habe das Vertrauen auf die

Objektivität der Vertreter im Bundesrat, daß, nachdem dieser Irrtum bereits aufgeklärt worden ist, nachdem sie wissen, daß die französische Ausfuhrvergütung in dem Betrag und in dem Maße wirklich noch besteht wie früher, die Vorlage in der Form, in der sie im Bundesrate eingebracht ist, nicht in den Reichstag kommen wird. Wie dem aber auch sein möge, so scheint mir weder die Motivierung noch auch das Faktum selbst, daß die preußische Regierung dem Bundesrat eine solche Vorlage gemacht hat, den Dilettantismus des Herrn Abgeordneten von Behr und seiner Freunde zu entschuldigen. Ich enthalte mich, auf die Motive der preußischen Regierung einzugehen, obwohl sie durch die Presse veröffentlicht sind und eine außerordentlich leichte Handhabe zur Widerlegung darbieten, nicht nur in bezug auf die französische Ausfuhrvergütung, sondern auch in anderer Beziehung, indem sie ganz auffallende Fehler enthalten. Ich halte mich heute nur an die Motive des Herrn Abgeordneten v. Behr, teils an die in lakonischer Weise gedruckten Motive, als er den Antrag einbrachte, teils an die Ausführungen, die er und seine Freunde in der Diskussion vorgebracht haben. Da ist ja lediglich das Thema variiert worden von der günstigen Lage der Eisenindustrie und von den Bedürfnissen der Landwirtschaft. Meine Herren, die günstige Lage der Eisenindustrie zu der Zeit, als der Herr Abgeordnete v. Behr seinen Antrag einbrachte, will ich gewiß nicht leugnen; ich wundere mich aber, daß er ein Argument nackt hinstellt, das ungefähr soviel heißt als: die Eisenindustrie ist lebensfähig, deshalb haue ich ihr den Kopf ab,

(Heiterkeit)

— und das so ohne weiteres, und ohne auch nur zu überlegen, zu welchen entgegengesetzten Schlüssen ihn die günstige Lage der Eisenindustrie wirklich hätte führen müssen. Die*) günstige Lage der Eisenindustrie ist doch nicht etwa eine machiavellistische Machination des deutschen Eisenwerkbesitzers, der mit Hilfe der Zölle den Moment gekommen sieht, wo er das Publikum auf das möglichste ausbeuten kann, sondern

*) S. 1058.

umgekehrt, — das werden alle diejenigen Herren von jener Seite, die sich mit der Sache näher beschäftigt haben, als der Herr Abgeordnete von Behr es getan hat, mir zugeben, — die allgemeine Haussebewegung ist hervorgegangen durch den Mangel von Eisen auf dem Weltmarkt, durch die ganz kolossale Erhöhung der Roheisenpreise in England, welche in kurzer Zeit von 35 auf 130 Shilling pro Tonne, also im Verhältnis von 1 zu 3 bis 4 in die Höhe geschnellt sind. Die deutsche Industrie ist diesem Vorgange einfach gefolgt, und sie mußte folgen, weil diese Haussebewegung auf dem Weltmarkte sich auf die Kohlenpreise, auf die Löhne und auf alle möglichen Verhältnisse sehr bald ausdehnte. Ich bestreite aber, daß die deutsche Industrie diesen Vorgängen auch nur in demselben Maße gefolgt ist, wie England es getan hat, denn während die Preise für Schienen und grobes Stabeisen am englischen Markt von 5½ bis 6 Pfund auf 13 bis 14 Pfund pro Tonne gestiegen sind, also über 100 Prozent, haben wir nur eine Preissteigerung von 3 bis 5 Taler pro Zentner gehabt; und in Frankreich, wo die Zölle höher sind, wo man den Zentner Stabeisen noch mit 24 Groschen verzollt, sind die Preise kaum um vier bis fünf Prozent höher als in England, und es sind Zeiten in vorigem Jahre gewesen, wo im zollgeschützten Frankreich und Belgien das Eisen billiger verkauft wurde als im freihändlerischen England. Wenn also aus der günstigen Konjunktur in Beziehung auf die deutsche Eisenindustrie ein Schluß gezogen werden soll, so kann es nur der sein, daß sie in Zeiten der Hausse den Konsumenten die Opfer mit Zinseszinsen zurückbezahle, die ihr in Zeiten der Baisse gebracht werden, daß, wenn die deutsche Eisenindustrie mit ihren 20 Millionen Zentnern auf dem Markte nicht gewesen wäre, das englische Eisen nicht von 5½ auf 13 Pfund, sondern auf 20 und 22 Pfund, ja noch höher gestiegen sein würde. Das beste Argument für diese Auffassung hat der Abgeordnete von Behr damit gegeben, daß er auf den gestiegenen Export des deutschen Eisens hinwies. Ja, meine Herren, was beweist

Ihnen seine Einführung anders als das: bei der Erhöhung der Preise auf dem Weltmarkt steigt der Export des deutschen Eisens; bei einer Verminderung der Preise fällt er. Das hieße also ganz einfach, daß in Zeiten einer allgemeinen Hausse, in Zeiten des Ueberwiegens der Konsumtion gegen die Produktion eben die Zölle nicht wirksam einwirken, daß da der inländische Produzent nicht in der Lage ist, die ganze Differenz des Zolles für sich auszubeuten, während umgekehrt, wenn die Preise fallen, wenn jeder kaum die Selbstkosten erübrigt, die Ausfuhr abnimmt; d. h. hier ist der deutsche Eisenproduzent genötigt, den letzten Heller des Zolls für sich in Anspruch zu nehmen, um überhaupt noch zu existieren. Mag dem nun aber sein, wie ihm wolle, die Verhältnisse, die der Abgeordnete von Behr für sich in Anspruch nimmt, haben sich seit den letzten drei Monaten vollständig geändert. Die Behauptung, daß heute noch ein Ueberwiegen des Konsums gegen die Produktion stattfinde, ist eine irrige, Sie brauchen nur einfach irgend einen Handelsbericht in die Hand zu nehmen, einen Bericht vom Eisenmarkte aus irgend einem Lande Europas oder Amerikas zu lesen, und Sie werden finden, daß heute eine Flauheit im Eisengeschäfte herrscht, wie sie noch niemals seit 20 oder 30 Jahren vorgekommen ist; sie werden überall finden, daß kolossale Vorräte sich sammeln, daß keine Bestellungen eingehen. Wenn ich auch zugebe, daß die Anträge, welche in das Haus hereingeschleudert sind, ebenso wie die ungünstigen Börsenverhältnisse und die Erhöhung des Diskonts sehr wesentlich mit daran Schuld haben, so ist auf der andern Seite nicht zu verkennen, daß die außerordentliche Nachfrage, wie sie sich nach der Stagnation des Krieges herausgestellt hat, eine ephemere war, die nicht die nachhaltigen Schlüsse zu ziehen berechtigte, die man sonst aus der Statistik zieht. Jedenfalls aber behaupte ich und erwarte von den Herren den Gegenbeweis — eventuell werde ich Gelegenheit haben, die Behauptung noch mit andern Gründen zu belegen, wenn sie

bestritten werden sollte, ich glaube aber nicht, daß sie bestritten werden wird: — *) wenn jemals ein Moment ungünstig war, eine solche Maßregel durchzuführen, so ist es der heutige. Wenn ich noch vor zwei Monaten zugab, daß trotz meiner sehr ernsten Bedenken gegen diese Maßregel doch der Zeitpunkt des Uebergangs wenigstens gut gewählt sei, so ist heute auch hierfür bereits das Gegenteil eingetreten. Ich lege aber auf alles dieses keinen großen Wert und würde es nicht angeführt haben, wenn nicht von jener Seite die angeblich günstige Lage der Eisenindustrie als Haupt- und, ich möchte sagen, einziges Argument hingestellt worden wäre. Ich behaupte vielmehr, die Sache muß, wie früher im Zollparlament, so auch jetzt vom generellen Standpunkte aufgefaßt werden, und ich muß, wie damals, immer wieder darauf zurückkommen, die Argumente, die sich auf das zarte Pflänzchen gründen, für das wir uns ausgeben sollen, während dasselbe zum Baum geworden sei, der keines Schutzes mehr bedarf, daß das wirklich abgedroschene — entschuldigen Sie den Ausdruck —

(Heiterkeit)

daß es wirklich Redensarten sind, mit denen man heutzutage ernsthafte Leute nicht mehr bekämpft, mit denen man wenigstens **den** Standpunkt nicht mehr bekämpft, **den** ich hier seit sechs Jahren festgehalten habe. Meine Herren, ich kann nur immer und immer wiederholen, die deutsche Eisenindustrie verlangt keinen Schutz,

(Bewegung)

wünscht keinen Schutz. Im Gegenteil, sie wünscht nur auf das dringendste — und wir haben Ihnen das durch unsre Anträge verschiedene Male vorgeführt, — den internationalen Freihandel, sie wünscht es, da sie es in hohem Maße in ihrem Interesse hält, und ich kann versichern, daß, wenn Sie auch nur die Hauptkontinentalstaaten zu einem für Eisen freien Zollgebiet vereinigen könnten, und ich glaube sagen zu

*) Im Text steht hier ein „daß".

dürfen: können — denn der Versuch ist noch nicht ernstlich gemacht worden — die Eisenindustrie nicht nur nicht damit zufrieden sein könnte, sondern sogar besser fahren würde, als sie sich im Augenblicke befindet. Die deutsche Eisenindustrie stellt sich auf diesen Standpunkt, trotzdem sie auch heute noch — in bezug auf die Leichtigkeit der Fabrikation, in bezug auf die Leichtigkeit der Kommunikationsmittel, in bezug auf das Zusammenbringen von Erzen und Kohlen und alle diejenigen Elemente, die eine billige Produktion ermöglichen, weit hinter England, zum Teil, was Transport und Kanalisierung anbetrifft, sogar weit hinter Frankreich und Belgien zurücksteht. Wenn sie diesen Standpunkt trotzdem akzeptiert — und Sie haben kein Recht, meine Herren, aus irgend einer Aeußerung, aus irgend einer tatsächlichen Maßnahme das Gegenteil zu schließen oder zu imputieren, daß dasjenige, was ich Ihnen sage, nicht aus vollem Herzen und vollständig aufrichtig gesprochen sei, — so geschieht es in der lebhaften Abneigung, heute, nachdem der absolute Schutz solange gedauert hat, irgend ein weiteres Opfer vom Staate in Anspruch zu nehmen. Es geschieht ferner in der Ueberzeugung, daß die deutsche Intelligenz, die deutsche Energie, die deutsche Zähigkeit und auch die Zunahme des deutschen Kapitals ihr trotzdem die Konkurrenz ermöglichen werde, und in der Voraussetzung, daß, wenn ihr an der Nord- und Ostsee, da, wo England und Belgien mit billigerer Fracht hinkommen, der Markt weggenommen wird, ihr da, wo ihr natürlicher Absatz liegt, ein entsprechender Ersatz erwächst. Aber, meine Herren, wir bestreiten, daß es überhaupt möglich*) sei für die Eisenindustrie wie für jede andere Industrie in Deutschland, mitten im Herzen von Europa, überwiegend umgeben von Binnengrenzen, ein isoliertes Zollsystem einzuführen, während sämtliche andere Staaten von irgend welcher Bedeutung einen Schutzzoll, und zwar größtenteils sehr viel erheblicher, als ihn der Zollverein hat, auf-

*) S. 1059.

recht erhalten. Es ist ja sehr bequem, das zu bestreiten und die Schweiz ohne weiteres als Freihandelsstaat hinzustellen. Aber damit kommt man doch nicht durch, derartige tatsächliche Verhältnisse sind so allgemein bekannt und zugänglich, daß es kaum der Mühe wert erscheint, sie erst zu beweisen, ich muß es aber, nachdem sie in der Generaldebatte bestritten worden sind, dennoch tun. Meine Herren! Roheisen bezahlt im Zollverein 2½ Silbergroschen, in Oesterreich-Ungarn 5 Silbergroschen nach unserm Geld und unserm Gewicht als Zentner, in Rußland 5 Silbergroschen, in Frankreich 8 Silbergroschen, in Spanien 10 Silbergroschen, in der Schweiz 2½ Silbergroschen, in Nordamerika $11,_{61}$ Silbergroschen, in Belgien 2 Silbergroschen Eingangszoll und ist von größeren Staaten nur frei in Italien, das bekanntlich keine Hochofenindustrie hat. Eisen in Stäben bezahlt im Zollverein 17½ Silbergroschen, im Oesterreichischen 25 Silbergroschen, in Rußland 35 Silbergroschen, in Frankreich 24 Silbergroschen, in Italien 16 Silbergroschen, trotzdem daß dieses keinen Roheisenzoll hat, in der Schweiz 8 Silbergroschen, in den nordamerikanischen Freistaaten 38 Silbergroschen, in Belgien 4 Silbergroschen. Ich will noch grobe Gußwaren herausnehmen. Dieselben bezahlen im Zollverein 12 Silbergroschen, in Oesterreich 12 Silbergroschen, in Rußland 50 Silbergroschen, in Frankreich 12 Silbergroschen, in Italien 16 Silbergroschen, in Spanien 30 Silbergroschen, in der Schweiz 7 Silbergroschen, in den nordamerikanischen Freistaaten 58 Silbergroschen, in Belgien 8 Silbergroschen. Nun die Maschinen, Lokomotiven, Dampfkessel und Tender — ich will nur diese herausnehmen, um nicht zu weitläufig zu werden — bezahlen in Deutschland 45 Silbergroschen, in Oesterreich-Ungarn 40 Silbergroschen, in Rußland 70 Silbergroschen, in Frankreich 64 bis 80 Silbergroschen, in Italien 16 Silbergroschen, in der Schweiz 16 Silbergroschen, in Belgien 8 Silbergroschen, respektive nach der Klassifikation bis 16 Silbergroschen.

Sehen Sie also, meine Herren, daß die Behauptung, die man aus der Schweiz hergeleitet hat, eine völlig irrige ist, daß wir also von allen Seiten effektiv mit Zollschranken umgeben sind, die uns eine wirksame Ausfuhr — denn die zwei Millionen Zentner, die noch dazu exzeptionell sind, werden Sie doch nicht so nennen — der deutschen Fabrikation unmöglich machen. Wir können also effektiv mit dem größten Teil der Fabrikation nicht heraus, und den Beweis, daß wir nicht nach England ausführen können, das allerdings keine Zölle auf Eisen erhebt, werden Sie mir wohl erlassen.

Ich behaupte nun, daß trotzdem in Momenten der Hausse, in Momenten der allgemeinen und großen Nachfrage der Zoll nicht von großer Bedeutung ist und nötigenfalls geopfert werden könnte, ohne die Existenz der Eisenindustrie auf das Spiel zu setzen. Ich behaupte aber ferner, daß bei jeder eintretenden Baisse — und diese Baisse tritt beim Eisen wie bei jedem andern Handelsartikel in ziemlich regelmäßigen Perioden ein — der einzelne Produzent auf die Selbstkosten herabgeht, daß dann, wo auf dem Weltmarkte beispielsweise der Konsum um 20 Prozent geringer ist als die Produktion, nun diese 20 Prozent der Ueberproduktion aller Länder nach Deutschland, dem zollfrei geöffneten Lande, hineingebracht werden, ohne daß Deutschland in der Lage ist, seine eigene Produktion zu verdauen und einen nennenswerten Teil derselben nach dem Auslande auszuführen. Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Zustand der Ueberflutung des Marktes unvereinbar ist mit einer stetigen und gesicherten Fabrikation, denn es wird bei gleicher Höhe der Selbstkosten der Ausländer sein Eisen um so viel billiger nach Deutschland bringen können, als seine Selbstkosten höher sein würden, wenn er seine Produktion um den Betrag einschränkt, den er nicht ins Ausland bringen und im Innern nicht absetzen kann. Es ist klar, daß, wenn sich der Franzose oder Belgier fragt: soll ich mich wegen mangelhaften Bedarfs einschränken und auf 80 Prozent meiner Fabrikation herab-

gehen, oder soll ich dieselbe mit vollen 100 Prozent aufrecht erhalten, indem ich 80 Prozent zu dem höheren Preise im zollgeschützten Inlande verkaufe und die übrigen 20 Prozent unter dem Selbstkostenpreise ins Ausland hineinwerfe — er keinen Moment zweifelhaft sein wird, weil ihn seine Zölle davor schützen, daß ihm nicht dasselbe Experiment von Deutschland gemacht werden kann, um im allgemeinen die Preise wieder in Einklang zu bringen.

Es wird das um so mehr der Fall sein, als zwei Hauptdistrikte der deutschen Eisenfabrikation — das Saar- und Moselgebiet einerseits und Schlesien andererseits — dicht an ausländische Großproduktionsbezirke grenzen, das erstere an Frankreich, das letztere an Oesterreich. Die natürliche Reaktion, welche bei herabgehenden Eisenpreisen in allen Steinkohlendistrikten im Herabgehen der Kohlenpreise liegt, wird in diesen beiden Distrikten wesentlich verhindert, weil ein namhafter Teil der Steinkohlen nicht im Inlande verbraucht wird, sondern nach der Schweiz, Oesterreich und Frankreich ausgeführt wird, wo in Zeiten der Krisis ja viel höhere Preise bezahlt werden können, weil der Zollschutz dort ein Herabgehen der Eisenpreise auf das Minimum verhindert. Es wird also nicht bloß die deutsche Eisenfabrikation von dort aus überflutet werden mit Fabrikaten zu guten Preisen, sondern in bezug auf Kohlen und Löhne wird das Ausland es sogar verhindern, die mit der Herabsetzung der Eisenpreise naturgemäß verbundene Reaktion in den Kohlenpreisen eintreten zu lassen.

Hauptsächlich aber, meine Herren, — und hier komme ich zurück auf etwas, wovon schon so oft die Rede gewesen ist — sind es die französischen titres d'acquit à caution, welche den vorliegenden Antrag unmöglich machen. Ich glaube wirklich nicht, daß ich es notwendig habe, nochmals auseinanderzusetzen, worin diese Manipulation besteht. Es ist so vielfach die Rede davon gewesen, daß ich nur wiederholen kann, ich bin zu jedem Detail bereit, wenn bestritten

wird, daß die Tatsache wirklich noch besteht. Sie besteht ganz einfach darin, daß jeder Franzose, der einen Zentner Gußwaren über die Grenze bringt, dafür im Handel eine Prämie von sieben bis acht Silbergroschen erhält, daß jeder, der einen Zentner Schienen und Stabeisen ausführt, zirka zehn Silbergroschen pro Zentner erhält usw. Es ist wahr, daß die Verhältnisse, wie sie der Herr Abgeordnete Becker-Dortmund*) seinerzeit auf meinen Antrag hin im Zollparlamente ausgeführt hat, etwas geändert sind. Es wird jetzt wenigstens verlangt, daß das betreffende Rohmaterial, das dem auszuführenden Material entspricht, bis an die Hütte gebracht werden soll; von da aber kann es beliebig verkauft werden.**) Dies ist eine kleine Erschwernis in Beziehung auf den Handel mit den titres und hat den Einfluß gehabt, daß die Ausfuhrprämien für Gußwaren, die früher 19 Francs standen, jetzt 18½ Francs pro Tonne stehen. Dadurch wird die Schwierigkeit aber in keiner Weise weggeschafft. Eine fernere Aenderung ist, daß die Erlaubnis zur zollfreien Einfuhr gegen Ausfuhr von Stabeisen, die früher für graues Roheisen gegeben wurde, jetzt nur mehr für das weiße Roheisen gegeben wird und herabgegangen ist im Werte auf 2 Francs pro Tonne, also kaum 1 Silbergroschen pro Zentner. Das letztere hat sich dadurch wieder ausgeglichen, daß statt des Roheisens jetzt Rohluppen eingeführt werden für Stabeisen. Dadurch ist der Wert der Exportprämie noch erhöht worden und beträgt jetzt 24 bis 25 Francs pro Tonne für Stabeisen, während es sich früher um 18 bis 19 Francs handelte. Nun, meine Herren, stellen Sie sich diese Verhältnisse einmal im Einflusse auf Elsaß-Lothringen vor. Die Elsaß-Lothringer Industrie — nicht bloß ich bin es gewesen — ***) hat bei der Annexion die große Befürchtung gehegt, daß sie mit ihren

---

*) Am 8. Mai 1868.

**) Nach dem Erlaß vom 9. Januar 1870, abgedruckt im Preußischen Handelsarchiv, 1870, S. 69.

***) S. 1060.

25 Prozent der Produktion der deutschen Industrie eine Ueberflutung des Marktes mit Eisen herbeiführen und keinen genügenden Absatz finden könnte. Man hat diesen Befürchtungen auch hier an maßgebender Stelle die Berechtigung zuerkannt, aber darauf hingewiesen, daß, wenn die Elsaß-Lothringer auch den französischen Markt für ihre Produktion verlieren, sie für dieselbe in Deutschland bei dessen steigendem Eisenkonsum genügenden Absatz finden werden; die Industriellen müßten*) beruhigt sein, sie hätten es in Deutschland mit vernünftigen Leuten zu tun. Die Folge davon ist gewesen, daß ein großer Teil dieser Industriellen sich beruhigt **) hat, daß die Agitation, die auf dem politischen Gebiete sehr groß war, allmählich durch die Erwägung der materiellen Interessen beschränkt wurde und die Leute angefangen haben, ruhiger die neueren Verhältnisse zu akzeptieren. Ein Teil der Industriellen ist freilich anderer Ansicht gewesen. Ein großes Eisenwerk bei Ars, welches den Herren Dupont und Dreyfuß gehörte, ist von diesen an Deutsche verkauft, germanisiert worden, wie man sich ausgedrückt hat. Es hat eine deutsche Gesellschaft, zu der auch, glaube ich, Mitglieder des Reichstages gehören, obgleich ich das nicht sicher weiß, dieses Werk für eine sehr beträchtliche Summe gekauft, und die Herren Dupont und Dreyfuß sind eine halbe Stunde weiter über die französische Grenze gegangen, um dort ein neues Werk in fast gleichem Umfange wieder aufzurichten. Die neue Gesellschaft hat Deutsche dorthin bringen müssen, weil die meisten Arbeiter mit den Herren Dupont und Dreyfuß ausgewandert sind — optiert haben, wie man sich dort ausdrückt, — und trotzdem ist der Arbeitermangel dort so groß, daß diese neue deutsche Fabrik augenblicklich nicht die Hälfte von dem Betriebsmaterial in Betrieb halten kann wie vormals, aus Mangel an Arbeitern. Wie stellt sich nun diese neue germanisierte Industrie gegenüber der

*) Im Text steht „müssen".
**) Im Text steht „beunruhigt".

über die Grenze zurückgegangenen französischen bei Aufhebung unserer Eisenzölle? Sie ist nicht bloß abgewiesen von dem alten Markt, sie hat sich noch nicht einmal auf dem deutschen Markte überall orientiert, wie es jedem normalen Industriezweige notwendig ist; nur mühsam erfüllt sie die veränderten Anforderungen des deutschen Marktes hinsichtlich Qualität usw., nur mühsam hält sie ihre Arbeiter zusammen. Sobald die Baisse eintritt, wo jeder einzelne den letzten Groschen zu Rate hält, um fortzuarbeiten, kommt der Franzose, der alte Besitzer, sogar mit einer Ausfuhrvergütung von 8 bis 10 Silbergroschen pro Zentner — ich nehme das Minimum an — und nimmt ihm auch noch den deutschen Markt weg. Diese 8 Silbergroschen lauten ja sehr klein, repräsentieren aber bei dem Beispiele, welches ich Ihnen eben vorführte, 560 000 Francs jährlich. Diese 560 000 Francs repräsentieren wieder 6 Prozent des Anlagekapitals. Also folgere ich daraus weiter, daß das neue, auf der französischen Grenze gegründete Werk noch seine Zinsen machen wird, während das deutschgebliebene oder germanisierte Werk bereits Verluste erzielt, daß, wenn das französische Werk einfach ohne Nutzen arbeitet — denn das tut man ja, wenn es sein muß — das Werk in dem deutschen Elsaß-Lothringen bereits 6 Prozent seines Anlagekapitals verliert. Es handelt sich nicht bloß um das eine Beispiel; denn die ganze elsaß-lothringische Industrie ist genau in derselben Lage, und ob sich einer über die Grenze setzt und sein altes Werk an eine Gesellschaft verkauft und diese*) vernichtet, oder ob er gegen sich selbst die Expropriation durchführt, indem er sein Werk in Deutschland stillstellt, um in Frankreich ein neues aufzubauen und es dort zu betreiben — das gibt immer dasselbe Resultat. Das steht vollständig fest — denn eine Frachtdifferenz gibt es nicht, die Grenze ist überall mitten durch Industriebezirke, ohne Rücksicht auf Industriezwecke, lediglich auf militärische

---

*) Im Text steht „den“.

Zwecke, wie es nicht anders sein konnte, gezogen, die französischen und deutschen Werke liegen hart nebeneinander, von einer Frachtausgleichung, die hier gegen die Exportbonifikation stattfinden könnte, kann keine Rede sein — das steht also vollständig fest, sobald die deutschen Eisenzölle fallen, mag eine gute oder schlechte Konjunktur kommen. Die Folge des Antrages von Behr auf Elsaß-Lothringen ist absolut unbestreitbar, denn die ganze elsaß-lothringische Eisenindustrie wird einfach über die Grenze getrieben. Es wird so an der deutsch-lothringischen, belgischen, luxemburgischen Grenze sich um Deutschland ein Kordon von Hochöfen, Eisenwerken usw. bilden, die vermöge der Ausfuhrvergütung jede Industrie in Elsaß-Lothringen unmöglich machen, — ich sage deshalb jede Industrie, weil ich als selbstverständlich annehme, und in Elsaß-Lothringen ist man gleichfalls der Ansicht, daß dasjenige Experiment, welches Sie heute mit der Eisenindustrie vornehmen, notwendig mit der Garn- und Baumwollenindustrie, die in Elsaß-Lothringen fast noch wichtiger ist, früher oder später ebenfalls gemacht werden wird. Ein Mülhauser Fabrikant hat so viel Intelligenz und leider so wenig deutschen Patriotismus, daß er, so wie Sie diesen Antrag annehmen, sofort macht, daß er nach Belfort hinüber kommt und nicht mehr in einem Zolleinschluß bleibt, der für ihn kein Zolleinschluß mehr ist, sondern in den sogar seine früheren Landsleute mit Zollprämien hinein kommen.

Aber, meine Herren, das ganze Saar-, Mosel-, das ganze linke Rheinufer ist in derselben Lage in bezug auf seine Konkurrenzfähigkeit;

(Ruf: die laufen nicht fort!)

ob sie fortlaufen ist eine Sache für sich, aber jedenfalls werden sie ihre Industrie nicht mehr betreiben können.

(Heiterkeit.)

Daß vielen Herren das gleichgiltig und lächerlich ist, das weiß ich, aber der Industrie selbst und dem betreffenden

Landesteile überhaupt kann dies wahrhaftig nicht gleichgiltig sein; und es ist ihnen auch nicht gleichgiltig. Ich will in Beziehung auf die preußische Rheinprovinz auch ein Beispiel nennen. Gerade infolge der Erörterungen, die im Zollparlamente stattgefunden haben, infolge der Wahrnehmung, daß die Majorität des Zollparlaments niemals für radikale Maßregeln war, sondern stets für den ruhigen Fortschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung eintrat, und nach den Erklärungen von seiten des Bundesratstisches haben in den letzten Jahren, kurz vor dem Kriege und nach der Beendigung des Krieges, eine Anzahl von kleinen, zerstreuten Werken, die auf dem Hundsrück, auf der Eifel, auf dem Hochwald oben sich befinden, die dort natürlich den fortgeschrittenen Verhältnissen nicht mehr Rechnung tragen konnten und der Herabsetzung der Zölle nicht mehr gewachsen waren, teils mit eigenen Kapitalien, zum Teil sogar mit fremden Kapitalien ihre Verlegung mehr in die Nähe der Eisenbahnen und Kanäle durchgeführt. Ein solches Werk, welches seit Jahrhunderten auf dem Hundsrück betrieben wurde, ist vor einigen Jahren vom Hundsrück übergesiedelt in die Nähe von Saarbrücken nach der Halberger Hütte und hat dort eine großartige Neuanlage hervorgerufen.*)

Diese Firma hat mit der größten Mühe die Arbeiter, die auf ihren Bergen seit Jahrhunderten angesiedelt waren, dazu bewogen, ihre heimatlichen Gefilde zu verlassen und überzusiedeln; das war nicht möglich durch Redensarten, sondern nur dadurch, daß ihnen Arbeiterwohnungen gebaut wurden, und so mußte sich diese Firma so gründlich und so vorsorglich für die Zukunft einrichten, wie es ihr nur irgend möglich war. Seit ungefähr vier Wochen — oder Monaten, ich weiß es nicht genau — ist der zweite Hochofen, der dort zur Vollendung des Etablissements diente, angeblasen**) worden, und jetzt haben die Herren angefangen, ihre

*) Die Firma Gebrüder Böcking, nachmals R. Böcking & Co.
**) S. 1061.

Koksöfen anzulegen, die zur Komplettierung des Ganzen dienen sollen.

Meine Herren, ich behaupte, nach dem, was früher im Zollparlament vorgekommen, expropriieren Sie geradezu das Vermögen dieser Firma, wenn Sie dem Antrage von Behr Ihre Zustimmung geben, und laden gleichzeitig, abgesehen von dieser Vermögenskonfiskation, eine Verantwortlichkeit in bezug auf die Existenz der übergesiedelten Leute auf sich, die ich wenigstens von mir ablehne.

Meine Herren, was helfen alle Zahlen, wenn die Sache doch so einfach und handgreiflich liegt, und ich frage die Herren Grundbesitzer: akzeptieren Sie etwa eine Position, wodurch es ihnen versagt ist, Ihr Getreide nach dem Auslande zu verführen, während das sämtliche Getreide des Auslandes nach Deutschland frei herein kommen darf und außerdem noch mit einer Prämie herein kommt, die 10 Prozent des Werts ausmacht? Ich frage die Landwirte: akzeptieren Sie eine solche Position, und halten Sie Ihre Existenz dabei für möglich? Ich frage weiter: glauben Sie, daß ein einzelnes Gewerbe in einer Stadt, z. B. das Schusterhandwerk, bestehen könnte, wenn die Stadt für dasselbe gewissermaßen mit einer chinesischen Mauer umgeben wäre, wenn dem Schuster verboten wäre, seine Waren nach außen zu bringen, während es dem Schustergewerbe aller umliegenden Ortschaften gestattet wäre, und sogar mit 1 Taler Prämie pro Paar Schuhe gestattet wäre, seine Waren in die Stadt hineinzubringen? Glauben Sie, daß das Schuhmachergewerbe in der Stadt auch nur die Möglichkeit hätte, seine Existenz auf die Dauer zu fristen? Meine Herren, für mich ist die Frage, ob überhaupt bei der radikalen Lösung der Frage, wie sie der Herr Abgeordnete von Behr vorschlägt, die deutsche Eisenindustrie auf die Dauer bestehen kann, ganz indiskutabel, und ich glaube nicht, daß auch nur ein vernünftiger Grund dafür angeführt werden kann, daß dies nicht so sei; ich wäre

wenigstens sehr neugierig darauf, ihn zu hören. Ich nehme dies also für bewiesen an und frage, welche Gründe sollen die Kalamitäten aufwiegen, die daraus hervorgehen müssen? Und da sagte uns Herr von Behr: die Bedürfnisse der Landwirtschaft! Ich, meine Herren, gebe Ihnen ja zu, daß für die Landwirtschaft der östlichen Provinzen in den allgemeinen Verhältnissen allerdings nicht vollauf die Kompensationen sich darbieten für das, was die Herren auf das um den Zoll verteuerte schwedische und englische Eisen bezahlen müssen. Das aber war vor drei Jahren ganz genau so wie jetzt, und um dem abzuhelfen, genügt es nicht, zu sagen, wir wollen der Eisenindustrie den Kopf abschlagen, da mußten die Herren kommen, um sich mit uns zu verständigen und zu hören, bis zu welchem Grade eine Ermäßigung des Eisenzolls möglich wäre. Denn die Herren werden mir wohl nicht bestreiten, daß eine Steuer oder Erschwerung, die nicht mehr als 2½ Pfennig pro Morgen beträgt — und auf mehr ist sie noch nie herausgerechnet worden — die Veranlassung wäre, ein Land derartig zu drücken, daß zum Zweck ihrer Beseitigung eine absolute Regierung aller andern Interessen statthaft sein dürfte. Bei den landwirtschaftlichen Maschinen in specie stellt sich die Sache so, daß, seitdem die inländische Industrie überhaupt anfängt, landwirtschaftliche Maschinen zu machen, die Preise für landwirtschaftliche Maschinen in England wesentlich gesunken sind, zwar nicht immer absolut gesunken, aber überall in dem Verhältnis des Preises des Rohmaterials und der Arbeitslöhne. Denn es ist sehr natürlich, daß diese Industrie nicht absolut billiger arbeiten kann, wenn sie fünf Taler für den Zentner Eisen verwenden muß, als wenn sie nur drei Taler dafür zu verwenden braucht, und ebenso verhält es sich mit den Arbeitslöhnen. Und gerade für die Industrie der landwirtschaftlichen Maschinen tritt noch hinzu, was ich für die übrige Eisenindustrie ablehnen muß, daß sie noch sehr jung ist — es sind bis jetzt z. B. in Deutschland erst

dreizehn Dampfpflüge abgesetzt worden, wenn ich recht unterrichtet bin,

(Stimme links: Vierzehn!)

— daß sie also auf diesem Gebiete noch sehr der Kräftigung bedarf, die ich für die Eisenindustrie nicht mehr in Anspruch nehme. Jedenfalls aber werden Sie mir nicht das bestreiten können, daß, wenn die 20 000 000 Zentner deutsches Stabeisen vom Weltmarkt verschwinden, dann auch für die östlichen Provinzen die Preissteigerung, die in England stattfinden würde, einwirken müßte.*) Sie werden mir auch zugeben, daß, wenn ich eine Schwankung von eins zu drei auf dem englischen Markt konstatiert habe und damit den Zoll, der 10 oder 15 Prozent des Werts ausmacht, vergleiche, Sie dann nicht mehr sagen können, daß der Zoll eine Lebensfrage für die dortige Landwirtschaft sei. Die Lebensfrage für die Landwirtschaft in den östlichen Provinzen haben wir noch gestern von dieser Seite aus (links) ganz wo anders suchen hören, und auch Herr von Hoverbeck hat in früheren Sitzungen wiederholt ausgeführt, die Lebensfrage für die Provinz Preußen bestehe in zwei Dingen, erstens in dem Wegfall der russischen Grenzsperre und zweitens in der mangelnden Industrie. Was zunächst die russische Grenzsperre anbelangt, so hat uns der Herr Reichskanzler schon gestern auseinandergesetzt, daß wir uns in die inneren Verhältnisse Rußlands nicht einmischen dürfen; aber eine ganz andere Frage ist es, ob wir Rußland nicht Kompensationen anbieten können. Wenn ich mich aber auf den Standpunkt stelle: ich will mich mit Blindheit umgeben gegen alles das, was andern Staaten passen würde, und nur meine eigenen Verhältnisse im Auge haben, ich will überhaupt keine Kompensationen gewähren, so darf ich mich nicht wundern, wenn ich nichts erreiche. Die russische Grenzsperre werden Sie niemals lösen, wenn Sie Rußland nicht Kompensationen dafür anbieten, daß es die Grenzsperre aufhebt.

*) Im Text steht „mußte".

Der zweite Punkt betrifft den Mangel an Industrie. Meine Herren, in früherer Zeit wurde immer in beredter Weise dafür plädiert: heben Sie die Roheisenzölle auf; dadurch, daß man das Roheisen besteuert hat, ist unsere blühende Industrie in den östlichen Provinzen zu grunde gegangen; man plädierte also dafür, das Roheisen frei zu geben und nur die Fabrikate zu besteuern. Es scheint mir nach den heutigen Erfahrungen, daß dies wohl mehr oder weniger eine Redensart der Herren war, denn, wenn Sie das Roheisen aus England nach den östlichen Provinzen bringen und mit englischer Kohle verarbeiten, dann können Sie unmöglich mit dem entsprechenden Fabrikat, das in England aus denselben Materialien an Ort und Stelle hergestellt wird, ohne Geldverluste*) konkurrieren, das ist völlig unmöglich. Die Industrie in den östlichen Provinzen kann nur dadurch bestehen und entstehen, daß die Rohstoffe und Halbfabrikate aus England steuerfrei eingehen, die fertigen Waren aber besteuert bleiben.

Ein dritter Punkt der Lebensfrage der Ostseeprovinzen ist der Spirituszoll. Dieser ist von dem Herr Abgeordneten von Behr etwas wegwerfend behandelt worden, indem er sich beschränkt hat auszuführen, daß England seine Spirituszölle nicht herabsetzen würde. Darum handelt es sich aber gar nicht, sondern nur darum, daß England seinen Schutzzoll auf Sprit aufhebt. Meine Herren, der englische Spiritus wird besteuert — ich habe hier eine Broschüre zur Hand von John Schick in London (es ist ein Deutscher), die ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehle — mit 10 Shilling pro Gallone innerer Steuer, und der Eingangszoll beträgt 10 Shilling 5 Pence, der englische Sprit ist somit durch die große Differenz von 5 Pence pro Gallone geschützt. Ob nun diese 5 Pence im Eingangszoll gestrichen werden, oder ob die innere Spiritussteuer in England um diesen Betrag

*) Im Text steht „Geld“.

erhöht wird, das ist für uns ganz gleich. Es handelt sich einfach um die Gleichstellung, und diese Gleichstellung ist für alle, die sich*) mit dem Spiritusexport befassen, wie dies Herr von Kardorff vielleicht noch näher ausführen wird, von der allergrößten Bedeutung, für die östlichen Provinzen und für die landwirtschaftliche Industrie überhaupt.

Nun hat man gesagt: die deutsche Diplomatie hat es bis jetzt nicht durchsetzen können, in England auf diesem Gebiet etwas zu erreichen; es sind mancherlei Gründe dafür angeführt worden, die aber gar nichts beweisen. Meine Herren, in England wechseln die Ministerien und mit ihnen die Systeme, und es ist nicht gesagt, daß, wenn bei dem Ministerium Gladstone und bei dem jetzigen Parlamente die diesseitigen Wünsche nicht durchzusetzen sind, dies in Zukunft nicht der Fall sein könne; es ist nicht damit gesagt, daß, wenn ein neuer hervorragender Vertreter des Deutschen Reichs nach London kommt, durch diesen die Sache nicht in glücklicherer Weise gefördert werden könne, als es bisher geschehen.

Meine Herren, ich konstatiere ausdrücklich, eine Herabsetzung der Zölle auf Eisen und auf landwirtschaftliche Maschinen ist nicht das, was ich heute diskutiere; ich diskutiere lediglich den Antrag Behr, wie er hier steht, auf Aufhebung aller Zölle, und da komme ich aus den angeführten Gründen zu dem Schlusse: Sie nutzen damit der Landwirtschaft nicht nur nichts, sondern Sie verteuern ihr geradezu auf die Dauer das Eisen und die Maschinen und nehmen ihr die Möglichkeit für die anderweitigen wichtigen Erleichterungen weg, welche ich angeführt habe. Ohne jeden Vorteil für ihre Partikularinteressen wollen Sie also einen Industriezweig ruinieren, über dessen großartige Bedeutung ich wohl keinen Vortrag zu halten brauche; ich erinnere nur daran, daß über eine Million Köpfe sich davon ernährt und daß ungeheure Kapitalien darin angelegt sind, wie Sie aus

*) S. 1062.

jedem Kurszettel ersehen können. Sie erschlagen damit nicht bloß diese einzelne Industrie, sondern Sie bringen eine Unruhe in der ganzen Nation hervor, deren Konsequenzen Sie gar nicht übersehen können: Sie zaubern damit ein weiteres Stück Sozialismus hervor.

(Oho!)

Ich glaube, auf diesem Gebiete werden auch Sie (nach links) mich anhören; ich habe ein Recht, das hervorzuheben, die Sache verhält sich wirklich so — und Sie verhindern diejenigen Bestrebungen, die auch Sie anerkannt haben, und die von seiten derjenigen Arbeitgeber, die mit ernstem Willen der sozialen Frage gegenüberstehen, im Interesse ihrer Arbeiter vielfach mit großen Opfern und mit großen Erfolgen ins Leben gerufen worden sind. Meine Herren, was helfen die Arbeiterinvaliden- und Knappschaftskassen, wenn die Industrie, für die sie gegründet sind, durch ein einziges Experiment über den Haufen geworfen wird? Dazu kann man doch den Arbeitern nicht ihre Groschen abnehmen, um sie nachher jeder Garantie für die damit zu erreichenden Zwecke zu berauben. Was nutzt es, die Arbeiter aus ihren schlechten Wohnungen herauszunehmen, ihnen neue Häuser in der Nähe der Fabriken zu bauen, wenn diese Leute nicht wissen, ob ihre Häuser nicht in einem oder in zwei Jahren infolge eines Antrages von Behr und dergleichen auf den Abbruch versteigert werden müssen?

Alle derartige Bestrebungen, die man konservativ im besten Sinne des Wortes nennen kann und welche die allgemeine Anerkennung gefunden haben, machen Sie unmöglich, Sie bringen damit das Gefühl der Unsicherheit nicht nur in den Verhältnissen der einzelnen Industriezweige, sondern ganzer Stände hervor und lösen jedes noch bestehende persönliche Verhältnis zwischen dem Industriellen und seinen Arbeitern.

Ich gebe nun zu, daß für Roheisen die Sache nicht ganz so schlimm liegt, ich gebe zu, daß für Roheisen die Aufhebung des Zolles nicht eine absolute Lebensfrage für

die betreffende Industrie ist, und zwar aus drei Gründen: erstens ist Roheisen kein direkter Konsumtionsartikel, sondern ein Halbprodukt, welches durch Weiterbearbeitung erst für den Konsum geeignet wird; in Zeiten der Krisis wird Roheisen nicht in der Masse eingeführt, der Markt nicht in der Weise überschwemmt werden können, wie es bei Stabeisen der Fall sein würde; zweitens trifft bei Roheisen die französische Ausfuhrvergütung nicht zu, weil Roheisen aus Erzen dargestellt wird, für Erze aber in Frankreich ein Eingangsgeld nicht besteht, also auch nicht zurückgegeben werden kann; drittens, weil bei Roheisen nötigenfalls eine Remedur in der Gesetzgebung noch ihren Erfolg haben kann. Sie können Hochöfen ausblasen, Sie können sie nach drei oder vier Jahren wieder anblasen, ohne vernichtende Konsequenzen hervorzurufen, die Bergarbeiter werden sich in die Kohlengruben vielleicht verlieren — die eigentlichen Hochofenarbeiter spielen da wenig mit, die Kapitalien werden sich erhalten können, und wenn Sie nach mehreren Jahren zur Einsicht gekommen sind, daß es nicht mehr so geht, so können Sie durch eine Remedur auf diesem Gebiet einigermaßen wieder abhelfen. Bei der Walzwerk- und der Maschinenindustrie und bei denjenigen Industriezweigen, die eine größere Vervollkommnung der Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeiter erfordern, wo eine zehn- bis zwanzigjährige Generation dazu gehört, um den Anforderungen zu genügen, um mit dem Auslande konkurrieren zu können, da schneiden Sie mit dem Antrage für ganze Generationen die Möglichkeit einer freien und vollständigen Konkurrenz mit dem Auslande ab, Sie bringen Kalamitäten hervor, die Sie nur mit den schwersten Opfern wieder ausgleichen können und — ich bin überzeugt — ausgleichen werden, die aber in keinem Verhältnis stehen zu den schlimmstenfalls geringen Opfern, die bei einer Herabsetzung des Stabeisen- und Maschinenzolles, welcher ich zustimme, noch übrig bleiben. Meine Herren, jedermann, der frei und ehrlich die beiden Punkte zugibt: erstens die Existenz

der deutschen Eisenindustrie soll nicht zerstört werden, und zweitens der Konsument soll sein Eisen so billig wie möglich haben — zwei Sätze, die ich Ihnen in jeder Hinsicht zugebe — kann ohne weiteres für unser Amendement stimmen. Denn, meine Herren, der Aufschub von einem Jahre ist doch ganz irrelevant; wenn wir Zeit hätten, würde ich ebenso gern heute schon in die nähere Diskussion der Sache eintreten, aber nur dann, wenn wir es in Gemeinschaft mit allen Interessenten tun könnten, die das Recht haben, hier vertreten zu sein. Der Herr Abgeordnete von Behr hat zwar gesagt, die Elsaß-Lothringer sind hier vertreten. Ja, meine Herren, ist das eine würdige Vertretung des Reichslandes, dessen Sympathien wir uns zu erwerben wünschen, wenn wir es auf elende Petitionen verweisen?

(Lebhafter Widerspruch.)

Ja, meine Herren, das mag Ihnen gefallen oder nicht, ich sehe die Würde des Reiches und der Nation und die Würde derjenigen Bevölkerung, die dort das Recht hat, vertreten zu werden, doch anders an.

(Sehr richtig!)

Also wollen Sie den Herren das Recht geben, über ihre eigensten Angelegenheiten mitabzustimmen — und Sie haben schon gehört, daß jenes Land der industriellste Distrikt in Deutschland ist — dann können Sie es nicht anders tun, als wenn Sie unsern Antrag annehmen, denn unser Antrag verschiebt die Sache auf das nächste Jahr, eine Periode, wo Elsaß-Lothringen hier seine Abgeordneten haben wird. Fürchten Sie die zwanzig Stimmen, so müßten Sie es freilich ablehnen — es wäre das aber ein unwürdiges Motiv, welches ich Ihnen nicht zuschieben möchte, jedenfalls sieht es aber so aus, und die Elsaß-Lothringer müssen glauben, daß das der Grund ist, weshalb Sie ihre Wünsche nicht erfüllen, weil Sie die zwanzig Stimmen im nächsten Jahre fürchten. Meine Herren, es ist ja nicht von mir allein der Vorschlag*)

*) S. 1063.

gemacht, sondern es sind die Vertreter von Elsaß-Lothringen, die Sie darum gebeten haben, die Sache aufzuschieben, bis sie in Ihrer Mitte sind, und wenn Sie den Antrag des Abgeordneten von Kardorff und mir trotzdem ablehnen, so lehnen Sie nicht meine Wünsche ab, sondern Sie lehnen die Wünsche des Reichslandes ab, die Ihnen in der korrektesten Form und mit den besten Motiven unterstützt unterbreitet werden.

Ich bin zu Ende —

(Bravo!)

und bedaure nur, daß mein Vortrag in einer so ernsten Angelegenheit Ihnen soviel Heiterkeit entlockt hat. Ich für meinen Teil lehne die Verantwortung für Beschlüsse der Majorität, wie sie Herr von Behr uns vorgeschlagen hat, mit aller Entschiedenheit ab, möchte Sie aber Ihrer Heiterkeit gegenüber daran erinnern, daß meiner Ueberzeugung nach Ihnen eine der schwersten Gewissensfragen gestellt worden ist, die vielleicht jemals einer deutschen Volksvertretung vorgelegen haben.

(Bravo! und oh! oh!)

Nach dieser Rede wurde folgender Antrag Grumbrecht angenommen:

„In Erwägung, daß nach der Erklärung des Vertreters der Bundesregierung der Bundesrat sich zurzeit mit einer Reform des Zolltarifs und namentlich der die Eisenzölle betreffenden Vorlage beschäftigt, geht der Reichstag über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs, zur Tagesordnung über."

Damit war zwar die Vertagung ausgesprochen worden, aber der Vertreter der Ermäßigung der Eisenzölle im Wege der Handelsverträge hatte doch Gelegenheit gehabt, seine Stellung ausführlich zu begründen.

Siebenundfünfzigste Sitzung
Freitag, den 20. Juni 1873

Eisenzölle

Am 20. Juni 1873 fand im Deutschen Reichstag die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifes (Nr. 92 der Anlagen), statt.

Die Regierungsvorlage blieb hinter dem Antrag Behr insofern zurück, als sie die unter III, 4 angeführten Waren, ferner Weißblech und Schiffe nicht unter die zollfreien Gegenstände aufgenommen hatte. Anderseits schlug sie mit gewissen Beschränkungen die Zollfreiheit von Eisenbahnfahrzeugen vor. Der Präsident des Reichskanzleramtes, Staatsminister Dr. Delbrück, wandte sich nach Darlegung der Beweggründe des Bundesrates für die Vorlage gegen Stumm und behauptete, der Kompromiß vom 6. Mai 1870 sei nicht mehr und nicht weniger ein Kompromiß, als ein jedes Gesetz ein solcher sei. Der Stabeisenzoll sei kein Teil dieses Kompromisses gewesen. Er erkannte ferner an, daß die Regierungen an die Tarifreform mit der Voraussetzung herangetreten seien, es seien die acquits à caution in der Form, in welcher sie früher bestanden hätten, nicht mehr im Gange. Stumm habe aber recht, wenn er behaupte, daß das System noch fortdauere. Die Regierung könne aber die deutsche Gesetzgebung nicht abhängig machen von der Verwaltungspraxis eines Nachbarstaates. Er bezeichnete ferner folgende Aeußerung Stumms vom 10. Juni objektiv als eine Redensart: „Die Eisenindustrie verlangt keinen Schutz, sie verzichtet auf jeden Schutz, schafft uns nur internationalen Freihandel, wenigstens mit unsern Nachbarn, für unser Eisen.“ Er erwiderte auf diese Worte hin: „Das haben wir jedesmal und von jeder

Industrie gehört, und zwar konnte jede Industrie das mit der vollsten Sicherheit sagen, weil sie ganz sicher war, daß es niemals zur Ausführung kam." Das forderte eine Entgegnung. Angesichts der Regierungsvorlage wurde der Antrag Behr, dessen Verhandlung am 10. Juni vertagt worden war, durch den Mitantragsteller Krieger-Lauenburg zurückgezogen. Da der Antrag Stumm als Amendement zu dem Antrag Behr gestellt war, so fiel er mit diesem Antrage aus. v. Kardorff, der den Antrag mit Stumm unterzeichnet hatte, brach noch einmal eine Lanze für die Vertagung der Eisenzollfrage bis zum Erscheinen der Lothringer im Reichstage. Nach Annahme des Schlusses der Erörterung erhielt zur persönlichen Bemerkung Stumm das Wort.

Abgeordneter Stumm*): Ich bin mehrfach von dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts angegriffen worden durch Einwendungen, die eine persönliche Bemerkung nötig machen. Da ich überhaupt in der Spezialdebatte noch zum Worte komme, spare ich mir die persönliche Bemerkung bis zu dieser Gelegenheit auf.

Nach Schluß der Generaldebatte verwies der Reichstag die Tarifvorlage nicht an eine Kommission, sondern beschloß, sie im Plenum zu behandeln. Nach einer Vertagung bis zum Abend trat der Reichstag in die Spezialdebatte ein. Der Präsident machte den Vorschlag, in der Spezialdebatte vorerst alle diejenigen Punkte zusammenzufassen, die es mit dem Eisen zu tun hätten, d. h. § 1, I, Nr. 1—8 und § 1, III, Nr. 4. Das Haus war damit einverstanden. Der erste Redner der Spezialdebatte war Stumm, der infolge der Stoffgruppierung über die gesamten Eisenzölle auf einmal sprechen durfte.

Abgeordneter Stumm**): Meine Herren! Ich habe zunächst die Art und Weise zurückzuweisen, in welcher der Abgeordnete Braun sowohl als der Präsident des Reichskanzleramts, den ich leider nicht an seinem Platze sehe, die Aeußerungen wiedergegeben haben, die ich über das Kompromiß, das im Jahre 1870 geschlossen worden ist, getan habe.***)

---

*) S. 1283 der Verhandlungen.

**) S. 1284.

***) Am 10. Juni 1873.

Der Herr Abgeordnete Dr. Braun hat behauptet: ich hätte gesagt, es sei damals ein „Kompromiß bis ans Ende aller Dinge" geschlossen worden. Ihm kann ich dies allerdings nicht so übel nehmen, da ich ja weiß, daß der Herr Abgeordnete Dr. Braun seinen Redewendungen gern einen Scherz unterlegt und daß er sich deshalb auch bei Zitaten sehr leicht von der objektiven Wahrheit entfernt. Er hat es ja ebenso gemacht mit der Erwiderung, die er mir hat zuteil werden lassen am vorigen Mittwoch,*) wo ich leider im Hause nicht anwesend war, um ihm erwidern zu können, und wo er mir untergeschoben hat, daß ich die Eisenzollfrage für die „höchste Glaubens- und Gewissensfrage der Menschheit" erklärt hätte. Ich kann auch die Redewendung nur als einen Scherz auffassen, wo er mir zum Beweise, daß die soziale Frage mit der Einstellung des Betriebes der Eisenindustrie nichts zu tun habe, den Herrn Dr. Schweitzer zitiert und dessen Behauptung, daß vom Schutzzoll angeblich nichts in die Kasse der Arbeiter fließe. Ich kann es schließlich nur als scherzhaft ansehen, wenn er mir einen angeblichen Widerspruch vorhält, der in dem Antrage des Abgeordneten von Kardorff und mir darin liegen soll, daß wir der für jetzt beantragten Aufhebung der Eisenzölle deren Ermäßigung im nächsten Jahre vorziehen und doch in allem Ruhe und Sicherheit verlangen.

Wie gesagt, meine Herren, ich fühle zu wenig Witz in mir, um auf diesem Gebiete mich mit dem Herrn Dr. Braun messen zu können. Ich verlasse deshalb vorläufig diesen Gegenstand und wende mich zu einem ernsteren Gegner.

Der Herr Präsident des Reichskanzleramts**) hat mit einer gewissen Emphase und mit Entschiedenheit den Vorwurf zurückgewiesen, als habe er sein damals gegebenes Wort gebrochen. Ich weiß nicht genau, wie er sich ausgedrückt hat, weil

*) Am 18. Juni 1873.
**) Staatsminister Delbrück.

der stenographische Bericht mir noch nicht vorliegt, aber ich habe den Eindruck, daß er mir den Vorwurf untergeschoben hat, er habe das Wort gebrochen, das er damals gab, als er das feierliche Kompromiß hier geschlossen hat. Meine Herren, die Worte „feierliches Kompromiß" habe ich überhaupt nicht gebraucht, weder dem Sinne noch dem Wortlaute nach, und wenn die Herren den stenographischen Bericht nachlesen wollen, der ja den beiden Herren vorgelegen hat, so werden Sie finden, daß die Art und Weise, wie ich das Kompromiß und die Folgen, die sich daran knüpfen, darstellte, sich in keiner Weise tatsächlich unterscheidet von den angeblichen Rektifikationen, die die Herren heute gegeben haben. Ich habe dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts nicht vorgeworfen, daß er sein Wort gebrochen habe, wohl aber habe ich ihm vorgeworfen, daß er eine Inkonsequenz begangen habe, und dabei bleibe ich auch heute noch stehen.

Meine Herren, der Herr Präsident des Reichskanzleramts hat in der Sitzung vom 6. Mai 1870, stenographischer Bericht Seite 209, wörtlich gesagt:

„Ich glaube, daß der Eisenindustrie und hier speziell der Hochofenindustrie besser gedient ist, durch die Annahme des hier angebotenen Kompromisses die Frage, um die es sich hier handelt, jetzt zu erledigen, als mit der vollsten Sicherheit vorherzusehen, daß diese Frage in der nächsten Session des Zollparlaments von neuem angeregt wird, daß eine erneute Anregung dieser Frage von neuem alle die Befürchtungen erwecken wird, welche ganz unzertrennlich mit der ununterbrochenen Diskussion der Eingangsabgabe für so wichtige Gegenstände im Interesse der beteiligten Industrie verbunden sind. Ich glaube deshalb, daß es den Interessenten selbst, welche diese Ermäßigung an sich durchaus nicht wünschen und aus begreiflichen Gründen nicht wünschen, mehr daran gelegen sein muß, durch eine Erledigung der Frage, wie sie jetzt hier vorgeschlagen ist, in Ruhe und Sicherheit

zu kommen als gewiß zu sein, daß die Frage, und zwar in größeren Dimensionen, im nächsten Jahre wiederkehrt."

Meine Herren,*) ich glaube, daraus geht ganz klar hervor, daß die Konsequenzen, die ich für die Industrie an die Worte des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts geknüpft habe, vollkommen richtig sind, und daß, wenn keine weiteren Gründe für seine Wandlung von ihm angegeben werden können, als die Sie in den Regierungsmotiven finden und in seiner heutigen mündlichen Darstellung, die sich wesentlich als den Versuch einer Widerlegung meiner Ansichten charakterisiert, ich den Vorwurf der Inkonsequenz für alle, die hören und lesen können, aufrecht erhalten muß. Für mich erblicke ich die Motive dieser Inkonsequenz des Präsidenten des Reichskanzleramts einfach in dem Grunde, daß im Gegensatz zu den großen Erfolgen der Armee und der auswärtigen Politik es den Männern, die an der Spitze der deutschen Finanzpolitik stehen, nicht gelungen ist, den Anforderungen, die von der öffentlichen Meinung sowohl wie aus parlamentarischen Kreisen gestellt worden sind, auf eine Reform der Steuer- und Finanzpolitik, in irgend einem wesentlichen Punkte gerecht zu werden. Es zeigt sich dies nicht bloß auf dem Gebiete, das ich bereits hervorgehoben habe, in dem Schwanken zwischen Tabak- und Salzzoll usw., sondern, wer die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses aufmerksam liest, wird gleichfalls genau zu demselben Resultate kommen, und die allgemeine Stimmung im Volke und in allen Parteien ist jedenfalls die, daß nicht in erwünschter Weise die Erfolge der Finanzreformpolitik Schritt gehalten haben in den letzten Jahren mit den Erfolgen der deutschen Politik auf andern Gebieten. Ich kann mir also nur denken, daß man schließlich dem See ein Opfer bringen wollte, und dieses Opfer waren, weil man sonst überall eine

*) S. 1285.

schärfere Opposition fürchtete, die Eisenzölle, trotzdem absolut keine neuen Gründe für den Wechsel der früher innegehaltenen Stellung sich dargeboten haben.

Entschuldigen Sie, meine Herren, wenn ich Ihnen, ohne sonst große Neigung zu haben, auf die drastische Darstellungsweise des Abgeordneten Dr. Braun einzugehen, hierfür auch einmal ein Bild vorführe. Der Herrscher eines großen nicht europäischen Staates, der heute morgen noch in diesen Räumen zitiert wurde,*) erfuhr, daß in seinem Reiche eine große Hungersnot ausgebrochen sei, und bei einer Spazierfahrt, die er durch die Straßen seiner Hauptstadt machte, begegneten ihm, ganz entgegengesetzt den Gefühlen der Ergebenheit und Anbetung, die ihm seine Untertanen sonst entgegenbrachten, nur finstere und gereizte Gesichter; halb verhungerte Mütter streckten ihm die verhungerten Kinder drohend entgegen. Die Situation, die aus dieser Volksstimmung hervorzugehen drohte, schien ihm immer mißlicher zu werden; er ließ infolgedessen seinen Polizeiminister zu sich kommen und sagte: du bist zwanzig Jahre lang mir ein treuer Diener gewesen, du hast wesentlich zu der Entwicklung und der Machtstellung meines Reiches beigetragen, aber das Volk will ein Opfer haben, und ich habe dich dazu in Gnaden ausersehen; ich werde dich aber dem Volke selbst nicht preisgeben, sondern ich werde dich eigenhändig exekutieren.“ Er zog hierauf seinen Dolch, stieß ihn dem unglücklichen Polizeiminister ins Herz und stürzte den Leichnam über die Mauer, wo das Volk ihn fand, im Jubel durch die Straßen schleppte und ausrief: Wie groß und gütig ist doch unser Herr, der Schah, daß er uns zuliebe seinen besten Freund erschlagen hat! Seine Popularität aber ward größer denn je. —

Meine Herren, ich brauche nicht auszuführen, worin ich den Vergleich suche,

(Abgeordneter Dr. Braun: Nein! Heiterkeit.)

---

*) Der Schah von Persien.

ich glaube aber, meine Herren, daß die Eisenindustrie, deren Exekution uns vorgeschlagen wird, an den Notständen, die uns im Osten geschildert werden, ganz ebenso unschuldig ist, wie der Polizeiminister, von dem ich sprach, es war an der Hungersnot in dem Lande, von dem ich ebenfalls sprach.

Wenn ich mir die Motive des Bundesrates ansehe, meine Herren, so kann ich wirklich auf eine andere Interpretation dieser Umwandlung nicht kommen. Es ist von meinem Freunde Kardorff schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß das wesentlichste Argument der Motive darin beruht, daß die Ausfuhr des Stabeisens und der Schienen, also des Eisens, welches in der Position mit 17½ Silbergroschen Zoll steht, von 1871 auf 1872 zugenommen habe von 1,22 auf 2,23 Millionen Zentner, während verschwiegen ist in den Motiven, daß in dieser Ziffer das sämtliche Eisen mit steckt, welches aus Elsaß-Lothringen auf grund der Begünstigungen des Friedensvertrages, worin das Jahr 1872 als Uebergang bezeichnet wurde, noch nach Frankreich mit Zollerleichterungen hineingehen konnte, während der Elsaß-Lothringer Industrie ausnahmsweise die beiden Märkte offen standen. Alles dieses Eisen ist in den Motiven einfach in der Ausfuhr mit enthalten, und es wird daraus gefolgert, die Ausfuhr hätte um 100 Prozent zugenommen. Ich kann nicht wissen, wie groß die Ziffer ist, um die es sich hier handelt, denn die Zahlen für 1872 sind ja noch gar nicht publiziert, die sie hier in den Regierungsmotiven finden, ich kann daher auch nicht wissen, inwieweit die übrigen Zahlen, die sich auf den Abschluß des Jahres 1872 beziehen, richtig sind. Ich habe sie noch in keiner Zeitung oder Zeitschrift publiziert gefunden.

Ich kann nur sagen: wenn die übrigen Zahlen auch so gruppiert sind, wie es bei dieser wichtigsten Zahl der Fall ist, so kann ich einfach daraus gar keine Schlüsse ziehen. Es ist überhaupt unmöglich, aus den Motiven positive Schlüsse zu ziehen, wenn man von vornherein die Zahlen nicht kontrollieren kann, während man aus der nachgewiesenen

Unrichtigkeit einer der wichtigsten Zahlen gerechtes Mißtrauen gegen das übrige Material schöpft! Nach meinen Ermittelungen beziffert sich die Ausfuhr von Elsaß-Lothringen nach Frankreich im Jahre 1872, auf grund der Zollbegünstigungen, auf über 1 000 000 Zentner, also ziemlich auf die ganze behauptete Mehrausfuhr der Regierungsmotive.

Was nun die mündlichen Ausführungen des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts anlangt, so hat er in seinem ersten Teile im wesentlichen die Verhältnisse der Landwirtschaft in den Vordergrund gestellt und die plötzliche Zollbefreiung, die radikale Maßregel, von der der Bundesrat ausgeht, zurückgeführt auf die nach amerikanischem Muster notwendige Ersetzung der Menschenkräfte durch Maschinen. Ich habe in der Debatte des von Behrschen Antrages*) bereits zugegeben, daß ich bis zu einem gewissen Grade dies Bedürfnis anerkenne und auch bereit bin, dem mit abzuhelfen; die Amendements, die heute vorliegen, bieten darin das alleräußerste Entgegenkommen. Aber ich habe mich doch gewundert, daß der Herr Präsident des Reichskanzleramts gerade aus Amerika den Schluß folgert, daß die Aufhebung der Zölle die Anwendung der landwirtschaftlichen Maschinen befördere. Amerika beweist gerade das umgekehrte, in Amerika bestehen höhere Zölle als in allen europäischen Ländern. Wenn dort nun die Maschinen in hervorragender Weise Menschenkräfte vertreten, so geschieht es trotz der Zölle, die höher sind, als wir sie haben. Der Herr Präsident des Reichskanzleramts hätte, um zu seinem Schlusse zu kommen, nachweisen müssen, daß in Amerika bei den niedrigen Zöllen, die dort früher bestanden, die landwirtschaftlichen Maschinen mehr gebraucht wurden wie jetzt, er wird aber kaum bestreiten wollen, daß seit dem großen amerikanischen Kriege, seitdem der Schutzzoll dort alles Maß übersteigt, die Ver-

*) Am 10. Juni 1873.

wendung landwirtschaftlicher Maschinen umgekehrt zugenommen hat, und er wird in der Tat nicht behaupten können, daß die fraglichen fünf Prozent, um welche bei uns der Zoll die landwirtschaftlichen Maschinen verteuert, daß die auch nur irgendwie in frage kommen, wenn es sich darum handelt, soll eine landwirtschaftliche Maschine eingeführt werden oder nicht. Daraus folgt noch nicht, daß diese fünf Prozent nicht*) drückend seien für den, der die Maschine kauft, aber das ist unstreitbar: die Einführung der Maschinen selbst wird davon in keiner Weise abhängig gemacht.

Der Herr Präsident des Reichskanzleramts hat die Industrie nun damit getröstet, daß, wenn auch zugegeben werden könne, daß eine so plötzliche Aufhebung größere Perturbationen herbeiführen könne, doch die große Anzahl neuer Eisenbahnen, welche in nächster Zeit in Aussicht ständen, diese Besorgnis wesentlich herabmindern müßte. Der Herr Abgeordnete von Behr hat, glaube ich, dasselbe Argument angeführt; er sagt, es handle sich um 160 Meilen neuer Bahnen, die in nächster Zeit gebaut werden, die der Eisenindustrie also Arbeit in Hülle und Fülle gewährten und eine wesentliche Herabminderung der Preise verhindern würden. Meine Herren, stellen Sie sich einfach vor, diese 160 Meilen Eisenbahnen repräsentieren an Schienen, Befestigungsmaterial usw. in Summa nicht einmal 2 000 000 Zentner Eisen; meine Herren, diese 2 000 000 Zentner repräsentieren wiederum die deutsche Stabeisenfabrikation eines einzigen Monats. Wie also die 160 Meilen Eisenbahnen dazu kommen sollten, für die Industrie eine Sicherheit zu gewähren, das überlasse ich Ihrem eigenen Urteil.

Das merkwürdigste aber war mir, daß der Herr Präsident des Reichskanzleramts, entgegen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Braun, der ja die Wirksamkeit der titres d'acquit à caution leugnete, deren Fortbestehen vollständig

*) Im Text steht „mehr".

zugab und nicht bestritten hat, sondern auf die Konsequenzen, die ich daraus für die elsaß-lothringische Industrie gezogen habe, einfach erklärte, wir müssen uns daran gewöhnen, uns um das, was um uns herum vorgeht, gar nicht zu bekümmern. Ja, meine Herren, wenn ich mich auf den Standpunkt stelle, dann sehe ich nicht ein, wozu die auswärtige Politik überhaupt nötig ist, wozu wir einen Gesandten in auswärtigen Staaten halten, wozu wir endlich eine kostspielige Armee haben, wenn sie in keinem Verhältnis zu stehen braucht zu den Armeen unserer Nacharstaaten. Denn, meine Herren, wenn Deutschland so mächtig ist, daß es sich in keiner Weise darum zu kümmern braucht, was um uns vorgeht, dann hat es auch die Macht, sich gegen andere Staaten ohne Soldaten zu schützen, dann wird es so mächtig sein, daß ein Zwinkern mit den Augenbrauen jeden andern zurückschreckt. Aber, meine Herren, es handelt sich gar nicht einmal darum, was die Staaten um uns herum bei sich tun, das ist gar nicht der Charakter der acquits à caution, wie ich ihn gekennzeichnet habe, sondern es handelt sich darum, was für Maßregeln die andern Staaten bei uns hervorrufen, und dagegen, meine ich, können wir nicht gleichgiltig sein, am allerwenigsten, wenn wir bewußtermaßen durch diese Maßregel die Elsaß-Lothringer, die Industrie sowohl wie die einzelnen Individuen, über die Grenzen jagen und dadurch denjenigen Bestrebungen Vorschub leisten, die in Frankreich dahin zielen, die Elsaß-Lothringer auf der einen Seite unzufrieden zu erhalten mit den neuen Zuständen und auf der andern Seite die dortigen Interessen direkt nach Frankreich hinüberzuziehen. Ich meine, meine Herren, das ist ein Einfluß der titres d'acquit à caution, den man nicht als ein Ding ansehen kann, das um uns herum vorgeht, sondern ansehen muß als ein Ding, das so recht eigentlich innerhalb unserer eigensten Zustände vorgeht. Der Herr Abgeordnete Dr. Braun hat einen Herrn Trittmann*) zitiert, der be-

*) Im Text steht „Kätmar". Es handelt sich um einen Aufsatz von F. A. Trittmann im „Niederrheinischen Kourier" 1878.

stritten hat, daß die titres d'acquit à caution in der von mir geschilderten Weise bestanden oder noch bestehen.

(Abgeordneter Dr. Braun: Nein, das ist falsch!)

So viel ich mich erinnere, oder soweit ich Herrn Dr. Braun habe verstehen können, hat Herr Trittmann*) darauf hingewiesen, daß die titres d'acquit à caution in Frankreich selbst auch noch eine andere Bedeutung hätten, daß sie in Frankreich selbst neben der Erleichterung der Ausfuhr auch noch eine Erleichterung der Einfuhr mit sich brächten. Ich will das bis zu einem gewissen Grade zugeben, obgleich es nur bei einzelnen Kategorien zutrifft; aber ich frage, was macht denn das für einen Unterschied? In Frankreich stehen sie einem Zoll von 24 Silbergroschen gegenüber, der durch die acquits vielleicht um 6 Silbergroschen vermindert wird, also immer noch 18 Silbergroschen beträgt, während in Deutschland, wo kein Zoll mehr bestehen soll, die acquits ohne jede Reduktion als volle Einfuhrprämie wirken. Also mit andern Worten: bei dem hohen französischen Eingangszoll kommt der Charakter der acquits als Erleichterung der Einfuhr kaum in betracht, weil der Zoll nun noch höher bleibt als der bestehende, den wir bisher in Deutschland hatten, während umgekehrt der Charakter, um den es sich bei uns allein handeln kann, nämlich der Charakter der französischen titres d'acquit à caution als Einführungsprämie nach Deutschland, auch von Herrn Trittmann**) nicht***) bestritten wird. In dieser Beziehung hat der Herr Präsident des Reichskanzleramts, der gewiß von jener Seite (nach links) nicht mit Mißtrauen auf diesem Gebiete wird angesehen werden können, mir ja alles zugegeben, und ich sehe deshalb vorerst keine Veranlassung, Ihnen mit dem ziemlich zahlreichen Beweismaterial zu kommen. In jeder merkantilen Zeitung finden Sie den Börsenkurs der titres d'acquit à caution verzeichnet; und wie auch die veränderten Vor-

*) Im Text steht „Dr. Kätmar".

**) Im Text steht „Kätmar".

***) Im Text steht „noch".

schriften der Steuerbehörde sein mögen, es steht noch immer fest, daß jeder einzelne, der einen Zentner Gußwaren ausführt, eine Prämie von 7—8 Silbergroschen, und der Schienen oder Stabeisen ausführt, eine Ausfuhrprämie von etwa 10 Silbergroschen dafür erhält.

Wenn der Herr Präsident des Reichskanzleramts meine Erklärung, daß wir, die deutsche Eisenindustrie, bereit seien, aus vollem Herzen den internationalen Freihandel zu akzeptieren, objektive Redensart genannt hat, so kann ich nur bedauern, daß ein solcher Ton anfängt, vom Tische des Bundesrats in diesen Saal zu bringen, ich kann das, wie gesagt, nur bedauern; zur Sache aber habe ich zu bemerken, daß der Herr Präsident des Reichskanzleramts ja selbst derjenige war seit 20 Jahren, der stets dem System der Handelsverträge das Wort geredet hat, und das System der Handelsverträge ist ja gerade das, was ich unter diesem System des internationalen Freihandels verstehe. Allerdings ist bis jetzt durch keinen Handelsvertrag erreicht worden, daß irgend eine Sorte Eisen durch ganz Europa zollfrei geht, aber es sind doch andere Dinge genug in dieser Weise vom Zoll befreit worden. Es ist also keine allgemeine Redensart, sondern das Faktum liegt vor, daß im Wege der internationalen Handelsverträge eine große Menge von Dingen in Europa zollfrei geworden, für das Eisen im speziellen wesentliche Zollermäßigungen herbeigeführt sind, also auf grund des internationalen Freihandelsprinzips bereits sehr wesentliche praktische Resultate erzielt wurden, wie denn auch der Herr Präsident des Reichskanzleramts sich im Jahre 1869 bei seiner großen Eisenrede *) viel darauf zu gute tat, daß infolge des österreichischen Handelsvertrages unser Export so zugenommen hat. Ich muß also diesen Vorwurf mit der objektiven Redensart als gänzlich unberechtigt zurückverweisen.

Im übrigen, meine Herren, möchte ich mich bei diesem Stadium der Verhandlungen und bei der vorgeschrittenen

*) Im Text steht „Eiserrede".

Tageszeit in eine nähere Darlegung und Bekämpfung einzelner Gründe nicht einlassen, welche meinen Ausführungen in der Debatte über den Behr schen Antrag entgegen gehalten worden sind; ich für meine Person kann nur erklären, daß ich keinen einzigen der darin aufgestellten Punkte als widerlegt ansehe, und werde nur dann auf einzelne derselben zurückkommen, wenn ihre ernsthafte Widerlegung im weiteren Verlauf der Debatte versucht werden sollte. Für jetzt liegt mir nur noch ob, meine Stellung zu den Amendements zu erklären, die hier eingebracht sind, und ich will mich von vornherein dahin aussprechen, daß ich für diejenigen Anträge, welche heute morgen von verschiedenen Seiten als Kompromißanträge bezeichnet sind, d. h. also für das Amendement Varnbüler-Hammacher, in Verbindung mit dem Amendement Hammacher auf Aufhebung sämtlicher Eisenzollpositionen vom 1. Januar 1877 ab — ich nehme an, daß Herr Dr. Hammacher den 1. Januar 1878 in den 1. Januar 1877 verändert hat*) — als Kompromißanträge stimmen werde, allerdings mit schwerem Herzen, weil ich für den Zeitpunkt, an dem dieser letztere Antrag ins Leben treten soll, schwarz sehe für die Entwicklung der Dinge. Ich will hier keine Profezeiungen machen, es würde auch nichts nützen, da ich von vornherein erkläre, ich werde offen und loyal für diesen Antrag stimmen, und ich kann nur anerkennen, daß von seiten des Reichstages, der in seiner Mehrheit in prinzipieller Beziehung auf demselben Standpunkt stehen dürfte wie die Bundesregierungen, die Exekution der Eisenindustrie wenigstens in einer Weise beantragt wird, daß es den darin beschäftigten Arbeitskräften sowohl als auch den darin angelegten Kapitalien möglich ist, die nötigen Transformationen

*) Diese Annahme traf zu. Der Antrag Hammacher-Miquél ging auf eine sofortige bedeutende Herabsetzung aller Zölle, eine sofortige Aufhebung des Roheisenzolles und eine Aufhebung sämtlicher übrig bleibenden Eisenzölle am 1. Januar 1877. Dazu wollte ein Unteramendement Hagen die Aufhebung aller Eisenzölle schon am 1. Januar 1875 eintreten lassen.

vorzunehmen, sich danach einzurichten und zu sehen, wie sie dabei zurecht kommen, nicht aber eine akute Krisis von den unberechenbarsten Folgen herbeizuführen. Ich nehme es namentlich dankbar an in bezug auf einen Zweig der Eisenindustrie, der immer mehr Bedeutung gewinnt und sich immer mehr entwickelt, das ist die Fabrikation von Bessemerstahlschienen. Die Fabrikation von Bessemerstahlschienen ist eine Fabrikation, die in Deutschland noch ziemlich neu ist und die deshalb eine Eigenschaft in Anspruch nehmen darf, die ich für die übrige Eisenindustrie bereits als nicht mehr vorhanden bezeichnet habe. Es ist das ihre verhältnismäßige Jugend gegenüber der alten englischen entsprechenden Fabrikation, und in der Tat benutzt die deutsche Bessemerstahlschienenproduktion bis heute fast nur ausländisches Rohmaterial, weil es bisher noch nicht gelungen ist, in Deutschland das geeignete Roheisen aus eigenen Erzen dafür zu gewinnen. Diese Fabrikation ist auf mehreren Werken in Deutschland bereits eingeführt worden, andere sind eben im Begriff, den mit den größten Kosten und den schwierigsten technischen Problemen verbundenen Prozeß bei sich durchzuführen. Diese Industrie aber, die quantitativ eine der bedeutendsten zu werden verspricht, welche wir innerhalb der Eisenindustrie im allgemeinen haben, würde durch den Antrag des Bundesrats mitten im Entstehen in eine gefährliche Krisis verwickelt werden, während der Antrag auf eine dreijährige Beibehaltung der Zölle es dieser Industrie wenigstens ermöglicht, in Ruhe ihre Komplettierung zu vollenden oder aufzugeben, je nachdem ihr das konveniert.

Wenn ich diesen Antrag akzeptiere und auch von vornherein in der Absicht akzeptiere, ihn am 1. Januar 1877 wirklich in Wirksamkeit treten zu lassen, so geschieht es nicht unter der Bedingung, wohl aber unter der Voraussetzung, daß diejenigen Herren, die bis dahin die deutsche Eisenindustrie, völlig eingeschlossen von Staaten mit hohen Schutzzöllen, mit alleiniger Ausnahme Englands, nach allen Richtungen hin der Ueberflutung ihren Markt öffnend, hinstellen, daß die wenigstens

dazu mitwirken werden, innerhalb der drei Jahre einige Korrelate zu erhalten, die ich allerdings für dringend notwendig ansehe, wenn nicht die Krisis, die jetzt durch Annahme der Kompromißanträge beschworen wird, in drei Jahren in ganz ähnlicher Weise wieder hervortreten soll. Das ist vor allem notwendig bei Maschinen, was Sie wahrscheinlich ohne weiteres zugeben werden, wobei es sich also nur um die Redaktion handeln wird. Es handelt sich bei Maschinen um die Freigebung derjenigen Bestandteile, die in großen Massen zum Lokomotiv- und Maschinenbau notwendig sind, die aber jetzt noch mit sehr hohen Zöllen belegt bleiben sollen. Das sind vor allen Dingen die Kupfer- und Messingwaren und zum Teil auch die Polster- und Sattlerwaren. Es ist mir mitgeteilt worden, — ich bin auf diesem Gebiete nicht Techniker, um das kontrollieren zu können —, daß der Zoll, der die Lokomotivfabrikation auf diese Weise graviert, sich auf 150 bis 200 Taler pro Lokomotive beläuft, also auf eine Summe, die nicht unbedeutend ist. Ich hoffe, Sie werden uns — ich glaube zwar nicht, daß ich persönlich im nächsten Reichstag sein werde —, aber daß Sie dann meine Freunde unterstützen werden, um die Maschinenfabriken von den Zöllen, welche auf den Produkten, die sie zu den Maschinen nötig haben, lasten, ebenfalls zu befreien.

Das zweite, meine Herren, ist der Punkt der acquits à caution, ein Punkt, der Ihrer Sympathien sich wohl weniger erfreut, vielleicht, weil Sie so oft davon gehört haben und ihn als einen schutzzöllnerischen Vorwand anzusehen geneigt sind. Sobald aber der vorliegende Kompromißantrag angenommen ist, wird dieser Charakter ohnehin verschwinden, und wir können auf diesem Gebiete ruhig zusammen arbeiten. Meine Herren, wenn die Elsaß-Lothringer hier sein werden mit ihren Erfahrungen hinsichtlich der acquits à caution, die sie ja selbst im umgekehrten Maße jahrelang gemacht haben, ich meine, als sie noch französisch waren und diese acquits à caution zu ihrem Vorteil benutzt haben, werden sie Ihnen die Nachteile

noch klarer und handgreiflicher machen, als ich es im stande war, so daß Sie uns sicherlich darin beistimmen werden, die Regierung mit Entschiedenheit dahin zu drängen, daß dieser ganz entschiedene Mißbrauch, den schon das Zollparlament vom Jahre 1868 im Einklang mit dem Bundesrat als den Verträgen widersprechend angesehen hat,*) beseitigt werde.

Das dritte, meine Herren, was ich verlange, ist, daß soviel wie möglich, wenn auch nicht in der unmittelbaren Weise, wie ich in meiner ersten Rede es als wünschenswert hingestellt habe, jede Gelegenheit benutzt werde, um die benachbarten Staaten durch irgend welche Gegenleistungen, die sich gerade darbieten, zur Herabsetzung der Zölle ihrerseits zu bewegen. Wenn diese drei Punkte in der ernsten Weise aufgefaßt und durchgeführt werden, wie sie es verdienen, so zweifle ich nicht, daß sie sämtlich bis zum 1. Januar 1877 durchgeführt sein können, und ich muß sagen, ich hoffe auf diesem Gebiete wesentlich auf die Hilfe des Herrn Reichskanzlers selbst, der hierin einem ausgesprochenen Wunsche des Reichstages und den berechtigten Forderungen der Interessenten sein Gehör nicht wird versagen können und in dessen eigentlichstes Gebiet ja diese Dinge gehören.

Unter diesen Voraussetzungen, meine Herren, glaube ich, daß bis zum 1. Januar 1877 sich die Verhältnisse derartig geklärt haben können und geklärt haben werden, daß dann dasjenige, was heute eine absolute Krisis hervorrufen müßte, dann als ein gesunder und natürlicher Uebergang erscheinen kann. Ich erkläre ausdrücklich, meine Herren, das, was ich eben gesagt habe, soll nicht eine Abschwächung des Kompromisses sein, von dem die Rede ist, es ist keine Bedingung, es ist eine Voraussetzung, und mit dieser Voraussetzung beruhige ich mein Gewissen, indem ich trotz schwerer Bedenken offen und ehrlich für das Kompromiß stimme.

(Bravo!)

---

*) In der Resolution vom 8. Mai 1868. S. 14 dieses Bandes.

Die Mehrheit nahm den Eisenteil des Antrags Varnbüler-Hammacher schließlich in folgender Fassung an:

§ 1. Der mit dem 1. Oktober 1870 in Wirksamkeit getretene Vereinszolltarif wird in nachstehender Weise geändert:

I. Vom Eingangszoll befreit werden folgende Gegenstände:

1. Roheisen aller Art, altes Brucheisen (Nr. 6 a).
2. Rohstahl seewärts von der russischen Grenze (Nr. 6 b, Anmerkung 1).
3. See- und Flußschiffe (Nr. 15 d 1 und 2) einschließlich der dazu gehörigen gewöhnlichen Schiffsutensilien, Anker, Anker- und sonstige Schiffsketten, wie auch Dampfmaschinen.

III. Im Eingangszoll ermäßigt und, anstatt der im Tarife bestimmten, mit den nachbezeichneten Zollsätzen belegt werden folgende Gegenstände:

3. Grobe Eisen- und Stahlwaren, die aus geschmiedetem Eisen oder Eisenguß, aus Eisen und Stahl, Eisenblech, Stahl- und Eisendraht, auch in Verbindung mit Holz gefertigt, ingleichen Waren dieser Art, welche abgeschliffen, gefirnißt, verkupfert oder verzinnt, jedoch nicht poliert sind, als: Aexte, Degenklingen, Feilen, Hämmer, Hecheln, Hobeleisen, Kaffeetrommeln und -mühlen, Ketten (mit Ausschluß der Anker- und Schiffsketten), Kochgeschirre, Nägel, Pfannen, Schaufeln, Schlösser, Schraubstöcke, grobe Messer zum Handwerksgebrauch, Sensen, Sicheln und Futterklingen (Strohmesser), Stemmeisen, Striegeln, Turmuhren, Tuchmacher- und Schneiderscheren, Zangen und dergleichen mehr, dann gewalzte und gezogene schmiedeeiserne Röhren (Nr. 6 e 2) für den Zentner mit 25 Sgr. oder 1 Gulden 27½ Kreuzer.
4. Luppeneisen, noch Schlacken enthaltend (Nr. 6 b Anm. 2), 5 Sgr. = 17½ Kr.
5. a) Geschmiedetes oder gewalztes Eisen in Stäben, Eisenbahnschienen, Winkeleisen, L-Eisen, einfaches und doppeltes T-Eisen, Roh- und Zementstahl, Guß- und raffinierter Stahl, Eisen- und Stahldraht von mehr als ¾ Pr. Linien Durchmesser; Eisen, welches zu groben Bestandteilen von Maschinen und Wagen (Kurbeln, Achsen u. dgl.) roh vorgeschmiedet ist, insofern dergleichen Bestandteile einzeln 50 Pfd. oder darüber wiegen (Nr. 6 b und Anmerkung zu b), 10 Sgr. = 35 Kr.

   b) Fassonniertes Eisen in Stäben, Radkranzeisen zu Eisen-

bahnwagen, Pflugschareneisen, schwarzes Eisenblech, rohes Stahlblech; rohe (unpolierte) Eisen- und Stahlplatten; Anker, sowie Anker- und Schiffsketten (wie Nr. 6 c), 10 Sgr. = 35 Kr.

c) Gefirnißtes Eisenblech, poliertes Stahlblech, Weißblech, polierte Eisen- und Stahlplatten (wie Nr. 6 d), 10 Sgr. = 35 Kr.

d) Ganz grobe Gußwaren in Oefen, Platten, Gittern usw. (Nr. 6 e, 1) 10 Sgr. = 35 Kr.

6. Lokomotiven, Tender und Dampfkessel (Nr. 15 b) 20 Sgr. = 1 fl. 10 Kr.

7. Andere Maschinen, und zwar je nachdem der nach dem Gewichte überwiegende Bestandteil besteht:

α) aus Holz (Nr. 15 b, 2 α) 12½ Sgr. = 43¾ Kr.

β) aus Gußeisen (Nr. 15 b, 2 β) 12½ Sgr. = 43¾ Kr.

γ) aus Schmiedeeisen oder Stahl (Nr. 15 b, 2 γ) 12½ Sgr. = 43¾ Kr.

8. Eisenbahnfahrzeuge weder mit Leder- noch mit Polsterarbeit (wie Nr. 15 c, 1) vom Werte 6 Prozent.

V. Sämtliche vorstehend unter II, Nr. 4 bis inkl. 9 aufgeführten Gegenstände werden vom 1. Januar 1877 ab vom Eingangszoll befreit.

Damit war die sofortige Zollfreiheit des Roheisens in zweiter Lesung ausgesprochen und zugleich die Zollfreiheit aller Eisenwaren am 1. Januar 1877 in Aussicht genommen. Es blieb noch die dritte Lesung übrig. Sie fand am 24. Juni statt.

Sechzigste Sitzung
Dienstag, den 24. Juni 1873
Eisenzölle

Am 24. Juni 1873 fand die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs (Nr. 192 und 212 der Anlagen), statt. Es lag ein Antrag v. Hoverbeck vor, welcher dahin ging, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, und ein Antrag Dr. Mohl, welcher aus dem Beschlusse der zweiten Lesung den Satz strich, daß am 1. Januar 1877 die Zollfreiheit für Eisenerzeugnisse eintreten sollte. Dazu kam eine Flut von Einzelanträgen zu den Positionen der Eisenindustrie. Stumm ergriff das Wort in der Erörterung des § 1 der Vorlage.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren! Ich will mich dem Beispiel der meisten Herren Kollegen, welche heute gesprochen haben, anschließen und mich in eine eigentliche Polemik nicht mehr einlassen. Auch ich möchte mich nur auf einige faktische Bemerkungen beschränken. Zunächst habe ich dem Herrn Bundeskommissar,**) der in der zweiten Beratung

*) S. 1399.

**) Der Bundeskommissar Huber hatte am 20. Juni auf die Rede Stumms geantwortet. Hinsichtlich der französischen Eisenausfuhr hatte er unter anderm behauptet: „Sodann möchte ich Sie aufmerksam machen auf die sehr hohen direkten und indirekten Steuern, welche überhaupt Frankreich und die Industrie insbesondere zu tragen hat. Ich erinnere Sie z. B. daran, daß in Frankreich die Steinkohlen einen Eingangszoll bezahlen. Dieser Eingangszoll zählt nach Millionen. Nun, meine Herren, Frankreich ist bekanntlich ein Land, welches sehr viel Steinkohlen von dem Auslande bezieht, und daß einen bedeutenden Teil an diesem Eingangszoll die französische Industrie zu bezahlen hat, darüber wird wohl kein Zweifel sein."

meinen Ausführungen über die Konsequenzen der französischen Ausfuhrvergütungen eine angebliche Widerlegung angedeihen zu lassen sich genötigt gesehen hat, zu erwidern, daß er in der Berechnung des Prozentsatzes der französischen Ausfuhr nach Deutschland im Verhältnis zu der Gesamteinfuhr nach Deutschland, der nur zwei bis vier Prozent betragen soll, als Hauptfaktor das Roheisen mit aufgenommen hat, welches aus Frankreich gar nicht zu uns eingeführt wird und mit den acquits à caution absolut nichts zu schaffen hat. Es ist also ein Schluß aus den von dem Regierungskommissar mitgeteilten Zahlen auf die Einwirkung der acquits in der Tat nicht zu ziehen.

Außerdem aber, meine Herren, habe ich selbst schon bei meinem Antrage im Jahre 1868 in Beziehung auf diese französische Einfuhrvergütung ausdrücklich erklärt, daß es weniger darauf ankomme, ob dadurch die bestehenden, damals noch sehr hohen Schutzzölle vermindert und dadurch einzelnen Fabrikanten Nachteile zugefügt würden, sondern ich habe hervorgehoben, daß es mir wesentlich auf das Prinzip ankomme, daß nicht von dem einen Kontrahenten ein auf Gegenseitigkeit begründetes Vertragsverhältnis willkürlich verletzt werde.

Ich habe den stenographischen Bericht von 1868 vor mir liegen, ich werde ihn nicht weiter vorlesen, er wird Ihnen darüber genügenden Aufschluß geben.

Ich habe überhaupt die Behauptung, daß die französische Ausfuhrvergütung den Ruin der deutschen Industrie bedeute, erst der Aufhebung der deutschen Zölle gegenübergestellt, und für einen solchen Fall sind die Tabellen ohne jeden Einfluß, denn bisher handelte es sich um eine französische Ausgangsprämie, welche in Deutschland noch immer einen Zoll von 17½ Sgr. minus 8 übrig ließ, während bei der völligen Aufhebung der Eisenzölle sich die französische Vergütung in eine direkte Einfuhrprämie von 8 Sgr. verwandelt.

Die Behauptung, daß die Annektierung derjenigen Werke, welche vorzugsweise auf grund der titres Eisen nach Deutschland ausgeführt hätten, den Effekt der acquits herabgemindert

habe,*) ist ebensowenig richtig. Das Etablissement, welches stets am meisten von den acquits Gebrauch gemacht hat, ist nicht annektiert worden; es ist der Creuzot in Burgund, das größte Werk auf dem Kontinent, welches dem früheren Präsidenten des corps législatif, Schneider, gehört, und gerade dieser war es bekanntlich, der seinerzeit am meisten auf die Beibehaltung der titres hingewirkt hat. Außerdem habe ich bereits darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl neuer Werke, die an der deutschen Grenze in Frankreich im Bau begriffen sind, das, was die annektierten Werke nicht mehr tun können, künftig mindestens mit derselben Kraft fortsetzen.

Was nun die indirekten Steuern anlangt, die in Frankreich allerdings höher sind als bei uns, so können sie doch nur dann hier mitsprechen, wenn dadurch die Löhne in Frankreich in die Höhe getrieben würden. Das umgekehrte aber ist der Fall, die Löhne in der französischen Eisenindustrie stehen wesentlich niedriger als bei uns, mit alleiniger Ausnahme der Bergleute, weil der Franzose sich nur ungern entschließt, unter die Erde zu gehen.

Was endlich den Steinkohlenzoll anlangt, so ist das Hauptwerk Creuzot, von dem ich schon gesprochen habe, gar nicht davon berührt, weil es eigene Kohlen hat; bei den andern Werken, die teilweise allerdings preußische und belgische Kohlen beziehen, macht der ganze Einfuhrzoll auf Steinkohlen für einen Zentner Gußwaren 1½ mal sechs Pfennig gleich neun Pfennig; für einen Zentner Stabeisen 3½ mal sechs Pfennig gleich 21 Pfennig; eine solche geringe Verteuerung kommt also gegenüber der Ausfuhrvergütung von 8—10 Silbergroschen gar nicht in betracht.

Ich habe mir erlaubt, dieses wenige auszuführen, meine Herren, weil ich mir meinen Wunsch nicht abschwächen lassen wollte, den ich in so dringender Weise bei der zweiten Lesung

---

*) Gemacht vom Bundeskommissar Huber am 20. Juni 1873. Ebenso die folgenden Behauptungen.

ausgesprochen habe, daß der Bundesrat dafür Sorge tragen möchte, spätestens bis zu dem Moment der völligen Aufhebung der Eisenzölle die Beseitigung der französischen Ausfuhrvergütung herbeizuführen. Ich kann diesen Wunsch nicht lebhaft genug wiederholen.

Was nun die vorliegenden Amendements anlangt, so habe ich mich kurz darüber zu äußern. Zu dem Amendement sub 230 bin ich mit dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts der Ansicht, daß Nummer 1 und 2 keine richtige Begründung haben.*) Was in specie das Luppeneisen anlangt, so bin ich zwar mit dem Herrn Abgeordneten Krieger der Meinung, daß es Luppeneisen, ohne Schlacken zu enthalten, nicht gibt. Das ist meine technische Ueberzeugung, es könnte aber aus dem Umstande, daß auch in der Position von 17½ Silbergroschen der Ausdruck „Luppeneisen“ vorkommt, gefolgert werden, daß es noch eine Art von Luppeneisen gibt, welches Schlacken nicht enthält. Der Ausdruck „Luppeneisen“ ist technisch kein ganz bestimmter Begriff, technisch nennt man das: „Rohluppeneisen“. Wenn man daher die Worte „noch Schlacken enthaltend“ fortstreicht, so könnte leicht eine Zweideutigkeit entstehen, die niemand wollen wird. Das Motiv für den Abgeordneten Hammacher, den Ausdruck „Luppeneisen“ unter Nummer 4a der jetzigen Zusammenstellung zu streichen, war einfach der. Es hieß früher bei dem ermäßigten Zollsatz von 12 Silbergroschen: „Luppeneisen, noch Schlacken enthaltend, in Masseln oder Prismen,“ und der Abgeordnete Hammacher wünschte auch das Luppeneisen, das in Stäben eingeführt werden konnte, in den ermäßigten Zollsatz hineinzubringen. Aus dem Grunde nun ist in 4a der Ausdruck Luppeneisen gestrichen worden, und es ist angenommen, daß sämtliches Luppeneisen unter den ermäßigten Satz von 5 Silbergroschen fallen soll. Wie gesagt,

*) Es war das der Antrag, den zollfreien Gegenständen hinzuzufügen: „Dampfmaschinen und Dampfkessel zur Verwendung beim Schiffsbau“, und der Antrag, hinter „Luppeneisen“ die Worte zu streichen „noch Schlacken enthaltend“.

ich halte die Frage im wesentlichen für eine redaktionelle, in der Sache ist man ja einverstanden, aber ich halte es für sicherer und für die Zollbehörde mit weniger Belästigung verbunden, wenn man den Ausdruck „noch Schlacken enthaltend" als einfache Apposition stehen läßt.

Die beiden übrigen Anträge des Herrn Abgeordneten Krieger, die ja identisch sind mit denen meines Freundes Zedlitz, beziehen sich auf Draht und auf Maschinen.*) Ich kann nun der Ausführung nicht beitreten, wonach dies**) die einfache Folge davon sein soll, daß man alle Eisensorten in den Zehnsilbergroschensatz eingeführt hat, ich halte vielmehr die Beschlüsse der zweiten Lesung für richtiger und korrekter. Da aber der Herr Präsident des Reichskanzleramts sich mit diesen beiden Anträgen einverstanden erklärt hat, so möchte ich sie gewissermaßen als die Voraussetzung betrachten, unter der auch der Bundesrat dem Kompromiß beizutreten geneigt ist, und da auch ich einen wesentlichen Nachteil darin nicht sehen kann, so trete ich ihm bei unter der Voraussetzung, daß dann das Amendement des Grafen Luxburg,***) das ja nur auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abzielt, ebenfalls vom Hause angenommen wird.

Meine Herren, Weißblech ist nicht ein Eisen in bestimmter Form wie alle andern Positionen, die wir unter dem ermäßigten Zollsatz von 10 Silbergroschen in zweiter Lesung zusammen-

*) Es war der Antrag, in § 1 III 4 b noch Eisen- und Stahldraht von geringerer Stärke als $^3/_4$ preußische Linien einzuschließen, während der dünne Draht bei den Beschlüssen der zweiten Lesung versehentlich weggeblieben war, und der Antrag, den Eingangszoll der § 1 III, 7 genannten Maschinen auf denselben Satz herabzusetzen, den die Materialien zur Maschinenfabrikation nach den Beschlüssen der zweiten Lesung tragen sollten.

**) Die Gleichtarifierung von Maschinen und Materialien zum Maschinenbau.

***) Dasselbe ging dahin, Weißblech unter die Position „grobe Eisenwaren" aufzunehmen.

gefaßt haben, Weißblech ist eine Verbindung von *) Eisen und Zinn, und zwar ein Drittel Zinn und zwei Drittel Eisen dem Werte nach, und daher gehört es effektiv logischer in die höhere Position der Eisenwaren. Darauf bezieht sich der Antrag des Abgeordneten Grafen Luxburg. Es kommt noch hinzu, daß gerade bei den Weißblechfabriken, die zwar keine kolossale Bedeutung haben, die deutsche Fabrikation sich der englischen Konkurrenz gegenüber in besonders ungünstiger Lage befindet, daß also ganz speziell die Notwendigkeit eintritt, daß diese Fabriken einer längeren Uebergangszeit noch bedürfen, weil sie notorisch in der blühenden Weise nicht gewachsen sind wie die übrige Eisenindustrie. Es beweist das am besten die aus den Zahlen der Regierungsmotive sich ergebende Zunahme der Weißblecheinfuhr und die damit gleichzeitig in Verbindung stehende Abnahme der Weißblechproduktion im Zollverein. Ich kenne ein Werk, das bereits seit zwei Jahren besteht. Es würde also hier der Gesichtspunkt der Billigkeit vorzugsweise in den Vordergrund treten müssen. Die 10 Silbergroschen sind auch kein Ausgleich gegenüber den andern Eisenzöllen, denn Weißblech hat einen Wert von 13 Taler, grobes Stabeisen einen von 4—5 Taler pro Zentner, im Verhältnis zum Werte wäre somit Weißblech nur um ein Drittel so hoch geschätzt wie Stabeisen. Es kommt hinzu, daß die Regierungsvorlage den Zoll auf Weißblech im Jahre 1877 nicht aufheben, sondern nur eine Ermäßigung eintreten lassen wollte, ohne einen Endtermin festzusetzen. Wenn Sie also jetzt auf grund des Amendements sowohl wie auf grund der zweiten Lesung den Zoll auf Weißblech und grobe Eisenwaren am 1. Januar 1877 mit mir aufheben wollen, so geht daraus für die Weißblechfabrikation an sich schon eine Verschlechterung hervor, gegenüber der Rücksicht, welche die Regierung ihr angedeihen lassen wollte. Es würde sich also in jeder Hinsicht empfehlen, daß man ihr den Zoll von 25 Silbergroschen auf diese drei Jahre noch beläßt.

*) S. 1400.

Ueber das Amendement des Abgeordneten Freiherrn von Hoverbeck*) brauche ich mich nicht auszusprechen. Es ist die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und die völlige Beseitigung des Kompromisses. Ich glaube mich um so weniger darüber aussprechen zu müssen, als ich dessen Annahme im Reichstage für völlig unmöglich halte. Das Amendement Hagen**) unterscheidet sich nicht wesentlich von demselben; im Gegenteil, meine Herren, ich würde den Antrag Hoverbeck sogar vorziehen, weil das Amendement Hagen nichts anderes heißt als eine völlige Brachlegung der Eisenindustrie und des ganzen Verkehrs auf diesem Gebiete im nächsten Jahre. Ich halte das wirklich für das allerschlimmste.

Etwas anders sieht es vielleicht mit dem Antrage aus — ich weiß nicht, welchen Namen er trägt — der als den Termin der Zollbefreiung statt des 1. Januar 1877 den 1. Januar 1876 festsetzen will.***) Aber auch dagegen möchte ich mich ganz entschieden erklären, schon aus formellen Gründen, weil dieser Antrag den offenen Bruch des geschlossenen Kompromisses enthält. Ich weiß wohl, meine Herren, daß nicht sämtliche Mitglieder dieses Hauses an dem Kompromiß teilgenommen haben, aber ich glaube, daß die Majorität, welche dasselbe geschlossen hat, nicht bloß moralisch verpflichtet ist, es zu halten, sondern daß sie auch ein Interesse daran hat, daß das Kompromiß von unserer Seite als ein bindendes angesehen wird. Meine Herren, ich habe bereits erklärt, und erkläre es nochmals auf das entschiedenste: von mir werden Sie niemals einen Antrag auf Wiedereinführung der Eisenzölle hören, sobald Sie auf dem Standpunkt des Kompromisses bleiben; nehmen Sie aber den 1. Januar 1876 an, so erkläre ich offen, würde ich mich vollständig ungebunden halten und würde mir und den Interessen, die ich vertrete, die Freiheit wieder geben, den Termin

*) Die baldigste Aufhebung aller Schutzzölle war dessen Zweck.

**) Die Zollfreiheit der Eisenwaren schon am 1. Januar 1875 eintreten zu lassen.

***) Der Antrag Lesse.

beliebig weiter hinauszuschieben. Wenn Sie gar mit dem Herrn Abgeordneten Bamberger der Ansicht sind, daß die elsaß-lothringische Industrie einen so ungeheuren Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben im stande ist, dann glaube ich, müssen Sie um so mehr auf meinen Standpunkt eingehen, denn, wenn dies wirklich der Fall ist, wenn die Elsaß-Lothringer Deputierten mit ihren 15 Stimmen und dem Einfluß, den sie sonst noch haben, in das Haus eintreten, ohne daß ein solches Kompromiß besteht, wenn bloß eine Abstimmung ad hoc stattgefunden hat, so werden die Herren von ihrem Einfluß ganz loyalerweise Gebrauch machen können, und dann allerdings ist die Möglichkeit um so eher vorhanden, daß im Jahre 1877 der Zoll nicht aufgehoben wird, wenn inzwischen ungünstige Konjunkturen eingetreten sein werden. Sie werden also damit heute faktisch gar keinen Endtermin festgesetzt haben. Wenn Sie das vermeiden wollen, meine Herren, dann halten Sie das Kompromiß und verlangen Sie von uns, daß auch wir unsererseits es halten. In diesem Sinne kann ich, ohne mich auf die materielle Seite einzulassen, Sie nur einfach bitten, bestätigen Sie das Kompromiß in der Weise, wie wir es beschlossen haben. Die Amendements, von denen ich heute sprach, werden daran nichts ändern, gleichviel, ob sie angenommen oder abgelehnt werden, ich für meine Person werde sogar dafür stimmen; aber eine Verkürzung der Frist ist für mich ein absoluter Bruch des Kompromisses, an das ich mich dann nicht mehr für gebunden erachten könnte.

In der folgenden Erörterung behauptete der Abgeordnete Lesse: „Ein Kompromiß etwa in dem Sinne, wie es im Zollparlament stattgefunden hat, hat natürlich nicht stattgefunden. Es haben Besprechungen zwischen den Parteien stattgefunden, ja, eine ganze Anzahl von Gesinnungsgenossen sind darin einig gewesen, aus politischen Gründen, zum Teil auch mit Rücksicht auf die Interessen, die dabei beteiligt sind, der Industrie ein modicum tempus zu gewähren. Es fragt sich nun, wie lange dieses sein soll? Ueber den Zeitpunkt ist in keiner Weise fest kompromittiert worden, auch nicht unter denen, die über dieses Motiv einig waren. — Der Herr Abgeordnete Stumm hat heute angedeutet, wenn dieser Beschluß

— der seiner Meinung nach auf dem Kompromiß beruht —, wenn der nicht gehalten wird, daß er sich an die ganze Sache nicht gebunden erachte, ja, wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er zu verstehen gegeben, daß er dann später Agitationen betreiben würde für eine Verlängerung des Termins in späteren Parlamenten."

Hierauf antwortete Stumm in persönlicher Bemerkung.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, der Abgeordnete Lesse hat die objektive Wahrheit meiner Behauptung bestritten, daß das von seiner Partei abgeschlossene Kompromiß einen bestimmten Termin enthalten habe. Ich weiß nicht, ob er verlangt, daß ich ihm die Namen derjenigen Herren als Zeugen nennen soll, die mit mir ausdrücklich als Delegierte seiner Partei gerade auf grund dieses Endtermins abgeschlossen haben.

Mit geringfügigen redaktionellen und Zollbetragsänderungen wurden die Beschlüsse der zweiten Lesung abermals angenommen, und das ganze wurde durch Gesetz vom 7. Juli 1873 bestimmend für die Schicksale der deutschen Eiseninduftrie in den folgenden Jahren.

*) S. 1407.

Zweite Legislaturperiode

Dritte Session

Zweiundzwanzigste Sitzung
Dienstag, den 7. Dezember 1875

Eisenzölle

Am 7. Dezember 1875 wurde im Reichstag der dritte Bericht der Petitionskommission, betreffend die auf den Eisen-, Stahlwaren- und Maschinenzoll bezüglichen Petitionen (Nr. 59 der Anlagen), erstattet. Der Berichterstatter war der Abgeordnete Richter-Meißen. Dem Reichstag war eine große Menge Petitionen zugegangen, welche auf eine Erhaltung der Zölle auf Eisenwaren abzielten. Das Material war so groß, daß es die Petitionskommission nicht zu bewältigen vermochte. Der Bericht darüber war eingestandenermaßen mangelhaft. Der Notstand in der Eisenindustrie war nicht mehr zu verkennen. Der Abgeordnete Dr. Löwe erkannte ihn in einer umfassenden Rede vollauf an und trat aufs wärmste gegen die beschlossene Einführung der Zollfreiheit auf Eisenwaren am 1. Januar 1877 ein. Dr. Bamberger antwortete ihm in allgemeinen Wendungen, indem er den Notstand bestritt. Ueber das Zustandekommen der Beschlüsse über die Zolltarifreform vom Juni 1873 äußerte er: „Wenn heute etwas bewiesen ist für mich, so ist es das, daß wir damals schon einen Irrtum begangen haben, als wir im Jahre 1873 das sogenannte Kompromiß annahmen, und uns zu sagen: schließt wieder ein neues Kompromiß, heißt: uns nur ein zweites Mal zum Irrtum verleiten wollen." Und ferner: „Jedesmal bittet man um drei Jahre und verschwört sich hoch und teuer, daß man nie und nimmer kommen wird, noch einmal um drei Jahre zu bitten . . . Ich habe damals schon gesagt: Die Herren werden selbst nicht wiederkommen, aber es werden sich gute, mildtätige Freunde finden, die bitten, daß man den unschuldigen Jüngling, der damals nicht zurechnungsfähig war, in integrum restituiere und daß man ihm sein Kompromiß von damals wieder erlasse. Ich bin fest überzeugt, der Abge-

ordnete Stumm, der Abgeordnete v. Kardorff und auch der Abgeordnete Windthorst, der damals entschieden protestierte gegen meinen Gedanken, daß die Herren wiederkommen würden, die werden uns heute gewiß nicht die Zumutung stellen, daß wir das Gesetz von 1873 ändern; das werden Sie nie und nimmer tun . . . Aber damit lasse ich mir nicht genügen, ich verlange von ihnen, daß sie ihre sämtlichen Freunde auch bereden, so zu stimmen, wie sie verpflichtet sind zu stimmen; sonst kann ich nicht zugeben, daß sie den Sinn ihres damaligen Kompromisses streng eingehalten haben." Der Abgeordnete v. Kardorff antwortete Bamberger, indem er auf das verfehlte der Aufhebung des Roheisenzolles 1873 und der Beseitigung der Eisenzölle 1877 hinwies. Staatsminister Delbrück war jedoch der Ueberzeugung, es liege kein Grund vor, das Gesetz von 1873 abzuändern. Nach Schluß der Erörterung erhielt Stumm das Wort zur persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bamberger hat sich mit der Zurückhaltung nicht begnügt, welche ich in der heutigen Debatte bewiesen habe; er hat vielmehr aus dem Kompromiß vom Jahre 1873 die Verpflichtung für mich hergeleitet, überhaupt dafür zu sorgen, daß in diesem Hause nicht mehr zugunsten der Eisenindustrie petiert werde. Ich habe darauf einfach zu bemerken, daß ich mit einem Manne, der im Jahre 1873 in der dritten Lesung auf das energischste den Bruch des kurz vorher in der zweiten Lesung beschlossenen Kompromisses befürwortete,**) über die Tragweite des gegebenen Wortes überhaupt nicht disputiere.

(Große Unruhe.)

Präsident: Ich glaube, daß in der letzten Bemerkung der Herr Abgeordnete Stumm doch die Rücksichten überschritten hat, welche er einem Kollegen hier im Saale schuldet; ich erachte diese Worte nicht für parlamentarisch und rufe deshalb den Herrn Abgeordneten Stumm zur Ordnung.

(Bravo!)

---

*) S. 467.

**) Bamberger hatte in der Sitzung vom 24. Juni 1873 gegenüber dem eben geschlossenen Kompromisse, das der Eisenindustrie bis zur Aufhebung der Eisenzölle dreiundeinhalbes Jahr gab, dafür gesprochen, zur Regierungsvorlage zurückzukehren, und befürwortet, statt 1877 die Aufhebung der Eisenzölle schon 1876 vorzunehmen.

Abgeordneter Stumm*): Ich bin natürlich nicht in der Lage, irgendwie den Ordnungsruf des Herrn Präsidenten zu kritisieren, ich muß aber doch konstatieren, daß der Ausdruck, daß ich mich mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger über die Tragweite des gegebenen Wortes nicht streiten wolle und könne, sich ganz genau auf die faktischen Vorgänge im Jahre 1873 bezog und durchaus nicht in beleidigender Weise erfolgt ist. Ich habe in keiner Weise damit die Absicht gehabt, dem Herrn Dr. Bamberger die Möglichkeit des Bruches eines von ihm gegebenen Wortes zuzumuten. Wenn dies so gelautet haben sollte, so hat man mich mißverstanden; ich habe vielmehr sagen wollen, und der stenographische Bericht, den ich mir vorhin kommen ließ, der aber jetzt zu meinem Bedauern von meinem Platze verschwunden ist, sollte nachweisen, daß allerdings der Herr Dr. Bamberger über die Tragweite eines in einem Kompromisse enthaltenen Wortes damals anderer Auffassung war, als ich es bin, und ich behalte mir vor, bei erster Gelegenheit aus diesem stenographischen Bericht den Nachweis dafür zu liefern.

*) S. 468.

Siebenundzwanzigste Sitzung
Dienstag, den 14. Dezember 1875

Das Kompromiß von 1873

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Stumm folgende Bemerkung, welche sich auf seine Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Dr. Bamberger vom 7. Dezember 1875 bezog.*)

Abgeordneter Stumm**): Meine Herren, ich habe mir in der Sitzung vom 7. Dezember vorbehalten, auf die gegen den Abgeordneten Dr. Bamberger gerichtete persönliche Bemerkung zurückzukommen, sobald mir der stenographische Bericht aus dem Jahre 1873, der mir damals abhanden gekommen war, wieder vorliegen würde. Ich konstatiere zunächst, daß der Sinn meiner damaligen Aeußerung in nichts anderm bestand, als daß der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger im Jahre 1873 dem Kompromiß zu seinen Gunsten eine Auslegung gegeben hat, die in diametralem Gegensatze steht zu der Tragweite, welche er demselben jetzt zu meinen Ungunsten beilegte. Zum Beweise gestatte ich mir drei ganz kurze Auszüge aus dem stenographischen Bericht vom Jahre 1873 vorzulesen.

---

*) Siehe die vorhergehende Rede, Seite 162/163 dieses Bandes.
**) S. 621.

Der Herr Dr. Bamberger äußerte damals:

„Meine Herren, wir haben am vorigen Mal am späten Abend beschlossen; heute morgen sind wir, glaube ich, in einer etwas kühleren Temperatur, und ich habe deshalb die Hoffnung nicht aufgegeben, daß wir uns eines besseren besinnen und möglichst nahe zu den Anträgen zurückkommen, die in der Vorlage der Regierung enthalten sind.“

Und weiter:

„Ich persönlich weiß nichts von Dingen, die unter dem Namen Kompromiß hier hin- und hergeführt worden sind, habe auch niemand den Auftrag gegeben, für mich zu kompromittieren. Diejenigen, die sich gebunden haben, beklage ich, aber diejenigen, die sich nicht gebunden haben, brauchen sich, glaube ich, von den andern, die sich gebunden haben, nicht im geringsten beeindrucken zu lassen.

„Ich habe zwar hier vielfach aussprechen gehört, daß man sich bindet, aber jeder kann sich nur selbst binden und kann nicht hindern, daß ein wohltätiger Freund für ihn das zurücknimmt, was er selbst versprochen hat.“

Dagegen äußerte sich derselbe Herr Abgeordnete in der Sitzung vom 7. Dezember:

„Ich bin fest überzeugt, der Abgeordnete Stumm, der Abgeordnete von Kardorff und auch der Abgeordnete Windthorst, der damals entschieden protestierte gegen meinen Gedanken, daß die Herren wiederkommen würden, die werden uns heute gewiß nicht die Zumutung stellen, daß wir das Gesetz von 1873 ändern. Aber damit lasse ich mir nicht genügen, ich verlange von ihnen, daß sie ihre sämtlichen Freunde auch bereden, so zu stimmen, wie sie verpflichtet sind zu stimmen; sonst kann ich nicht zugeben, daß sie den

Sinn ihres damaligen Kompromisses streng eingehalten haben."

Es bedarf sonach keines weiteren Nachweises, daß, während der Herr Abgeordnete mir jetzt die Verpflichtung zuschob, auch meine Freunde an dem Beschlusse von 1873 festzuhalten, er damals ausdrücklich erklärt hatte, das Kompromiß binde nur diejenigen Abgeordneten persönlich, die dasselbe unmittelbar abgeschlossen haben.

Dritte Legislaturperiode

Erste Session

Zehnte Sitzung
Donnerstag, den 15. März 1877

Eisenzölle

Am 15. März 1877 fand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1877/78 statt, in welcher ein Abschnitt „Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen" zur Erörterung stand. Es war mitten in den Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Oesterreich. Im Dezember 1876 war dem Reichstag von der Regierung ein Ausgleichungsabgabengesetz vorgelegt und in einer Reichstagskommission beraten worden, da am 1. Januar 1877 die Aufhebung der Eisenzölle bevorstand. Aber der Reichstag hatte seine Annahme noch kurz vor Weihnachten abgelehnt. So war der Fortfall der Eisenzölle am 1. Januar 1877 Tatsache geworden, obgleich der Notstand der ganzen deutschen Eisenindustrie offenkundig war. In der Erörterung ergriff Stumm zu den Eisenzöllen das Wort.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, es ist nicht meine Absicht, in die allgemeinen Erörterungen wirtschaftlicher Natur einzutreten, mit welchen sich die Herren Vorredner größtenteils beschäftigt haben. Es liegt mir lediglich ob, die hier zum Ausdruck gelangte, durchaus falsche Auffassung der tatsächlichen Verhältnisse, in welchen sich die Eisenindustrie seit dem 1. Januar dieses Jahres befindet, objektiv klarzustellen. Wenn zunächst aus der Mindereinfuhr von englischem Roheisen nach Deutschland irgend etwas zugunsten der inländischen Eisenproduktion gefolgert worden

---

*) S. 186.

ist, so ist mir das vollständig unverständlich geblieben.*) Meine Herren, für Roheisen bestand im Jahre 1876 ebensowenig ein Zoll wie im Jahre 1877. Wenn also weniger Roheisen im Januar 1877 eingeführt wurde als im entsprechenden Monat des Vorjahres, so ist das doch nur ein Beweis dafür, daß infolge der Aufhebung der Stabeisen- und Gußwarenzölle ein minderer Verbrauch an englischem Roheisen in Deutschland stattgefunden hat. Das spricht ganz entschieden für die Verminderung der industriellen Produktion in Deutschland, denn daß Roheisen direkt in den Konsum übergeht, wird niemand hier behaupten wollen. Auf der andern Seite haben die Herren eine sehr starke Vermehrung des Imports von Eisenfabrikaten zugegeben. Wenn sie sich aber damit trösten, daß davon **) der wesentlichste Teil in Beständen bestehe, welche infolge der bevorstehenden Aufhebung der Zölle im Auslande angehäuft worden seien, so muß ich das entschieden in Abrede stellen. Meine Herren, ich behaupte, daß kein Mensch im Auslande wie im Inlande geahnt hat, daß das Ausgleichungsgesetz, das wir bis kurz vor Weihnachten beraten haben, im Reichstage nicht zur Annahme gelangen werde. Weder England, noch Frankreich, noch Oesterreich — ich habe mich ziemlich genau orientiert — noch irgend jemand hat gewagt, auf das Nichtzustandekommen jenes Gesetzes zu spekulieren. Ist das aber richtig, meine Herren, daß das ganze Publikum überrascht wurde mit dem Eintritt der Zollfreiheit am ersten Januar, so konnte auch niemand Maßregeln treffen, um den Import für Januar ungewöhnlich zu poussieren, und ich halte deshalb bis auf weitere Belehrung durch die Statistik der folgenden Monate die Resultate für Januar für durchaus normal. Was die Exportziffern an-

*) Der Abgeordnete Bamberger hatte zur Kennzeichnung der Wirkung der Zollaufhebung vom 1. Januar 1877 behauptet: England hat im Jahre 1876 im Januar an Roheisen in Deutschland eingeführt 17 820 t, im Jahre 1877 nur 16 900 t.

**) Im Text steht „darin“.

belangt, so hat der Herr Präsident des Reichskanzleramts*) selbst zugegeben, daß eine der wesentlichsten Zahlen, die 500 000 Zentner, welche nach der Schweiz exportiert sein sollen, falsch sei. Die Sachverständigen, die ich bisher darüber konsultiert habe, stimmen darin überein, daß wahrscheinlich hier eine Verwechselung von Zentnern und Kilogrammen stattgefunden habe. Ja, meine Herren, wenn unsere amtliche Statistik auf so schwachen Füßen steht, dann, meine ich, können wir daran gar keine Schlußfolgerungen knüpfen, und Sie müssen deshalb darin mit mir übereinstimmen, daß, da die amtliche Statistik uns bis jetzt zu einer durchgreifenden und gründlichen Beurteilung der Sachlage das genügende Material noch nicht gegeben hat, wir uns nach andern Momenten hierfür umsehen müssen.

Aber, meine Herren, selbst wenn die Statistik uns richtige Zahlen gegeben hätte, und selbst wenn die Ueberschwemmung mit fremden Eisenfabrikaten wirklich bisher nicht so kraß eingetreten wäre, wie sie nicht von mir, aber von manchen andern der Herren früher befürchtet worden ist, selbst dann würde immer noch nicht bewiesen sein, daß im Januar alle die ungünstigen Resultate bereits erreicht sind, die die Maßregel der Zollaufhebung notwendigerweise später noch zur Folge haben muß.

Meine Herren, ich erinnere Sie zunächst daran, daß bei allen Lieferungen — Herr von Kardorff hat bereits darauf hingewiesen — für Staatsbauten, namentlich für Eisenbahnbauten,**) überall das Ausland in diesem Augenblicke tatsächlich ausgeschlossen ist. Bei den Schienenlieferungen für Staatsbahnen, die mir bekannt geworden sind und die stattgefunden haben nach dem 1. Januar, überall da sind die Ausländer billiger gewesen für Stahlschienen als die Inländer; in keinem einzigen Falle aber hat das Ausland die Lieferungen bekommen. Ich mache wahrhaftig dem preußischen

*) Staatsminister Hofmann.

**) S. 187.

Herrn Handelsminister keinen Vorwurf daraus, er hat im Gegenteil damit seine volle Schuldigkeit getan. Wenn ein augenscheinlicher Notstand im Lande besteht, so müssen derartige Maßregeln getroffen werden; aber sie als normal und für alle Zukunft richtig hinzustellen, das wird der preußische Handelsminister gewiß nicht wollen. Wollen Sie also aus der Statistik Folgerungen auf den Einfluß der Zollaufhebung auf den Import fremder Schienen ziehen, so müssen Sie alle die Lieferungen in die Importzölle aufnehmen, bei welchen das Ausland billiger war, ohne den Zuschlag tatsächlich zu erhalten.

Ich nenne Ihnen noch eine andere Tatsache, welche den Eisenimport bisher unter der sonst naturgemäßen Höhe erhalten hat. Wie Sie vielleicht gehört haben, haben sich beispielsweise in Belgien Syndikate gebildet, um ihren darniederliegenden Markt, der zollgeschützt ist, dadurch auf die Beine zu bringen, daß sie zu jedem Preise Eisen nach Deutschland werfen und den Verlust, der daraus entsteht, gemeinschaftlich unter sich verteilen. Diese mächtigen, von den größten Etablissements geleiteten Syndikate sind aber so schlau gewesen, daß sie nicht gerade den*) Januar, Februar oder März, die Monate, die vor der endgiltigen Entscheidung der deutschen Gesetzgebung liegen, etwa dazu benutzen, um die Statistik zu ihren Gunsten zu gestalten, sondern die Herren sind so klug gewesen, daß sie sagten: wenn wir warten, bis die Aufhebung der Eisenzölle definitiv geworden ist, bis wir keine Gefahr mehr haben, daß Remedur eintritt, dann erst werden wir die Sachen ernst ins Auge fassen. Diese Verhältnisse werden uns erst im nächsten Jahre greifbar vorliegen und beschäftigen können, und es wird dem Hause überlassen sein müssen, ob dasselbe es vereinbaren kann, einen Antrag, den der Herr Abgeordnete von Kardorff bereits angekündigt,**) bloß deshalb abzulehnen,

*) Im Text steht „im".

**) v. Kardorff hatte gesagt: „Was die Eisenzölle betrifft, so

respektive die Entscheidung auf das nächste Jahr zu verschieben, weil wir heute noch nicht genau wissen, in welchem Umfange die Zunahme der bereits auftretenden Mehreinfuhr sich ziffermäßig darstellt.

Meine Herren, diejenigen von Ihnen, die mit mir in der Kommission für das Ausgleichungsabgabengesetz im vorigen Jahre gesessen haben, werden sich erinnern, daß ich zunächst eine ganz wesentliche Vermehrung der Einfuhr befürchtet habe bei Gußwaren und Eisenbahnschienen. Gerade in diesen beiden Punkten haben sich meine Ansichten vollauf bestätigt, auch durch die Statistik, wie ich konstatiere, wenn auch in geringem Maße durch die amtliche Einfuhrstatistik, um so mehr aber durch die Submissionsstatistik, die ebensogut eine Statistik ist wie jede andere und jedem ebenso zu gebote steht. Sie brauchen ja bloß den Submissionsanzeiger „Cyklop" zu lesen. Hinsichtlich der Schienen habe ich bereits den Nachweis geführt, in groben Gußwaren ist seither erst eine großartige Lieferung vergeben worden, und zwar von der Stadt Augsburg, die eine große Wasserleitung baut. Auch dort war das Ausland erheblich billiger als alle inländischen Fabriken, und die Stadt Augsburg hat sich trotzdem entschlossen, dem Inlande diese Arbeit zu erhalten. Ich meine, deshalb ist die Stadt Augsburg wahrhaftig nicht zu tadeln, sondern sie verdient, wie der preußische Handelsminister, alle Anerkennung in dieser teuren Zeit; es beweist aber auch hinwiederum, daß wir mit der Einfuhrstatistik allein nicht auskommen, wenn wir nicht alle übrigen einschlägigen Momente kennen und in Berücksichtigung ziehen.

Nun ist behauptet worden, alle diese Dinge mögen sein, wie sie wollen, sie haben mit dem jetzigen Notstand aber absolut nichts zu tun.

Meine Herren, ich habe bei keiner Gelegenheit geleugnet,

---

wird sich, denke ich, Gelegenheit finden, Ihnen bezüglich derselben einen Antrag zu unterbreiten." Formuliert hatte er einen solchen Antrag noch nicht.

weder seinerzeit in der Budgetkommission noch*) auch in Privatgesprächen mit Herren von jener Seite, daß der Notstand, den wir jetzt haben, nicht lediglich zurückgeführt werden könnte auf die Aufhebung der Eisenzölle, sondern ich halte dafür, daß der Notstand auch eingetreten wäre, wenn wir 10 Mark Schutzzoll per Zentner Eisen haben würden.

(Hört!)

Aber, meine Herren, das bestreite ich ganz entschieden, daß der Notstand in der Eisenindustrie ohne Aufhebung der Eisenzölle in dem bestehenden Umfange eingetreten sein würde und daß dieser Umfang sich entfernt vergleichen läßt mit den Notständen in andern zollgeschützten Ländern. Wenn Sie gar Frankreich nehmen, werden Sie finden, daß dort bei gleichen Produktionsverhältnissen die Preise um 10, 20, 25 Prozent höher stehen wie bei uns, und daß von Notstand gar keine Rede sein kann. Das behaupte ich aber ganz entschieden, daß, wenn die Eisenquantitäten, welche pro Januar eingeführt sind, nicht eingeführt und im Inlande produziert worden wären, daß dann eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern im Inlande dadurch mehr beschäftigt worden wäre und Entlassungen keine hätten stattzufinden brauchen. Zweitens aber, meine Herren, durch die Nichteinführung des absoluten Freihandels ohne Gegenseitigkeit würden ganz unzweifelhaft unsere Bestrebungen auf entsprechende Maßregeln des Auslandes viel wirksamer gewesen sein; und das werden auch jene Herren zugeben, daß, wenn wir heute den französischen, den österreichischen Markt offen oder auch nur einigermaßen offen hätten, dann unser Notstand vollständig verschwinden würde. Lassen Sie heute für die Eisenindustrie dieselben Maßnahmen in den Nachbarstaaten einführen wie bei uns, so werden wir quantitativ wenigstens in unserer Eisenindustrie dieselben Zustände entstehen sehen wie im Jahre 1873. Ich behaupte, daß, nachdem wir durch eine Note, also in offiziellster Form, an Frankreich erklärt haben, daß, wenn es die vertrags-

*) Im Text steht „wie“.

widrigen Ausfuhrvergütungen*) beibehält, welche das Zollparlament bereits verurteilt hat, welche der Reichstag und die deutsche Regierung bei jeder Gelegenheit verurteilt haben, wir gezwungen sein würden, Gegenmaßregeln anzuwenden, und diese trotzdem ausgeblieben sind — ich will dahingestellt sein lassen, wer die Schuld daran trägt, — dann kann man nicht verlangen, daß das Ausland unsern Ermahnungen folge leistet, an unsere Drohungen glaubt, und ich meine, unsere Bestrebungen auf Eröffnung der ausländischen Märkte werden nach diesen Vorgängen noch wirkungsloser bleiben wie bisher. Ich glaube, daß ein so horrendes Beispiel wie das gegenüber Frankreich bei Gelegenheit des Ausgleichsabgabengesetzes stattgefundene Verfahren in unserer deutschen Geschichte bisher wohl noch nicht vorgekommen ist und die traurigsten Folgen für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse haben muß.

Nun tröstet man sich damit, daß die Ausfuhr aus Deutschland zugenommen habe. Ich habe schon vorhin aus dem einen schweizerischen Beispiel nachgewiesen, daß auf unsere amtliche Ausfuhrstatistik gar nichts zu geben ist. Nun vergegenwärtigen Sie sich dazu, daß nach den Bilanzen, welche Sie in allen Zeitungen finden können, nach der Statistik der Arbeiterentlassungen so gut wie alle Werke mit Verlust arbeiten.

Bei normalen Verhältnissen kann die Höhe der Ausfuhrziffer die Lage und Lebensfähigkeit der Industrie sehr wohl kennzeichnen, aber doch nicht in solchen Zeiten, wo die Produktion, und damit auch die Ausfuhr, mit Verlust verbunden ist und somit nur so lange dauern kann, bis das Kapital aufgezehrt ist! Gestatten Sie mir ein drastisches Beispiel. In meiner Nachbarschaft befindet sich ein Werk, das viele Millionen Taler absorbiert hat.**) Dieses Werk

*) Die acquits à caution.

**) Die Völklinger Eisenwerke.

ist schon vor*) der Ausführung des Gesetzes von 1873 dahin gekommen, daß es von seinen Gläubigern für deren Rechnung verwaltet werden mußte, natürlich mit Verlust. Eine vollständige Einstellung des Betriebs des Werkes würde den Gläubigern aber noch größere Verluste gebracht und ihr Guthaben in frage gestellt haben. Nur um die Verluste nicht auf die Gemeinschaft zu übernehmen, wurde von den Gläubigern der Entschluß gefaßt, daß die Fabrikate nicht für gemeinschaftliche Rechnung verkauft, sondern zu bestimmten, die Selbstkosten deckenden Preisen jedem einzelnen Gläubiger zur Disposition gestellt werden. Dieser übernimmt also einen Teil der Fabrikate und läßt denselben durch Agenten zu einem beliebigen Preise, und zwar bis zu 20 Prozent unter dem eigenen Annahmepreise, verkaufen, nur um die Summe, die ihm das Werk schuldet, dadurch zu vermindern. Gerade von diesem Werke aber werden große Mengen von Fabrikaten nach der Schweiz abgesetzt; natürlich, denn mit einer solchen Preisbasis kann niemand konkurrieren. Es geht dabei ungefähr ebenso zu wie bei der Versteigerung alten Mobiliars, wobei jeder Preis genommen wird. Aber, meine Herren, auf eine Ausfuhrstatistik, welche sich gründet erstens auf falsche Zahlen, und zweitens auf notorischen Verkauf unter dem Selbstkostenpreise, auf die kann ich zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage gar nichts geben.

Nun, meine Herren, ist der merkwürdige Vorwurf, der uns ja schon vor einigen Tagen bei der Gewerbeordnung gemacht wurde, heute gegen uns wiederholt worden, wir beunruhigten durch fortwährende Anträge die Industrie und durch fortwährendes Verlangen von Aenderungen derartig die Handelswelt, daß kein Mensch mehr seine Rechnung machen könne über das, was in der nächsten Zeit bevorstehe. Meine Herren, ich kann darauf nur dasselbe erwidern wie bei der Interpellation über die Gewerbeordnung, das heißt, daß gerade Sie

*) S. 188.

durch allzu tief einschneidende fortwährende Umwälzungen die Unruhe im wirtschaftlichen Leben hervorgebracht haben, während wir jetzt nur die Spitzen abschneiden wollen, die eine zu weit getriebene, von den tatsächlichen Verhältnissen losgelöste Theorie Ihrerseits zu Tage gefördert hat.

Ich darf daran erinnern, meine Herren, daß seit dem Jahre 1867 alle Jahre von Ihrer Seite Anträge auf Herabsetzung des Zolles auf Roheisen und auf Eisenfabrikate eingebracht wurden. Diese Anträge sind meist abgelehnt worden und nur dann zur Annahme gelangt, wenn die Regierung mit der großen Autorität, die ihr mit Recht beiwohnt, sich dafür aussprach. In jenen Jahren haben Sie also in entschiedenster Weise dasselbe versucht, was wir jetzt in allerbescheidensten Dimensionen erstreben. Es hat das zu einer viermaligen Aenderung des Tarifs in einem Zeitraum von nur zehn Jahren geführt, und, meine Herren, als im Jahre 1873*) endlich die Maßregel getroffen wurde, die wir als Kompromiß zu bezeichnen pflegen, ist von verschiedenen Seiten, auch vom Bundesratstische aus, anerkannt worden, daß gewisse Uebelstände, welche in dem Verhalten des Auslandes liegen, mit dem Eintritt dieser Maßregel beseitigt werden müßten, namentlich aber, daß eine dreijährige Frist vollkommen ausreichen würde, um beim Abschluß neuer Handelsverträge mit dem Auslande auf eine gewisse Gegenseitigkeit hinzuwirken. Besonders wurde als notwendig anerkannt, daß die französischen Ausfuhrvergütungen bis dahin wegfallen müssen. Ich persönlich habe damals mein Einverständnis nicht gerade von der Bedingung, wohl aber von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß hier Remedur eintritt, und habe erklärt: trifft diese Voraussetzung nicht zu, so sehe ich sehr schwarz in die Zukunft und glaube, daß die auf einseitige Aufhebung der Eisenzölle gerichtete Maßregel nicht ohne die schwersten Nachteile ausgeführt werden kann.**)

---

*) Am 24. Juni 1873.

**) Am Schlusse der Rede vom 20. Juni 1873, S. 149 dieses Bandes.

Meine Herren, der damalige Präsident des Reichskanzleramts, Herr Delbrück, hat im Jahre 1875 die Erklärung in sehr konkreter Form wiederholt, und als Extrakt aller dieser Erklärungen hat die Regierung im Herbst 1876 das Ausgleichsgesetz vorgelegt. Die Kontinuität, die in all der Zeit durch die Verhandlungen dieses Hauses hindurchging, die mit der Annahme meines Antrags auf Abschaffung der französischen titres d'acquit à caution, im Zollparlament*) mit großer Majorität anfing und schließlich endete mit der Beratung des Ausgleichsgesetzes, die erheischte notwendig irgend eine Abhilfe auf diesem Gebiet. Wenn nun von unserer Seite in ganz schüchterner Weise — Herr von Kardorff hat ja noch in keiner Weise präzisiert, was vorgeschlagen werden soll — angedeutet wird, daß, nachdem die Regierung leider diesmal ihrerseits die Initiative nicht ergriffen hat, wir in logischer Ausführung der bisher im Reiche maßgebenden Zollpolitik mit Anträgen an Sie herantreten werden, die der herrschende Notstand immer dringender erscheinen läßt,**) so sollten Sie sich doch hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten und sich weiß zu machen, daß die Lage weniger bedrohlich sei, als sie es tatsächlich ist.

Meine Herren, ich bin der Ansicht, daß die Anträge, die an Sie herantreten werden, Ihrer vollen Prüfung würdig sind. Ich habe im Jahre 1873 den Kompromiß geschlossen, ich halte mich noch heute daran gebunden, allerdings nicht***) bis ans Ende der Dinge, aber heute sind die Erfahrungen noch nicht so stark, daß ich sagen könnte, die Ueberzeugungen, die ich damals gehabt habe, sind so verändert, daß ich von dem einmal geschlossenen Kompromiß abweiche. Aber, meine Herren, ich betrachte den Sinn und Geist des Ausgleichsgesetzes vom vorigen Jahr als eine mit dem Kompromiß notwendig zusammenhängende Maßregel, und meine Auffassung geht da-

*) Am 8. Mai 1868, S. 14 dieses Bandes.

**) Im Text steht nach „läßt" ein: „aber".

***) Im Text steht „nur" statt „nicht".

hin, *) wenn Sie diese Maßregel pure oder so ablehnen, daß sie eine ganz unwirksame wird, dann sind Sie (nach links) es, die die Aussöhnung im Kompromiß unmöglich machen und eine allgemeine Reaktion hervorrufen. Wenn der Herr Abgeordnete Richter vor einigen Tagen dem Abgeordneten Kapell zugerufen hat, daß nach seiner Auffassung gerade er und seine Freunde die größten Feinde der Arbeiter seien, so behaupte ich, daß nach meiner Ueberzeugung Sie von jener Seite (links), die, von einer verständigen Entwickelung des Freihandelsprinzips abweichend, es verhindern wollen, daß wir den nötigen Druck auf das Ausland ausüben, um einer schädlichen Zollpolitik desselben die Spitze abzubrechen, daß Sie selbst die größten Feinde des Freihandels sind.

Auf die Rede Stumms folgte eine längere Rede des Abgeordneten Braun, in der dieser Stumm und seinen Freunden die Verantwortung für die Aufhebung der Eisenzölle am 1. Januar 1877 beimaß.

Zur persönlichen Bemerkung erhielt Stumm das Wort.

Abgeordneter Stumm**): Der Herr Abgeordnete Braun hat gegen mich die Hand erhoben und gedroht, daß, wenn ich ihn provoziere, er alle möglichen Geheimnisse aus der Kommission dem hohen Hause mitteilen werde, an deren Verschweigen ich ein Interesse hätte.***) Dieser Ausspruch ist mir vollkommen unverständlich geblieben, und ich fordere den Herrn Abgeordneten Braun auf, hier auszusprechen, was mir heute unangenehm zu hören sein könnte, das ich in der Kommission gesagt oder getan habe. Ich muß sagen, ich kann mir

*) Im Text steht hier ein „daß".

**) S. 193.

***) Der Abgeordnete Braun hatte gesagt: „Es wurde ja in betreff der Mitteilungen (über den Stand der Verhandlungen mit Frankreich) eine förmliche Verwahrung eingelegt, daß sie nicht ins Protokoll kämen, und deswegen will ich, wenn ich nicht weiter provoziert werde, darüber keine Enthüllungen machen; provoziert man mich aber, dann werde ich sie machen. Ich erinnere an das Wort ‚Verhöhnung'; diejenigen, welche die Verhandlungen kennen, werden wissen, was ich damit sagen will. Verlangen Sie mehr, ich stehe zu Dienst."

kaum denken, daß er mich gemeint hat; wenn nicht, so hat er doch im hohen Hause wie vor dem Lande die Meinung verbreitet, als ob ich irgend etwas in der Kommission getan hätte, was die Oeffentlichkeit zu scheuen habe, und das verbitte ich mir ein für allemal.

(Glocke.)

Ein zweiter Punkt ist der, daß der Herr Abgeordnete Braun behauptet hat, ich hätte vor drei Jahren, im Jahre 1873, den Kompromißantrag gemacht in der Weise, wie er zum Gesetze geworden ist.*)

Das ist nicht wahr. Ich habe damals allerdings im Auftrage der verschiedenen Herren, welche die Tarifänderungen vorschlugen, mich an der dem Kompromiß ursprünglich zu grunde liegenden Resolution beteiligt; daß aber mit Neujahr 1877 die Zölle aufhören sollten, habe ich niemals beantragt; ich habe dem lediglich zugestimmt, wie der Herr Abgeordnete Braun und wie die andern Herren demselben ebenfalls zugestimmt haben.

Hierauf bemerkte Dr. Braun, daß er nicht gegen Stumm die Hand erhoben habe. Der Abgeordnete Stumm sei es auch nicht gewesen, der das Wort „Verhöhnung" gebraucht habe, sondern das sei der Regierungskommissar gewesen.

Abgeordneter Stumm**): Ich bedaure, wiederholen zu müssen, daß ich an der Redaktion des Gesetzes von 1873, insoweit es die Aufhebung von Zöllen nach drei Jahren involviert, in keiner Weise beteiligt bin, sondern daß dieser

*) Der Abgeordnete Braun hatte gesagt: „Nun sprechen wir einmal von dem Zollgesetz vom Juli 1873. Wer hat das gemacht? Waren Sie es nicht? Waren es nicht die Herren Stumm und Hammacher, die uns dieses Kompromiß empfohlen, die uns sagten: das wird vortrefflich gehen, gönnt uns nur noch drei Jahre Zeit, bis wir das alles zusammengefreit, wir werden das alles vortrefflich machen, Ende 76 wird die Sache aufhören, und wenn ihr uns nur diese Frist gewährt, so sind wir euch ewig dankbar und lassen uns das alles gefallen."

**) S. 194.

Vorschlag von ganz anderer Seite sachlich und förmlich gemacht worden ist.

Ferner aber, was die andere Bemerkung betrifft, erwidere ich ganz einfach: was der Herr Abgeordnete Dr. Braun hat sagen wollen, das ist natürlich seine eigene Sache und seine Ueberzeugung, aber daß er von dem Herrn Regierungskommissar vorhin nicht gesprochen, als er sagte: wenn Sie mich provozieren, so geschieht das und das, und ausdrücklich auf mich zeigte, darin wird mir das ganze Haus beistimmen, und die stenographischen Berichte werden es ausdrücklich bezeugen.

Siebenundzwanzigste Sitzung
Sonnabend, den 25. April 1877

Ausgleichsabgaben

Am 21. April 1877 fand die erste Beratung des zweiten von der Reichsregierung eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Erhebung einer Ausgleichsabgabe (Nr. 123 der Anlagen) gegen fremde Ausfuhrprämien, im Reichstage statt. Damit war die Beratung eines von den Abgeordneten Löwe und Genossen vorgelegten Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs, Nr. 76 der Anlagen, verbunden. Zu dem Antrag Löwe lag ein Antrag Stumm-Dr.-Thilenius vor. Während der Antrag Löwe das gegenwärtige Gesetz mit den neu vorgeschlagenen Zollsätzen für Eisen- und Eisenwaren nach seinem § 4 einfach mit dem 1. Mai 1877 in kraft setzen wollte, fügte dem der Antrag Stumm-Dr.-Thilenius noch folgendes hinzu: „Der Reichstag wolle beschließen, dem § 4 hinzuzufügen: „Dasselbe (das gegenwärtige Gesetz) wird durch Kaiserliche Verordnung außer kraft gesetzt, sobald die in andern Ländern bestehende Begünstigung der Ausfuhr durch tatsächliche Ausfuhrprämien in Wegfall gekommen sein wird.“ In dem Antrage sollte ein Anreiz für Frankreich liegen, seine acquits zu beseitigen. Die Beratung wurde durch einen Bericht des Berichterstatters der Petitionskommission eingeleitet, welcher zahlreiche Bitten auf Wiedereinführung oder Ablehnung der Eisenzölle zugegangen waren, und zwar 134 Petitionen für die Wiedereinführung und 53 Petitionen gegen dieselbe. 108 Petitionen forderten, daß für Eisen- und Stahlwaren sowie für Maschinen die Sätze wieder eingeführt würden, die durch das Gesetz vom 7. Juli 1873 am 1. Januar 1877 aufgehoben worden waren, und traten zugleich für einen Roheisenzoll von 1 Mark für 100 kg ein. Städte, Vereine und Kohlengrubenarbeiter waren die Unterzeichner. 15 Petitionen wünschten die Wiederherstellung der-

jenigen Zölle, die am 1. Januar 1877 aufgehört hatten, und daneben einen geringeren Roheisenzoll von 40 bis 50 Pf. auf 100 kg 11 Petitionen wünschten die Eisenzölle ohne Roheisenzoll. Gegen die Eisenzölle wandten sich 53 Petitionen, welche sämtlich entweder aus dem preußischen Nordosten kamen oder von Eisenhändlern herrührten. Der preußische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Staats- und Handelsminister Achenbach, begründete den Regierungsvorschlag der Erhebung von Ausgleichungsabgaben von 7½ Sgr. für Eisenwaren mit der Notwendigkeit derselben für die Industrie. Hatte die Regierungsvorlage vom Dezember 1876 Ausgleichungsabgaben im Wege Kaiserlicher Verordnung vorgeschlagen, so wählte die neue den Weg durch das Gesetz, machte aber die Dauer der Ausgleichungsabgaben abhängig von dem Fortbestehen der französischen Ausfuhrprämie. Der Antrag Löwe und Genossen machte sie davon unabhängig, bedeutete also die Einführung neuer, mäßiger Eisenzölle und schloß eine Anzahl Erzeugnisse mehr ein als die Regierungsvorlage, so z. B. Maschinen.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, verzeihen Sie es meiner Gewohnheit, solche Dinge so sachlich wie möglich zu behandeln, wenn ich von dem begeisterten Ton, den der Herr Vorredner**) seiner Rede zu geben beliebt hat, zu der Nüchternheit zurückkehre, die mir in dem vorliegenden Fall allein am Platz zu sein scheint.

Ich beginne mit einem Punkt, der mir in dem Stadium, in dem wir uns jetzt befinden, der wesentlichste zu sein scheint, der aber merkwürdigerweise bisher von keinem der Herren Vorredner noch berührt worden ist, ich meine die Frage, ob die Vorlage an eine Kommission verwiesen werden soll oder nicht, und da meine ich denn, meine Herren, daß, welcher Ansicht wir uns auch einzeln zur Sache selbst hinneigen, wir doch alle darin übereinstimmen sollten, daß ein wiederholtes Begraben dieses Gegenstandes in der Kommission der Würde dieses Hauses nicht angemessen sein könnte. Ich glaube, wir sind es uns gegenseitig schuldig, in loyaler Weise diese Frage endlich zum Austrag zu bringen. Die Industrie muß endlich wissen, ob

*) S. 680.

**) Der Abgeordnete Dr. von Treitschke.

die von allen Seiten als berechtigt anerkannten Klagen, die sie gegen eine mißbräuchliche französische Praxis erhebt, berücksichtigt werden sollen oder nicht; das Ausland muß endlich wissen, ob die Schritte, welche die Reichsregierung in entschiedenster und offiziellster Form zum Schutz gegen vertragswidrige Maßregeln desselben ergriffen hat, von der Volksvertretung desavouiert werden sollen oder nicht. Die Nation muß endlich wissen, ob ihre Vertretung gewillt ist, binnen fünfzehn Jahren fünfmal die deutsche Handelspolitik vollständig zu ändern und in neues Fahrwasser zu bringen.

(Widerspruch.)

— Wenn das Widerspruch findet, so erinnere ich daran, daß wir bis zum Jahr 1862 ein gemäßigtes, aber autonomes Schutzzollsystem hatten, daß wir durch den französischen Handelsvertrag zu ermäßigten Zöllen auf grund der Gegenseitigkeit kamen, daß wir dann späterhin seit Konstituierung des Norddeutschen Zollparlaments auf ermäßigte autonome Zollsätze unter den vertragsmäßigen Zollsätzen kamen ohne Gegenseitigkeit, und daß wir endlich 1873 zum viertenmal auf ein vollständig neues System übergingen, auf die Etablierung des absoluten Freihandels ohne jede Gegenseitigkeit des konkurrierenden Auslandes. Heut wird uns nun zugemutet, durch Ablehnung der Regierungsvorlage einen fünften Zustand zu schaffen, indem wir zugeben, was wir bisher nie getan haben, daß das Ausland neben freier Einfuhr auch noch durch Ausfuhrprämien begünstigt zu uns hereinkommen soll.

Meine Herren, ich denke, daß alle die Gründe, die im vorigen Herbst für die Verweisung an die Kommission angeführt wurden, diesmal vollkommen weggefallen sind. Zunächst handelt es sich bei der jetzigen Fassung nicht mehr um konstitutionelle Bedenken; es sind ferner sämtliche Artikel, die mit der Ausgleichungsabgabe belegt werden sollen, einzeln in der Regierungsvorlage aufgeführt; wir haben eine unendliche Fülle von Material seitens der Regierung in der vorjährigen Kommission bekommen, welches die Herren, die derselben da-

mals mit beigewohnt haben, für das Plenum jetzt verwerten können, und mit einer einzigen Ausnahme sind, so viel ich weiß, ja alle diese Herren heut noch im Hause. Wir haben endlich über die diplomatischen Beziehungen heut so offen vom Regierungstisch Erklärungen empfangen, daß in der Kommission kaum mehr darüber mitgeteilt werden würde; ich glaube daher wirklich, meine Herren, daß wir hierüber wegkommen und uns dahin verständigen sollten, die Sache sobald als möglich hier in zweiter Lesung zu beraten. Die einzigen Gründe, die für die Kommission geltend gemacht werden könnten, das wäre die Frage der Einreihung einzelner Artikel plus oder minus in den Rahmen des Gesetzes; aber darüber, glaube ich, wird auch die Kommission nicht sachverständig urteilen können, denn dazu ist ein solches Detail von technischer Sachkenntnis erforderlich, daß man sich in dieser Frage doch mehr oder weniger auch in der Kommission auf das Urteil der Regierungen und der wenigen vorhandenen Sachverständigen verlassen müßte, die sich im Plenum ebensogut Geltung verschaffen können.

Nun, meine Herren, komme ich zu dem Inhalt des Gesetzes selbst, und da muß ich doch wirklich mein Erstaunen darüber aussprechen, daß selbst von gemäßigt freihändlerischer Seite dem Gesetzentwurf eine solche Opposition gemacht wird, wie wir das eben von dem Herrn Vorredner gehört haben. Ich glaube, meine Herren, viel erklärlicher ist es, wenn von schutzzöllnerischer Seite der Vorlage Opposition gemacht wird, und der Herr Vorredner macht sich die Sache sehr leicht, wenn er diese Opposition einfach wegleugnet und sich bemüht, die Vorlage als den Extrakt schutzzöllnerischer Wünsche hinzustellen.

Meine Herren, gerade von dieser Seite ist dem Gesetzentwurf die allerheftigste Opposition gemacht worden, und wenn der Herr Abgeordnete*) den Verhandlungen und dem Austausch von Meinungsdifferenzen hätte beiwohnen können, wie ich sie mit den mir sonst nahestehenden industriellen Freunden gehabt

*) Dr. von Treitschke.

habe, so würde er mir zugeben, daß jene Herren eine sehr viel begründetere Opposition gegen den Gesetzentwurf erhoben haben und erheben konnten, als es von anderer Seite überhaupt möglich ist. Denn, meine Herren, der Gesetzentwurf erklärt ja ausdrücklich, daß er auf den bisherigen Prinzipien der Zollpolitik stehen bleiben will, er erkennt die Kontinuität der Gesetzgebung von 1873 unumwunden an, gegen welche die Schutzzollpartei stets in der entschiedensten Weise vorgegangen ist und vorgehen mußte. Diejenigen Herren, welche sich zu den Freihändlern rechnen und somit ein Interesse daran haben, daß die Kontinuität der Gesetzgebung von 1873 festgehalten werde, sollten sich doch zunächst die Frage vorlegen: hat man damals auch nur an die Möglichkeit gedacht und ist es überhaupt zu irgend einer Zeit denkbar, daß eine so kühne Maßregel wie die einseitige Aufhebung der Eisenzölle in Deutschland ohne jedwede Gegenseitigkeit des Auslands durchgeführt werden könnte, wenn die Einfuhr fremder Erzeugnisse nach Deutschland durch Ausfuhrvergütungen in dem Maße, wie sie bestehen, begünstigt wird? Vergessen Sie dabei nicht, daß diese Ausfuhrvergütungen von Frankreich, also von einem Lande gewährt werden, das mit uns in seinen Produktionsbedingungen der Eisenindustrie vollkommen gleich steht.

Meine Herren, die Grenze von 1871 hat Lothringen, wohl die günstigst gelegene Gegend für die Eisenindustrie, die wir überhaupt auf dem Kontinent haben, mitten durchgeschnitten ohne jedwede Rücksicht auf die dort bestehenden Eisenetablissements. Ganz auf demselben großartigen Erzbecken liegen auf der einen Seite der Grenze die jetzt deutsch gewordenen Etablissements; unter völlig gleichen Produktionsverhältnissen in ganz derselben Entfernung von der Steinkohle, liegen auf der andern Seite die französischen, seit dem Kriege kolossal erweiterten Werke, und Sie können von einem deutschen Ofen teilweise mit einem Stein auf den benachbarten französischen Ofen hinüberwerfen. Nun, meine Herren, denken Sie sich, daß der französische Teil, dem es auf seinen Werken ohnehin sehr gut

geht, während der deutsche Teil, wie Sie ja alle wissen, heute einen Verzweiflungskampf um seine Existenz führt, eine Ausfuhrvergütung erhält, die 10 Prozent des Anlagekapitals oder, ich kann mich ebensogut ausdrücken, den zehnten Teil des Werts der Waren — das ist ungefähr identisch — beträgt, so wird *) doch ganz natürlich der Franzose auf dem deutschen Markte **) mit Preisen konkurrieren können, die ihn noch seine üblichen Zinsen verdienen lassen, während der Deutsche bereits 5 Prozent verliert, und wenn der Franzose mit den Verkaufspreisen seine Selbstkosten noch deckt, so wird der Deutsche an denselben bereits einen Verlust von 10 Prozent erleiden.

Meine Herren, ich muß offen sagen, mir steht der Verstand still, wenn in einer Versammlung von geistig so hoch begabten und erfahrenen Männern, wie sie der Deutsche Reichstag unzweifelhaft ist, die Frage überhaupt ernsthaft diskutiert werden kann, ob unter solchen Umständen die Möglichkeit einer Konkurrenz der deutschen Werke auch nur *theoretisch* denkbar ist. Daß sie *praktisch* nicht denkbar ist, das werde ich Ihnen gleich nachweisen.

Aber, meine Herren, es ist auch noch ein anderes Interesse, welches die Freihandelspartei meiner Auffassung nach hat, an dem Gesetzentwurf der Regierung festzuhalten, respektive darauf einzugehen, und das ist die Realisierung der Versprechungen, die vom Regierungstisch, in ihrem Namen jedenfalls doch auch, gemacht worden sind, wenigstens ist damals ein Widerspruch von keiner Seite dagegen erhoben worden.

Meine Herren, im Jahr 1868 wurde der Antrag, sich beschwerend an die französische Regierung in Beziehung auf die Abschaffung der acquits à caution zu wenden,***) im Zollparlament mit großer Majorität angenommen, und die Gegner dieses Antrags haben zur Motivierung ihres dissen-

*) S. 681.

**) Im Text steht „Werke“.

***) Es war ein Antrag *Stumm*, der am 8. Mai 1868 verhandelt und zum Beschluß erhoben wurde. S. 14 dieses Bandes.

tierenden Votums damals *) lediglich angeführt, daß in Deutschland der Zoll so hoch sei, daß immer noch ein genügendes Stück davon übrig bleibe, wenn auch die französische Ausfuhrvergütung davon in Abzug käme; sie gaben etwa zu, daß, wenn wir keinen Zoll mehr hätten, dann die Sache ganz anders läge und wir eine Remedur notwendig eintreten lassen müßten. Meine Herren, im Jahre 1873, bei Gelegenheit des Kompromisses, habe ich ausdrücklich erklärt, ohne irgend welchen Widerspruch zu finden, daß ich vom Standpunkt der Industrie das Kompromiß, wonach in drei Jahren die Zölle wegfallen sollten, nur in der Voraussetzung empfehlen und der Eisenindustrie die betreffenden Umwandlungen zumuten könne, daß erstens eine gewisse Gegenseitigkeit mit dem Auslande innerhalb der drei Jahre eintrete, vor allen Dingen aber, daß es bis dahin der Regierung gelingen werde, den Mißbrauch der titres d'acquit à caution, ihren Versprechungen gemäß, abzuschaffen. **) Im Jahre 1876 hat — es ist heute morgen schon von dem preußischen Herrn Handelsminister darauf hingewiesen worden — der Minister Delbrück so entschiedene Erklärungen abgegeben, daß die Industrie wie das Ausland sich fest darauf verlassen müßten, daß diese französische Ausfuhrvergütung, in welcher Form es auch sei, kontrebalanziert werden würde. Wenn wir nun heute sehen, meine Herren, daß trotz allem, was vorhergegangen ist, die französische Ausfuhrvergütung fortbesteht, und trotzdem Sie alle zugeben müssen, daß unsere Eisenindustrie auf diese Weise nicht bestehen kann, Sie doch nicht geneigt sind, auf eine Abhilfe einzugehen, dann sind Sie es, meine Herren, welche eine wirtschaftliche Reaktion mit Notwendigkeit hervorrufen. Und der Herr Abgeordnete von Treitschke hat eine eigentümliche Logik, wenn er sagt, daß er gegen die Regierungsvorlage stimmen würde, um diejenigen Staatsmänner zu stützen, welche dieselbe eingebracht haben und hier auf das lebhafteste vertreten. Ich glaube,

*) Im Text steht „damit".
**) In der Rede vom 20. Juni 1873.

daß mit größerem Recht behauptet werden kann, daß gerade Herr von Treitschke das seinige tut, um eine Umkehr auf wirtschaftlichem Gebiet hervorzurufen, gegenüber der der Herr Finanzminister allerdings seinen Posten wohl nicht würde behalten wollen. Meine Herren, wenn man ein als richtig erkanntes Prinzip durchführen will, so ist man verpflichtet, jede Karikierung dieses Prinzips zu verhindern, die Spitzen selbst abzuschneiden, die schließlich jedes Prinzip ad absurdum führen müssen, und ich glaube, daß das Bewußtsein einer solchen Pflicht das Hauptmotiv ist, weshalb die preußische Regierung, und auf ihre Anregung der Bundesrat, uns die Vorlage gemacht hat. Jedenfalls ist die Regierung selbst der geeignetste Interpret ihrer Handelspolitik, und es ist eine eigentümliche Unterstützung, welche Herr von Treitschke derselben angedeihen läßt, wenn er diejenigen Maßregeln auf das lebhafteste bekämpft, welche die Regierung zur Durchführung ihrer Grundsätze für nötig erachtet.

Wenn ich mich jetzt näher wenden soll zu dem Effekt, den die französischen Ausfuhrvergütungen auf die Eisenindustrie in Deutschland haben, — so hat der Abgeordnete Richter in bezug auf die Gefahr dieser Ausfuhrvergütungen für die deutsche Produktion das beste Argument selbst angegeben, indem er gesagt hat, daß nach einem Bericht der Hagener Handelskammer die lothringische Eisenindustrie am wenigsten Grund habe, über Benachteiligung zu klagen, da sie es gerade sei, welche im ganzen Norden allen übrigen Eisendistrikten die lebhafteste Konkurrenz mache. Nun, meine Herren, wenn das wahr ist, so geht doch unzweifelhaft daraus hervor, daß die französische Industrie, die ganz in derselben Lage ist, infolge der französischen Ausfuhrvergütung in den Stand gesetzt ist, jede Konkurrenz in Deutschland abzuschneiden. Ich werde darauf zurückkommen, sobald der Rahmen meiner Ausführungen mir dies gestattet.

Nun ist ja im Prinzip, wie ich bereits konstatiert habe, von den Herren zugegeben worden, daß gewisse Klagen der

deutschen Industrie gegenüber der Handhabung der französischen titres d'acquit à caution berechtigt seien. Es sind nun alle möglichen Einwendungen gegen die Notwendigkeit von Gegenmaßregeln erhoben worden, und ich bin dankbar dafür, daß ich wenigstens einen Haupteinwand, der sonst stets vorgebracht wurde, heute nicht mehr ausdrücklich zu widerlegen brauche. Es ist das der Einwand, die französische Regierung habe die Absicht, die titres d'acquit à caution in näherer oder fernerer Zeit abzuschaffen. Der Herr Abgeordnete von Treitschke hat uns im Gegenteil gesagt, daß seiner Ueberzeugung nach die französische Regierung nie daran denken könne, diese Ausfuhrvergütung abzuschaffen, indem dieselbe mit ihrem ganzen System untrennbar verwachsen sei, während im Jahre 1868 und bei jener Gelegenheit im vorigen Herbst noch uns die Sache von jener Seite immer so dargestellt worden ist, als sei entweder diese Ausfuhrvergütung bereits abgeschafft, oder als sei die französische Regierung wenigstens unmittelbar im Begriff, sie abzuschaffen. Heute waren alle Stimmen darüber einig, daß trotz alledem und alledem die französische Regierung ihre Ausfuhrvergütung festhält, trotz unserer Vorstellungen und Reklamationen, und daß sie, wie die Verhältnisse einmal liegen, ohne einen Anlaß nicht die Absicht hat, von diesem Entschlusse abzugehen. Es wird gut sein, meine Herren, davon Akt zu nehmen.

Die übrigen Einwendungen erscheinen dagegen heute alle wieder, und will ich mich bemühen, sie einzeln zu widerlegen.

Der Abgeordnete Richter hat gesagt, die Sache sei deshalb nicht so gefährlich, weil durch die in Frankreich bestehenden Zölle die dortigen Fabrikate sehr verteuert würden, daß ungeachtet der Ausfuhrvergütung das französische Fabrikat nach Deutschland teurer gebracht würde, als hier dergleichen Sachen produziert werden könnten. Der Herr Abgeordnete Richter hat aber selbst implizite zugegeben, daß das für Gußwaren nicht zutrifft, welche den Hauptbestandteil des französischen

Exports nach Deutschland bilden, denn, meine Herren, die Gußwaren, die aus Frankreich nach Deutschland exportiert werden, werden nicht aus Roheisen, das Zoll bezahlt, hergestellt, sondern aus Erzen, die auch in Frankreich zollfrei eingehen. Die Produktion der Gußwaren aus Erzen ist nun in Frankreich, wie ich bereits nachgewiesen habe, nicht *) teurer als in Deutschland; der französische Fabrikant stellt im Gegenteil seine Gußwaren gerade mit Rücksicht auf den französischen Zoll billiger her als der **) deutsche. Es ist nämlich nicht möglich, alles Roheisen in dem Hochofen direkt in Gußwaren zu verwandeln, da am Sonntag nicht gegossen werden kann, eine Menge Abfall in Form von Brucheisen eintritt usw. Dieses Roh- und Brucheisen, welches beinahe die Hälfte einer Hochofenproduktion ausmacht, verkauft der Franzose infolge des Roheisenzolls zu höherem Preise und macht noch einen gewissen Nutzen davon, während der deutsche Hochofengießer infolge der zollfreien Einfuhr des Roheisens aus England mit Verlust verkaufen muß. Ich will mich durch ein Beispiel verständlicher machen: das Gießereiroheisen wird in Französisch- wie in Deutsch-Lothringen etwa zu 60 Mark per Tonne produziert, in Frankreich steht es augenblicklich nach unserm Gelde berechnet auf 68 bis 70 Mark, in Deutschland infolge der englischen Konkurrenz dagegen auf 55, höchstens 58 Mark. Der Deutsche verliert also durch den Verkauf des etwa die Hälfte seines Produktionsquantums bildenden Roheisens einen Betrag, den er den Selbstkosten seiner Gußwaren zuschlagen muß, während der Franzose in demselben Maße an dem Roheisenverkauf gewinnt und seine Gußwaren dadurch um 10 bis 15 Mark billiger herstellen kann. Dazu kommt dann noch die Exportprämie. Meine Herren, wie da jemand zu behaupten wagt, daß die Möglichkeit einer Konkurrenz mit den französischen groben Gußwaren seitens der deutschen Hochofengießerei noch denkbar sei, ist mir vollständig unerfindlich.

*) Im Text steht „weit“.
**) S. 682.

Ganz ähnlich liegt die Sache übrigens auch bei andern Eisensorten, bei Stabeisen und den Eisenfabrikaten, denn auch da sind die exportierenden französischen Werke nicht in der Lage, das betreffende Fabrikat aus fremdem, importiertem Roheisen herzustellen, sondern die exportierenden Werke liegen dicht an der Grenze, sie verarbeiten ihr Fabrikat vom Erz und der Kohle an bis zu der fertigen Materie ganz in derselben Weise wie ihre deutsch gewordenen Nachbarn; der einzige Unterschied liegt darin, daß sie einen kleinen Zoll auf Steinkohlen und Koks bezahlen müssen, der aber vollständig ausgeglichen wird durch die größere Leichtigkeit des Arbeitsmarkts in Französisch-Lothringen. Wie Sie wissen, sind in Elsaß-Lothringen vor kurzem die Vorschriften über die Ausweisung der Optanten verschärft worden, es werden nämlich sämtliche Arbeiter dort ausgewiesen, welche sich in dem Alter von 20 bis 40 Jahren befinden, alle diejenigen, die in Frankreich kriegspflichtig sind, und ist diese Maßregel nicht auf die eigentlichen Optanten beschränkt, sondern auf alle Nationalfranzosen ausgedehnt worden. Infolgedessen sind die Fabrikanten in Elsaß-Lothringen stark in Verlegenheit gekommen, sie mußten, wenn sie ihre Arbeit nicht noch mehr reduzieren wollten, als das ohnehin geschehen, andere Arbeiter heranziehen und höhere Löhne bezahlen, während die Optanten ihren französischen Konkurrenten tüchtige und billige Arbeitskräfte in Masse zuführten. Dadurch wird, wie gesagt, der kleine Unterschied des Kohlenzolls vollständig ausgeglichen, und es bleibt die französische Exportbonifikation in ihrer ganzen Gefährlichkeit auch hier teilweise bestehen.

Dann ist heute morgen darauf hingewiesen worden, und ist das namentlich in der Ausgleichungskommission ein Haupteinwand gegen die Vorlage gewesen, daß die titres d'acquit nicht bloß eine Ausfuhrprämie bilden, sondern auch in demselben Maße die deutsche Ausfuhr nach Frankreich erleichtern, und als Beweis dafür ist von dem Herrn Abgeordneten Bamberger, der ja wahrscheinlich noch in dieser Angelegenheit

das Wort nehmen wird, angeführt worden, daß die Einfuhr von Deutschland nach Frankreich infolge der acquits eine weit größere sei als umgekehrt die Ausfuhr von Frankreich nach Deutschland. Dagegen habe ich schon damals darauf hingewiesen und tue es auch heute wieder, daß man das Roheisen und die Eisenfabrikate in diesem Falle nicht zusammenwerfen kann, daß aber in der großen offiziellen Einfuhrziffer aus Deutschland nach Frankreich Roheisen bei weitem die Hauptsache bildet. Ziehen Sie das Roheisen von der aus Deutschland nach Frankreich exportierten Gesamtziffer ab, so bleibt so gut wie nichts übrig. Nun kann man, seitdem wir in Deutschland den Roheisenzoll haben fallen lassen, aus der Statistik überhaupt nicht mehr ersehen, aus welchem Ursprung das Roheisen herstammt, welches aus Deutschland nach Frankreich übergeht, und nach meinen Ermittelungen, meine Herren, besteht so ziemlich die ganze Ausfuhrziffer, um die es sich hier handelt, in englischem Gießereiroheisen, welches durch die holländischen Häfen den Rhein hinaufgeht und durch das Elsaß nach Französisch-Lothringen, der Haute-Marne, den Vogesen und der Dauphinée eingeführt wird. Allerdings bin ich nicht im stande, positiv nachzuweisen, welches Quantum englisches Roheisen in diesen Ziffern steckt; der Herr Abgeordnete Bamberger wird uns ebensowenig nachweisen können, daß und welches Quantum deutsches Roheisen in denselben enthalten ist.

Nun, meine Herren, will ich ja gern zugeben, daß eine gewisse Erleichterung der auswärtigen Einfuhr von Roheisen durch die acquits à caution herbeigeführt wird; da aber, wie Sie wissen, die acquits 17 bis 18 Franken wert sind und selbst bis 19 Franken steigen, der französische Roheisenzoll aber 20 Franken beträgt, so wird die Ausfuhr von Frankreich nach Deutschland erleichtert um 19 Franken, während umgekehrt die Ausfuhr von Deutschland nach Frankreich nur um die Differenz von 20 minus 19 erleichtert wird, also mit etwa einem halben Silbergroschen pro Zentner, und ich glaube,

daß mir nicht widersprochen werden wird, wenn ich behaupte: bei einer Erleichterung, die so gering ist, wird die Einfuhr von Roheisen, das aus Deutschland nach Frankreich geht, nicht im mindesten durch die acquits berührt, während umgekehrt die kolossale Exporterleichterung von 7½ Silbergroschen pro Zentner für die ganze Frage entscheidend ist; das eine ist 10 Prozent des Anlagekapitals, das andere kaum 1 Prozent, ganz abgesehen davon, daß die behauptete Einfuhr deutschen Roheisens nach Frankreich sich im wesentlichen auf englisches Roheisen bezieht. Ich gebe allerdings zu, daß es einzelne Artikel gibt, bei welchen die deutsche Industrie den größten Wert darauf legen muß, daß die Einfuhr nach Frankreich auf grund des Veredelungsverfahrens nicht inhibiert wird, das ist namentlich Drahteisen; aber, meine Herren, diese Frage hat mit der Frage des käuflichen Handels mit den acquits nichts zu tun, und dieser Charakter derselben ist ja die einzige Beschwerde, welche die deutsche Industrie dagegen erhebt. Sobald die Fakultät aufhört, das Recht, gewisse Rohmaterialien zollfrei einzuführen und *) seitens der Exporteure an der Börse oder sonst an dritte zu verkaufen, und der Bezieher **) diese Materialien wirklich für den Export selbst verarbeiten muß, tritt ein einfaches Veredlungsverfahren ein, gegen welches niemand etwas einzuwenden hat. Ich habe mich nun sorgfältig davon vergewissert, daß die admission temporaire für Netzdraht durchaus nicht an der Börse gehandelt, sondern direkt von den exportierenden Werken benutzt werde. Unsere Drahtinteressenten sind somit vollständig befriedigt, wenn der Handel mit den acquits, also die direkte Exportvergütung, wegfällt. Für sie genügt vollkommen der dann ihnen verbleibende Charakter als Veredlungsverfahren.

Deshalb behaupte ich, — und ich glaube, darin sind alle deutschen Industriellen vollständig mit mir einverstanden, daß eine Schädigung irgend eines deutschen Industriezweigs durch

*) Im Text fehlt „und“.
**) Im Text steht „derselbe“ statt „der Bezieher“.

die Aufhebung der mißbräuchlichen Handhabung der acquits in keiner Weise stattfinden kann und daß diese Aufhebung für uns nur vorteilhafte Seiten hat.

Nun ist als Haupteinwand die Behauptung aufgestellt worden, daß die acquits nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung für die gesamte deutsche Eisenproduktion hätten. Was die Einfuhr von Gußwaren anlangt, so hat sich der Herr Abgeordnete Richter in seinen Ausführungen selbst widersprochen, denn er hat zuerst behauptet, diese ganze französische Einfuhr habe keine Bedeutung, und hinterher hat er selber die*) kolossalen Ziffern des französischen Gußwarenimports aus dem Gesamtimport herausgeschält; dennoch ist er dabei stehen geblieben, daß die Sache von keiner Wichtigkeit sei. Gestatten Sie mir demgemäß darauf hinzuweisen, daß nach dem im vorigen Herbst von der Regierung uns vorgelegten Material die Gesamtausfuhr an groben Gußwaren aus Frankreich in den Jahren 1872 bis 1875 überhaupt 121 545 000 Kilogramm betrug, daß davon aber 58 338 760 Kilogramm, also fast die Hälfte, allein nach Deutschland ausgeführt wurde. Meine Herren, ich glaube, diese Ziffern weisen nach, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die doch etwas ernster ist, als die Herren es darzustellen belieben, und die Ziffern werden am besten durch die Tatsache illustriert, daß in denselben Jahren die französischen Gießereien in Wasser- und Gasleitungsröhren den deutschen Markt bis zum Osten hin, — so weit Sie Berlin zum Osten rechnen, wir am Rhein tun es wenigstens — beherrscht haben. Das einzige Werk Pont à Mousson, welches an der deutsch-französischen Grenze liegt, hat Wasser- und Gasleitungen während der letzten zwei Jahre für folgende Städte geliefert: Heilbronn, Karlsruhe, Ulm, Augsburg, Hanau, Kassel, Würzburg, Frankfurt a. M., Magdeburg, Nordhausen. Es sind dies nur diejenigen Lieferungen, welche zufällig zu meiner Kenntnis kamen, tatsächlich sind es deren noch weit mehr.

*) S. 683.

Nun sind seitdem die 20 Mark Zoll gefallen, und da sagt man uns, es habe die Ausfuhr auf titres d'acquit à caution abgenommen. Ich behaupte zunächst, daß kein Mensch weiß, was in den zwei Monaten Januar und Februar mittelst acquits nach Deutschland herübergekommen ist. Die Zahlen, die bekannt sind, beziehen sich lediglich auf die Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr, aber durchaus nicht auf die Waren, die speziell von Frankreich nach Deutschland eingeführt worden sind. Wenn man aber auch eine Abnahme der Einfuhr zugeben wollte, so würde das gar nichts beweisen, denn bis zum vorigen Dezember konnten die französischen Gießereien nicht wissen, ob sie ihre Gußwaren mit oder ohne acquits berechnen könnten, also auch keine Lieferungen darauf hin basieren. Es versteht sich von selbst, daß die Ziffern, die die Monate Januar und Februar betreffen, sich nur auf den großen laufenden Verkehr beziehen müssen und es*) gerade die großen Lieferungsgeschäfte sind, die sich auf Monate und Jahre hinziehen, auf welche die französische Ausfuhrvergütung am schärfsten einwirkt. Mit dem April und den folgenden Monaten wird das schon anders werden, weil die Lieferungen von Wasser- und Gasleitungen, welche von Frankreich aus seit dem 1. Januar kontrahiert wurden, erst von da ab zur Ablieferung gelangen. Meine Herren, als vor 14 Tagen Straßburg eine bedeutende Wasserleitung vergab, waren es die Franzosen, welche die niedrigsten Preise stellten, und nur mit der größten Anstrengung gelang es einem deutschen Werk, sich die Hälfte davon unter dem Selbstkostenpreis zu sichern.

In Ludwigsburg in Württemberg haben die Franzosen ohne weiteres jeden Deutschen verdrängt, obwohl die deutschen Werke auch da unter den Selbstkostenpreis heruntergegangen waren, und so wird es überall gehen. Dabei machen die Franzosen natürlich noch ein schönes Geschäft bei allen diesen Lieferungen.

---

*) Im Text fehlt „es“.

Nun wird behauptet, daß der Charakter der Ausfuhrvergütung nur so lange bestehen bleibt, als mehr Roheisen in Frankreich ein- als Gußwaren ausgeführt werden; sobald die französische Ausfuhr also in nennenswertem Grade steigt, so wird das Angebot in demselben Grade*) steigen, die Nachfrage hört auf, und der Wert der acquits sinkt auf ein Minimum; sobald die Ausfuhr an Fabrikaten eine höhere Ziffer annimmt als die Einfuhr von Roheisen, kann von einem Vorteil der französischen Exporteure nicht mehr die Rede sein.

Meine Herren, im Jahr 1876 sind nach Frankreich verzollt eingeführt worden, also nicht dem Regime der acquits unterworfen, 85 202 000 Kilogramm oder 1 700 000 Zentner. Das ist also das Plus von englischem Gießereiroheisen, das nach Frankreich eingeführt ist, gegenüber der Ausfuhr von französischen Gußwaren.

Wenn Sie nun annehmen, daß in Deutschland im Jahre 1876 rund 900 000 Zentner, also kaum die Hälfte jenes Quantums, überhaupt an Gußwaren aus Erzen produziert worden sind, so werden Sie zugeben, daß die Gesamtproduktion von Gußwaren aus**) Erzen in Deutschland durch die acquits total ruiniert werden kann und dann immer noch ein Ueberschuß von 800 000 Zentnern bleibt von zollpflichtigem Roheisen, das nach Frankreich eingeführt wird. Für Stab- und andere Eisenwaren liegt die Sache vielleicht nicht ganz genau ebenso, aber doch mindestens sehr ähnlich. Der Hauptunterschied rührt daher, daß, während in Frankreich für Gußwaren Ueberproduktion besteht, für Stab- und anderes Eisen bisher eher das Gegenteil durch die Annexion von Elsaß-Lothringen eingetreten war. Frankreich hatte die Periode der Einrichtung von Gas- und Wasserleitungen in den Städten viel früher als wir. In Frankreich hat das in den vierziger, fünfziger Jahren stattgefunden,

*) Im Text steht „Werke".
**) Im Text steht „und".

bei uns erst in den sechziger, siebziger Jahren und dauert jetzt noch fort. Die Folge aber war, daß in Frankreich eine große Menge von Gießereien entstanden sind, die jetzt, nachdem die Wasser- und Gasleitungen in Frankreich im wesentlichen beendet sind, eine Ueberproduktion repräsentieren und bemüht sind, dieselbe nach fremden *) Märkten hinüber zu leiten.

Mit dem Stabeisen ist es umgekehrt. In Frankreich war das Bedürfnis zur Ausfuhr nur lebhaft bis zum Kriege, weil die exportfähigsten und bestgelegenen Etablissements durch die Annexion an Deutschland kamen. Es entstand nach dem Kriege sogar ein Mangel an Eisen in Frankreich, der dahin führte, daß unsere Statistik keine hohen Ziffern des Exports von Stabeisen nach Deutschland aufweist. Nichtsdestoweniger ist 1874 in Straßburg der Creuzot, das bekannte französische Werk, für Schienen am billigsten gewesen; die Reichsregierung hat aber nicht geglaubt, ihm die Lieferung geben zu sollen, und da der Creuzot weiß, daß diese Abneigung fortbesteht, so hält er sich hierin von allen Lieferungen in Deutschland fern, da ihm nicht unbekannt ist, daß die deutsche Industrie andernfalls aus seinen niedrigen Angeboten Argumente zu ihren Gunsten herleiten würde. Das Ausland mit seinen vielen ausländischen Werken wartet also mit weiteren Angeboten den Zeitpunkt ab, **) wo die Frage der Ausgleichungsabgaben definitiv entschieden sein wird. Sie können sich übrigens bei jeder Eisenhandlung im Westen bis nach Mitteldeutschland hinein erkundigen, — für Stabeisen sind die französischen Werke überall auf dem Markt. In Elsaß-Lothringen sind die Franzosen preisbestimmend von den gröbsten bis zu den feinsten Eisenfabrikaten, und es ist schon darauf hingewiesen in der Petition der Elsaß-Lothringer Eisenwerke, daß die Preise dort genau um so viel billiger sind

*) Im Text steht „fernen“.

**) Im Text steht: „Das Ausland wartet also mit weiteren Angeboten mit vielen seinen ausländischen Werken den Zeitpunkt ab,“

als auf den französischen Werken, als der Wert der acquits beträgt, — und ich bemerke, daß dieser durchaus nicht immer $7^1/_2$ Silbergroschen beträgt, sondern daß das ein Minimum ist, während er auf 40 bis 60 Franken steigt bei Stiften und feinen Eisenwaren, ein Umstand, der in der Regierungsvorlage gar nicht einmal berücksichtigt worden ist.

Nun aber wird die Gefahr des Imports des französischen Stabeisens in ein ganz neues Stadium treten, sobald, wie vom Regierungstisch schon bemerkt ist, die lothringischen Werke die Konsequenz ihrer Notlage ziehen, die sie absolut ziehen müssen, d. h. wenn sie nach Frankreich zurückgehen. Das Haus de Wendel hat bereits weittragende Verträge geschlossen, um sein großes Etablissement, welches 3 Millionen Zentner jährlich produziert, also dieselbe Ziffer wie der ganze französische Export zusammengenommen, nach Frankreich herüberzuführen, — dann werden Zustände für die deutschen Walzwerke eintreten, die noch schlimmer sind als die bei den Gußwaren. Ich frage Sie, wenn heute schon dieses Haus hier nach Berlin geht und hier die Preise bestimmt, wenn es hier Schlesien und*) Westfalen jetzt schon mit Konstruktionseisen und Profileisen verdrängt, — wie soll das werden, wenn dieses Werk bei ganz denselben Produktionsbedingungen noch eine Ausfuhrvergütung von $7^1/_2$ Groschen bekommt? Diese Ausfuhrvergütung gleicht sogar die Fracht bis Schlesien aus, und Sie werden es erleben, daß, sobald dies durchgeführt ist, ohne daß Remedur eintritt, dieses Werk bis an die Tore der oberschlesischen Eisenwerke sein Eisen verkauft.

(Hört! hört!)

Es ist deshalb vollkommen unrichtig, wenn behauptet wird, es sei diese Acquitsfrage nur für Elsaß-Lothringen und den Westen von Deutschland von Wichtigkeit. Nichts ist unrichtiger als diese Annahme. Es ist natürlich, daß

*) S. 684.

diejenigen Gegenden, die geographisch Frankreich am nächsten liegen, am schärfsten von den acquits berührt werden. Da sich aber Lothringen heute schon nicht auf den süddeutschen Markt beschränken kann, weil dort andere Werke zu sehr eingebürgert sind, so hat es sich auf Mitteldeutschland und den Norden bereits geworfen, und es wird, sobald ihm die Ausfuhrvergütung zu Hilfe kommt, die bis jetzt nach dem Norden und Osten debouchierenden Werke ganz ebenso in Mitleidenschaft ziehen als alle übrigen.

Ein fernerer Uebelstand, der dadurch entsteht, daß Lothringen gezwungen wird, mit seiner Industrie nach Frankreich zurückzukehren, ist der, daß die Schweiz und Italien, wohin die deutsche Industrie bis jetzt noch einen gewissen Absatz gehabt hat, ihm dann verloren gehen müssen. Heute schon ist es dem Hause de Wendel, welches in französischer Zeit das erste Exportwerk des Kontinents gewesen ist, fast unmöglich, gegen seine französischen Kollegen die alte Ausfuhr auf den Schweizer Markt aufrecht zu halten. Sobald aber dieses Haus selbst nach Frankreich zurückgekehrt ist und die Ausfuhrvergütung wieder bekommt, wird es keinem andern deutschen Werk möglich sein, mit ihm nach seinen Ländern die Konkurrenz auszuhalten; denn was ihm vermöge seiner geographischen Lage noch möglich war, wird dem fernen deutschen Konkurrenten gänzlich verschlossen sein, sobald jenes Werk wieder in den Besitz der titres d'acquit à caution gesetzt ist. In ganz ähnlicher Lage befinden sich eine Anzahl lothringischer Firmen, die früher bereits nach Frankreich zurückverlegt sind.

Nun, meine Herren, ist ja von jener Seite teilweise zugegeben worden,*) wenn man die Maßregel auf Frankreich beschränken könnte, so würde man eher geneigt sein, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen Remedur eintreten zu lassen. Daß aber die Maßregel auch gegen Belgien

*) Im Text folgt auf „worden" ein „daß".

und England ausgeführt werden soll, mache die Zustimmung unmöglich, — es sei eine Absurdität, wenn man dem Landwirt des Ostens bloß darum das Eisen um 7½ Silbergroschen verteuern wolle, weil Frankreich eine vertragswidrige Vergütung beibehalten habe. Zunächst ist bereits darauf hingewiesen worden, daß, wenn etwas geschehen soll, der Frankfurter Friedensvertrag uns formell hindere, dies gegen Frankreich allein zu richten, ich meine aber, es ist ein wahrer Segen, daß das nicht geht, denn wenn wir den Mißbrauch der acquits wirklich abstellen wollen, so müssen wir England und Belgien uns notwendig zu Verbündeten machen. Gegen Frankreich ist die Maßregel keine eigentliche Retorsion, sondern eine bloße Ausgleichung. Dem französischen Industriellen kann es vollständig gleichgiltig sein, ob er zollfrei zu uns kommt oder die Ausgleichsabgabe, die er bei uns bezahlen muß, von seiner Regierung wieder bekommt. Der französische Industrielle hat somit um so weniger Interesse daran, die acquits abzuschaffen, als er bei der Abschaffung außerdem noch seinen nichtdeutschen Markt verliert.

Den Charakter der Retorsion gewinnt die Maßregel erst dadurch, daß wir England und Belgien in Mitleidenschaft ziehen und ihnen erklären: ihr kommt erst dann zollfrei nach Deutschland herein, wenn ihr euch mit unsern Bestrebungen Frankreich gegenüber vereinigt. Hätten sie das früher schon getan, so würden wir die acquits längst los sein. Aber da beide Staaten die französische Ausfuhr in keiner Weise zu fürchten haben, im Gegenteil Vorteil für ihre Einfuhr nach Frankreich daraus ziehen, so haben sie Frankreich in seinem vertragswidrigen Beginnen stets ermutigt, und die Folge ist gewesen, daß die Staaten, die heute noch Handelsverträge mit Frankreich haben und berechtigt wären, zu sagen, hier liegt eine vertragswidrige Maßregel vor, sich weigern, das zu erfüllen, und wir umgekehrt mit unserm Recht als meistbegünstigte Nation stets die Antwort von Frankreich erhalten: wenn die Nationen, mit welchen Tarifverträge bestehen,

sich nicht beschweren, so hätten auch wir keine Veranlassung dazu, — und wir könnten doch nicht mehr verlangen als die andern, mit denen solche Verträge noch bestehen.

Ich sollte aber meinen, daß auch der tatsächliche Notstand der deutschen Eisenindustrie etwas milder stimmen sollte, wenn eine Maßregel generell, deren Berechtigung gegen Frankreich zugegeben wird, notwendig getroffen werden muß, eine Maßregel, welche, ohne prinzipielle Umkehr zu bedeuten, doch der momentanen Notlage einigermaßen abhelfen würde. Ich als Industrieller habe am allerwenigsten die Neigung, mich über den Notstand zu verbreiten und so den Schein zu erwecken, als ob ich etwas im Reichstag für mich erbetteln wollte; ich möchte mich über diesen Gegenstand deshalb nur kurz äußern und nur einige allzu starke Irrtümer, die der Herr Abgeordnete Richter — zu meinem Bedauern ist er nicht mehr anwesend — vorhin begangen hat, klar stellen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat davon gesprochen, daß die Einfuhr in den zwei ersten Monaten oder wenigstens im Februar abgenommen und die Ausfuhr zugenommen habe. Meine Herren, in den Mitteilungen, die ich dem statistischen Amt entnommen habe, finde ich das gerade Gegenteil, und es scheint mir, daß der Irrtum des Herrn Abgeordneten Richter darauf beruht, daß er in den von ihm im Auge gehabten Zahlen das Roheisen mit den Fabrikaten völlig zusammengeworfen hat, was völlig falsch ist. Die Verminderung der Roheiseneinfuhr nach Deutschland beweist doch wahrlich keine Besserung der Industrie, sondern das Gegenteil, weil Roheisen nicht direkt von dem Konsumenten gekauft,*) sondern der Industrie wieder einverleibt wird. Wer das Roheisen mit dem Fabrikat zu seiner Beweisführung zusammenwirft, begeht meines Erachtens eine Anomalie, die man einem Volkswirt am allerwenigsten zutrauen sollte. Das Faktum, daß im Monat Februar, wo

*) Im Text steht „verkauft".

von einem Uebergang aus zollfreien Lagern nicht mehr die Rede sein kann, der Import von Eisenfabrikaten doppelt so groß war als im Vorjahre, das wird mir nicht weggeleugnet werden können. Ebensowenig, daß der Export, wenn auch nicht bedeutend, doch in der Tat abgenommen hat. Wenn Sie damit in Verbindung bringen, daß nach den Bilanzen, die veröffentlicht werden, nach den Zuständen überhaupt, die offenkundig vorliegen, die deutschen Werke entweder mit Verlust oder doch ohne Gewinn arbeiten, so werden Sie doch zur Ueberzeugung kommen müssen, daß, wenn der Import von 12 bis 15 Prozent der deutschen Eisenproduktion — von Roheisen sprach ich nicht — nicht stattgefunden hätte, unzweifelhaft in Deutschland eine Mehrproduktion und eine Erhöhung der Preise hätte stattfinden, also der Notstand hätte vermindert werden müssen. Es haben übrigens die Importziffern nicht darin ihre größte Bedeutung, daß sie nur die direkten Nachweise bezüglich des Quantums, das der deutschen Industrie verloren gegangen und von dem Auslande gewonnen worden ist, bringen, sondern ihre Bedeutung geht weit darüber hinaus, sie liegt in dem Beweis, daß das Ausland auf dem deutschen Markte die deutsche Industrie zwingt, mit dem Preise überall unter den Selbstkostenpreis herabzugehen, ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar ist.

Auch wird niemand von Ihnen leugnen wollen, daß *) seit dem 1. Januar, also in der Periode, wo die Preise sonst anzuziehen pflegen, weil mit der lebhaften Jahreszeit der Konsum zunimmt, die Preise überall, vielleicht mit Ausnahme des Bessemerstahls, abermals um 10 bis 15 Mark pro Tonne gefallen sind. Es ist dies zum ersten Mal, soweit ich mich erinnern kann, daß das Frühjahr, respektive der Spätwinter, mit einer Baisse anfängt, während diese Jahreszeit sonst stets das Signal für den Aufschwung der Geschäfte gewesen ist.

---

*) S. 685.

Daß England in Weißblech, Frankreich in groben Gußwaren, Belgien in Eisenbahnschienen und Profileisen den deutschen Markt geradezu beherrschen, ist ein Faktum, das ebensowenig geleugnet werden kann.

Nun, meine Herren, sagt man: ja, das alles wäre ganz schön, aber die Beunruhigung, die durch die neue Maßregel wieder hervorgerufen wird, die können wir mit unserm Gewissen unmöglich verantworten. Die Unsicherheit würde unsere Industrie weit mehr schädigen als die Gewißheit, daß sie ein für allemal zum Tode verurteilt ist. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Industrie erwarten mußte und stets erwartete, daß, wenn auch nicht in bezug auf die Zollgesetzgebung, doch in bezug auf die Ausgleichungsabgabe von dem 1. Januar Remedur eintreten würde. Die Erfüllung dieser Erwartung ist doch keine Beunruhigung. Aber ich behaupte, wenn Sie heute dieses System Nr. 5 verwirklichen, indem Sie die Vorlage verwerfen, dann wird allerdings eine Beunruhigung und Unsicherheit ohnegleichen entstehen, denn dann weiß die Industrie ganz sicher, daß ein Prinzip, in dieser Weise karikiert, auf die Dauer nicht bestehen kann. Jeder Industrielle wird Pessimist werden und sagen, es ist nur mehr eine Frage der Zeit, wann überhaupt das ganze System fällt und wir zu dem prinzipiell feststehenden Schutzzoll wieder gelangen; ob ein solches Zählen und Zählen eine Beruhigung genannt werden kann, möchte ich doch dahingestellt sein lassen. Ebenso steht es mit der Phrase — wenn es erlaubt ist, parlamentarisch diesen Ausdruck zu gebrauchen — von der Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland. Ja, meine Herren, ich habe schon früher darauf hingewiesen, man kann mit demselben Recht sagen, wir wollen die Armee abschaffen, weil wir uns nicht durch das Ausland zwingen lassen wollen, Soldaten zu halten, unser Unabhängigkeitsgefühl hindert uns daran, irgendwie auf das Ausland Rücksicht zu nehmen. Meine Herren, auf diese Weise würden wir tatsächlich sehr bald unsere politische Un-

abhängigkeit ebenso verlieren, wie wir jetzt unsere handelspolitische Unabhängigkeit verloren haben, und ich begreife nicht, wie ein so verkehrter Begriff der letzteren in vielen von Ihnen sich entwickeln konnte.

Ich meinerseits kann das Prinzip, daß man sich ungestraft eine Ohrfeige geben läßt, weder für den Staat noch für das Individuum als richtig anerkennen und mit dem Prinzip der Unabhängigkeit zusammenreimen. Ich muß sagen, daß ich es von diesem Standpunkt aus für absolut notwendig halte, daß wir, wenn ein anderer Staat eine Maßregel ergreift, die uns in unserer Wirtschaft stört, und sich davon nicht abbringen läßt, Gegenmaßregeln treffen, statt ohne weiteres alles über uns ergehen zu lassen.

Endlich, meine Herren, ist behauptet worden, der Industrie nütze die Sache doch nichts; wenn allerdings nachgewiesen würde, daß die Industrie wesentliche Vorteile aus der Vorlage ziehen könnte, würde man sich allenfalls trotz aller prinzipiellen Bedenken damit einverstanden erklären können. Ich bin wirklich neugierig, ob nach meiner längeren, wenn auch nicht beredten, so doch, wie ich denke, sachlichen Auseinandersetzung überhaupt noch der Versuch gemacht werden wird, diese Vorfrage zu leugnen und die Behauptung aufzustellen, daß in der Tat die Vorlage auf das Wohlergehen oder Nichtwohlergehen der Industrie von keinem erheblichen Einfluß sein könne. Wem es aber trotzdem zweifelhaft geblieben sein sollte — bei der zweiten Lesung habe ich übrigens noch Gelegenheit, etwa versäumtes nachzuholen — der sollte sich durch die Ansichten der Industriellen selbst doch am besten belehren lassen, gegen welche er in diesem Falle natürlich kein Mißtrauen zu hegen braucht. Ich bin vollkommen der Ansicht, daß, wenn die Interessenten Ihnen Wünsche aussprechen und Vorschläge machen, Sie sehr wohl daran tun, mit Objektivität an dieselben heranzutreten und vorsichtig die Gründe der Herren zu prüfen. Wenn es sich nur darum handelt, zu prüfen: ist die und die Maßregel für die Interessenten von Nutzen oder nicht,

können Sie, glaube ich, unbefangen auf deren Urteil eingehen, das für diese Frage sicher stets das richtigste und zuverlässigste sein wird. Nun habe ich selbst vorhin darauf hingewiesen, daß die Industriellen allerdings mit dem Gesetz nicht einverstanden seien, das bezieht sich aber bloß auf das Grundprinzip des Gesetzes, nicht auf dessen Zollsatz. Eine Ausnahme davon machen vielleicht die Interessenten aus dem Kreise Hagen, die sich aber unter sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, und bei der zweiten Lesung wird es sich herausstellen, ob etwas von der Nomenklatur im § 1 geändert werden kann, welchen die Regierungsvorlage uns vorschlägt. Der Widerstand der Industriellen hat sich im wesentlichen gegen den letzten Paragraphen der Regierungsvorlage und das entsprechende Amendement meines Namens zum Antrag Löwe gerichtet, was aber vorläufig faktisch gar nicht in Wirksamkeit tritt. Ich hoffe zuversichtlich, daß gerade die Industrie, so bedenklich sie auch dem gänzlichen Aufhören des Zolles ohne *) Wegfallen der französischen acquits à caution entgegensieht, und so viel Heißsporne und Pessimisten unter ihr auch wünschen, daß die Regierungsvorlage verworfen werde, daß doch die Industrie und ihre Vertreter in ihrer überwiegenden Mehrheit, eingedenk ihrer alten Beschwerde, daß in Deutschland viel zu viel mit Theorien regiert werde, sich selbst von der Theorie nicht fangen werden lassen und daher sagen: wenn auch das nicht genügt, was wir hier bekommen, wenn wir auch auf prinzipiell anderer Basis stehen, so ist doch unsere Notlage so groß und sind unsere Arbeiterverhältnisse so traurig und schwierig, daß wir auch den kleinsten Strohhalm dankbar ergreifen, der uns wenigstens eine Möglichkeit gewährt, unsere Existenz weiter zu fristen.

Allerdings, meine Herren, wenn Sie diese Vorlage verwerfen und dadurch den Industriellen jede Möglichkeit abschneiden, auf grund der bisherigen Gesetzgebung ihre Zu-

*) Im Text steht „mit“.

kunft zu sichern, dann glaube ich allerdings, daß ein solcher Vorschlag hier zum letztenmal gemacht sein wird, daß dann alle Industriellen, mögen sie einer Branche angehören, welcher sie wollen, in das schutzzöllnerische Lager hinübergetrieben werden, welches dann ihre einzige Rettung sein wird, nachdem sie alles Vertrauen in die Objektivität der freihändlerischen Bestrebungen verloren haben müssen.

Ich selbst kann mir das Zeugnis ausstellen, daß ich das Kompromiß, das ich im Jahre 1873 mit geschlossen habe, in der loyalsten Weise gehalten habe, so daß ich mir wiederholt den Vorwurf übertriebener Skrupulosität*) seitens meiner Freunde zugezogen habe, und ich kann dem Herrn Abgeordneten Richter nicht recht geben, der gesagt hat, daß alle, die damals den Kompromiß geschlossen haben von unserer Seite, hinterher die tollste Agitation getrieben hätten, um vom Kompromiß loszukommen. Ich bin mir bewußt, daß ich fest und konsequent auf jenem Boden stehen geblieben bin und auch heute noch stehe; aber, wenn Sie den Kompromiß selbst dadurch zerreißen, daß Sie das, was, ohne Widerspruch zu erfahren, als Konsequenz desselben in sichere Aussicht gestellt worden war, das heißt die Abschaffung oder Ausgleichung der französischen Ausfuhrvergütung, fallen lassen**): dann, meine Herren, zwingen Sie mich, auf den alten Standpunkt zurückzukommen, das heißt auf den Standpunkt der vollen Gegenseitigkeit mit dem Ausland, es gibt dann kein Kompromiß mehr. Ganz genau in derselben Lage sind dann alle diejenigen Personen, die nicht aus innerer wirtschaftlicher Ueberzeugung, mehr aber im Interesse der Würde der Gesetzgebung***) wie der Kontinuität der Beschlüsse dieses hohen Hauses einer Reaktion auf dem wirtschaftlichen Gebiet bisher entschieden widerstrebten, — ich meine, alle diese werden gezwungen werden, weiter zu gehen, und meine ganz feste

*) Im Text steht „Skrupellosigkeit“.
**) Im Text fehlt „fallen lassen“.
***) S. 686.

Ueberzeugung ist, daß, wenn die Ausgleichungsvorlage nicht zur Annahme gelangt, wir dann notwendig zu einer Reaktion übergehen werden, für welche die Herren, die, vom freihändlerischen Standpunkt ausgehend, den realen Verhältnissen nicht Rechnung tragen wollten, ganz allein die Schuld tragen werden. Eine ruinierte Industrie wird stets umfassendere Maßregeln erheischen, um in das Leben zurückgerufen zu werden, als sie eine noch lebende Industrie bedarf. Meine Herren, meiner Auffassung nach wird die Annahme der Vorlage also die Kontinuität der bisherigen Gesetzgebung wahren; sie wird dem Auslande gegenüber den Respekt wiederherstellen, den wir wirtschaftlich vermissen, in den letzten Monaten einigermaßen eingebüßt haben; sie wird endlich eine Versöhnung der Interessengegensätze in einer Weise hervorrufen, die gar nicht glücklicher gelöst werden könnten. Wird umgekehrt das Gesetz abgelehnt, so werden wir in unsern Verhandlungen mit dem Ausland die größten Schwierigkeiten bekommen, denn alles Vertrauen desselben in*) die Nachhaltigkeit der Regierungserklärungen und die Unterstützung derselben im Reichstag wird verloren sein. Es werden die Gegensätze schärfer wie jemals hervorgerufen werden, indem Sie geradezu das „vae victis" auf die Fahne schreiben, und es wird infolgedessen selbst in den politischen Parteien eine Verschiebung der bisherigen Verhältnisse eintreten, die meines Erachtens in keiner Weise nützlich sein kann für die weitere Entwicklung der Geschicke der deutschen Nation.

Ich meine, die Majorität dieses Hauses kann nicht zweifelhaft sein, welchen von beiden Wegen sie zu wählen hat.

(Bravo!)

Nach Stumms Rede wurde die Sitzung unmittelbar vertagt.

---

*) Im Text steht „und".

Achtundzwanzigste Sitzung
Montag, den 23. April 1877

Acquits à caution

Am 23. April fand die Fortsetzung und der Schluß der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erhebung einer Ausgleichungsabgabe (Nr. 123 der Anlagen), und des von den Abgeordneten Dr. Löwe und Genossen vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs (Nr. 76 der Anlagen), statt, nachdem die Verhandlung am 21. April vertagt worden war. Abgeordneter v. Wedell-Malchow griff die Regierungsvorlage und den Antrag Löwe gleich heftig an, und es folgte eine außerordentlich ausgedehnte Erörterung. Nach Schluß der ersten Beratung machte Stumm eine persönliche Bemerkung.

Abgeordneter Stumm*): Ich habe nur ein kleines Mißverständnis des Herrn Abgeordneten Bamberger zu berichtigen. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat gemeint, ich hätte die Behauptung aufgestellt, daß die Annahme der Regierungsvorlage die französische Regierung sicher nicht dazu bewegen würde, von der mißbräuchlichen Handhabung der acquits à caution abzugehen. Ich habe darauf zu erwidern, daß ich gesagt habe: wenn diese Maßregel gegen Frankreich allein gerichtet sein würde, so könnte sie allerdings den beabsichtigten Erfolg nicht haben; ich habe aber ausdrücklich hinzugefügt, daß durch die gleichzeitige Anwendung der Maßregel auf England und Belgien wir mit Sicherheit in

*) S. 712.

Aussicht nehmen könnten, daß die Aufhebung des Mißbrauchs mit den acquits à caution früher oder später erfolgen würde.*)

Abgeordneter Löwe zog seinen Antrag im Einverständnis mit den andern Antragstellern zurück und versprach, Amendements in dessen Sinne zur Regierungsvorlage vorzulegen. Damit war die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer Ausgleichungsabgabe geschlossen. Am 27. April folgte die zweite Beratung, welche mit der Ablehnung der ganzen Vorlage endete.

---

*) Das bezieht sich auf Stumms Rede vom 21. April 1877. S. 199 dieses Bandes.

Vierte Legislaturperiode
Zweite Session

Achte Sitzung
Sonnabend, den 22. Februar 1879

Schutzzollpolitik

Vom 8. bis 29. November 1878 hatten in Berlin die Verhandlungen der Eisenenquetekommission des Deutschen Reiches stattgefunden, deren Mitglied Stumm gewesen war. Sein Anteil daran bildet den Inhalt des zweiten Bandes der Gesamtausgabe seiner Reden. Als am 20. Februar 1879 im Deutschen Reichstage die erste Beratung eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn begann, griff die Erörterung sehr bald auf das Feld der allgemeinen selbstherrlichen Zollpolitik des Deutschen Zollvereins hinüber. Am 22. Februar ergriff auch Stumm zu dieser das Wort, da die Zusammensetzung und Tätigkeit der Eisenenquetekommission angegriffen worden war.

Abgeordneter Stumm*): Ich widerstehe um so mehr der Versuchung, auf alle die Fragen, die von sogenannter freihändlerischer Seite in den letzten drei Tagen hier aufgeworfen worden sind, einzugehen, als von jener Seite der Vorwurf erhoben wurde, daß den Mitgliedern der Kommissionen, welche in den letzten Monaten zur Untersuchung der Lage verschiedener Industriezweige hier getagt haben, Materialien zugebote stünden, die dem Hause im großen und ganzen bis jetzt nicht zugänglich gewesen wären. Die Befürchtung**) wurde

*) S. 91.
**) S. 92.

laut, daß gewissermaßen eine Ueberrumpelung gegen die uneingeweihten stattfinden könnte. Um allen Verdacht von mir abzuwälzen, als ob ich in dieser hinterlistigen Weise verfahren wollte, werde ich deshalb einen für Sie günstigeren Moment abwarten, um auf die verschiedenen Punkte einzugehen. Schon in diesem Momente aber kann ich nicht unterlassen, zu sagen, daß die ganze Art und Weise, wie von sogenannter freihändlerischer Seite alle möglichen Dinge, die mit dem österreichischen Handelsvertrage in gar keinem Zusammenhang oder wenigstens in einem sehr losen stehen, mit den Haaren in die Diskussion gezogen wurden, mich lebhaft an das französische Sprichwort „qui s'excuse s'accuse“ erinnert hat. Wenn ich jemals zweifelhaft darüber gewesen wäre, so wäre ich dadurch in meiner Ueberzeugung bestärkt worden, daß die Herren gerade dasjenige, was, wie ich glaube, von der großen Mehrheit des Landes ihnen zum Vorwurf gemacht wird, in sehr künstlicher und geschickter Weise dem Reichskanzler und denjenigen, die auf seinem wirtschaftlichen Standpunkte stehen, in die Schuhe zu schieben versuchen, ich meine, meine Herren, die Frage von der Stabilität unserer handelspolitischen Zustände. Ich glaubte, meinen Ohren nicht trauen zu dürfen, als nicht bloß der letzte Herr Vorredner, sondern fast alle, die von freihändlerischer Seite gesprochen haben, ihre große Sorge um diese Stabilität und die Notwendigkeit betonten, daß die Industrie mit den großen Kapitalien, die darin stecken, gesichert sein müsse, einen gewissen lohnenden Absatz zu finden. Meine Herren, ich habe meinen Ohren um so weniger getraut, als ich im Jahre 1877 bei Gelegenheit der Ausgleichungsabgaben*) ausdrücklich auf die Beunruhigung hingewiesen habe, die durch die sich überstürzenden freihändlerischen Maßnahmen in den letzten fünfzehn Jahren in solcher Weise platzgegriffen hat, daß kein Industrieller mehr eine Rechnung für die Zukunft machen konnte. Ich habe damals, ohne Widerspruch zu begegnen — nur ein

*) Am 21. April 1877. S. 182 dieses Bandes.

Murren, welches aber nicht motiviert wurde, ist in dem stenographischen Bericht zu finden —,*) gesagt: „Die Nation muß endlich wissen, ob ihre Vertretung gewillt ist, binnen fünfzehn Jahren fünfmal die deutsche Handelspolitik vollständig zu ändern und in neues Fahrwasser zu bringen. Wenn das Widerspruch findet, so erinnere ich daran, daß wir bis zum Jahr 1862 ein gemäßigtes, aber autonomes Schutzzollsystem hatten, daß wir durch den französischen Handelsvertrag zu ermäßigten Zöllen auf grund der Gegenseitigkeit kamen, daß wir dann späterhin seit Konstituierung des Norddeutschen Zollparlaments auf ermäßigte autonome Zollsätze unter den vertragsmäßigen Zollsätzen kamen, ohne Gegenseitigkeit, und daß wir endlich 1873 zum vierten Mal auf ein vollständig neues System übergingen, auf die Etablierung des absoluten Freihandels ohne jede Gegenseitigkeit des konkurrierenden Auslandes. Heute wird uns nun zugemutet, durch Ablehnung der Regierungsvorlage einen fünften Zustand zu schaffen, indem wir zugeben, was wir bisher nie getan haben, daß das Ausland neben freier Einfuhr auch noch durch Ausfuhrprämien begünstigt zu uns hereinkommen soll.“

(Sehr richtig!)

Es versteht sich von selbst, daß diese Aeußerung nur auf die Eisenindustrie Bezug hatte, auf andre Industriezweige trifft sie nicht in demselben Maße zu. — Nun, meine Herren, das ist ohne den Versuch einer Widerlegung geblieben, was ich gesagt habe, und ebenso, meine Herren, ist der Schlußsatz meiner damaligen Rede ganz explicite eingetroffen. Ich habe damals vorausgesagt, daß die verschiedenen Industriezweige, auf welchem wirtschaftlichen Standpunkt sie mit ihren Interessen auch stehen mögen, durch die Ablehnung der Ausgleichsabgabe und somit durch Ablehnung jeder Berücksichtigung ihrer praktischen Bedürfnisse gezwungen werden würden, in viel erheblicherer Weise als bisher sich den Freunden des Schutzzolles zuzuwenden,

---

*) Der Bericht verzeichnet „Widerspruch“, S. 182 dieses Bandes.

den sie in der Weise, wie er früher vom Standpunkt der internationalen Handelsverträge, vom Standpunkte der Gegenseitigkeit, bekämpft worden war, zum großen Teil längst in den Papierkorb geworfen hatten, und den sie geneigt waren, mit demselben Ausdruck zu bezeichnen, den der Abgeordnete Bamberger gestern gebraucht hat.*)

Aber, meine Herren, von dem Moment ab, wo sämtliche industriellen Interessenten**) der Ueberzeugung werden mußten, daß das Anstreben einer gegenseitigen Handelsfreiheit dem Preisgeben der inländischen Industrie, einem abstrakten Prinzip zu Liebe, Platz gemacht habe, von dem Moment ab mußten alle diese Interessenten**) sich sagen, daß sie von dieser Seite irgend welche Berücksichtigung nicht mehr erwarten konnten, sie wurden also notwendig in eine Position gedrängt, die ihnen an und für sich bis zu einem gewissen Grade nicht sympathisch war.

(Hört!)

Meine Herren, ich behaupte, wenn irgend etwas die schutzzöllnerischen Interessen und die schutzzöllnerischen Neigungen in Deutschland, namentlich innerhalb der Industrie gekräftigt hat, so ist es die Majorität des Hauses von 1877 gewesen, welche jede praktische Rücksichtnahme auf berechtigte Interessen abgelehnt hat; und wenn der Abgeordnete Bamberger recht hat, daß von Frankreich aus die Schutzzollideen zu uns importiert worden sind, nun, meine Herren, so glaube ich, daß dies namentlich durch seine Vermittlung geschehen ist, und zwar dadurch, daß er den Vertretern des Gegenseitigkeitsstandpunktes hier im Reichstag auf das heftigste entgegengetreten ist und der Durchführung der Politik des auf Gegenseitigkeit begründeten Freihandels die größten Schwierigkeiten auch dadurch entgegengestellt hat, daß er im Auslande die Position unserer Gegner erheblich verstärkte. Ich erinnere daran, daß

*) Bamberger hatte am 21. Februar von dem „alten, vertrockneten Zopf des Schutzzolles" gesprochen.

**) Im Text steht „Interessen".

der Abgeordnete Bamberger das Unwesen der französischen acquits-à-caution wiederholt verteidigt hat, trotzdem sich das Zollparlament gegen die Zulässigkeit dieser unsere Industrie schwer schädigenden Vergütungen ausdrücklich erklärt hat; ich erinnere daran, daß der Herr Abgeordnete Bamberger bei Gelegenheit der Beratung über die Ausgleichungsabgabe behauptet hat, daß die Einfuhr französischer Gußwaren nach Deutschland darin liege, daß die französischen Gießereien ihre Produkte besser fabrizieren und deshalb in der Lage seien, die deutsche Röhrenfabrikation, welche noch lange nicht so weit vorgeschritten sei, zu ergänzen — eine durchaus falsche Behauptung, die er selbst teilweise in einer zweiten Rede zurückgenommen hat, die aber nicht ohne Nachteil für die deutsche Industrie bleiben konnte; ich erinnere endlich daran, daß der Herr Abgeordnete Bamberger damals die kühne Behauptung aufgestellt hat, es sei gleichgiltig, ob ein Deutscher, der in Saarbrücken wohne, seine Industrie in Deutschland oder in Frankreich betreibe, es komme dies für den deutschen Nationalwohlstand ganz auf dasselbe heraus. Ich behaupte, mit solchen Argumenten, die nicht etwa die Ansichten eines einzelnen Abgeordneten waren, sondern sich als die Ansichten des Führers der damaligen wirtschaftlichen parlamentarischen Majorität dokumentierten, hat man im Auslande die Schutzzollbestrebungen gestärkt und diejenigen Elemente im Auslande geschwächt, welche die Absicht verfolgten, uns entgegenzukommen. Ich behaupte also, wenn irgend etwas die Schutzzollbestrebungen im Ausland wie im Inland bestärkt hat, so sind es gerade diejenigen Herren gewesen, welche nunmehr jeden als Schutzzöllner verketzern, der noch ein Herz und ein Interesse für die deutsche Industrie dokumentiert.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich bestreite Ihnen deshalb auch das Recht, sich überhaupt Freihändler zu nennen. Ja, was ist denn Freihandel? Unter Freihandel verstand man bisher — und die großen Autoritäten, auf die Sie sich zu berufen pflegen, haben

auch nichts andres darunter verstanden, als*) den freien Austausch der Erzeugnisse unter den verschiedenen Ländern, aber wahrlich nicht den Zustand, daß ein einzelner Staat seine Zölle herabsetzt, damit alle Welt frei zu ihm hereinkommt, während alle seine Nachbarn danach trachten, seine Produkte von sich auszuschließen. Das ist eine Karikatur des Freihandels, aber nicht Freihandel, das ist Freizöllnerei. — Nehmen Sie es mir deshalb nicht übel, wenn ich hier und da, gewiß ohne beleidigen zu wollen, von Freizöllnern, statt von Freihändlern spreche. Denn Freihändler sind nur diejenigen, welche einen allgemeinen Austausch der Waren herbeiführen wollen und deshalb auch ihre Regierungen indenstand setzen, Konzessionen seitens des Auslandes herbeizuführen, während unsere Regierung, wie wir vom Regierungstische aus gehört haben, bei Gelegenheit der Verhandlung mit Oesterreich infolge der bisherigen Wirtschaftspolitik in die Lage versetzt worden war, keine Kompensationen mehr anbieten zu können. Die wirklichen Freihändler waren die Herren Minister Camphausen und Achenbach, die im Jahre 1877 das einzige Mittel, das Prinzip des Freihandels aufrecht zu erhalten, vorgeschlagen haben, indem sie die Spitzen abbrechen wollten, die ein an sich richtiges Prinzip ad absurdum führen mußten, und der Herr Abgeordnete Bamberger hat selbst das beste Zeugnis für diese Auffassung gegeben, indem er uns erzählte, wie der Minister Camphausen damals in ihn gedrungen sei, der Retorsionsbill zuzustimmen, weil er sonst das bisherige System nicht für durchführbar halten könne.

Nun, meine Herren, ebenso sehr wie ich meinen verehrten Gegnern auf wirtschaftlichem Gebiete das Recht bestreite, sich Freihändler zu nennen, muß ich ihnen das Recht bestreiten, mich und meine Freunde Schutzzöllner zu nennen. Meine Herren, es ist ungeheuer bequem und einfach, die großen Schlag-

*) S. 93.

worte Freihandel und Schutzzoll in die Debatten zu werfen und im Lande die Meinung zu verbreiten, es handle sich nur um den Gegensatz zwischen beiden Prinzipien. Nein, meine Herren, es handelt sich keineswegs um den Gegensatz beider Prinzipien, sondern um den Gegensatz überhaupt eines abstrakten Prinzips mit den Bestrebungen auf unserer Seite, die starren Prinzipien je nach der konkreten Lage der Sache zu modifizieren. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bamberger sprach gestern mehrere Male von der Quintessenz des Schutzzollprinzips. Ja, meine Herren, ich weiß wirklich nicht, was die Quintessenz des Schutzzollprinzips ist, insoweit wenigstens dies Prinzip hier im Hause vertreten worden ist. Wir wissen freilich, daß wir in den Namen List und Carey große literarische prinzipielle Vertreter des Schutzzollsystems besitzen; wir haben diese Schriftsteller gelesen und studiert, insoweit wir Zeit dazu gehabt haben, und wissen, daß sie sich in Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit mit den besten Schriftstellern des Freihandelsprinzips sehr wohl messen können. Aber dadurch unterscheiden wir uns von Ihnen, daß es uns nicht einfällt, irgend einer Maßregel das Wort zu reden, weil diese theoretischen Vertreter des Prinzips sie befürwortet haben, wie Sie das bei jeder Gelegenheit umgekehrt machen, sondern wir akzeptieren die richtigen Grundsätze von beiden Systemen und fragen, in welcher Weise lassen sich dieselben auf die praktischen Verhältnisse am richtigsten anwenden. Also, meine Herren, mit diesem Kampfmittel, daß Sie uns einfach Schutzzöllner nennen, kommen Sie nicht weiter. Ich lasse mich auf diese Angriffsweise nicht ein und habe früher wiederholt auch praktisch nachgewiesen, daß wir durchaus bereit sind, unter Umständen auch ganz extreme Forderungen zu bewilligen, die von dem Schutzzollprinzip entschieden abweichen. Wir haben es stets getan, sobald die konkreten Verhältnisse unseres Landes es als vorteilhaft erscheinen ließen, und wir wissen ganz genau, daß eine für das eine Land richtige Maßregel absolut unrichtig für das andere ist, daß überhaupt

ein allgemein prinzipieller Standpunkt auf diesem Gebiete sich gar nicht rechtfertigen läßt.

Nun, meine Herren, das sind ein paar allgemeine Erörterungen, die ich allerdings nicht unterlassen konnte, heute schon vorauszuschicken. Ich möchte daran noch den dringenden Wunsch knüpfen, daß es möglich sein werde, diese Schlagworte überhaupt zu verbannen, und daß wir uns dahin verständigten, jeden nicht gerade tot zu schlagen, aber doch wenigstens aus unseren Verhandlungen soweit möglich auszuschließen, der überhaupt mit diesem Schlagworte kommt. Ich glaube, daß es dadurch allein möglich wird, daß wir in dem objektiven Tone, den der Herr Abgeordnete Oechelhäuser, der mein prinzipieller Gegner in mancher Beziehung ist, angeschlagen hat, unsere Verhandlungen fortsetzen und alle die dunklen Befürchtungen, die im Volke wie im Reichstage vielfach verbreitet sind, zerstreuen, indem wir zum Wohl der Nation ein jeder von unseren Prinzipien etwas abgeben und uns schließlich auf ein praktisches Resultat verständigen. Es wird das auch den Vorteil haben, daß der Ton, der vielfach gerade in wirtschaftlichen Debatten merkwürdigerweise heftiger und viel gehässiger auftritt als in den großen politischen Debatten, auf den der Sachlichkeit zurückgeführt wird. Allerdings, meine Herren, wird es dazu notwendig sein, in anderer Weise vorzugehen, als dies namentlich im preußischen Abgeordnetenhause in Beziehung auf die Verhandlungen der Eisenenquete, deren Mitglied zu sein ich die Ehre hatte, der Fall gewesen ist. Hier hat freilich der Abgeordnete Richter vorgestern die Frage etwas schüchtern berührt, schüchterner, als ich es an ihm bisher gewohnt war.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bamberger ist schon etwas weiter gegangen, obwohl er auch durchaus, wie ich glaube, in den erlaubten Grenzen sich gehalten hat, indem er erklärte, die Kommission sei in einer Weise zusammengesetzt worden, daß

man ein bestimmtes Programm damit durchzusetzen hoffte. Meine Herren, im preußischen Abgeordnetenhause und namentlich in der Presse ist aber der Ton ein ganz anderer gewesen, und die wärmere Temperatur, die in den Zurufen der Herren aus einer Ecke des Hauses zu den Aeußerungen der Herren Abgeordneten Richter wie Bamberger zutage getreten ist, läßt mich vermuten, daß gerade das, was im Abgeordnetenhause gesagt worden ist, so lebendig in den Gemütern der betreffenden Herren lebt, daß ich nicht unterlassen kann, bei der Zurückweisung der Angriffe auf die Kommission auch auf jene Vorgänge zurückzugreifen.

Meine Herren, der Abgeordnete Dr. Serlo, der Vorsitzende der Kommission, hatte im Abgeordnetenhause ja schon Gelegenheit, einiges berichtigend zu erklären. Bei der, wie ich glaube, allzusehr ausgesprochenen Höflichkeit dieses verehrten Herrn ist aber dem Abgeordneten Richter nicht in der Weise gedient worden, die mir als genügend erscheint. Ich bemerke von vornherein: sachliche Angriffe gegen das, was die Kommission getan hat, sind bisher von keiner Seite versucht worden, es handelt sich bei dem ganzen Angriffssystem, wie es bis jetzt wenigstens sich dargestellt hat, lediglich um persönliche Angriffe, um nicht zu sagen, Verdächtigungen.

Es ist zunächst gegen den Vorsitzenden der Kommission der Vorwurf erhoben worden, daß er überhaupt den Vorsitz angenommen habe, nachdem er Gelegenheit gehabt hätte, kurz vorher in einem vertraulichen Briefe auszusprechen, daß er wenigstens in Beziehung auf den moralischen Effekt Anhänger der Wiedereinführung der Eisenzölle sei, wenn er auch nicht glaube, daß dieselbe einen praktischen Wert für die Eisenindustrie hätte. Nun, meine Herren, glauben Sie denn, daß, wenn man überhaupt einen sachverständigen Kommissionsvorsitzenden haben wollte, unter all den Personen, die nur einige praktische Kenntnis von der Eisenindustrie haben, es irgend jemand gegeben hätte, der weniger schutzzöllnerisch, um Ihren Ausdruck zu gebrauchen, dagestanden hätte wie gerade der

Herr Abgeordnete Serlo, der lediglich einen moralischen Effekt aus der Wiedereinführung*) der Eisenzölle folgerte, aber keinen praktischen Erfolg sich davon versprach? Ich versichere Sie, meine Herren, daß, wo Sie bei Personen, die die Eisenindustrie einigermaßen näher kennen, sich erkundigen wollen, es überhaupt niemand gibt, der nicht auf einem entschiedeneren Standpunkt gestanden hätte und der nicht der Ansicht gewesen wäre, daß die Wiedereinführung der Eisenzölle einen weit erheblicheren Einfluß auf die Eisenindustrie haben werde. Aber, meine Herren, wenn dem auch nicht so gewesen wäre, ja, was machen wir denn in unseren parlamentarischen Körperschaften? Sind die Vorsitzenden unserer Kommissionen, ist denn unser hochverehrter Herr Präsident überhaupt vollständig losgelöst von jeder politischen, von jeder wirtschaftlichen Meinung? Meine Herren, berufen wir denn diejenigen Personen in so wichtige Stellungen, von denen wir glauben, sie haben kein Urteil? Denn wer ein Urteil hat, wird sich doch im konkreten Falle auch eine bestimmte Ansicht bilden müssen. Das einzige, was verlangt wird und verlangt werden kann, und was wir an unserem Präsidenten so sehr bewundern, ist ja gerade, daß er trotz der entschiedenen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen, die er hat, die wichtigen Geschäfte des Hauses in der unparteilichsten Weise leitet. Meine Herren, von diesem Gesichtspunkte aus sage ich: weisen Sie doch Herrn Dr. Serlo nach, daß er nicht unparteiisch gewesen ist und auch nur in einem einzigen Punkte seine persönliche Ansicht in parteiischer Weise in die Sache hereingebracht hat! Meine Herren, das würde ein berechtigter Vorwurf sein, den Sie sich wohl hüten werden, zu erheben; daß der Vorsitzende einer Kommission aber eine Meinung zur Sache hat, ist selbstverständlich, wenn man ihn sich nicht etwa vom Monde hätte herunterholen wollen. Ich kann mir diesen Angriff des Herrn Richter nur dadurch erklären, daß er wohl selbst darauf

*) S. 94.

gerechnet hatte, zum Vorsitzenden der Kommission ernannt zu werden. Aber ich muß darauf aufmerksam machen, daß einmal nicht jedermann Herrn Richter für objektiv und sachverständig in dieser Beziehung hält, und auf der andern Seite, daß man es der Regierung doch nicht verdenken kann, wenn sie es unterließ, den Abgeordneten Richter seiner segensreichen Tätigkeit im preußischen Abgeordnetenhause für einige Monate zu entziehen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ein zweiter Vorwurf ist erhoben worden gegen die Zusammensetzung der Kommission, und es ist behauptet worden, daß die Kommission in einer ganz tendenziösen Weise schutzzöllnerisch zusammengesetzt gewesen wäre. Das ist einfach nicht wahr — respektive es ist ein Irrtum.

(Heiterkeit.)

Außer dem Vorsitzenden, der sich durch seinen veröffentlichten Brief als ziemlich neutral dokumentiert hat, gehörten der Kommission an zwei Personen, die nach ihrer Nomenklatur als schutzzöllnerisch gelten können: Herr von Schloer und ich; zwei Herren aber, die nach ihrer Nomenklatur ebenso als entschieden freihändlerisch angesehen werden müssen: Herr Meyer und Herr Geheimrat Huber. Dazu kommt, meine Herren, daß gerade durch die Initiative des Vorsitzenden der Kommission in der Person des Herrn Dr. Wedding ein Geschäftsführer zugelegt wurde, der in wiederholten öffentlichen Vorträgen, noch in der letzten Zeit, sich zu den radikalsten Freihändlern bekannt hat,

(Hört! hört!)

und dieses Mitglied, obwohl es ein direktes Stimmrecht nicht hatte, da es nicht vom Bundesrat ernannt war, hat den allererheblichsten Einfluß auf die Kommissionsarbeiten gehabt, wie Sie aus dem Bericht erkennen werden, wenn er Ihnen vorliegen wird, oder, wie ich richtiger sagen möchte, wie Sie längst daraus ersehen haben werden. — Gewiß, denn wer einiges

Interesse für die Sache hat, ist auch sicher schon in der Lage gewesen, den Bericht zu lesen.

(Ruf: Durfte keine Fragen stellen!)

— Daß Herr Dr. Wedding bei der Enquete keine mündlichen Fragen stellen konnte, ist von keiner Erheblichkeit, denn Sie werden finden, wenn Sie die Sache studieren, daß der Herr Vorsitzende hauptsächlich die offiziellen Fragen, an deren Feststellung Herr Wedding sich hervorragend beteiligt hatte, an die Sachverständigen gerichtet hat, so daß also die offiziellen Fragen sich großenteils als die Fragestellung des Herrn Wedding charakterisieren. Also, meine Herren, mindestens war Wind und Sonne gleich verteilt, in dubio aber war die Verteilung ganz entschieden zu gunsten derjenigen Herren, die auf freihändlerischer Seite stehen. Ich will Ihnen das beweisen. Die Beschlüsse sind überall da, wo sie erheblich waren, einstimmig gefaßt worden. Es ist also vollkommen gleichgiltig, ob die eine oder andere Seite numerisch stärker vertreten war. Nur in einem einzigen Falle hat eine Majorisierung stattgefunden, und das war die Frage, in welcher Weise der Bericht, der nach Vernehmung der Sachverständigen an den Bundesrat zu erstatten war, abgefaßt werden sollte. Ich habe mit der größten Energie darauf bestanden, daß dieser Bericht nicht eine einfache Zusammenfassung dessen sein dürfe, was die Sachverständigen gesagt haben, weil ich ausführte, daß die Sachverständigen manches gesagt oder weggelassen haben, was im ersten Falle unrichtig, im zweiten Falle von der größten Wichtigkeit sei; ich müsse mir also vorbehalten, da ich von dem Bundesrat das Mandat bekommen habe, meine Ansicht nach Lage der Sache über den Stand der Eisenindustrie abzugeben, nun auch ganz unbeschränkt meiner Ansicht im Bericht Ausdruck zu geben. Herr von Schloer hatte sich dieser Auffassung ursprünglich angeschlossen, während die Mehrheit der Kommission dies abgelehnt und beschlossen hat, lediglich eine Zusammenstellung dessen, was die vernommenen Sachverständigen gesagt haben, in den Bericht aufzunehmen, worauf

die freihändlerischen Mitglieder von Anfang an mit der größten Zähigkeit bestanden hatten. In der einzigen wichtigen Differenzfrage haben also die Freihändler in der Kommission gesiegt.

Meine Herren, die vernommenen Sachverständigen — ja, ich bitte sehr um Entschuldigung, daß ich vielleicht hier etwas weiter gehe —

Vizepräsident Freiherr Schenk von Stauffenberg: Ich möchte den Herrn Redner bitten, — die Frage ist in den früheren Verhandlungen vielleicht gestreift worden — aber auf die Vorgänge im Abgeordnetenhause in dieser Ausführlichkeit bei dieser Debatte einzugehen, wird doch nicht angezeigt sein. Ich habe dem Herrn Redner den weitesten Spielraum gelassen; — ich möchte doch bitten, jetzt allmählich auf die Sache zurückzukommen.

(Heiterkeit.)

Abgeordneter Stumm: Ja, meine Herren, wenn ich diejenigen Angriffe, die in der Presse und im Abgeordnetenhause gegen die Kommission gemacht sind, nicht detailliert vorbringen darf, so muß ich zu meinem Bedauern eine andere Gelegenheit abwarten, bei der ich das in geeigneter Weise tun kann. Ich möchte aber schon bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß alle Angriffe, die bisher gegen die Kommission vorgebracht worden sind, in derselben und in noch entschiedenerer Weise zurückgewiesen werden können und werden müssen, wie ich das in den einzelnen Fällen, die ich vorbringen konnte, nachgewiesen habe.

Ich habe das feste Bewußtsein, daß die Kommission optima fide gehandelt hat, und ich muß jede Verdächtigung zurückweisen, dahin gehend, als ob sowohl ich wie auch die übrigen Mitglieder nicht die Absicht gehabt hätten, dasjenige objektiv zum Ausdruck zu bringen, was in der Eisenindustrie*) vorgeht. Alle Behauptungen, welche dem gegenüber stehen und die nach der Bestimmung des Herrn Präsidenten von mir jetzt

*) S. 95.

nicht näher beleuchtet werden können, entbehren absolut jeder tatsächlichen Unterlage, und nach meiner Ueberzeugung können sie nur der Tendenz entsprungen sein, da man der Kommission sachlich nicht zuleibe gehen kann, sie wenigstens persönlich zu verdächtigen.

Nach Schluß der Erörterung bemerkte Richter (Hagen) in persönlicher Bemerkung folgendes:

Gestatten Sie mir nur, heut zu konstatieren, daß es dem Herrn Abgeordneten Stumm in keiner Weise gelungen ist, irgend etwas von dem, was ich sachlich vorgetragen habe, zu entkräften, und daß er sich nur in persönlichen Angriffen und Verdächtigungen ergangen hat.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Stumm hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Stumm: Ich habe darauf ganz einfach zu bemerken, daß, wenn ich nach der Einleitung meiner Verteidigung von dem Herrn Präsidenten zur Sache gerufen worden bin, ich die eigentliche sachliche Widerlegung des Abgeordneten Richter unterlassen mußte, die ich eben erst begonnen hatte.

Einundzwanzigste Sitzung
Montag, den 17. März 1879

Eisenenquete

Am 8. März 1879 begann die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes für das Jahr 1879/80 (Nr. 9 der Drucksachen). Am 17. März fand im Rahmen dieses Gegenstandes die Fortsetzung der Erörterung über Zölle und Verbrauchssteuern statt. Stumm eröffnete dieselbe:

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, der Abgeordnete Richter hat in der vorigen Sitzung das Bedürfnis gefühlt, die Tatsache, daß er in dieser Reichstagssession jede passende — man könnte beinahe sagen, jede unpassende Gelegenheit, dazu benutzt, um uns mit einem akademischen Vortrag zu erfreuen, damit zu entschuldigen, daß er die Pflicht dem Lande gegenüber empfände, dasselbe über die Dinge, die von der Regierungsseite geplant würden, aufzuklären. Meine Herren, ich glaube nicht, daß das Land im großen und ganzen diese Verpflichtung seinerseits akzeptiert; ich wenigstens habe bei jeder Gelegenheit gefunden, wo ich mich bemühte, der Stimmung und der Beurteilung des Volkes über dasjenige, was wir hier treiben, auf den Zahn zu fühlen, daß man dort vielmehr der Ansicht ist, daß wir zuviel sprechen als umgekehrt,

---

*) S. 453.

daß wir uns zu sehr auf die sachliche Diskussion beschränken. Jedenfalls aber habe ich empfunden, daß alle Diskussionen und Reden hier, die sich rein sachlich halten, sich einer viel größeren Sympathie in der öffentlichen Meinung erfreuen als solche allgemein belehrende Ausführungen, die gar nicht über einen konkreten Gegenstand gehalten werden.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich kann deshalb nur das Beispiel anderer Herren, ja, ganzer Fraktionen befolgen, die den Zeitpunkt, in die vorliegenden Debatten eingehend einzutreten, abwarten und erst dann für gekommen erachten, wenn uns positive Vorlagen vorliegen. Es wird mir einigermaßen schwer, auf diesen Zeitpunkt zu warten, da gerade der Herr Abgeordnete Richter in seiner letzten Rede Behauptungen aufgestellt hat, die so wunderbar klingen, daß ich glaube, es würde nicht schwer sein, sie ad absurdum zu führen. Ich erinnere nur an seine Behauptung, daß das fremde Eisen deshalb nach wie vor zollfrei bei uns eingeführt werden müsse, weil die deutschen Bessemerschienenwalzwerke 12 Millionen Zentner produzieren, aber nur 4½ Millionen absetzen könnten. Also, weil unsere inländische Produktion zu groß ist, deshalb muß das fremde Eisen herein — es ist unglaublich, wie man zu solchen Schlüssen kommen kann.

Aber ein anderer Punkt ist es, den der Herr Abgeordnete Richter und verschiedene andere Herren wiederholt hier hervorgehoben haben, der mir allerdings mit dem vorliegenden*) Etat in etwas engerem Zusammenhange zu stehen scheint. Das sind die Angriffe, die teils versteckt, teils direkt gegen die Enquetekommissionen**) geltend gemacht worden sind, die

---

*) S. 454.

**) Die Eisenenquetekommission hatte im Sommer 1878 ihre Arbeit begonnen und vom 8.—29. November 1878 sechsundvierzig Vernehmungen von Sachverständigen veranstaltet. Siehe Band II dieses Werkes. Die andere Enquetekommission hatte sich mit der Textilindustrie zu beschäftigen gehabt.

im vorigen Sommer und Herbst getagt haben, — und da erkenne ich an, daß diese Angriffe durchaus nicht akademischer Natur sind. Wenn man bei jeder Gelegenheit behauptet, daß die Enqueten in parteiischer Weise vorgenommen seien, und dies unwiderlegt bleibt, weil die Geschäftsordnung eine eingehende Widerlegung ausschließt, so verbreitet man den Eindruck, als ob es sich um unantastbare Tatsachen handle, und zieht aus solchen unwiderlegten Behauptungen dann später seine Schlüsse. Insofern halte ich es allerdings für meine Pflicht, die Angriffe, die gegen die Eisenenquete vorgebracht worden sind, gerade mit Rücksicht auf die vorliegende Etatberatung, um deswillen jetzt eingehend zu widerlegen, weil sie auf die spätere Gestaltung dieses Etats ganz entschieden von wesentlichem Einfluß sind und sein müssen. Ich halte mich um so mehr dazu berechtigt, als der Herr Abgeordnete Sonnemann ausdrücklich Namen genannt hat und in Details eingetreten ist, was bei der letzten Erörterung, die ich über diesen Punkt hier anstellte, noch nicht der Fall gewesen war. Endlich hat sich auch die „Freihandelskorrespondenz", ein Blatt, das uns durch Vermittlung des Bureaus, wenn auch nicht in offizieller, so doch in offiziöser Weise durch die Beamten des Hauses jeden Abend zugestellt wird, so detailliert mit der Frage beschäftigt, daß ich mich für berechtigt halte, heute auf die Frage etwas näher einzugehen, als mir dies das letzte Mal vergönnt war, wo, wie ich zugebe, eine weniger passende Gelegenheit dazu vorhanden war.

Der Herr Abgeordnete Sonnemann hat uns ein Bild der verschiedenartigen Enqueten, in England, Frankreich und Deutschland gegeben und hat uns dabei versichert, daß er seine Erfahrungen in dieser Beziehung nicht aus Büchern schöpft. Ja, meine Herren, das glaube ich ihm ohne weiteres zugeben zu können, ich bin vielmehr der Meinung, daß er sie vollständig aus der Luft gegriffen hat,

(Heiterkeit)

aber ich glaube nicht, daß er deshalb eine größere Autorität

für sich in Anspruch nehmen kann. Er hat sich schon dadurch in einen Widerspruch verwickelt, daß er uns vorwarf, unsere Enqueten nicht nach französischem und englischem Beispiel organisiert zu haben. Ja, meine Herren, es gibt gar keinen größeren Unterschied als zwischen dem Verfahren bei den englischen und französischen Enqueten; nach beiden Enqueten konnten wir uns also doch nicht richten, wie der Herr Abgeordnete Sonnemann uns zum Vorwurf macht, dies nicht getan zu haben. Es ist bekannt, daß in Frankreich die Enqueten erstens mit Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden, daß ferner den betreffenden Sachverständigen gestattet wird, ihr ganzes Material vorzulesen, und daß die mündliche Diskussion, die sich dann an diesen Vortrag knüpft, durchaus untergeordneter Natur ist. Meine Herren, jeder, der, wie ich, die französischen Enqueten studiert hat, sowohl die dem Handelsvertrage von 1865 vorangehenden Enqueten als auch diejenigen welche im vorigen Herbst stattgefunden haben, weiß, daß dort die wunderbarsten und widersprechendsten Behauptungen von den verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, und daß vonseiten der Kommission eine gründliche Kritik derselben nicht stattgefunden hat, am allerwenigsten aber ein eigentliches Kreuzverhör eingetreten ist. Es ist auch nicht richtig, wie der Abgeordnete Sonnemann behauptet hat, daß jeder nachfolgende Sachverständige vor seiner Vernehmung die Aussagen des vorangehenden mitgeteilt erhalten hätte; in einzelnen Fällen hat das stattgefunden, in den meisten aber nicht, jedenfalls nicht in erheblicherem Maße, als dies bei uns der Fall war. Diesem französischen Verfahren stehen die englischen Enqueten diametral gegenüber mit ihrem in der Regel öffentlichen und mündlichen Verfahren. Ich könnte Ihnen übrigens auch eine ganze Reihe von englischen Enqueten nennen, die nicht öffentlich waren. Also auch hier hat sich Herr Sonnemann einer starken Uebertreibung schuldig gemacht.

Jedenfalls steht soviel fest: nach dem französischen und englischen Beispiel gleichzeitig konnten wir uns nicht richten.

Das Bestreben unserer Enquete war vielmehr dahin gerichtet, das richtige der englischen Enquete mit dem richtigen der französischen Enquete zu verbinden. Ob uns dieser Schritt vollkommen gelungen ist, das behaupte ich nicht, denn ich halte mich nicht für unfehlbar. Unser Bestreben aber war jedenfalls dahin gerichtet, und das Faktum als solches wird niemand leugnen können. Wir haben die Oeffentlichkeit unmittelbar nicht zugelassen, und ich glaube, wir waren dazu auch gar nicht autorisiert, wir haben aber die Oeffentlichkeit dadurch garantiert, daß wir Stenographen zuzogen, daß die Exemplare der stenographischen Berichte in 1400 Nummern gedruckt worden sind, also mit der Aussicht, mit der Möglichkeit wenigstens, daß jedem einzelnen Mitgliede des Reichstages ein solcher Bericht zugängig gemacht werden könne; ein weiteres hatten wir nicht zu beschließen. Wir haben also dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben, die vollste Oeffentlichkeit im gegebenen Moment eintreten zu lassen. Wir haben auf der andern Seite den einzelnen Sachverständigen zwar detaillierte Fragebogen unterbreitet, haben aber erstens ausdrücklich vorbehalten, daß eine Verlesung schriftlicher Berichte nicht stattfinden dürfe, daß vielmehr nur eine mündliche Beantwortung zugelassen werde, und wir haben zweitens durch Kreuzverhör alles zu ergänzen gesucht, was durch die Beantwortung der Fragebogen seitens der Sachverständigen noch nicht genügend klar gestellt war. — Ich glaube also, daß die Methode, mit der wir verfahren sind, keineswegs irgend eine Einseitigkeit in sich schließt und daß wir in der Beziehung alles getan haben, was möglich war, um aus den beiden Systemen, über die wir uns zu entschließen hatten, das richtige herauszuziehen. Im übrigen, meine Herren, sind die gedruckten Exemplare der Enqueteberichte durchaus nicht so geheim gehalten worden, wie das irrigerweise, um mich höflich auszudrücken, von gewisser Seite behauptet ist. Meine Herren, jeder Sachverständige der Enquete hat ein vollständiges Exemplar nicht bloß seiner eigenen Vernehmungen bekommen, sondern aller Vernehmungen der gesamten Kommission. Ich

für meine Person habe, wie jedes Mitglied der Kommission, fünf Exemplare davon bekommen, und wenn einer der Herren mir sofort, nachdem ich sie bekommen hatte, nur den leisesten Wunsch ausgesprochen hätte, ihm ein Exemplar zur Disposition zu stellen, so würde ich dies mit dem größten Vergnügen getan haben; ich war in keiner Weise zur Geheimhaltung verpflichtet und bin auch heute noch bereit, Herrn Richter ein Exemplar zur Verfügung zu stellen, — nur muß er warten, bis ich es von Hause habe kommen lassen, denn ich habe nur eins bei mir, und das brauche ich selber.

Nun, meine Herren, ist der Enquete vorgeworfen worden, daß wir die Sachverständigen nicht eidlich vernommen haben. Ja, meine Herren, ich frage Sie: wie konnten wir, eine einfache, durch Bundesratsbeschluß eingesetzte Kommission von Nichtjuristen, uns berechtigt halten, Zeugenverhöre abzuhalten und die Leute zu vereidigen? Welcher Sachverständige würde den Eid geleistet haben? Dazu waren wir in keiner Weise berechtigt. Wollte man das, so mußte man eine parlamentarische Enquete einsetzen und gleichzeitig ein Gesetz machen, durch welches die Enquetekommission berechtigt worden wäre, den Eid abzunehmen. Das ist aber nicht nur nicht geschehen, sondern die Herren von jener Seite (links) haben sich gegen ein derartiges Prozedere bei Gelegenheit der Tabaksenquete nachdrücklichst ausgesprochen. Herr Harnier sagte damals bei Gelegenheit der Tabaksenquete:

> „Wir sind der Ansicht, daß man derartige Zwangsmittel und Strafgesetze zur Ausführung der Enquete nicht braucht, um ein gutes Resultat zu erreichen,*) daß dazu die einfache Zuziehung von sachverständigen Fachmännern genügt. Man hat bei der Enquete über die Baumwollen- und Eisenindustrie auch nicht verlangt, derartige weitere Zwangs- und Strafvorschriften zu haben.“

---

*) S. 455.

Meine Herren, das hat der Herr Abgeordnete gesagt zu einer Zeit, wo die Eisenenquete bereits im Gange war, aber die Sachverständigenvernehmungen noch nicht angefangen hatten. Es war das zwischen dem Moment, wo das Programm festgestellt war, und zwischen der Sachverständigenvernehmung. Hätte man damals im Hause die Absicht gehabt, die Aussagen der Sachverständigen bei der Eisenenquete auf einen Eid zu gründen, so mußte man es also bei dieser Gelegenheit aussprechen; der Herr Abgeordnete Richter aber, der direkt hinter Herrn Harnier zum Worte kam, hat sich zwar in sehr langer Weise über die Art, wie man Enqueten machen solle oder nicht, verbreitet, aber mit keinem Wort ausgesprochen, daß er eine eidliche Vernehmung wünscht. Nun kommt er hinterher und beklagt sich, daß eine eidliche Vernehmung nicht stattgefunden habe! Die Beurteilung einer solchen Kritik kann ich dem Hause getrost überlassen.

Wenn es aber auch wirklich der Kommission möglich gewesen wäre, eidlich zu vernehmen, so wäre es doch im vorliegenden Fall, wie ich glaube, in keiner Weise angemessen gewesen, und ich behaupte, daß, wenn die uns vorliegende Enquete in England stattgefunden hätte, sie dort ebensowenig auf eidliche Vernehmung gegründet worden wäre.

Bei dieser Unmasse von Details, die wir notwendig extrahieren mußten, wäre es in der Tat unmöglich gewesen, dasselbe in dem gewünschten Maße zu bekommen, wenn jeder Sachverständige sich hätte sagen müssen: halt, wenn du auch nur eine Kleinigkeit, auch nur die geringste Zahl aus den Büchern falsch angibst, dann machst du dich meineidig und kannst deswegen bestraft werden.

Die eidliche Vernehmung war aber auch nicht notwendig, weil die Kontrolle der einzelnen Angaben durch Preiskurante, Listen und dergleichen gegeben ist, die ja jedem zugänglich sind und wonach die Angaben kontrolliert werden können, sowohl zurzeit der Enquete, wie auch später im Reichstage. Ich glaube also, daß es weder notwendig, noch nützlich,

noch überhaupt möglich war, die eidliche Vernehmung eintreten zu lassen.

Was nun die Details anlangt, meine Herren, so war es mir bei einer früheren Gelegenheit bereits gestattet, die Vorwürfe, die gegen den hochverdienten Beamten, den wir die Ehre hatten, zum Vorsitzenden der Kommission zu haben, sowie gegen die Mitglieder der Kommission erhoben worden sind, zurückzuweisen. Ich habe damals schon konstatiert, daß die Kommission alle ihre Beschlüsse von einiger Bedeutung einstimmig gefaßt hat mit Ausnahme eines einzigen Falls, wo die sogenannte schutzzöllnerische Auffassung in der Minorität geblieben ist, d. h. in der Frage, in welcher Form der Bericht abzufassen sei. Ich bin damals stehen geblieben bei der Auswahl der Sachverständigen, und wie der Kampf von gewisser Seite geführt wird, mag Ihnen am besten ein Satz aus der Freihandelskorrespondenz beweisen, die uns ja fast jeden Abend zugeht, und zwar aus der Nummer vom 28. Februar:

„Aber Herr Stumm scheint vergessen zu haben, was bei der Diskussion über die Eisenenquete im preußischen Abgeordnetenhause vorgebracht worden ist. Dort ist speziell die einseitige Auswahl der bei der Eisenenquete vernommenen Sachverständigen gerügt worden, und der Vorsitzende der Kommission, Herr Serlo, hat diesen Vorwurf nicht entkräften können."

Hier wird also behauptet, daß ich vergessen hätte, überhaupt die Sachverständigen vorzubringen, und es wird mir der Vorwurf gemacht, ich hätte nichts auf die sie betreffenden Angriffe erwidern können.

Die Herren wissen aber doch alle, daß, als ich damals auf die Kritik dieser Angriffe übergehen wollte, der Herr Präsident erklärte, daß das nicht zum österreichischen Handelsvertrag gehöre, und ich somit gezwungen war, abzubrechen und meine Widerlegung einer späteren Gelegenheit vorzubehalten.

Was die Angriffe selbst anlangt, so scheinen sie mir vielfach von der falschen Voraussetzung auszugehen, daß die Kom-

mission zu einem ganz andern Zweck eingesetzt worden ist, als dies wirklich der Fall war, als ob sie bestimmt gewesen wäre, bestimmte Tarifvorlagen auszuarbeiten, dem Bundesrat die Mittel vorzuschlagen, in welcher Weise die Kalamitäten, die heute die deutsche Eisenindustrie heimsuchen, zu überwinden wären usw. Das alles ist nicht der Fall gewesen; durch Beschluß des Bundesrats ist der Enquete folgender Auftrag gegeben:

„Der Bundesrat hat beschlossen, von Reichswegen eine Untersuchung über die gegenwärtige Lage der deutschen Eisenindustrie, insbesondere mit Bezug auf die Rückwirkung der seit dem Jahre 1873 eingetretenen Zollveränderungen, zu veranstalten."

Es ist also ein ganz eng begrenztes Gebiet, in dem sich die Kommission zu bewegen hatte, und es war selbstverständlich, wenn man die Einwirkungen, welche die Zollveränderungen auf die Lage der Eisenindustrie hatten, untersuchen sollte, daß man dann vorzugsweise diejenigen Leute vernehmen mußte, die der Eisenindustrie angehören, denn ein anderer konnte darüber doch keine Auskunft geben, höchstens nur in ganz nebensächlicher Beziehung. Anders hätte die Sache gestanden, wenn man die Kommission direkt damit beauftragt hätte, Zölle oder Nichtzölle vorzuschlagen, Zölle von bestimmter Höhe, dann mußte auf die Konsumenten vielleicht eine größere Rücksicht genommen werden, aber das ist der Kommission in keiner Weise abverlangt worden.

Allerdings, meine Herren, wenn der Herr Abgeordnete Richter recht hätte, daß hier im Hause nur diejenigen das Wort ergreifen dürfen, die an einer Frage kein persönliches Interesse haben, und man diesen Grundsatz auf die Kommission übertragen wollte, dann natürlich mußte man einen andern Weg einschlagen. Ich behaupte jedoch, daß, wenn eine so ungeheuerliche Behauptung in Frankreich oder England im Parlament ausgesprochen worden wäre, sie ein allgemeines Hohngelächter hervorgerufen haben würde, denn das läuft

doch schließlich darauf hinaus, es hat nur der über einen Gegenstand zu sprechen, der nichts von der Sache versteht. Der Herr Abgeordnete Richter ist freilich ausnahmsweise in der glücklichen Lage, auch alles zu verstehen, woran er kein Interesse hat, denn er hat uns erklärt: „Ich habe persönlich niemals ein Interesse, wenn ich das Wort ergreife.“ Da er nun aber über alles spricht, so muß ich annehmen, daß er natürlich ein persönliches Interesse überhaupt nicht hat, und trotzdem versteht er alles! In dieser glücklichen Lage sind aber nur wenige Menschen, und ich gestehe offen, daß ich Herrn Richter ebensowenig den Gefallen tun werde, in diesen Dingen hier zu schweigen, wie ich in der Kommission dafür plädiert habe, daß keine Sachverständigen, sondern nur Literaten vernommen werden sollten. Es ist das ja ein sehr peinliches Geschäft, und ich behaupte: ein erheblicher Grund dafür, daß bei uns in Deutschland die berechtigten materiellen Interessen so wenig zum Ausdruck kommen, und die Theorie so vorherrschend ist, liegt gerade in den Gesichtspunkten, die der Herr Abgeordnete Richter hervorgehoben hat; die meisten Leute schämen sich, ich möchte sagen, sie sind zu feige, da aufzutreten, wo sie ein öffentliches Interesse zu vertreten haben, das aber zufällig mit ihrem Privatinteresse übereinstimmt. Das ist ein Krebsschaden, wie ich glaube, unserer ganzen öffentlichen Wirksamkeit, und es ist in keinem anderen Lande in ähnlicher Weise der Fall. Wenn es bei mir nur eine Privatliebhaberei wäre, würde ich Ihnen wahrlich keine Reden über Eisenzölle halten oder die Berufung in die Enquetekommission angenommen haben; denn ein Vergnügen*) war es nicht, hier im Sommer und Herbst zu sitzen, die schwere Arbeit zu haben und sich dann wegwerfend kritisieren zu lassen, wie es hier geschieht. Es gehört ein viel größeres Maß von Pflichtgefühl dazu, gerade in solchen Dingen aufzutreten, wo man sich Angriffen und Verdächtigungen aussetzt, aber auf seiner

---

*) S. 456.

Seite das gute Recht hat, als sich als römischer Senator oder als Brutus hinzustellen, und zu sagen: ich bin stolz darauf, daß ich für eine Sache sprechen kann, die in mein eigenes Fleisch einschneidet!

(Sehr richtig!)

Das ist oft recht billig, das andere aber mindestens ebenso verdienstlich.

Nun, meine Herren, ist behauptet worden, die Auswahl der Interessenten habe vorzugsweise stattgefunden aus den beteiligten Kreisen Rheinlands und Westfalens; es ist das sogar im preußischen Abgeordnetenhause gesagt worden. Meine Herren, gestatten Sie mir, Ihnen einfach die Statistik vorzutragen. Unter 46 Sachverständigen, die vernommen sind, waren sechzehn, die Rheinland und Westfalen angehört haben, sechs aus Schlesien, vier aus Elsaß-Lothringen, fünf aus Mitteldeutschland, fünf aus Süddeutschland, zehn aus Norddeutschland, und unter den zehn aus Norddeutschland waren je einer aus Hamburg und Bremen, zwei aus Pommern.

(Hört! hört!)

Meine Herren, ich glaube, daß, wenn Sie sich die enge Aufgabe vergegenwärtigen, welche der Eisenenquetekommission gegeben war, Sie mir zugeben müssen, daß die nicht eisenproduzierenden Landesteile Deutschlands in dieser Statistik relativ in sehr viel erheblicherer Weise berücksichtigt worden sind als die eigentlichen eisenproduzierenden Distrikte. Nun, meine Herren, Konsumenten waren nach der Aufgabe, die hier gestellt war, streng genommen, gar nicht notwendig zu vernehmen. Ich bin es aber gerade in der Kommission gewesen, der die Vernehmung von Konsumenten beantragt hat, d. h. Landwirten und Eisenbahninteressenten, um möglichst jeden Vorwurf, welcher in der Richtung erhoben werden könnte, abzuschneiden. Diese Konsumenten sind in der Zahl von 6 oder 7 herangezogen worden; jenachdem man den Begriff der Konsumenten faßt, jedenfalls in einer viel größeren Weise, als die Interessen, die hier in Frage kommen, es nötig gemacht hätten.

Wir sind davon ausgegangen, fünf Kategorien aufzustellen, zuerst Bergbau und Roheisenfabrikation, zweitens Darstellung von Eisen und Stahl, drittens weitere Verarbeiter des Eisens, viertens Händler, fünftens Konsumenten, aus welchen wir die Sachverständigen ziemlich gleichmäßig ausgewählt haben, und wenn man uns sagt, daß in den Sachverständigen der drei ersten Kategorien hauptsächlich die Großindustrie stecke, die Kleineisenindustrie aber zu wenig berücksichtigt worden sei, so ist das ein unberechtigter Vorwurf. Zunächst mache ich darauf aufmerksam, daß nach dem Wortlaut des Bundesratsbeschlusses es überhaupt zweifelhaft ist, ob die sogenannte Kleineisenindustrie in den Rahmen der Untersuchung zu fallen hat, da sie streng genommen der Eisen*waren*industrie, nicht aber der Eisenindustrie angehört, und dann mache ich darauf aufmerksam, daß die Kleineisenindustrie großenteils die bisherigen Schutzzölle behalten hat, also keine Veranlassung vorlag, für alle Branchen der Kleineisenindustrie den Veränderungen seit 1873 nachzuforschen; dieselbe hat teilweise eben keine Veränderungen gehabt. Meine Herren, es wird ja vielfach überhaupt der Begriff der Kleineisenindustrie irrtümlich aufgefaßt. Viele Leute glauben, es handle sich da um den Gegensatz der großen Eisenindustrie, das seien die großen Eisenwerke, und der kleinen Eisenindustrie, das seien die kleinen Eisenwerke. Nichts ist unrichtiger wie das. Die Kleineisenindustrie ist weiter nichts als die Fabrikation von Kleineisenzeug, die natürlich ihre große Bedeutung hat, die indessen keinesfalls in dieser Frage in so hervorragender Weise beteiligt war, daß nicht die Vernehmung von zwei Industriellen, die ganz besonders dieser Branche angehören, und außerdem von einer ganzen Anzahl von anderen Industriellen, welche der Branche näherstehen und ausdrücklich von der Kleineisenindustrie aufgefordert waren, Mitteilung in ihrem Namen zu machen, ausgereicht hätte.

Nun sagt der Herr Abgeordnete *Richter* (Hagen): wir hätten aber aus dem Kreise Hagen (seinem Wahlkreis) nur einen einzigen Industriellen gehört, und der sei Schutzzöllner.

Ja, meine Herren, wenn wir von 400 Sachverständigen, die uns vorgeschlagen worden waren, 46 für ganz Deutschland heraussuchten, so können wir doch absolut nicht aus einem einzigen Kreise, wenn er noch so industriell ist, mehr wie einen wählen; dann würde man uns den Vorwurf, aus Rheinland und Westfalen hätten wir die Mitglieder vorzugsweise gewählt, erst recht gemacht haben. Daß man aber gerade einen Schutzzöllner genommen hat, liegt darin, daß der Kreis Hagen in seiner großen Mehrheit schutzzöllnerisch gesinnt ist, und der Herr Abgeordnete Richter weiß so gut wie ich, daß die Mehrheit seiner Wähler nicht seinem wirtschaftlichen Programm zustimmt, sondern — er mag sich bei dem Zentrum erkundigen — daß gerade diejenigen, welche bei der engeren Wahl zu seinen Gunsten den Ausschlag gaben, auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehen, den er hat. Daß wir nur einen Sachverständigen aus Hagen vernommen haben, und daß dieser ein Schutzzöllner war, kann uns somit der Herr Abgeordnete Richter wahrlich nicht vorwerfen. Wir haben aber gerade diesen Punkt dadurch zu balancieren gesucht, daß wir den Herrn Mannesmann aus Remscheid —

(Lachen links!)

— Bitte, meine Herren, lachen Sie nicht zu früh; wer zuletzt lacht, lacht am besten; warten Sie, was ich sagen werde — indem wir in dem Herrn Mannesmann aus Remscheid den Vertreter einer Industrie vorgeladen haben, die sich mit der von Herrn Funke vertretenen Industrie früher in diametralen Gegensatz gestellt hatte. Herr Mannesmann hat, wie Sie aus dem stenographischen Protokoll ersehen werden, resp. längst ersehen haben, erklärt, daß er vor seiner Vernehmung in Remscheid eine Versammlung der Interessenten, auch der Exporteure, zusammenberufen habe, und daß er von dieser Versammlung autorisiert worden sei, zu erklären, daß die Remscheider schon 1873 durchaus nicht gewillt gewesen seien, einen einseitigen Freihandel zu fordern, sondern darunter habe man stets nur eine gegenseitige Einrichtung durch die

verschiedenen Länder verstanden. Herr Mannesmann hat sich zu seinen Erklärungen vorsichtigerweise also ausdrücklich autorisieren lassen, abgesehen davon, daß doch wohl niemand seine hervorragende Stellung in Remscheid bestreiten wird. Nun, meine Herren, weiß ich sehr wohl, daß jetzt neuerdings, vor einigen Wochen, ein dortiger Exporteur, der mit den Ausführungen des Herrn Mannesmann nicht einverstanden ist, Himmel und Hölle aufgeboten hat, um eine Kundgebung gegen denselben hervorzurufen und zu diesem Behufe Versammlungen einzuberufen. Das erste Mal ist es ihm nicht gelungen, das zweite Mal brachte er es durch fremde Unterstützung endlich dahin — die „Kölnische Zeitung" hat die Sache bereits richtig gestellt — 59 Leute zur Gegenagitation gegen Herrn Mannesmann zusammenzutrommeln. Von diesen 59 Leuten haben aber sogar 25 für die Auffassung des Mannesmann gestimmt und nur 34 dagegen. Die Differenz beträgt also bei dieser vollständig zufällig zusammengewürfelten Zahl nur 9 zu gunsten der Urheber der Versammlung. Wie setzen sich nun diese 9 zusammen? Es waren, wie mir heute noch mündlich versichert worden ist, darunter zwei Staatsbeamte, ein Rechtskonsulent, vier Kommis, zwei Stenographen und ein Fuhrmann, die alle mitstimmten.

(Heiterkeit.) *)

Meine Herren, daß diese Majorität den Idealen des Herrn Richter sehr nahe kommt, ist erklärlich, denn ein Interesse hatten sie gewiß nicht zur Sache; aber ob diese Majorität dafür größere Ansprüche auf Sachverständnis machen kann, das überlasse ich dem Urteile jedes unbefangenen.

Aber, meine Herren, der entscheidende Punkt dieser ganzen Frage liegt darin: nachdem die Vernehmung der 46 Sachverständigen beendigt war, wurde von dem Vorsitzenden die Frage an die Kommission gerichtet, ob irgend ein Punkt noch nicht genügend erörtert und ob die weitere Zuziehung von Sachverständigen erwünscht sei? Diese Frage wurde einstimmig und

*) S. 457.

ausdrücklich verneint. Während der Verhandlungen der Kommission sind ebensowenig Anträge der Kleineisenindustrie auf Vernehmung weiterer Sachverständigen ergangen, während unter anderen das Stahlwerk Hoesch und die Rheinischen Stahlwerke, die bekanntlich Bessemerstahlschienen aus fremdem, englischem Material produzieren, beantragt hatten, vernommen zu werden, weil sie fürchteten, daß die Vertreter der übrigen Bessemerwerke, welche ihr eigenes Roheisen verarbeiteten, ihnen nachteilig sein könnten. Die Kommission hat keinen Augenblick geschwankt, sofort den Herrn Hoesch einzuladen. Ganz in derselben Lage waren die Herren Exporteure in Remscheid, wenn sie vermeinten, daß in der Tat Herr Mannesmann ihr Interesse nicht wahrgenommen habe. Warum haben sie nicht sofort erklärt, daß noch andere Vertreter der Kleinindustrie vernommen werden sollten? Es ist von keiner Seite ein solcher Anspruch erhoben worden, trotzdem daß diese Sache in der Presse ausführlich besprochen wurde, trotzdem daß die besprochene Verhandlung mit Herrn Mannesmann in Remscheid sehr öffentlich stattgefunden hat.

Wenn Sie also als Grund gegen die Ergebnisse der Beratungen der Kommission geltend machen, daß Leute, die sich nicht gemeldet haben, auch nicht vernommen worden sind, so ist auch das, glaube ich, ein vollständig hinfälliger Einwand.

Nun, meine Herren, in der Landwirtschaft, konnte man da überhaupt freizöllnerischer verfahren, als daß man zwei hervorragende Vertreter aus den östlichen Provinzen, einen aus Pommern, einen aus der Uckermark, einen einzigen Landwirt aus Mitteldeutschland, der Provinz Sachsen, in welcher die Landwirtschaft am intensivsten betrieben wird, und einen aus Süddeutschland auswählte?

Als Vertreter der süddeutschen Landwirtschaft haben wir damals unseren verehrten Kollegen, Herrn von Frankenstein, vorgeladen, er hat aber leider abgelehnt, und da waren wir genötigt, auf einen anderen Herrn überzugreifen, was uns damals sehr schwer war, weil der Reichstag nicht mehr ver-

sammelt war und wir bei unserer mangelhaften Kenntnis der landwirtschaftlichen Personen in Süddeutschland wirklich in Verlegenheit kamen. Wir sind auf den Herrn *Ramm* in Stuttgart verfallen,*) Mitglied der würtembergischen Kammer und dort Autorität in landwirtschaftlichen Dingen. Sofort war man gegnerischerseits bei der Hand, zu erklären, das sei ein Beamter des Herrn *von Varnbüler*, also nichts als dessen Organ; allerdings wurde dies später zurückgenommen, aber nach dem Grundsatze „semper aliquid haeret“ ist auch jetzt noch vielfach in der öffentlichen Meinung die Ansicht verbreitet, als habe es Herrn *Ramm* an der vollen Unabhängigkeit und Objektivität gefehlt.

Meine Herren, noch viel gravierender für unsere Gegner sind die Angriffe, welche in Beziehung auf die Auswahl der *Eisenhändler* gemacht worden sind. Wie konnte die Kommission hierin objektiver verfahren, als daß sie die größten Eisenhändler in den ersten Handelsplätzen Deutschlands vernommen hat? Diese waren Stettin, Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., München. Bei Stettin wurde vorhin, glaube ich, ein Ausruf laut; darauf wollte ich gerade kommen. Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir von Stettin nicht einen selbständigen geachteten Kaufmann, sondern einen bloßen Agenten der Laurahütte beigezogen hätten. Meine Herren, das ist unwahr. Herr Konsul *Scheele* bezieht Eisen von der Laurahütte wie jeder Eisenhändler, und ich behaupte, in ganz Deutschland ist kein Eisenhändler, der nicht auch deutsches Eisen führt. Sie sollten das am wenigsten behaupten, denn Sie sagen ja immer, die deutsche Eiseninbustrie sei auch ohne Zoll in der Lage, den inländischen Markt zu behaupten, also doch auch jedem einzelnen Händler das Eisen zu verkaufen. Hier steht es so, daß Herr *Scheele* einer der größten Importeure englischen Roheisens ist im ganzen Osten und daß keine geeignetere Persönlichkeit als Vertreter jener Gegend zu finden war als Herr *Scheele*. Meine Herren, ich kann mein Wort darauf geben,

---

*) Im Text steht „gefallen“.

daß ich genau ebenso erstaunt war wie die Herren von der freizöllnerischen Seite, als Herr Scheele erklärte, daß er einen Zoll auf Eisen nicht für schädlich, ja sogar für nützlich halte, weil er fürchtete, daß andernfalls die Konkurrenz der deutschen Industrie wegfallen müsse, so daß er der englischen Industrie allein preisgegeben sei. Ich war sehr erstaunt über diese Objektivität, aber noch viel erstaunter war man auf freihändlerischer Seite, denn gerade der Sekretär der Stettiner Kaufmannschaft hatte noch wenige Tage vor der Vernehmung denselben Herrn Scheele in derselben Frage als Autorität angesprochen und um Rat angegangen. Meine Herren, es liegt mir ein Brief vor, den Herr Scheele seinerzeit der Kommission mitgeteilt hat. Ich habe ihn leider auf meinem Platz gelassen und werde ihn gelegentlich verlesen. Dieser Brief geht aus von einem Herrn Broemel, damals Sekretär der Stettiner Kaufmannschaft, jetzt Redakteur der Freihandelskorrespondenz, er ist in höflichster Form wenige Tage vor dessen Vernehmung an Herrn Scheele geschrieben, welcher gebeten wird, nähere Auskunft zu geben über die Eisenpreise der letzten Jahre, über die Einwirkung der Zölle auf die Preise, überhaupt über alle die Punkte, welche bei der Enquete von Wichtigkeit waren, und es wird hinzugefügt eine Liste von Gegenständen, für welche die Gutsbesitzer ein besonderes Interesse haben. Meine Herren, daraus geht einmal hervor, daß der Sekretär der Stettiner Kaufmannschaft den Herrn gewiß nicht als Schutzzöllner angesehen hatte. Herr Broemel ist aber sicherlich selbst ein unverdächtiger Zeuge, denn er ist heute Redakteur des offiziellen freizöllnerischen Organs, und trotzdem war er noch am 5. November vollkommen überzeugt von der Objektivität und Autorität des Herrn Scheele. Erst, nachdem dieser Depositionen gemacht hatte, die den Erwartungen der Herren nicht entsprachen, erst dann hat man ihn verdächtigt. Ob das eine erlaubte oder höfliche Handlungsweise ist, brauche ich wohl nicht weiter zu erörtern.

Meine Herren, der Brief beweist aber auch, daß die Frei-

handelspartei damals die Absicht hatte, soweit sie wenigstens von Herrn Broemel vertreten war, den Gutsbesitzern, die bei der Enquete vernommen werden sollten, das Material zuzuführen, welches sie aus eigener Wissenschaft etwa nicht haben sollten. Ich bin weit entfernt, den hervorragenden Mitgliedern des Hauses, die in der Enquete vernommen wurden, zu imputieren, daß sie Gebrauch davon gemacht haben oder derartige Propositionen angenommen haben; daß aber der Zweck des Briefes dahin gerichtet war, steht unzweifelhaft fest. Um so weniger halte ich es nun für zulässig, daß man von anderer Seite das Märchen erfunden hat, wonach die Industriellen, welche vernommen worden sind, sich von dritten Personen hätten einpauken lassen. Meine Herren, das versteht sich ja von selbst, daß der Industrielle, dem eine Reihe von 50 bis 60 Fragen vorliegt, die sich auf Statistik, englische und französische Produktions- und Arbeiterverhältnisse beziehen, und der in dem teilweise falschen Gefühl, daß er jede Frage beantworten müsse, sich auch über das zu informieren sucht, was ihm nicht aus eigener Erfahrung bekannt ist, sich zu diesem Zweck an die Organe seines Zentralverbandes*) wendet, und kein Mensch kann ihm das übelnehmen. Worin aber in bezug auf die Enquete seine eigenen Erfahrungen wichtig waren, das waren seine Angaben über die eigenen Selbstkosten und Verkaufsverhältnisse, und da behaupte ich: es ist rein erfunden,**) wenn der Versuch gemacht worden ist, den vernommenen Industriellen in dieser Beziehung die Einwirkung eines fremden Einflusses unterzuschieben.

Es ist ferner behauptet worden, daß ein Herr Bueck***)

*) Des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin, der 1876 gegründet worden war.

**) S. 458.

***) Henry Axel Bueck, von Beruf Landwirt, war seit 1873 in Düsseldorf Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, und hatte 1873 den Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und 1876 den Zentralverband deutscher Industrieller mit gründen helfen.

die Rolle des Einpeitschers gespielt und sogar die stenographischen Berichte der Herren korrigiert habe. Es ist wirklich wunderbar, daß man bei dem Märchen nicht ein bißchen vorsichtiger gewesen ist, da Herr Bueck gar nicht einmal Fachmann ist, sondern einfach die schriftlichen Geschäfte des wirtschaftlichen Vereins in Rheinland und Westfalen besorgt, dessen Generalsekretär er ist. Also nicht einmal Sachverständiger ist der Mann, dem man die Rolle zugedacht hat, dieses umfassende Geschäft zu besorgen! Ja, meine Herren, ich kann doch wirklich nicht annehmen, daß Herr Richter dies deswegen getan hat, weil er seinem gefürchteten Gegenkandidaten, der wohl nächstens einmal sein Nachfolger werden wird,*) etwas am Zeuge flicken will. Ich kann nur annehmen, daß Herr Richter die Eiseninbustriellen ein bißchen verwechselt mit gewissen fortschrittlichen Preßorganen, die sich daran gewöhnt haben, seine Waschzettel unbesehen abzudrucken. Meine Herren, das ist aber ein großer Irrtum, denn nirgends ist das Widerstreben einer ganzen Klasse, literarische Leistungen nicht über Gebühr zu erheben, stärker ausgebildet als vielleicht gerade bei der Montanindurstie, und ich glaube, es würde keiner von den Herren vom Leder auch nur auf den Gedanken gekommen sein, die Tätigkeit des Herrn Bueck in Dinge hereinzuziehen, von denen er sehr wohl weiß, daß er sie weit besser versteht als alle die Herren von der Feder. Ich kann übrigens aus eigener Wissenschaft sagen, daß ich die ganze Zeit damals im Kaiserhof gewohnt habe, wo Herr Bueck seine Tätigkeit entfaltet haben soll, daß ich ihm nur zweimal kurz begegnet bin und daß, obwohl ich persönlich mit einer großen Zahl von Sachverständigen befreundet und selbst verwandt bin, ich doch niemals den Herrn Bueck bei einem derselben angetroffen habe. Ich habe mit den Herren meistens zu Mittag gegessen, ohne Herrn Bueck nur zu sehen. Ob dieser übrigens von mir sehr verehrte und

*) H. A. Bueck hatte bei der Reichstagswahl zur vierten Legislaturperiode im Wahlkreise Hagen gegen Richter kandidiert.

verdienstvolle Herr dem einen oder anderen vielleicht Material beigetragen hat oder sonst behilflich gewesen ist, weiß ich nicht; aber die Rolle, die ihm in bezug auf die Beeinflussung der Aussagen und stenographischen Berichte von jenen Herren zugeschrieben wird, beruht einfach auf Erdichtung. Das stärkste, was in dieser Beziehung geleistet worden ist, steht in einem Artikel der „Neuen Freien Presse“, der auch in verschiedene andere Organe der deutschen Presse übergegangen ist. Es sind dort den Sachverständigen in einem Tone, der an die schlimmsten Zeiten der „Eisenbahnzeitung“ und der „Reichsglocke“ erinnert, Dinge vorgeworfen, die zwar nicht gerade überall direkte Beleidigungen enthalten, die aber in so gehässiger Weise gehalten sind, daß ich mich meinerseits nicht entschließen kann, in diesen Schmutz hinabzusteigen. Es ist dort den Eisenindustriellen vorgerechnet worden, wieviel Champagner sie getrunken haben, wieviel Trinkgelder sie gegeben haben, ja, es wird die Insinuation nicht gescheut, daß sie Stammgäste eines hiesigen verrufenen Lokals wären! Meine Herren, ich mache Herrn Richter für den Schmutz dieses Artikels, der von vorn bis hinten erfunden ist, allerdings nicht verantwortlich, wohl aber möchte ich ihn verantwortlich machen für die Sprache, die allmählich in untergeordnete Preßorgane durch sein Beispiel hineingekommen ist; auch Herrn Sonnemann mache ich nicht verantwortlich dafür, obwohl der Artikel, wenn ich nicht irre, auch in seinem Blatt gestanden hat.

Herr Richter wird nicht leugnen, daß er seinerzeit den Ausdruck „Zollbettler“ erfunden hat, und daß dieser Ausdruck doch sehr nahe steht dem Ausdruck jenes Artikels: „Millionäre, die betteln gehen“. Meine Herren, ich bin weit entfernt, auf diesen Ton selbst einzugehen, obwohl der Ausdruck „Zollbettler“ uns gegenüber eine Erwiderung ähnlicher Art sehr nahe legt, die für Herrn Richter recht empfindlich sein könnte, aber ich tue es schon um deswillen nicht, weil wir alle ein Interesse daran haben, daß im Volk die Auffassung und der Sprachgebrauch nicht noch weiter verbreitet wird,

wonach man unter Parlamentston genau das umgekehrte von dem versteht, was wir unter parlamentarischem Tone verstanden wissen wollen. Meine Herren, wir haben alle ein Interesse daran, daß der sachliche Ton, der nach meiner Auffassung eine so wichtige Körperschaft, wie die unserige ist, auszeichnen sollte, nicht verloren gehe, und ich für meine Person werde mich nie zu denjenigen rechnen, die da glauben, daß die Logik, die etwa mangelt, durch Grobheit ersetzt werden könne.

Ich meine überhaupt, meine Herren, wir sollten doch ganz ruhig abwarten, bis uns die konkreten Vorlagen seitens der Regierung unterbreitet werden, über die wir uns dann auseinanderzusetzen haben, und wir sollten dann eine sachliche, ruhige Diskussion darüber führen, zum Heil des Vaterlandes und zum Wohle unserer Industrie. Unterlassen Sie es aber, unsere parlamentarische Atmosphäre durch diese persönlichen Gehässigkeiten zu erhitzen, die Ihrer selbst, die aber vor allen Dingen dieses hohen Hauses in der Tat nicht würdig sind!

(Bravo!)

Nach Schluß der Erörterung nahm Stumm das Wort zur persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, fürchten Sie nicht, daß ich so ausführlich sein werde wie der Herr Abgeordnete Richter. Ich denke, es findet sich später noch Gelegenheit —

Vizepräsident Freiherr Schenk von Stauffenberg: Ich bitte den Herrn Redner, doch zu der persönlichen Bemerkung zu kommen.

Abgeordneter Stumm: Ich komme also darauf, daß mich der Herr Abgeordnete Richter in verschiedenen Punkten

*) S. 471.

mißverstanden hat, ich glaube, seine ganze Ausführung war ein fortlaufendes Mißverständnis meiner Worte. Zunächst hat er mir nachgesagt, daß ich die Meinung verbreitet hätte, als ob er sich nur über die Verhältnisse der Eisenenquete ausgesprochen hat, während er umgekehrt eine lange Rede gehalten habe, auf die ich noch gar nicht hätte antworten können. Ich habe denn doch ausführlich genug auseinandergesetzt, warum ich auf die Widerlegung des Herrn Abgeordneten Richter jetzt nicht ausführlicher eingehe, und warum ich mich darauf beschränke, nur seine Angriffe gegen die Eisenenquetekommission heute zu beleuchten.

Dann, was die Zollbettler anbelangt, so habe ich gar nicht behauptet, daß der Herr Abgeordnete Richter die Abgeordneten dieses Hauses „Zollbettler" genannt hat. Ich habe ebensowenig behauptet, daß in dem Artikel, den ich ihm allerdings moralisch in die Schuhe geschoben habe, der Ausdruck „Millionenbettler" in bezug auf Reichstagsabgeordnete angewendet worden sei, sondern ich habe lediglich von dem Ton gesprochen, der gegen die beteiligten Industriellen angeschlagen wurde, der aber allerdings implizite auch auf die Abgeordneten Anwendung findet.

Was endlich den Vorwurf anlangt, den der Herr Abgeordnete Richter gegen Mitglieder dieses hohen Hauses erhoben hat, welche ein persönliches Interesse an einer Sache haben, so hat er neulich ausdrücklich dem Herrn Abgeordneten von Kardorff einen Vorwurf daraus gemacht, daß er von Sprit gesprochen hat, welcher sein persönliches Interesse träfe, und es ist durchaus nicht richtig, daß ich den Herrn Abgeordneten Richter damals mißverstanden habe. Ich glaube, daß der stenographische Bericht der vorigen Sitzung in dieser Beziehung jeden Zweifel ausschließen wird.

Herrn von Wedell habe ich zu erwidern, daß seine persönliche Bemerkung ganz überflüssig war, denn ich habe ausdrücklich konstatiert, daß die Absicht des Herrn Broemel, Material für die Gutsbesitzer zu liefern, aus dem Briefe un-

zweifelhaft hervorgeht, daß ich aber fest überzeugt sei, daß die beiden hervorragenden Mitglieder des Hauses, die vor der Enquete als Gutsbesitzer vernommen wurden, von einem solchen Material keinen Gebrauch gemacht hätten. Ich habe hinzugefügt, um so mehr hätten sich die Herren von jener Seite in acht nehmen müssen, den gleicherweise erfundenen Vorwurf den Industriellen in die Schuhe zu schieben.

Meine Herren, eins müssen Sie mir noch gestatten, zu beweisen: das ist der Vorwurf, der mir von dem Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger gemacht worden ist in bezug auf die Nichteinberufung eines Angehörigen seines Heimatsortes. Dieser Herr steht in persönlichen Beziehungen zu mir und ist sogar mein Hauptabnehmer, aber gerade deshalb habe ich nicht darauf gedrungen, ihn aus den 400 herauszugreifen, weil ich befürchten mußte, daß er, er möge aussagen, was er wolle, dennoch verdächtigt werden würde, gerade so, wie es dem Herrn Scheele ergangen ist als Abnehmer der Laurahütte. Das ist der einzige Grund, warum ich die Vorladung dieser Herren nicht vorgeschlagen habe.

Zur persönlichen Bemerkung äußerte Sonnemann:

Der Herr Abgeordnete Stumm hat, wie ich nicht zweifle, ohne Absicht, eine Aeußerung von mir durchaus entstellt wiedergegeben. Ich habe am Sonnabend nicht gesagt, daß ich meine Kenntnis in industriellen Fragen nicht aus Büchern geschöpft habe. Ich habe gesagt, daß ich sie nicht nur aus Büchern genommen habe.

Der Herr Abgeordnete Stumm hat eine Bemerkung daran geknüpft: mein Urteil über die formelle Behandlung der Enqueten in anderen Ländern sei aus der Luft gegriffen. Ob eine von mir angeführte Tatsache unrichtig ist, oder ob Herr Stumm in bezug auf die vorliegende Frage zu den wissenden gehört oder ich, wird der Bericht über die heutige Debatte im Hause der öffentlichen Meinung klar machen.

Sodann hat der Abgeordnete Stumm meinen Namen in Verbindung gebracht mit gehässigen Veröffentlichungen in der Presse. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Stumm nur ersuchen, sich bei seinen schutzzöllnerischen Gesinnungsgenossen zu erkundigen, da wird er hören, daß sie gerade der entgegengesetzten Ansicht sind.

Abgeordneter Stumm*): Ich muß doch dem Herrn Abgeordneten Sonnemann gegenüber klarstellen, daß ich nicht bloß seine formelle Darstellung der Enqueten bemängelte und als aus der Luft gegriffen bezeichnete, sondern seine Darstellung über die Enqueten in Frankreich, England und in Deutschland überhaupt.

Zweitens habe ich zu konstatieren, daß ich ihm nicht direkt einen Vorwurf gemacht habe aus dem Schmähartikel, von dem ich gesprochen habe. Ich habe nur behauptet, daß, soviel ich wisse, er in die „Frankfurter Zeitung" übergegangen sei, und das hat Herr Sonnemann selbst nicht bestritten.

---

*) S. 473.

Vierundzwanzigste Sitzung
Freitag, den 21. März 1879

Eisenenquete

In der 23. Sitzung am 20. März 1879 hatte der Abgeordnete Sonnemann vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Erklärung abgegeben:

„Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stumm hat mich diese Woche in seiner Rede scharf angegriffen, was ich ihm nicht übel nehme. Wenn man aber so scharfe Angriffe macht, dann sollte man doch in der Anführung von Tatsachen selber sehr vorsichtig sein. Der Herr Abgeordnete Stumm hat meinen Namen in Verbindung gebracht mit einem angeblichen Schmutzartikel, der in einem Wiener Blatt erschienen sein soll und der nach seiner Angabe in der „Frankfurter Zeitung" wiedergegeben sein soll. Der Herr Abgeordnete Stumm hat allerdings hinzugefügt: „wenn ich nicht irre", sei dieser Artikel in der „Frankfurter Zeitung" reproduziert worden; allein, verschiedene Blätter und namentlich die Parteiblätter des Herrn Abgeordneten Stumm — ich will nur die „Post" anführen — haben dieses „wenn ich nicht irre" weggelassen, haben einfach den Abgeordneten Sonnemann in Verbindung gebracht mit einem angeblichen Schmutzartikel.

Ich habe den Worten des Herrn Abgeordneten Stumm, der, wie Sie wissen, sehr rasch spricht, nicht folgen können, und wußte nicht, um was es sich handelte, da ich ja für die „Frankfurter Zeitung" nicht direkt verantwortlich gemacht werden kann und nicht wußte, von welchem Artikel er sprach. Es handelte sich

um eine Besprechung, die in einem Wiener Blatte erschienen ist, über die Enquete, über die Vorgänge im Kaiserhof und dergleichen. Erst, nachdem ich Gelegenheit hatte, den stenographischen Bericht einzusehen, wußte ich, von welchem Artikel die Rede war, und kann jetzt die Erklärung abgeben, daß dieser Artikel nicht nur nicht in der „Frankfurter Zeitung“ gestanden hat, sondern in derselben auch mit keinem Wort erwähnt worden ist.

Ich bin überzeugt, daß der Herr Abgeordnete Stumm, wenn er von dieser Erklärung Kenntnis erhält, bereit sein wird, dasjenige, was er über diesen Artikel im Zusammenhang mit meiner Person und der „Frankfurter Zeitung“ gesagt hat, vollständig zurückzunehmen.“

Da Stumm bei dieser Erklärung nicht im Hause anwesend war, so konnte er erst am folgenden Tage darauf antworten. Er tat dies ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, durch ein Mißverständnis, an dem ich übrigens vollständig unschuldig bin, ist mir die Absicht des Herrn Abgeordneten Sonnemann, gestern vor der Tagesordnung einige Worte an meine Adresse zu richten, unbekannt geblieben. Da ich infolgedessen gestern nicht im Hause anwesend war, als der Herr Abgeordnete Sonnemann seine Bemerkung machte, so gestatten Sie mir heute, sie mit einer kurzen Erklärung zu beantworten.

Zunächst erkenne ich die Richtigkeit der Behauptung des Herrn Abgeordneten Sonnemann an, daß der von mir angeführte Artikel der „Neuen Freien Presse“ in der „Frankfurter Zeitung“ nicht gestanden hat, und bekenne, daß die mir gewordene diesbezügliche Mitteilung nicht korrekt war. Aber, meine Herren, aus der Luft gegriffen war sie auch nicht. In der „Frankfurter Zeitung“ vom 8. Januar dieses Jahres befindet sich folgender Passus:

„Zu derselben Zeit, als der literarische Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin in denselben Prachtzimmern des Kaiserhofes, welche während des Kon-

*) S. 535.

gresses der englische Premierminister bewohnt hatte, die getreuen empfing, um sie für das Kreuzfeuer der Enquete mit Siegfriedscher Drachensalbe hieb- und stichfest zu machen usw."

Vergleicht man diesen Passus mit dem Inhalt und dem Wortlaut des Artikels in der „Neuen Freien Presse", so wird man zugeben müssen, daß ein sehr wesentlicher Teil der Behauptung jenes Artikels allerdings Aufnahme in der „Frankfurter Zeitung" gefunden hat.

Der Abgeordnete Sonnemann suchte diese Erklärung durch die Bemerkung abzuschwächen, daß die Charakteristik, die Stumm seinen Bemerkungen gegeben habe, auf das, was er verglichen habe, nicht passe. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Achtundzwanzigste Sitzung
Freitag, den 28. März 1879

Schutzzollpolitik

Die dritte Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1879/80 (Nr. 9 und Nr. 100 der Anlagen) am 28. März führte abermals zu einer Erörterung der Schutzzollfrage. Während die Freizöllner bei jeder Gelegenheit mit mehreren Rednern die unzweifelhaft vorhandene Schutzzollbewegung bekämpften, hielten sich die Schutzzöllner im allgemeinen sehr zurück, da sie ihre Gründe bis zur Erörterung der bevorstehenden Tarifvorlage aufsparen wollten. Infolgedessen fanden von ihrer Seite aus nur kleine Abwehrkundgebungen statt. Als jedoch am 28. März Bamberger und Richter lange zollpolitische Reden hielten, antwortete ihnen Stumm kurz und zusammenfassend.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, ich würde heute nicht das Wort ergreifen, wenn der Herr Abgeordnete Richter nicht die Aeußerung getan hätte, daß bei den vorangegangenen Debatten, wozu ich auch die über den österreichischen Handelsvertrag rechnen darf, von jener Seite sehr viel mehr Argumente zu gunsten ihrer Anschauung vorgebracht worden seien als von uns. Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Richter zu, daß quantitativ allerdings eine sehr viel größere An-

*) S. 681.

zahl Argumente von ihm und seinen Freunden laut geworden sind, aber er kann doch nicht verkennen, und ich lege Wert darauf, dies abermals zu konstatieren, daß der Grund davon einfach darin liegt, daß von allen den Seiten, welche seiner Auffassung entgegenstehen, erklärt worden ist, erst dann in die Debatte einzutreten, wenn uns von der Regierung konkrete Vorlagen zugehen würden. Die einzige Ausnahme hat mein Freund von Kardorff*) gemacht, und der hat Argumente vorgebracht, die zum größten Teil wahrlich von Ihnen nicht widerlegt worden sind. Aber, meine Herren, Herrn von Kardorff ist es nicht möglich, daß er ganz allein ebensoviele Reden hält als sämtliche Koryphäen des Freihandels zusammengenommen, namentlich aber heute, wo er gar nicht im Hause anwesend ist. Sie können also daraus, daß nur ein einziger Redner von unserer Seite sich überhaupt auf die Generaldebatte eingelassen hat, nicht schließen, daß Ihre Argumente nicht alle und einzeln widerlegt werden können. Meine Herren, ich kann Sie versichern, wir halten unser Pulver trocken, und Sie werden sich wundern, wenn die konkreten Vorlagen kommen, wie wir Ihre Argumente zurückweisen werden!

Der Herr Abgeordnete Bamberger hätte übrigens meines Erachtens seine Rede mit viel größerem Erfolg und mit viel größerem Rechte direkt oder indirekt in einem französischen oder russischen Parlamente gehalten, denn alle Argumente, die er vorgebracht hat, würden dort eine weit richtigere Unterlage haben. Hier dagegen, wo einzelne von uns allerdings auf einem prinzipiell schutzzöllnerischen Standpunkt stehen, andere sich aber mit uns ausdrücklich für den internationalen Freihandel erklären und eine ganze Menge von den Prinzipien an sich akzeptieren, welche der Herr Abgeordnete Bamberger vorgeführt hat, müßte er nachweisen, daß diese Prinzipien auch dann noch durchführbar**) seien, wenn unsere Nach-

*) In der Sitzung vom 19. März 1879.
**) S. 682.

barstaaten im Schutzzollsystem verharren; er hat aber nicht einmal den Versuch gemacht, dies nachzuweisen, und deshalb war seine Ausführung ohne jeden praktischen Wert. Sie war es eben auch deshalb, weil er Angriffe gegen Maßregeln gerichtet hat, die noch gar nicht feststehen und über welche er sich in offenbarem Irrtum befindet. Ja, meine Herren, weiß denn der Herr Abgeordnete Bamberger, in welchem Maße die allgemeine Eingangsabgabe, von welcher die Rede gewesen ist, durch die Tarifkommission überhaupt angenommen worden ist? Soweit meine Kenntnis reicht, ist für die meisten Gegenstände, oder wenigstens für eine sehr erhebliche Zahl von Gegenständen, in der Tarifkommission die Einführung eines allgemeinen Eingangszolls abgelehnt worden, und es liegt daher keine Veranlassung vor, über Dinge zu streiten, die voraussichtlich weder von der Tarifkommission noch vom Bundesrat überhaupt ins Auge gefaßt sind. Dies eine Beispiel beweist Ihnen, wie durchaus unfruchtbar es ist, solche Fragen zu erörtern, ehe man weiß, warum sichs eigentlich handelt.

Meine Herren, erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen über einige Punkte, in welchen sich die Herren Vorredner absolut geirrt haben.

Der Herr Abgeordnete Richter hat uns vorgeführt, wie nachteilig der Brief des Herrn Reichskanzlers*) auf die Ver-

*) Der Brief Bismarcks vom 15. Dezember 1878 an den Bundesrat. Horst Kohls Reden des Fürsten Bismarck VII, S. 349 ff. Derselbe kündigte den Uebergang zu einem allgemeinen Schutzzollsystem an, indem er ausführte: „Schutzzölle für einzelne Industriezweige aber wirken, zumal, wenn sie das durch die Rücksicht auf den finanziellen Ertrag gebotene Maß überschreiten, wie ein Privilegium und begegnen auf seiten der Vertreter der nichtgeschützten Zweige der Erwerbstätigkeit der Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches innerhalb der durch das finanzielle Interesse gezogenen Schranken der gesamten inländischen Produktion einen Vorzug vor der ausländischen Produktion auf dem einheimischen Markt gewährt."

kehrsverhältnisse der Banken eingewirkt haben soll. Ich fordere den Herrn Abgeordneten Richter auf, bei den Leitern unserer deutschen Reichsbank sich zu erkundigen, und da wird er hören, daß vielleicht nirgends mit größerer Befriedigung dieser Brief aufgenommen worden ist als gerade vonseiten der Interessenten der Reichsbank. Natürlich hat die eingetretene Stagnation der Geschäfte dadurch nicht einem plötzlichen Aufschwung Platz machen können, im Gegenteil ist dieselbe durch die Ungewißheit über unsere Beschlüsse momentan noch verschlimmert worden. Aber darüber sind die Leiter der Reichsbank völlig außer Zweifel, daß, wenn das in dem berühmten Schreiben aufgestellte Prinzip zur Durchführung gelangt, die Geschäfte in einer Weise einen Aufschwung nehmen werden, wie es auf dem bisherigen Wege undenkbar sein würde.

(Zuruf: Namen!)

— Ich könnte die Namen nennen und würde sie bereits genannt haben, wenn ich es für erforderlich hielte, ich habe mich aber auch ohnedies deutlich genug ausgedrückt, um nicht mißverstanden zu werden. Daß allerdings der Skonto durch die Maßregeln des Herrn Reichskanzlers keine schwindelhafte Höhe erreichen wird, gebe ich zu; aber ich gehöre nicht zu denen, die in einem absolut hohen Diskontosatz das Glück der Welt erblicken.

Nun hat der Herr Abgeordnete Bamberger der Tarifkommission*) den Vorwurf gemacht, daß sie ihre Beratungen zu schnell beendet habe, und daß überhaupt Anträge an den Bundesrat von einer Kommission gelangt wären, die in zu abhängiger Weise zusammengesetzt gewesen sei. Meine Herren, wie sind denn die früheren freihändlerischen Vorlagen auf wirtschaftlichem Gebiet eingebracht worden, bei dem Bundesrat oder im Reichstag? Ich möchte sagen, ohne alle Vorbereitungen, wenigstens insoweit sie außerhalb der Person des Leiters un-

*) Die Tarifkommission war ein Ausschuß des Bundesrates, der von diesem zur Vorbereitung einer Zolltarifvorlage am 12. Dezember 1878 eingesetzt worden war.

serer Handelspolitik lagen. Früher hat einfach die preußische Regierung die betreffenden Anträge beim Bundesrat gestellt; und daß die preußische Regierung über ihre eigenen Organe schließlich einen größeren Einfluß ausübte als der Reichskanzler auf die Mitglieder der Tarifkommission, das kann der Herr Abgeordnete Bamberger doch nicht bestreiten. Also die jetzige Tarifvorlage ist gewiß nicht von einem größeren Einfluß des Herrn Reichskanzlers beherrscht worden als die der früheren Jahre. Erinnern Sie sich doch an die Debatten, die stattgefunden haben über den österreichischen Handelsvertrag 1867 oder war es 1868, an die verschiedenen Tarifrevisionen, die stattgefunden haben in den Jahren 1869, 1870 und 1873, welche alle von tief einschneidender Bedeutung waren und ohne jede Voruntersuchung an den Reichstag gekommen sind. Meine Herren, wenn Sie damit die gründlichen Vorstudien vergleichen, die man jetzt fast seit Jahresfrist in bezug auf die jetzige Vorlage gemacht hat, so wird doch wirklich die Behauptung des Herrn Abgeordneten Bamberger hinfällig, daß es sich jetzt um eine Uebereilung handle, oder um eine Beschleunigung, die sich nur einigermaßen vergleichen ließe mit den Uebereilungen in früheren Jahren. Es ist freilich richtig, daß es sich damals um einzelne Industriezweige handelte, während jetzt der ganze Tarif in Frage steht; das macht aber keinen so wesentlichen Unterschied. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie einschneidend die Maßregeln waren, beispielsweise die Aufhebung der Eisenzölle, und wie übereilt die Verhandlungen darüber geführt wurden, so wird man finden, daß der Vergleich weitaus zu gunsten der Gründlichkeit des jetzigen Verfahrens ausschlägt.

Nun hat der Herr Abgeordnete Bamberger gesagt, daß die Geschäfte in der ganzen Welt ebenso schlecht gehen wie bei uns, namentlich in Frankreich und in Amerika sei dies der Fall. Meine Herren, ich habe nicht geglaubt, daß die heutige Generaldebatte so große Dimensionen annehmen würde, sonst würde ich einen Ausschnitt aus der „Kölnischen Zeitung" mitgebracht haben, den ich bisher häufig gewissermaßen als Waffe

bei mir geführt hatte. Es ist in diesem Artikel die Botschaft des Präsidenten der amerikanischen Republik bei der letzten Eröffnung des Kongresses zitiert, worin derselbe konstatierte, daß die Krisis, die auf den Vereinigten Staaten in bezug auf Industrie und Handel gelegen habe, dem Erlöschen nahe sei, und daß ein neuer Aufschwung der Geschäfte in kürzester Zeit sicher bevorstände. Meine Herren, ich bringe Ihnen das gelegentlich mit, wenn Sie es wünschen.

(Zuruf.)

— Ich kann den Herrn Abgeordneten Bamberger nicht verstehen. Diese Kolloquien sind schwer zu führen; ich kann nicht gleichzeitig sprechen und hören, das ist unmöglich.

Nun, wie steht die Sache in Frankreich? Auch dort soll eine größere Krisis eingetreten sein wie bei uns. Meine Herren, ich bestreite dieses Faktum ganz entschieden, ganz speziell aber in bezug auf die Industrie, die mir nahe steht; ich könnte Ihnen durch gedruckte Preislisten nachweisen, um wieviel höher die Eisenpreise in Frankreich stehen, während die Produktionsverhältnisse dort ganz dieselben sind wie bei uns. Wenn aber wirklich bei der Textilindustrie in Frankreich die Krisis schärfer oder eben so scharf wie bei uns hervorgetreten wäre, und wenn die Argumentation des Herrn Bamberger richtig wäre, warum ist denn dort kein Mensch auf die Idee gekommen, dieser Industrie dadurch aufzuhelfen, daß man unsere Heilmaßregeln, d. h. den Freihandel einführt? Vor wenigen Tagen noch habe ich eine Resolution gelesen, die der Zentralverein der freihändlerischen Interessenten*) in Frankreich gefaßt hat, und in dieser Resolution ist ausdrücklich ausgesprochen, daß man an den bestehenden Tarifen und an den bestehenden Handelsverträgen festhalten müsse. Die französischen Freihändler sprechen sich also für die Aufrechterhaltung eines Systems aus, das weit höhere Zollsätze enthält, als sie in den Vorschlägen der Tarifkommission mit sehr

---

*) Im Text steht Interessen.

wenigen Ausnahmen enthalten sind. Wäre also in der Tat die Krisis in Frankreich ebenso lebhaft wie bei uns, so wäre es doch ein Wunder, daß sich in Frankreich kein Freihändler findet, der einem solchen Zustande gegenüber auf Abänderung des Zolltarifs dringt. Aber, meine Herren, man hat das umgekehrte getan, man verlangt freihändlerischerseits das Stehenbleiben auf den jetzigen Tarifen, die höher sind als bei uns.

Nun, meine Herren, hat ja der Abgeordnete Bamberger die Argumentation von jener Seite wieder vorgebracht, die Aufhebung der Schutzzölle, speziell der Eisenzölle sei nicht*) allein daran schuld gewesen, daß heute die Industrie so schlecht stehe. Ja, meine Herren, hat denn das irgend jemand bestritten, bestreiten wir denn, daß die Krisis mehr oder weniger in der ganzen Welt herrscht, bestreiten wir, daß für den Niedergang der Eisenindustrie der Hauptanlaß in ganz anderen Dingen gelegen hat? Nur darum handelt es sich, ob die Krisis durch das Fortfallen der Zölle verstärkt worden ist, oder ob sie durch Wiedereinführung der Zölle vermindert wird. Ich möchte Ihnen dafür ein einfaches Gleichnis anführen. Gesetzt den Fall, es streiten sich zwei Aerzte darüber, durch welche Ursachen ein Mann, der ein heftiges Fieber hat, dazu gekommen ist, — sie kommen endlich dahin überein, daß es nicht der Ostwind gewesen ist, der ihm dasselbe zugezogen hat, sondern vielmehr eine Magenverstimmung. Würden die Aerzte wohltun, um den Mann zu heilen, ihn nun einfach dem Ostwind auszusetzen, weil ja dieser nicht die Veranlassung zu seiner Krankheit gewesen sei? Genau so ist Ihre Logik in bezug auf die leidende Eisenindustrie. Die Leiden der Eisenindustrie sind allerdings, wie ich zugebe und niemals bestritten habe, zunächst durch andere Dinge als die Zollaufhebung eingetreten, aber ebensowenig wie Sie den Fieberkranken dem Ostwind aussetzen dürfen, ohne die Krankheit sicher zu verschlimmern,

*) S. 683.

ebensowenig dürfen Sie sagen: weil die Eisenindustrie krank ist, weil sie auch mit dem Schutzzoll nicht in Blüte stehen würde, deshalb wollen wir auch noch die ausländische Konkurrenz ihr auf den Hals hetzen. Meine Herren, mit dieser Logik kommen Sie nicht weiter, und ich hoffe, daß ich in der Session, die wir nach Ostern haben werden, in die Lage kommen werde, Ihnen diese Dinge noch etwas detaillierter auseinander zu setzen. Für heute beschränke ich mich auf diese paar Worte.

(Bravo! rechts.)

Sechsundvierzigste Sitzung
Freitag, den 16. Mai 1879

Roheisenzoll

Am 3. Januar 1879 hatte die Zolltarifkommission des Bundesrats ihre erste Sitzung gehalten. Anfang April war ihre Arbeit beendet und eine Zollvorlage fertiggestellt. Am 4. April ging dem Reichstage der Gesetzentwurf zu, und am 13. April folgte ihm eine umfassende Begründung, welche von dem Finanzbedürfnis des Reiches ausging und dem Reiche durch Anbau des Feldes der indirekten Besteuerung erhebliche eigene Einnahmen zu sichern suchte. Neben diesen Gesichtspunkt wurden jedoch die Anforderungen gestellt, welche die nationale Erwerbstätigkeit an einen Zolltarif zu stellen habe. Es handelte sich in dem Entwurfe nicht mehr, wie bisher, darum, einzelnen Industrien durch besondere Schutzzölle zuhilfe zu kommen, sondern vielmehr darum, der gesamten deutschen Warenerzeugung einen Vorzug vor den ausländischen auf dem deutschen Markte zu gewähren, wie es die Vereinigten Staaten schon seit geraumer Zeit taten. Da Rußland seit dem 1. Januar 1877 durch die Vorschrift der Zahlung der Zölle in Gold seinen Zollschutz gesteigert hatte, so hatten auch Oesterreich-Ungarn und Italien beim Ablauf ihrer Handelsverträge ihre inländische Erzeugung durch neu festgestellte selbstherrliche Zolltarife stärker geschützt. In Frankreich aber waren seit einiger Zeit Erwägungen im Gange, sein Zollsystem diesen neuen Verhältnissen ebenfalls anzupassen. Die Vorlage ging nur darauf aus, der deutschen Warenherstellung da, wo ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen war, einen etwas höheren Schutz als bis dahin zu gewähren, ihr dagegen nur einen mäßigen

Vorsprung vor dem fremden Mitbewerbe einzuräumen. Denn sie wollte zugleich die Ausfuhrfähigkeit der deutschen Industrie erhalten und durch Sicherung des einheimischen Marktes angemessen verstärken. Am 2. Mai 1879 fand die erste Beratung des neuen Zolltarifes im Reichstage statt, die Bismarck selbst mit einer großen Rede einleitete. Die Generalerörterung nahm eine Reihe von Tagen in Anspruch. Von Lasker herausgefordert, ergriff Bismarck am 8. Mai noch einmal zu einer längeren Darlegung das Wort. Die Freihandelspartei schickte Dr. Delbrück, Dr. Bamberger, Richter, Sonnemann und Lasker ins Feld. Für die Schutzzollpartei sprach am 5. Mai in der Generalerörterung von Kardorff, am 6. Mai Dr. Löwe und Freiherr von Varnbüler. Am 9. Mai wurde die Generalerörterung geschlossen und der Tarif teilweise einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Die übrigen Teile wurden dagegen der Beratung in der Vollversammlung vorbehalten. Dazu gehörten auch die Eisenzölle. Die zweite Beratung begann am 15. Mai. In ihr griff Dr. Bamberger die Eisenzölle aufs schärfste an. Ihm antwortete Dr. Rentzsch noch an demselben Tage. Stumm kam erst am 16. Mai zum Wort, nachdem von Wedell-Malchow, ein gemäßigter Freihändler, für Herabsetzung der Eisenzölle eingetreten war. Die Regierungsvorlage enthielt als Nr. 6 Eisen und Eisenwaren, und davon lautete Position 6a Roheisen aller Art; Brucheisen und Abfälle aller Art von Eisen, soweit nicht unter Nr. 1 genannt: 100 Kilogramm 1 Mark.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, der Herr Vorredner hat es wieder versucht, die Regierungsvorlage in einen Widerspruch mit der vor 15 Jahren getriebenen Handelspolitik zu bringen, obwohl schon früher darauf hingewiesen wurde, daß der Zollsatz auf Roheisen, den die Regierung vorschlägt, sich noch unterhalb des Zollsatzes bewegt, der im Jahre 1865 durch den französischen Handelsvertrag eingeführt wurde, und daß es vollständig überflüssig ist, bei dieser Gelegenheit überhaupt die Frage zu erörtern, ob der französische Handelsvertrag eine nützliche oder eine nachteilige Einrichtung für Deutschland gewesen ist. Ja, meine Herren, die Herabsetzung

*) S. 1240.

und Aufhebung des Roheisenzolles seit 1865 ist sogar schließlich ohne jede Majoritätsabstimmung in diesem Hause erfolgt. Im Jahre 1868 wurde uns durch den österreichischen Handelsvertrag die Herabsetzung des Zolles von 7⅓ auf 5 Groschen vorgeschlagen, und niemand hat damals diese Herabsetzung freudiger begrüßt als die deutsche Eisenindustrie, wenigstens ihre Vertreter, die damals dem Zollparlamente angehörten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil damals die Herabsetzung auf dem Boden der Gegenseitigkeit stattfand, weil Oesterreich dieselbe ebenfalls genehmigt hat. Denn die Eisenindustrie hat den Standpunkt von jeher festgehalten, daß jede Herabsetzung des Zolles, die das Ausland uns konzediere, auch von unserer Seite befolgt werden könne, und dann allerdings zum Vorteil der Eisenindustrie ausschlage. Meine Herren, der Eisenzoll von 5 Groschen ist bestehen geblieben bis 1870. Es wurden damals Anträge auf Aufhebung des Roheisenzolles, sowie auf Herabsetzung desselben auf 2½ Groschen gestellt. Meine Herren, beide Anträge wurden damals, der eine mit sehr erheblicher, der andere immerhin mit Majorität*) im Zollparlament abgelehnt, und in der dritten Lesung wurde auf grund der Gefühle, die Herr von Wedell wiederum anzuschlagen versucht hat, auf grund des Versprechens, daß damit endlich Frieden geschlossen werden solle, daß die Debatten aus dem Hause verschwinden sollten, einstimmig beschlossen, im Wege des Kompromisses diese 2½ Sgr. zuzugestehen. Ein Prinzipienkampf darüber hat nicht stattgefunden. Hätte ein solcher stattgefunden, so würden 1870 die 50 Pf. in dritter Lesung ebenso aufrecht erhalten worden sein, wie sie in der zweiten Lesung geblieben sind. Nun, meine Herren, kam das Jahr 1873 mit seinem berühmten Kompromiß, und Sie wissen alle, daß damals ein Vorschlag auf totale Beseitigung der Eisenzölle gestellt und schließlich diejenigen Elemente hier im Hause, denen die Industrie etwas mehr

*) S. 1241.

am Herzen lag wie andern, einen Kompromiß in der Weise akzeptierten, daß man gegen den Fortbestand der Zölle auf Stabeisen und sonstige Eisenfabrikate auf drei Jahre die sofortige Aufhebung des Roheisenzolles konzedierte. Es fand eine prinzipielle Abstimmung darüber auch damals nicht statt, und ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich an sich die Aufhebung der Roheisenzölle in keiner Weise für eine zweckmäßige Maßregel ansehen könne, daß ich aber deshalb mein Gewissen mit meiner Zustimmung beruhigen könne, weil man Hochöfen ausblasen oder anblasen könne, ohne erheblichen Nachteil für den Nationalwohlstand, daß, was die Kunstfertigkeit, die Zahl der Arbeiter, die Beweglichkeit des Kapitals anlangt, dies nicht in der Weise bei den Hochöfen eintrete wie bei andern Industriezweigen, und also von diesem Standpunkte eine Remedur für die ruinierte Hochöfenindustrie leichter eintreten könne als für die Weiterverarbeitung des Eisens. Ich habe aber ferner dem Kompromiß nur unter drei Voraussetzungen zugestimmt, und zwar erstens, daß der radikale Freihandel nicht bloß auf die Eisenindustrie beschränkt bleibe, sondern sich ausdehnen müsse mindestens auf die Gegenstände, die für die Eisenindustrie und die Maschinenfabrikation als notwendiges Rohmaterial bestehen. Ich habe hingewiesen auf Kupfer- und Polsterwaren, die die Lokomotivfabrikation absolut notwendig hat. Meine zweite Voraussetzung war die, daß die Nachbarstaaten wie die maßgebenden Herren im Reichstage profezeit hatten, uns folgen und auch ihrerseits eine Zollherabsetzung eintreten lassen würden, und drittens habe ich die Voraussetzung daran geknüpft, daß es gelingen werde, im Wege der Verhandlung mit Frankreich die titres d'acquit abzuschaffen. Meine Herren, daß keine dieser Voraussetzungen eingetroffen ist, wird im Hause niemand bestreiten, und wenn im Jahre 1877 das Ausgleichungsgesetz vorgelegt wurde, da war dies die absolut notwendige konsequente und logische Fortsetzung des Kompromisses, und diejenige Majorität, die damals diese Ausgleichungsabgabe abgelehnt hat, hat damit einfach den früher abgeschlossenen Kompromiß

zerrissen. Meine Herren, ich habe das damals ausdrücklich konstatiert, ohne daß von irgend einer Seite eine Gegenbemerkung zu hören war, und da ich bei dem Kompromiß sehr lebhaft beteiligt war, so gestatten Sie mir zu meiner persönlichen Verteidigung, da ich heute für den Roheisenzoll eintrete, Ihnen einige kurze Sätze vorzulesen, die ich am Schlusse meiner Ausführungen damals gesprochen habe. Ich habe gesagt *):

„Wenn Sie den Kompromiß selbst dadurch zerreißen, daß Sie das, was, ohne Widerspruch zu erfahren, als Konsequenz desselben in sichere Aussicht gestellt worden war, d. h. die Abschaffung oder Ausgleichung der französischen Ausfuhrvergütung, fallen lassen **): dann, meine Herren, zwingen Sie mich, auf den alten Standpunkt zurückzukommen, d. h. auf den Standpunkt der vollen Gegenseitigkeit mit dem Ausland; es gibt dann kein Kompromiß mehr. Ganz genau in derselben Lage sind dann alle diejenigen Personen, die nicht aus innerer wirtschaftlicher Ueberzeugung, wohl aber im Interesse der Würde der Gesetzgebung wie der Kontinuität der Beschlüsse dieses hohen Hauses einer Reaktion auf dem wirtschaftlichen Gebiet bisher entschieden widerstrebten, — ich meine, alle diese werden gezwungen werden, weiter zu gehen, und meine ganz feste Ueberzeugung ist, daß, wenn die Ausgleichungsvorlage nicht zur Annahme gelangt, wir dann notwendig zu einer Reaktion übergehen werden, für welche die Herren, die, vom freihändlerischen Standpunkt ausgehend, den realen Verhältnissen nicht Rechnung tragen wollten, ganz allein die Schuld tragen werden. Eine ruinierte Industrie wird stets umfassendere Maßregeln erheischen, um in das Leben zurückgerufen zu werden, als sie eine noch lebende Industrie bedarf."

---

*) Am 25. April 1877. S. 205 d. B.
**) „Fallen lassen" fehlt im Text.

Und schließlich habe ich die Worte hinzugefügt:*)

„Wenn Sie die Vorlage nicht annehmen, so werden die Gegensätze schärfer wie jemals hervorgerufen werden, indem Sie geradezu das „vae victis“ auf die Fahne schreiben, und es wird infolgedessen selbst in den politischen Parteien eine Verschiebung der bisherigen Verhältnisse eintreten, die meines Erachtens in keiner Weise nützlich sein kann für die weitere Entwickelung der Geschicke der deutschen Nation.“

Meine Herren, ich überlasse es Ihrem Urteil, ob das, was ich damals ausgesprochen habe, eine Redensart war oder eine Profezeiung, die Wort für Wort in der Weise eingetreten ist, wie ich sie damals aussprach.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Herren, möchte ich doch, um den Kompromiß ein für alle Mal zu verlassen, das eine bemerken, und zwar tue ich das hauptsächlich auf grund einer Provokation, die der Herr Abgeordnete Lasker bei Gelegenheit der Generaldebatte in bezug auf mein Zeugnis ausgesprochen hat. Ich halte auch heute noch dafür, daß der Kompromiß eine durchaus dankenswerte Maßregel war und daß die Herren, welche sich damals dafür interessierten (und ich erkenne an, daß der Herr Abgeordnete Lasker dies in erster Linie tat), sich wohlverdient um die deutsche Eisenindustrie gemacht haben. Ich bin heute noch der Ueberzeugung, daß, wenn keine erheblichere Krisis zum Nachteil der Arbeiter eingetreten ist, dies wesentlich dem Umstande zu verdanken ist, daß die Industrie einige Jahre Zeit hatte, um sich auf das, was kommen sollte, vorzubereiten. Ich weiß wohl, daß man von anderer Seite anderer Ansicht ist, daß man sagt, wäre der Kompromiß nicht abgeschlossen worden, so hätten wir heute die Eisenzölle längst wieder. Das mag sein, wir hätten sie längst wieder, aber über eine Summe von Ruinen und vernichteten Existenzen, die ich meinerseits nicht verantworten möchte.

**) S. 206 d. B.

Jedenfalls, meine Herren,*) ich glaube, wer von Ihnen die Verhandlungen, die seit elf Jahren über diesen Gegenstand im Zollparlament und im Reichstage stattgefunden haben, geprüft hat, der wird mir zugeben müssen, auf der einen Seite, daß der Reichstag im Prinzip sich niemals für Aufhebung der Roheisenzölle durch irgend eine Abstimmung erklärt hat, und zweitens daß, was meine geringe Person anlangt, ich immer in der nüchternsten und objektivsten Weise auf diesem Gebiet hier plädiert habe und daß, wenn mich ein Vorwurf träfe, der höchstens darin liegen könnte, daß ich nicht schwarz genug gemalt habe. Von alledem, was ich seit elf Jahren hier gesagt habe, brauche ich kein einziges Wort zurückzunehmen, und alles das, was ich von der Lage der Eisenindustrie und von den Konsequenzen der Zollherabsetzungen vorgetragen habe, ist buchstäblich eingetroffen — ich glaube nicht, daß alle die Herren dasselbe von sich sagen können, die von der gegnerischen Seite auf diesem Gebiet aufgetreten sind.

(Sehr richtig!) **)

Vor allen Dingen muß ich zurückweisen, was der Herr Abgeordnete Bamberger hier gestern wieder vorgeführt hat, als ob ich oder ein anderer Vertreter der Eisenindustrie, wenn ich mich kurz so ausdrücken soll, sich jemals parlamentarisch auf den Standpunkt gestellt hätte, es handle sich bei der Eisenindustrie um ein zartes Pflänzlein, das des Schutzes bedarf. Ich habe in der ersten Rede im Jahre 1868, die ich im Zollparlament gehalten habe, schon erklärt, daß die Eisenindustrie ein durchaus lebenskräftiger Baum sei, der nichts weiter verlange, als nach allen Seiten hin freies Licht und Sonne, der es aber nicht vertragen könne, daß man von allen Seiten eine hohe Schutzmauer, die ihm Licht und Sonne zur kräftigen Entwicklung abschneide, errichte, während die Lücke allein nach

*) Der Text hat hier ein „und".

**) S. 1242.

Norden hin offen sei. Wir haben uns stets auf den Standpunkt der Gegenseitigkeit gestellt, und ich muß entschieden ablehnen, daß uns untergeschoben wird, als ob wir je die Eisenindustrie als eine des Schutzes bedürftige Pflanze hingestellt hätten, die des Schutzes um seiner selbst willen bedürfe. Ebenso entschieden muß ich ablehnen, was der Herr Abgeordnete Bamberger gestern behauptet hat, als ob wir die Argumente durch Bewerbungen ersetzt hätten, als ob wir, statt Gründe vorzuführen, uns auf Redensarten oder auf Kaptationen irgend welcher Art eingelassen hätten. Meine Herren, jeder von Ihnen, der die Sache historisch prüft, wird finden, auf welcher Seite hier*) die Argumente waren und auf welcher Seite die Redensarten gewesen sind, und nur der Umstand, daß der Herr Abgeordnete Bamberger den höhnischen und spöttischen Ton, den er bis vor kurzem stets bei solchen Gelegenheiten gegenüber der Eisenindustrie eingehalten hat, jetzt durch eine objektivere Weise**) ersetzt hat, halten mich davon ab, eine Blumenlese aus den Argumenten, die man uns seit elf Jahren entgegengehalten, vorzubringen, die, glaube ich, bewiesen haben würde, auf welcher Seite der Ernst damals war und auf welcher Seite dasjenige, was man wohl mit dem Wort „Redensarten“ bezeichnen könnte.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wenn ich dies Zeugnis dem Herrn Abgeordneten Bamberger also auch geben kann, so muß ich auf der anderen Seite doch auch konstatieren, daß er es nicht vermocht hat, sich vollständig von den Gewohnheiten seiner früheren rhetorischen Ausschmückungen fernzuhalten. Wenn er uns gesagt hat, daß die Schutzzollströmung in unseren Nachbarländern lediglich durch unser eigenes schutzzöllnerisches Beispiel hervorgerufen werde, so weiß doch heutzutage jedes Kind, das einigermaßen die Zeitungen lesen kann, wann die Schutz-

---

*) Im Text steht „hin“.
**) Im Text steht „in objektiverer Weise“.

zollströmung in den Nachbarländern hervorgerufen wurde, daß sie in einer Zeit blühte und immer stärker wurde, als wir noch den entschiedensten Freihandel sowohl auf der Regierungsbank als hier fanden,

(sehr richtig!)

und ich meine, die alte Fabel vom Lamm und dem Wolf hätte den Herrn Abgeordneten Bamberger allein abhalten sollen, solche Behauptung hier vorzubringen.

Meine Herren, ganz ähnlich steht die Sache mit einigen anderen seiner Behauptungen. Er hat den Herrn Abgeordneten Reichensperger, der das Verlangen aufstellte, daß die Deutschen das Eisen, das sie konsumieren, auch in Deutschland selbst machen sollten, Krupp gegenübergehalten, der spanischen Eisenstein bezöge, und daraus demonstriert, daß hier von einer Verwendung deutschen Eisens nicht die Rede sei. Ja, meine Herren, wenn der Herr Abgeordnete Bamberger Eisen mit Eisenstein identifiziert, dann kann ich als Techniker mit ihm über solche Dinge weiter nicht sprechen.

(Abgeordneter von Kardorff: sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete hätte doch wissen müssen, daß auf Eisenstein kein Mensch einen Zoll verlangt hat und verlangt. Eisenstein und Eisen sind aber etwas ganz verschiedenes!

(Heiterkeit rechts.)

Auf demselben Brette steht seine Behauptung, daß Belgien das Land sei, wo bezüglich des Eisens und der Kohle ganz exzeptionelle Verhältnisse für die Produktionsfähigkeit pro Kopf bestehen, daß Belgien gewissermaßen aus Eisen und Kohlen besteht. Meine Herren, ich kenne kein eisenerzeugendes Land, das so wenig Eisenstein besitzt als Belgien, — fast gar keinen!

(hört! hört!)

sondern es ist gezwungen, den größten Teil seines Eisensteins aus Lothringen und Luxemburg zu importieren. Meine Herren, wohin soll es kommen, wenn Herren, die sich als erste Sachkenner auf diesem Gebiete gerieren, solche Irrtümer begehen?!

(Abgeordneter von Kardorff: Sehr gut!)

Ein anderes Beispiel! Der Herr Abgeordnete Bamberger hat uns erzählt, die Kleineisenindustrie in Deutschland habe schwedisches und schottisches Eisen notwendig.

(Heiterkeit rechts.)

Meine Herren, ich glaube, es kommt nicht ein Pfund schottisches Eisen nach Deutschland. Die Kleineisenindustrie braucht am allerwenigsten schottisches Eisen. Ich habe lange darüber nachgedacht, was er damit hat meinen können, da ich immer ein gewisses Fundament in seinen Behauptungen zu finden gewohnt bin, und da glaube ich, er hat sagen wollen, daß die deutschen Gießereien schottisches Roheisen brauchen. Die deutschen Gießereien gehören aber nicht zur Kleineisenindustrie, und schottisches Roheisen ist kein Eisen, aber selbst, wenn er dies gemeint hat, ist seine Behauptung absolut unrichtig. Die Ermittelungen, die offiziell durch den Königlich Preußischen Hütteninspektor Wachel in Gleiwitz im Auftrage des Handelsministeriums und auf Veranlassung deutscher Roheisenproduzenten stattgefunden haben, haben*) ergeben, daß es keine Bestimmungen gibt, für welche das schottische Roheisen nicht vollständig von dem deutschen Roheisen ersetzt werden kann!

(Hört! hört!)

Ich habe das ziemlich dickleibige Buch, aus dem hervorgeht, daß die Versuche nach jeder Richtung praktisch und wissenschaftlich gemacht worden sind, ich habe es bei mir, und es steht jedermann zur Verfügung. Wenn heute noch schottisches Roheisen in die deutschen Gießereien eingeht, so ist das teilweise Sache des Preises, teilweise aber allerdings Sache eines alten Vorurteils der betreffenden Kuppelofengießer, wobei ich allerdings das eine zugeben will, daß, da in Deutschland durch die Konkurrenz von Schottland und Cleveland noch sehr wenig Gießereiroheisen produziert wird, es allerdings England gelingt, größere Stocks zu halten und deshalb eine gleichmäßigere Qualität zu liefern, während der Deutsche die Bestellungen

---

*) Im Text steht „hat, hat“.

direkt aus dem Hochofen ausführen muß und es nicht immer in der Hand hat, dasselbe Korn in das Roheisen hineinzubringen.

Ich gebe zu, das sind ziemlich harmlose Irrtümer,

(Heiterkeit)

die mehr auf dem Gebiete liegen, das der Herr Abgeordnete Mosle bezeichnet hat mit den Worten, „der Herr Abgeordnete hört die Glocken läuten, weiß aber nicht, wo sie hängen."

Etwas gravierender sind andere Behauptungen des Herrn Abgeordneten . . . .

(Zuruf links)

— der Herr Abgeordnete Richter sagt, „es ist ganz falsch." Solche Zwischenrufe muß ich doch bitten, zu unterlassen. An seine Adresse wende ich mich überhaupt nicht. Ich bin der Ansicht, daß es meiner Ermahnungen an ihn nicht bedarf,*) respektive, daß meine Ermahnungen an ihn gar keinen Zweck haben würden. Der Herr Abgeordnete wird ja noch Gelegenheit haben, die Abfertigung, die ihm seitens des Herrn Schwartzkopff zuteil geworden ist, zurückzuweisen, wir werden sehen, ob es ihm gelingen wird.

(Zuruf links: Abwarten!)

Meine Herren, diese etwas gravierenden Behauptungen, das ist erstens, daß der Herr Abgeordnete Bamberger die Eisenenquete wieder hervorgehoben und behauptet hat, es sei zuerst ein Bericht gemacht worden, der habe ganz anders gelautet, der sei sehr viel objektiver gewesen, und darauf sei ein zweiter Bericht gemacht worden, der die Selbstkostenpreise des Inlandes sehr viel höher, die des Auslandes viel niedriger angegeben hätte, und das alles sei in etwas tendenziöser Weise geschehen.**)

Meine Herren, ich bestreite das auf das allerentschiedenste. Dasjenige, was der Herr Abgeordnete hat läuten hören, be-

---

*) S. 1243.

**) Im Text steht: „und daß das alles in etwas tendenziöser Weise geschehen sei."

schränkt sich auf folgendes Faktum. Der Referent der Eisenenquetekommission hat natürlich, wie das bei jeder derartigen Gelegenheit geschieht, einen Entwurf gemacht, und dieser Entwurf wurde natürlich im Plenum der Kommission der Beratung unterzogen und es wurden dort einige Abänderungen, aber einstimmig, wie ich wiederhole, angenommen.

(Hört! hört!)

Was aber speziell die Zahlen anbelangt, so ist es nicht wahr, daß hier lediglich Erhöhungen und Herabsetzungen in dem angedeuteten Sinne gemacht worden seien, sondern die Zahlenprüfung war lediglich eine rein kalkulatorische, und wir haben ebensogut Zahlen für die Selbstkosten der inländischen Industrie herabgesetzt wie in die Höhe gesetzt. Ich könnte Ihnen einige Zahlen nennen. Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger seine Behauptungen aufrecht erhält — ich habe meine Protokolle hier — so werde ich ihm den Nachweis führen.

Dann hat der Herr Abgeordnete Bamberger behauptet, daß als Folge der jetzt herrschenden Schutzzollströmung sofort wieder die alte Koalition der Weißblechwerke ins Leben zurückgerufen worden sei. Meine Herren, das ist ebenfalls wieder ein vollständiger Irrtum. Die Weißblechkonvention, die ja früher bestanden hat, hat sich schon lange vor der Aufhebung der Zölle aufgelöst, ein Teil der Werke ist zum Stillstand gezwungen worden, ein anderer Teil hat allerdings ein gemeinschaftliches Kontor zum Verkauf in Köln errichtet, und dieses gemeinschaftliche Kontor besteht heute ganz genau so wie vor sechs Jahren, ohne daß irgendeine Veränderung stattgefunden hätte. Das Hauptwerk für Weißblech gehört heute aber so wenig der Konvention wie vor drei Jahren an und wird meiner Ueberzeugung nach dieser Konvention niemals beitreten. Also die ganze Behauptung, die der Herr Abgeordnete Bamberger über Weißblechverhältnisse gemacht hat, ist durchaus unbegründet und enthält auch nicht die Spur von etwas, was ich als richtig ansehen könnte.

(Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, es ist ihm ähnlich damit gegangen wie mit der früheren Behauptung des Herrn Abgeordneten Bamberger, womit er im Jahre 1877 die Regierungsvorlage bekämpft hat, ich meine mit seiner Behauptung, daß die französischen Gußwaren, speziell Röhren, nicht deshalb nach Deutschland eingeführt würden, weil sie durch die französischen Acquits billiger seien, sondern weil das französische Werk Pont-à-Mousson sie in viel vorzüglicherer Güte mache, so gut wie es in Deutschland überhaupt nicht möglich sei. Er hat das nach zwei Tagen wieder zurückgenommen und gesagt, er habe sich geirrt, dieses Pont-à-Mousson liefere zwar billigere, aber schlechte Röhren, es sei vielmehr ein anderes Werk, das hieße Marquise, das mache die ausgezeichneten Röhren. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat sich also damals selbst desavouiert. Ich behaupte, beide Behauptungen waren unrichtig, die eine war ebenso unrichtig wie die andere, die beiden Werke machen gußeiserne Röhren, die nicht besser und nicht schlechter sind wie die von deutschen Werken. Aber nur die Spur einer Begründung dafür, daß diese Werke in irgend einer Weise besseres Material lieferten als das Inland, ist in keiner Weise erbracht worden und kann nicht erbracht werden. Die Sache hat nur den einen Effekt gehabt, den der Herr Abgeordnete Bamberger gewiß nicht beabsichtigt hat: daß die deutschen Werke zu gunsten der französischen diskreditiert wurden.

(Sehr richtig! rechts. — Widerspruch links. — Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, ich möchte jetzt endlich in die Frage selbst eintreten, und auch da dem Herrn Abgeordneten Bamberger, der die Resultate der Enquete kritisierte, wonach $3/4$ der deutschen Hochöfen mit Verlust arbeiten und nur $1/4$ die Selbstkosten deckt, mit festen Zahlen entgegentreten. Herr Bamberger hat es versucht, dieses Ergebnis dadurch zu entkräften, daß er auf einzelne Werke, speziell die Dortmunder Union, hingewiesen hat. Meine Herren, die Verhältnisse der Dortmunder Union sind mir nicht so genau bekannt, als daß ich versuchen möchte, ihm da speziell in seinen Zahlen zu folgen.

Ich darf aber konstatieren, daß die Dortmunder Union in dem Bericht mit keiner Silbe erwähnt worden ist, daß von allen den Sachverständigen, die in der Enquete vernommen wurden, auch nicht einer war, der der Hochofenindustrie angehörte, soweit sie seit dem Kriege gegründet worden ist, sondern wir haben gerade, um allen Angriffen zu entgehen, mit Fleiß die prästationsfähigsten, bestfundierten Werke, resp. deren Vertreter, vorgenommen. Wenn also der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger an dem Beispiel der Dortmunder Union seine Beweisführung anknüpft, so, glaube ich, hat das mit den Resultaten der Enquete überhaupt nichts zu tun. Aber auch die Beweisführung, daß die Dortmunder Union in einzelnen Gegenständen, wenn sie die nötigen Abschreibungen gemacht hat, noch Ueberschuß hat, auch die Rechnung ist falsch. Der Herr Abgeordnete vergißt ganz, daß durch einen Gebrauch, den ich nicht als lobenswert bezeichnen möchte, die meisten westfälischen Gesellschaften eine Art Bruttobilanz veröffentlichen, da einen Bruttogewinn herausrechnen, an dem die sämtlichen Generalunkosten und die allernotwendigsten Abschreibungen noch gar nicht abgezogen sind.

(Abgeordneter von Kardorff: Sehr richtig!)

Das ist eine Art der Buchführung, aber damit läßt sich keine Rentabilität berechnen, denn Sie werden zugeben, daß, wenn Sie auch von den Abschreibungen und Amortisationen Abstand nehmen, der gewöhnliche Unterhalt und die Verwaltungskosten mindestens gedeckt werden müssen. Diesen Punkt hat der Herr Abgeordnete Bamberger bei seiner Berechnung in bezug auf die Dortmunder Union vollständig außeracht gelassen. Nun hat der Herr Abgeordnete die Beweisführung, die aus den Produktionsziffern, aus den beschäftigten Arbeitern, aus den in Betrieb stehenden Hochöfen hervorgeht, dadurch abzuschwächen gesucht, daß er sagte, ja die Fortschritte der Technik haben es dahin gebracht, daß mit verhältnismäßig wenig Arbeitern, wenig Kapital, wenig Hochöfen, eine sehr viel größere Produktion hergestellt werden kann. Meine Herren,

diese Behauptung genügt aber in keiner Weise, um den ganz außerordentlichen Rückgang, den die Hochofenindustrie bis zurück auf 1860 gehabt hat, zu erklären. Gestatten Sie mir, Ihnen einige Zahlen in dieser Beziehung vorzulegen. Im Jahre 1860 hat die deutsche Hochofenindustrie beschäftigt 27 000 Arbeiter, — heute, resp. im Jahre 1877, nur 18 000 Arbeiter. Es haben Hochofenwerke bestanden im Jahre 1869 203 ohne Lothringen, im Jahre 1873 244 mit Lothringen, im Jahre 1877 143 mit Lothringen,

(hört! hört! rechts) *)

die Hochofenwerke sind also heruntergegangen um 1/3, obgleich die bedeutende Hochofenindustrie Elsaß-Lothringens hinzugekommen ist. Was die einzelnen Hochöfen anlangt, so haben existiert im Jahre 1871 306 ohne Lothringen, im Jahre 1873 379 mit Lothringen und im Jahre 1877 212 mit Lothringen. Also auch da ist dasselbe Verhältnis wie bei den Hochofenwerken eingetreten.

Die Produktion hat im Jahre 1873 betragen 45 Millionen Zentner, im Jahre 1877 38 Millionen Zentner. Nun hat der Herr Abgeordnete Bamberger behauptet, daß die Ziffer im Jahre 1878 sich wieder gehoben habe, allerdings noch immer hinter der von 1873 zurückgeblieben sei. Einmal ist bereits genügend von Herrn Dr. Rentzsch bemerkt worden, daß die Produktionsstatistik der Montanindustrie pro 1878 rein auf Schätzung beruhe, und ich glaube, daß jeder, der einigermaßen den Verhältnissen näher steht, mir von vornherein zugesteht, daß die Ziffer von 45 Millionen für 1878 in keiner Weise richtig sein kann. Nun, das mag aber sein, wie es will, — das ist bereits von sehr kompetenter Seite zugestanden worden, daß eine Industrie, die still steht, zurückgeht, am allermeisten aber hier, wo wir einem Import von 10 Millionen Zentnern aus England gegenüberstehen. Der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger sagt zwar, die 10 Millionen bedeuten gar

*) S. 1244.

nichts, im Jahre 1873 wurden 13 Millionen eingeführt. Ja, meine Herren, als wir nicht Eisen genug machten, als wir einen Konsum hatten von 144,7 Pfund pro Kopf, bedeuteten*) die 13 Millionen Zentner einfach eine Notwendigkeit, eine Wohltat. Aber in einem Moment, wo ein Drittel der Arbeiter gegen 1860 feiert, wo wir in unserem Eisenverbrauch auf 79,8 Pfund pro Kopf zurückgegangen sind, da bedeuten die 10 Millionen Zentner geradezu den Ruin des betreffenden Industriezweiges, der durch die Not teilweise zum Stillstand gebracht ist. Was sind das nun für Industriezweige, die speziell durch die Einfuhr der 10 Millionen Zentner getroffen worden sind? Es sind das namentlich die kleinen Hochofengießereien, die in an sich von der Natur sehr wenig begünstigten Landesteilen liegen, in Würtemberg, in Baiern, in Oberschlesien, im Harz, auf dem Hunsrück, im Spessart, und**) überall Ruinen, teilweise noch nicht einmal Ruinen, aber kalt liegende Hochöfen zurückgelassen haben. Alle diese Hochöfen haben früher einer fleißigen Arbeiterbevölkerung Arbeit verschafft und haben den Notstand von den Distrikten ferngehalten, der sich heute immer mehr dort einstellt. An den Spessart brauche ich nicht zu erinnern, und wenn ich das Werk Laufach, welches bis noch vor kurzer Zeit, wenigstens seit nicht langen Jahren, eine blühende Industrie vertrat, nenne, so wird jeder, der die Verhältnisse dort kennt, zugeben, daß die Aufhebung der Zölle zwar nicht allein schuld an den Notständen im Spessart gewesen ist, aber einen sehr großen und wesentlichen Anteil daran hat. Niemand, der die Verhältnisse dort kennt, kann das leugnen.

Nun sagt man, das sind die Fortschritte der Technik, die die kleinen zu gunsten der großen unterdrückt haben; meine Herren, das ist ein sehr großer Irrtum, denn diese kleinen Hochöfen, die mit Holzkohlen, teilweise mit gemischtem Brenn-

*) Im Text „bedeuten".
**) Im Text „nur".

material arbeiteten, produzierten allerdings ihr Roheisen teurer als die großen Hochöfen in England, das versteht sich von selbst, sie hatten aber den großen Vorzug, direkt aus dem Hochofen ohne Umschmelzung im Kuppelofen das Eisen in Gußwaren verwandeln*) zu können, und dadurch waren sie früher in der Lage, auf lokalem Gebiet sehr wohl mit den großen Hochöfen wirksam zu konkurrieren, und wenn man immer glaubt, daß es sich hier um einen Gegensatz handle zwischen Groß- und Kleinindustrie, so sage ich, die Kuppelofenwerke, die auf grund der Roheisenzollfreiheit in die großen Städte sich konzentriert haben, das sind die großen, — und diese kleinen Hochofengießereien, die unterdrückt worden sind, das sind die kleinen.

(Abgeordneter von Kardorff: Sehr richtig!)

Es ist also vollkommen falsch, wenn man hier den Gegensatz zwischen den großen und kleinen, wie das so oft geschehen ist, zu gunsten der Zollfreiheit hinstellt.

Meine Herren, um Ihnen ein Bild zu geben, in welcher Weise die Hochofengießereien unterdrückt worden sind, darf ich Ihnen nur anführen, daß im Jahre 1867 noch 40 Prozent der in Deutschland produzierten Gußwaren aus Erzen, also aus Hochöfen hergestellt wurden, während diese Ziffer sich im Jahre 1877 auf 7 Prozent reduziert hat.

(Hört! hört!)

Im Jahre 1867 wurden 2½ Millionen Zentner Gußwaren aus Hochöfen direkt vergossen, und im Jahre 1877 nur 681 000 Zentner. Diese Differenz von 2 Millionen, ganz abgesehen von der Vermehrung des Bedürfnisses, ist ausschließlich dem Auslande zugute gekommen und der inländischen Roheisenproduktion entgangen. Meine Herren, was diese zehn Millionen Zentner bedeuten, das mögen Sie aus folgenden Ziffern ersehen. Wir haben im Jahre 1877 38 Millionen Zentner Roheisen produziert, wir haben 7 Millionen Zentner

---

*) Im Text „verwenden".

ausgeführt, es bleiben übrig 31 Millionen Zentner für den inneren Konsum. Dazu sind 10 Millionen Zentner eingeführt worden, das gibt in Summa 41 Millionen Zentner, mit anderen Worten also: $1/4$ des gesamten Roheisens, das in Deutschland verarbeitet worden ist, ist aus dem Auslande eingeführt; und wie man dem gegenüber von einer Ueberproduktion der Hochöfen sprechen kann, die durch Schwindel oder alle möglichen Gründungen hervorgerufen sein soll, ist in der Tat unverständlich. Ich gebe zu, meine Herren, daß bei der Berechnung von $3/4$ des Roheisens, das im Inlande erzeugt wird, die Durchfuhr nicht berücksichtigt ist. Ich gebe vollkommen zu, daß in den 10 Millionen Zentnern ein Teil der Durchfuhr enthalten ist, ebenso wie in den 7 Millionen Zentnern der Ausfuhr. In welchem Maße das der Fall ist, kann niemand beurteilen, ich glaube, wenn ich es mit zwei bis drei Millionen Zentnern veranschlage, ist das genügend. Es würde sich die Sache also in der Weise eventuell ändern, daß man sagen kann: 20 Prozent des im Inlande verbrauchten Roheisens werden eingeführt; das würde aber keinen wesentlichen Unterschied bedeuten.

Nun, meine Herren, dem gegenüber kann von einer Ueberproduktion von Roheisen wenigstens keine Rede sein. Wenn aber dennoch eine Ueberproduktion herrscht, so frage ich Sie: durch welche Verhältnisse ist sie erzeugt worden? Doch vor allen Dingen durch die Annexion von Elsaß-Lothringen, das mit seinen 5 Millionen Zentnern auf den deutschen Markt geworfen wurde, wogegen die deutsche Eisenindustrie nichts tun konnte; ferner aber dadurch, daß im Jahre 1870 schon, mit noch größerer Entschiedenheit aber im Jahre 1873, von vielen Seiten behauptet wurde, namentlich von freihändlerischer Seite: wir müssen die Zölle aufheben, denn es ist ganz unmöglich, daß die deutsche Eisenindustrie die nötigen Quantitäten hervorbringt! und auf die Behauptung meinerseits, daß eine Krise im Anzug wäre, ist von anderer Seite wieder das Gegenteil behauptet worden, es ist behauptet wor-

den, daß durch die kolossalen Bahnbauten und die Anforderungen an die Lokomotivfabriken usw. die deutsche Eisenindustrie noch für lange Zeit ganz außerstande sein würde, das nötige Eisen zu produzieren. Wenn also im Jahre 1873 durch die von anscheinend kompetenter Seite aufgestellten Behauptungen die deutsche Eisenindustrie sich zu einer Ueberproduktion hat hinreißen lassen, so trägt die damalige Majorität dieses Hauses daran mehr Schuld als die betreffenden Eisenindustriellen selbst.

Dann kommt aber noch hinzu, daß nach Aufhebung des Roheisenzolles die deutsche Eisenindustrie in Mitleidenschaft für den Schwindel, der in anderen Staaten getrieben worden ist, gezogen wurde; durch den Sturz der Glasgow-Bank und durch die übertriebene Spekulation, die in England eintrat,*) hat sich die Lage der deutschen Eisenindustrie wahrlich mehr verschlimmert als durch die eigenen schwindelhaften Gründungen, die, wie ich zugebe, in den Jahren 1872 bis 1873 vorgekommen sind. Jedenfalls aber mag dem sein, wie ihm wolle, so kann ich nicht begreifen, wie man zu der Konklusion kommen kann: wenn in der Industrie geschwindelt worden ist und wenn dadurch diejenigen, die geschwindelt haben, betroffen worden sind, so sollen auch diejenigen dafür gestraft werden, die nicht geschwindelt haben. Mit demselben Recht kann man sagen: hier brennt eine Stadt ab; es wird bewiesen, daß zwei Hausbesitzer unvorsichtig mit Feuer und Licht umgangen sind, und weil sie das getan haben, soll die ganze Stadt in keiner Weise Berücksichtigung finden wegen des Unglücks, das sie betroffen hat. Das würde genau dieselbe Konklusion sein, als wenn Sie die gesamte Roheisenindustrie für einzelne vielleicht schwindelhafte Unternehmungen verantwortlich machen wollen.

Nun sagt der Herr Abgeordnete Bamberger, die Roheisenindustrie kann nicht in einem so schlimmen Zustande sein,

---

*) S. 1245.

denn während man Streiks in allen anderen Ländern sieht, ist die deutsche Eisenindustrie davon am meisten verschont geblieben. Das ist ganz natürlich, die Streiks kommen nur dann vor, wenn die Arbeiter glauben, von der günstigen Lage der Industriellen profitieren zu können, um einen höheren Lohn herauszuschlagen. Hier aber, wo jeder Arbeiter fühlt, wenn er beschäftigt ist, daß er das nur der Konnivenz seines Arbeitgebers verdankt, ist ein Streik von vornherein unmöglich. Aber ich meine, die Herren sollten doch am allerwenigsten den Eisenindustriellen den Vorwurf machen, daß sie ihren Arbeitern gegenüber in der bisherigen Weise verfahren und ihren Betrieb nicht einstellen.

(Zuruf.)

— Ich will nicht sagen, daß der Herr Abgeordnete Bamberger es getan hat, aber in Ihrer Freihandelskorrespondenz ist wiederholt der Vorwurf erhoben gegen die Eisenindustriellen, daß sie ihren Betrieb nicht einschränken und dadurch die Ueberproduktion herabmindern.

(Zustimmung rechts.)

Dazu haben die Herren die allergeringste Veranlassung, denn wenn die Eisenindustriellen ihre Leute nicht entlassen und den Betrieb einschränken, so ist das zum großen Teil die Folge der moralischen Verpflichtung, die sie den Leuten gegenüber haben, die ihnen in den Jahren 1872 und 1873 zu einem schönen Verdienst verholfen haben und denen gegenüber sie jetzt in schlechter Zeit die Verpflichtung empfinden, sie nicht verhungern zu lassen. Allerdings, meine Herren, auf die Dauer kann ein solcher Zustand nicht bestehen, auf die Dauer kann natürlich die Eisenindustrie nicht mit Verlust arbeiten, ihre Leute nicht unterhalten, und wenn es bis heute geschehen ist, so behaupte ich, ist das geschehen auf grund der festen Ueberzeugung, daß die Wiedereinführung der Zölle in Aussicht steht. Hätte seit 1877 diese Ueberzeugung nicht bestanden, dann wäre es sicher den Industriellen nicht möglich gewesen, ihre Arbeiter so lange zu halten. Sie, meine Herren,

sollten den Eisenindustriellen am meisten dankbar dafür sein, daß sie auf diese Weise ausgehalten haben, denn sie haben es so ermöglicht, das schwere Unrecht, das bisher geschehen ist, jetzt wieder gut zu machen; das würde aber nicht möglich sein, wenn jeder Arbeitgeber, der Verluste macht, ohne weiteres seine Leute entlassen hätte, dann würde ein irreparabler Schaden entstanden sein, den Sie nicht wieder hätten gut machen können.

Nun, meine Herren, sagen Sie, Eisenzölle nützen doch nichts, und wenn Sie wüßten, daß die Zölle dieser tief darniederliegenden Industrie helfen, würden Sie unzweifelhaft bereit sein, sie wieder einzuführen. Ja, meine Herren, ich meine, wenn die Interessenten einmütig erklären: gebt uns die Zölle wieder, so erwarten wir eine erhebliche Besserung unserer Lage, da könnte man ruhig sein, daß die Interessenten auf diesem Gebiet die Verhältnisse richtiger beurteilen als andere. Was hätten sie denn für ein Interesse daran, eine Agitation hervorzurufen, ihr Zeit und vieles andere zu opfern, wenn sie keine Besserung davon hoffen! Also bekämpfen Sie die Herren auf allen Gebieten, auf denen Sie wollen, aber das geben Sie mir zu, daß jeder seine eigenen Interessen am besten versteht, und daß die Eisenindustriellen, wenn sie Zölle verlangen, recht gut wissen, was sie tun.

Ich möchte in diesem Stadium der Beratung nicht zu weitläufig werden und nicht auf Amerika und Frankreich und die Einwirkung der Schutzzölle daselbst hinweisen, ich möchte nur kurz den Import von englischem Roheisen nach dem Kontinent beleuchten. England hat im Jahre 1877 nach dem zollgeschützten Frankreich nur 96 000 Tons eingeführt, während nach Deutschland in demselben Zeitraum 230 000 Tons eingeführt sind, nach Holland 241 000 Tons, welche größtenteils für Deutschland bestimmt waren, also zusammen nach Deutschland und Holland 471 000 Tons. Diese 471 000 Tons von englischem Roheisen, die also 1877 nach Deutschland und Holland eingeführt wurden, bilden die Hälfte des gesamten englischen Roheisenexportes.

(Hört! hört! rechts.)

In Frankreich, in welches bloß 96 000 Tons eingeführt worden sind, hat sich die Roheisenproduktion seit 1873 erheblich vermehrt. Sie hat sich von 1873 auf 1877 von 27 Millionen auf 30 Millionen Zentner erhöht.

Also, meine Herren, über die Wirkungen des Schutzzolls kann man nicht zweifelhaft sein. Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß die Herren sich widersprechen, wenn sie auf der einen Seite sagen: die Einführung des Eisenzolls kann nichts helfen, es kommt dadurch Ueberproduktion, und dadurch machen sich die Werke wieder gegenseitig tot, — und wenn sie auf der anderen Seite sagen: die Einführung des Zolls ist eine durchaus nachteilige Maßregel, denn sie verteuert das Eisen, und das können wir den Konsumenten nicht zumuten. Das steht doch im Widerspruch, wie sich auch der Herr Abgeordnete Bamberger dadurch in Widerspruch verwickelt hat, daß er Herrn Ravené als Zeugen dafür anrief, daß überhaupt kein englisches Eisen nach Deutschland käme, — und dann behauptet: es gibt eine Masse Fabrikationszweige, die das englische Roheisen nötig haben,

(Zuruf: Walzeisen!)

— der Abgeordnete Bamberger weist auf das Walzeisen hin, und*) ich erwidere ihm, daß gerade Kratzendraht aus schwedischem Walzeisen gemacht wird. Wenn er das in Abrede stellt, so bitte ich, sich mit den Herren auseinander zu setzen, die ein Amendement gestellt haben, daß eine besondere Erleichterung für die Einfuhr schwedischen Eisens zu Kratzendraht eintrete. Also ich gebe gerade für Walzeisen zu, daß wir englisches und schwedisches Eisen bis zu einem gewissen Grade brauchen, für Roheisen gebe ich es nicht zu.

Was Amerika anlangt, so brauche ich Ihnen das Zeugnis des Präsidenten der amerikanischen Union **) nicht vorzulesen, Sie haben es wohl alle gelesen, ebenso das Zeugnis

---

*) Im Text „nur".

**) Die Botschaft des Präsidenten Hayes bei der Eröffnung des Kongresses 1879.

des Lord Beaconsfield in seiner berühmten Rede,*) endlich das ja vielfach zirkulierende Zeugnis unseres Konsuls in St. Louis, des Dr. Gerlich;**) das alles überhebt mich doch der Beweisführung, daß in Amerika ganz andere Zustände bestehen als bei uns; daß der Schutzzoll auch dort die Schwindelperiode nicht verhindert hat; daß aber nur durch den Schutzzoll es möglich gewesen ist, sich in verhältnismäßig schneller Weise zu erholen; das geht so evident daraus hervor, daß ich darüber kein Wort weiter zu verlieren brauche.

Nun, meine Herren, ist ja der Haupteinwand, der mir gemacht worden ist und auch ferner gemacht werden wird,***)

---

*) Benjamin Disraeli, der seit 1876 dem britischen Oberhause angehörte, war seit der Berliner Konferenz 1878 in Deutschland sehr volkstümlich. Er war damals noch englischer Premierminister. Erst die Wahlen von 1880 brachten Gladstone wieder ans Ruder. In den Zolltarifverhandlungen hatte zuerst Reichensperger (Olpe) am 3. Mai 1879 auf die englische Bewegung angespielt, die Disraeli zu Erwägungen über die Frage bestimmte, ob der englischen Landwirtschaft, die seit 1849 den Bedürfnissen der Industrie geopfert worden war, durch Zölle noch zu helfen sei. Er hatte gesagt: „Ich habe eine Reihe Stimmen gelesen aus den englischen und anderen Blättern, wonach viele alte Freihändler dort bereits laut genug nach Schutzzoll gegenüber denjenigen Produkten, in welchen die Amerikaner eine handgreifliche Uebermacht, die Superiorität, gewonnen haben, rufen, nicht bloß auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wo das wohlfeile, ja, fast kostenlose amerikanische Getreide gefährlich wird, wo also Bruder Jonathan dem englischen Gutsbesitzer nicht mehr gemütlich gegenübersteht, sondern auch in Industriebranchen, wo ähnliche Erscheinungen hervorgetreten sind, wenn ich nicht irre, in der Tuchbranche. Nun, meine Herren, diese amerikanische Treibhauspflanze hat diesen Effekt gehabt, und Lord Beaconsfield hat unlängst erklärt, daß er sich recht ernstlich mit dieser Frage der Landwirtschaft beschäftige."

**) In den Vereingten Staaten hatte man die Not der Industriearbeiter, welche durch den allgemeinen Niedergang seit 1874 entstanden war, durch umfassende Landüberweisungen zu mildern gesucht, an die naturgemäß im Deutschen Reiche nicht gedacht werden konnte.

***) S. 1246.

der, daß durch die Wiedereinführung des Roheisenzolls die Exportindustrie leiden wird, und ich gebe zu, daß hier eigentlich der Schwerpunkt der ganzen Frage liegt. Was die Andeutung der Exportindustrie selbst anlangt, so stehe ich ganz auf dem Standpunkt des Herrn Abgeordneten Bennigsen, ich unterschreibe jedes Wort, was er damals*) in bezug auf die Exportindustrie gesagt hat, aber ich unterscheide zwei Arten der Exportindustrie, ich unterscheide eine Exportindustrie, die, wenn auch mit mäßigem, aber doch einigem Nutzen arbeitet und daher von nachhaltiger Bedeutung ist, und ferner eine Exportindustrie, die lediglich mit Verlust arbeitet, entweder direkt oder insofern, als sie basiert ist auf den Verlust ihrer Hintermänner, also der Fabrikation von Walzeisen, Roheisen usw. Dieser letztere Export ist kein gesunder, er verlangt keine Rücksicht, das ist eine krankhafte Erscheinung, die lieber heute wie morgen verschwinden sollte.

(Sehr richtig!)

Es geht dabei ganz ebenso wie mit dem Export eines bankerotten Geschäfts, einer Kuh, die der betreffende Halsabschneider dem Bauer, dem er sein letztes Geld abgenommen hat, aus dem Stalle exportiert. Das ist doch kein Zustand, den wir begünstigen wollen und den wir von der Gesetzgebung befördert wissen wollen. Ganz ebenso steht es mit dem Handel. Es kann niemand einen größeren Respekt haben vor dem Großhandel, wie er sich in den Seestädten gestaltet hat, als ich, und ich gestehe ganz offen, als ich zum erstenmal diese reichen Handelsmetropolen, Hamburg usw., betrat, daß ich mit Stolz auf dasjenige geblickt habe, was deutscher Fleiß und Reichtum

---

*) Am 6. Mai 1879. Bennigsen hatte auf den notwendigen Ausgleich der Interessen zwischen der Industrie für den Binnenmarkt und der Industrie für die Ausfuhr hingewiesen, und gesagt: „Diese Frage kehrt überall da wieder, wo Halbfabrikate verarbeitet werden von einer deutschen Industrie, die in blühendem Zustande sich befindet, exportiert, und wo ihr Material im Interesse einer Industrie von Halbfabrikaten durch die Vorlage verteuert werden soll.“

dort hervorgebracht hat, aber sobald der Handel den Anspruch erhebt, nicht mehr der Vermittler zwischen den Produktionselementen zu sein, sondern Selbstzweck zu werden, dann erhebt er einen Anspruch, der meiner Ansicht nach unberechtigt ist und der nicht energisch genug zurückgewiesen werden kann.

(Sehr wahr!)

Der Handel hat sich dem Bedürfnis zu akkommodieren, er hat aber nicht zu verlangen, daß die gesamte Produktion des sogenannten Hinterlandes sich nach seinen Interessen richten soll.

(Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, darf ich aber darauf hinweisen, daß die Einführung des Roheisenzolls in keiner Weise dem gesunden Export nachteilig ist, und der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Interessenten, die sich von dem Zoll eventuell benachteiligt sehen würden, Ihnen geradezu die Einführung des Roheisenzolls empfehlen. Der Herr Abgeordnete von Wedell hat vorhin bezug genommen auf die Eingabe von einigen westfälischen Walzwerken, die uns gestern mit den übrigen Drucksachen zugeteilt worden ist. Meine Herren, diese Herren, die teils ausschließlich englisches Roheisen verwenden, teils deutsches Eisen, dessen Verteuerung sie durch die Einführung des Zolls indirekt befürchten, die sagen ausdrücklich: wir halten die Einführung des Roheisenzolls für durchaus geboten, wir bitten Sie aber, 60 Pf statt 1 Mark zu bewilligen. Meine Herren, wenn Etablissements, die sich speziell als Vertreter der Interessen der Roheisenverarbeitung hinstellen und gar keine Veranlassung haben, Rücksicht auf die Roheisenproduktion zu nehmen, wenn die Ihnen 60 Pf Roheisenzoll vorschlagen, so glaube ich, lassen sich in der Tat keine besseren Argumente für den Satz von einer Mark pro 100 Kilo überhaupt anführen. Mit Remscheid, Solingen und Hagen steht es ebenso. Der Herr Abgeordnete Richter hat uns zwar gesagt, daß die Mehrzahl der Einwohner seines Wahlkreises freihändlerisch gesinnt sei. Es sind

uns hier Petitionen überreicht worden, die im Verzeichnis der Petitionen veröffentlicht sind. Die eine ist eine Petition, welche mit zirka 300 Unterschriften bedeckt ist. Nach zuverlässigen Mitteilungen aber sind das hauptsächlich Exporteure, Händler und Personen, die in gar keinem Verhältnis zur Industrie stehen; es sind allerdings auch einzelne kleine Fabrikanten darunter, die von den Händlern abhängig sind, welche ein Interesse daran haben, sie stark in ihren Preisen zu drücken. Aber die große Mehrheit der Hagener Industrie, das wird Herr Abgeordneter Richter nicht leugnen können, steht mit unter den 1000 Unterschriften, die unter der Petition aus Barmen stehen, in welcher die Industrie der Bergisch-Märkischen Kreise repräsentiert ist, und diese Herren verlangen nicht nur die Aufrechterhaltung des Zolls der Regierungsvorlage, sondern eine Erhöhung desselben, und wir werden die Amendements noch bekommen, die sich mit der Sache beschäftigen.

Was Remscheid anlangt, so meine ich, ist die Zahl der Petitionen, die wir in den letzten Tagen empfangen haben, der deutlichste Beweis dafür, was die Herren wollen. Wenn die Leute, die an der Spitze der Freihandelsbewegung von 1873 standen, die die damalige Petition vorzugsweise unterschrieben haben, nun nichts dringenderes zu verlangen haben als die Heraufsetzung der Zölle für Eisenwaren auf 15 Mark, weil sie die ausländische Konkurrenz nicht mehr bekämpfen können, so sollte ich denken, daß das ein Zeugnis ist, was auch dem Herrn Abgeordneten Richter vollgiltig sein könnte, und ich hoffe, er wird selbst nicht mehr an das Märchen glauben von der freihändlerischen Bewegung in Hagen oder gar in Remscheid.

Meine Herren, ein Beweis — das sind ja alles bloß Zeugnisse — aber ein Beweis, wie wenig der Zollschutz die gesunde Exportfähigkeit lähmt, liegt aber darin, daß gerade diejenigen Industriezweige, die den höchsten Zollschutz oder wenigstens den höchsten Schutz genießen, am meisten exportiert haben. Ich erinnere an die feinen Eisenwaren in Solingen,

für die ja selbst der Herr Abgeordnete Richter niemals eine Herabsetzung des Zolles beantragt hat; das sind die exportfähigsten Industriellen. Ich erinnere ferner daran, daß von den 10 Millionen Zentner Eisen und Eisenwaren, die im Jahre 1877 nach der amtlichen Statistik aus Deutschland exportiert worden sind, allein $4\frac{1}{2}$ Millionen Schienen sich befinden. Meine Herren, für die Schienen haben wir ja keinen formellen Schutzzoll, aber die Deklamationen, die pro et contra über das Verfahren des preußischen Herrn Handelsministers außerhalb und innerhalb dieses Hauses gehalten worden sind, daß für inländische Schienen ein höherer Preis gezahlt wurde als für ausländische, die beweisen doch, daß die Schienen faktisch einen Schutzzoll genießen, der viel größer ist wie das, was wir jetzt verlangen. Sie haben gerade von dieser Seite (links) selbst wiederholt nachgewiesen, daß bis zu 40 bis 50 Mark von den deutschen Eisenbahnverwaltungen und namentlich den Staatsbahnverwaltungen mehr für inländische Schienen bezahlt worden sind, als sie vom Auslande angeboten waren und selbst von den inländischen Werken nach dem Auslande verkauft werden. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, ob das eine richtige oder nicht richtige Maßregel seitens der deutschen Eisenbahnverwaltungen, speziell der Staatsbahnverwaltungen war, nur das will ich konstatieren, daß der Preisunterschied zwischen den Schienen im Inland und im Ausland ein hoher war. Trotzdem hat die Ausfuhr stattgefunden, und zwar, wie ich schon angeführt habe, hat die Ausfuhr von Schienen die Hälfte der Gesamtausfuhr an Eisen und Eisenwaren im Jahre 1877 betragen. Ich sage, daraus geht hervor, daß an sich die Ausfuhr nicht von den höheren Preisen im Inlande abhängt.

Nun, meine Herren, noch ein deutlicheres Beispiel, wie die Zollsätze den Export nicht erschweren, ist Belgien. Es gibt kein exportierenderes Land als Belgien. Das „auf Kohlen und Eisen“ ruhende Belgien exportiert 40 Prozent seines Stabeisens, und trotzdem denkt dort kein Mensch daran, den Roh-

eisenzoll herabzusetzen, obwohl Belgien einen großen Teil*) nicht bloß seiner Erze, sondern auch seines Roheisens von Luxemburg importiert. Dieser Import von Luxemburger Roheisen nach Belgien ist wesentlich der Grund davon, daß ein ziemlich starker Roheisenexport bis jetzt aus Deutschland dahin stattgefunden hat, und wenn ich auch die Summe von 7 Millionen nicht für richtig halte, weil auch da wieder der Transit darin steckt, und auf der anderen Seite in der Enquete behauptet und von vielen Seiten konstatiert worden ist, daß das Roheisen, das teilweise aus Luxemburg und Lothringen den Rhein hinuntergeht, um nach den baltischen Provinzen verschifft zu werden, daß das als Ausfuhr gilt, so will ich zugeben, daß eine Ausfuhr von 4—5 Millionen Zentner übrig bleibt. Diese Ausfuhr von 4—5 Millionen Zentner hat mit der Einfuhr, von der ich sprach, absolut nichts zu tun, sie steht nicht im geringsten Zusammenhang damit. Die Einfuhr geschieht in Gießereiroheisen und Bessemerroheisen, die Ausfuhr geschieht in Spiegeleisen und einzelnen ganz besonderen Sorten, die Deutschland allein macht und wo trotz des hohen Zolles noch ein Export nach Amerika stattfindet; er findet ferner statt in gewöhnlichem weißen Roheisen nach Belgien und Frankreich, aber nach letzterem nur dann, wenn die titres d'acquit sehr niedrig stehen. Im vorigen Jahre gingen die titres d'acquit bis auf 4 Frcs. zurück, heute stehen sie auf 15, und heute ist ein Export nach Frankreich überhaupt nicht mehr möglich. Die beiden Vertreter der betreffenden Exportindustrie in der Enquete, Metz und de Wendel, haben erklärt, daß es zuzeiten ganz angenehm wäre, etwas Eisen nach Frankreich herüberzubringen, daß es aber im ganzen keinen großen Wert habe, weil der Wechsel der Kurse der titres d'acquit keine feste Rechnung darauf zulasse. Dieser Export, meine Herren, der wird aber für die meisten Artikel ganz wegfallen, sobald das Entphosphorungsverfahren, von

*) S. 1247.

dem vorhin die Rede war und auf das ich noch näher eingehen werde, eingeführt wird, dann hört die Exportfähigkeit des deutschen Roheisens auf, und wir haben deshalb um so mehr Ursache, unsererseits die 10 Millionen Zentner, die von England eingeführt sind, zu verdrängen.

Meine Herren, für die Exportindustrie ist nach meiner festen Ueberzeugung etwas ganz anderes notwendig, als was bis jetzt zu deren Schutz angeführt ist, für die Exportindustrie ist die Hauptsache (und darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Delbrück überein, der die Debatte über das Roheisen mit dieser Frage eröffnet hat), daß Sie das Material, das sie als Rohmaterial und Halbfabrikat braucht, zollfrei eingehen lassen, und da werden Sie mich bereit finden, jede Erleichterung, welche da geschaffen werden kann, auf die entschiedenste und energischste Weise zu befürworten. Ich glaube, das ist eine Forderung, in der sich alle, auf welchem Boden sie auch stehen mögen, vereinigen können. Für das Roheisen ist die Sache durch das Schlußprotokoll von 1867 bereits geregelt. Aber ich möchte auch da, daß die Ermäßigung, die jetzt für das Magazin, welches unter Zollverschluß steht, erteilt wird, daß diese Vorschrift ausgedehnt und erweitert werde nach dem Muster des in Belgien bestehenden Verfahrens. Meine Herren, Sie wissen, daß in Belgien nur verlangt wird, daß das betreffende Roheisen nach dem Werk, von dem der Export ausgeht, unter Kaution hingeschafft wird, daß dort eine Kontrolle der Steuerbeamten besteht, ob das Roheisen nun auch zu den Exportartikeln verwendet wird, aber von einem Zollverschluß ist Abstand genommen. Das ist das Verfahren, das in Belgien zu keinen Unzuträglichkeiten Veranlassung gegeben hat, das alle Leute befriedigt und eine genügende Kontrolle dafür ergibt, daß der Fiskus nicht betrogen wird und daß die Exportartikel aus keinem anderen Stoff gemacht werden als aus dem betreffenden zollfreien Material. Ich möchte die allerwärmste und dringendste Bitte an die Regierung richten, dieses belgische Verfahren für das Roheisen einzuführen;

würde das geschehen, meine Herren, so glaube ich, daß alle Exportinteressenten ohne Ausnahme, die Roheisen verarbeiten, den Roheisenzoll gern annehmen und daß die Höhe des Roheisenzolls ihnen ziemlich gleichgiltig sei.

Ich komme jetzt zur Höhe des Roheisenzolles selbst und weiß sehr wohl, daß das die Hauptsache ist, um welche sich die Debatte heute praktisch dreht; denn einen Roheisenzoll überhaupt, meine Herren, werden bei weitem die meisten von Ihnen bewilligen wollen, weil das eine allgemein anerkannte absolute Notwendigkeit ist. Nun gebe ich das dem Herrn von Wedell und auch den Petenten zu, die gestern abend diese neueste Petition an uns gerichtet haben, daß in der Enquete sehr viele Stimmen selbst von Roheisenproduzenten sich für das Genügen eines Zolles von 3 Silbergroschen pro Zentner ausgesprochen haben, und ich selbst bekenne ganz offen, daß ich nach Schluß der Enquete, zur Zeit, als der Vorschlag der Regierung auf 50 Pf schon bekannt war, selbst der Ansicht war, daß ein Kompromiß auf grund dieser 3 Silbergroschen sich sehr wohl abschließen ließe.

(Hört!)

Darin kann ich allerdings Herrn von Wedell nicht recht geben, daß die wesentlichsten Produzenten von Roheisen, namentlich von Gießereiroheisen, sich damit einverstanden erklärt haben. Er hat den amtlichen Vertreter eines Staatswerkes angeführt, und ich kann mir nur denken, daß er den Bergrat Jüngst in Gleiwitz meinte. Dem ist es aber nicht im Traum eingefallen, einen solchen Zollsatz vorzuschlagen, sondern, wenn Herr von Wedell Seite 527 des Enqueteberichts*) nachschlagen will, so wird er finden, daß gerade dieser Herr, den er für die Herabsetzung des Zolles anführt, es war, welcher

*) 29. Vernehmung. S. 320 des Bandes II dieser Ausgabe. Bergrat Jüngst hatte vorgeschlagen: „Gießereiroheisen 50 Pf pro Zentner, grobe Gußwaren 1 Mark, und verfeinerte Gegenstände, Kunstguß, hämmerbare Gußwaren usw. 12 Mark.“ Dazu Stabeisen 1 Mark.

ausdrücklich 50 Pf pro Zentner als Minimum für Gießereiroheisen verlangte. Darin irrt er sich also. Was Herrn Funke anlangt, den er als Zeuge für 25 Pf angeführt hat, so ist richtig, daß Herr Funke nicht nur Kleinindustrieller ist, sondern auch in der Großindustrie steht; aber derselbe hat keine Hochöfen, sondern nur Walzwerke und somit an Roheisenzoll kein Interesse, da er nur Konsument von Roheisen ist. Er ist also als vollgiltiger Zeuge für den Roheisenzoll nicht zu betrachten.

Meine Herren, was nun meine eigene Stellung anbelangt, so bin ich, wie gesagt, durchaus geneigt gewesen, die 3 Silbergroschen Roheisenzoll bis vor einigen Wochen als genügend anzusehen, und wenn ich heute auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehe, so bitte ich Sie, zu glauben, daß das bei mir nur das Resultat meiner innigsten Ueberzeugung ist, daß nach den Verbesserungen der Technik, die in den letzten Wochen durchgeführt sind, ein Roheisenzoll von 3 Silbergroschen oder 2½ Silbergroschen — entschuldigen Sie, wenn ich in Groschen und Zentnern spreche, Sie werden mich ja verstehen — daß der in keiner Weise das Resultat erreichen würde, die Roheisenindustrie auch nur in dem bestehenden Zustande zu erhalten. Es würde nach meiner Auffassung dadurch nichts anderes erreicht, als eine, wenn auch nicht erhebliche, aber doch empfindliche Verteuerung des Roheisens hervorzurufen, ohne es der deutschen Hochofenindustrie zu ermöglichen, ihre Existenz gegenüber der englischen zu erhalten. Meine Herren, das war mir früher schon klar, auch nach Schluß der Enquete vor den neuesten Entdeckungen, daß für die Gießereiindustrie, für die Produktion von Gießereiroheisen die 2½ Groschen oder 3 Groschen überhaupt nicht reichen; denn ein einfacher Blick in die Enquete dürfte schon für jeden Laien genügen, um zu sehen, daß die Differenz der Selbstkosten bei der Produktion des Gießereiroheisens zwischen Cleveland und den deutschen Distrikten sehr viel höher ist als 6 Mark per Tonne. Ich habe mir gesagt, wir sind gewohnt, in dieser Beziehung

so bescheiden zu sein, daß wir schließlich darauf verzichten können, es allen recht zu machen. Wenn die Gießereiindustrie, die in den letzten Jahren so viel gelitten hat,*) auch nur in einigen geschützten Lagen besser zurecht kommt, so verzichten wir darauf, den Norden und Osten wieder zu gewinnen, der bleibt England nach wie vor tributpflichtig, aber wir gewinnen doch den binnenländischen, den süddeutschen Markt wieder. Also daß das Clevelandgießereiroheisen durch die Einführung eines Zolles von 2½ Silbergroschen für den größten Teil Deutschlands nicht zu verdrängen sei und von den zehn Millionen Zentnern nur ein geringer Teil zum Abstrich kommen würde, das war mir damals schon klar. Durch die neuen Erfindungen wird aber der Charakter des Clevelandeisens, das bisher beschränkt war auf die Gießereien, generalisiert und maßgebend für die gesamte Eisenproduktion ohne Ausnahme. Die Ueberlegenheit des Clevelanddistrikts beruht einfach darin, daß Cleveland sehr billige Eisenerze hat, die zwar nicht gerade auf der Kohle, aber höchstens 2 bis 3 Kilometer davon entfernt liegen, so daß man sagen kann, in Cleveland wird das phosphorhaltige Roheisen in der billigst möglichen Weise dargestellt. Die Produktionskosten variieren nach Angabe zwischen 32 bis 34 Mark. Tatsache ist, daß das Clevelandeisen zu 34 Mark heute verkauft wird, und zwar dasjenige, das sowohl der Gießerei dient als auch durch Entphosphorung neuerdings zu Stahl verarbeitet wird. Dieses Roheisen konnte bis jetzt weder zu Stabeisen noch zur Bessemerstahlfabrikation um deswillen verwendet werden, weil es einen zu hohen Phosphorgehalt hat. Es hat einen Phosphorgehalt von 1½ Prozent; durch die neuesten Entdeckungen, und zwar namentlich durch das Verfahren, was den Herren Thomas und Gilchrist patentiert worden ist, gelingt es aber, durch Zuschlag basischer Bestandteile im Bessemerprozeß dieses Roheisen soweit zu entphosphorn, daß es zu Bessemerstahl geeignet wird,

*) S. 1248.

und dadurch wird es dem Distrikt Cleveland möglich sein, Roheisen, das bis jetzt nur zu geringen Gußwaren verwendet werden konnte, zu jeder anderen Fabrikation zu verwenden. Nun, meine Herren, könnte man sagen, ja, wenn die ganze Eisenindustrie auf das Clevelandeisen angewiesen ist, werden die Preise dort so kolossal steigen, daß es nicht mehr möglich ist, es zu verwenden. Meine Herren, dem ist nicht so. In Cleveland existieren 173 Hochöfen, und die Produktion von Cleveland betrug im vorigen Jahr 40 Millionen Zentner, also mehr als die gesamte deutsche Eisenproduktion, und Cleveland ist imstande, seine Produktion zu verdoppeln und verdreifachen, indem Erz und Kohlen in ungeheurer Abundanz vorhanden sind. Dann wirft man ein, in Luxemburg seien die Erze ebenso billig, und der Herr Abgeordnete Bamberger sagte, die westfälische Industrie möge, wenn sie dort nicht mehr bestehen könne, nach Luxemburg übersiedeln. Meine Herren, das ist leicht gesagt, aber man kann doch nicht für einen Hochofen ein Billet dritter Klasse lösen und ihn für 10 Mark 40 Pf nach Luxemburg schicken. Die Umwandlung einer so kolossalen Industrie wie der Hochofenindustrie ist eine außerordentlich kostspielige und sehr schwierige Maßregel, aber, meine Herren, es ist die große Frage, ob diese Uebersiedlung überhaupt die Frage löst. Bis jetzt steht die Technik so, daß das Maximum des Phosphorgehalts, das im Roheisen sein darf, um im Bessemerprozeß entphosphort zu werden, 1½ Prozent beträgt. In ganz Luxemburg gibt es aber kein Roheisen, das nicht über 1½ Prozent Phosphor enthält. Der Phosphorgehalt des Luxemburger Roheisens schwankt zwischen 1,7 und 2 Prozent, während das Clevelandeisen unter 1½ Prozent bleibt. Während das Clevelandeisen, das, wie ich zugebe, nicht viel billiger produziert wird wie das Luxemburger Eisen, unvermischt durch das neue Verfahren zur Stahlfabrikation verwendet werden kann, wird zu dem Luxemburger Eisen ein Zusatz gemacht werden müssen; man kann daher beide Verhältnisse nicht gleichstellen. Dann liegt ein großer Unterschied darin, daß in Luxemburg das Roheisen mit Kohlen weiter ver-

arbeitet werden muß, die bis zu 40 Meilen von dem Kohlenbecken der Ruhr kommen, oder umgekehrt das Roheisen dorthin oder nach der Saar zurückgebracht werden muß; das führt bedeutende Frachtspesen herbei, was in England nicht der Fall ist. Dazu kommt, daß zwar das gewöhnliche Puddeleisen in Luxemburg vielleicht billiger hergestellt wird wie in England, daß aber das graue Roheisen, das zum Bessemerprozeß notwendig ist, deshalb sehr wesentlich teurer als in England produziert wird, weil dort das graue Roheisen fast zu demselben Preise wie das weiße zu erzeugen ist, während es in Luxemburg schwer ist, ein sogenanntes Roheisen Nr. 3 regelmäßig herzustellen. Ich behaupte also, daß eine Parität zwischen Luxemburg und Cleveland in keiner Weise existiert. Nun, meine Herren, wenn sie aber dennoch existierte, was würde daraus folgen? Nach meiner festen Ueberzeugung ist, wenn heute das neue Verfahren in der deutschen Eisenindustrie angewendet wird, durch die erforderlichen Umwandlungen die Hälfte des ganzen darin angelegten Kapitals verloren und muß erst wieder ersetzt werden. Glauben Sie, daß diese Ergänzung stattfindet, daß die betreffenden Industriellen von Westfalen nach Luxemburg übersiedeln —

(Zuruf)

— Ich glaube, daß es die anderen Herren auch so verstanden haben — daß die Herren nach Luxemburg übersiedeln, wenn sie im besten Falle die Chance haben, die sie aber nicht haben, daß ihre Selbstkosten durch den Verkauf gedeckt werden? Herr von Wedell hat es zwar als ein unberechtigtes Verlangen der Industriellen hingestellt, daß sie Amortisation und Zinsen haben wollen. Wozu treibt man denn überhaupt eine Industrie, wenn man nicht wenigstens die Amortisation und Zinsen herausschlägt? Das kann doch wahrhaftig jeder von ihnen verlangen. Wenn Sie die Industriellen aber auffordern, plötzlich das Kapital um die Hälfte zu erhöhen und nach einer anderen Gegend überzusiedeln, so müssen Sie ihnen auch die Garantie geben, daß sie auf dem inländischen Markt wenig-

stens ihre Rechnung finden. Ist das nicht der Fall, so werden Sie notwendig folgendes hervorrufen: entweder Sie führen keinen Roheisenzoll ein und keinen Fabrikatszoll: dann können Sie fest überzeugt sein, daß damit die deutsche Eisenindustrie einfach aufhört; oder Sie führen keinen Roheisenzoll oder einen ungenügenden Roheisenzoll, dagegen einen genügenden Fabrikatszoll ein: dann wird das Verhältnis des Clevelandroheisens, wie es für die deutsche Gießerei bereits besteht, ausgedehnt werden auf die gesamte Eisenindustrie, und es wird in Deutschland kein anderes Roheisen verwendet werden wie Cleveländisches mit einzelnen Ausnahmen vielleicht, wo lokale Verhältnisse dies bedingen. Ja, meine Herren, dieses Clevelandroheisen hat sogar relativ einen noch viel höheren Wert für den Bessemerprozeß als für die Gießerei, weil der Bessemerprozeß aus dem Hochofen direkt vermittelt werden, der Clevelander Fabrikant also seine Schienen um so viel billiger herstellen kann als der deutsche. Das Cleveländer Gießereiroheisen muß dagegen überall in Kuppelöfen umgeschmolzen werden, in England wie hier, und so ist da wenigstens Sonne und Luft gleich verteilt.

Nun, meine Herren, was bedeutet die Eventualität, daß die gesamte westfälische Eisenindustrie ihr Roheisen aus Cleveland bezieht, für den westfälischen Steinkohlenbergbau? Bis jetzt hat*) man angenommen, daß pro Pfund fertiges Stabeisen erforderlich sind 5½ Pfund Steinkohlen. Diese 5½ Pfund werden durch den Bessemerprozeß an sich schon herabgedrückt auf zirka 4 Pfund, und das ist ein Ausfall, den der Steinkohlenbergbau hinnehmen muß, den er aber empfindlich fühlen wird. Nun, meine Herren, gesetzt den Fall, daß aber das Roheisen zur deutschen Stabeisenfabrikation aus England importiert wird, so reduzieren sich diese 5½ Pfund auf **1 Pfund**,

(hört!)

und da Westfalen 28 Prozent seiner Steinkohlen für die**)

---

*) Im Text fehlt „hat“.

**) S. 1249.

Eiseninduſtrie abſetzt, ſo würden dieſe 28 Prozent reduziert werden auf 5 Prozent, es würde alſo der geſamte weſtfäliſche Steinkohlenbergbau einen Ausfall von 23 Prozent erleiden. Meine Herren, was das bedeutet bei dem heutigen Stande des weſtfäliſchen Steinkohlenbergbaues, das brauche ich Ihnen nicht weiter auseinanderzuſetzen, und ich bin überzeugt, daß in anderen Gegenden die Verhältniſſe ziemlich ähnlich liegen. Meine Herren, wenn Sie die Selbſtkoſten in Luxemburg, deren niedrigſter Satz in der Enquete mit 42 Mark für graues Gießereiroheiſen angegeben wurde, vergleichen mit dem Clevelandroheiſen, das mit 34 Mark verkauft wird, wenn Sie gleichzeitig berückſichtigen, daß die Fracht von Cleveland, alſo von Middlesborough nach Ruhrort oder gar nach Hamm, geringer iſt als von Luxemburg nach dieſen Punkten, wenn Sie endlich erwägen, daß es ſich um Roheiſen handelt, welches nicht mehr als 1½ Prozent Phosphor enthalten darf, während der Phosphorgehalt im Luxemburger Roheiſen ein höherer iſt, ſo werden Sie zugeben müſſen, daß ein Zoll von 5 oder 6 Mark per Tonne ſelbſt zum Schutz der beſtgelegenen deutſchen Roheiſenproduktion abſolut unzureichend iſt. Wenn Sie einen Zoll von 10 Mark nicht bewilligen wollen, dann laſſen Sie in Gottes Namen die Verhältniſſe lieber ſo weiter gehen, wie ſie jetzt gehen, damit wir nicht im nächſten Jahr zu ſagen haben: wir haben zwar einen Zoll eingeführt, er iſt aber ohne Effekt geblieben, wir müſſen ihn wieder erhöhen. Das iſt viel ſchlimmer als die Kriegsausſichten des Herrn von Wedell, durch deſſen Amendement Sie den Frieden wahrlich nicht bekommen werden. Ich mache mir übrigens keine Illuſionen darüber: der Kampf zwiſchen Schutzzoll und Freihandel kommt mit dem heutigen Tage, mit der jetzigen Seſſion nicht aus der Welt, und das iſt ein Glück, denn es iſt beſſer, wenn die deutſche Nation ſich in ihren einzelnen Gliedern mit dieſer Frage beſchäftigt, als wenn ſie dieſelbe wie bisher der gelehrten Schulweisheit überläßt.

(Sehr richtig!)

Nun sagt Herr von Wedell, der vorgeschlagene Zoll von 1 Mark sei exorbitant, er betrage 20 Prozent vom Werte. Meine Herren, der Wert von 20 Prozent auf den heutigen Preis berechnet, ist vielleicht zuzugeben, aber wer hat denn je die Rechnung aufgestellt, daß, wenn man den Wert eines Zolls berechnet, man ihn gerade mit dem allerniedrigsten Preisstand vergleiche? Ich habe die Rechnung nach dem zehnjährigen Durchschnitt gemacht, nach den Hamburger Roheisenpreisen, wie sie in der offiziellen Statistik der Enquete mitgeteilt worden sind. Ich komme da durchschnittlich auf einen Roheisenpreis von 80 Mark, es würde der Roheisenzoll von 1 Mark also einem Wertzoll von 12½ Prozent entsprechen.

Nun stellt der Herr Abgeordnete von Wedell diese 12½ Prozent gegenüber einem Maschinenzoll von 5,36 Prozent und sagt in der Eingabe des Landwirtschaftsrats: wie kann eine Maschinenindustrie existieren, die nur 5 Prozent oder 6 Prozent Zollschutz hat, während sie für den Roheisenzoll 20 Prozent bezahlen muß? Das ist indessen eine Gruppierung der Zahlen, die wirklich nicht zulässig erscheint. In den 5,36 Prozent Zoll, die Herr von Wedell als Schutzzoll für die Maschinen herausrechnet, da stecken nämlich nur 0,9 Prozent, die der betreffende Maschinenfabrikant für den Roheisenzoll auslegt. Es bleiben ihm also immer noch von den 5,36 4,46 Prozent als eigener Schutz übrig. Man kann in der Weise überhaupt die Wertzölle nicht neben einander stellen; wenn Sie das wollten, daß genau derselbe Prozentsatz für den Zoll auf hochwertige wie für geringwertige Gegenstände eingeführt wird, so würden Sie bei den hochwertigen zu Zollsätzen kommen, die man kaum mehr aussprechen kann.

Die Forderung, von der aus wir den Zoll auf Roheisen verlangen, beruht nicht auf dem Wertverhältnis, das Herr von Wedell ausgeführt hat, sondern zunächst auf dem Umstande, daß bei uns Erze und Kohlen nicht in der Nähe zusammen liegen wie in England und in anderen Ländern; ferner und vor allen Dingen aber auf dem Prinzip der Gegen-

seitigkeit mit dem Ausland. Ja, wenn uns die Gegenseitigkeit seitens des Auslandes gewährt würde, so würde ich auch heute noch trotz all der Argumente, die ich vorgeführt habe, für Zollfreiheit des Roheisens stimmen.

Nun, meine Herren, hinsichtlich der Maschinen wird mir Herr von Wedell zugeben, daß das Ausland ganz ähnliche Verhältnisse hat, wie sie die Vorschläge der verbündeten Regierungen enthalten, und es dem Ausland nicht im Traum einfällt, Maschinen mit demselben Zoll in Prozenten des Wertes zu belegen wie Roheisen oder andere minderwerte Fabrikate. Das ist faktisch ganz unmöglich.

Die besten Zeugen für mich sind die deutschen Maschinenfabrikanten selbst, denen es gar nicht eingefallen ist, gegen den Roheisenzoll von 1 Mark vorzugehen, sondern welche zufrieden sind, wenn die Tarifvorlage angenommen wird, wie sie die Regierung uns vorgelegt hat.

Das hat mich aber doch erstaunt, daß — die Landwirte möchte ich nicht sagen, aber Herr von Wedell und der Landwirtschaftsrat, — denn die Landwirte selbst stehen nicht ganz auf seinem Standpunkte, —

(Heiterkeit)

daß der Landwirtschaftsrat eine so außerordentliche Fürsorge für die Maschinenfabrikation entwickelt.

Meine Herren, 1873 war ich beteiligt an der Redaktion des Amendements Varnbühler, und da haben wir vorgeschlagen, den Stabeisenzoll auf 10 Silbergroschen herabzusetzen, den Maschinenzoll aber auf 12½ Mark zu lassen. Das schien uns durchaus notwendig, weil im Zoll von 12½ eigentlich nichts enthalten war als der Zoll auf das in den Maschinenfabriken verbrauchte Material, wenn man den Abgang berücksichtigt.

Meine Herren, das wurde uns gerade vom Standpunkt der Herren vom Landwirtschaftsrat am entschiedensten bekämpft und schließlich vom Regierungstisch aus konstatiert, daß das an sich sehr verständig wäre; aber das Interesse der Land-

wirtschaft verlange es, daß die Maschinen, wenn nicht gerade zollfrei, aber doch mit keinem Pfennig höher belegt werden als das Materialieneisen, da die Landwirtschaft an der Zollfreiheit der Maschinen ein viel größeres Interesse hätte als an dem Eisen selbst. Damals verlangten wir in aller Bescheidenheit nur eine Erhöhung von 25 Prozent für die Maschinenfabrikation.*) Hier schlägt die Regierung nun vor, der Zoll auf Maschinen soll nur 100 Prozent höher sein als für das Material- resp. Roheisen, und selbst das genügt den Landwirten jetzt nicht. Wenn Sie übrigens durchaus höhere Maschinenzölle haben wollen, dagegen habe ich nichts, das läßt sich noch überlegen!

(Heiterkeit rechts.)

Nun, meine Herren, möchte ich nicht eingehen auf alle die verschiedenen Rechnungen, die seitens einiger, wie ich glaube, irregeleiteter landwirtschaftlicher Vertreter gemacht worden sind über die große Bedeutung, die der Eisenzoll für die Landwirtschaft habe. Herr von Wedell, der diesmal außerordentlich maßvoll gesprochen, hat doch auch wieder von ruinierter Landwirtschaft gesprochen in Beziehung auf die Eisenzölle. Ich will auf das alles jetzt nicht näher eingehen und nur Herrn von Maltzahn daran erinnern, daß, wenn er eine Rechnung aufstellt, wonach die Wiedereinführung der Eisenzölle, also die Annahme der Regierungsvorlage, für die Landwirtwirtschaft 6 Prozent der Grundsteuer repräsentiert, daß ich das für sehr hoch halte; er wird mir aber zugeben, daß, wenn die 6 Prozent richtig sind, es bei Roheisen sich höchstens um 3 Prozent handeln kann. Diese 3 Prozent machen auf 40 Millionen Mark Grundsteuer, die in Preußen bezahlt werden, 1 200 000 Mark, und die auf das Reich übertragen, würde rund die Summe**) von 2 Millionen Mark geben. Also, meine Herren, die äußerste Behauptung der Herren ist die, daß die Wiedereinführung der Eisenzölle den Grundbesitz um 2 Millionen Mark jährlich im ganzen Deutschen Reich belastet. Ich

*) Im Text steht „Maschinenfabrik".
**) S. 1250.

sollte doch denken, die Budgetberatungen seit 4 Jahren müßten Ihnen zur Genüge den Beweis geliefert haben, daß die Frage, ob Handel und Verkehr, die Erwerbstätigkeit blühend oder nicht ist, mit Summen rechnet, die bis 20, 30, 40, 50 Millionen hineingehen, gegen welche die 2 Millionen Mark aber total verschwinden. Meine Herren, wenn ich eine Gegenrechnung machen und Ihnen sagen wollte, was die Getreidezölle für die Industrie bedeuten, so würde ich zu sehr viel höheren Beträgen kommen, ich würde beweisen, daß es sich da nicht um 2 Millionen Mark handelt, sondern in der Tat um ganz andere Summen, um welche die Industrie belastet würde, wenn überhaupt eine Belastung stattfindet.

(Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, ich bin eben der Ueberzeugung, daß weder die Industrie belastet wird durch die landwirtschaftlichen Zölle noch die Landwirtschaft durch die Industriezölle, ich meine, die produktive Erwerbstätigkeit im ganzen Lande sollte sich über solche Dinge nicht streiten, sondern sich auf den Boden stellen, daß sie sagt: der Grundsatz ist falsch, daß es dem ganzen Lande schlecht geht, wenn es dem einzelnen gut geht, sondern umgekehrt der Grundsatz ist richtig, der in Frankreich stets gegolten hat: wenn es jedem einzelnen gut geht, so geht es allen gut.

(Sehr gut! — Heiterkeit.)

Meine Herren, ich glaube, daß wir allen Grund haben, gegenüber der Koalition, die zwischen den kosmopolitischen Freihändlern und den einseitigen Interessen des Seehandels besteht, alle übrigen Erwerbstätigkeiten — und das ist ja die große Majorität im Lande — zusammenzuschließen, um gegen diese Koalition vorzugehen, um diese Koalition endlich zu besiegen.

(Bravo! rechts.)

Das aber muß ich den Herren sagen, daß, wenn überhaupt auf diesem Boden vorgegangen werden soll, daß dahier speziell beim Roheisen eine Herabminderung des Zolls in keiner Weise

den Zweck erreichen kann, der erreicht werden soll. Ich muß übrigens gegen die Auffassung protestieren, die zwar noch nicht ausgesprochen worden ist, die aber ganz unzweifelhaft noch ausgesprochen werden wird — ich kenne ja meine Herren Gegner, —

(Heiterkeit)

daß es sich hier um ein Kaufgeschäft handelt, was zwischen Industrie und Landwirtschaft abgeschlossen sei, als ob es sich gewissermaßen um eine Art Bestechung handle, die wir an den Herren Agrariern und die Herren Agrarier an uns ausgeübt hätten.

Meine Herren, ich muß dem ganz entschieden entgegentreten. Es handelt sich bei der Frage ganz einfach darum: ist die Industrie in der Lage, bei wiederhergestellter Konsumtionsfähigkeit die Einführung oder eine Erhöhung des Roggenzolles — auf 5 Sgr. pro Zentner zu vertragen oder nicht? Und da sage ich Ihnen ganz einfach, meine Herren, daß es für die Industrie und speziell für die industriellen Arbeiter viel wichtiger ist, daß die betreffenden Arbeiter wieder etwas und mehr verdienen,

(sehr richtig! rechts)

und zwar in Groschen, als daß sie um Pfennige oder deren Bruchteile ihre Lebensbedürfnisse teurer bezahlen. Meine Herren, diese 5 Groschen Roggenzoll bilden in maximo nach meiner Rechnung 2 Pf für den Konsum pro Tag einer Arbeiterfamilie von vier Köpfen. Meine Herren, wenn ich der Ueberzeugung wäre, daß nicht bloß bei der Eisenindustrie, sondern auch bei anderen Industriezweigen der Lohn pro Tag um nicht mehr als 2 Pf in die Höhe gehen würde, so würde ich sagen: diese ganze Zollfrage ist nicht des Geschreies wert, das darüber erhoben wird.

(Bravo!)

Ich bin überzeugt, daß die Hungerlöhne, die wir heute vielfach in der Industrie haben — ich habe darüber bisher nicht gesprochen, aber das glaube ich doch nachholen zu müssen,

daß ich konstatiere, daß unsere Löhne unter den Stand von 1869 heruntergegangen sind, und das sind heutzutage Hungerlöhne bei dem Preise der heutigen Lebensbedürfnisse, — also, ich sage, daß ich der festen Ueberzeugung bin, daß durch die Inaugurierung der neuen wirtschaftlichen Politik der Wohlstand und die Erwerbsfähigkeit in einer Weise zunehmen wird, daß wir es mit einer Erhöhung der Löhne groschenweise zu tun haben werden, und daß es dem gegenüber nicht darauf ankommen kann, ob die Lebensmittel der Arbeiter um eine Kleinigkeit teurer werden. Meine Herren, ich habe ein so warmes Herz für die Arbeiter wie irgend jemand und glaube das auch tatsächlich bewiesen zu haben, aber mein Gewissen in der Beziehung ist vollständig klar, wenn ich sage, daß kein industrieller Arbeiter in ganz Deutschland da ist, dem durch die Einführung der Getreidezölle zu nahe getreten wird, aber in viel höherem Maße glaube ich sagen zu dürfen, es gibt keinen Landwirt, dem durch die Wiedereinführung des Roheisenzolles von 5 Groschen zu nahe getreten wird.

(Sehr gut!)

Meine Herren, ich weiß ja nicht, ob es mir gelungen ist, Sie von der Notwendigkeit des Zolles von 5 Sgr. pro Zentner für Roheisen zu überzeugen, aber die Ueberzeugung lassen Sie mich wenigstens hier betonen, daß ich nach gewissenhafter Prüfung der Ansicht bin, daß ein Zoll, der geringer ist als der von 5 Sgr., gegenüber der heutigen Technik absolut keinen Wert hat. Wenn Sie einen derartigen Zoll einführen, — und ich weiß, daß sehr viel wohlmeinende Personen im Hause dazu geneigt sind — so retten Sie die Eisenindustrie nicht, Sie geben aber unseren Gegnern die Waffe in die Hand, daß sie uns im nächsten Jahr sagen werden: Seht ihr, ihr habt euern Willen gehabt, und es hat euch doch nichts genützt.

Ich bitte Sie deshalb, nehmen Sie die Regierungsvorlage an, reparieren Sie dadurch die schweren Schäden, welche die frühere Gesetzgebung einem bis dahin blühenden Erwerbs-

zweige zugefügt hat, und ermöglichen Sie es diesem Erwerbszweige, die tief eingreifenden und kostspieligen Umwandlungen vorzunehmen, welche die neuesten Fortschritte der Technik ihm mit gebieterischer Notwendigkeit auferlegen.*)

(Bravo! rechts.)

Nach Stumm sprach Eugen Richter. Nach Schluß der Erörterung führte Bamberger in persönlicher Bemerkung aus, die ihm von Stumm nachgewiesenen Irrtümer seien durchaus untergeordneter Art gewesen. Außerdem sei Stumm „bis an die Grenzen des persönlich erlaubten in seiner Agression" gegangen. Stumm antwortete ihm ebenfalls in persönlicher Bemerkung.

Abgeordneter Stumm**): Ich muß es dem Hause überlassen, zu entscheiden, ob die Punkte, in welchen ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger Irrtümer nachgewiesen habe, in der Tat so unbedeutender Natur sind, wie er sie hingestellt hat; er hat hier solche auch aufrecht erhalten, und deshalb halte ich es auch für notwendig, die betreffenden Stellen aus dem stenographischen Bericht vorzulesen, wie ich ihn erhalte.

Was die Höflichkeit anbelangt, so kann ich dem Herrn Abgeordneten versichern, daß ich mich bemüht habe, so höflich zu sein, wie es mir nur irgend möglich war.

(Große Heiterkeit.)

Das Ergebnis des Tages war die Annahme des Zolles auf Roheisen und Brucheisen von 1 Mark auf 100 Kilogramm.

---

*) Im Text „auferlegte".
**) S. 1268.

Siebenundvierzigste Sitzung
Sonnabend, den 17. Mai 1879

Zoll auf Schmiedeeisen und Eisenwaren

Sonnabend, den 17. Mai, erfuhr die zweite Beratung desjenigen Teiles des Zolltarifes, welcher der Beratung in der Vollsitzung vorbehalten worden war, ihre Fortsetzung. Nr. 6 b—e Eisen und Eisenwaren füllten noch die ganze Sitzung aus. Position 6 b lautete:

6 b. Schmiedbares Eisen (Schweißeisen, Schweißstahl, Flußeisen, Flußstahl) in Stäben mit Einschluß des fassonierten, Radkranzeisen, Pflugschareneisen, Eckeisen und Winkeleisen, Eisenbahnschienen, Eisenbahnlaschen, Unterlagsplatten und Schwellen, 100 kg 2,50 Mark.
Luppeneisen, noch Schlacken enthaltend; Rohschienen, Ingots 100 kg 1,50 Mark.

Dazu lagen folgende drei Zusatzanträge vor:

Ein Zusatzantrag von Wedell-Malchow (Nr. 169 b), der jedoch durch die Annahme des Roheisenzolles von 1 Mark am 16. Mai gegenstandslos geworden war und daher zurückgezogen wurde;

ein Zusatzantrag Dr. Klügmann und Schlieper (Nr. 179), welcher der Position 6 b folgende Anmerkung hinzufügte: „Schwedisches gewalztes Holzkohleneisen von 4,5 mm bis 15 mm quadrat und rund und von 6 mm mal 4 mm bis 15 mm mal 14 mm flach: frei“;

und ein Zusatzantrag Dr. Delbrück (schriftlich), welcher zu Position 6 b hinzufügte: „Schmiedbares Eisen in Stäben, für Kratzendrahtfabriken gegen Erlaubnisschein unter Kontrolle: 100 kg 0,50 Mark.“

Nach einem Redekampf zwischen Delbrück und dem Regierungskommissar Burchard und einer allgemeinen Rede von Kayser versuchte Schlieper, Burchards grundsätzliche Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Zusatzantrages Klügmann-Schlieper zu widerlegen. Ihm folgte Stumm.

Abgeordneter Stumm*): Ich denke, meine Herren, dem Herrn Vorredner ist es nicht gelungen, die Einwendungen des Herrn Regierungskommissarius**) zu entkräften. Es wäre praktisch fast unmöglich, die Zollvorschrift zu erlassen, welche zur Ausführung des Antrags des Herrn Dr. Klügmann nötig werden würde,***) auch scheint es mir selbst einem verhältnismäßig so geringen Quantum der Einfuhr gegenüber untunlich, das System der Ursprungszeugnisse einzuführen. Endlich wäre es ganz ungerechtfertigt, wenn speziell das weichere Material, das direkt aus Schweden kommt, anders behandelt werden soll als das schwedische Rohmaterial, das, wie es ja auch vorkommt, in England und anderen Ländern weiter verarbeitet werden soll. Ich glaube, das ist ein Widerspruch, aus dem wir nicht herauskommen.

Ich habe nun das Wort hauptsächlich deshalb erbeten, weil die Herren eine Apostrophe an mich gerichtet haben,****) die dahin lautete, ich hätte gestern selbst konstatiert, daß eine ganze Reihe von der Kleinindustrie angehörigen Gewerbszweigen schwedisches Eisen bedürfe. Meine Herren, es ist mir nicht eingefallen, das zu behaupten; allerdings habe ich dem Herrn Abgeordneten Bamberger gestern entgegengehalten, daß speziell für die Kratzendrahtfabrikation schwedisches Eisen notwendig sei, ich bestreite aber ganz ausdrücklich, daß für irgend einen anderen wesentlichen Teil der Kleineisenindustrie schwe-

*) S. 1284.

**) Geheimer Regierungsrat Burchard.

***) Im Text fehlt „würde".

****) Dr. Klügmann hatte gesagt: „obwohl ja der Herr Abgeordnete Stumm gestern selbst zugegeben hat, daß für eine ganze Reihe von Kleinindustrien das schwedische Stabeisen auch in Zukunft unentbehrlich ist."

disches Eisen notwendig wäre oder in erheblichen Quantitäten verwendet würde. Meine Herren, der Gegensatz zwischen Großindustrie und Kleinindustrie stellt sich auch hier wieder ganz entschieden zu gunsten des Zolles auf schwedisches Eisen. Die Holzkohlenhochöfen, die in Deutschland mit dem schwedischen Roheisen konkurrieren, gehören in dieselbe Kategorie von kleineren Betrieben, wie ich sie gestern bei Gelegenheit der Beleuchtung des Gießereibetriebes vorgeführt habe, und die Hufnagelschmiede konkurrieren auch wieder mit deutschem Material gegen das schwedische Material, welches vorzugsweise in Fabriken verarbeitet wird. Es haben ja die Herren Antragsteller selbst hervorgehoben, daß die bekannte Fabrik in Neustadt-Eberswalde das schwedische Eisen nicht glaubt entbehren zu können, um ihre Hufnägel im Wege des Fabrikbetriebes herzustellen. Lassen Sie also dieser Fabrik das Eisen in den bezeichneten Dimensionen zollfrei ein, so werden die Handhufnagelschmiede, die wie in Süddeutschland fast ausschließlich inländisches Material verwenden, diese kleinen Handhufnagelschmiede werden gegenüber dem Fabrikbetriebe vollständig unkonkurrenzfähig. Also, meine Herren, gerade im Interesse der Kleinindustrie, sowohl was die Holzkohlenhochöfen, als was die Handnagelschmiede anlangt, bitte ich Sie dringend, dieses Privilegium, das der Herr Abgeordnete Klügmann für zwei oder drei Fabriken einführen will, abzulehnen.

Was die Kleineisenindustrie anbetrifft, die, abgesehen von diesen paar Fabriken, besteht, so glaube ich, — ich habe das statistische Material hier nicht zur Hand — aber das glaube ich fest behaupten zu können, daß die 5 Prozent der Eisenwaren, die in Remscheid aus schwedischem Eisen oder überhaupt aus fremdem Eisen hergestellt werden, vollständig verschwinden und keine Bedeutung haben gegenüber der Fabrikation im allgemeinen.

Was allerdings den Kratzendraht anbelangt, so begegne ich mich vollständig mit den Wünschen, die der Herr Ab-

geordnete Delbrück zu gunsten dieses Industriezweiges ausgesprochen hat, und es handelt sich für mich nur darum: auf welchem Wege soll den Leuten geholfen werden, entweder auf dem Wege, den Herr Delbrück vorschlägt, oder auf dem, den Herr Dr. Hammacher*) und ich vorgeschlagen haben? Unser Antrag ist allerdings erst zu einer späteren Position**) gestellt, und ich weiß nicht, ob ich jetzt schon darüber diskutieren darf, aber ich lege darauf auch keinen besonderen Wert. Es ist mir persönlich ziemlich gleichgiltig, in welcher Weise den Leuten geholfen wird, und ich glaube, es ist dies auch von wirtschaftlichem und finanzpolitischem Standpunkte aus gleichgiltig, denn es handelt sich bei der ganzen Frage nur um ein Quantum von im ganzen 5 000 Zentnern Kratzendraht, der überhaupt im Inlande heute verarbeitet wird. Nun, meine Herren, gestatten Sie, daß diese 5 000 Zentner Kratzendraht, oder vielmehr das Rohmaterial zu den 5 000 Zentnern Kratzendraht zu den ermäßigten Zollsätzen des Herrn Delbrück hereinkommen, oder führen Sie einen besonderen erhöhten Zollsatz für dünnen Draht ein, wie wir es vorschlagen, so kommt das ziemlich auf dasselbe hinaus. Ich glaube, nur Schönheitsrücksichten können uns dafür bestimmen, welchen von beiden Wegen wir zu wählen haben.

Ich möchte den von uns gemachten Vorschlag deshalb empfehlen, weil er sich in die ganze Oekonomie des Tarifs besser einfügt, und weil, wie der Herr Regierungskommissar bereits richtig hervorgehoben hat, es doch bedenklich sein würde, zu gunsten eines einzigen Industriezweiges ein ganz neues Prinzip in den Zolltarif einzuführen.

Das ist für mich der Grund, weshalb ich gegen das Amendement Delbrück stimmen werde; ich würde aber auch nicht unglücklich sein, wenn das Haus demselben beitreten würde.

---

*) Der Antrag Hammacher zu 6 d (Draht) wurde vor der Abstimmung zurückgezogen; der Antrag Stumm bezog sich auf 6 e (Eisenwaren).

**) Im Text steht „Petition".

Nach Stumm hielt der Abgeordnete Sonnemann eine große Freizöllnerrede gegen den Roheisenzoll, der bereits am 16. Mai in zweiter Beratung angenommen worden war. Stumm lenkte demgegenüber wieder in die sachliche Erörterung der Einzelberatung von 6 b—e ein.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, es ist nicht meine Absicht, auf alles das zu antworten, was der Herr Vorredner uns hier vorgeführt hat. Ich glaube, er hat ganz einfach eine Rede reproduziert, die er sich vorgenommen hatte, gestern zu halten. Ich meinerseits möchte die Geduld des Herrn Präsidenten und des Hauses nicht in dem Grade herausfordern, wie der Herr Vorredner das getan hat. Ich glaube, daß kein Sachverständiger in diesem Hause, ich möchte sagen, kein Mitglied in diesem Hause ist, welches den Verhältnissen einigermaßen näher steht, das mir darin entgegentritt, wenn ich behaupte, daß der Herr Abgeordnete nicht bloß nicht einen einzigen Punkt meiner gestrigen Ausführung widerlegt hat, sondern daß er den größten Teil davon absolut mißverstanden hat. Ich möchte ihm deshalb raten, daß er diese Rede in aller Muße in den nächsten Wochen gehörig durchstudiere; dann finden wir uns ja in der dritten Lesung wieder, und dann wird er nicht verhindert sein, zur Widerlegung meiner gestrigen Ausführungen noch mehr vorzubringen, als er es heute schon getan hat. Das muß ich aber jetzt schon sagen, daß, wenn er glaubt, daß er meine aus tiefinnerster Ueberzeugung ausgesprochene Ansicht über das die ganze deutsche Eisenindustrie, sogar die ganze Eisenindustrie der Welt, die sich seit vier Wochen mit nichts anderem beschäftigt, umwälzende Entphosphorungsverfahren und dessen Konsequenzen, wenn er glaubt, daß er das, was ich darüber sagte, einfach widerlegen könne mit einem beliebigen Zeitungsartikel aus der „Times", der viel älter ist als die neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiet, so ist das eine sehr billige Argumentation, ganz abgesehen

*) S. 1289.

davon, daß der Artikel der „Times" nicht einmal im Gegensatz zu meinen Ausführungen steht.*)

Wenn Herr Sonnemann meint, es ist doch wunderbar, daß die Regierung jetzt einen Zollsatz von 12½ Groschen — das ist das einzige, was er überhaupt zur Sache gesprochen hat, hier vorschlägt, während die Herren von Varnbühler und Genossen seinerzeit den Kompromiß auf grund von zehn Groschen gemacht haben, so meine ich, daß das seinen sehr einfachen Grund hat. Die 10 Groschen waren eben basiert auf den Wegfall des Roheisenzolles, und die 12½ Groschen sind basiert auf einen Roheisenzoll von 5 Sgr. pro Zentner. Die Differenz zwischen Roh- und Stabeisenzoll beträgt also genau so viel, als die freihändlerischen Minister Achenbach und Camphausen seinerzeit als Ausgleichungsabgabe vorgeschlagen hatten. Die Herren auf der anderen Seite des Hauses haben wiederholt zugegeben, daß das eine außerordentlich gemäßigte Vorlage war, und daß sie sehr unrecht taten, sie damals abzulehnen. Darüber kann also wahrlich kein Zweifel sein, daß ein Zoll von 12½ Sgr. pro Zentner für Stabeisen ein geringer Satz ist gegenüber dem angenommenen Roheisenzoll von 5 Sgr. pro Zentner.

Meine Herren, ebenso steht es mit der Behauptung des Herrn Vorredners, daß diese von der Regierung vorgeschlagenen 25 Mark pro Tonne bis zu 25 Prozent des Wertes**)

---

*) Ein Aufsatz der „Times" vom 12. April 1879. In demselben wurde dargetan, daß England unter den sechzehn Millionen Tonnen Erzen, die es erzeugt, nur 2,5 Millionen Tonnen Erze hätte, die weniger als 2 v. H. Phosphor enthielten, die übrigen 13,5 Millionen Tonnen enthielten mehr als 2 v. H.

**) Sonnemann hatte gesagt: „Der Abgeordnete Stumm hat uns allerdings gestern eine Berechnung vorgelegt, wonach bei Roheisen der Zoll 12,5 Prozent des Wertes ausmacht. Diesen Satz hat er aber ermittelt aus einer Durchschnittsberechnung der letzten zehn Jahre, innerhalb deren ja auch die kolossalen Schwindeljahre liegen, während welcher das Eisen den dreifachen Preis wie heute kostete. Ich meine aber, ein so sachverständiger und

gehen. Meine Herren, ich brauche Sie nicht erst aufzufordern, das erste beste Handelsblatt in die Hand zu nehmen, so werden Sie sehen, daß das absolut unrichtig ist, auch abgesehen davon, daß es sich hier um einen Durchschnittswert handelt.

Der Herr Vorredner hat mir in dieser letzteren Beziehung allerdings vorgehalten, daß ich bei einer anderen Gelegenheit beim Roheisen den Durchschnitt unrichtig gezogen hätte, weil ich die letzten zehn Jahre herausgegriffen habe, — meine Herren, da ziehen Sie doch den Durchschnitt in jeder beliebigen anderen Periode, nehmen Sie zehn Jahre vorher oder zehn Jahre noch früher, immer werden Sie auf noch höhere Roheisenpreise, also auf niedrigere Prozentsätze als ich kommen. Also trotz der Schwindeljahre, welche hinein fallen, ist meine Rechnung in bezug auf den Prozentsatz, den der Roheisenzoll zum Werte einnimmt, die*) höchste, die*) überhaupt genommen werden kann, wenn man von einem zehnjährigen Durchschnitt ausgeht; daß man aber überhaupt einen Durchschnitt annehmen muß, kann doch der Herr Vorredner nicht einmal bestreiten.

Nun, meine Herren, meint der Herr Vorredner, die ganze Debatte beweise, wie schwierig die vorliegende Angelegenheit sei, welche ungeheure Konsequenzen die Einführung eines Zolles auf Roheisen und Stabeisen hervorrufe. Ich sage im Gegenteil: Bei einer solchen Komplikation, wie sie bei der Eisenindustrie vorliegt, kann es kein besseres Zeugnis für die Sachkenntnis der Tarifkommission und der Regierung geben, als daß nicht mehr Petitionen vorliegen. Trotz des Tausends

---

erfahrener Mann wie Herr Stumm müßte sich sagen, daß derjenige, der heute das Material zu verwenden hat, nicht fragt, wie hoch der Durchschnittspreis der letzten zehn Jahre ist, sondern, was das Material jetzt kostet. Nach dem jetzigen Preise finde ich auch diese Position mit 2,50 Mark außerordentlich hoch; sie repräsentiert auf grund der Enquete für den Hauptartikel, um den es sich handelt, für Schienen, nicht weniger als 20 bis 24 Prozent des Wertes."

*) Im Text steht „der".

von Verschiedenheiten in den einzelnen Branchen haben wir vielleicht ein Dutzend Petitionen im höchsten Falle erhalten, und dazu kommen noch 2 bis 3 in diesem Hause gestellte Anträge. Wie Sie zugeben müssen, beziehen sich dieselben auf prinzipiell untergeordnete Dinge. Meine Herren, wenn die Sache so liegt, sollte man sich über die Zahl der Petitionen nicht wundern, sondern anerkennen, daß diese wenigen Petitionen den besten Beweis für die Sachkenntnis der Regierung bilden.

Was die Behauptung anbelangt, daß ich hier wieder die große Industrie vertrete, so möchte ich Sie mahnend an die Enquete erinnern, wo Sie überall, wenn davon die Rede war, finden werden, daß in der Tat die kleinen Hufnagelschmiede vorzugsweise deutsches Eisen verarbeiten, während die großen Fabriken schwedisches Eisen verwenden, und wenn heute eine Petition von einigen süddeutschen Hufnagelschmieden eingegangen ist, die das Gegenteil zu behaupten scheint, so kommt das der großen Mehrheit gegenüber nicht in betracht. Ich glaube, daß ich allein mehr Nageleisen produziere, als die Einfuhr von schwedischem Nageleisen beträgt. Ich will Ihnen aber noch das Zeugnis eines Herrn verlesen, den Sie allerdings etwas perhorreszieren, den Sie aber doch gewiß nicht als parteiisch hinstellen können; es ist der Konsul Scheele in Stettin, er sagt auf Seite 557 des Enqueteprotokolls *) auf die ausdrückliche Frage, wie es mit dem Import des schwedischen Hufnageleisens stehe. Er gibt die Quantitäten an, fügt hinzu, daß ein großer Teil davon nach Oesterreich weiter gehe, und sagt dann:

> Die Hufnägel aus schwedischem Eisen werden fabrikmäßig angefertigt, billiger, als die Nagelschmiede liefern können, und ist letzteres Handwerk im Absterben.

Das stimmt nicht bloß mit meinen persönlichen Erfahrungen **)

---

*) 31. Vernehmung. Bd. II. S. 537 von Stumms Reden.

**) S. 1290.

überein, sondern auch mit den Aussagen anderer, namentlich süddeutscher Sachkundiger in der Enquete, und bestätigt, daß hinsichtlich der Fabrikation von Hufnägeln aus schwedischem Material und von Hufnägeln aus deutschem Material ein Gegensatz zwischen Groß- und Kleinindustrie besteht. In der Beziehung habe ich übrigens den Abgeordneten Klügmann gar nicht mißverstanden, ich weiß sehr wohl, daß er der entgegengesetzten Auffassung und der irrtümlichen Ansicht ist, daß er in diesem Fall den Kleinbetrieb vertritt, während ich den Großbetrieb vertrete. Ich habe ihn also nicht mißverstanden, sondern ich habe nur nachgewiesen, daß ich im Recht und er im Unrecht ist.

Nach einer Rede Richters wurde die Erörterung geschlossen, und Stumm erhielt das Wort zur persönlichen Bemerkung. Richter hatte gesagt: „Der Herr Abgeordnete Stumm fährt fort, zu behaupten, das Inland könne schwedisches Eisen entbehren, das komme alles nicht in betracht, die ganze Kleineisenindustrie brauche höchstens 2 Prozent ihres Materials an schwedischem Eisen. Er liest uns von irgend einem Mittelsmann in Stettin etwas vor, während es ihm viel näher gelegen hätte, die Aussagen vorzulesen von demjenigen Sachverständigen, den er hat berufen lassen in der Enquetekommission als Sachverständiger in der Kleinindustrie, von dem Herr Mannesmann in Remscheid. Was sagt nun Herr Mannesmann? Er sagt: „Alle fertigen Fabrikate können wir ebensogut machen wie die Engländer", aber, sagt er, „wir haben nicht vollständig das Material dazu im Inland, wir müssen das Material teilweise aus dem Auslande beziehen. Unsere Firma verwendet schwedisches Eisen und steierischen Rohstahl." Und da setzt nun Herr Stumm zu, wie er das immer sehr geschickt verstanden hat: „Würden Sie beispielsweise bei einem Zoll von 1 Mark pro Zentner weniger schwedisches Eisen beziehen?" Mannesmann sagt: „Wir können es nicht entbehren." Und als Herr Stumm weiter fragt, antwortet Mannesmann noch bestimmter: „Wir können wegen des Zolles nicht ein Pfund weniger beziehen." Diese Bemerkungen bezogen sich auf die siebente Vernehmung der Enquete, Stumms Reden, Bd. II, S. 109. Richter schob dabei Stumm eine Frage unter, die dieser gar nicht getan hatte, sondern die von dem Geheimen Oberregierungsrat Huber ausgegangen war. Huber hatte gefragt: „Sie werden also auch nach Einführung der Zölle

immer noch schwedisches Eisen in demselben Umfange beziehen wie jetzt?" Und darauf hatte Mannesmann geantwortet: „Wir können deswegen nicht ein Pfund weniger beziehen." Außerdem hatte gerade Mannesmann gesagt: „Ueberall wird das meiste, was wir machen, aus inländischem Eisen und Stahl hergestellt." Und als ihm der Vorsitzende den Einwurf gemacht hatte: „Aber das schwedische Eisen und der steierische Stahl?" hatte er geantwortet: „Die sind im großen ganzen doch unbedeutend." Auf diese Entstellungen mußte Stumm antworten. Offenbar schnitt ihm nur die Glocke des Präsidenten diese Möglichkeit ab.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat mich so verstanden, als ob ich den Verbrauch an schwedischem Eisen in der Kleineisenindustrie auf nicht ganz 2 Prozent angegeben hätte, und hat aus der Enquete aus meinen eigenen Fragen und ihrer Beantwortung nachzuweisen versucht, daß das Verhältnis sich auf ein Sechstel beläuft. Meine Herren, ich habe von 2 Prozent gar nicht gesprochen, ich habe das Verhältnis auf 5 Prozent veranschlagt. Es liegen mir aber in diesem Augenblicke Beweise zur Hand, woraus allerdings merkwürdiger Weise hervorgeht, daß der Verbrauch schwedischen Eisens in Remscheid viel weniger

(Glocke des Präsidenten)

und zwar ziemlich genau 2 Prozent beträgt.

Präsident: Das ist nicht mehr persönlich. Die letzte Bemerkung ist eine tatsächliche.

Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Sonnemann.

Abgeordneter Sonnemann: Herr Stumm hat behauptet, ich hätte nicht nachgewiesen, daß die Zölle 20 bis 24 Prozent des Wertes ausmachen; er hat wohl überhört, daß ich angeführt habe, daß 109 Mark als Grundpreis in der Enquete von Herrn Hoesch angegeben worden sind, und 100 Mark für englisches Eisen, das macht mindestens 20 bis 25 Prozent.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stumm.

---

*) S. 1292.

Abgeordneter Stumm: Ich will nur bemerken, daß während der Rede des Abgeordneten Sonnemann so viel Geräusch gewesen ist, daß ich nicht jedes Wort verstanden habe, aber seine letzte Ausführung kann meine an ihm geübte Kritik nur rechtfertigen.

(Glocke des Präsidenten.)

Die auf das Ende der persönlichen Bemerkungen folgende Abstimmung ergab die Ablehnung des Zusatzantrages Klügmann-Schlieper und die Annahme des Zusatzantrages Delbrück und der Position 6 b.

Am 17. Mai hatte Stumm mit Dr. Hammacher den Antrag (Nr. 183 der Drucksachen) gestellt: „Der Reichstag wolle beschließen: Position 6 d wie folgt anzunehmen:

d) Draht, auch verkupfert, verzinnt, verzinkt, verbleit, poliert und gefirnißt:

1. über 1 mm Stärke	3 Mark,
2. 1 mm Stärke und dünner	5 Mark.

Die Positionen 6 c und 6 d wurden jedoch ohne Erörterung angenommen. Sodann folgte die Beratung von 6 e 1 u. 2, grobe Eisenwaren mit 6 Mark Zoll, zu der noch zwei Zusatzanträge vorlagen, einer von Stumm und einer von Melbeck. Der Antrag Stumm wollte statt des durchgängigen Zolles von 6 Mark eine Teilung der groben Eisenwaren in drei Teile vornehmen. Die gröbsten Eisenwaren sollten 3 Mark, die mittleren 6 Mark und die feineren 10 Mark Zoll zahlen. Der Antrag Melbeck war ein Unterantrag zu dem Zusatzantrage Stumm.

Der am 16. Mai gestellte Antrag Stumm (Nr. 181 der Drucksachen) lautete: „Der Reichstag wolle beschließen, die Position 6 e (grobe Eisenwaren), in folgender Fassung anzunehmen:

1. ganz grobe:

	Mark
α) aus Eisenguß pro 100 kg	2,50
β) Eisen, welches zu groben Bestandteilen von Maschinen und Wagen roh vorgeschmiedet ist; Brücken und Brückenbestandteile; Anker, Ketten u. Drahtseile; Eisenbahnachsen, Eisenbahnradeisen, Eisenbahnräder, Puffer, Kanonenrohre, Ambosse, Schraubstöcke, Winden, Hackennägel, Schmiedehämmer, Wagenfedern, Polsterfedern, Brecheisen, Hemmschuhe, Hufeisen	3,—

γ) gewalzte und gezogene Röhren aus schmiedbarem Eisen . . . . Mark 5,—

2. grobe:

α) anderweitig nicht genannte, auch in Verbindung mit Holz . . . . 6,—

β) abgeschliffen, gefirnißt, verkupfert, verzinkt, verzinnt, verbleit oder emailliert, jedoch weder poliert noch lackiert; ebenso alle Schlittschuhe, Hämmer, Beile, Aexte, ordinäre Schlösser, grobe Messer, Sensen, Sicheln, Striegeln, Turmuhren, Schraubenschlüssel, Winkelhaken, Holz-, Schloß-, Rad- und Drahtschrauben, Zangen, gepreßte Schlüssel, Dung- und Heugabeln, Handfeilen, Degenklingen, Hobeleisen, Meißel, Tuch-, Schneider-, Hecken- und Blechscheren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge . . . . 10,—

Der Unterantrag Melbeck von demselben Tage (Nr. 181 I der Drucksachen) hatte dagegen folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen: in Nr. 6 e, Pos. 2 β des Antrags Stumm die Worte „Handfeilen bis Papiermesser" zu streichen, sodann an deren Stelle folgende neue Position einzuschalten:

Mark

α) Handfeilen, Degenklingen, Hobeleisen, Meißel, Tuch-, Schneide-, Hecken- und Blechscheren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge" . . . 15,—

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, Sie brauchen keine Besorgnis zu haben, daß ich auf die Tribüne gehe, um eine lange Rede zu halten, es ist mir nur mitgeteilt worden, daß ich von meinem Platze nicht recht vernehmlich wäre, und da ich einen großen Wert darauf lege, daß in dieser Frage, wo es sich nicht um Prinzipien handelt, sondern um ganz konkrete sachliche Fragen, meine Ausführungen wirklich an das Ohr der einzelnen Herren bringen, so habe ich diese Stelle gewählt; eine weitere Veranlassung habe ich nicht. Nun, meine Herren, möchte ich vor allen Dingen dem Vorwurf begegnen,

*) S. 1293.

als ob mein Antrag die Erhöhung der Position grobe Eisenwaren, für welche die Regierungsvorlage Ihnen 6 Mark Zoll vorgeschlagen hat, bezweckt. Ich bin der Auffassung, daß dieser Satz von 6 Mark auf ganz richtiger Sachkenntnis beruht und ein geeignetes Wertverhältnis zwischen Eisenwaren und Material enthält; aber, meine Herren, ich glaube, es ist da dem Prinzipe, die Vereinfachung im Zolltarife möglichst durchzuführen, doch zuviel geopfert worden, denn, wenn ich auch anerkenne, daß die notwendige Vereinfachung es unmöglich macht, bei jedem einzelnen Gegenstande den speziellen Wert im Gegensatz zu dem Materialwert zu untersuchen, so glaube ich doch, es gibt Grenzen, die überschritten werden können, und meiner Auffassung nach sind diese hier überschritten worden.

Ich beantrage zunächst, unter Festhaltung des eigentlichen Prinzips aus der Generalposition von 6 Mark auszuscheiden einen gewissen Teil schwerwiegender billig herzustellender Artikel, die für einzelne Industriezweige, namentlich auch für die Landwirtschaft von ganz besonderem Wert sind, und diese unter 3 Mark zurückzuversetzen, d. h. mit dem halben Zoll zu belegen, den die Regierung vorschlägt, — auf der anderen Seite aber eine Anzahl von hochwertigen, verfeinerten Waren auszuscheiden und sie in eine höhere Zollposition zu bringen, unter 10 Mark.

Meine Herren, in welcher Weise nun finanziell oder auch vom Standpunkte des Zollschutzes ein erheblicherer Effekt herauskommt, ob durch meinen Antrag oder durch die Regierungsvorlage, das habe ich nicht untersucht, das ist auch kaum zu untersuchen, weil in der Einfuhrstatistik eine Trennung der groben Eisenwaren in dem Sinne meines Amendements nicht vorliegt. Ich glaube aber nach meiner Schätzung annehmen zu dürfen, daß für die Industrie der Gesamtschutz, resp. für den Staat die finanzielle Einnahme, sich in beiden Fällen ziemlich gleich bleibt.

Meine Herren, der Grund, aus dem ich Ihnen diesen

Vorschlag mache, ist nicht bloß der, die auf diese feineren Eisenwaren basierte größere Arbeit zu schützen, sondern hauptsächlich der, die Veredlung, welche jetzt vielfach aus fremdem Halbfabrikat im Inland stattfindet, nicht leiden zu lassen; denn diese würde leiden, wenn ein Artikel, der im Inlande erst mit einem Metallüberzug bedeckt oder gefirnißt oder abgeschliffen werden soll, genau denselben Zollsatz trägt wie derjenige, der diese Veredlung bereits im Ausland erfahren hat. Sie haben vorhin widerspruchslos den Eingangszoll auf Weißblech von 5 Mark pro 100 Kilogramm angenommen. Nun gibt es ja eine Anzahl Fabriken von Kochgeschirren, die im Norden liegen und die speziell, wie sie behaupten, auf englisches Weißblech angewiesen sind und nun fürchten, daß ihnen das Weißblech um diesen Zollbetrag verteuert wird. Nun läßt sich nicht leugnen, daß die Fabriken, die Kochgeschirre aus Weißblech*) herstellen, das einen Zollsatz von 5 Mark trägt, bei Annahme von 20 bis 30 Prozent Abfall bei der Fabrikation in dem Zollschutz von 5 Mark nicht einmal dasjenige wiederfinden, was sie als Zoll für das Halbfabrikat bezahlt haben.

Ebensogut könnte ich Ihnen eine Reihe anderer Industriezweige nennen, — sie sind ja teilweise in Petitionen repräsentiert — bei denen auch keine Trennung eingeführt ist zwischen dem Rohmaterial und dem Fertigfabrikat und welche ebenfalls hinsichtlich ihrer auf Veredlung berechneten Fabrikation durch die Regierungsvorlage von erheblichem Nachteil bedroht sind. Bis 1870 ist auch die Trennung fast ganz in der von mir vorgeschlagenen Weise im Zolltarif enthalten gewesen, und auch heute noch besteht nicht bloß in Frankreich, sondern auch in Oesterreich die analoge Bestimmung, wonach die groben Eisenwaren in drei Kategorien eingeteilt sind. Bis 1870 hatten wir formell freilich nur zwei Kategorien, zu 2 Taler 20 Sgr. und 1 Taler 10 Sgr., aber das lag daran,

---

*) Im Text steht „aus Kochgeschirren Weißblech“.

daß das, was ich entsprechend der heutigen Regierungsvorlage unter die erste Kategorie der groben Eisenwaren mit 3 Mark hineingebracht habe, damals unter Materialeisen stand mit dem ganz analogen Satz; es ist das also nur eine formelle Differenz.

Ein fernerer Gegenstand meines Amendements bezieht sich darauf, daß ich eine besondere Position aus den gewalzten und gezogenen Röhren aus schmiedbarem Eisen mit 5 Mark zu machen vorschlage. Hier liegt ein ganz ähnlicher Grund vor wie bei der Weißblechfabrikation,*) nur noch in erheblicherem Maß. Diese Röhren werden gemacht teils aus gewalztem Flacheisen, teils aus Blechstreifen, also einem Material, das einen Zollsatz von 3 Mark entrichtet. Wenn Sie nun das Rohmaterial für diese sehr wichtige Fabrikation verteuern, die mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die auch noch nicht sehr alt ist in Deutschland, die nach dem alten Tarif sogar geschützt war mit demselben Zollsatz wie für die feineren groben Eisenwaren — wenn diese Industrie ihr Blech mit 3 Mark verzollen muß, so liegt es auf der Hand, daß sie durch die Abfälle und sonstigen Fabrikationsabgänge in eine ganz ungerechtfertigte Lage kommt, wenn auch ihr fertiges Fabrikat nur mit 3 Mark geschützt wird. Ich beantrage deshalb, — und ich glaube, daß da jedes Blatt der Enquete, das sich auf diesen Gegenstand bezieht, mir zur Seite steht — hier einen Satz von 5 Mark einzuführen.

Wie gesagt, meine Herren, ich glaube, daß sachliche Gründe gegen eine derartige Trennung nicht wohl anzuführen sein werden. Das Kriterium, das bei der Zollabfertigung notwendig vorhanden sein muß, ist durch die Nomenklatur, die ich in Verbindung mit einigen anderen sachverständigen Mitgliedern des Hauses gewählt habe, gewährt. Das einzige Bedenken kann hier nur sein, daß die Vereinfachung des Tarifs dadurch eine Störung erleidet; eine Zollerhöhung findet nicht statt. Wenn Sie aber diesem formalen Bedenken gegenüber nur

*) Im Text steht „den Weißblechfabriken“.

das eine entgegengehalten, daß Sie mit Annahme*) meines Amendements der Hagener und Remscheider Industrie, die mir ebenso am Herzen liegt wie irgend einem Mitgliede des Hauses, eine wesentliche Aufhilfe gewähren und auch denjenigen Elementen dort helfen, die sich durch die Einführung der Stabeisenzölle beeinträchtigt glauben — und ich glaube, es gibt allerdings eine Minderheit, die dieser Ansicht ist, — so wird es dazu beitragen, die Gemüter zu beruhigen, die Gegensätze zu versöhnen und auch dort eine einmütige Zustimmung zu der Vorlage der Regierung und zu den Beschlüssen des Hauses zu erwirken.

Nachdem der Bundesratskommissar Burchard den Grundgedanken der Anträge Stumm und Melbeck als berechtigt anerkannt und nur gebeten hatte, möglichst an dem Tarife keine Aenderungen vorzunehmen, kam Bamberger auf die Erörterung des 16. Mai zurück, und sagte: „Nur was das Weißblech betrifft, weil wir hiervon eben sprechen, muß ich bemerken, daß ich nicht gesagt habe bei einer früheren Gelegenheit, daß die Koalition wiederhergestellt sei, sondern ich habe gesagt, sie wäre bereits soweit wieder gediehen, daß die Herren sich verständigt hätten zu Preiserhöhungen und Zirkulare dahin ergangen seien; das war die Meldung, die mir von Interessenten gekommen war, und wenn gestern bemerkt worden ist, daß nicht alle Weißblechfabrikanten in der Koalition früher gewesen seien, so ist mir das allerdings ganz wohl bewußt. Ich weiß, daß Dillingen beispielsweise nicht mehr dabei ist, aber ich müßte mich sehr irren, wenn es nicht ursprünglich dabei gewesen wäre.“ Demgegenüber äußerte sich Stumm in einer persönlichen Bemerkung:

Abgeordneter Stumm**): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger ist auf eine Bemerkung, die ich gestern zu seiner Behauptung über die Koalition der Weißblechfabrikanten gemacht habe, zurückgekommen. Gestatten Sie mir, zur Aufrechterhaltung des Wortlauts meiner gestrigen Ausführung einfach das vorzulesen, was Herr Bamberger

*) S. 1294.
**) S. 1301.

in der Generaldebatte gesagt hat. Er hat sich so geäußert:

> Die wenigen Weißblechfabrikanten z. B., 6 an der Zahl, die früher Deutschland beherrschten, weil sie unter sich die Preise fixierten, weil hinter den Zollmauern der deutsche Blechkonsument ihnen die Ware abkaufen mußte, sind ihrer Sache schon so sicher, daß sie ihre Koalition wieder ins Werk gesetzt haben.

Ich meine, damit fallen die letzten Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bamberger in sich zusammen.

Es wurde dann zunächst über den Antrag Melbeck abgestimmt, welcher die Einteilung, welche der Antrag Stumm vorschlug, noch weiter ins einzelne ausführte. Er fiel, und nach ihm der Antrag Stumm. Sodann wurde die Regierungsvorlage von 6 e 1 und 2 nebst Anmerkung angenommen.

Fünfundfünfzigste Sitzung
Mittwoch, den 28. Mai 1879

Vorläufige Einführung des neuen Zolltarifs

Mitten in der zweiten Beratung des Zolltarifs wurde am 19. Mai 1879 die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die vorläufige Einführung von Aenderungen des Zolltarifs (Nr. 178 der Anlagen), begonnen. Dieselbe wurde so rasch gefördert, daß am 28. Mai, während noch die zweite Beratung des Zolltarifes andauerte, bereits die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfes stattfinden konnte.

Am 26. Mai hatten Windthorst und Dr. Hammacher den Antrag (Nr. 215 der Drucksachen) gestellt, 1. den § 1 des Gesetzes über die vorläufige Einführung von Aenderungen des Zolltarifs (Nr. 209 der Drucksachen) folgendermaßen zu fassen: „Die Eingangszölle von den in Nr. 6a (Roheisen aller Art usw.), 25 (Material- und Spezerei-, auch Konditorwaren), sowie 29 (Petroleum) des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes, vorgesehenen Gegenständen können durch Anordnung des Reichskanzlers in derjenigen Höhe in vorläufige Hebung gesetzt werden, welche der Reichstag bei der zweiten Lesung des Zolltarifgesetzes und des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Tabaks, genehmigt hat oder noch genehmigen wird"; 2. eventuell: im § 1 des aus den Beschlüssen der 15. Kommission hervorgegangenen Gesetzentwurfes — Nr. 209 der Drucksachen — Zeile 1 vor „Tabak" zu setzen: „Roheisen aller Art, Brucheisen und Abfälle aller Art von Eisen."

Dazu stellte Stumm am 27. Mai folgenden Unterantrag (Nr. 219 der Drucksachen): „Der Reichstag wolle beschließen:

1. in dem Prinzipalantrage sub 1, zweite Zeile, die Worte: „Nr. 6a (Roheisen aller Art usw.)“ zu streichen und an deren Stelle zu setzen: „Nr. 6 (Eisen und Eisenwaren), Nr. 15b (Maschinen)“;
2. in dem eventuellen Antrage sub 2, die Worte: „Roheisen aller Art, Brucheisen und Abfälle aller Art von Eisen“ zu streichen und dafür zu setzen: „Eisen und Eisenwaren (Nr. 6 des Tarifentwurfs), Maschinen (Nr. 15b des Tarifentwurfs).“

Zu dem Gesetzentwurf lag weiter ein Antrag Dr. Zinn (Nr. 226 der Drucksachen) vor, der in seiner letzten Form den § 1 des Gesetzentwurfes folgendermaßen zu fassen vorschlug: „Die Eingangszölle für Roheisen aller Art, Brucheisen und Abfälle aller Art von Eisen, für Tabak und Wein, welche durch die dem Reichstage gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwürfe, betreffend die Besteuerung des Tabaks und den Zolltarif des deutschen Zollgebietes, beantragt sind, können durch Anordnung des Reichskanzlers vorläufig in Hebung gesetzt werden.“ Ein Zusatzantrag Trautmann dazu wollte die Höhe der einstweilen zu erhebenden Zölle beschränken, und zwar für Roheisen auf 50 Pf. Eugen Richter bekämpfte denselben.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, zum ersten Mal im parlamentarischen Leben bin ich in der Lage, mich mit dem Herrn Abgeordneten Richter im Einklang zu befinden, und zwar in der Beurteilung, die er dem Antrag Trautmann hat angedeihen lassen. Ich meine dies allerdings speziell hinsichtlich des Eisens, in bezug auf Petroleum und die anderen Artikel ist es nicht meine Absicht, in die Sache näher einzugehen, weil ich glaube, daß die Reden, die wir hier pro et contra halten, gegenüber den Dispositionen der Majorität des Hauses doch nur fromme Wünsche bleiben werden. Was aber die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter über den Vorschlag des Abgeordneten Trautmann, den Roheisenzoll provisorisch mit 2½ Sgr. zu erheben, anbetrifft, so unterschreibe ich jedes seiner Worte. Meine Herren, das würde nur die Folge haben, daß wir ganz unnötigerweise

*) S. 1515.

das Rohmaterial für gewisse Fabrikationszweige, wenn auch nur für einige Wochen, verteuern, während der Zweck, den man mit der Sperrung erreichen will, absolut nicht erreicht wird.

Der Herr Abgeordnete Lasker hat bezug genommen auf die Verhandlungen, die in den einzelnen Fraktionen dieses Hauses angeblich stattfinden und die bezug haben auf die schließliche Abstimmung über die Höhe des Roheisenzolles.*) Ich will darauf nicht näher eingehen, ich stimme darin mit dem Herrn Abgeordneten Windthorst überein, daß niemand heute ein festes Urteil darüber aussprechen kann, in welcher Höhe der Roheisenzoll in dritter Lesung angenommen wird, aber darauf, glaube ich, können wir alle mit Sicherheit rechnen, daß der Roheisenzoll überhaupt auch in dritter Lesung bestätigt werden wird, und ferner darauf, daß der Roheisenzoll jedenfalls höher als 25 Pf pro Zentner normiert werden wird. Ich glaube, darüber wird kein Mitglied des Hauses zweifelhaft sein können, ich bin es wenigstens nicht, und da ich es nicht bin, so folgere ich daraus, daß die Spekulation, wenn sie auch einen Zoll von 2½ Sgr. pro Zentner während der Sperrzeit bezahlt, immerhin sicher ist, daß sie einen Teil des Zolles erspart, der später erhoben wird. Also die Spekulation würde nur in der Weise eingeschränkt werden durch den Antrag Trautmann, daß der Gewinn pro Zentner ein weniger hoher sein würde, er wird aber immer noch so stark bleiben, daß die Einfuhr von Roheisen nach wie vor eine abnormal hohe sein wird. Der Herr Abgeordnete Richter hat zwar die Gefahr der großen Einfuhr dadurch abzuschwächen gesucht, daß er uns erzählt hat, seinen Privatmitteilungen nach sei das englische Lager in Roheisen nur $^1/_6$ so stark, wie es von anderer Seite geschätzt worden sei, und er sprach von der Ziffer 1½ Millionen Tonnen oder 30 Millionen Zentner.

*) Lasker hatte gesagt, der Roheisenzoll von einer Mark sei noch abhängig vom Roggenzoll von einer Mark.

Meine Herren, ich möchte den Herrn Abgeordneten Richter fragen, was versteht er eigentlich unter englischem Lager von Roheisen? Nach seinen Anführungen aus Glasgow scheint er die gesamten englischen Vorräte zu verwechseln mit denjenigen schottischen Vorräten, die als Warrants in Glasgow lagern; das mag allerdings vielleicht $^1/_6$ alles Roheisens betragen, das in England überhaupt vorhanden ist, und insofern würden beide Rechnungen übereinstimmen, denn nicht bloß, daß in Glasgow eine ganze Menge Roheisen an den Hochöfen lagert, das nicht zu den Warrants gerechnet wird, ganz abgesehen davon, daß in Cumberland und Wales überall große Vorräte liegen, sondern vor allem ist Middelsborough heute der Hauptmittelpunkt der Roheisenproduktion Englands. Cleveland hat, wie ich Ihnen das für Deutschland bei Gelegenheit der zweiten Lesung der Eisenzölle ausgeführt habe, auch Glasgow in seiner Bedeutung herabgedrückt, und nicht Glasgow, sondern Middelsborough ist heute der maßgebende Markt für Roheisen in England.

Der Herr Abgeordnete Sonnemann hat nun die Gefahr der vermehrten Roheiseneinfuhr nach Deutschland dadurch abzuschwächen gesucht, daß er sagte, im Jahre 1873 oder 1874 sei noch mehr englisches Roheisen eingeführt worden als jetzt. Das ist zugegeben, ich habe aber bereits bei Gelegenheit der zweiten Lesung über den Roheisenzoll ausgeführt, daß damals in Deutschland bei dem Konsum von Roheisen per Kopf nicht genug Roheisen produziert worden und daß darum die Einfuhr des englischen Roheisens eine Notwendigkeit und eine Wohltat gewesen sei. Das gebe ich also zu, daß in den Jahren 1873 und 1874, in der Zeit, wo wir selbst nicht genug Roheisen machten, die Einfuhr eine stärkere war, das beweist aber in der Sache gar nichts. Wenn der Herr Abgeordnete Sonnemann die Einfuhrzahlen pro April aufgeführt hat für das Roheisen, welches nach englischen Berichten direkt nach Deutschland und nach Holland eingeführt worden sei, so bemerke ich darauf: erstens hat der Herr Ab-

geordnete Sonnemann selbst zugegeben, daß in dieser Zeit 600 000 Zentner, wenn ich nicht irre, mehr eingeführt worden seien als im Vorjahr. Dann hat er aber*) ganz vergessen, daß Antwerpen der Hauptimportplatz von englischem Roheisen für den ganzen Oberrhein und Elsaß-Lothringen ist und daß über Antwerpen ganz bedeutende Quantitäten hereingehen, die er nicht mitgerechnet hat. Ich kenne die Importzahlen von Antwerpen auch nicht ganz genau pro April, ich will aber den Herrn Abgeordneten Sonnemann darauf aufmerksam machen, daß nach einem mir vorliegenden Briefe eines zuverlässigen Gewährsmannes, dessen Namen ich nennen könnte, in Emmerich, also über Holland, eingeführt worden sind im Monat April 1879 787 000 Zentner gegen 290 000 Zentner im April 1878. Also in Emmerich ist im letzten Monat April das dreifache Quantum Roheisen eingeführt worden wie im vorigen Jahre. Der Brief steht zur Disposition für alle die Herren, die ihn haben wollen, und ich glaube, der Gewährsmann wird mich jedes weiteren Beweises überheben, daß die Zahlen richtig sind.

Nun sagt der Herr Abgeordnete Dr. Lasker: an sich wäre ich ja geneigt, der Gefahr der Umgehung des einzuführenden Roheisenzolls für die nächste Zeit dadurch zu begegnen, daß ich hier Remedur eintreten lasse, aber die Ungewißheit, in welcher Höhe der Zoll später**) eingeführt wird, hält mich davon ab. Nun sollte ich denken, daß der Herr Abgeordnete Lasker seine Bedenken dadurch könnte beseitigen lassen, daß er sich vergegenwärtigt, daß die Differenz, welche bestehen bleibt zwischen dem jetzigen Sperrzoll und dem später definitiv einzuführenden Zoll, ja zurückgezahlt wird. Wäre die Sache umgekehrt, führten wir einen niedrigen provisorischen Zoll ein und später einen höheren Zoll definitiv, dann wäre seine Befürchtung allerdings begründet. Aber ich glaube, keiner

*) Im Text steht „eben".
**) S. 1516.

von Ihnen denkt daran, einen höheren Roheisenzoll als den bereits in zweiter Lesung angenommenen zu beantragen. Ich weiß nicht, ob die Herren glauben, es würde vielleicht*) von unserer Seite geschehen; ich meinerseits habe nicht die Absicht dazu. Ich glaube, dazu liegt auch sonst in keiner Weise eine Gefahr vor. Aber das erkläre ich auch für meine Person, mit Bewilligung dieses Sperrgesetzes an sich verpflichte auch ich mich nicht dazu, in dritter Lesung absolut auf 5 Groschen zu bestehen. Ich glaube, daß kein Abgeordneter mit seiner heutigen Abstimmung eine Verpflichtung in der Richtung übernimmt, sondern jeder behält sich vor, den Zoll in dritter Lesung anzunehmen, wie er ihm konveniert.

Nun, meine Herren, möchte ich Sie bitten, konform den Erklärungen, die wir vom Bundesratstisch gehört haben, es einfach bei den Beschlüssen zweiter Lesung zu belassen, natürlich vorbehaltlich der redaktionellen Amendements, die zu § 4 gestellt worden sind. So sympathisch mir auch einige von den Anträgen sind, die gestellt worden sind, namentlich der Antrag Zinn, so bin ich der festen Ueberzeugung, daß die Annahme dieser Amendements eine Konfusion hervorrufen würde, an der das ganze Gesetz scheitern könnte. Wenn ich auch wünschte, daß das Gesetz in etwas wirksamerer Fassung bewilligt würde, so enthält immerhin das Gesetz, wie wir es gestern angenommen haben, so bedeutende Vorzüge, daß ich es nicht glaube verantworten zu können, dasselbe scheitern zu lassen. Ich bitte Sie dringend, lassen Sie es bei den Beschlüssen zweiter Lesung bewenden.

In der Abstimmung fiel zunächst der Zusatzantrag Trautmann, sodann der Antrag Zinn, und darauf wurde die Regierungsvorlage angenommen.

---

*) Im Text steht „hier nicht“.

Einundsechzigste Sitzung
Dienstag, den 17. Juni 1879

Zölle auf Lokomotiven und Lokomobilen

In der zweiten Beratung des Zolltarifes kam am 17. Juni 1879 die Position 15, Instrumente, Maschinen und Fahrzeuge, zur Verhandlung. Die Gruppe b davon bildeten Maschinen, und diese waren wieder geteilt in 1. Lokomotiven; Lokomobilen; 2. andere Maschinen. Zu 15, b 1 lag ein Antrag von Wedell-Malchow vor, das Wort Lokomobilen zu streichen, Lokomobilen also mit einem niedrigeren Zolle unter „Maschinen aus schmiedbarem Eisen“ zu lassen, unter denen sie bis dahin gestanden hatten. Die Begründung dafür lag in der Bedeutung der Lokomobile für den landwirtschaftlichen Betrieb. Von Wedell-Malchow begründete seinen Antrag selbst. Die Regierungsvorlage enthielt 8 Mark Zoll für Lokomotiven und Lokomobilen. Ein Antrag Sonnemann-Löwe wollte Lokomotiven und Lokomobilen mit einem Zoll von 4 Mark auf 100 kg und andere Maschinen durchgängig mit 2 Mark auf 100 kg belegen. Ein Antrag Richter schlug für Lokomotiven und für Lokomobilen 5 Mark Zoll für 100 kg vor. Der Kommissar des Bundesrates, Geheimer Regierungsrat Burchard, bekämpfte den Antrag von Wedell-Malchow damit, daß Lokomotiven und Lokomobilen sich an Wert sehr nahe ständen und durch keine Begriffsbestimmung genau zu trennen seien.

Abgeordneter Stumm*): Ich glaube, meine Herren, der Herr Regierungskommissar hat Ihnen schon nachgewiesen, daß

*) S. 1700.

der Antrag von Wedell vom Standpunkt der heutigen Technik geradezu*) undurchführbar ist. Ich behaupte, nicht bloß kein Zollbeamter, sondern auch kein mechanischer Techniker ist imstande, Ihnen eine genaue Definition zu geben für den Unterschied zwischen Lokomotiven und Lokomobilen. Das Warenverzeichnis,**) von dem der Herr Vorredner gesprochen,***) geht allerdings ziemlich leicht darüber hinweg und hat in den letzten Jahren nur deshalb keinen Uebelstand hervorgerufen, weil die Lokomobilen wie die Lokomotiven gleichmäßig zollfrei waren; es konnte also dadurch keine Schwierigkeit entstehen. Vorher, solange noch Zölle fehlten, war der Standpunkt technisch ein ganz anderer wie heute, und die Kombination zwischen stationär wirkenden Maschinen und solchen,†) die gleichzeitig sich auf den Schienen selbständig fortbewegen können, hat damals nicht in dem Maße stattgefunden wie heute.

Die Dampfwalzen hat Ihnen der Herr Regierungskommissar bereits angeführt; ich füge dem hinzu die Koksausdruckmaschine, eine häufig in der Kohlen- resp. Eisenindustrie gebrauchte Maschine. Sie bewegt sich auf den Schienen selbst weiter, fährt hinter den einzelnen Oefen vor und drückt sie dann feststehend aus. Ja, selbst in der Landwirtschaft werden ähnliche Maschinen gebraucht. Sie haben beispielsweise Lokomobilen, die selbsttätig auf das Feld fahren und dort stationär wirken, um Dampfpflüge und andere Arbeits-

---

*) Im Text steht „gerade".

**) Das Warenverzeichnis enthielt folgende Begriffsbestimmung: „Als Lokomobilen sind alle solche transportablen Dampfmaschinen anzusehen, welche dazu bestimmt sind, teils in unmittelbarer Wirkung, teils durch Uebertragung auf andere (z. B. landwirtschaftliche Maschinen) von der Stelle aus (stationär), also als Motor (treibende Kraft) zu dienen." Danach war z. B. eine Straßendampfwalze eine Lokomotive, während sie ihrem Wesen nach zu den Lokomobilen gehört, da sie andere Arbeit als die Bewegung von Gütern nach einem Ziele verrichtet.

***) S. 1701.

†) „Und solchen" fehlt im Text.

maschinen in Bewegung zu setzen. Also, meine Herren, sind das Lokomotiven oder Lokomobilen? Ich behaupte, niemand ist imstande, das genau festzustellen.

Aber auch abgesehen von diesen technischen Uebelständen bin ich der Ansicht, daß der Herr Abgeordnete von Webell der Landwirtschaft in seinem Amendement einen sehr schlechten Dienst erweist. Ja, wenn er vorgeschlagen hätte, die Lokomobilen ganz zollfrei zu lassen, das würde ich verstanden haben; aber die Lokomobilen mit einem solchen Zolle zu belegen, der auf der einen Seite die englischen Lokomobilen, die eingeführt werden, erheblich belastet, auf der anderen Seite nicht die inländische Konkurrenz herausfordert, schärfer auf den Lokomobilenbau überzugehen, und dadurch ein Kompelle*) gegen den Zoll zu errichten, ist mir ganz unverständlich. Ich behaupte, durch die Einführung eines angemessenen Zollsatzes — und als solchen sehe ich einen Zollsatz von 8 Mark pro 100 Kilo in minimo an — wird die inländische Fabrikation von Lokomobilen, die bis jetzt auf grund der Zollaufhebung allerdings fast gänzlich geschlummert hat, wenigstens lange nicht in der Weise sich ausgedehnt hat, wie es möglich sein würde, sehr bald so weit sein, daß es nicht mehr heißt, die Lokomobilen kommen besser aus England, sondern derselbe Zustand wird eintreten wie bei den Lokomotiven, von denen wir alle wissen, daß sie in Deutschland mindestens in derselben Qualität gebaut werden als in England, während, wenn es bei dem ungenügenden Zollsatze bleibt, die Lokomotivfabriken sich nicht dieser Umwandlung unterziehen werden und Sie lediglich nur eine Belastung der Landwirtschaft hervorrufen ohne den Vorteil der inländischen Konkurrenz.

Die Wertdifferenz zwischen den beiden Gegenständen, Lokomotiven und Lokomobilen, ist so klein, — die Umwandlung der Fabrikation von Lokomotiven, die, wie Sie alle wissen, jetzt nur zum kleinsten Teile beschäftigt ist, ist so leicht auf

*) Nötigungsmittel, äußerlicher Beweggrund.

Lokomobilen zu vollziehen, daß es mit Sicherheit in Aussicht steht, daß die Einführung eines angemessenen Zolles eine sehr lebhafte Konkurrenz — qualitativ und quantitativ — des Inlandes mit dem Auslande für den Lokomobilenbau hervorrufen wird.

Ich bitte Sie also, meine Herren, den Antrag von Wedell-Malchow aus technischen Gründen wie gerade im Interesse der Landwirtschaft abzulehnen.

Was den Antrag anbelangt, der zuerst vom Herrn Präsidenten vorgelesen worden ist, — ich glaube vom Herrn Abgeordneten Rickert geht er aus*) — wenn derselbe einen Zollsatz von 4 Mark vorschlägt, so glaube ich, daß dieser Antrag beinahe undiskutierbar ist. Denn wenn Sie bedenken, meine Herren, daß wir den wesentlichsten Gegenstand, der hier in frage kommt, das Blech, bereits mit 3 Mark besteuert haben, daß außerdem noch höher versteuerte Kupferwaren zu diesen Lokomotiven und Lokomobilen notwendig sind, so werden Sie mir zugeben, daß der Zollsatz von 4 Mark noch nicht einmal die Auslagen deckt, welche die Maschinenfabrikanten auf die Zölle ihres Rohmaterials und ihrer Halbfabrikate haben.

Auch den Antrag des Herrn Abgeordneten Richter muß ich Sie bitten abzulehnen. Ich glaube, daß auch der von ihm vorgeschlagene Satz weit entfernt ist von dem Maße, welches notwendig ist, wenn überhaupt von einem wirksamen Zollschutz die Rede sein kann, und ich konstatiere, daß der Regierungsvorschlag, den Sie ja kennen, schon niedriger ist als die Zollsätze auf Lokomotiven in allen unseren benachbarten Großstaaten. Ich kann mir, da der Herr Abgeordnete Richter erst nach mir zuworte kommen wird, seine Motive nicht alle im Kopf konstruieren; ich denke mir aber, daß das einzige Motiv, welches ihn zu seinem Antrag geführt hat, die Koalition der deutschen Lokomotivfabrikanten ist, von der**) er ja be-

*) Antrag Sonnemann-Löwe-Rickert-Witte.
**) Im Text: „denen".

reits früher gesprochen hat. Nun, meine Herren, was diese Koalition selbst anbelangt, so stehe ich seiner Anschauung an sich gar nicht so diametral gegenüber, als es den Anschein haben könnte. Auch ich bin durchaus kein Freund der Koalitionen, weder der Lokomotivfabrikanten noch der Eisenschienenfabrikanten, aber ich behaupte, gerade durch die Aufhebung der Zölle sind diese Koalitionen künstlich hervorgerufen, sind eine Notwendigkeit geworden. Von dem Momente an, wo Sie einen genügenden Zollschutz einführen, werden die Koalitionen aufhören oder wenigstens ihre Gefahr für das Publikum verlieren. Meine Herren, wenn Sie sich denken, daß eine Lokomotive im Durchschnitt ein Gewicht von nicht einmal 800 Zentnern hat, daß also bei dem Zollsatz von 8 Mark pro 100 Kilo oder vier Mark pro Zentner ein Zollschutz von ungefähr 3000 Mark auf die Lokomotive fällt, und daneben die Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter stellen, daß bei früheren Submissionen durch die Koalition der deutschen Maschinenfabrikanten ein Plus von 8500 Mark erzielt worden ist, — ich will es dahin gestellt sein lassen, ob es richtig ist, ich konstatiere nur die Behauptung. — so werden Sie zugeben, daß die deutschen Eisenbahnverwaltungen sich sehr viel besser stehen, wenn sie im schlimmsten Fall 3000 Mark mehr bezahlen, als daß sie jetzt, wo sie auf das eigene Wohlwollen angewiesen sind, einen weit erheblicheren Mehrbetrag zahlen müssen oder wenigstens zahlen. Nachdem Sie die Zölle auf Eisen, Eisenfabrikate und Maschinen aufgehoben haben, standen die deutschen Eisenbahnverwaltungen, vor allen Dingen die Chefs der Staatsbahnverwaltungen, vor der Frage, ob sie überhaupt die entsprechende Fabrikation in Deutschland weiter betreiben lassen oder ihr gesamtes Material aus dem Auslande beziehen wollten. Die Verwaltungen konnten nicht zweifelhaft sein, aber es war außerordentlich schwer für sie, genau die Grenzen zu finden, innerhalb deren sie dem Inland den Vorzug geben sollten. Die deutschen Maschinenfabriken ihrerseits fühlten, daß sie auf die Konnivenz namentlich der

Staatsbahnen angewiesen waren, die ein Interesse daran hatten, den deutschen Lokomotivbau nicht untergehen zu lassen, und sie suchten deshalb ihre Selbstkosten möglichst heraufzuschrauben und ihre gedrückte Lage so stark wie möglich aufzutragen. Von dem Moment aber, wo gesetzlich feststeht, ein bestimmter Zollsatz ist notwendig, dann aber auch ausreichend für die inländische Fabrikation, fällt, wie ich meine, jedes Motiv für die Chefs der Staatsbahnverwaltungen sowohl wie für die Privatbahnverwaltungen weg, auch nur einen Pfennig mehr zu bezahlen für das Inland, als der Preis vom Ausland zuzüglich des Zolles gestellt wird. Ich behaupte also, wenn Sie die Koalition oder deren Wirksamkeit bekämpfen wollen, so können Sie nichts nützlicheres tun, als die Regierungsvorlage anzunehmen, während nach *) Annahme des Antrags Richter meiner Ansicht nach die Verwaltungen sagen werden: dieser Zoll genügt nicht, wir sind nicht in der Lage, aufgrund dieses Zollsatzes die freie Konkurrenz mit dem Auslande zuzulassen, und wir sind gezwungen,**) aus Wohlwollen für die inländische Industrie ihr die höheren Preise weiter zu bezahlen. Umgekehrt nach Annahme der höheren Zölle der Regierungsvorlagen wird sich die freie Konkurrenz mit dem Auslande überall Bahn brechen.

Daher bitte ich Sie, einfach die Regierungsvorlage bestehen zu lassen.

Nach Stumm sprach Richter für die Herabsetzung des Zolles auf Lokomotiven und Lokomobilen. Dabei behauptete er: „Nun sagt der Abgeordnete Stumm, er würde alle seine Kraft aufbieten, wenn wir den Zoll aufheben wollten, die Koalition der Fabrikanten wieder zu beseitigen; ja, alle Achtung vor ihm, aber wie will er das möglich machen?“ Diese Entstellung seiner Aeußerungen zwang Stumm zu einer Erwiderung. Er gab sie am Schlusse der Erörterung als persönliche Bemerkung.

---

*) Im Text steht „durch“.
**) S. 1702.

Abgeordneter Stumm*): Der Herr Abgeordnete Richter hat gemeint, ich hätte gesagt, wenn der Schutzzoll von 8 Mark angenommen werde, würde ich meine ganze Kraft einsetzen, um die Koalition der Lokomotivfabriken zu sprengen. Es ist mir gar nicht eingefallen, etwas derartiges zu behaupten, sondern ich habe nur gesagt, ich würde auch meinerseits der Ansicht sein, daß dann auf die Eisenbahnverwaltungen in dem Sinne gewirkt werden müsse, daß sie den Lokomotivfabriken oder deren Koalition nicht mehr einen höheren Preis bezahlen, als sie dem Ausland zuzüglich des Zolles zu zahlen hätten. Ich habe dem hinzugefügt, daß meiner Ansicht nach nicht, wie der Herr Abgeordnete Richter meinte, durch Annahme dieses Vorschlages die Koalition sofort gesprengt würde, sondern nur, daß ihre Wirksamkeit dadurch absolut hinfällig würde.

Der Zoll für Lokomotiven und Lokomobilen wurde sodann mit 8 Mark nach der Regierungsvorlage angenommen.

*) S. 1703.

Zweiundsechzigste Sitzung
Donnerstag, den 19. Juni 1879

Zoll auf See- und Flußschiffe

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des neuen Zolltarifes kam am 19. Juni 1879 Position 15 d, See- und Flußschiffe, zur Verhandlung, für die die Regierungsvorlage Zollfreiheit vorsah, und zwar einschließlich der dazugehörigen gewöhnlichen Schiffsutensilien, Anker, Anker- und sonstigen Schiffsketten, wie auch Dampfmaschinen und Dampfkessel. Dazu gehörte noch die Anmerkung zu b 1 und 2: „Dampfmaschinen und Dampfkessel zur Verwendung beim Schiffsbau: frei." Als erster Redner dazu sprach Mosle. Er kündigte einen Antrag an, nach dem fremde Seeschiffe, die in einem deutschen Hafen registriert würden, eine Registriergebühr bezahlen sollten, welche 10 v. H. ihres Werkes gleichkäme.

Abgeordneter Stumm: Ich bedauere sehr, daß der Herr Abgeordnete Mosle den Antrag, den er angekündigt hat, nicht heute schon eingebracht hat, denn es ist schwer, ohne daß man weiß, ob man es mit der Zollfreiheit oder mit der Zollpflichtigkeit der Schiffe zu tun hat, die Konsequenzen für die Behandlung der dazu nötigen Materialien zu ziehen. Ich glaube deshalb, daß der Herr Vorredner darin recht hat, daß man sich heute nur auf den Standpunkt der Regierungsvorlage stellen kann, d. h. auf den der Zollfreiheit der Schiffe,

und da stehe ich auf dem Standpunkt, daß ich es für eine große Anomalie halte, daß hier See- und Flußschiffe für zollfrei erklärt werden, während das Material dazu größtenteils verzollt werden muß. Ich glaube, daß auf diesem Weg die Fortexistenz der deutschen Schiffsbauindustrie mit Ausnahme der Zollausschlüsse geradezu unmöglich gemacht wird. Wenn der Herr Abgeordnete Mosle meint, in Bremen oder Hamburg werden Flußschiffe so gut wie gar nicht gebaut, so glaube ich, würde die Einführung eines solchen Zustandes zur Folge haben, daß der deutsche Schiffsbau nach diesen Plätzen auswandert und den letzteren damit eine Prämie erteilt wird, die gewiß niemand in diesem Hause herbeiführen will.

Nun, meine Herren, würde ich Ihnen den Vorschlag bereits hier bei der zweiten Lesung gemacht haben, sämtliche Materialien, die zum Schiffsbau gehören, in irgend einer Form zollfrei eingehen zu lassen, wenn ich nicht auch der Ansicht des Herrn Vorredners wäre, daß die eigentliche Stelle dazu eine andere ist. Denn, meine Herren, Sie wissen ja, daß auf grund des Nachtragsprotokolls von 1867 das Roh- und Brucheisen, welches zum Schiffsbau verwendet wird, ganz analog behandelt wird dem Roh- und Brucheisen, welches im Veredlungsverkehr eingeführt und wieder ausgeführt wird. Da nun der Veredlungsverkehr hier nicht zur Diskussion steht, sondern der Kognition der Kommission bei Gelegenheit der Festsetzung des Tarifgesetzes unterliegt, so glaube ich, daß auch diese Frage dort ihre Erledigung finden wird, aber auch finden muß, und ich freue mich, daß nicht bloß von dem Herrn Vorredner, sondern auch von anderer mir wirtschaftlich näher stehender Seite diese Ansicht ausgesprochen worden ist.

Ich möchte nur den einen Wunsch noch hinzufügen, daß alles das, was für den Schiffsbau auf diesem Gebiet geschehen soll, auch auf die Tauerei Anwendung finden möge. Meine Herren, wir haben bei der Position 6 bereits in einer Anmerkung aufgenommen, daß Ketten- und Drahtseile, die zur Tauerei gehören, zollfrei eingehen; seitdem haben verschiedene

Petenten mit Recht Beschwerde geführt, nämlich deutsche Fabrikanten dieser Ketten- und Drahtseile, daß sie nicht mehr mit dem Ausland konkurrieren könnten, weil das Rohmaterial, das sie zur Fabrikation bedürfen, verzollt werden müsse, während das Fabrikat zollfrei eingehe. Ich glaube, daß das Prinzip, daß Halbfabrikate und Rohmaterialien, die für den Schiffsbau eingehen, analog behandelt werden den ausländischen Fabrikaten — im Veredlungsverkehr, — daß dieser Grundsatz auch angewendet werden muß auf die Gegenstände der Tauerei, wenigstens auf diejenigen, welche wir bereits bei der Pos. 6 für zollfrei erklärt haben.

Wenn ich mich auf diesen Standpunkt stelle, so erkläre ich für meine Person, daß ich dies nur vorbehaltlich des noch zu erwartenden Antrages des Herrn Abgeordneten Mosle tue. Wird der angenommen, so ist eine Remedur in dem von mir berührten Sinn natürlich nicht mehr nötig.

Die Zollfreiheit der Schiffe wurde nach der Regierungsvorlage angenommen.

Achtundsechzigste Sitzung
Montag, den 30. Juni 1879

Rohkupferzoll

In der Fortsetzung der zweiten Beratung des neuen Zolltarifes wurde am 30. Juni 1879 Position 19, Kupfer und andere nicht besonders genannte unedle Metalle, Legierungen aus unedlen Metallen, anderweitig nicht genannte, und Waren daraus, behandelt. Der Berichterstatter, Graf von Frankenberg, wies darauf hin, daß die Tarifkommission bereits beschlossen habe, Rohkupfer zollfrei eingehen zu lassen, trotzdem Deutschland nur die Hälfte seines Kupferbedarfes selbst erzeuge. Ein Antrag von Neumann-Stumm schlug die Erhebung eines Zolles von 3 Mark auf Rohkupfer vor, wie derselbe bis 1865 bestanden hatte.

Der Antrag von Neumann-Stumm (Nr. 388 der Drucksachen) lautete: „Der Reichstag wolle beschließen, in Nr. 19a die Worte: „Kupfer- und andere Scheidemünzen frei" zu streichen und an deren Stelle zu setzen: „Kupfer- in rohem Zustande oder als Bruch pro 100 kg 3 Mark." Anmerkung: „Kupfer- und andere Scheidemünzen frei." Stumm brach für den Antrag in der folgenden Rede eine Lanze.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, es wird mir wirklich nicht leicht, hier in einem wichtigen Punkt gegen die übereinstimmenden Beschlüsse der Tarifkommission mit der Re-

*) S. 1902.

gierungsvorlage anzukämpfen. Denn, meine Herren, ich erkenne — ich glaube mit allen unbefangenen Leuten im Lande — an, daß selten eine wirtschaftliche Vorlage an eine parlamentarische Körperschaft seitens der Regierung gelangt ist, die mit solcher Sachkenntnis, solchem Fleiß und so richtiger Abwägung der einzelnen Interessen vorbereitet wurde, wie dies seitens der vom Bundesrat eingesetzten Tarifkommission sowohl wie seitens unserer eigenen Kommission der Fall gewesen ist. Diese Anerkennung, meine Herren, die ja auch durch die Beschlüsse dieses Hauses in den meisten Fällen sanktioniert worden ist, verhindert mich aber nicht, zu konstatieren, daß einzelne Zweige, namentlich der Metallindustrie, etwas stiefmütterlich dabei weggekommen sind. Der Herr Abgeordnete Schröder-Lippstadt hat in der vorigen Sitzung bereits Anträge auf Remedur in bezug auf Blei, Zink und Zinn eingebracht, und Sie haben diese Anträge angenommen. Der Antrag von Neumann schlägt Ihnen heute eine ähnliche Remedur in bezug auf Kupfer vor. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß es sich bei dem Antrage des Herrn Abgeordneten Schröder um Metalle in einem etwas weiter verarbeiteten Zustande, in gewalztem Zustande, handelt, während wir es hier mit Rohkupfer zu tun haben. Dieser Gegensatz ist aber lediglich ein äußerlicher und scheinbarer, denn ich glaube, daß mir nicht bestritten werden wird (und der Herr Abgeordnete Schröder, wenn er hier wäre, würde dies am wenigsten tun), daß das Rohkupfer nicht bloß ein sehr viel wertvollerer, sondern auch ein Artikel ist, in dem weit mehr Arbeitskraft steckt als in dem gewalzten Blei, Zinn und Zink. Ueberhaupt, meine Herren, lassen Sie sich nicht irre machen durch den Ausdruck Rohkupfer. Rohkupfer ist ebenso wenig ein Rohmaterial wie das Roheisen, von dem Sie alle wissen, daß es das Produkt eines der schwierigsten, kompliziertesten und kostspieligsten Prozesse der Eisenfabrikation ist. Ja, meine Herren, ich gehe noch weiter, das Rohkupfer hat nicht bloß eine dem Hoch-

ofenprozeß analoge Verarbeitung*) in dem Rohofen zu erleiden, sondern außerdem noch vier oder fünf ebenso schwierige weitere Prozesse. Meine Herren, ich wäre versucht, um die Sachlage hier klar darzulegen, Ihnen eine längere Ausführung über diese fünf Prozesse zu halten. Es würde dann niemand bestreiten können, daß es sich in keiner Weise um ein Rohmaterial handelt; aber Ihre Zeit ist mir zu kostbar, vor allem aber das Wohlwollen für mich nicht bloß, sondern noch mehr für den Antrag des Herrn Abgeordneten von Neumann, den ich verteidige, und deshalb will ich Ihre Zeit nicht so lange in Anspruch nehmen und nur in dem Falle darauf zurückkommen, wenn meine Behauptung etwa von anderer Seite bestritten werden sollte.

Nun, meine Herren, welches sind denn die Gründe, aus denen man die Zollfreiheit des sogenannten Rohkupfers motiviert? Ich habe bisher vergeblich nach stichhaltigen Gründen gesucht, und ich muß bekennen, daß der Herr Referent in seiner Ausführung sie mir auch nicht an die Hand gegeben hat. Gestatten Sie mir deshalb, die vom Herrn Referenten vorgeführten, sowie die sonst durchtranspirierten Gründe ganz kurz zu widerlegen.

Zunächst hat man gesagt, — auch der Herr Referent hat darauf hingewiesen — es handle sich hier nicht um eine Angelegenheit von allgemeinem Nutzen, sondern speziell oder wenigstens wesentlich um die Verhältnisse des Mansfelder Bergbaues, der nicht über den Umfang von drei bis vier preußischen Kreisen hinausgehe. Die Prämisse zugegeben, meine Herren, woran liegt denn das? Das wird mir jeder Sachverständige zugeben, daß die Kupfererze an sich in Deutschland ebenso zahlreich will ich nicht sagen, aber geographisch ebensoweit verbreitet sind wie die Eisenerze und andere Mineralien, die in sehr erheblicher Weise gewonnen werden. Ja, der Kupferbergbau ist sogar der alteingebürgertste Bergbau, den wir in Deutschland überhaupt haben, und wenn wir heute stolz

*) S. 1903.

auf unseren deutschen Bergbau sind, so gebührt das Verdienst hauptsächlich der Schule, die unsere Bergleute in dem alten Kupferbergbau durchgemacht haben. Allerdings ist die Ungunst der Zeitverhältnisse und vor allen Dingen die auswärtige Konkurrenz eine so erhebliche geworden, daß im Harz, in Thüringen, im Siegenschen, auf dem Hunsrück, in Westfalen und am Rhein, und ich könnte noch eine ganze Menge anderer Landesteile hinzufügen, daß überall da der Bergbau und der Kupferhüttenbetrieb nicht mehr erheblich weiter betrieben werden konnte. Fast ausschließlich, ich sage fast ausschließlich die Mansfelder Gewerkschaft hat es verstanden, durch ihre Jahrhunderte hindurch festgewurzelten Verhältnisse, durch ihren ungewöhnlich intelligenten und fleißigen Arbeiterstand, durch die außerordentlich umsichtige Leitung, deren sie sich erfreut, sie hat es vermocht, ihre Produktion, die, wie gesagt, im übrigen Deutschland fast gänzlich eingestellt ist, nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sogar noch erheblich zu vermehren bis auf die neueste Zeit, während in diesem Augenblick die Konkurrenzverhältnisse, namentlich von den kanadischen Seen her, sich so außerordentlich gefahrbringend erwiesen haben, daß diese Vermehrung, wenn nicht eine Remedur geschaffen wird, auch dort notwendigerweise der Verminderung resp. dem gänzlichen Stillstand Platz machen wird und muß. Das allerdings behaupte ich nicht, da ich kein Freund von Uebertreibungen bin, daß die Einführung des von Herrn von Neumann beantragten Zollschutzes den Mansfelder Bergbau oder den sonstigen deutschen Kupferbergbau ohne weiteres dahin bringen werde, das sämtliche für Deutschland notwendige Kupfer zu erzeugen. Dieser Umstand wird von den Gegnern des Zolles benützt und geltend gemacht: das beweist, daß es sich hier nicht um einen berechtigten Schutzzoll handelt, denn der Schutzzoll setzt das Resultat voraus, daß vom Auslande nichts mehr eingeführt zu werden braucht. Im umgekehrten Falle handelt es sich um einen Finanzzoll; der treffe hier aber auch nicht zu, weil der Mansfelder Bergbau geschützt werden solle.

Nun, meine Herren, für alle diejenigen, die überhaupt der Ansicht sind, daß eine scharfe Trennung zwischen Schutzzöllen und Finanzzöllen möglich ist, für die mag eine solche Argumentation möglich sein; aber ich behaupte, es gibt keinen Finanzzoll, der nicht auch gewisse Industriezweige schützt, und es gibt keinen Schutzzoll, wenn er nicht geradezu prohibitiv wirken soll, der nicht gleichzeitig den Charakter eines Finanzzolles hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich halte sogar den gemeinschaftlichen Charakter des Finanz- und Schutzzolles in dem vorliegenden Falle für durchaus nützlich, weil durch denselben auf der einen Seite ein sehr erheblicher Teil unserer nationalen Arbeit geschützt wird und auf der anderen Seite der Staatskasse ganz erkleckliche Summen zufließen, die nach keiner Richtung hin nachteilig sind. Wie aber die Sache auch sein mag, wir haben verschiedene Zölle hier im Hause bereits beschlossen, bei denen die Verhältnisse ganz ähnlich lagen. Niemand von Ihnen wird angenommen haben, als wir einen Zoll auf Dachschiefer einführten, daß in Königsberg Cauber Schiefer werde verwendet werden; und als wir den Zoll auf Lohe bewilligten, haben wir alle gewußt, daß in Malmedy nach wie vor belgische Lohe werde verarbeitet werden. In beiden Fällen hat uns das aber nicht abgehalten, das große Ganze im Auge zu behalten und den Zoll zu bewilligen. Im vorliegenden Falle steht für mich fest, daß, wenn auch die Einführung eines Zolles von 3 Mark für Rohkupfer nicht imstande sein wird, ohne weiteres den gesamten deutschen Kupferbedarf aus dem Inlande zu erzeugen, er auf der anderen Seite doch wesentlich dazu beitragen wird, zu verhindern, daß auch die andere Hälfte aus dem Auslande bezogen werden muß, und das scheint mir schon ein sehr erfolgreiches Resultat zu sein.*)

Allerdings wird von anderer Seite behauptet, daß der Mansfelder Bergbau sich in einer so günstigen Lage befinde, daß **) ein Schutzzoll überhaupt für ihn gar nicht notwendig

*) Im Text fehlt „zu“.
**) Im Text steht „so daß“.

sei, und es wird verwiesen auf eine Anzahl günstiger Geschäftsjahre, die allerdings vorgekommen sind, aber, meine Herren, ich könnte Ihnen eine große Reihe von ungünstigen Geschäftsjahren vorführen, infolge deren die Kuxe der Mansfelder Gewerkschaft so gut wie gar keinen Wert mehr hatten. Was speziell das vorige Jahr anbelangt, so hat der Reinertrag rund 1½ Millionen Mark betragen, das ist an sich eine schöne Summe, sobald man aber das engagierte Kapital damit vergleicht, so reduziert sich die Rentabilität auf ein großes Minimum. Meine Herren, die Mansfelder Gewerkschaft ist eingeteilt in 69 120 Kuxe, die vor kurzem noch einen Wert von 300 Mark pro Kux hatten, also ein Kapital von 20 Millionen Mark repräsentierten. Diese Kuxe sind durch die heftige Konkurrenz des Auslandes inzwischen auf 80 Taler oder 240 Mark pro Stück zurückgegangen und repräsentieren heute dem entsprechend einen geringeren Wert. Nach der ersten Schätzung würde also eine Rentabilität von 7½ Prozent, nach der letzteren 8½ Prozent herauskommen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Mansfelder Gewerkschaft eine ganze Menge von Erwerbszweigen hat, die mit dem Kupfer nichts zu tun haben, Waldungen, Steinkohlengruben usw., und wenn man die Nutzungen, die aus diesem Nebengewerbe fließen und auf 673 000 Mark veranschlagt werden, in Abzug bringt, so bleibt ein Nutzen von rund 916 000 Mark für den eigentlichen Hüttenbetrieb übrig, das heißt 4 bis 5 Prozent von dem Anlagekapital. Eine solche Rentabilität erscheint für einen Bergbau, der mit so großem Risiko zu tun hat, und namentlich für eine Gewerkschaft, die auch Zubußen zu zahlen hat, an sich nicht ausreichend, sie würde uns aber vielleicht davon abhalten können, einen neuen Zoll einzuführen, wenn nicht ganz positive Tatsachen vorlägen, daß die Verhältnisse sich jetzt schon wesentlich gegen das Vorjahr verschlimmert haben. Meine Herren, die vorjährige Rentabilität von 4 bis 5 Prozent basiert auf einem Durchschnittspreis von 140 Mark pro 100 Kilogramm

Rohkupfer, während das Kupfer heut*) auf 120 Mark heruntergegangen ist und wahrscheinlich noch weiter heruntergehen wird. Da die Mansfelder Gewerkschaft ungefähr 150 000 Zentner produziert, so beträgt diese Differenz allein zirka 1½ Millionen Mark jährlich, und es ist mir versichert worden, wenn der Preis des Kupfers auf 120 Mark stehen bleibe, so resultiere**) daraus jetzt schon eine Unterbilanz der Mansfelder Gewerkschaft von 85 000 Mark für dieses Jahr. Aber, meine Herren, das ist nicht das schlimmste, sondern wir müssen ausdrücklich bei dieser Gelegenheit die Konsequenzen der Beschlüsse, die wir bei der Beratung über die Schutzzölle überhaupt bereits gefaßt haben oder noch fassen wollen, im Auge behalten. Ich will davon absehen, daß durch Einführung der Getreidezölle, der Holzzölle usw. die Lebensmittel und wichtige Materialien für den Grubenbau verteuert werden, aber ich erinnere an einen anderen Gesichtspunkt: bei Votierung der Eisenzölle haben wir wohl alle der Erwartung Raum gegeben, daß der so tief darnieder liegende Kohlenbergbau daraus einen neuen Aufschwung nehmen werde, daß Kohlen und Koks wenigstens wieder auf die Selbstkosten kommen. Trifft dies zu, so wird der Koks wenigstens um 10 Pf pro Zentner teurer werden. Nun verwendet die Mansfelder Gewerkschaft 1 bis 1¼ Millionen Zentner Koks pro Jahr. Das gibt also jährlich 100 bis 125 000 Mark, welche infolge der durch die Einführung der Eisenzölle zu erwartenden Hebung des Steinkohlenbergbaues die Mansfelder Gewerkschaft an Mehrkosten aufbringen muß. Ich könnte eine Reihe ähnlicher Beispiele anführen, die beweisen, daß neben der Gefahr, welche die auswärtige Konkurrenz direkt auf den Mansfelder Bergbau ausübt, eine große Anzahl Konsequenzen aus den übrigen Schutzzöllen zu seinem besten gezogen werden müssen. Dazu kommt, meine Herren, daß in den Jahren 1872 und 1873 dem Mansfelder Bergbau dadurch eine große Gefahr drohte, daß durch

*) S. 1904.
**) Im Text steht „daß wenn“; „bleibt“ und „resultiert“.

den Aufschwung des Kohlenbergbaues in Westfalen die besten Arbeiter dorthin auswanderten. Jetzt ist diese Gefahr nicht vorhanden, weil die Kohlenwerke dort zurückgegangen sind; sowie aber der Bergbau in Westfalen wieder einen größeren Umfang annimmt, wird der Fall abermals eintreten können. Dem gegenüber kann man ja sagen: um so besser für die Leute, daß, wenn der Mansfelder Bergbau ruiniert ist, die Leute in Westfalen lohnende Arbeit finden können, aber wer geht denn eigentlich weg? Nur die jungen kräftigen Bergleute, denn die alten Leute, die mit einem Wohnhaus, mit einem Gärtchen oder Acker angesessen sind, die können nicht weg, und die Kupferhüttenleute überhaupt nicht. Dem größeren Teil, der zurückbleibt, kann dann erst recht nicht geholfen werden, er verliert gänzlich sein Brot, weil, wenn der Betrieb eingeschränkt wird, die Generalspesen so stark anwachsen, daß von einer Rentabilität überhaupt nicht die Rede sein kann. Die Zuschüsse werden dann so stark werden, daß ein Fortbetrieb nicht mehr möglich ist.

Dem gegenüber wird vielfach zugegeben, alle diese Schwierigkeiten liegen zwar vor, sie sind aber hauptsächlich verschuldet von der preußischen Gesetzgebung. Wir sind, das möchte ich darauf erwidern, gar nicht in der Lage, die preußische Gesetzgebung zu dirigieren, und dieser Einwand ist nicht berechtigter, als wenn man sagte: wir wollen keinen Getreidezoll einführen, weil dasselbe Resultat für die Landwirte auch durch Abschaffung der preußischen Grundsteuer erreicht werden kann. Es würde das, glaube ich, ganz dieselbe Logik sein. Nun kommt aber hinzu, daß diese Lasten, welche der Mansfelder Bergbau auf grund der preußischen Gesetzgebung erleidet, teilweise solche sind, welche ich gar nicht abgeschafft zu sehen wünschte. Ein sehr erheblicher Posten des Ausgabebudgets ist nämlich der Betrag, der an die Knappschaftskasse gezahlt werden muß, und beziffert sich auf jährlich 174 000 Mark. Nun, meine Herren, sind wir in diesem Hause über die Vorteile der Verallgemeinerung der Knappschaftskassen sehr verschiedener Ansicht, und namentlich in der Kommission, deren

Mitglied ich war, sind die Ansichten sehr auseinandergegangen, aber darüber sind wir wohl alle in diesem Hause einig, daß die alten Knappschaften, die ein jahrhundertelanges Bestehen beim Bergbau aufzuweisen haben, eine durchaus segensreiche Einrichtung sind, die wir um keinen Preis im Interesse der Arbeiter missen möchten. Diese Last möchte ich also dem Mansfelder Bergbau nicht abnehmen und ziehe es vor, ihm dieselbe auf andere Weise zu kompensieren. Diejenige Last, die in Preußen allerdings weggenommen werden kann, ist die Bergwerkssteuer. Diese Bergwerkssteuer beträgt 2 Prozent vom Bruttowert der geförderten Erze, ist also allein von keiner entscheidenden Bedeutung. Meine Herren, ich setze voraus, daß der Wegfall dieser Bergwerkssteuer noch außer dem Antrage des Herrn Abgeordneten Neumann dem Mansfelder Bergbau zugute kommen muß, wenn seine Existenz gesichert sein soll. Wie die Petenten beantragt haben, so halte auch ich einen Schutz von 6 Mark pro 100 Kilo, d. h. von 4 bis 5 Prozent des Wertes, wie heute die Sache steht, für notwendig, um den Kupferbergbau gegenüber der ausländischen Konkurrenz einigermaßen sicher zu stellen. Wenn wir nun statt dessen einen Zoll von nur 3 Mark vorschlagen, so geschieht das in der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die preußische Landesvertretung, resp. der preußische Staat, nun auch das seinige tun werde, um diesem gefährdeten Erwerbszweige zuhilfe zu kommen; — erst die Aufhebung der preußischen Bergwerkssteuer zusammen mit einem Zollschutz von 3 Mark gibt, wie ich glaube, eine genügende Remedur. Man kann also nicht sagen, wir wollen die beantragte Maßregel aufschieben und es der preußischen Landesvertretung überlassen, ihrerseits in dieser Sache vorzugehen.

Meine Herren, der wesentlichste Einwand, der hier wie überall gegen die Einführung eines Schutzzolles erhoben wird, das ist das Interesse der Fabrikanten, welche die Halbfabrikate weiter verarbeiten, hier speziell der deutschen Messingindustriellen, aber ich glaube, daß in dem vorliegenden Falle

nicht mehr Rücksicht darauf genommen werden darf als beispielsweise, wenn Ihnen die Weber kommen und zwar für ihre Gewebe einen sehr hohen Schutzzoll verlangen, aber fordern, daß die Garne frei eingehen sollen. Ganz genau so*) steht die Sache bei den Messingwalzwerken, die ihr Halbfabrikat, das Rohkupfer, zollfrei zu ihrer Disposition gestellt wissen wollen, während sie selbst auf dem Standpunkte hoher Schutzzölle stehen.

Meine Herren, die Regierung in Uebereinstimmung mit der Kommission schlägt Ihnen vor, den Zoll auf fertige Kupfer- und Messingwaren wesentlich, und zwar durchschnittlich um 4 Mark gegen den bisherigen Zustand zu erhöhen; also schlechter stehen sich diese Fabrikanten auch bei dem Zolle auf Rohkupfer für den inländischen Konsum nicht wie bisher. Ja, selbst die Herren Wöllmer und Genossen, die auf einem unbedingt freihändlerischen Standpunkt stehen, haben ein Amendement zu der nächsten Position eingebracht, wonach für gewalztes Kupfer 10½ Mark beantragt werden, also über das dreifache von dem, was Herr von Neumann für Rohkupfer verlangt.**) Die Herren erkennen in diesem Antrage also ausdrücklich an, daß für gewalztes Kupfer ein sehr erheblicher Zollschutz notwendig sei, und ein besseres Argument zu gunsten des Zollsatzes von 3 Mark für Rohkupfer läßt sich überhaupt nicht anführen.

Meine Herren, die Petenten, die sich gegen die Einführung eines Zolles auf Rohkupfer wenden, haben darauf aufmerksam gemacht, daß gegenüber den 10 000 Arbeitern, welche

---

*) Fehlt.

**) Der Antrag Wöllmer verlangte für Kupfer geschmiedet oder gewalzt in Stangen und Blechen, auch Draht und Telegraphenkabel 12 Mark für 100 kg. Der Antrag Wöllmer, Sonnemann und Löwe (320 der Drucksachen) wollte den Zoll für gewalztes Kupfer also um 1,50 Mark niedriger angesetzt haben als die Regierungsvorlage. Für Kupfer in Blechen und Draht, und plattiert, hatte die Regierungsvorlage 28 Mark.

die Mansfelder Gewerkschaft beschäftigt, in der Weiterverarbeitung von Kupfer und Messing mehr als 50 000 Köpfe engagiert seien. Das ist ganz ebenso, als wenn man sagen wollte (und es hat das auch früher einer der Herren gesagt, ich glaube aber nicht unter großer Zustimmung hier im Hause): der Anzahl Hochofenarbeiter und Eisensteinbergleute stehen in ihren Interessen alle Dorfschmiede und Handwerker entgegen, die Eisen verarbeiten. Diese Leute haben mit dem Eisenzoll*) ebensowenig etwas zu tun, als die Klempner und Kupferschmiede etwas mit dem Kupferzoll zu tun haben. Sie werden entweder den Kupferzoll abwälzen auf ihre Konsumenten oder ihn überhaupt gar nicht spüren. In betracht kommen hier bloß die großen Fabriken von Messingwaren, die teilweise für den Export arbeiten, und da gebe ich zu, daß bis zu einem gewissen Grade eine Benachteiligung eintreten kann; aber, meine Herren, wenn ich hoch nehme, kommt die Zahl von 2000 Arbeitern heraus, die in diesen Fabriken beschäftigt sind, und wenn ich diese 2000 gegenüberstelle der Anzahl von allein 10 000 Arbeitern bei der Mansfelder Kupfergewinnung, welche mit ihren Angehörigen 30 000 Köpfe ausmachen, so kann ich doch nicht zweifelhaft sein, daß hier bei weitem die wichtigsten Interessen aufseiten des Mansfelder Bergbaues stehen, ganz abgesehen davon, daß der Zollschutz von 3 Mark nur etwa 1 Prozent des Wertes der Kupferwaren repräsentiert, also eine Steuer, die wir anderen Exportinteressen in weit höherem Maße bereits auferlegt haben.

Meine Herren, ein Beweis, wie wenig Nachteile die Exportindustrie durch einen so unerheblichen Zoll erleidet, ist**) Ihnen die Schweiz. Der neueste Schweizer Zolltarif hat, obwohl die Schweiz lange nicht die Rücksicht auf die Kupferindustrie zu nehmen hat wie wir, einen Zoll von 3 Frcs. pro 100 Kilogramm für Rohkupfer eingeführt, also annähernd den-

*) S. 1905.
**) Im Text: „beweist“.

selben Zoll, wie wir ihn vorschlagen. Es ist bekannt, daß die Schweiz einen sehr bedeutenden Export an Lokomotiven, an Maschinen aller Art hat, bei denen das Kupfer eine sehr große Rolle spielt, und es würde dort sicherlich kein Zoll auf Kupfer eingeführt worden sein, wenn man darin eine Benachteiligung des Exports erblickt haben würde.

Ich bitte Sie aus allen diesen Gründen, meine Herren, nehmen Sie den Antrag von Neumann an, der sich genau anschließt an den Zustand, wie er bis zum Jahre 1865 bei uns bestand, und auch an den Vorschlag, den, wenn ich nicht schlecht unterrichtet bin, der Herr Referent in der ursprünglich vom Bundesrat eingesetzten Tarifkommission gestellt hatte. Es ist das Minimum dessen, was Sie für den Mansfelder Bergbau tun können, es ist die notwendige Konsequenz des Prinzips, welches bereits durch unzählige Beschlüsse dieses Hauses seine Sanktion erhalten hat. Unsere neueste Münzgesetzgebung hat den Segen des Mansfelder Bergbaues in seinem altehrwürdigen Symbol auf unseren Silbermünzen zerstört; lassen Sie uns durch unsere heutigen Beschlüsse dafür sorgen, daß dieser Segen eines der ältesten, wichtigsten und verdienstvollsten Zweige unserer nationalen Arbeit nicht auch tatsächlich zerstört werde.

(Bravo! rechts und im Zentrum.)

Nach Stumm trat Dr. Delbrück für die Zollfreiheit auf Rohkupfer ein. Ihm erwiderte Stumm auf dem Fuße.

Abgeordneter Stumm*): Ja, meine Herren, das habe ich selbst schon hervorgehoben, daß die Abschätzung des Wertes der Mansfelder Kuxe mehr oder minder auf Willkür beruht und daß dieser Wert sich nicht leicht auf bare Einzahlungen zurückführen läßt.

Ich glaube aber, kein Sachkundiger wird bestreiten, daß, wenn ich die Kuxe zu 240 Mark annehme, das eine Total-

*) S. 1906.

summe gibt, die weit niedriger ist als das tatsächlich im Mansfelder Bergbau und Hüttenbetrieb angelegte Kapital. Aber die Hauptsache liegt darin: sobald eine Unterbilanz erzielt wird, ist es vollkommen gleichgiltig, ob Sie es mit 20 Millionen zu tun haben oder mit 2 Sgr., denn die Unterbilanz ist ein ganz fester Verlust, der von dem größeren oder geringeren Kapital gänzlich unabhängig ist. Ich glaube also, daß dieser Gesichtspunkt meiner Ausführung durch den Herrn Vorredner*) nicht widerlegt ist.

Was die Ablösung der geistlichen Abgaben anlangt, so ist der Herr Vorredner**) im Irtum, wenn er glaubt, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiet noch abzuhelfen habe. Nach mir gewordenen, wie ich annehme, durchaus zuverlässigen Mitteilungen, ist vor ganz kurzem die Ablösung dieser geistlichen Abgaben erfolgt, wie ich höre, mit 500 000 Talern. Also diese Belastung ist schon weggefallen, aber sie ist unter einer anderen Form geblieben, und die 75 000 Mark, welche als Zinsen für das Ablösungskapital jährlich bezahlt werden, lassen sich nicht mehr aus der Welt schaffen, das kann keine Gesetzgebung der Welt mehr ändern.

Wenn der Herr Vorredner behauptet, daß die Messingfabriken, die das Kupfer weiter verarbeiten, eine Herabsetzung des Zolles auf ihre Fabrikate mit Freude begrüßen würden, so muß ich das in Abrede stellen. Ich kenne einen Teil der Herren und weiß, sie gehören der schutzzöllnerischen Vereinigung an, die seit einigen Jahren, wie die Herren von jener Seite behauptet haben, eine große Agitation betrieben hat. Ich kann mir doch nicht denken, daß die Messingfabrikanten dieser Vereinigung ihr Geld und ihre Tätigkeit widmen würden, wenn die Verhältnisse so lägen, wie der Herr Vorredner es hingestellt hat. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß

*) Dr. Delbrück.

**) Delbrück hatte die Staatsbergwerkssteuer und die Abgaben an eine Anzahl von geistlichen und Schulinstituten für die schlechte Lage des Mansfelder Bergbaues verantwortlich gemacht.

selbst der Herr Vorredner nur gemeint hat, die Herren würden einer Herabsetzung ihrer Schutzzölle nicht entgegentreten, aber von einer Aufhebung dieser Zölle hat der Herr Vorredner nicht gesprochen,*) und sie ist auch von niemand beantragt worden.**) Was aber dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Nun hat der Herr Vorredner gesagt, die Kupferindustrie, resp. der Kupferbergbau, habe dieselben Konsequenzen aus den Schutzzöllen zu tragen wie sehr viele andere Erwerbszweige, wie beispielsweise der Steinkohlenbergbau. Ja, meine Herren, ich glaube, es gibt gar keinen Erwerbszweig in Deutschland, der solche Vorteile von der Einführung der Schutzzölle haben wird wie gerade der Steinkohlenbergbau, zu dessen Gunsten wir ja wesentlich die Eisenzölle in ihrer Höhe normiert haben. Es wird doch niemand im Ernste behaupten wollen, daß der Steinkohlenbergbau, indem er seine Lebensmittel etwas teurer bezahlt, von den Schutzzöllen Nachteile erwartet! Ich bitte mir einen nennenswerten Industriezweig in Deutschland zu nennen, der nicht durch unsere Tarifreform Vorteil hätte, — allein der Kupferbergbau ist es, der geschädigt werden soll, und ich sage Ihnen geradezu, meine Herren, wenn Sie den Antrag des Herrn Abgeordneten von Neumann ablehnen, so weiß ich in der Tat keinen Grund mehr, von dem aus Sie irgend einen Schutzzoll für irgend welchen Artikel verteidigen wollen.

Trotz Stumms Rede wurde die Zollfreiheit von Rohkupfer angenommen.

---

*) Delbrück hatte gesagt: „Ich bin der Ueberzeugung, daß die beteiligten kupferverarbeitenden Industrien nicht das mindeste dagegen einwenden würden, wenn die jetzt vorgeschlagenen Zölle heruntergesetzt werden."

**) S. 1907.

Neunundsiebzigste Sitzung
Freitag, den 11. Juli 1879

Zoll auf grobe Eisenwaren

Am 9. Juli 1879 hatte die zweite Beratung des neuen Zolltarifes ihren Abschluß erlangt, und am 10. Juli hatte die dritte Lesung ihren Anfang genommen. Die Generalerörterung hatte die Sitzung des 10. Juli ausgefüllt, so daß das Haus am 11. Juli in die Spezialerörterung eintreten konnte. Dieselbe nahm einen überaus glatten und raschen Verlauf, so daß die Schlußabstimmung bereits am 12. Juli stattfinden konnte. Zu Position 6, Eisen und Eisenwaren, e 1 u. 2, hatten Stumm, Melbeck und von Schalscha einen Antrag (Nr. 380 I der Drucksachen) gestellt, welcher die Zusatzanträge wieder aufnahm, welche Stumm und Melbeck bei der zweiten Lesung eingebracht hatten. Er sollte eine bessere Einteilung der Position 6 e 1 und 2 schaffen, indem er diejenigen groben Eisenwaren, namentlich die sehr schweren, wie Schraubstöcke, Ambosse und Winden, welche mit 6 Mark in der Regierungsvorlage standen, niedriger, mit 3 Mark auf 100 kg, verzollte. Dagegen sollten die geschliffenen Gegenstände, auf die ein bedeutenderes Maß Arbeit verwendet wird, mit 10 Mark und die feinsten Erzeugnisse der Industrie mit 15 Mark eingestellt werden. Gewalzte und gezogene Röhren sollten dagegen einen Fünfmarkzoll erhalten. Während die Regierungsvorlage Waren, von welchen 100 kg 80 Mark kosteten, mit solchen Waren in eine Position zusammenwarf, welche 1600 bis 1800 Mark kosteten, sollte durch die Dreiteilung der Sechsmarkposition und ihre Ausstattung mit verschiedenen Zollsätzen das Maß

der in das Erzeugnis gesteckten nationalen Arbeit innerhalb gewisser Grenzen für die Höhe des Zollsatzes ausschlaggebend sein. Die neue Fassung lautete: „Der Reichstag wolle beschließen, die Nr. 6 e (grobe Eisenwaren) in folgender Fassung anzunehmen:

		Mark
1. ganz grobe:		
α) aus Eisenguß	pro 100 kg	2,50
β) Eisen, welches zu groben Bestandteilen von Maschinen und Wagen roh vorgeschmiedet ist; Brücken und Brückenbestandteile; Anker, Ketten und Drahtseile; Eisenbahnachsen, Eisenbahnradeisen, Eisenbahnräder, Puffer, Kanonenrohre, Ambosse, Schraubstöcke, Winden, Hackennägel, Schmiedehämmer, Wagenfedern, Polsterfedern, Brecheisen, Hemmschuhe, Hufeisen		3,—
γ) gewalzte und gezogene Röhren aus schmiedbarem Eisen		5,—
2. grobe:		
α) anderweitig nicht genannte, auch in Verbindung mit Holz		6,—
β) abgeschliffen, gefirnißt, verkupfert, verzinkt, verzinnt, verbleit oder emailliert, jedoch weder poliert, noch lackiert; ebenso alle Schlittschuhe, Hämmer, Beile, Aexte, ordinäre Schlösser, grobe Messer, Sensen, Sicheln, Striegeln, Turmuhren, Schraubenschlüssel, Winkelhaken, Holz-, Schloß-, Rad- und Drahtschrauben, Zangen, gepreßte Schlüssel, Dung- und Heugabeln		10,—
γ) Handfeilen, Degenklingen, Hobeleisen, Meißel, Tuch-, Schneide-, Hecken- und Blechscheren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge . . .		15,—

Die Stellungnahme zu diesem Antrage mußte die Stellung jedes einzelnen Abgeordneten zu dem Schutzzollgedanken rein zum Ausdruck bringen. Darum wurde von Klotz, mit 50 Unterschriften als Unterstützung, der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Zu Beginn der Erörterung erteilte der Präsident Stumm, der sich zum Worte gemeldet hatte, das Wort zur Position 6, Eisen und Eisenwaren, unter die jedoch auch ein Antrag Delbrück zu a und b fiel. Daher verzichtete Stumm, und ihm folgte Melbeck darin. Nach Annahme von 6 a, b, c, d kam es dann zur Erörterung des Antrages. Melbeck trat warm für ihn ein, Richter bekämpfte ihn. Ihm folgte Stumm.

Abgeordneter Stumm*): Ich möchte zunächst an den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts oder seinen Vertreter eine Anfrage richten. Meine Herren, die Interessenten der Kleineisenindustrie sind vielfach dadurch in Aufregung und Besorgnis gesetzt worden, daß man fürchtet, die verbündeten Regierungen würden vom § 115 des Gesetzes vom 1. Juli 1869, der das Veredlungsverfahren regelt, nicht einen der Exportindustrie sehr konniventen Gebrauch machen. Ich für meinen Teil bin nicht der Auffassung. Ich habe schon, wenn ich nicht irre, bei der Generaldebatte erklärt, daß ich das feste Vertrauen zu den Bundesregierungen habe, daß sie jedes Mittel ergreifen werden, um den Veredlungsverkehr zu gunsten des Exportes unserer Eisenwaren soviel als möglich zu erleichtern, und ich habe die Einführung des belgischen Verfahrens auf diesem Gebiet speziell empfohlen. Das Roheisen ist ja, wie Sie wissen, durch das Nachtragsprotokoll von 1867 geregelt. Es handelt sich aber**) um viele andere Halbfabrikate, welche für die Kleineisenindustrie, natürlich auch für die übrigen Branchen der Exportindustrie notwendig sind, und es würde für mich sehr beruhigend sein, wenn der Präsident des Reichskanzleramts in dieser Beziehung eine zustimmende Erklärung abgeben würde.

Ich komme nun zu dem Herrn Abgeordneten Richter und möchte ihm zunächst im Namen seiner Gegner in seinem Wahlkreis meinen herzlichsten Dank aussprechen für die eben gehörte Rede. Ich glaube, er hat sich damit in Hagen vollständig tot gemacht.

(Lachen links!)

Er hat ferner dem Herrn Kollegen Melbeck vorgeworfen, daß derselbe eigentlich nichts neues vorgebracht habe. Ja, meine Herren, wer die Rede des Herrn Abgeordneten Richter gehört und einigermaßen Gedächtnis für seine Rede bei der zweiten Lesung hat, wird mir zugeben, daß gerade er bereits

*) S. 2283.

**) Im Text steht „eben“.

hundertmal widerlegte Irrtümer verbotenus in seiner heutigen Rede wiederholt und eigentlich neues absolut nicht vorgebracht hat,

(sehr wahr! rechts)

mit Ausnahme einiger neuer Irrtümer, wobei eigentlich schon ein starker Glaube dazu*) gehört, um sie überhaupt alle für vollständige Irrtümer anzusehen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat uns vorgeworfen, daß, während wir bei der zweiten Lesung nur eine Erhöhung von 10 Mark beantragt hätten, wir heute eine Erhöhung von 10 und 15 beantragen.

(Zurufe links: auf 10!)

— Jawohl, meine Herren, in der zweiten Lesung eine Erhöhung auf 10, jetzt eine Erhöhung auf 10 und 15 Mark. Meine Herren, das ist objektiv nicht wahr. Bei der zweiten Lesung hatte ich den Antrag gestellt auf 10 Mark, der Herr Kollege Melbeck bei bestimmten Eisenwaren auf 15 Mark, und wir beide haben uns heute einfach vereinigt, beide Anträge gemeinsam einzubringen.

(Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.)

Die übrigen paar neuen Irrtümer aus dem Vortrag des Herrn Abgeordneten Richter sind zunächst der Hinweis auf Solingen, der hier gar nicht zutrifft, weil die Solingerwaren unter 3, feine Eisenwaren, gehören, eine Position, die gar nicht bestritten wird. Es handelt sich hier um grobe Eisenwaren, die in Solingen gar nicht gemacht werden.

(Sehr wahr! rechts.)

Ebenso ist es ein Irrtum, wenn der Herr Abgeordnete Richter heute behauptet hat, daß die Remscheider und Hagener Kleineisenindustrie so kräftig und**) in ihren Arbeitsverhältnissen gegen das Ausland so überwiegend sei, daß sie eines Schutzes nicht bedürfe. Wenn der Herr Abgeordnete Richter die Enquete wirklich so genau durchgelesen hat, wie er es getan

---

*) „dazu" fehlt.
**) Im Text „nur".

zu haben scheint, so muß er doch gefunden haben, daß bei den verschiedensten Gelegenheiten, namentlich aber von dem Eisenhändler Kustermann aus München, also aus Süddeutschland, der sich sonst auf einen ziemlich freihändlerischen Standpunkt gestellt hat, ausdrücklich hervorgehoben worden ist, daß die Erzeugnisse der Kleineisenindustrie für die Landwirtschaft nicht bloß, sondern für jeden anderen Erwerbszweig neuerdings aus Amerika so massenhaft und billig eingeführt würden, daß die deutsche Kleineisenindustrie dem gegenüber gar nicht mehr bestehen könne.

(Widerspruch links.)

Das hat Herr Kustermann allerdings gesagt, lesen Sie es doch nach, er hat sogar einen Zoll von 15 bis 20 Prozent verlangt, während der Zoll hier 4 Prozent selbst in einzelnen Fällen gewiß nicht überschreitet. Wenn der Herr Abgeordnete Richter den Verkehrsverhältnissen ein bißchen näher stände, als er es tut, so würde er Herrn Kustermann nicht nötig haben, sondern von selber wissen, daß die amerikanische Kleineisenindustrie anfängt, alle übrigen zurückzudrängen, und sehr bald in der Lage sein wird, dies noch viel erheblicher zu tun, namentlich, wenn die deutschen Konsumenten sich einmal an die amerikanischen Modelle gewöhnt haben werden.

Nun, meine Herren, wird immer gesprochen von Remscheid und Hagen. Meine Herren, das ist doch nicht die ganze Welt! In Remscheid weiß jedermann, daß heute kein Zweifel mehr besteht an der Notwendigkeit eines Schutzzolles, wie wir ihn vorgeschlagen haben. In Hagen ist die Majorität derselben Ansicht. Das ist aber noch nicht die Welt!

In Würtemberg und Baiern haben wir genau dieselben Interessenten, und mir liegen Petitionen aus Würtemberg und Baiern vor, die noch entschiedener auf die Wiedereinführung eines genügenden Zolles dringen als die aus Remscheid und Hagen. Selbst wenn ich zugebe, daß hier eine gewisse Superiorität in der billigen Herstellung für einzelne Gegenstände besteht, so besteht sie in Würtemberg und Baiern nicht,

und die würtembergischen Sensenfabriken gehen meiner Ansicht nach absolut zu grunde, wenn eine Remedur nicht eintritt.

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter — und das ist wohl der Zweck seiner ganzen Ausführung gewesen, — sich an die Landwirte gewendet und versucht, in die Eintracht, die bisher, auch bei den Abstimmungen in dritter Lesung, zwischen Industrie und Landwirtschaft bestanden hat, einen Keil einzutreiben. Meine Herren, ich hoffe, das wird ihm nicht gelingen, und zwar erstens deshalb nicht, weil die Verteuerung der landwirtschaftlichen Werkzeuge, um die es sich hier handelt — ich sehe ganz ab von den sehr wichtigen Befreiungen anderer Gegenstände, beispielsweise Hufeisen, was der Herr Abgeordnete Richter verschwiegen hat, — daß diese Verteuerung eine nach Prozenten ausgedrückt so mäßige ist, daß in der Tat den wichtigen Interessen der Landwirtschaft durch die Einführung der Zölle damit nicht zu nahe getreten wird. Ferner hoffe ich, daß die Herren Landwirte auf der anderen Seite bedenken, daß, wenn denjenigen Abgeordneten, die den Verhältnissen der Industrie näher stehen, zugemutet wird, nun in dritter Lesung für eine Erhöhung der Kornzölle zu stimmen, sie allerdings von der Voraussetzung ausgehen müssen, daß hier auch eine berechtigte Forderung der Industrie gegenüber erfüllt werde.

(Aha! links.)

Meine Herren, ich hoffe deshalb um so mehr, daß die Herren Landwirte nicht auf den Leim des Herrn Richter gehen, sondern ruhig für den Antrag, der von den Herren Abgeordneten Melbeck, von Schalscha und mir gestellt ist, stimmen werden.

(Zustimmung rechts.)

Im Anschluß an Stumms Rede gab der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, die Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen dafür Sorge tragen würden, daß durch die Anwendung der Bestimmungen über den Veredlungsverkehr den Nachteilen vorgebeugt werde, welche die Kleineisenindu-

strie etwa durch die Aenderung des Tarifes erleiden könnte. Sodann folgte unmittelbar Schluß der Erörterung und namentliche Abstimmung, welche bei zwei Enthaltungen und 340 abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von 18 Stimmen für den Antrag Stumm ergab. Damit war die wichtige sachliche Gliederung der Position „Grobe Eisenwaren" endgiltig in den Tarif eingeführt. Am 12. Juli folgte die Annahme des ganzen Tarifes mit einer Mehrheit von 100 Stimmen. Damit war der Uebergang des Deutschen Reiches zur Schutzzollpolitik besiegelt, die seine Wirtschaftspolitik für mehr als ein Menschenalter beherrschen sollte.

Dritte Session

Achte Sitzung
Mittwoch, den 25. Februar 1880

Schmuggel

Nachdem am 1. Januar 1880 der neue Zolltarif des deutschen Zollgebietes vollständig in kraft getreten war, kam es am 25. Februar bei Gelegenheit der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplanes unter dem Titel Reichsschatzamt zu einem kleinen Geplänkel über die neu geschaffene Schutzzollpolitik. Eugen Richter hob hervor, daß dieselbe den Schmuggel wesentlich gefördert habe. Der Bevollmächtigte zum Bundesrat, Direktor im Reichsschatzamt Burchard, wies zunächst Richters Uebertreibungen zurück. Stumm dagegen antwortete ihm hinsichtlich der Schutzzollpolitik.

Abgeordneter Stumm*): Ja, meine Herren, ich war nach den Ausführungen der Herren von jener Seite im vorigen Sommer vollkommen darauf vorbereitet, daß in dieser Session jede Gelegenheit ergriffen werden würde, um Angriffe auf**) die Tarifpolitik, welche im vorigen Jahre Gesetz geworden ist, hervortreten zu lassen; nachdem aber diese Tarifpolitik auf allen Gebieten, möchte ich sagen, so günstige Resultate hervorgerufen hat, daß wohl fast nur eine Stimme im ganzen

*) S. 117.
**) S. 118.

Lande über deren Vorzüge herrscht, so war ich einigermaßen neugierig darauf, wo die Herren solche Angriffspunkte faktisch finden würden. Die Rede des Herrn Abgeordneten Richter hat mich nun darüber belehrt, daß dies der Schmuggel sein soll. Wenn Sie, meine Herren, nichts wesentlicheres gegen die Tarifpolitik des vorigen Jahres vorbringen können, als daß der Schmuggel zugenommen hat, so glaube ich, kann für diese Tarifpolitik in der Tat nichts günstigeres angeführt werden, denn es versteht sich ganz von selbst, daß jede Erhöhung von Zöllen die Gefahr des Schmuggels vermehren muß, und ich glaube, daß auch die Majorität des Hauses sich dessen im vorigen Jahre vollständig bewußt gewesen war. Ich freue mich übrigens, daß der Herr Abgeordnete Richter darin mit mir und den Ansichten, die ich zu vertreten gewohnt bin, übereinstimmt, daß der Schmuggel ein so verderbliches, in die Moralität des Volkes tief eingreifendes Uebel ist, daß wir uns alle dahin vereinigen müssen, Maßregeln zu treffen, um dieses Uebel so viel wie möglich zurückzudrängen und unmöglich zu machen. Ich glaube, von dieser Seite wird er, wenn er dahingehende Anträge stellen sollte, die vollkommenste und bereitwilligste Unterstützung finden. Tatsächlich muß ich aber doch konstatieren, daß, obwohl ich den Verhältnissen einigermaßen näher stehe, ich bisher sehr wenig von einer Vermehrung des Schmuggels vernommen habe, obwohl ich selbst nahe der Grenze wohne und in früheren Zeiten die allergrößten Uebelstände davon persönlich wahrnehmen konnte. Ich bin deshalb der Ansicht des Herrn Regierungskommissars, daß die Anführungen, die Herr Richter gemacht hat, allerdings übertrieben sind; sollte sich aber später herausstellen, daß dies nicht der Fall ist, so bin ich sehr gern bereit, mit dem Herrn Abgeordneten Richter mich zu vereinigen, um Anträge dahin zu stellen, daß der Schmuggel wirksamer unterdrückt werde.

In seiner Erwiderung sagte Eugen Richter: „Wenn Herr Stumm die Güte gehabt hätte, den Verhandlungen der ersten Lesung über das Budget zu folgen, so würde er finden, daß sich

ganz andere Bedenken erheben gegen die praktische Durchführung, als sich an den Schmuggel anlehnen." Ueber die Tarifpolitik selbst äußerte er, daß man mit dem Urteil über sie zurückhalte, weil man der Meinung sei, daß sich über die Folgen im ganzen ein bestimmtes Urteil noch gar nicht aussprechen lasse. Stumm antwortete ihm nach einer kurzen Zwischenbemerkung Windthorsts.

Abgeordneter Stumm*): Ich kann dem Herrn Abgeordneten Richter versichern, daß ich mit der größten Aufmerksamkeit der Generaldebatte des Etats gefolgt bin; ich habe aber aus der Generaldebatte und am allerwenigsten aus seinen eigenen**) Ausführungen in dieser Beziehung keinerlei ernsthafte Angriffe auf die Zollpolitik des vorigen Jahres finden können.

Was nun den Schmuggel mit Tabak anlangt, der allerdings an der deutsch-französischen Grenze nicht getrieben wird, so möchte ich aus der Aeußerung des Abgeordneten Richter nur konstatieren, daß er sich also lediglich über den Schmuggel mit Tabak beschwert, denn er wird zugeben müssen, daß eine ganze Menge anderer Waren infolge der erhöhten Zölle sehr wohl aus Frankreich nach Deutschland eingeschmuggelt werden könnten. Ich finde darin ein wertvolles Zugeständnis; aber ein noch viel größeres erkenne ich darin, daß der Abgeordnete Richter jetzt sagt: wir müssen mit unserem Endurteil ruhig abwarten, wie sich die neue Tarifpolitik gestaltet, wie die Resultate derselben sein werden. Das ist nicht übereinstimmend mit dem, was seinerzeit Herr Richter bei Bildung der sogenannten Antikornliga in Aussicht stellte, daß sofort nach Einführung des Tarifs bei jeder Gelegenheit gegen diesen Tarif und seine kolossalen Nachteile vorgegangen werden würde. Ich beruhige mich vollständig mit diesen Zugeständnissen.

*) S. 118.
**) S. 119.

Neunzehnte Sitzung
Montag, den 15. März 1880

Schutzzollpolitik

Am 15. März 1880 fand der Schluß der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplanes für das Jahr 1880/81 statt. In ihr wurde der mündliche Bericht der Kommission für den Reichshaushaltsetat über den Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen für das Etatsjahr 1880/81 (Anlage XV, Nr. 52 der Drucksachen) erstattet. Die Zolleinnahmen waren auf 166 851 000 Mark veranschlagt. Freiherr von Hertling führte den Bericht ein. Eugen Richter hielt dazu eine lange Zollrede. Der Veredlungsverkehr, der Flachszoll, die Schwierigkeiten für das Müllereigewerbe und eine angebliche Brotverteuerung oder Brotverschlechterung bildeten den Hauptinhalt. Danach brachte Dr. Karsten die Stellungnahme der Minderheit der Budgetkommission vor, welche die Einnahmen aus den Zöllen um sechs Millionen Mark höher ansetzen wollte. Dr. Delbrück hatte das bereits am 25. Februar vorgeschlagen. Der Regierungsvertreter hatte sich aber dagegen ausgesprochen. Der Bevollmächtigte zum Bundesrat, Direktor im Reichsschatzamt, Burchard, riet auch jetzt wieder zu vorsichtigem Ansatze. Stumm antwortete Richter und Karsten ausführlich.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, während der Herr Abgeordnete Richter das vorige Mal, als wir hier

---

*) S. 419.

den Etat der Zölle und Verbrauchssteuern debattierten,*) nur den Schmuggel als einen Nachteil der großen vorjährigen Wirtschaftsreform anführen konnte, ist er sich heut seiner Pflicht als Begründer der Antikornzollliga wieder bewußt geworden und hat es versucht, auch materielle, greifbare Nachteile, die aus dieser Wirtschaftsreform entsprungen sein sollen, uns hier vorzuführen. Meine Herren, ich glaube, um einen von ihm beliebten Ausdruck zu gebrauchen, seine Ausführungen waren recht schwach, und ich meinerseits kann mich nur freuen, daß er seine damalige Reserve aufgegeben hat und jetzt den Versuch machte, die Kornzölle praktisch anzugreifen. Meine Herren, was hat er uns denn eigentlich nachgewiesen? Er hat uns da nachgewiesen, daß, wenn das Korn teurer wird, auch das Brot teurer, resp. bei demselben Preise leichter werde, und ich glaube, das versteht sich ganz von selbst. Wenn er aber diese Verteuerung in Verbindung bringen wollte mit der Einführung der Kornzölle, so mußte er uns doch nachweisen, daß an anderen Stellen, wo diese Kornzölle nicht eingeführt sind resp. nicht erhöht wurden, das Brot eben nicht teurer geworden ist. Die Widerlegung seiner Auffassung beruht einfach darin, daß in der Periode, die er uns hier vorgeführt hat, in der ganzen Welt die Kornpreise gestiegen sind und infolgedessen das Brot teurer geworden ist. Er hat uns ferner gesagt, daß in einer großen Aktienbäckerei darüber geklagt werde, daß die Leute schlechteres Brot haben wollten. Nun, meine Herren, aus meinen Erfahrungen seit dem ersten Januar ist mir nirgends bekannt geworden, daß eine Verschlechterung des Brotes eingetreten ist. Sollte es an einzelnen Stellen dennoch der Fall gewesen sein, so könnte die Verschlechterung des Brotes, wenn sie durch den Zoll hervorgerufen wurde, doch nur durch die Erhöhung des Preises in maximo um 1 Mark pro 100 Kilo eingetreten sein. Ja, meine Herren, die Getreidepreise sind aber derartig schwankend in den letzten Jahren

*) Am 25. Februar 1880.

gewesen, daß diese Schwankungen 1 bis 2 Taler pro 100 Kilo betragen haben, und wenn früher diese enorme Verteuerung keine Verschlechterung des Brotes hervorgerufen hat, so ist es doch gewiß nicht zulässig, heute aus der Möglichkeit einer Verteuerung um den Zollbetrag von 1 Mark pro 100 Kilo, die ich aber gar nicht zugebe, eine Verschlechterung des Brotes folgern zu wollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das, meine Herren, sind aber Kleinigkeiten, den Hauptbeweis, den der Herr Abgeordnete Richter führen mußte und den er uns im vorigen Jahre angekündigt hatte, den Beweis, daß für die Konsumenten diese Verteuerung von Nachteil sein würde, ist er schuldig geblieben, darauf ist der Herr Abgeordnete Richter mit keinem Worte eingegangen. Im Gegenteil, bei der Offenheit, die wir an ihm lieben, würde er, wenn er darauf eingegangen wäre, uns haben zugeben müssen, daß überall die Erwerbstätigkeit im Lande sich so vermehrt und verbessert hat,

(Bravo! rechts.)

daß die Konsumenten sehr gern diese Verteuerung, selbst wenn sie ihnen durch die Kornzölle geboten worden wäre, für das Brot bezahlen würden, weil sie den Pfennig, den sie mehr bezahlen, groschenweise wieder einnehmen. Das hat Herr Richter nicht bestritten, und deshalb kann ich seine ganzen Ausführungen über die Kornzölle zunächst verlassen.

In einem anderen Punkte stehe ich dem Herrn Abgeordneten Richter näher, das ist hinsichtlich dessen, was er über den Flachszoll gesagt hat. Ich muß da sowohl dem Herrn Regierungskommissar*) als dem Herrn Grafen Stolberg in der Auffassung entgegentreten, als ob das Wiederaufgreifen dieser Position gewissermaßen ein Bruch des in der Votierung**) des vorjährigen Zolltarifs liegenden Kompromisses bedeute. Meine Herren, auch ich bin der Ansicht, daß wir, die wir

*) Direktor im Reichsschatzamt Burchard.

**) S. 420.

an der Zollreform mitgewirkt haben, verpflichtet sind, zunächst zu warten, wie diese Reform sich praktisch entwickelt, ehe wir die bessernde Hand an einzelnes legen; aber darauf muß ich doch hinweisen, daß, als die Herren Abgeordneten von Varnbühler und Windthorst den Antrag stellten, die Einführung des Flachszolls auf den ersten Juli zu verschieben, dem damals ein Widerspruch, so viel ich mich wenigstens erinnere, von keiner Seite entgegengestellt würde, obwohl das ganze Haus in diesem Antrag nichts anderes erblickte, als daß bei Festhalten an der sonstigen Tarifreform bei dieser Position eine Uebereilung begangen worden sei, die wieder gut gemacht werden müsse. Wenn ich also, meine Herren, für den Fall, daß der Antrag auf Wiederaufhebung des Flachszolls eingebracht wird, dafür stimme, so verwahre ich mich dagegen, als ob ich irgendwie dem großen Reformwerk zu nahe trete, welches im vorigen Jahre zur Annahme gelangt ist, sondern ich stelle mich ganz konsequent damit auf die Beschlüsse des vorigen Jahres und ich wahre damit die Kontinuität der Beschlüsse dieses Hauses.

Auf den österreichischen Handelsvertrag*) näher einzugehen, möchte ich heute unterlassen, weil ich der Ansicht bin, daß man die Ausführungen über einen bestimmten Gegenstand erst dann vorbringen sollte, wenn dieser bestimmte Gegenstand zur Beratung vorliegt. Der Herr Abgeordnete Richter hat freilich eine andere Gewohnheit, ich möchte mich seinen Gewohnheiten auf diesem Gebiete aber nicht anschließen. Er hat uns einen bestimmten Antrag angekündigt; sobald derselbe vorliegt, werde ich sehr gerne bereit sein, ihn zu diskutieren. Ich muß aber heute schon der Auffassung entgegentreten, als ob die heutige Tarifpolitik Handelsverträge überhaupt ver-

*) Vom 31. Dezember 1879. Richter hatte einen Antrag in Aussicht gestellt, der Reichskanzler möge diesen Handelsvertrag dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorlegen.

hindere;*) ich bin durchaus nicht dieser Ansicht, wohl aber gebe ich zu und freue mich dessen, daß die heutige Tarifpolitik solche Handelsverträge verhindert, wie sie bisher teilweise Mode waren und zu großen Nachteilen für unsere deutschen Verkehrs- und Arbeitsinteressen geführt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Solche Handelsverträge, wo wir zu gunsten der ausländischen Industrie einseitig ausgesogen wurden, halte ich allerdings heute für unmöglich, und ich freue mich dessen in hohem Maße. Ich glaube, keiner von Ihnen wird doch behaupten wollen, daß die Handelsverträge Selbstzweck sein sollen, sondern Handelsverträge können auch nach Ihren Auffassungen nur dazu dienen, der deutschen Produktion Arbeit zuzuführen und den Nationalwohlstand zu heben. Wenn aber dieser Effekt in erhöhtem Maße, wie es tatsächlich der Fall ist, auf andere Weise erzielt wird, so bleiben Sie uns mit solchen Handelsverträgen wenigstens vom Leibe, wie sie früher zu unserem Nachteil und mit dem entgegengesetzten Erfolg abgeschlossen wurden.

Ich muß nun mit einigen Worten zurückkommen auf ein Thema, welches bereits ziemlich ausführlich behandelt worden ist, aber doch zur vollständigen Klarstellung noch einer kurzen Erläuterung bedarf. Der Herr Abgeordnete Karsten hat zwar den Antrag, den er in der Kommission gestellt hatte, die Einnahme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern um sechs Millionen zu erhöhen, hier nicht ausdrücklich wiederholt; er hat ihn aber trotzdem gerechtfertigt, und es erscheint mir geboten, demgegenüber die Motive der Kommission so richtig zu stellen, daß sie von allen Seiten im Lande wie in diesem Hause vollständig verstanden werden. Der Herr Referent**) hat in

*) Bismarcks Dezemberbrief an den Bundesrat (s. S. 252 d. B.) hatte gerade im Gegenteil die Auffassung vertreten, daß erst nach Durchführung einer selbstherrlichen Zollpolitik wirklich brauchbare Handelsverträge möglich würden.

**) Dr. Freiherr von Hertling.

seinem einleitenden Vortrag bereits dazu beigetragen, auch der Herr Regierungskommissar hat dem Abgeordneten Karsten richtig erwidert, ich glaube aber, einzelne Zahlen bedürfen noch der Erläuterung und Zusammenstellung, und deswegen gestatten Sie mir, dies noch nachzuholen.

Ich resümiere die ganze Streitfrage dahin, daß die bekannte Subkommission, d. h. die Herren von Benda, Delbrück und Karsten, bei ihrer vorjährigen Berechnung des Mehrertrags aus den Zöllen durch die Tarifreform auf 71 Millionen kamen. Nun deduziert Herr Dr. Karsten so: die 71 Millionen bilden eine Mehreinnahme gegen die Regierungsvorlage von 2 Millionen Mark; hierzu tritt die Einnahme aus der Tabaksteuer, die damals nicht veranschlagt war, hinzu, von 3 876 000 Mark, ferner tritt hinzu die Mehreinnahme aus dem Roggenzoll, der damals nur mit 50 Pf pro 100 Kilo in Aussicht genommen war, während er nachher auf eine Mark erhöht wurde, mit 4 800 000 Mark und endlich aus dem Flachszoll eine Summe von 337 000 Mark, macht in Summa ein Plus von 11 013 000 Mark. Davon wird die Mindereinnahme vom Wein, der vor der Erhöhung der Zölle eingeführt ist, abgezogen mit 5 Millionen Mark, so daß also 6 Millionen Mark Mehreinnahme gegenüber der Regierungsvorlage verbleiben. Dieser Mehreinnahme steht auf der anderen Seite aber gegenüber erstens eine Mindereinnahme beim Kaffee von 1 900 000 Mark, und da muß ich denn doch den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Karsten gegenüber erklären, daß sich hier offenbar ein Rechenfehler befindet, der gar nicht weggeleugnet werden kann, ein zahlenmäßig nachzuweisender Rechenfehler. Denn, wenn in der Tat die Herren der Ansicht sind, daß die Einfuhr des Kaffees sich zwar bei einer Erhöhung des Zolls von 35 auf 42 Mark vermindert, bei einer Erhöhung des Zolls von 35 aber auf 40 Mark gleichbleibt — eine an sich sehr wunderbare Behauptung — aber selbst wenn die Herren das annehmen, so kommen sie immer erst auf eine Mehreinnahme von 44 000 Zentner mal

20 Mark oder 880 000 Mark, während auf der anderen Seite die*) rechnungsmäßig sich ergebende Mindereinnahme von 1 900 000 Mark unter allen Umständen in Abzug gebracht werden muß. Diese 1 900 000 Mark ergeben sich, wie schon von anderer Seite angeführt wurde, daraus, daß durch den Beschluß des Hauses der Kaffeezoll von 42 auf 40 Mark reduziert wurde und die Einfuhr veranschlagt ist auf 1 900 000 Zentner. Selbst wenn ich also zugeben wollte, daß trotz der Zollerhöhung die Einfuhr genau so bleiben wird, wie sie früher durch die Faktion sich herausstellt, so stehen der Mindereinnahme aus dem Kaffeezoll von 1 900 000 Mark immer nur 880 000 Mark als Mehreinfuhr gegenüber. Es bleibt eine Summe von rund einer Million, die in der Rechnung des Herrn Dr. Karsten unter allen Umständen zu hoch angenommen ist und die nicht wegdisputiert werden kann.

Meine Herren, bei Salz will ich nicht näher auf die Kontroverse eingehen, ob die Oekonomie der Rechnung, die von dem Herrn angestellt worden ist, richtig ist oder nicht. Die Kontroverse erscheint mir nicht von praktischer Bedeutung, das steht aber jedenfalls fest, daß, da die Regierung ihrerseits bei der Salzsteuer 1 Million Mark als Mehreinnahme eingestellt hat, wegen des Ausfalls, der bei dem einzuführenden Salz entsteht, diese Million Mark hier auch bei der Mehreinnahme aus den Zöllen in Abzug gebracht werden muß. Also darüber kann eine ernstliche Meinungsverschiedenheit, glaube ich, nicht bestehen.

Ganz dasselbe tritt bei den Korinthen ein, wo 600 000 Mark unter allen Umständen abgezogen werden müssen; denn es ist der Betrag der Erhöhung des Korinthenzolls, welche seitens des Hauses abgelehnt wurde.

Endlich, meine Herren, das Getreide. Ich mache aufmerksam auf die wunderbare Logik, die darin liegt, beim Kaffee aus einer Erhöhung des Zolls von 35 auf 42 Mark eine

*) Im Text: „der — sich regelnden".

erhebliche Abnahme der Einfuhr zu folgern, während beim Roggen die Erhöhung des Zolls von 50 Pf auf 1 Mark, also auf das doppelte, ganz genau dieselbe Einfuhr bewirken soll. Es führt dieses Prinzip schon zu einer übertriebenen Rechnung; aber ich sehe ganz davon ab; so viel werden die Herren zugeben, daß die Ernte von 1879 zum*) größten Teil, vielleicht ganz, zollfrei in den deutschen Markt eingeführt worden ist, und daß, wenn man eine Berechnung über den Ertrag der Getreidezölle für das nächste Jahr anstellt, man im wesentlichen nur die Ernte von 1880 zu grunde legen kann. Wenn man also die Hälfte der Einnahme von 16 800 000 Mark, welche der Abgeordnete Karsten aus den Getreidezöllen erwartet, einstellt, so glaube ich, daß man eher ein Plus wie ein Minus der Wirklichkeit gegenüber einstellt. Dies ergibt einen weiteren Abzug von 8 400 000 Mark. Es ist nun wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Berechnung der Subkommission damals eine Minimalrechnung gewesen sei. Meine Herren, ich muß das bestreiten; eine Minimalrechnung ist sie gewiß in dem Sinne, daß die Herren bei der großen Sachkenntnis, die ihnen inne wohnt, gewiß mit großer Vorsicht an die Sache herangetreten sind und nicht leichtsinniger Weise höhere Summen eingestellt haben, als sie haben verantworten können; aber eine Minimalberechnung in dem Sinne, daß der wirkliche Ertrag unter allen Umständen höher sein muß als die uns vorgelegte Berechnung, das ist sie gewiß nicht; denn würde sie das sein, dann hätte sie gar keinen praktischen Zweck und hätte gar nicht unternommen werden sollen. Beim Getreide z. B. ist die Rechnung auch formell keine minimale, denn die Herren von der Subkommission sagen ausdrücklich in einer Anmerkung, daß, wenn man die Gesamtausfuhr von der Gesamteinfuhr des Getreides abzieht, dann allerdings die eigentliche Minimalziffer von 9 000 000 Mark sich ergebe, die als Einnahme einzustellen

*) S. 421.

sei. Wenn man umgekehrt annimmt, daß alles eingeführte Getreide verzollt und nichts davon wieder ausgeführt wird, dann gelangt man auf grund der Annahmen der Subkommission zu der Maximalsumme von 14 600 000 Mark. Es ist die Ziffer, die die Herren mit 12 Millionen eingestellt haben, also genau das arithmetische Mittel zwischen der Maximal- und Minimalsumme, und daher als Durchschnittssumme mit vollem Recht anzusehen.

Wenn ich nun die vier Zahlen, die ich zuletzt als von der Rechnung der Herren in Abzug zu bringen bezeichnete, zusammenstelle, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 11 900 000 Mark, welche dem von Herrn Karsten herausgerechneten Plus von 6 Millionen Mark gegenübersteht. Auf grund der Berechnungen der Subkommission kommt man also zu dem Resultat, daß die Regierung die Zolleinnahmen um 6 Millionen Mark höher geschätzt hat, als sie sie*) hätte schätzen sollen. Es fällt mir nun nicht im Traum ein, Ihnen vorzuschlagen, 6 Millionen Mark von der Regierungsposition abzustreichen, ich wollte das nur anführen, um zu der Schlußfolgerung zu gelangen, daß jedenfalls Herr Karsten nicht berechtigt ist, die Regierungsschätzung als eine zu niedrige zu bezeichnen. Ein ganz anderes Motiv zur Erhöhung der Einnahmen, das übrigens vorhin schon berührt worden ist, das läßt sich ja diskutieren, und das ist die Frage, ob wir gegenüber der günstigen wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden, ob wir da zu der Praxis zurückkehren können, einen Zuschlag von 2 Prozent über die Faktion der letzten drei Jahre als Mehreinnahme einzustellen, um damit der Zunahme der Bevölkerungsziffer gerecht zu werden. Meine Herren, ich war anfangs sehr geneigt, eine derartige Manipulation vorzuschlagen; nachdem ich mich aber der Ueberzeugung nicht verschließen konnte, daß die Jahre 1877/78 und 1878/79 beide nicht bloß keine Zunahme in den Einnahmen gezeigt haben, sondern sogar jähr-

*) Im Text fehlt ein „sie".

lich um 3½ Millionen Mark gegen die Faktion zurückgeblieben sind, da konnte, glaube ich, vorsichtigerweise von mir ein derartiger Antrag nicht weiter verfolgt und begründet werden. Es bedeutet schon eine bedeutende Zunahme unserer wirtschaftlichen Lage, wenn wir überhaupt die Faktion erreichen, die wir einstellen, das würde schon eine ganz bedeutende Besserung gegen die Vorjahre involvieren. Wenn aber auch diese 2 Prozent eingestellt würden, so ergäbe dies, da sie auf die Mehreinnahmen aus der Zollreform des vorigen Jahres keine Anwendung haben können, ein Plus von nur 4½ Millionen Mark, also immer noch weniger als das auf grund der richtig gestellten Rechnung der Subkommission sich ergebende Defizit von 6 Millionen. Damit wäre die Regierungsziffer also immer noch nicht erreicht.

Einen praktischen Zweck kann es übrigens unmöglich haben, wenn wir hier eine höhere Ziffer einstellen, als mit einiger Sicherheit vorausgesehen werden kann. Den einzigen Zweck davon hat Herr Dr. Karsten angedeutet, indem er sagte: wenn uns neue Ausgaben seitens der Regierung vorgelegt werden und dafür neue Steuern bewilligt werden sollen, können wir diese Differenz davon in Abzug bringen. Ich glaube aber, bei Aufstellung eines Etats müssen solche Erwägungen vollständig fern bleiben. Wenn wir einen Etat feststellen, so müssen wir das mit aller Solidität und Sachlichkeit tun und dürfen uns von Nebenabsichten nach rechts oder links in keiner Weise leiten lassen. Wenn wir den Zweck erreichen wollen, der uns wohl allen gemeinschaftlich ist, die Matrikularbeiträge in diesem Jahr nicht höher anschwellen zu lassen als im Vorjahr, so ist dafür seitens der Kommission ein anderer Weg vorgeschlagen worden, der zwar jetzt nicht zur Diskussion steht, den ich aber kurz berühren muß, weil er die Absicht, die der Herr Abgeordnete Dr. Karsten in der Kommission auf einem falschen Wege erreichen wollte, in durchaus wirksamer und sicherer Weise erreicht. Was würde die Annahme einer Mehreinstellung von sechs Millionen bei den Zolleinnahmen für

einen praktischen Erfolg haben? Die Matrikularbeiträge selbst würden dadurch nicht vermindert werden, sondern es würde ein entsprechender Teil dieser Summe den Einzelstaaten direkt überwiesen werden. Könnte dies natürlich tatsächlich geschehen, so würde ich sehr damit einverstanden sein, daß die einzelnen Staaten derartige Erleichterungen bekämen; aber, meine Herren, eine nur theoretische Ueberweisung würde nichts als ein Versprechen sein, welches wir später wahrscheinlich nicht einlösen könnten. Die Einzelstaaten würden zu vorzeitigen Steuererlässen verleitet werden, die sie vielleicht nicht aufrecht erhalten könnten und die sie in die größten Verlegenheiten führen würden, während der Vorschlag der Budgetkommission ganz dasselbe Ziel erreicht, aber auf absolut sicherer Basis. Die Ueberschüsse, die wir im vorigen Jahre gemacht haben, sind derart, daß man davon den verhältnismäßig kleinen Betrag, der notwendig ist, um die Matrikularbeiträge auf die vorjährige Höhe zurückzuführen, sehr wohl entnehmen kann. Die etwaigen Erleichterungen, welche die Einzelregierungen an diese Maßregel knüpfen, werden mit voller Sicherheit getroffen werden können, und ich glaube, sie werden den Einzelstaaten nur zum Segen gereichen.

Ich bitte Sie, meine Herren, bleiben Sie bei dem Antrage der Budgetkommission stehen, ich glaube nicht, daß die kalkulatorische Basis, auf der der Antrag fußt, von irgend einer Seite in frage gestellt worden ist oder in frage gestellt werden kann.

Titel 9 des Etats wurde daraufhin nach dem Kommissionsberichte angenommen.

Achtundzwanzigste Sitzung
Montag, den 12. April 1880

Aufhebung des Flachszolles

Die Zolltarifvorlage der Regierung hatte unter Nr. 8 Flachs und andere vegetabilische Spinnstoffe, mit Ausnahme der Baumwolle, roh, geröstet, gebrochen oder gehechelt, auch Abfälle davon als frei aufgeführt. Die Beschlüsse des Reichstages hatten für die Zollfreiheit 1 Mark Zoll eingesetzt. So war Position 8 in dem Zolltarif vom 12. Juli 1879 mit einer Mark Zoll belastet erschienen. Am 15. März 1880 hatten Dr. Windthorst, Freiherr von Varnbühler und Stellter den Antrag gestellt, für Position 8 die Zollfreiheit wieder einzuführen. (Nr. 63 der Drucksachen.) Dr. Windthorst begründete am 12. April, wo der Antrag zur Verhandlung kam, denselben. Freiherr von Ow bekämpfte ihn. Da wandte sich Stumm gegen von Ow, der ebenfalls auf schutzzöllnerischer Seite stand.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, es ist für mich nicht erfreulich, gegen den Herrn Vorredner**) auftreten zu müssen, der mein verehrter politischer Freund ist und dessen geschickter und warmer Verteidigung des Flachszolls die Aufnahme dieser Position in den Zolltarif im vorigen Jahr zu verdanken ist. Dieses Gefühl hat mich im vorigen Jahr sogar

*) S. 647.
**) Freiherr von Ow.

davon abgehalten, gegen den Antrag des Abgeordneten von Ow aufzutreten. Allerdings hatte ich damals gehofft, daß die sachlichen Gründe, welche dagegen vorzubringen sind, im Hause in solchem Umfange Gemeingut geworden wären, daß keine Gefahr für Annahme dieses Antrags vorliegen würde, und es scheint, daß die übrigen Mitglieder des Hauses, die gleichfalls dem Antrag widerstrebten, derselben Ansicht gewesen sind; denn eine Diskussion hat über den Antrag von Ow weder in der zweiten noch in der dritten Lesung eigentlich stattgefunden. In der zweiten Lesung haben zwar die beiden Herren Antragsteller von Ow und von Ludwig gesprochen, es hat ihnen aber niemand erwidert.*) In der dritten Lesung lag die Sache ebenso. Auf diese Weise war es möglich, daß durch eine Stimme Majorität ein Beschluß zustande kam, an dem — ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, kann ich das behaupten — eine Anzahl Mitglieder teilgenommen haben, die infolge der mangelhaften Diskussion über die Frage nicht ganz klar gewesen sind. Meine Herren, es ist das ja von dem Herrn Abgeordneten von Varnbühler**) gleich dar-

*) Am 19. Mai 1879. In zweiter Lesung wurde der Antrag abgelehnt. Am 11. Juli 1879 wurde er jedoch mit 153 gegen 152 Stimmen angenommen.

**) Varnbühler hatte noch am 11. Juli 1879 unter Position 22, Leinengarn, Leinwand und andere Leinenwaren, geäußert: „Sie werden es wohl nicht empfindlich nehmen, wenn ich die Ueberzeugung ausspreche, daß Sie bei dem Beschluß über die Auflage eines Zolles auf den Flachs teilweise unbeachtet gelassen haben, daß Sie Jute und andere ähnliche vegetabilische Spinnstoffe auch mit einem Zoll belegt haben. Ich nehme deswegen an, daß es nicht die Absicht war, diese Stoffe auch damit zu treffen, und mein Antrag geht daher dahin, durch eine Anmerkung zu 22 dieselben vom Zoll zu befreien. Der Antrag lautet: „Anmerkung zu a: Jute, Manilahanf und Kokosfasern, roh, geröstet, gebrochen und gehechelt: frei.“ Grützner erklärte: „Ich ergreife die Gelegenheit, zu erklären, daß ich in der Einführung des Flachszolles eine große Schädigung der Leinenindustrie erblicke“, und Windthorst: „Ich habe den Eindruck gehabt, daß der Zoll auf Flachs heute morgen in einer gewissen Eile und aus einem Versehen bewilligt worden ist.“

auf bei Gelegenheit der Leinenzölle konstatiert worden, wo das Prinzip dieses Beschlusses durch die Annahme seines Antrags bereits durchbrochen wurde. Wenn das Haus seinen Antrag annahm, in einer Bemerkung zu § 22a, Jute und Kokosfasern frei zu lassen, so geschah dies deshalb, weil eine andere Form für diese Freilassung nicht mehr möglich war; aber schön lautet der Zolltarif jetzt dadurch nicht. Wenn jetzt die Nr. 8 so lautet: Flachs und andere vegetabilische Spinnstoffe, mit Ausnahme der Baumwolle, sollen einen Zoll von 1 Mark zahlen, tatsächlich aber nicht bloß die Baumwolle, sondern auch die Kokosfaser und die Jute freigelassen worden ist, so ist das ein innerer Widerspruch, der schon formell nicht wohl bestehen bleiben kann, und ich möchte die Herren Antragsteller in Parenthese bei der Gelegenheit doch fragen, ob sie es nicht für notwendig halten, für den Fall ihr heutiger Antrag angenommen wird, den damaligen Antrag Varnbühler, also die Freilassung der Jute und Kokosfaser, bei Gelegenheit von 22a zu streichen; es scheint mir sonst ein Widerspruch vorzuliegen, und ich würde es den Herren Antragstellern anheim geben, etwa bei der dritten Lesung, wenn sie es heute nicht tun wollen, in Konsequenz des Antrags, der heute hoffentlich angenommen werden wird, die Anmerkung zu Position 22a als formell unzulässig oder mindestens überflüssig wieder in Wegfall zu bringen. Damals wurde den Ausführungen des Herrn von Varnbühler von keiner Seite widersprochen, und ebensowenig wurde dem Abgeordneten Windthorst widersprochen, der später*) den formellen Antrag einbrachte, die Einführung des Flachszolls auf den 1. Juli zu verschieben, und zwar ausdrücklich mit dem Hinweis darauf, daß das Haus etwas getan habe, was nach seiner Ueberzeugung reformiert werden müsse, was aber auf anderem Wege nicht reformiert werden könne, und zwar aus formellen Gründen, weil ja die dritte Lesung bereits beendet war und also die Frei-

*) Am 11. Juli 1879.

gebung des Flachses nur durch die schließliche Ablehnung des ganzen Gesetzes hätte bewirkt werden können. Also auch damals ist von keiner Seite der Motivierung des Abgeordneten Windthorst widersprochen worden.

Ich behaupte nun nicht, daß alle diejenigen Mitglieder, die damals für den Antrag Windthorst stimmten, nun positiv verpflichtet sind, auf grund der Kontinuität der Beschlüsse dieses Hauses heute für die Aufhebung des Flachszolls zu stimmen. Aber ganz gewiß, meine Herren, kann noch viel weniger gesagt werden, daß nun diejenigen Mitglieder, die ursprünglich für die Einführung des Flachszolls und dann für den Antrag Windthorst gestimmt haben, nun aus irgend welchen Gründen moralisch verpflichtet sein könnten, heute gegen den Antrag Windthorst-Varnbühler zu stimmen; ich glaube, meine Herren, das wird mir von keiner Seite bestritten werden.

Nun, meine Herren, ist ja im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Diskussion über den Antrag Windthorst von jener Seite des Hauses mit einem gewissen Hohne darauf hingewiesen worden, daß das doch eigentümlich sei, daß die Majorität schon bei der Beratung des Tarifgesetzes selbst zugestehe, daß sie einen Fehler gemacht habe. Meine Herren, ich glaube, daß die Majorität sich dessen in keiner Weise zu schämen hat. Bei einer so komplizierten Arbeit und Leistung, wie die große Zollreform des vorigen Jahres es war, ist es doch wahrhaftig begreiflich, sehr leicht möglich und vollständig entschuldbar, wenn bei einer einzelnen Position, die vielen Mitgliedern nur von untergeordnetem Wert erschien, ein Versehen unterläuft. Im Gegenteil, meine Herren, ich bin stolz darauf, daß die damalige Majorität diesen Fehler sofort, nachdem sie ihn einsah, ruhig als solchen konstatiert hat, und darin unterscheiden wir uns im wesentlichen gerade von der Richtung, die früher in wirtschaftlichen Dingen hier im Hause in der Majorität war. Meine Herren, ich erinnere mich sehr gut aus Privatgesprächen im Jahre 1877, als die Ausglei-

chungsabgabe von der Regierung eingebracht wurde,*) daß sehr viele von den Herren, die nachher dagegen gestimmt haben, mir erklärten, ja an sich sei die Sache ganz richtig, aber principiis obsta, wir dürfen hier nicht im Prinzip nachgeben, wir können gar nicht wissen, zu welchen Konsequenzen das führt. Meine Herren, ich glaube, das ist der größte Fehler, den man in wirtschaftlichen Dingen überhaupt machen kann. Das sage ich auch: principiis obsta, aber wir wenden diesen Grundsatz nur auf Fehler an, die wir machen könnten oder gemacht haben, nicht aber auf die Festhaltung irriger Konsequenzen eines an sich richtigen Prinzips. Meine Herren, ich glaube, darin liegt der Hauptunterschied zwischen der Auffassung, die ich die Ehre habe, hier im Hause zu vertreten, und der Auffassung**) der radikalen Freihändler, und ich muß sagen, es ist mir sogar eine Genugtuung, dies heute vor dem Lande abermals zu konstatieren.

Meine Herren, worin liegt nun der Fehler, den wir gemacht haben? Die Ausführungen des Herrn Vorredners haben versucht, uns den Nachweis zu liefern, daß der Schutzzoll, den die Leinenindustrie genießt, und auf der anderen Seite die Rücksicht, die auf die Hebung des Flachsbaues genommen werden müsse, daß diese die Ablehnung des Antrags, der uns heute beschäftigt, auf der einen Seite notwendig mache, auf der anderen Seite nicht zu einer Kalamität werden lasse. Ich will auf diese Ausführung nicht näher eingehen — es wird dies ja von technischer Seite noch später geschehen — aber hauptsächlich deshalb nicht, weil es mir in der Tat auf seine Argumente hier gar nicht anzukommen scheint, diese Argumente mir vielmehr vollständig im Hintergrunde stehen. Der Kernpunkt, weshalb der Flachszoll unter den heutigen Umständen unmöglich ist, liegt darin, daß wir einen Zoll auf Wolle,

---

*) Vergleiche die Verhandlungen vom 25. April 1877, S. 180 ff. dieses Bandes.

**) S. 648.

Baumwolle und dergleichen Konkurrenzstoffe nicht haben. Es ist eine Tatsache, die mir von keiner Seite widerlegt*) werden wird, daß gerade die Leinenindustrie einen Existenzkampf kämpft auf Leben und Tod mit der Baumwollenindustrie, daß sie Schritt für Schritt von derselben zurückgedrängt wird und aus natürlichen Gründen zurückgedrängt werden muß. Daß sie während des amerikanischen Sezessionskrieges einen ungeahnten Aufschwung genommen hatte, erklärt sich sehr leicht daraus, daß eben die Baumwolle damals nicht mehr in genügender Quantität zu beschaffen war; daß die Leinenindustrie aber seitdem durch das Ueberhandnehmen der Baumwolle zurückgedrängt wird und selbst ihre heutige Position mit der Zeit gar nicht mehr wird halten können, ist Tatsache. Und eine solche Industrie, meine Herren, wollen Sie der Uebermacht der Baumwolle gegenüber auch noch dadurch schädigen, daß Sie die Baumwolle frei lassen, während Sie das Rohmaterial für diese Industrie besteuern? Dadurch würden Sie, meine Herren, etwas tun, was nach meiner Ansicht den Ausführungen eines Redners im Hause diametral widerspricht, der gemeint hat, durch Einführung des Flachszolles würde er der Verwendung von leinenen Kleidungsstücken wieder aufhelfen. Das Gegenteil würde geschehen, Sie würden gerade dadurch die Uebung, leinene Stoffe zu verwenden, in sehr hohem Maße schädigen, weil sie noch mehr als bisher gegen Baumwollengewebe verteuert würden.

Meine Herren, keinem einzigen Industriezweig haben wir durch die Zollreform im vorigen Jahre seinen Rohstoff verteuert, wenigstens keinem Industriezweig, der mit einem solchen zu konkurrieren hat, der seinen Rohstoff zollfrei einführt. Holz und Gerberlohe sind vielleicht die einzigen erheblichen Rohmaterialien für Fabrikationszweige, die man mit einem Zoll belegt hat; aber, meine Herren, wir haben Holzwaren und Leder noch in viel höherer Weise mit Zoll belegt, und

---

*) Im Text „widersprochen".

es besteht kein Industriezweig, der mit diesen Industrieartikeln konkurriert, welcher keinen Zoll für seine Rohstoffe hat. Es ist ja möglich, daß die Fortschritte der Chemie, wie schon jetzt vielfach in den Zeitungen ventiliert wird, eines Tages so weit kommen, daß dem lohgaren Leder die Konkurrenz mit einem Leder gemacht wird, das mit zollfrei einzuführenden chemischen Stoffen gegerbt wird. Meine Herren, ich weiß nicht, wie weit diese Versuche zu Resultaten bisher gekommen sind, aber das halte ich für ganz unzweifelhaft, daß, wenn in der Tat die Lohgerberei heute konkurrieren muß und ernsthaft konkurrieren muß mit einem Leder, das mit zollfrei eingeführten Stoffen gegerbt wird, daß wir dann den Lohzoll wieder abschaffen müssen. Meine Herren, es ist vielleicht niemand im Hause, der von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des Lohzolles so überzeugt ist wie ich; aber wenn die angeführte Voraussetzung eintritt, so, glaube ich, kann uns die natürliche logische Konsequenz zu gar keinem anderen Entschlusse führen.

Meine Herren, ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Leinenindustrie den Kampf mit der Baumwolle mit so außerordentlichem Nachteil heute und immer führen wird, daß ich der Ansicht bin, daß auch nicht die leiseste Erschwerung dieser Industrie zuteil werden darf, und, man mag über die Bedeutung des Zolls auf Flachs von 1 Mark denken, wie man wolle, ich bin überzeugt, daß das kleinste Steinchen hier das Faß zum Ueberlaufen bringen kann. Es liegt also eine große Gefahr, und zwar nicht bloß für die Großindustrie, sondern vor allen Dingen für die Hausindustrie, die ja in sehr erheblicher Weise Leinenspinnerei und Weberei ist, vor. Meine Herren, wenn aber dem so ist, so, glaube ich, kann in der Tat der Landwirtschaft auch ihrerseits kein größerer Nachteil zugefügt werden, als indem wir den Flachszoll einführen, denn der Flachsbau kann doch nur das dringendste Interesse haben an einer blühenden Leinenindustrie. Sobald die Leinenindustrie zurückgeht oder aufhört, was soll der Flachsbau dann machen? Exportieren können Sie den Flachs nicht, wenigstens

nicht in erheblicher Weise, und der Markt, den der Flachs im Inlande hat, wird ihm entzogen und verkümmert durch jede Schädigung der Leinenindustrie. Wenn Sie darüber zweifelhaft sein sollten, meine Herren, so vergleichen Sie doch nur einmal die Petitionen, die in dem Hause über diesen Gegenstand eingegangen sind. Darüber war wohl kein Interessent, weder der Landwirtschaft, noch der Leinenindustrie zweifelhaft, daß diese Frage im Reichstage diesmal zur Diskussion kommen würde. Nun lesen Sie die Petitionen durch! Wir haben von allen Interessenten der Leinenindustrie, von allen Handelskammern, welche die Leinenindustrie vertreten, ohne Ausnahme die dringendsten Petitionen bekommen, den Flachszoll wieder aufzuheben, weil sie die allergrößten Gefahren davon erwarten, während wir von den landwirtschaftlichen Interessenten, soviel ich weiß, überhaupt keine Petitionen bekommen haben, und das, was ich über die Stimmung dieser Kreise erfahren habe, das läßt sich dahin zusammenfassen, daß sich eine Anzahl von Landwirten entschieden dafür und eine Anzahl von Landwirten ebenso entschieden dagegen erklärt hat. Es wird niemand leugnen, daß eine große Zahl von Landwirten in dem Zolle eine Schädigung für den Flachsbau selbst sehen oder ihn für ganz gleichgiltig halten.

Meine Herren, nach meiner Meinung schädigt also die Einführung des Flachszolls den Flachsbau selbst auf das empfindlichste, indem sie den Markt für seine Erzeugnisse reduziert oder möglicherweise vernichtet, sie bildet vielmehr einzig und allein eine Fabrikatsprämie, oder, wenn Sie so wollen, einen neuen Schutzzoll für die Verwendung der Baumwolle, also ein Geschenk an eine Industrie, die dieses Geschenk gar nicht verlangt und es im Gegenteil zurückweist. Mir liegt die Baumwollenindustrie ebenso am Herzen wie die Leinenindustrie, vielleicht in noch höherem Maße, weil sie eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt und ein noch größeres Kapital absorbiert. Aber, meine Herren, der Baumwollenindustrie ist im vorigen Jahre

durch den Zolltarif vollständig Rechnung getragen, ihr aber noch eine Prämie zu geben zum Schaden der ohnehin durch ihre Konkurrenz schwer leidenden Leinenindustrie, damit kann ich mich nicht einverstanden erklären.

Meine Herren, ich bitte Sie somit im Interesse der Leinenindustrie, der Großindustrie sowohl wie der Hausindustrie, und im Interesse des Flachsbaues selbst, nehmen Sie den Antrag der Abgeordneten Windthorst und Freiherrn von Varnbühler an und stellen Sie dadurch die Harmonie wieder her, die wir im vorigen Jahre durch den Zolltarif, wenn auch nicht in absoluter Weise, aber doch in einem höheren Maße erreicht haben, als dies bisher in einem deutschen Zolltarif der Fall gewesen ist.

Die Beseitigung des Flachszolles wurde noch am 12. April 1880 in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung, am 16. April, und die Gesamtabstimmung am 17. April 1880, hatten dasselbe Ergebnis. Damit war das Versehen vom 11. Juli 1879 wieder ausgemerzt.

Einunddreißigste Sitzung
Freitag, den 16. April 1880

Transitverkehr und Veredlungsverkehr für Getreide

Im Anschluß an den Antrag Windthorst-von Varnbühler-Stellter auf Aufhebung des Flachszolles hatte Eugen Richter am 12. April 1880 einen Unterantrag gestellt, welcher die ganze Frage des Transitverkehrs für Getreide aufrollte (Nr. 93 der Drucksachen). Derselbe lautete: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 7 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 in Nr. 1 und 3 in einer den Interessen der einheimischen Mühlenindustrie, des Handels und der Landwirtschaft entsprechenden Weise abändert, insbesondere den Nachweis der Identität bei der mit Rücksicht auf die Ausfuhr gestatteten zollfreien Einfuhr von Getreide insoweit erläßt, daß gestattet wird, soviel ausländisches Getreide auf die Transitlager beziehentlich in die Mühlen zollfrei einzuführen, wie von denselben Stellen aus Getreide oder Mehl (letzteres dem Ausbeuteverhältnis entsprechend) zur Ausfuhr in das Ausland gelangt.“ § 7, Absatz 1 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 bestimmte: „1. Für die in Nr. 9 des Tarifes (Getreide usw.) aufgeführten Waren, wenn sie ausschließlich zum Absatze ins Zollausland bestimmt sind, werden Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß, in welchen die Behandlung und Umpackung der gelagerten Ware uneingeschränkt und ohne Anmeldung und die Mischung derselben mit inländischer Ware zulässig ist, mit der Maßgabe bewilligt, daß bei der Ausfuhr dieser gemischten Ware der in der Mischung enthaltene Prozentsatz von ausländischer Ware als

die zollfreie Menge der Durchfuhr anzusehen ist. Für Waren der bezeichneten Art, welche zum Absatz entweder in das Zollausland oder in das Zollinland bestimmt sind, können solche Transitlager bewilligt werden.“ Absatz 3 dagegen lautete: „Für Mühlenfabrikate (Nr. 25 g 2 des Tarifes) wird eine Erleichterung dahin gewährt, daß bei der Ausfuhr der Eingangszoll für das ausländische Getreide nach dem Prozentsatz des zur Herstellung des Fabrikats zur Verwendung gelangten ausländischen Getreides nachgelassen wird. Dabei soll für die bescheinigte Ausfuhr an Mehl eine dem Ausbeuteverhältnis entsprechende Gewichtsmenge an ausländischem Getreide zollfrei eingelassen werden. Ueber das hierbei in Rechnung zu stellende Ausbeuteverhältnis trifft der Bundesrat Bestimmung.“

An den Antrag Richter schlossen sich weitere Unteranträge. So der Antrag Graf zu Stolberg-Freiherr von Heereman-von Kardorff (Nr. 109 der Drucksachen), vom 14. April 1880, welcher dahin ging, „der Reichstag wolle unter Ablehnung des Antrages Richter (Nr. 93 der Drucksachen) beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 7 Nr. 3 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 dahin abändert, daß der Nachweis der Identität bei der mit Rücksicht auf die Ausfuhr von Mehl gestatteten zollfreien Einfuhr von Getreide insoweit erlassen werde, daß gestattet wird, soviel ausländisches Getreide in die Mühlen zollfrei einzuführen, als von denselben Stellen aus Mehl (dem Ausbeuteverhältnis entsprechend) zur Ausfuhr ins Ausland gelangt.“ So ferner der Antrag Rickert und Genossen (Nr. 117 der Drucksachen) vom 16. April 1880, welcher den Antrag Stolberg als Punkt 1 enthielt, ihm aber für den Fall der Annahme als Nr. 2 folgenden Zusatz anfügte: „2. ferner einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 7 Nr. 1 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 dahin abändert, daß der Nachweis der Identität bei der mit Rücksicht auf die Ausfuhr gestatteten zollfreien Einfuhr von Getreide insoweit erlassen werde, daß gestattet wird, soviel ausländisches Getreide auf die Transitlager zollfrei einzuführen, wie von denselben Stellen aus Getreide zur Ausfuhr in das Ausland gelangt.“

In der Erörterung am 16. April 1880 vertraten Richter, Graf zu Stolberg und Rickert ihre Anträge. Ferner sprach sich Heilig für den Antrag Richter aus. Der Bevollmächtigte zum Bundesrat, Direktor im Reichsschatzamt, Burchard, erklärte die Angelegenheit kaum schon für spruchreif, da der Bundesrat noch nicht einmal die ihm durch § 7 des Zolltarifgesetzes auferlegten

Regulativbestimmungen erlassen habe. Als einziger Redner gegen alle drei Anträge sprach Stumm.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, ich werde Ihnen keine lange Rede halten; nachdem aber bisher kein Redner gegen die vorliegenden Anträge zum Wort gekommen ist, halte ich doch für notwendig, meinerseits kurz zu motivieren, weshalb ich gegen sämtliche vorliegende Anträge stimmen werde.

Meine Herren, es ist wohl niemand im Hause, der ein lebhafteres Interesse hat als ich, den Veredlungsverkehr sowohl wie den Transitverkehr zu schützen und in jeder Beziehung zu unterstützen. Ich glaube, dafür bei Gelegenheit der Zolltarifberatungen im vorigen Jahre tatsächliche Beweise gegeben zu haben, indessen, meine Herren, diese Begünstigung muß da ihre Grenze finden, wo Mißbrauch mit solchen Erleichterungen verbunden sein kann, und, meine Herren, meiner Auffassung nach ist die Möglichkeit dieses Mißbrauchs bei sämtlichen hier vorliegenden Anträgen, bei dem einen in größerem, bei dem anderen in geringerem Maße vorhanden. Der Herr Regierungskommissar hat vollkommen recht, wenn er gemeint hat, daß durch Annahme dieser Anträge resp. durch Sanktionierung derselben durch die Reichsregierung, nachdem sie in diesem Hause angenommen sein würden, ein ähnlicher Zustand geschaffen werde, wie er in Frankreich hinsichtlich der acquits à caution besteht. Meine Herren, wir haben über diese acquits sowohl hier im Hause wie in seinem Vorgänger, dem Zollparlamente, so oft verhandelt, daß ich nicht glaube es notwendig zu haben, Ihnen im einzelnen die Mißstände, ja die gewissermaßen betrügerischen Manipulationen, die mit diesem System verbunden sind, vorzuführen. Wenn hier die Bestimmung getroffen werden soll, daß im Getreide- resp. Mehlhandel auf grund einer einfachen Quittung über die Einfuhr einer gewissen Getreidesorte — ob nach einer Mühle oder einem

*) S. 752.

Transitlager, ist mir ganz einerlei — dafür ein bestimmtes Quantum Getreide oder Mehl ausgeführt werden kann, ohne daß der Einfuhrzoll entrichtet wird, nun, meine Herren, ist das genau dasselbe Prinzip, welches in Frankreich in bezug auf die acquits für Eisen besteht, ja, es wirkt hier noch schlimmer, weil beispielsweise der Einfuhr eines bestimmten Quantums von Roggen ein entsprechendes Quantum von Weizenmehl als Ausfuhr gegenübergestellt werden kann. Dadurch wird auf der einen Seite die Reichskasse geschädigt, auf der anderen Seite wird in dem von mir angeführten Fall wenigstens unzweifelhaft der Roggenzoll für die ganze Gegend, um die es sich handelt, als Schutzzoll illusorisch gemacht. Nun könnte man vielleicht einwenden, die Reichsregierung wird im Gesetz schon Vorkehrungen dagegen treffen, indem sie beispielsweise in das Gesetz aufnimmt: es kann nur Weizen für Weizen und Roggen für Roggen ausgeführt werden. Das würde vielleicht für das Getreide selbst gehen, für die Kompensation mit Mehl wäre es jedenfalls wirkungslos; denn wie Sie alle wissen, wird Mehl vielfach im gemischten Zustand ausgeführt. Wie soll es der Zollbehörde bei der Ausfuhr möglich sein, genau die Mischungsverhältnisse des betreffenden Mehls nachzuweisen, wenn nicht die Kontrolle der Zollbehörde bei Bereitung des Mehls bereits stattgefunden hat? Durch Annahme der Anträge sanktionieren Sie also, wie ich glaube, einen Mißbrauch, ja es wird geradezu dem Betruge dadurch Tür und Tor geöffnet. Ich bin also der Ansicht und würde auch für eine Resolution stimmen, die etwa die Regierung auffordert, uns noch weitere Erleichterungen im Transit- und Veredlungsverkehr für Getreide und Mehl vorzuschlagen. Nach den Ausführungen des Herrn Regierungskommissars glaube ich annehmen zu können, daß die Reichsregierung eine solche Frage ohnehin ventiliert und uns vielleicht im nächsten Jahre eine derartige Vorlage macht. Diese Vorlage wird die von mir*)

*) S. 753.

geschilderten Uebelstände sicherlich ausschließen, und werde ich dann sehr gern bereit sein, dafür zu stimmen. Für die vorliegenden Anträge kann ich aber nach bestem Wissen*) und Gewissen nicht stimmen.

(Bravo! rechts.)

In der Abstimmung wurde der Antrag Rickert und Genossen mit 111 gegen 108 Stimmen angenommen. Ebenso wurde der Antrag Stolberg angenommen, womit der Antrag Richter gefallen war. Die Resolution war damit endgiltig angenommen. Sie lautete (Nr. 121 der Drucksachen): „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

1. Dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 7, Nr. 3 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 dahin abändert, daß der Nachweis der Identität bei der mit Rücksicht auf die Ausfuhr von Mehl gestatteten zollfreien Einfuhr von Getreide insoweit erlassen werde, daß gestattet wird, soviel ausländisches Getreide in die Mühlen zollfrei einzuführen, als von denselben Stellen aus Mehl (dem Ausbeuteverhältnis entsprechend) zur Ausfuhr ins Ausland gelangt.
2. Ferner einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 7, Nr. 1 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 dahin abändert, daß der Nachweis der Identität bei der mit Rücksicht auf die Ausfuhr gestatteten zollfreien Einfuhr von Getreide insoweit erlassen werde, daß gestattet wird, soviel ausländisches Getreide auf die Transitlager zollfrei einzuführen, wie von denselben Stellen aus Getreide zur Ausfuhr in das Ausland gelangt."

---

*) Im Text steht „Willen".

Neunzehnte Sitzung
Montag, den 21. März 1881

Schutzzollpolitik

Am 21. März 1881 fand die dritte Beratung des Reichshaushaltsplanes für das Jahr 1881/82 (Nr. 14 und Nr. 61 der Anlagen) statt. Stumm eröffnete die Generalerörterung mit einer großen Programmrede, welche im Eingange auch andere Gegenstände streifte, aber im wesentlichen Inhalte einer Verteidigung der Schutzzollpolitik galt, welche seit dem 15. Juli 1879 das Wirtschaftsleben des Reiches beherrschte.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, in der ersten**) und auch in der zweiten***) Lesung des Etats sind von der radikalen wirtschaftlichen und politischen Opposition Angriffe gegen die Reichsregierung erhoben worden, die ein wahres Zerrbild unserer politischen und wirtschaftlichen Lage gegeben haben. Diese Angriffe sind ja teilweise bereits genügend widerlegt worden, nichtsdestoweniger ist aber eine Anzahl von Angriffen übrig geblieben, von denen ich mich verpflichtet fühle, nachzuweisen, daß sie auf falschen Prämissen beruhen, ja, daß

*) S. 428.

**) Die erste Lesung fand am 24. und 25. Februar 1881 statt.

***) Die zweite Lesung fand am 28. Februar, 3., 11., 12., 14., 16., 17. und 18. März 1881 statt.

diese Prämissen sogar durch die Tatsachen in den wenigen Wochen, die seit der ersten und dritten Lesung verflossen sind, ausdrücklich widerlegt worden sind, wie das die ursprünglichen Angreifer gar nicht leugnen können.

Meine Herren, an der Spitze der Opposition hat hier, wie überall, der Herr Abgeordnete Richter gestanden, der seine ganze Etatrede so zuspitzte, daß sie mit logischer Notwendigkeit in dem Schlußworte gipfelte: „wenn es so fortgehe, so ruiniere der Kanzler sich und das Land.“*) Meine Herren, zum Beweise dessen hat uns der Herr Abgeordnete Richter zunächst das alte Paradepferd wieder vorgeritten von den Versprechungen, welche gemacht, aber nicht gehalten worden wären. Meine Herren, ich glaube, man sollte doch mit dieser Redensart ein für allemal abbrechen. Daß Versprechungen gegeben wurden nicht bloß vom Herrn Reichskanzler, sondern auch von der rechten Seite dieses Hauses, ist von niemandem jemals bestritten worden, und, meine Herren, ich denke, daß, wenn auch nur die Mehrheit, die heute besteht, noch eine Reihe von Jahren erhalten wird, diese Versprechungen auch gehalten werden können, weil dann die Prämissen zutreffen, auf grund deren diese Versprechen überhaupt gemacht werden konnten. Sie werden doch nicht leugnen, daß Sie einen erheblichen Teil der Einnahmen, die in den Regierungsvorlagen vom Jahre 1879 vorgeschlagen waren, abgelehnt haben. Sie haben die Tabaksteuer erheblich ermäßigt, Sie haben den Korinthenzoll und die ganze Reihe derjenigen Steuervorlagen, die damals in frage standen, abgelehnt, und der Herr Abgeordnete Richter weiß selbst am besten, wenn er immer wieder die Rechnung von den 130 Millionen aufmacht, daß die Einnahmen aus der Tabaksteuer eben ihre Konstanz noch nicht

---

*) Am 24. Februar 1881 hatte Eugen Richter seine Rede mit dem Satze geschlossen: „Gehen wir auf dem betretenen Wege nur weiter fort, so ruiniert zuletzt der Herr Reichskanzler sich selbst und er ruiniert das Land.“

erreicht haben. Wenn wir heute eine Mehreinnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern von 90 Millionen haben und der Herr Abgeordnete Richter behauptet, sie käme, sobald der neue Tarif voll zur Perzeption gelangt sein werde, auf 130 Millionen Mark, so gibt er selbst zu, daß wir noch 40 Millionen mehr zu erwarten haben; ich gebe das freilich nicht zu, weil die Rechnung des Herrn Abgeordneten Richter zu hoch ist, aber daß zwar noch nicht im nächsten Jahr, wohl aber im nächstnächsten Jahr 20 Millionen mehr aus dem Tabak erzielt werden wie heute, das ist vorauszusehen, und das wird erst die Erleichterung der Einzelstaaten voll erreichen lassen, welche die Steuerreform, insoweit sie bisher angenommen worden war, in Aussicht stellte.

Nun, meine Herren, trotz alledem, trotzdem also, daß Sie die von der Regierung gemachten Vorlagen erheblich abgeschwächt haben, trotzdem, daß wir heute noch nicht den vollen Ertrag der Vorlagen haben, ist doch ein sehr erkleckliches Resultat zur Entlastung der Einzelstaaten bereits erreicht worden, und der Herr Abgeordnete Richter hat sehr unrecht, wenn er gleich im Anfang seiner Rede bei der Generaldebatte das als etwas so ganz unbedeutendes hinstellt. Der Herr Abgeordnete Richter hat bloß aus den anderthalb Millionen Mark*) deduziert, welche der künftige Etat gegen das laufende Jahr als Minderbelastung enthält. Wenn er daran wörtlich die Konklusionen knüpft**):

> „Auf diese Weise sehen Sie also, daß die Wirkung des vielgerühmten Franckensteinischen Antrags***) gleich null ist“

*) Eugen Richter hatte am 24. Februar 1881 gesagt: „Uebrig bleibt die zwar sehr unerwünschte, aber sehr lehrreiche Tatsache, daß im Verhältnis zum Vorjahr der Vorteil für die Einzelstaaten aus den neuen Zöllen und Steuern sich nur auf das Trinkgeld von anderthalb Millionen Mark beziffert, das macht für jeden Reichsbürger noch nicht 4 Pf im Durchschnitt.“

**) Anführungen aus Richters Rede vom 24. Februar 1881.

***) Die Klausel Franckenstein war die Bestimmung des Zoll-

oder

„bei dieser Arbeitsteilung, nämlich bei der Einnahmebewilligung auf der einen Seite und der Ausgabebewilligung auf der anderen Seite, bilanzieren sich die Ziffern, und es bleibt so gut wie nichts übrig —"

so war der Herr Abgeordnete Richter absolut nicht berechtigt, diese Aeußerungen auf die Differenz zwischen dem künftigen und dem laufenden Jahre anzuwenden, sondern wenn er den Vergleich zutreffend ziehen wollte, so mußte er den ganzen Effekt der mit dem Franckensteinischen Antrag verbundenen Steuerreform in betracht ziehen, er mußte das Jahr 1879 nehmen und nicht das Jahr 1881 mit 1880 vergleichen.

Nun, meine Herren, wie stellt sich in der Tat die Sache dar? 66 Millionen werden bereits den Einzelstaaten überwiesen. Diesen 66 Millionen steht eine Vermehrung der Matrikularbeiträge von 13 Millionen gegenüber, es bleibt also eine Erleichterung der Einzelstaaten übrig infolge der Zollreform von 53 Millionen, das macht nicht 4 Pf pro Kopf, was Herr Eugen Richter als ein „kleines Trinkgeld" bezeichnete, sondern 1 Mark 20 Pf pro Kopf, das ist das dreißigfache von dem, was der Herr Abgeordnete Richter bei der Gelegenheit angeführt hatte. Sechs Seiten später in Ihrem stenographischen Bericht sind Sie allerdings auf ähnliche Konklusionen gekommen wie ich, hier vorn aber stehen die von mir verlesenen abstrakten Sätze, deren Behauptungen völlig unrichtig sind, und der Leser, der den Anfang liest und das spätere

---

gesetzes von 1879, daß von dem Reinertrage der Eingangszölle und der Tabaksteuer nur 130 Millionen Mark in die Reichskasse fließen sollten, während der Mehrbetrag an die Bundesstaaten zu verteilen war, und zwar nach demselben Maßstabe der Bevölkerung, nach welchem von ihnen die Matrikularbeiträge für das Reich erhoben wurden. Sie wurde später auf die Reichsstempelabgaben und auf die Branntweinsteuer ausgedehnt.

überschlägt, weil es ihm zu lang wird, der muß eben aus diesen Sätzen ganz falsche Konklusionen ziehen.

(Heiterkeit.)

Sie werden doch nicht von jedem Wähler verlangen, daß er 20 Seiten stenographischen Bericht liest.

Nun, meine Herren, handelt es sich für uns nicht darum, ob die 53 Millionen von den Einzelstaaten direkt zu Steuererleichterungen verwendet werden konnten. Es genügt für uns, daß wir die Einzelstaaten entlasteten. Was die mit der Entlastung weiter machen konnten, hing von den speziellen Verhältnissen ab, um die wir uns nicht weiter zu bekümmern hatten. Uebrigens hat in Preußen auf einen Mitantrag des Herrn Abgeordneten Richter bereits ein Steuererlaß von 14 Millionen stattgefunden, und wenn derselbe nicht größer gewesen ist, so weiß Herr Eugen Richter am besten, daß das lediglich darin seinen Grund hat, daß in Preußen ein Defizit bestanden hatte, und daß, wenn die Zollreform nicht zustande gekommen wäre, auch Herr Richter und seine Freunde gezwungen gewesen wären, im Wege der Erhöhung der direkten Steuern dieses Defizit wegzuschaffen.

(Sehr richtig! rechts.)

Also die Erleichterung der Einzelstaaten um 53 Millionen, ob sie auf direkte oder indirekte Weise erfolgt, das ist gleichgiltig.*) Erfolgt ist sie, das werden Sie nicht wegdisputieren.

Nun ist ja neben den 53 Millionen hergegangen eine ganz bedeutende Erhöhung der Schlagfertigkeit unserer Armee, und Herr Richter hat auch bei dieser Gelegenheit ein Rechenexempel gemacht, das, obwohl ich es nicht als absolut unrichtig hinstellen will, doch im Zusammenhang nicht als richtig erscheint. Er sagt, daß die Vermehrung der Armee, die wir durch die Militärnovelle**) bewilligt haben, erst in zwölf

*) S. 419.

**) Am 24. Februar 1881 sagte Richter: „Darauf möchte ich doch nun von vornherein bemerken, daß die Militärnovelle in diesem

Jahren perfekt würde, erst in 12 Jahren als eine Totalvermehrung von 100 000 Rekruten und ebensovielen Ersatzreservisten hervortreten würde. Das Faktum ist ja richtig, daß in 12 Jahren die ganze Organisation erst perfekt werden wird und ungefähr diese Zahlen herauskommen; die Konklusion, daß in jedem der 12 Jahre nur pro rata eines Zwölftels die Armee vermehrt werden wird, ist aber falsch. Nicht explicite, aber implicite muß jeder diese Schlußfolgerung ziehen, der den Passus liest. Sie wissen alle, daß im nächsten Etatsjahr wir nicht etwa 12 000 Ersatzreservisten einziehen, die als Regel angenommen sind, sondern 30 000 Mann, und daß die Militärverwaltung von vornherein bei Beratung des Gesetzes erklärt hat, daß sie zwar die regelmäßige Ziffer auf 12 000 bemißt, daß sie aber in den ersten Jahren sehr viel schärfer mit der Heranziehung vorgehen werde, bis die Normalzahl von 100 000 erreicht ist. Wir werden diesen Normaletat von 100 000 Mann Verstärkung der Armee durch die Ersatzreservisten also sehr viel früher als in 12 Jahren erreichen, in diesem einen Jahre fast schon ein Drittel davon.

Der Herr Abgeordnete Richter hat uns zwar bei der Generaldebatte gesagt, daß er auf die Verstärkung der Armee keinen großen Wert legen könne, der Herr Reichskanzler habe uns eine lange Aera des Friedens verbürgt;*) und er fordert deshalb die Budgetkommission auf, gehörige Abstriche zu machen und „mit vielen Millionen" — das waren seine eigenen Worte — Abstrichen vorzugehen. Was ist nun in der Budgetkommission geschehen? Der Herr Abgeordnete Richter

---

Augenblick noch gar nicht praktisch ist und daß sie überhaupt erst nach zwölf Jahren ihre volle Wirkung haben wird. Erst nach zwölf Jahren, wenn zwölf mal das erhöhte Rekrutenkontingent von je 8000 Mann ausgehoben sein wird, wird die Kriegsstärke sich um 100 000 Mann erhöht haben."

*) Diese Aeußerung Bismarcks fiel im preußischen Abgeordnetenhause. Richter hatte sie in seiner Rede vom 24. Februar 1881 gegen die Militärvorlage von 1880 ausgespielt.

oder seine Freunde, — er ist selbst ja nicht in der Kommission — haben gar keine Anträge in dieser Beziehung gestellt, weder in der Kommission noch hier im Hause. Die Anträge, die gestellt wurden, waren zunächst der Antrag des Herrn Referenten, daß wir mit Rücksicht auf die bisher gemachten tatsächlichen Ersparnisse von 360 000 Mark von vornherein eine Ersparnis von 400 000 Mark bei den Manquements einstellen sollten; dem hat die Kommission und das Haus zugestimmt. Dann hatte der Abgeordnete Rickert einen Antrag gestellt, den er aber im Plenum nicht aufrecht erhalten hat, weil, wie ich glaube, er sich selbst überzeugt hatte, daß er faktisch nicht annehmbar war. Und schließlich wurde ein Antrag von Herrn von Franckenstein in der Kommission gestellt und im Hause in ähnlicher Weise wieder aufgenommen. Für diesen Antrag hat der Herr Abgeordnete Richter sich wohl ausgesprochen, aber nicht mit der ihm sonst innewohnenden Wärme; er hat selbst zugegeben, daß der Antrag in gewisser Beziehung mit dem Verfassungsrecht nicht im Einklang stände. Der Antrag wurde abgelehnt. Wäre er aber auch angenommen worden, was wäre daraus erfolgt? Doch nicht ein Abstrich von „vielen Millionen", die Herr Richter in Aussicht stellte, sondern ein Abstrich von 500 000 Mark, das heißt, um mich der klassischen Sprache des Herrn Abgeordneten zu bedienen, „ein Trinkgeld" *) von 1 Pfennig pro Kopf.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wenn ich mich nach dem Grund frage, weshalb der Herr Abgeordnete Richter und seine Freunde diese volltönenden Versprechungen, welche sie hinsichtlich der Abstriche im Militäretat in erster Lesung ankündigten, schließlich nicht aufrecht erhalten haben, so kann ich mir nur denken, daß sie bei ihren zahlreichen Reisen, die sie in letzter Zeit

(Aha! links.)

mit Erfolg, wie ich leider zugeben muß, einzelnen Wahlkreisen

*) Anspielung auf Richters Rede vom 24. Februar 1881, S. 386 d. B. Anmerkung.

näher gebracht haben, die Erfahrung machten, daß, so sehr auch sonst ihre gegen die Regierung gerichteten Verdächtigungen Boden bei manchen Wählern gefunden haben mögen, doch ihre Angriffe auf die Schlagfertigkeit der Armee sehr wenig Anklang fanden und daß die Nation heut vielleicht mehr wie je mit Rücksicht auf die schrecklichen Ereignisse, die wir in unserem großen Nachbarlande erlebt haben,*) daß heut die Nation mehr wie je durchdrungen ist von der Notwendigkeit geordneter Staatszustände und von der Notwendigkeit einer starken Armee als Bollwerk dieser geordneten Staatszustände nach innen und außen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, das ist die Erklärung für mich, ich kann mir keine andere denken, Herr Richter wird ja vielleicht Gelegenheit haben, uns eine andere zu geben, aber ich glaube, daß, wenn Herr Richter heute seine erste Rede über den Militäretat wieder zu halten hätte, dieselbe ganz anders ausfallen würde.

Meine Herren, einen zweiten Beweis für die Mißregierung, die jetzt auf allen Gebieten bei uns herrschen soll, hat Herr Richter darin zu finden gesucht, daß er der Staatsregierung auf mehreren Seiten seines stenographischen Berichts einzelne Gesetze vorhielt, die im vorigen Jahre unter den Tisch des Hauses gefallen seien und trotzdem in diesem Jahre wieder eingebracht worden sind; er hat mit der gößten Emphase geäußert, eine größere Nichtachtung des Reichstages sei nicht denkbar, als daß die Regierung das Gesetz über die Küstenfrachtfahrt**) wieder vorlegte, ebenso das Gesetz — lex Tiedemanniana***) nannte er es, glaube ich — von dem sie

*) Die russischen Attentate vom 14. April, 1. Dezember 1879, 17. Februar 1880 und 13. März 1881. Dem letzteren war der Zar Alexander II. zum Opfer gefallen.

**) Gesetzentwurf, betreffend die Küstenfrachtfahrt (Nr. 29 und 47 der Drucksachen).

***) Gesetz über die Dienstwohnungen der Reichsbeamten.

wissen mußte, daß ihnen kein Mensch im Hause die geringste Würdigung zuwenden werde. Daß die Regierung es wage, dem Hause solche Gesetze wieder vorzulegen, da höre alles auf. Meine Herren, das Gesetz über die Küstenfrachtfahrt haben wir soeben angenommen, die lex Tiedemanniana ist an eine Kommission verwiesen und die hat, wenn meine Nachrichten mich nicht täuschen, dieses Gesetz auch mit ziemlich erheblicher Majorität angenommen, und ich möchte glauben, daß dasselbe auch im Hause Annahme findet. Das Gesetz über die Verfassungsänderung,*) welches Herr Richter auch so hinstellte, als ob hier im Hause kein Mensch sich dafür interessiere, das Gesetz ist in eine Kommission verwiesen worden; ich weiß natürlich nicht, wie die Majorität sich dort stellen wird, es haben sich aber sehr bedeutende Teile dieses Hauses bereits sehr lebhaft dafür ausgesprochen und, wie auch sein Schicksal sein wird, jedenfalls hat das Gesetz hier im Hause volle Beachtung gefunden und verdient keinesfalls die Abweisung, wie sie Herr Richter ihm zuteil werden läßt. Was die Steuergesetze**) anlangt, so wollen wir ruhig abwarten, wie die Sache geht; jedenfalls glaube ich aber, daß in bezug auf die Börsensteuer kaum eine Meinungsverschiedenheit im Hause besteht, und daß von diesen von Herrn Richter so abfällig kritisierten Steuergesetzen die Börsensteuer jedenfalls alle Aussicht und allen Grund hat, hier im Hause angenommen zu werden.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Rickert***) seinen neuen politischen Freund sehr wirksam dadurch unter-

*) Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Artikel 13, 24, 69, 72 der Reichsverfassung (Nr. 5 der Drucksachen). Derselbe war nach dreimaliger Beratung in der Vollsitzung am 10. März einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen worden.

**) Die erste Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend die Erhebung der Brausteuer und von Reichsstempelabgaben (Nr. 57, 58, 59 der Drucksachen), fand bereits am 28. März statt.

***) Am 25. Februar 1881 hatte Rickert gesagt: „Dient es

stützt, daß er die unglücklichen Verhältnisse, welche im Deutschen Reiche bestehen sollen, mit zurückführte auf den Rassenkampf, der von antisemitischer Seite angestachelt worden sei. Meine Herren, er machte dafür gleichzeitig die Regierung verantwortlich und gewisse Parteien, die der Regierung näher ständen. Ich weiß nicht, ob er meine Partei auch damit gemeint hat, sonst würde ich ihm darauf erwidern, daß mein Freund Graf Bethusy-Huc der erste war, der hier im Hause von dieser Stelle aus einen sehr lauten Protest gegen diese antisemitische Bewegung ausgesprochen hat.

(Widerspruch.)*)

Meine Herren, wenn der Herr Abgeordnete Rickert uns nicht gemeint hat,

(Zuruf: Bethusy-Huc nicht!)

dann muß ich ihm gestehen, daß ich ihm trotzdem den von ihm ausgesprochenen Vorwurf direkt zurückgeben muß. Der Konflikt, den ich indirekt im preußischen Abgeordnetenhause, in der Presse, teilweise auch hier im Hause, mit dem Herrn Abgeordneten Rickert gehabt habe, führt sich zurück auf ein Gedicht,**) welches in einer antisemitischen Zeitung gestanden hat, und welches ich selbst, von dem Grundsatze ausgehend, daß es mir ganz gleichgiltig ist, ob die Erregung des Klassenhasses von hyperkonservativer oder hyperdemokratischer Seite ausgeht, verboten habe, mit meinen Kollegen, den Arbeit-

---

der Einigkeit der Nation, wenn jetzt aus den Reihen derselben Partei, von der die offiziellen Regierungsorgane sagen, daß sie befreundet mit der gegenwärtigen Regierung sei, ein Rassenhaß in dem Volk gefördert wird, welcher wahrhaftig nicht dazu angetan ist, einigend zu wirken, sondern eine Kluft hineinbringt, wie wir sie nie erlebt haben?" Der Angriff ging auf den Antisemitismus einer konservativen Gruppe.

*) S. 430.

**) Das Gedicht: „Der alte Arbeiter" betitelt, verspottete Bismarck und die Unfallversicherung und war in dem „Neunkircher Tageblatt" abgedrückt worden. Daraufhin hatte Stumm dasselbe in dem Bereiche des Neunkircher Eisenwerkes verboten.

gebern in Saarbrücken, als aufregend, als Klassenhaß erregend, als sozialdemokratisch wirkend verboten habe; während der Herr Abgeordnete Rickert seinerseits dieses antisemitische Gedicht ausdrücklich in Schutz genommen hat. Meine Herren, was beweist das? Das beweist: wenn die antisemitische Bewegung Rassenhaß verbreitet, so tadeln Sie das, verbreitet die Bewegung aber Klassenhaß, so paßt Ihnen die Sache; und ich muß sagen: so sehr ich die Anregung und Aufreizung zum Rassenhaß verdamme, so halte ich die Aufreizung zum Klassenhaß für viel gefährlicher, da es sich hier um eine viel größere Masse von Arbeitern und anderen Personen handelt, die nicht nur persönlich in Gefahr kommen, sondern durch deren persönliche Gefährdung auch die Staatsgewalt und der Staat selbst in seinen Grundfesten erschüttert wird. Wenn Herr Dr. Bamberger, ironisch auf Herrn Oechelhäuser zeigend, gemeint hat, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung"*) habe jeden Freihändler für einen Nihilisten gehalten, so ist ja klar, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", wenn sie das gesagt haben sollte, ich weiß es nicht, ganz ungeheuer übertrieben hat, und ich schließe mich dem Tadel darüber gern an. Aber, meine Herren, ein Körnchen Wahrheit liegt doch darin,

(Heiterkeit links)

ein Körnchen Wahrheit liegt doch darin, und zwar nicht etwa in der Weise, daß Herr Oechelhäuser, oder Herr Bam-

*) Bamberger hatte am 16. März über die unerwartete Wendung, daß eine Zollerörterung entstanden war, gesagt: „Zunächst hat sie unserm verehrten Kollegen Oechelhäuser Gelegenheit gegeben, die ganze Frage mit einer Schärfe und umfassenden Betrachtung hier wieder dem Hause vorzuführen, die sicher ihren Eindruck nicht verfehlen wird. Die Darstellung des geehrten Kollegen war mir aber auch um deshalb interessant, weil ich gerade heute in einem der Regierung nahestehenden Blatt gelesen habe, die Freihändler seien eigentlich diejenigen, welche den russischen Nihilisten am meisten verwandt sind."

berger, oder Herr Rickert irgendwie zu den Nihilisten halten —

(Heiterkeit links)

— das gebe ich zu, — wohl aber darin, meine Herren, daß gewisse radikale Organe, die ihre Opposition in politischer Beziehung auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, allerdings eine Sprache führen, die schließlich dahin führen muß, daß eine Aufregung in den Massen entsteht, über deren Tragweite sich niemand von vornherein im klaren sein kann.

(Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich will das noch etwas näher nachweisen, ich denke zwar, daß ich bei Gelegenheit der Debatte über die Ausführung des Sozialistengesetzes*) Gelegenheit haben werde, in die Sache etwas breiter und gemächlicher einzugehen, als der Herr Präsident, wie ich fürchte, es mir heute gestatten würde. Ich möchte aber zum Beweise meiner Behauptung heute schon die Tatsache anführen, daß gerade das „Neunkircher Tageblatt", welches Herr Kollege Rickert für ein fortschrittliches hält und das von der Fortschrittspartei nicht verleugnet wird, ausdrücklich anerkennt, daß die Fortschritte der Sozialdemokratie wesentlich der fortschrittlichen Agitation zuzuschreiben seien. Meine Herren, wenn Sie und Ihre eigenen Blätter zugeben, daß die fortschrittliche Agitation zur Sozialdemokratie führe, so dürfen Sie nur die New Yorker Berichte über die Vorgänge lesen, welche dort stattgefunden haben, um zu wissen, wohin die Sozialdemokratie führt. Meine Herren, das Körnchen Wahrheit— ohne jemand persönlich zu nahe zu treten — können Sie nach Ihren eigenen Behauptungen also nicht leugnen,

(Widerspruch links.)

die Absicht behaupte ich nicht, aber die Wirkung.

Nun, meine Herren, ist es ja ganz klar, daß die Hauptangriffe, die seitens der Opposition gegen die Reichsregierung er-

---

*) Die Denkschrift über die Anordnungen auf grund des Sozialistengesetzes (Nr. 30 der Drucksachen) kam am 30. März zur Verhandlung.

hoben worden, die Zollpolitik betreffen. Es hat mich gewundert, daß die große Entschiedenheit und Heftigkeit, mit der diese Debatten früher geführt wurden, jetzt einem ziemlich elegischen Ton Platz gemacht haben. Noch im vorigen Jahr schrieb z. B. Herr Richter wenigstens mit großer Emphase die Vermehrung des Schmuggels der neuen Zollpolitik zu; das war nicht viel, aber es war wenigstens etwas.*) Heute beschränkt man sich auf Berichte einiger Konsumvereine**) und kommt zu dem Resultat: man müsse die ehrliche Probe machen, Zahlen beweisen gar nichts, ein Jahr sei so kurz, daß man jetzt noch gar nichts sagen könne. Nun, meine Herren, was zunächst das letztere anlangt, so ist der Zolltarif nicht seit einem Jahre eingeführt, sondern, was die Eisenzölle anlangt, die in ihrer Wirkung vom Sperrgesetze datiert werden müssen, seit beinahe zwei Jahren.***) Und dann muß ich sagen, wenn jemand an einem schleichenden Gift leidet und er bekommt plötzlich ein Gegenmittel von einem Arzt und er wird gesund innerhalb dreier Tage oder 24 Stunden, so kann man doch nicht behaupten, er wäre vielleicht auch gesund geworden,

---

*) Am 25. Februar 1880. S. S. 355 ff. d. B.

**) Am 24. Februar 1881 hatte Richter gesagt: „Uns liegt hier der Bericht eines Konsumvereins in Neustadt bei Magdeburg vor, von einem Verein, für den ich mich stets sehr interessiert habe", dieser „spricht von der Teuerung, wie es sich zeigt, wie diese Klassen nun dazu übergehen müssen, billigere Surrogate zu genießen, statt der teueren Butter amerikanisches Schmalz, billigen Sirup, an Stelle des Specks und Corned-Beef tritt der billige Hering." Er behauptet schließlich, „daß nach diesen Nachweisungen nur in diesen beiden Artikeln „amerikanisches Schmalz" und „Petroleum" bloß auf die Mitglieder dieses Vereins eine Zollbelastung von 11 000 Mark kommt."

***) Nach dem Gesetze, betreffend die vorläufige Einführung des Zolltarifes (Nr. 178 der Drucksachen), dessen erste Beratung am 19. Mai 1879 stattgefunden hatte, das der Tarifkommission überwiesen worden war und am 27. Mai 1879 den Reichstag in zweiter Lesung und am 28. Mai in dritter Lesung beschäftigt hatte. Dasselbe war sofort in Kraft getreten.

wenn er das Gegenmittel nicht bekommen hätte, oder man müsse abwarten, ob er nun zehn Jahre lang gesund bleibe, oder man müsse seinen Gesundheitszustand auf zehn Jahre zurück untersuchen, um zu wissen, ob der Kranke nicht ohne das Gegenmittel auch gesund geworden wäre. Das scheint mir eine unzulässige Logik zu sein; aber vor allem haben Sie, als Sie die Majorität in diesem Hause hatten, diese Logik nicht beobachtet. Im Jahre 1873 wurde der Antrag auf Aufhebung des Eisenzolles gestellt,*) obwohl damals nur monatelange Erfahrungen vorlagen, welche die Beweggründe liefern konnten, die die Regierung damals vorgebracht hat. Ja, als wir damals darauf hinwiesen, daß eigentlich gar kein Beweis für eine irgendwie dauernde Besserung vorläge, wurden wir sogar mit Zukunftsmusik vertröstet, und das Hauptargument der Regierung war, daß infolge der neuen Staatsbahnbauten in Preußen 2000000 Zentner neuer Schienen gebraucht werden würden, eine vollständig verschwindende Zahl gegen die 40000000 Zentner Roheisen, die in Deutschland produziert**) werden. Mein verehrter Freund Behr hielt es gar nicht für notwendig, etwas zu beweisen; er sagte: Axiome spricht man aus, aber man beweist sie nicht, und ich glaube, daß das die maßgebende Gesinnung der großen Mehrheit derer war, die damals die Aufhebung der Eisenzölle ohne jeden Nachweis bewilligt hat. Nun, meine Herren, sagen Sie jetzt, Zahlen beweisen nichts, und werfen uns vor, daß wir mit Zahlen operieren, während in früheren Zeiten — ich habe mir die Mühe gegeben, die Verhandlungen des Zollparlaments und auch später des Reichstags nachzulesen, und habe gefunden, daß gerade Sie mit nackten Zahlen operierten und uns den Vorwurf machten, daß wir die Statistik nach allen Richtungen hin als mustergiltig nicht anerkennen wollten, weil wir sagten: Zahlen beweisen an sich nichts, wir müssen

*) Antrag Behr (Nr. 88 der Drucksachen). Vergl. S. 106 d. B.

**) Stumm hatte das bereits in seiner Rede vom 20. Juni 1873 widerlegt. Vergl. S. 142 d. B.

sie auf ihren Wert untersuchen. Jetzt sagen Sie, Zahlen beweisen nichts, wenn sie nicht durch die freihändlerische Brille angesehen werden. Ich erinnere hier noch an die große Entrüstung, die auf Ihrer (linken) Seite laut wurde, als vom Regierungstisch aus eine Kritik über das statistische Bureau sowie über dessen Vorsteher und seine Zuverlässigkeit geltend gemacht wurde, es war damals eine Entrüstung, als ob gewissermaßen ein Majestätsverbrechen vorliege. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, so mangelhaft die Statistik sein mag, so läßt sich doch aus den Zahlen immerhin relatives beweisen, wenn auch nicht absolutes; jetzt bestreiten Sie sogar das relative.*)

Am ungerechtfertigtsten aber ist der Vorwurf, den Herr Bamberger uns gemacht hat, wenn er sagte, wir fangen mit einemmale an, auf die Ausfuhr einen gewissen Wert zu legen, früher hätten wir das für eine Lappalie gehalten. Ich habe mir deswegen gestern — ich habe kein genügend gutes Gedächtnis dafür — die Mühe genommen, meine Rede vom Jahre 1879 über die Roheisenzölle**) durchzulesen, und habe gefunden, daß ich drei bis vier Seiten nur über die Bedeutung der Ausfuhr gesprochen und erklärt habe, ich würde niemals der Maßregel meine Zustimmung geben, wenn die Ausfuhr dadurch gefährdet würde; ich habe nachgewiesen, daß durch die beabsichtigte Maßregel die Ausfuhr nicht nur nicht leiden, sondern daß sie sogar einen Nutzen davon haben würde, und habe mich ausdrücklich mit dem Vorschlag des Herrn Abgeordneten Delbrück einverstanden erklärt, der dahin ging, jede zulässige Erleichterung für die zollfreie Einfuhr, für den Veredlungsverkehr der verschiedenen Eisenwaren, resp. Rohmaterialien, zu unterstützen. Ich muß also das auf das entschiedenste zurückweisen, als ob von unserer Seite der Wert der Ausfuhr zurückgesetzt worden wäre. Herr Bamberger hätte viel besser getan, diesen Vorwurf an die Adresse seines

*) S. 431.
**) Die Rede vom 16. Mai 1879. S. 258 d. B.

Freundes Oechelhäuser*) zu richten, der gesagt hat: es ist ganz gleichgiltig, was ein- und was ausgeführt wird, die wirtschaftliche Lage des betreffenden Landes ist von der Zollpolitik vollständig unabhängig, es ist ganz gleichgiltig, ob Schutzzoll, ob Freihandel, — und hat das in einer ganzen Reihe von Jahren nachzuweisen gesucht — das sind Dinge, die von keiner Bedeutung sind, es gibt ganz andere bestimmende Faktoren, die wir nicht deklinieren können; wir können weder durch die Statistik noch durch die Aus- und Einfuhrlisten der Beurteilung der Sache näher treten. Ich bedauere, daß Herr Oechelhäuser heute nicht auf seinem Platz ist, er wird wohl Gelegenheit haben, mir später zu erwidern, wenn er meine Rede gelesen haben wird.

Herr Bamberger hat ferner darauf hingewiesen, daß das Zeugnis des Herrn Oechelhäuser, der früher 20 Jahre Schutzzöllner gewesen und nun plötzlich Freihändler geworden sei,**) außerordentlich wichtig, jedenfalls weit wichtiger sei als das des Herrn Reichskanzlers, der umgekehrt vom Freihandel zum Schutzzoll übergegangen sei. Meine Herren, ich glaube, der Vergleich deckt sich absolut nicht. Der Herr Reichskanzler hat mit der Offenheit, die wir von ihm gewohnt sind und an ihm bewundern, erklärt, daß er früher neben der Bewältigung anderer wichtiger Staatsgeschäfte nicht Zeit gefunden habe, um sich der wirtschaftlichen Fragen eingehender anzunehmen,***) und daß er der Autorität, auf die er damals

---

*) Am 16. März 1881. Oechelhäuser hatte behauptet: „daß der Zollpolitik von 1879 durchaus kein Anteil an dem Aufschwung gebührt, daß sogar in bestimmter Richtung sich ein schädlicher Einfluß nachweisen läßt.“

**) Bamberger hatte am 16. März 1881 Oechelhäuser Bismarck gegenübergestellt und gesagt: „Ich habe Ihnen nun ein Gegenstück in dem Kollegen Oechelhäuser vorzuführen, er sagte: er war vor zwanzig Jahren Schutzzöllner, und ist heute Freihändler.“

***) Bismarck tat diese Aeußerung am 5. Februar 1881 im preußischen Abgeordnetenhause gegenüber einer Rede von Eugen Richter, der ihm wechselnde Ueberzeugungen in Zollsachen vorgeworfen hatte. Bismarck sagte: „Ich habe gar nicht gewechselt;

in diesen Dingen vertraut habe, die Verantwortlichkeit dafür überlassen mußte; seitdem er aber durch den Abgang dieser Autorität gezwungen gewesen sei, diese Fragen selbst eingehend zu studieren, sei er unbedingt zu dem Standpunkt gekommen, auf dem er jetzt stehe. Von einem Meinungswechsel des Herrn Reichskanzlers ist also ernsthaft keine Rede, während Herr Oechelhäuser uns hier erklärt hat, daß er seit 30 oder 40 Jahren sich nur mit diesen Dingen beschäftigt habe und daß er auf das gründlichste alle Industriezweige kenne. Ein derartiger Wechsel ist mir doch sehr bedenklich. Und der Wechsel ist nicht etwa direkt erfolgt vom Schutzzoll zum Freihandel; nein, Herr Oechelhäuser ist sogar in seiner letzten Rede über den Standpunkt, den er noch im Jahre 1879 eingenommen hatte, wo er auf grund der allergründlichsten Kenntnisse und

---

bevor ich den Zollsachen persönlich näher getreten bin, habe ich überhaupt gar keine eigene Ueberzeugung vertreten, sondern die meines Kollegen Delbrück, den ich für den richtigen Mann an der richtigen Stelle hielt, ich hatte keine Zeit zu eigenen Ansichten. Denken Sie sich die Aufgabe, damals nur die auswärtigen Geschäfte zu führen, wo ich in allem andern neu war, und wo das ganze Deutschland in einer Gärung war, wo man sehr rechts und links sehen mußte, daß einen die Welle nicht wegspülte, da habe ich keine Zeit gehabt, mich um Handelspolitik selbst zu kümmern, erst der Rücktritt Delbrücks hat mich dazu gezwungen, da war ich genötigt, mir eigene Ansichten zu bilden und sie auszusprechen. Daß ich früher andere gehabt hätte, kann ich eigentlich nicht sagen, man könnte ebensogut mit mir darüber streiten, ob ich in irgend einer wissenschaftlichen Frage dieser oder jener Meinung, dieser oder jener Theorie gewesen. Ich habe damals keine Zeit gefunden, mir ein ganz bestimmtes Bild von Handelspolitik zu machen. Ich bestreite, daß meine Ansichten von früher den heutigen entgegengesetzt wären, weil sie gar nicht existierten, ich war der folgsame Schüler des Herrn Delbrück, und ich habe Delbrücks Ansichten ausgesprochen, wenn ich dergleichen ausgesprochen habe; nachdem er mir die Gemeinschaft gekündigt hatte, bin ich gezwungen gewesen, eigene zu vertreten; die sind vielleicht in manchen Dingen von den seinigen abweichend, aber ich habe früher entgegengesetzte, die ich gewechselt hätte, nicht gehabt."

Ermittlungen zu plädieren vorgab, mit einem Saltomortale zum radikalen Freihandel übergesprungen. Ich habe die Reden des Herrn Oechelhäuser heute nachgelesen und habe gefunden, daß sich Herr Oechelhäuser 1879*) noch für die Einführung der Eisenzölle und gewisser Industriezölle aussprach und sich in seinem Schlußvotum wesentlich gegen die Viehzölle und die landwirtschaftlichen Zölle überhaupt wandte, während Sie gehört haben, daß er jetzt das ganze System von 1879 mit einem Schlage verurteilt und erklärt, daß er hoffe, das Volk der Denker werde endlich darüber klar werden, daß der ganze Unsinn, den wir 1879 gemacht hätten, — so waren seine Worte, zwar nicht wörtlich, aber doch dem Sinne nach — möglichst bald von der Bildfläche verschwinden müsse. Herr Oechelhäuser hat allerdings im Jahre 1879 die Objektivität soweit getrieben, daß, nachdem er sich für die Eisenzölle ausgesprochen hatte, er an der Abstimmung selbst nicht teilnahm, sondern als entschuldigt im stenographischen Bericht steht. Das ist gewiß ein sehr großer Beweis von Objektivität, ob es aber ein Beweis von einer großen Ueberzeugungstreue ist, möchte ich einigermaßen bezweifeln. Ebenso wenig glücklich wie Herr Oechelhäuser in der Begründung seiner Prinzipien ist, ist er aber auch im Detail seiner Ausführungen. Ich will Ihnen die ganze Reihe seiner Zahlen, die, wie ich glaube, gar nicht zur Sache gehört, von 1872 bis 1878 und 1880 nicht einzeln vorführen. Ich will Ihnen nur an einem Beispiele beweisen, wie Herr Oechelhäuser argumentiert. Er sagte uns, das Jahr 1873 war unzweifelhaft das günstigste Jahr für die deutsche Eisenindustrie, das Jahr 1878 war ebenso unzweifelhaft das allerungünstigste, nun sind im Jahre 1873 10 Millionen Zentner englisches Roheisen eingeführt worden und 1878 weit weniger. Dies beweise einfach, daß die Einfuhr von Roheisen nicht als Nachteil für die Eisenindustrie gelten kann. Meine Herren, wenn Herr Oechelhäuser

*) In der Rede vom 5. Mai 1879.

sich die Mühe genommen hätte, die Zolldebatten von 1879 auch nur einigermaßen pro und contra zu studieren, so würde er gefunden haben, daß diese für ihn ganz auffällige Erscheinung von uns damals gründlich beleuchtet worden war. Ich habe damals ausdrücklich erklärt*): in einem Moment, wo das Land nicht genug Produkte erzeugen kann, wo die Produktion also in die Höhe geht, ohne den Bedürfnissen des Konsums zu genügen, ist die Einfuhr von Roheisen natürlich ein Segen, nicht nur für das Land, sondern auch für die Eisenindustrie; sowie aber die Eisenindustrie in ihrer Produktion zurückgeht und der inländische Markt nicht einmal dasjenige konsumieren kann, was bei normalen Zeiten produziert wird, so wird selbst die allergeringste Ziffer der Einfuhr zum erheblichen Nachteil und dient dazu, den Topf überlaufen zu lassen. Ebenso liegt es mit der Ausfuhr. Die Ausfuhr, die stattfindet in einem Moment, wo mit Verlust gearbeitet wird, wo, nur um die Arbeiter bezahlen zu können, à tout prix verkauft wird, die wirkt, wie ich es einmal verglichen habe, wie bei dem Bauer, dem der Wucherer die letzte Kuh aus dem Stalle exportiert;**) während die Ausfuhr, die mit steigender Produktion und lohnenden Preisen in Verbindung steht, als Beweis des Aufschwungs der Eisenindustrie wird bezeichnet werden können.

Meine Herren, daß aber die Produktion im vorigen Jahre erheblich zugenommen hat, das ist Ihnen bis jetzt noch nicht vorgetragen worden, und ich erlaube mir deshalb, Ihnen einige wenige Zahlen zu nennen. Die Statistik für das Deutsche Reich resp. für den Zollverein ist zwar noch nicht abgeschlossen,

*) Am 16. Mai 1879 sagte Stumm (S. 273 d. B.): „Als wir nicht Eisen genug machten, als wir einen Konsum hatten von 144,7 Pfund pro Kopf, bedeuteten die 13 Millionen (englische Einfuhr) einfach eine Notwendigkeit, eine Wohltat."

**) Am 16. Mai 1879 sagte Stumm (S. 281 d. B.): „Es geht dabei ganz ebenso wie mit dem Export eines bankerotten Geschäfts, einer Kuh, die der betreffende Halsabschneider dem Bauer, dem er sein letztes Geld abgenommen hat, aus dem Stalle exportiert."

aber ein Vortrag des Geheimen Bergrats Wedding, der über die preußischen Verhältnisse Autorität ist, hat sie für Preußen geliefert, und ich möchte Ihnen aus dessen Zahlen einiges mitteilen. Sie werden mir zugeben, daß die Verhältnisse von Preußen ziemlich mit denen des Reichs zusammenfallen. Meine Herren, es hat die preußische Roheisenproduktion im Jahre 1880 zugenommen um 23 Prozent gegen 1879, die Produktion von Schweißeisen um 11 Prozent und die Produktion von Flußeisen um 33 Prozent. Wenn bei einer so bedeutenden Produktion nun noch eine Zunahme der Ausfuhr hinzukommt, dann wird man nicht mehr sagen können, daß es sich um eine Ausfuhr mit Verlust handelt, sondern um eine produktive Ausfuhr.

Wenn Sie diese Zahlen hier in Verbindung bringen mit denen, die Herr von Kardorff angeführt hat,*) so werden Sie nicht mehr behaupten können, daß letztere nichts beweisen. Das hat ja Herr von Kardorff selbst zugegeben, daß er mit seinen Zahlen nur das hat widerlegen wollen, daß**) seit der Einführung des Zolls die Ausfuhr zurückgegangen sei. Herr von Kardorff hätte noch weiter gehen können, wenn er nicht die Schonung gegen seine Gegner, die wir so oft an ihm bewundern, besäße, er würde, glaube ich, haben konstatieren können, daß seine Zahlen auch einen gewissen positiven Beweis enthalten. Das wird von niemanden bestritten, daß in den Zahlen von 1879 die Durchfuhr teilweise einbegriffen ist und daß sie sich deshalb mit denen von 1880 nicht absolut vergleichen lassen. Aber das eigentümliche ist, daß der Export des Jahres 1880 ohne Durchfuhr, also für die richtigen konkreten Zahlen, höher ist als der Export im Jahre 1879 inklusive Durchfuhr; das ist ein Resultat,

*) Am 25. Februar 1881. Von Kardorff hatte aus dem Dezemberheft 1880 des „Archivs des Statistischen Bureaus“ für Textilwaren, Eisen, Glaswaren, Lederwaren, Leinenwaren, Kleider, Papier- und Seidenwaren den Aufschwung nachgewiesen.

**) S. 432.

das absolut feststeht. Im Jahre 1880 sind ausgeführt worden an Eisen und Eisenwaren, mit Ausnahme von Roheisen, 669 000 Tonnen — ohne Durchfuhr also — und im Jahre 1879 sind inklusive Durchfuhr ausgeführt worden 542 000 Tonnen, also eine sehr erhebliche Mehrausfuhr im Jahre 1880, selbst wenn man für das Jahr 1879 die Durchfuhr nicht abzieht. Auf diese Zahlen, werden Sie zugeben, hat die spekulative Einfuhr von Rohmaterialien, die vor Einführung des Zolltarifes resp. des Sperrgesetzes stattgefunden hat, unmöglich eingewirkt. Ich könnte Ihnen alle die einzelnen Zahlen in derselben Weise beleuchten, ich behalte mir das eventuell für die Spezialdebatte des Titels für Zölle und Verbrauchssteuern vor, ich befürchte sonst, der Herr Präsident würde mir eine Abkürzung meiner Ausführungen anempfehlen.

Nun ist auch von den Löhnen die Rede gewesen. Bei den Löhnen hat eigentlich die größere Mehrheit der Gegner zugegeben, daß gewisse Steigerungen stattgefunden haben.*) Der Herr Abgeordnete Sonnemann hat Herrn von Kardorff gegenüber konstatiert, bei einem Werk,**) das er angeführt hat, betrage diese Erhöhung nur 14 Mark pro Kopf, also weniger als die Verteuerung der Lebensbedürfnisse durch die Zölle. Ich fordere Herrn Sonnemann auf, bei der Spezialdebatte, wenn er vielleicht heute nicht dazu kommen sollte, mir nachzuweisen, wie diese Mehrbelastung von 14 Mark pro Kopf herauskommt infolge der Zölle von Petroleum, Tabak, Nahrungsmitteln usw. Ich habe doch in seinem und ihm nahestehenden Blättern Kalkulationen genug gelesen, aber eine Belastung von 14 Mark pro Kopf ist mir noch nicht vorgekommen. Nun hat sich Herr Sonnemann gerade ein Werk herausgesucht, das notorisch in den ungünstigsten Verhältnissen

*) Dagegen hatte Oechelhäuser am 16. März gesagt, er stelle bei den Arbeitnehmern eine Steigerung des Verdienstes ganz entschieden in Abrede.

**) Bei der Dortmunder Union. Sonnemanns Rede vom 16. März 1881.

steht, und damit hat er ganz gewiß die Behauptung des Herrn von Kardorff nicht widerlegt, daß die Lohnerhöhungen im allgemeinen von größerer Tragweite gewesen sind und bis zu 33 Prozent betrugen, — eine einzelne Schwalbe macht den Sommer nicht, das wird Herr Sonnemann auch zugeben.

Ich möchte zur Illustration dieser Lohnfrage ein paar Zahlen kurz anführen. Im Saarbrückenschen, glaube ich, liegen die Verhältnisse der Kohlen- und Eisenindustrie wohl ziemlich am günstigsten in Deutschland. Die Kohlenindustrie wird fast als Monopol betrieben,*) und die Eisenindustrie liegt in den Händen weniger Privatgesellschaften,**) sie wird von ihnen ziemlich patriarchalisch betrieben. Jedenfalls finden die Schwankungen in den Verkaufspreisen dort verhältnismäßig auf die Löhne nur geringe Anwendung. Obwohl dort, wie gesagt, durch die vorherrschenden patriarchalischen Verhältnisse — bisher waren sie so, ob sie es bleiben werden, weiß ich nicht, — nur geringe Lohnschwankungen erfolgen, habe ich trotzdem Zusammenstellungen machen lassen, wie sich in den drei Hauptwerken: den fiskalischen Steinkohlengruben, in Burbach **) und auf dem Neunkircher Werk,**) die Lohnverhältnisse seit 1879 gestaltet haben, und da komme ich zu folgendem Resultat: in Burbach hat pro Kopf des Arbeiters eine Lohnerhöhung stattgefunden von jährlich 93,22 Mark, in Neunkirchen von 25,20 Mark und auf den Königlichen Saarbrücker Gruben von 34

*) Mit Ausnahme der Privatgrube Hostenbach liegt der ganze Kohlenbergbau des preußischen Saargebietes in den Händen des preußischen Staates.

**) Im ganzen gibt es nur fünf große Eisenhütten im Saargebiet, das Neunkircher Eisenwerk der Firma Gebrüder Stumm, die Firma Rudolf Böcking & Cie. (Halbergerhütte), die Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke (Dillingerhütte), die Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhüttenaktiengesellschaft (Burbacherhütte) und die Völklingerhütte, nachmals Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke (Völklingen).

Mark, — pro Jahr und Kopf des Arbeiters. Das sind Ziffern, die mich in Erstaunen gesetzt haben und die nur darauf zurückzuführen sind, daß auch dort durch die Mehrarbeit, die vorlag, der einzelne Arbeiter mehr Schichten verfahren hat als früher. Eine absolute Steigerung der Löhne hat auch stattgefunden, dieselbe ist aber nicht so hoch; darauf kommt es aber weniger an, was der Arbeiter wirklich pro Tag mehr verdient, sondern es kommt im wesentlichen darauf an, was er pro Jahr verdient. Die Ziffern, die ich mitgeteilt habe, beweisen gewiß, daß die Zahlen des Herrn von Kardorff für die übrigen Industriegegenden richtig sind, denn ich glaube, daß nirgends in der Welt in der Eisen- und Kohlenindustrie die Lohnschwankungen so gering sind als in Saarbrücken.

Dem steht nun zur Seite, wie das ja auch von keiner Seite bestritten ist, eine Erhöhung der Rentabilität für die Arbeitgeber. Herr Oechelhäuser sagt: für die Arbeitgeber gebe er die Besserung zu, für die Arbeiter nicht.*) Wenn diese Besserung der Rentabilität der Etablissements, die ich nicht näher zu beweisen brauche — ich will das nötigenfalls nachholen bei der Spezialdebatte — verbunden wäre mit einer sehr erheblichen Verteuerung der Preise, dann würde vom Standpunkt des Nationalwohlstandes aus vielleicht mit einem gewissen Bedauern darauf zurückgeblickt werden können. Das ist aber nicht der Fall, die Hauptartikel stehen heute fast genau so, nur um wenige Mark teurer, die für die Konsumenten nicht in betracht kommen, im Preise, wie sie zur Zeit des Freihandels gestanden haben, und wenn ich mich frage: wie erklärt sich, wenn die Rohprodukte teurer sind und der Lohn gestiegen ist und die Fabrikate fast dieselben Preise zeigen, die erhöhte Rentabilität? so sage ich: das Faktum in dem Maße, wie es eingetreten ist, überrascht mich selbst, aber die Erklärung ist sehr einfach. Sie liegt darin: ein Etablissement, das schwach arbeitet, das keinen Kredit und keinen eigenen Markt

---

*) Am 16. März 1881.

hat, das überall Mißtrauen begegnet, wird immer relativ teurer arbeiten als ein Etablissement, das seine Kräfte vollauf ausnützen kann. Merkwürdigerweise, meine Herren, macht die einzige Ausnahme von der Regel, die ich eben genannt habe — fast die einzige, es sind auch noch ein paar andere, z. B. Stahlschienen — aber im wesentlichen sind die einzigen Artikel, welche eine Ausnahme bilden, graues Roheisen und gußeiserne Röhren, diejenigen beiden Artikel, die Herr Oechelhäuser gerade für sein Geschäft gebraucht. Ich will daraus keineswegs den Schluß ziehen und habe es oft genug getadelt, wenn persönliche Invektiven erhoben werden, daß Herr Oechelhäuser persönliche Interessen verfolgt, aber, meine Herren, die Behauptung des Herrn Oechelhäuser, daß er für seine Privatverhältnisse von den Zöllen nicht tangiert werde, ist absolut falsch. Ich bin bereit, mathematisch nachzuweisen, daß Gießereiroheisen und gußeiserne Röhren, das erstere um den Betrag des Zolls, das andere um den Betrag der acquits-à-caution*) gestiegen sind, und zwar, weil das englische Roheisen, das Kuppelofenmaterial,**) in Deutschland zurzeit noch nicht ganz entbehrt werden kann, und weil die gußeisernen Röhren ihren Marktpreis früher von Pont-à-Mousson***) und Marquise†) bestimmt erhielten, durch den Wegfall der Wirkung der acquits-à-caution um diesen Betrag teurer geworden sind. Alles übrige, mit Ausnahme von Schienen — und dazu kommen noch einige kleinere Positionen — ist schließlich fast auf demselben Preise geblieben.

---

*) Der französischen Ausfuhrprämie, vergl. S. 14, S. 108, S. 207 d. B.

**) In den Kuppelöfen oder Kupolöfen der Gießereien wird das fremde Roheisen umgeschmolzen, um zum Guß verwandt zu werden.

***) Französische Gießerei im Departement Meurthe et Moselle, Arrondissement Nancy.

†) Französische Gießerei im Departement Pas-de-Calais, Arrondissement Boulogne.

Nun ist uns von Herrn Bamberger*) eingeworfen worden: an diesem Glück oder Unglück ist allein Amerika schuld, das hat durch seine kolossalen Bestellungen uns in diesen günstigen Zustand versetzt. Meine Herren, die Prämisse ist ja an und für sich richtig, wie ja vieles, was die Herren sagen, bis zu einem gewissen Grade richtig ist, aber die Schlußfolgerung, die die Herren daraus ziehen, ist falsch, auch die Prämisse ist nur in einem beschränkten Maße richtig. Im Oktober und November 1879 machte sich zuerst die erweiterte Nachfrage von Amerika bemerklich und**) dauerte, wenn ich nicht irre, bis in den März und April 1880 hinein, hat also vor einem Jahre vollständig aufgehört; die Bestellungen, die aus der Periode erfolgt sind, sind allerdings noch bis vor einigen Monaten abgeliefert worden, aber nur in beschränktem Maße, jedenfalls stehen wir heute einem Mehrbedarf von Amerika nicht mehr gegenüber. Wenn also heute die Eisenindustrie trotzdem vorwärts geht, so ist dies der deutlichste Beweis, daß Amerika jetzt nicht mehr darauf influieren kann, im Gegenteil, der Einfluß Amerikas war seinerzeit ein geradezu nachteiliger, er hat Schwindelpreise erzeugt, und jeder solide Industrielle war zufrieden, daß diese Periode möglichst bald zuende ging, aber wie wir heute stehen, ist die normale Periode bereits eingetreten, und wenn wir in der Tat heute anders stehen als im Jahre 1879, so weiß ich wirklich nicht, wem man das anders zuschreiben kann als der Wirtschaftspolitik, die wir seitdem gemacht haben.

Die Fakta kann niemand von Ihnen bestreiten, daß tatsächlich nach mehrmonatlichem Wegfall der amerikanischen Mehrnachfrage, — etwas Nachfrage bleibt ja immer — wir für die Eisenindustrie zu registrieren haben erhöhte Produktion, erhöhte Ausfuhr, erhöhte Löhne, erhöhte Rentabilität und in

*) Am 16. März 1881 hatte Bamberger behauptet, im Frühjahr 1880 habe Amerika ganz allein den Aufschwung der deutschen Industrie veranlaßt.

**) S. 433.

ganz verschwindender Weise erhöhte Verkaufspreise. Ich glaube, daß das Resultat, wenn es auch gerade kein übermäßig glänzendes für die Produzenten ist, denn der Nutzen, der gemacht wird, ist immer noch kein brillanter, wie aus den veröffentlichten Bilanzen zu sehen ist, aber für die Wirtschaftspolitik selbst als ein brillantes besteht, welches meine handelspolitischen Erwartungen weit übertroffen hat. Das ist geschehen trotz einer offenbar schlechten Ernte, wenigstens in sehr vielen Teilen Deutschlands, einer Ernte, die gegenüber den Ernten unserer westlichen Nachbarstaaten sehr zurück steht.

Nun könnte ich Ihnen ja für andere Industriezweige einen ähnlichen Kalkül machen wie für die Eisenindustrie, aber ich bin nicht geneigt, ohne Not über Dinge zu sprechen, über die ich nicht genügend orientiert bin, und überlasse die Konjekturalpolitik anderen Herren, die durch mehr oder weniger gefärbte Brillen blicken. Jedenfalls ist der Gegenbeweis, den der Herr Abgeordnete Rickert*) in bezug auf die Textilindustrie zu führen suchte, ohne wesentliche Bedeutung, denn, wenn Herr Rickert meint, daß die amtlichen Berichte des Handelsarchivs genügten, um das, was er beweisen will, zu belegen, dann, glaube ich, kann er wirklich von amtlichen Berichten des Handelsarchivs nicht sprechen, dieses druckt Auszüge aus den Handelskammerberichten ab, aber niemals hat es Anspruch darauf erhoben, daß die Berichte, die dort abgedruckt sind, vom Inlande wenigstens, einen amtlichen Charakter haben. Wenn die Herren auf Berichte einzelner Handelskammern hinweisen, so erinnere ich nur an den Hohn, der uns früher entgegengehalten wurde, in bezug auf die schutzzöllnerische Richtung, die damals im deutschen Handelstage**)

*) Am 25. Februar 1881 hatte Rickert die Angaben des Herrn von Minnigerode über die Blüte der Textilindustrie für absolut falsch erklärt und sich dabei auf die „Berichte des preußischen Handelsarchives“ berufen, die er dann „amtliche Berichte“ genannt hatte.

**) Der deutsche Handelstag ist eine private Vereinigung der Mehrzahl der deutschen Handelskammern und einiger anderer wirtschaftlicher Körperschaften.

bestanden hat, oder in bezug auf die Berichte der Bochumer Handelskammer, die von den Herren rein als von Interessenten herrührend hingestellt waren, es wurde gesagt, die Industrie jammert immer, es kann ihr noch so gut gehen. Wenn das bei der Eisenbranche der Fall war, wird es auch wohl bei den anderen Branchen so geschehen. Den besten Beweis, daß die Verhältnisse, wie sie bei der Eisenindustrie liegen, auch für die anderen Branchen zutreffen, erblicke ich in dem fast vollständigen Mangel von eingegangenen Petitionen. In der freihändlerischen Aera sind wir von Massen von Petitionen überschwemmt worden, die mich, der ich sie durchzulesen hatte, physisch fast überwältigten. Jetzt haben wir nur einige wenige Petitionen, z. B. von Steinwaren- und Zementfabriken, die einen Zoll haben wollen, dann aus einem kleinen Distrikt von Wollwarenproduzenten, die sich auch über den Garnzoll beschweren, — genug eine vollständig verschwindende Agitation, wenn Sie sie überhaupt so nennen wollen, gegenüber dieser wirklich verzweifelten Agitation, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Wären aber die Verhältnisse so, wie Sie sie schildern, so würde die Sache wahrlich ganz anders liegen.

Meine Herren, mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger stimme ich nur in einem Punkt vollständig überein, nämlich mit seinen Ausführungen in zweiter Lesung,*) daß eine Aenderung der wirtschaftlichen Politik in dem Sinne, daß nur die Industriezölle behalten, die landwirtschaftlichen Zölle aufgehoben werden, absolut unannehmbar sei für jeden, auf welcher Seite des Hauses er auch sitzen mag. Ich bestreite und habe im Jahre 1879 entschieden bestritten,**) daß irgendwie meine Abstimmung über die Kornzölle mit einem Handel oder

*) Am 16. März 1881 hatte Bamberger erklärt, er gehöre nicht zu denen, die mit der Abschaffung der Getreidezölle allein vorwärts gehen zu sollen glaubten.

**) In der Rede vom 16. Mai 1879. S. 298 d. B.

einem Kompromiß etwas zu tun gehabt habe; ich bestreite auch noch heute eine solche Insinuation auf das entschiedenste. Ich habe die Kornzölle in der Höhe bewilligt, wie sie jetzt stehen, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Industriearbeiter in die Lage versetzt würden, sie zu bezahlen, und so stehe ich denn auch heute noch. Wenn Sie der Landwirtschaft erhöhte Lasten, wenn auch noch so gering, durch die Industriezölle zumuten, so sind Sie auch verpflichtet, der Landwirtschaft ihrerseits den nötigen Schutz zu gewähren. Selbst vom Standpunkt der Gegenseitigkeit glaube ich, daß auch dieser Standpunkt, trotzdem unsere Nachbarstaaten keine Kornzölle erheben, indirekt für Beibehaltung der landwirtschaftlichen Zölle spricht; also in dieser Beziehung werde ich mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger nie in Meinungsverschiedenheiten geraten.

Dagegen muß ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Braun, den ich zu meinem Bedauern heute nicht hier sehe, ganz entschieden entgegentreten, wenn er die Insinuation ausgesprochen hat, daß der Zentralverband deutscher Industrieller*) in Ham-

*) Dr. Braun hatte am 18. März 1881 im Reichstage gesagt: „Nun ist es den Fabrikanten in der Tat gar nicht so sehr um die Anschlußfrage zu tun, sie haben ja — Sie werden das aus den Zeitungen wissen — eine Deputation nach Hamburg geschickt, die dort die Lage untersuchen oder ein wenig rekognoszieren sollte. Diese Herren, oder einzelne davon, haben sich mit ihren Vorschlägen sehr weit herausgewagt, sie haben gesagt: wir wollen auf den Anschluß verzichten, wenn ihr mit uns eine Art Verschwörung macht zur Erhaltung der jetzigen Industrieschutzzölle, und zwar sind die Propositionen folgende: wenn die Seestädte sich bereit erklären, die industriellen Schutzzölle zu akzeptieren, dann wollen die Schutzzöllner sich mit ihnen gegen die Zölle auf Lebensmittel verbinden und diese Zölle, welche der Industrie unbequem zu werden beginnen, zufalle bringen; dann werde sich eine ganz neue Konstellation ergeben, sie, die Herren Industriellen — wenn es gewünscht wird, kann ich Namen nennen — müßten aber sicher sein, daß nicht, nachdem durch Beseitigung der Getreidezölle der Bund zwischen den Agrariern und den Industriellen gesprengt worden, sich nun die

burg den Versuch gemacht habe, die dortigen Interessenten für die Industrie- und gegen die landwirtschaftlichen Zölle zu bestimmen. Meine Herren, ich bin von dem Vorstand des „Zentralverbandes deutscher Industrieller" hierzu ausdrücklich ermächtigt worden und kann Ihnen auch mitteilen, worauf der Vorgang, den der Herr Abgeordnete Dr. Braun ganz falsch wiedergegeben hat, zurückzuführen ist. Meine Herren, in Düsseldorf besteht ein Verein wirtschaftlicher Interessen,*) der ebensogut aus Freihändlern wie aus Schutzzöllnern besteht, der nach keiner Richtung in dieser Beziehung eine ausgesprochene Tendenz hat. Dieser Verein beschloß, Delegierte nach Hamburg zu schicken, um zu versuchen, ob man die dortigen maß-

Freihändler mit den Agrariern gegen den Fortbestand der industriellen Schutzzölle verbänden und so auch diese über den Haufen würfen. Aber dann wären sie, die Herren vom Zentralverbande, der geprellte Teil. Um nun dagegen Sicherheit zu schaffen, müßten die Freihändler der Hansestädte mit ihnen eine bindende Verabredung treffen, daß die Industriezölle bis auf weiteres bestehen gelassen würden." Der Zentralverband hatte allerdings in dem Heft 11 seiner „Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte" eine größere Arbeit über den Zollanschluß der Hansestädte veröffentlicht und den Gegenstand auf seiner vierten Generalversammlung am 20. September 1880 in Düsseldorf behandelt. Dort hatte der Einfluß der Freihafenstellung der Hansestädte auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschen Reiches auf der Tagesordnung gestanden, und die Versammlung hatte sich für Aufgabe der Freihafenstellung und für Aufwendung erheblicher Mittel durch das Reich für die Neuregelung der Hafenverhältnisse ausgesprochen. Mit dem Besuche der rheinischen Industriellen in Hamburg im Februar 1881 unter Führung des Fabrikbesitzers Th. Möller-Brackwede (des nachmaligen preußischen Handelsministers) und in Begleitung des Düsseldorfer Generalsekretärs Bueck hatte der Zentralverband nichts zu tun. Vergl. dazu Bueck, „Der Zentralverband deutscher Industrieller 1876 bis 1901", Bd. I, S. 413 ff.

*) Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen. Sein Geschäftsführer war H. A. Bueck. Vergl. Bueck, „Der Zentralverband deutscher Industrieller", Bd. I, S. 123.

gebenden Elemente zu einem Nachgeben in der Anschlußfrage bestimmen könne. Es wurde aber, wie ich mich aus den Protokollen überzeugte, von diesem nicht schutzzöllnerischen, sondern lediglich wirtschaftlichen Verein den Delegierten ausdrücklich erklärt: was ihr etwa zur Begründung des Wunsches, Hamburg zu inkorporieren, sagen könntet, ist ausdrücklich eure persönliche Meinung; wir werden euch in keiner Weise Instruktionen geben, und was ihr auch sagen möget, wir sind für nichts verantwortlich. Infolgedessen haben einige dieser Herren, — ich könnte die Namen nennen, wenn Sie es wollten, — die notorisch der freihändlerischen Richtung angehören, in Hamburg solche Kompromisse angeboten, wie sie Herr Braun angedeutet hat, während in allen industriellen Kreisen, die mir näher stehen, sofort eine entschiedene Mißbilligung dieses Vorgehens laut wurde, und auch der Zentralverein deutscher Industrieller ganz ausdrücklich dasselbe desavouiert hat.*) Ob auch einer der Herren zu den Schutzzöllnern gehört, ist nicht maßgebend, jedenfalls ist er weder Industrieller noch irgendwie autorisiert gewesen, eine solche Erklärung abzugeben. Ich frage, ob Sie sich für jeden Franktireur unter den Freihändlern verantwortlich hinsichtlich alles desjenigen machen wollen, was er tut und was mit Ihrer Meinung nicht übereinstimmt? Ich bleibe dabei stehen, daß die von dem Herrn Abgeordneten Dr. Braun ausgesprochene Insinuation durchaus der Begründung entbehrt.

Meine Herren, Sie mögen sagen, was Sie wollen, Sie**) werden nicht verhindern, daß die deutsche Nation sich immer mehr davon überzeugt, daß, wenn auch dieser wirtschaftliche Umschwung sich nicht an einem Tage vollführen läßt, nachdem man so lange Jahre falsche Bahnen gewandelt ist, es nichtsdestoweniger allüberall knospet und grünt und der Weg

*) Der einzige maßgebende Bericht (von Bueck) erschien in den Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und in Westfalen 1881. S. 197.

**) S. 434.

zum besseren unverkennbar vorhanden ist. Das, was diesen Aufschwung am meisten verhindert, ist der fortschrittliche Mehltau, der sich überall auf das wiedererwachende Vertrauen legt. Aber ich hoffe, die deutsche Nation wird über diesen Mehltau auch hinwegkommen. Um Ihnen die Art der Kampfesweise, wie ihn die Herren von jener Seite (links) jetzt führen, am besten zu charakterisieren, möchte ich mit ähnlichen Worten schließen, wie sie ein beredtes Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1866 einmal auf die damalige Bemängelung der nationalen Erfolge fortschrittlicherseits angewandt hat: Meine Herren, wenn die alten Alchymisten sich Mühe gegeben haben, aus unscheinbaren Dingen Gold zu machen, so scheinen die Herren radikalen Freihändler jetzt aus dem Gold unserer wirtschaftlichen Entwicklung unscheinbare Dinge machen zu wollen. Meine Herren, ich denke, daß Ihnen das ebensowenig gelingen wird als den Alchymisten das Goldmachen.

(Bravo! rechts.)

Auf Stumms Rede folgten Reden von Eugen Richter, Freiherrn von Minnigerode, Rickert, Bamberger und Windthorst. Richter, Rickert und Bamberger zogen mit allen Mitteln gegen Stumm zufelde. Bamberger sagte: „Alles, was in der Ausfuhr sich gebessert hat, das verdanken wir dem Aufschwunge in Amerika, und gerade die Schrift des Herrn Wedding, die ich mir soeben noch schnell herbeiholen ließ, spricht auf allen Seiten beinahe ganz ausschließlich davon, wie die ganze Bewegung, der wir eine momentane, nicht eine dauernde Besserung verdankt haben, rein von Amerika ausgegangen sei.“ Er sagte ferner: „Nun hat Herr Stumm sich noch speziell gegen mich gewendet, indem er sagt, ich hätte ihm entgegengehalten, Zahlen beweisen nichts. Er hat mich da ganz mißverstanden; was ich von dem Nichtbeweisen der einzelnen Zahlen angeführt habe, war im Gegenteil, um gewisse ungerechtfertigte Angriffe gegen das neu eingeführte Schutzzollsystem abzuwehren“. Und des weiteren: „Herr Stumm hat sich auch verteidigen zu müssen geglaubt gegen Angriffe, welche wegen der Neunkirchener Vorkommnisse gegen ihn gerichtet worden sind. Ich kann sagen, daß ich in dieser Beziehung

auch einen anderen Standpunkt einnehme als meine Freunde, ich verurteile ihn wenigstens prinzipiell nicht so stark wegen seines Vorgehens; was ich ihm verdenke, ist nur, daß er die Vorteile zweier Theorien, zweier Staatsanschauungen, zu seinem Vorteil verbindet. Auf der einen Seite bemüht er sich seit Jahren mit großem Erfolge, mit großen Anstrengungen und seiner ganzen Begabung für die staatssozialistischen Tendenzen, für das Arbeiterversicherungs- und Arbeiterinvalidenprojekt, an dem er schon seit dem Jahre 1869 arbeitet — das ist entschieden Staatssozialismus, der Staat sorgt nach diesem Prinzip für die einzelnen vonamtswegen, — auf der anderen Seite ist sein letztes Vorgehen in Neunkirchen ein individuierliches, ein manchesterliches." Rickert griff Stumm folgenderweise an: „Der Herr Abgeordnete Stumm hat eine Aeußerung getan, die, wenn ich sie ernst nehmen wollte, in der Tat eine Antwort verdiente, die zu geben eigentlich unter meiner Würde ist. Der Abgeordnete Stumm hat erklärt — und er hat namentlich dabei auch von mir gesprochen — wir wären zwar nicht ganz so schlimm wie die Nihilisten, aber ein Körnchen Wahrheit wäre doch in der bekannten Behauptung. Meine Herren, ich glaube, Herr Stumm hat gemeint, witzig sein zu dürfen; denn wenn die Sache ernst sein soll, dann halte ich es, wie gesagt, für unter meiner Würde, darauf eine Antwort zu geben. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Stumm bitten, derartige Dinge anderen außerhalb dieses Hauses zu überlassen; in den Räumen dieses Hauses, glaube ich, wird eine solche Diskussion einen Platz nicht finden dürfen. Ich würde wenigstens in dieser Beziehung mit dem Herrn Abgeordneten Stumm nicht konkurrieren. Ich habe in der Tat weiter gar nichts darüber zu sagen. — Wenn der Herr Abgeordnete Stumm weiter darüber gesprochen hat, daß ich das Gedicht von dem „alten Arbeiter" im Abgeordnetenhaus in Schutz genommen hätte, so bedaure ich, daß Herr Stumm meine Rede nicht gelesen hat. Ich weiß, daß er sehr ärgerlich über diese Rede gewesen ist. Das tut mir leid; Herr Stumm könnte aber mehr ärgerlich sein über das, was er getan hat, und in dieser Beziehung hat allerdings Herr Kollege Richter vollständig recht; die ganze gebildete Welt ist darüber einig (Widerspruch rechts), wie das zu charakterisieren ist, was Herr Stumm in seinem Wahlkreis getan hat. (Rufe rechts: Nein!) — Ja, Herr von Kardorff, von Ihnen habe ich es allerdings nicht erwartet (Heiterkeit links), daß Sie jetzt Herrn Stumm hier angreifen würden. Gehen Sie aber doch einmal selbst in die konservativen Kreise, ja, selbst in die Regierungskreise, und hören Sie, was sie urteilen und davon halten, was Herr Stumm

den Arbeitern zugemutet hat — ein Mann, der die Politik des Volkswohles hier fortwährend im Munde führt. Ja, meine Herren, das nennen Sie Volkswohl? Das ist doch wahrhaftig die geistige Knechtschaft, in der Sie Ihre Arbeiter halten wollen, wenn Sie in dieser Weise gegen dieselben vorgehen aus Anlaß eines in einer Zeitung enthaltenen Gedichtes, von dem auch die Regierungskreise anerkannt haben, daß es keinen Grund zum Einschreiten gebe." Dann sagte Rickert noch, Stumms Vorgehen sei auf die schärfste Weise von den Regierungsorganen, von allen amtlichen Autoritäten und von der ganzen gebildeten Welt Deutschlands verurteilt worden. (Zurufe: Oho! rechts.) Hier trat der Präsident dazwischen durch die Feststellung: „Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Rickert den Herrn Abgeordneten Stumm nicht hat kränken wollen." Eugen Richter begann seine Angriffe gegen Stumm mit folgenden Sätzen: „Meine Herren, der Herr Vorredner ist in dieser Session gesprächiger, als wir es früher von ihm gewohnt waren. Der Herr Vorredner hat bereits öffentlich erklärt, daß er in der nächsten Legislaturperiode dem Reichstag nicht mehr angehören würde, und hat dies auch heute ausdrücklich hervorgehoben. Er scheint also gewissermaßen hier sein politisches Testament aufsetzen zu wollen. Es kommt mir so vor, als ob er eben uns so viele Gesichtspunkte entwickelt, um gewissermaßen mit seinem Gedankenvorrat zu räumen, den er noch für uns übrig hat. Es war dies allerdings im Verhältnis zu dem, was er früher geredet hat, das letzte, was an Gedankenspreu sich noch bei ihm vorfand." Stumm antwortete auf diese Angriffe erst nach Schluß der Erörterung kurz in persönlicher Bemerkung.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, der Schluß der Debatte hat es mir leider unmöglich gemacht, auf die außerordentlich zahlreichen sachlichen und persönlichen Angriffe zu antworten, die mir von verschiedenen Vorrednern entgegengehalten wurden. Ich darf, um die Geduld des Hauses und namentlich des Herrn Präsidenten nicht zu ermüden, ja nur auf die persönlichen Angriffe ganz kurz zurückkommen, und ich behalte mir vor, die übrigen bei passender Gelegenheit vollständig zu widerlegen.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat mich mehrfach

---

*) S. 450.

mißverstanden. Er hat gemeint, ich habe Herrn Webding als Autorität auf zollpolitischem Gebiet zitiert. Ich habe bloß seine Zahlen, nicht aber seine Schlußfolgerungen zitiert.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner gemeint, ich habe ihm die Behauptung untergeschoben, daß Zahlen nichts beweisen. Er hat sich da wohl mit Herrn Oechelhäuser verwechselt. Ich habe wenigstens die Absicht gehabt, dies nur Herrn Oechelhäuser entgegenzustellen.

Endlich hat der Herr Abgeordnete Bamberger gemeint, ich hätte mich gegen die Angriffe des Herrn Abgeordneten Rickert wegen des „Tageblatts" verteidigt. Ich habe mich nicht verteidigt, ich habe im Gegenteil Herrn Rickert angegriffen, und ich glaube, das Haus wird mir das bezeugen. Was das Körnchen Wahrheit betrifft, — so mache ich keine Scherze in so ernsten Dingen, ich habe den Ausdruck in allem Ernst gebraucht, ebenso ernst wie der Herr Abgeordnete Bamberger mir Sozialismus wegen meiner Bestrebungen für die Arbeiterversicherung vorgehalten hat. Ich glaube, daß der Vorwurf und die Emphase, mit der der Abgeordnete Rickert hier von seiner Würde gesprochen hat, deshalb gar nicht zutrifft. Ob aber die „Gedankenspreu" oder die „Verurteilung der gebildeten Welt" ebenso harmlose Ausdrücke sind, das will ich dahin gestellt sein lassen. Jedenfalls wird der Ausschluß aus der gebildeten Welt, den Herr Rickert über mich verhängt hat, Herrn Bamberger ebenso treffen wie mich, denn er hat gesagt, ich*) habe in der Sache recht. Ich bin nicht so sensitiv wie mein Freund von Kardorff, der neben mir fast nur diesen Ausdruck übel zu nehmen scheint. Ich weiß, daß ich die Sprechweise derer, mit denen ich mich in einen Diskurs einzulassen gezwungen bin, eben akzeptieren muß, so wenig angenehm es mir auch ist.

(Heiterkeit rechts.)

Und wenn die Herren ihre Sprache jetzt aus dem ehemaligen

*) Im Text steht „er".

„Vorwärts“*) — oder „dem Volksstaat“*) entnehmen, so habe ich auch dagegen nichts einzuwenden. Dagegen aber muß ich protestieren, daß die Herren mir heute mit solcher Emphase persönliche Vorwürfe machen, während sie im April oder März vorigen Jahres,**) wo ich dieselben Maßregeln hier ausführlich auseinandersetzte und empfahl, kein Wort der Entgegnung hatten. Ich kann mir das nur so erklären: Sie stehen jetzt den Sozialdemokraten viel näher als damals, deswegen haben Sie damals meine Angriffe gegen die Sozialdemokratie für berechtigt gehalten. Heute, wo die Herren Ihre Wahlen machen, verteidigen Sie die Sozialdemokraten.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das letzte war nicht mehr persönlich.

Abgeordneter Stumm: Der Herr Abgeordnete Richter hat gemeint, ich habe mit meiner heutigen Rede mein Testament machen wollen. Meine Herren, ich glaube, der Reichstag dauert leider Gottes noch so lange, daß ich noch öfter Gelegenheit haben werde, Herrn Eugen Richter auf die Finger zu sehen.

(Heiterkeit.)

Präsident: Herrn Abgeordneten Richter.

Abgeordneter Stumm: Ich bemerke aber, daß, wenn ich auch die Absicht hege (darin hat Herr Richter vollkommen recht), aus dem Wahlkreis zu scheiden, ich nicht die Absicht, wohl aber die Tatsache mit Herrn Richter teilen werde, nur mit dem Unterschied, daß die Gegner des Herrn Richter

---

*) Der „Vorwärts“ war unter dem Sozialistengesetze verboten. Sein zeitweiliger Nachfolger hieß „Der Volksstaat“.

**) Am 19. April 1880 bei der Beratung der Abänderung des Gesetzes über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.

durch seine Beseitigung wenigstens einen ihrer Gesinnungsgenossen durchbringen, während die Freunde des Herrn Richter bei mir*) lediglich die Geschäfte des Zentrums machen, und wenn der Herr Richter in meinen Wahlkreis kommt, wird er sich davon überzeugen.

(Unterbrechung.)

Präsident: Das ist auch nicht mehr persönlich.

---

*) Im Wahlkreis Ottweiler-St.-Wendel-Meisenheim.

Einundzwanzigste Sitzung
Donnerstag, den 24. März 1881

Zollanschluß Hamburgs und Wirkung der Zölle auf die Kosten der Lebenshaltung

Am 24. März 1881 fand der Schluß der dritten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1881/82 (Nr. 14 und Nr. 61 der Anlagen) statt. Bei dieser kam es abermals unter dem Kopfe „Zölle und Verbrauchssteuern" zu einem heftigen Zollkampfe. Unter dem Kopfe „Aversen" führte Sonnemann über die Aeußerungen Stumms am 21. März über die Abordnung rheinischer Industrieller nach Hamburg in Sachen des Zollanschlusses (S. 410 ff. d. B.) folgendes aus: „Es hat der Herr Abgeordnete Stumm in seiner Rede in bezug auf die Hamburger Angelegenheit dem Herrn Abgeordneten Braun, der heute nicht hier ist, den Vorwurf gemacht, er habe hier von einer Sendung des Zentralverbandes der Industrie nach Hamburg gesprochen, während eine solche Sendung gar nicht stattgefunden hat, und während bereits ein Dementi vorliegt. Meine Herren, ich habe mir in dieser Beziehung den stenographischen Bericht angesehen und habe gefunden, daß der Herr Abgeordnete Braun absolut nicht von einer Sendung des Zentralvereins nach Hamburg gesprochen hat. Was der Herr Abgeordnete Stumm in dieser Beziehung gesagt hat, ist unrichtig, und gerade das, was er tatsächlich zugestanden hat, hat auch der Abgeordnete Dr. Braun gesagt. Der Herr Abgeordnete Dr. Braun hat nur gesagt, daß die Fabrikanten eine Deputation nach Hamburg geschickt haben; also hier wird ausdrücklich nicht vom Zentralverbande gesprochen. Im Laufe der Rede hat er allerdings des Zentralverbandes erwähnt, aber nur in bezug auf den Eindruck, den diese Sendung auf den Zentralverband machen würde. Aber gerade das, was der Herr Abgeordnete Stumm zugestanden hat, daß die Verhandlungen in Hamburg stattgefunden, ist von dem Abgeordneten Braun gesagt worden, und zwar ausdrücklich mit der Bemerkung:

Diese Herren, oder einzelne davon, haben sich mit ihren Vorschlägen sehr weit herausgewagt. Es ist sogar damit gesagt, daß nicht die ganze Deputation das getan, sondern nur einzelne davon, und es ist tatsächlich bekannt, daß von den sieben Herren, die dort waren, nur fünf an diesen Privatgesprächen beteiligt waren. Ich kann mir sehr gut denken, meine Herren, daß in dem Augenblick, in dem sich, wie wir aus den Verhandlungen des ersten Teiles der heutigen Sitzung vernommen haben, bei uns wieder so wichtige Umgestaltungen und Aenderungen vollziehen, gerade diese Enthüllung gewissen Leuten sehr unangenehm ist. Die Tatsache, daß ein Teil der Industriellen anfängt, sich von den Agrariern etwas beiseite zu stellen, und daß sie gern die Lebensmittelzölle aufheben möchten — das kann ich mir sehr gut denken, daß das unangenehm war. Die Sache ist aber wahr, und ich selbst, ich kannte sie bereits seit 20. Januar."

Dieser Angriff zwang Stumm zu einer Antwort. Er gab sie sofort.

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, ich weiß wirklich nicht, wie weit ich berechtigt bin, auf diese letzten Ausführungen einzugehen, jedenfalls fühle ich keine Verpflichtung, dem Herrn Abgeordneten Sonnemann auf das Gebiet scherzhafter Bemerkungen zu folgen.

Was aber seine Bemerkung angeht, die sich auf meine Ausführung gegen den Abgeordneten Braun bezieht, so glaube ich, daß, wenn der Abgeordnete Sonnemann den stenographischen Bericht vorgelesen hätte, er damit den notorischen Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptungen erbracht hätte.

Meine Herren, ich kann Ihnen alles, was der Herr Abgeordnete Braun gesagt hat, nicht vorlesen; ich möchte wenigstens Ihre Geduld nicht so lange inanspruchnehmen, aber er resumiert sich dahin: „aber dann wären sie, die Herren vom Zentralverband, der geprellte Teil." Nun, meine Herren, dieser Ausdrucksweise gegenüber war ich doch vollständig berechtigt, nachzuweisen, daß die Herren vom Zentralverband an diesen Verhandlungen absolut

---

*) S. 511.

keinen Teil hatten, um die entgegengesetzte Insinuation zurückzuweisen.

Was das Bedauern des Abgeordneten Sonnemann anlangt, daß meine Freunde ihm das Wort abgeschnitten haben, so teile ich dies Bedauern vollständig; ich für meine Person habe gegen den Schlußantrag gestimmt, weil auch ich das Bedürfnis fühlte, Herrn Sonnemann, hinter dem ich notiert war, meinerseits die Meinung zu sagen. Ich hatte mich sogar ganz speziell darauf gefreut, ihm das Rechenexempel mit den mehr als 14 Mark, um welche pro Kopf der Arbeiterbevölkerung die Nahrungsmittel verteuert sein sollen, gehörig zu beleuchten. Ich bedaure wie er im höchsten Maße, daß ich nicht mehr zur Spezialdebatte zum Wort gekommen bin. Bei diesem Titel bin ich freilich nicht in der Lage, darauf weiter einzugehen.

Nach Stumm legte Kreutz den Bericht der Düsseldorfer Kommission, unterzeichnet von Max Erkelenz, München-Gladbach; Goose, Essen; Heimendahl, Crefeld; Möller, Brackwede, und Bueck, Düsseldorf, auf den Tisch des Hauses. Sonnemann erwiderte darauf und wandte sich dann auch gegen Stumm: „Dem Herrn Kollegen Stumm, der wieder die Arbeitslöhne erwähnt hat, kann ich soviel sagen, daß sein ganzer Irrtum darauf beruht, daß er immer Kopf und Familie verwechselt. (Heiterkeit.) Wenn ich gesagt habe, daß der Arbeiter 14 Mark mehr bekommen hat, so hat die Arbeiterfamilie — und daß die Verteuerung bei einer Familie infolge der neuen Zölle mehr ausmacht als 14 Mark, das wird Herr Stumm selbst einräumen — (Widerspruch rechts) nach den geringsten Berechnungen durch die Verteuerung 36 Mark, also mehr als das Zweieinhalbfache verloren.“ Nach einer Bemerkung von Kardorffs erwiderte Stumm darauf:

Abgeordneter Stumm*): Meine Herren, es ist mir nicht im Traum eingefallen, eine Familie mit den Köpfen einzelner Arbeiter zu verwechseln, ich habe gesprochen pro Kopf

*) S. 512.

der Arbeiterbevölkerung, und daß unter dieser sich solche befinden, welche Familie haben, und solche, welche keine haben, versteht sich von selbst. Ich bestreite aber heute auf das entschiedenste, daß selbst, wenn man die Arbeiter herausgreift, die verheiratet sind, die Verteuerung der Lebensmittel, des Petroleums usw. sich auf 14 Mark belaufe —

(Ruf: Mehr!)

sich auf 14 Mark belaufe. Ich kam heute mit dem nötigen Material hierher, um Ihnen den Gegenbeweis zu liefern; daß natürlich in einzelnen freihändlerischen Preßorganen das Gegenteil behauptet wird, will ich nicht leugnen. Der Beweis für das bedeutende Mehr wird aber nur dadurch geliefert, daß man falsche Ziffern anführt und den Zoll 4 oder 5 mal so hoch anrechnet, wie er im Zolltarif steht; dadurch wird das Resultat falsch. Wenn man nur richtig rechnet, so wird man selbst auf grund der in den freihändlerischen Organen aufgestellten sehr zweifelhaften Prämissen dazu kommen, daß die Verteuerung unter 14 Mark bleibt. Die „Berliner Zeitung" hat z. B. vor einigen Tagen eine derartige detaillierte Berechnung veröffentlicht, worin sie auf jährlich 63,04 Mark kommt; ich habe es dann nachgerechnet und bin auf grund genau derselben Prämissen auf 12,62 Mark für eine Arbeiterfamilie gekommen.

Dreiundzwanzigste Sitzung
Montag, den 28. März 1881

Wirkung der Zölle auf die Kosten der Lebenshaltung

Am 28. März 1881 machte Lasker bei Gelegenheit der ersten Beratung der Gesetzentwürfe über die Erhebung der Brausteuer und der Reichsstempelabgaben folgende Bemerkung: „Nun hören Sie, was Herr Stumm, gewiß ein vollgiltiger Zeuge, wenn es sich um die Lasten der Steuerpolitik handelt, die wir seit zwei Jahren treiben, im Gegensatz zu einer Behauptung des Herrn Sonnemann angegeben hat. Herr Sonnemann hatte berechnet, daß eine Familie um 36 Mark jährlich mehr belastet würde durch die Steuern, die vor zwei Jahren auferlegt worden sind; Herr Stumm, nach einer ungemein entrüsteten Einleitung über diese Versicherung, seine Entrüstung sogar erstreckte sich darauf, daß jährlich 14 Mark berechnet würden, kam auf 11,5 Mark für die Arbeiterfamilie — das war sein Schlußergebnis; er ist vielleicht gegenwärtig und wird mich kontrollieren. Also, meine Herren, mit den 90 Millionen, welche bis jetzt von den neuen Steuern eingehen, — es sind erst zwei Drittel vollständig realisiert, — und zum größten Teil auf notwendigen und unentbehrlichen Lebensmitteln lasten, haben Sie die Kontribution der Arbeiterfamilien an den Staat — ich lege die Rechnung des Herrn Stumm zu grunde — um 11,5 Mark jährlich erhöht; ich habe — glaube ich — Herrn Stumm ganz richtig verstanden, der stenographische Bericht wird dies ausweisen.“ Diese Anspielungen bezogen sich auf Stumms Aeußerung in der Reichstagssitzung vom 24. März 1881, S. 422 d. B. Stumm erwiderte darauf.

Abgeordneter Stumm*): Der Abgeordnete Lasker hat behauptet, ich hätte dem Abgeordneten Sonnemann gegen-

*) S. 577.

über die Verteuerung der Lebensbedürfnisse für eine Arbeiterfamilie infolge der Zollreform pro Kopf auf 11 Mark und einige Pfennige berechnet. Das ist ein vollständiger Irrtum, ich habe eine solche Berechnung niemals gemacht, und wenn der Abgeordnete Lasker sich ausdrücklich auf den stenographischen Bericht bezogen hat, so wird das Vorlesen einer kurzen Stelle aus dem stenographischen Bericht ihn überzeugen, daß er sich im Irrtum befunden hat. Ich habe nach dem stenographischen Bericht an der betreffenden Stelle gesagt:

> Wenn man nur richtig rechnet, so wird man selbst auf grund der in den freihändlerischen Organen aufgestellten sehr zweifelhaften Prämissen dazu kommen, daß die Verteuerung unter 14 Mark bleibt. Die „Berliner Zeitung" hat z. B. vor einigen Tagen eine derartige detaillierte Berechnung veröffentlicht, worin sie auf jährlich 63,04 Mark kommt; ich habe es dann nachgerechnet und bin auf grund genau derselben Prämissen auf 12,62 Mark für eine Arbeiterfamilie gekommen.

Ich habe also eine absolute Berechnung nicht aufgestellt, sondern ich habe gesagt, auf grund der von jener Seite aufgestellten sehr zweifelhaften Prämissen komme ich zu dem und dem Resultat. Das ist etwas ganz anderes.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung auf die eben gehörte persönliche Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Lasker.

Abgeordneter Dr. Lasker: Ich habe also nur herausgehört, daß nicht, wie ich erst gesagt habe, 11 Mark 50 Pfennig herausgerechnet sind von dem Herrn Abgeordneten Stumm, sondern 12 Mark 63 Pfennige.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung gegen diese persönliche Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stumm.

Abgeordneter Stumm: Auf die Differenz von 11 bis

12 Mark kommt es gar nicht an, sondern darauf, daß ich **nicht** gesagt habe, die Verteuerung beträgt so und so viel, sondern ich habe gesagt: **wenn** die Prämissen von jener Seite richtig wären, dann würde so viel herauskommen. Das ist etwas **anderes**, sehr verschiedenes.

(Sehr richtig! rechts.)

Achte Legislaturperiode

Erste Session

Achzigste Sitzung
Mittwoch, den 4. März 1891

Schutzzollpolitik und Kartellwesen

Am 4. März 1891 kam es bei Gelegenheit der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1891/92 zu einer Erörterung der Zollpolitik des Reiches. Unter dem Kopfe: Verwaltung der Eisenbahnen, stellte Eugen Richter die Anfrage, welche Erfahrungen die Verwaltung der Reichseisenbahnen in bezug auf das Schienenkartell gemacht habe. Als er eine ziemlich kurze Antwort erhielt, begann er das Verhältnis des Schutzzolles zu den Eisenkartellen zu besprechen. Von Kardorff wies darauf hin, daß englische Werke ebenso nach dem Auslande billiger verkauften als nach dem Inlande. Richter behauptete dann, „daß der Niedergang der Eisenindustrie in den siebziger Jahren nicht die Folge gewesen ist des Freihandels, sondern die Folge gewesen ist der ungemessenen Gründung neuer Werke über den wirklichen Bedarf des Inlandes hinaus, und daß erst allmählich der inländische Konsum dem gesteigerten Angebot an Eisen hat nachkommen können.“ Stumm hatte diese Auffassung bereits während der Kämpfe um den Zolltarif vom 15. Juli 1879 widerlegt und trat jetzt auch Richter wieder entgegen, zumal dieser mündlich folgenden Antrag ankündigte: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alljährlich dem Reichstag eine besondere Uebersicht mitzuteilen über die Ergebnisse der von der Reichseisenbahnverwaltung ausgeschriebenen Schienensubmissionen unter Mitteilung der einzelnen Preis-

offerten aus dem Inlande und Auslande sowie der Zuschlagspreise."

Abgeordneter Freiherr von Stumm*): Ja, meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat zwei Eigentümlichkeiten; ob sie berechtigt oder unberechtigt sind, will ich in diesem Augenblick nicht entscheiden.

Die eine Eigentümlichkeit ist die, daß er immer das letzte Wort haben will; es kommt ihm nicht darauf an, ob er zu diesem Zwecke fünf- oder sechsmal spricht. Daran bin ich natürlich nicht in der Lage, ihn zu hindern; zu diesem Zweck habe ich mich auch nicht zum Wort gemeldet.

Seine andere Eigentümlichkeit ist die, Fragen von gewisser Bedeutung plötzlich in das Haus zu werfen, ohne daß jemand vorbereitet ist, und statistische Behauptungen daran zu knüpfen, die ganz unmöglich sofort direkt und absolut widerlegt werden können, so leicht das auch widerlegt sein würde, wenn man nur eine halbe Stunde Zeit hätte, in die Bibliothek zu gehen und das Material zu suchen. Mit**) dieser Eigentümlichkeit will ich mich augenblicklich beschäftigen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat also behauptet, die Kalamität in den siebziger Jahren sei daraus entstanden, daß die Eisenindustrie sich ins ungemessene vermehrt hätte. Das umgekehrte ist richtig. In den siebziger Jahren — und das ist damals bei der Wiedereinführung der Zölle von mir mit Zahlen nachgewiesen worden — hat die Eisenindustrie während der Kalamität sowohl quantitativ als nach Zahl der Arbeiter beständig abgenommen, und trotzdem hat die Kalamität zugenommen. Ich habe das wiederholt nachgewiesen, und das ist damals von wesentlichem Erfolg gewesen. Der Herr Abgeordnete Richter und ich haben damals miteinander gekämpft; und wenn der Herr Abgeordnete Richter geglaubt hätte, daß ich im Irrtum gewesen wäre, so hätte er mich

*) S. 1875.
**) S. 1876.

in seiner großen, zweistündigen Rede, die auf meine Rede unmittelbar gefolgt war, widerlegt. Der Herr Abgeordnete Richter hat aber nicht einmal versucht, meine damaligen Behauptungen, die seiner heutigen Behauptung entgegenstehen, zu entkräften. Wenn diese Frage wieder zur Diskussion kommt, so bin ich bereit, aus dem stenographischen Bericht nachzuweisen, daß ich recht habe, und der Herr Abgeordnete Richter unrecht hat.

Die zweite Behauptung des Herrn Richter, daß Deutschland allein oder vorzugsweise die Gewohnheit habe, hohe Preise im Inland und billige Preise im Ausland zu machen, ist ebenso falsch. Er hat die Entgegnung meines Freundes von Kardorff, daß die Engländer es ganz genau ebenso machen, bestritten und, wenn es dennoch richtig wäre, es als unschuldig hingestellt, weil England ja ein Freihandelsland sei, wo die Unterschiede gar nicht so groß sein könnten. Meine Herren, auch da wäre es eine Kleinigkeit, nachzuweisen, daß die Unterschiede zwischen den von England im Inlande gestellten Preisen, zwischen den von England nach Indien gestellten Preisen, wo ein tatsächlicher Schutzzoll darin besteht, daß die indische Regierung nur englisches Material nimmt oder höchstens Fabrikate, die aus englischem Material hergestellt sind — daß die Differenz zwischen diesen Preisen und den Preisen, die bei den englischen Offerten in Magdeburg oder sonst in Deutschland zu grunde gelegt wurden, ganz ähnlich ist, — ich will nicht sagen ziffermäßig gleich, aber daß da eine ähnliche Differenz besteht wie zwischen den Preisen, die Deutschland im Inland macht und für den Export.

Aber, meine Herren, auch das ist nicht richtig, daß es sich hierbei nur um England handelt; auch in den übrigen Schutzzollstaaten in Europa, in Frankreich und Oesterreich, überall liegen die Verhältnisse wie hier bei uns und in Frankreich noch viel einschneidender, weil durch die acquits à caution, die heute noch bestehen, die französische Ausfuhr durch Prämien erleichtert wird.

Uebrigens möchte ich bei dieser Gelegenheit auf die Sache nicht weiter eingehen — materiell, meine ich, da ein Antrag nicht gestellt ist, denn den Antrag Richter sehe ich nicht als bestimmten Antrag an, sondern mehr als einen dekorativen Ausfluß seiner Wünsche —

(Heiterkeit),

da ich nun in dieser Sache mehr oder weniger persönlich interessiert bin, so ist es mir ohne dringende Not im höchsten Maße antipathisch, in die Materie selbst einzutreten; ich hatte lediglich das Bedürfnis, einige Irrtümer klarzustellen.

Ich muß aber noch das eine sagen: wenn es gewissermaßen als unmoralisch hingestellt wird, daß man im Inlande hohe — von hohen Preisen kann man im Augenblick nicht reden — aber normale Preise stellt und im Ausland unter Kostenpreis verkauft, wenn dies als frivole Begünstigung des Auslandes aufkosten des Inlandes hingestellt wird, so ist das eine absolut falsche Auffassung, die in unseren exportierenden Nachbarländern gar nicht verstanden wird.

Meine Herren, in normalen Zeiten, wo die Industrieprodukte, Eisen- oder andere Industrieprodukte, darauf kommt es hier nicht an — ihre genügende Verwertung im Inlande finden — das haben wir bei der Eisenindustrie gehabt in den Jahren 1871 bis 1874 und wieder in den letzten Jahren, derartige Perioden kommen immer vor, — da wird es natürlich keinem Industriellen einfallen, erhebliche Differenzen zu machen für den Export und für den inländischen Konsum. Nun kommt aber der Moment, wo der inländische Markt die Produkte nicht mehr aufnimmt und der Produzent vor der Frage steht: soll ich nun meinen Betrieb um 20, 30 Prozent einschränken, soll ich Hunderte, Tausende von Arbeitern entlassen, oder soll ich auf grund der schönen Verdienste, die ich in guten Zeiten gemacht habe, nicht zu gunsten meiner Arbeiter auch einmal mit Verlust arbeiten, um an das Ausland verkaufen zu können? Wenn der Arbeitgeber das Prinzip verallgemeinern und zugunsten seiner Arbeiter auch nach dem

Inland mit erheblichen Verlusten verkaufen wollte, dann würde er bald ruiniert sein, und wenn der Arbeitgeber ruiniert ist, kann er dem Arbeiter auch nichts mehr nützen. Dagegen ist er sehr wohl in der Lage, einen verhältnismäßig großen Teil seiner Produkte mit Verlust nach dem Auslande zu verkaufen, dadurch immer noch einen Durchschnittspreis zu behalten, der ihm keine Verluste im ganzen übrig läßt, und durch diese Maßregel seinen Betrieb voll und ganz aufrecht zu erhalten. Ich behaupte: wenn der Arbeitgeber das tut und bei den Schienenpreisen für das Ausland, die Herr Richter im Auge gehabt zu haben scheint, unter dem Selbstkostenpreise verkauft, so ist das meines Erachtens lediglich ein lobenswertes und anerkennenswertes Vorgehen des Arbeitgebers zu gunsten seiner Arbeiter, aber durchaus keine unmoralische Handlung. Ich muß sagen, der Arbeitgeber steht mir sehr viel höher, der mit Verlust nach dem Auslande verkauft und seine Arbeiter beschäftigt, als der, der im starren Egoismus sagt: ich stelle meinen Betrieb ein und entlasse meine Arbeiter, sobald ich nichts mehr am Export verdiene.

Ich möchte mich auf diese Bemerkung beschränken; ich meine aber, den dekorativen Antrag des Herrn Abgeordneten Richter sollten Sie a limine ablehnen.

Eugen Richter antwortete Stumm sofort mit neuen Angriffen. Er begann: „Wenn einmal von persönlichen Eigentümlichkeiten gesprochen werden soll, so finde ich eine Eigentümlichkeit des Herrn Kollegen eben darin, daß es ihm besonders schwer wird, zwischen seinen Interessen und den Interessen der Allgemeinheit zu unterscheiden, auch in der Stellung des Abgeordneten.“ Sodann führte er weiter aus: „Der Herr Kollege Stumm hat dann erzählt, daß er mich einmal in bezug auf die Eisenstatistik (im Stenogramm steht Eisenbahnstatistik) so glänzend geschlagen habe. Er hat mir das Jahr nicht angegeben, ich habe doch schon manches Gefecht mit ihm gehabt in den zwanzig Jahren. Ich erinnere mich nur, daß der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm so lange Zeit hindurch Niederlagen erlitten hat, als Fürst Bismarck gegen ihn stand, und daß seine Siege erst seit der Zeit datierten, wo er

durch die Autorität des Fürsten Bismarck gestützt wurde. (Widerspruch rechts). — Ja, meine Herren, solange Fürst Bismarck Freihändler auf dem Gebiet der Eisenzölle war, waren die Herren Konservativen — nicht der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm — auch Freihändler; als dagegen Fürst Bismarck im Jahre 1876 umschlug, da schlugen sie mit ihm um, und da schlug die Gesetzgebung um. Das ist das ganze Geheimnis der veränderten Gesetzgebung, — sie steckt nicht in der überlegenen Statistik des Freiherrn von Stumm." Richter schloß dann mit dem Satze: „Wer die Statistik nicht mal haben will über eine Frage, die so im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, gegen den kommt der Verdacht auf, daß er nicht will, daß über diese Dinge Klarheit verbreitet wird (Lachen rechts), weil, je größere Klarheit verbreitet wird, destoweniger die eigenen Ansichten dagegen bestehen können." Auf Richter folgte Bebel. Er führte aus: „Es ist ein sonderbares Wirtschaftssystem, wenn Tatsachen unter demselben hervortreten, wie sie neulich schon einmal von mir hier angeführt worden sind, nämlich, daß das Hörder Eisenwerk im verflossenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 600 000 Mark in seiner Bilanz aufführt, dann aber zugestehen muß, daß von diesem Reingewinn von 600 000 Mark 360 000 Mark, d. h. also die weitaus größere Hälfte, wieder verloren gingen, daß man auf dem ausländischen Markt, um die ausländische Konkurrenz zu unterbieten, selbst mit Schaden verkaufte." Stumm antwortete beiden in kurzer Ausführung.

Abgeordneter Freiherr von Stumm*): Ich glaube, es konnte niemand geschickter die Richtigkeit meiner Auffassung bestätigen wie der Herr Vorredner. Derselbe wirft dem Hörder Verein vor, daß er 600 000 Mark verdient, davon aber 360 000 Mark geopfert habe, um seine Leute beschäftigen zu können. Das wirft er ihm vor — aus welchen Motiven? Es sind nur zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder paßt es Herrn Bebel nicht, daß der Hörder Verein seine Arbeiter in Zufriedenheit erhält, oder es paßt ihm nicht, daß die internationalen Arbeiter, in Belgien oder England, die ihm ebenso nahe, vielleicht noch näher, stehen als die deutschen Arbeiter, davon Nachteile

*) S. 1878.

gehabt haben. Daß der Hörder Verein große Summen für seine Arbeiter bei dieser Gelegenheit geopfert habe, das kann der Herr Abgeordnete Bebel nicht leugnen. Er hat es vielmehr selbst bestätigt, daß der deutsche Arbeiter einen Vorteil von den billigen Lieferungen im Ausland gehabt habe: quod erat demonstrandum.

Was den Herrn Abgeordneten Richter anbelangt, so fällt sein Vorwurf, Unklarheit im Lande zu verbreiten, heute mehr wie je auf ihn selbst zurück. Denn auch die Behauptungen, die er mir jetzt wieder entgegengestellt hat, sind absolut unrichtig.

Zunächst hat der Herr Abgeordnete Richter behauptet, ich hätte in der Aera, solange Fürst Bismarck Freihändler war, eine Niederlage nach der anderen erlitten. Genau das umgekehrte ist der Fall. In der damaligen Zeit hat der Reichstag in allen den Fällen, wo es sich um Zollermäßigung handelte, sich auf einen vermittelnden Standpunkt gestellt und ist niemals weiter gegangen, als die Regierung, resp. der Minister Delbrück, es vorgeschlagen hatte; namentlich bei der Entscheidungsschlacht im Jahre 1873 *) hat der Reichstag, entgegen der Regierung, die damals noch auf einem entschieden freihändlerischen Standpunkt stand, den von mir hauptsächlich vertretenen Antrag, wonach die Zölle zunächst nur für Roheisen ganz aufgehoben und erst im Jahre 1876 die übrigen Zölle beseitigt werden sollten, angenommen im Widerspruch gegen die damalige Regierung, welche alle Eisenzölle sofort aufheben wollte. Es ist ebenso falsch, daß ich damals in meiner Opposition gegen das freihändlerische Regime irgend eine Niederlage erlitten hätte, als es falsch ist, daß wir, meine Freunde und ich, abwechselnd freihändlerisch und schutzzöllnerisch mit dem Fürsten Bismarck gegangen wären. Ich weiß nicht, ob Herr Richter mir das persönlich vorgeworfen hat, es würde das im Widerspruch stehen mit seinem ersten Vorwurf.

---

*) Am 20. und 24. Juni 1873. S. 150 und 160 d. B.

Aber Herr Richter hat es meinen Freunden vorgeworfen, und da darf ich daran erinnern, daß der Schutzzollära des Fürsten Bismarck vorangegangen ist die bekannte öffentliche Erklärung der 204,*) daß also aus parlamentarischen Kreisen die Initiative zur Umkehr auf diesem Gebiete ergriffen worden ist; allerdings ist dies der Zeit nach so ziemlich zusammengefallen mit der Erkenntnis des Fürsten Bismarck, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen könne.

Herr Richter hat mich in einem Punkte mißverstanden,

---

*) Die Freie wirtschaftliche Vereinigung von 204 Reichstagsabgeordneten unter dem Vorsitz des früheren würtembergischen Staatsministers, damaligen Reichstagsabgeordneten von Varnbühler entstand nach den Neuwahlen zum Reichstage am 30. Juni 1878. Ihre Geschäfte führte der Reichstagsabgeordnete und Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Dr. Rentzsch. Sie veröffentlichte am 17. Oktober 1878 folgende Erklärung: „In den weitesten Kreisen des Deutschen Reiches sieht man mit Spannung einer endlichen klaren Entschließung der verbündeten Regierungen rücksichtlich der Grundlagen des deutschen Handelsverkehrs mit dem Auslande entgegen. Es lag deshalb nahe und ist vielfach verlangt worden, daß der augenblicklich versammelte Deutsche Reichstag die hiermit zusammenhängenden Fragen behufs Feststellung der handelspolitischen Wege und Ziele der Reichsregierung in den Bereich seiner Verhandlungen zöge.“ Dann erklärten die 204, daß sie „angesichts der Handelspolitik der meisten Deutschland umgebenden Länder in Erkenntnis der den Volkswohlstand schädigenden Mängel des deutschen Zolltarifs und bei Fortdauer der auf der Gewerbstätigkeit und Landwirtschaft lastenden Krisis — eine auf das Resultat sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des deutschen Zolltarifs für notwendig halten und demgemäß entschlossen sind, für dieselbe in der nächsten ordentlichen Session des Deutschen Reichstages einzutreten. Obschon von verschiedenen handelspolitischen Gesichtspunkten ausgehend, finden sich die Unterzeichneten doch in dem Grundgedanken vereint, daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entschieden darauf ankommt, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntnis, Umsicht, und Vaterlandsliebe auszugleichen.“

in bezug auf das, was ich über die Unrichtigkeit seiner Behauptungen über Vorfälle in früheren Zeiten gesagt habe. Ich habe durchaus nicht gesagt, daß ich Herrn Richter damals widerlegt habe, sondern ich habe folgendes gesagt — und ich muß das hier kurz wiederholen. Herr Richter hatte meinem Freunde Kardorff gegenüber behauptet, der Niedergang der Industrie sei nicht durch den Freihandel, sondern durch die vermehrte Produktion entstanden und verschärft worden. Ich habe darauf erwidert: das ist falsch, in der Freihandelszeit hat sich die Industrie gar nicht vermehrt, sondern sie ist in der Produktion und in der Arbeiterzahl zurückgegangen, und trotzdem sind jeden Tag die Verhältnisse schlechter geworden. Das habe ich im Jahre 1879 ausgeführt. Ich habe die Jahreszahl nicht*) ausdrücklich genannt; es ist nicht richtig, daß ich den Zeitpunkt nicht genannt habe — das habe ich damals**) nachgewiesen und damit den Umschwung zu gunsten der Eisenzölle im Hause erheblich unterstützt. Herr Richter selbst ist als Redner der unmittelbare Nachfolger von mir gewesen; er hat meine Behauptungen nicht bekämpft, er hat also nicht das Recht, sie heute in der Weise zu behandeln.

Was nun schließlich die Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter anbelangt, daß ich meine persönlichen Interessen mit denen der Gesamtheit als eine besondere Eigentümlichkeit stets verwechsele und zusammenwerfe, so bin ich nicht erstaunt, von seiner Seite derartige persönliche, gehässige Invektiven zu hören. Von dem Herrn Abgeordneten Richter ist jedes Mitglied des Hauses das gewohnt, das ihm hier entgegentritt. Ich bin nur darüber erstaunt, daß die Herren in ihrer Presse der Regierung und der offiziösen Presse stets einen anständigen Ton empfehlen, während sie selbst nichts weniger als einen anständigen Ton weder in ihrer Presse noch im Parlament zur Schau tragen.

---

*) Im Text fehlt „nicht“.

**) Am 16. Mai 1879. S. 272 d. B.

Richter antwortete Stumm abermals: „Herr von Stumm hat die ganze Geschichte des Eisenzolles durchaus falsch dargelegt; der Eisenzoll ist stückweise aufgehoben worden 1868, 1870, 1873 und 1876, und nach meiner Erinnerung hat Herr von Stumm, solange in diesen Perioden Fürst Bismarck nicht auf seiner Seite stand, in der Bekämpfung der Aufhebung nichts vermocht, mit Ausnahme des Falles, daß im Jahre 1873 ihm gelang, zusammen mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Hammacher einen Kompromiß herbeizuführen, der nur teilweise eine Aufhebung des Zolles bewirkte, die gänzliche Aufhebung aber bis zum Jahre 1876 hinausschob." Er schloß seine Ausführung mit den Sätzen: „Ich bin der Ueberzeugung, daß in dem Augenblick, wo die Regierung den Antrag stellt auf Ermäßigung der Getreidezölle, eine große Mehrheit sich dafür erklären wird (Lachen rechts) und Herr von Kardorff sich in einer verschwindenden Minderheit befinden wird. (Lachen rechts.) Und in dem Augenblick, wo eine Ermäßigung der Getreidezölle vor sich geht, — dessen können die Landwirte sicher sein, — ist überhaupt die Solidarität der Schutzzöllner durchbrochen. Alsbald wird auch dafür gesorgt werden, daß die Landwirtschaft das Eisen, das sie braucht, billiger wird kaufen können, als es jetzt der Fall ist. Stumm erwiderte ihm zum letzten Male.

Abgeordneter Freiherr von Stumm*): Auf den mit so großer Emphase vorgetragenen Appell, den wir so oft gehört und noch öfter gelesen haben, will ich jetzt nicht eingehen. Ich habe mich lediglich zum Wort gemeldet, um abermals festzustellen, in welcher Weise Herr Richter die Kampfweise auf statistischem Gebiet führt. Meine Herren, Sie werden sich erinnern, daß der Abgeordnete Richter mir vorher bei Aufhebung der Eisenzölle eine Niederlage imputiert hatte — ich habe das Gegenteil bewiesen. Und jetzt sagt er: ja, ich habe von einer vollständigen Aufhebung gar nicht gesprochen, sondern nur von einer stückweisen. Meine Herren, wie man etwas stückweise aufheben kann, ist mir unerfindlich; er hat wohl sagen wollen eine Ermäßigung. „Stückweise" Aufhebung und „Ermäßigung" sind aber ganz verschiedene Dinge. Herr Rich-

---

*) S. 1880.

ter hat selbst zugegeben, daß er sich in bezug auf 1873, in bezug auf den einzigen Fall, wo ein Kampf von erheblicher Bedeutung um die Aufhebung der Eisenzölle stattfand, geirrt habe; und ich könnte ebenso gut nachweisen, daß er sich in bezug auf die früheren Gelegenheiten geirrt hat, wo es sich um Ermäßigungen handelte, wo die von mir bekämpften Zollherabsetzungen mehrfach abgelehnt wurden und der Roheisenzoll blieb. Ich habe die Beweise jetzt nicht hier, bin aber sehr gern bereit, wenn der Herr Abgeordnete Richter ein neues Tänzchen wünscht, mir eine Statistik aus den stenographischen Berichten herauszusuchen und ihm damit aufzuwarten.

Ich begnüge mich für jetzt damit, daß der Abgeordnete Richter sich zurückzieht, daß er jetzt von Ermäßigungen spricht, während er zuerst von der Aufhebung der Eisenzölle sprach.

Abgeordneter Richter: Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm hat gesagt, daß ich hier keinen anständigen Ton anschlage. Ich möchte zunächst wissen, ob das jetzt parlamentarisch gestattet ist zu sagen. In diesem Falle würde ich natürlich auch meinerseits einen anderen Ton anschlagen (Heiterkeit), ebenso wie es Herrn von Stumm beliebte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Da ich die gerügte Aeußerung nicht vernommen habe, so werde ich zunächst das Stenogramm einsehen und mich dann über diese Frage äußern.

Abgeordneter Richter: Der Herr Abgeordnete von Stumm hat gegen mich eine Aeußerung gemacht, daß ich einen anständigen Ton hier nicht innegehalten hätte — —

Präsident: Herr Abgeordneter, wollen Sie nicht meine Aeußerung abwarten, die ich in dieser Beziehung mir vorbehalten hatte? —

Meine Herren, ich habe in bezug auf eine Aeußerung, die der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm getan hat und die von dem Herrn Abgeordneten Richter moniert wurde, mir das Stenogramm kommen lassen und daraus folgenden Wortlaut dieser Aeußerung ersehen. Herr von Stumm sagte:

Ich bin nur darüber erstaunt, daß die Herren in ihrer Presse der Regierung und der offiziösen Presse stets einen anständigen Ton empfehlen, während sie selbst nichts weniger als einen anständigen Ton weder in ihrer Presse noch im Parlament zur Schau tragen.

Nun ist diese Wendung ja nicht unmittelbar und direkt gegen Herrn Richter gerichtet; wohl aber muß sie als gerichtet betrachtet werden gegen die Herren, die auf der Seite des Herrn Richter sitzen, gegen seine Fraktionsgenossen, und zwar gegen die Fraktionsgenossen im Hause, weil ausdrücklich von dem Tone, der im Parlament zur Schau getragen werde, die Rede ist. Ich kann daher diesen von dem Herrn Abgeordneten Freiherrn von Stumm gewählten Ausdruck für parlamentarisch zulässig nicht erachten und rufe den Herrn Abgeordneten deswegen nachträglich zur Ordnung. —

Einundneunzigste Sitzung
Dienstag, den 17. März 1891

Schienenvergebungen

Am 17. März 1891 fand der Schluß der dritten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über die Feststellung eines vierten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für 1890/91 statt. Unter dem Kopfe 3, Verwaltung der Eisenbahnen, kam die Resolution Richter über Schienensubmissionen zur Erörterung, welche Richter am 4. März 1891 (vergl. S. 426 d. B.) eingebracht hatte. Dieselbe war der Budgetkommission überwiesen worden, und diese hatte vorgeschlagen:

„Der Reichstag wolle beschließen,

die Resolution Richter auf Nr. 334 der Drucksachen unverändert wie folgt anzunehmen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alljährlich dem Reichstag eine besondere Uebersicht mitzuteilen über die Ergebnisse der von der Reichseisenbahnverwaltung ausgeschriebenen Schienensubmissionen unter Mitteilung der einzelnen Preisofferten aus dem Inland und Ausland sowie der Zuschlagspreise."

Stumm war der erste Redner über sie.

Abgeordneter Freiherr von Stumm*): Meine Herren, es ist nicht meine Absicht, Ihnen die Ablehnung der Resolution zu empfehlen; denn, wie ich bei der zweiten Beratung bereits bemerkt habe, hat sie einen rein dekorativen Wert oder Unwert. Ich halte es für vollkommen gleichgiltig, ob die Resolution angenommen wird oder nicht. Jedenfalls hat die Beschlußfassung über diese Frage keinen Zusammenhang mit der Kontroverse, die sich in der zweiten Lesung zwischen dem Herrn Abgeordneten Richter und mir erhoben hat.

Ich bin aber genötigt, auf diese Kontroverse mit wenigen Bemerkungen zurückzukommen, die ganz kurz sein werden.

---

*) S. 2119.

Die erste Bemerkung betrifft den von dem Herrn Präsidenten ausgesprochenen Ordnungsruf.*) Es versteht sich ganz von selbst, daß es mir nicht einfallen kann, irgendwie an diesem Ordnungsruf eine Kritik zu üben. Mein Zweck ist lediglich der, ein Mißverständnis aufzuklären, das sich an die Motivierung des Ordnungsrufs knüpfen könnte oder, wie ich glaube, schon geknüpft hat. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, die Erklärung abzugeben, daß die gerügte Aeußerung von mir sich nicht auf die gesamte freisinnige Fraktion bezogen hat, aus dem einfachen Grunde, weil ich die politischen Freunde des Herrn Abgeordneten Richter ebenso wenig für seine Methode verantwortlich machen kann, wie meine politischen Freunde verantwortlich sind für die Ausdrücke, die ich hier gebrauche.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf ein Mißverständnis hinsichtlich der Verteidigung des Schienenkartells, die ich damals übernommen habe. Es ist in der Presse vielfach verbreitet worden, als ob ich mit dieser Verteidigung gleichzeitig den Angriffen beigetreten sei, die gegen die Eisenbahnverwaltung deshalb erhoben worden sind, weil sie Schienenlieferungen an Ausländer vergeben hat. Meine Herren, nichts hat mir ferner gelegen als das; ich habe damals ausdrücklich erklärt: ich habe nicht die Absicht, in die materielle Seite der Frage einzutreten; ich habe nur die Absicht, notorische Irrtümer des Herrn Abgeordneten Richter klarzustellen. Wäre ich in eine materielle Diskussion eingetreten, so würde ich anerkannt haben, daß es nicht bloß berechtigt, sondern sogar notwendig für die Eisenbahnverwaltung sei, wenn nach ihrer Auffassung die Schienengemeinschaft ihr zu hohe Preise stellt, dem entgegenzutreten, entweder in der Art, wie die elsaß-lothringische Eisenbahn nach Andeutungen des Herrn Regierungskommissars dies getan hat, oder indem sie die Schienen an das Ausland vergibt, wenn die Preise dort inklusive Zoll niedriger gestellt werden. Was speziell die Schienenvergebung

*) Am 4. März 1891. S. 437 d. B.

in Magdeburg anlangt, so habe ich niemals verkannt, daß die Eisenbahnverwaltung vollkommen korrekt gehandelt hat, indem sie die Lieferung nicht einem deutschen Werk, sondern einem englischen übertragen hat.

Meine Herren, die dritte persönliche Bemerkung betrifft die Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter,*) daß ich, während Fürst Bismarck Freihändler gewesen sei, eine Niederlage nach der anderen erlitten hätte; und ich habe mir bei der zweiten Lesung vorbehalten, statistisch nachzuweisen, daß diese Behauptung absolut falsch sei. Der Herr Abgeordnete Richter hat speziell die Jahre 1868, 1870, 1873, 1876 genannt. Im Jahre 1868 wurde der österreichische Handelsvertrag vorgelegt, infolgedessen die Herabsetzung des Roheisenzolles von 7½ auf 5 Sgr. pro Zentner in frage kam.**) Ich habe mich damit einverstanden ***) erklärt — und der Reichstag hat denn auch diesen Zollsatz angenommen. In demselben Jahre habe ich, entgegen der damals freihändlerischen Regierung, einen Antrag auf Schritte, die gegen die französischen acquits à caution unternommen werden sollten, gestellt — und der Reichstag ist meinem Antrag gegen den ausdrücklichen Widerspruch des Herrn Ministers Delbrück beigetreten. †) Im Jahre 1870 hat die Regierung die Herabsetzung des Stabeisenzolls von 25 Sgr. auf 17½ Sgr. pro Zentner vorgeschlagen. ††) Ich habe mich auch damit einverstanden erklärt, obwohl ich diese Herabsetzung im vorhergehenden Jahre bekämpft hatte; dagegen sind die weiteren Anträge auf stückweise oder gänzliche Aufhebung des Roheisenzolls, mit denen sich die Regierung einverstanden erklärt hatte, damals infolge meines Widerspruchs, oder wenigstens unter meinem Widerspruch, sämtlich abgelehnt worden; und schließlich ist bei der

*) Am 4. März 1891. Vergl. S. 431 d. B.
**) Am 2. Mai 1868. S. 3 d. B.
***) S. 2120.
†) Am 8. Mai 1868. S. 14 d. B.
††) Am 2. und 3. Mai 1870. S. 60 und 84 d. B.

dritten Lesung, um endlich Ruhe auf diesem Gebiet zu bekommen, mit auf meine Initiative hin*) der Roheisenzoll auf $2^1/_2$ Sgr. festgesetzt worden unter einmütiger Zustimmung des Hauses. Das war im Jahre 1870.**)

Im Jahre 1873 hat die Regierung ihrerseits die sofortige Aufhebung sämtlicher Eisenzölle beantragt. Der Reichstag dagegen hat, nachdem ich diesen Antrag bekämpft hatte, unter meiner Mitwirkung bloß die Aufhebung der Roheisenzölle beschlossen und die Aufhebung der übrigen Eisenzölle erst für das Jahr 1876 in Aussicht genommen.***) Im Jahre 1876 habe ich mich an der Diskussion überhaupt nicht mehr beteiligt.

Meine Herren, daraus geht hervor, daß, solange die Reichsregierung auf freihändlerischen Bahnen wandelte, entweder sämtliche Maßregeln, die damals von ihr getroffen wurden, mit meiner Zustimmung erfolgt sind, oder daß, wo ich gegen die Regierung gekämpft habe, der Reichstag sich stets auf meinen Standpunkt gegen die freihändlerische Regierung gestellt hat.

Ich muß demgegenüber doch den Herrn Abgeordneten Richter bitten, entweder seinen Irrtum einzugestehen oder aber mir einen einzigen Fall zu nennen, in dem ich eine Niederlage erlitten habe.

Im übrigen möchte ich bei der Geschäftslage des Hauses die Sache um so weniger weiter ausspinnen, als ich meine: die ganze Frage gehört viel mehr in den preußischen Landtag, wo die Schienenlieferungen eine ganz andere Wichtigkeit haben als die paar Schienenlieferungen, die seitens der Reichseisenbahnen ausgeschrieben werden.

Aus diesen Gründen möchte ich jetzt nicht weiter auf die Sache eingehen; ich hielt mich aber für zu diesen kurzen Richtigstellungen verpflichtet.

---

*) Im Text steht „hier".

**) S. 95 d. B.

***) Am 10., 20. und 24. Juni 1873. S. 106, 134 und 152 d. B.

Richter antwortete Stumm, er wisse nicht, wie Stumm die Zeiten von 1868 bis 1870 dafür anführen könne, daß es ihm gelungen sei, im Widerspruch mit der Regierung parlamentarische Erfolge zu erzielen. Die ganze Erörterung sei damals nur eine nebensächliche gewesen. Sie sei davon ausgegangen, daß es nach Stumms Aeußerungen hätte scheinen können, als ob er im Jahre 1879 in der Frage des Eisenzolls durch die Macht seiner Beredsamkeit gegenüber Richter einen Erfolg erzielt habe. Richter schloß dann seine Ausführungen: „Wie wenig im Jahre 1879 der Herr Freiherr von Stumm in dieser Diskussion zwischen mir und ihm über die Eisenzölle der Zukunft richtig beurteilt hat, das mag ihm folgender Satz zeigen. Herr Freiherr von Stumm sagte damals, am 11. Juli 1879: „Ich komme nun zu dem Herrn Abgeordneten Richter, und möchte ihm zunächst im Namen seiner Gegner in seinem Wahlkreis meinen herzlichsten Dank aussprechen für die eben gehörte Rede. Ich glaube, er hat sich damit in Hagen vollständig tot gemacht.“ Sie sehen, ich habe auch seitdem ganz munter fortgelebt.“

Stumm erwiderte darauf.

Abgeordneter Freiherr von Stumm*): Meine Herren, daß ich mich allerdings hinsichtlich meiner Profezeiung über den Eindruck der Rede des Herrn Abgeordneten Richter in Hagen geirrt habe, das muß ich ja zu meinem Bedauern eingestehen. Herr Richter sieht also daraus, wie loyal ich einen Irrtum eingestehe, wenn er mir wirklich nachgewiesen wird.

Ich hätte aber erwartet, daß Herr Richter ebenso loyal eingesteht, daß er sich seinerseits geirrt hat. Ich möchte zum Beweise, daß seine letzten Ausführungen über die Niederlagen, die ich erlebt haben soll, absolut nicht zutreffen, einen Satz aus dem stenographischen Bericht vorlesen, den er mir entgegengehalten hat — ich meine bei der zweiten Beratung, also vor ungefähr 14 Tagen**):

> Ich erinnere mich nur, daß der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm so lange Niederlagen erlebt hat, als Fürst Bismarck gegen ihn stand,

*) S. 2120.

**) Am 4. März 1891. S. 431 d. B.

> und daß seine Siege erst seit der Zeit datieren, wo er durch die Autorität des Fürsten Bismarck gestützt wurde.

Ich glaube, daß ich derartigen Behauptungen gegenüber berechtigt bin, den Herrn Abgeordneten Richter nochmals zu fragen oder aufzufordern, mir eine einzige Niederlage zu nennen, die ich damals erlitten habe. Es ist absolut keine solche Niederlage vorhanden gewesen.

Richter erwiderte darauf:

Abgeordneter Richter: Ja, meine Herren, die Sache ist ja wirklich sehr nebensächlich. Ich habe ja dem Herrn Abgeordneten Freiherrn von Stumm persönlich gar keinen Vorwurf gemacht, daß er seine Meinung geändert. Ich habe im Gegenteil anerkannt, daß er, im Unterschied von vielen anderen Herren auf der rechten Seite, immer schutzzöllnerische Bestrebungen verfolgt hat. Daß derselbe aber auch nicht immer durchgedrungen ist, auch nicht im Jahre 1873, geht aus folgendem hervor. Im Jahre 1873 brachten die Herren Freiherr von Stumm und von Kardorff einen Antrag ein,

> den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dem nächsten Reichstag über eine umfassende, insbesondere auf eine weitere Ermäßigung der Eisenzölle gerichtete Reform des Zolltarifs Vorlage zu machen.

Das war also ein Versuch des Herrn von Stumm, damals überhaupt die Aenderung des Eisenzolltarifs ins unbestimmte hinauszuschieben. Mit diesem Versuch ist Herr von Stumm 1873 gescheitert; es ist ihm damals nur in Verbindung mit Herrn Dr. Hammacher gelungen, die Regierungsvorlage zu ersetzen durch ein gewisses Kompromiß, welches die völlige Aufhebung der Eisenzölle erst im Jahre 1876 einführte.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm.

Abgeordneter Freiherr von Stumm: Meine Herren, wenn ich damals im Jahre 1873 mit Unterstützung des Herrn Dr. Hammacher ein Kompromiß abgeschlossen habe, so ist das doch keine Niederlage.

Dann muß ich aber doch sagen: ich halte es nicht für

nebensächlich, einem Kollegen falsche Tatsachen unterzulegen und nachher, wenn das Gegenteil erwiesen wird, sich auf allgemeine Bemerkungen zurückzuziehen und nicht zu gestehen, daß man sich geirrt habe.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Richter.

Abgeordneter Richter: Ja, ich werde jetzt zum allerletzten Male antworten. Ich habe bereits das vorige Mal ausdrücklich gesagt, daß meine generelle Bemerkung für das Jahr 1873 nicht zutraf, daß es Herrn von Stumm damals gelungen sei, gegen die Regierung ein Kompromiß zu erzielen, also insofern einen gewissen Erfolg gegen die Regierung. In allen übrigen Punkten liegt ein Beweis nicht vor, weil Herr von Stumm sich mit der Regierung verwendet hat einmal für Ermäßigung der Eisenzölle und dann für Wiederherstellung derselben.

Im übrigen hätte ich wirklich geglaubt, daß Herr Freiherr von Stumm, als ich seinen Namen auf der Rednerliste verzeichnet fand, mich in den tatsächlichen Ausführungen, in den sachlichen, die das Haus viel mehr interessieren müssen als diese persönlichen Auseinandersetzungen, über die Wirkung der Eisenzölle bis 1873 und über die Wirkung des Freihandels in der späteren Zeit widerlegen und mich in dieser Beziehung des Irrtums hätte zeihen können. Wenn ihm das in der Zwischenzeit irgendwie möglich gewesen wäre, dann würde Herr Freiherr von Stumm — das setze ich voraus — sicher das heute vorgebracht haben und nicht die Aufmerksamkeit abgelenkt haben auf eine doch schließlich lediglich ganz persönliche und für die Sache ganz bedeutungslose Frage.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm.

Abgeordneter Freiherr von Stumm: Meine Herren, nachdem Herr Richter auf die Sache, auf die es hier ankommt, absolut nicht eingehen will, kann ich ihm nicht mehr in gebührender Weise antworten, ohne mich einem zweiten Ordnungsruf*) auszusetzen.

Die Resolution Richter wurde sodann angenommen.

---

*) Wie am 4. März 1891. S. 437 d. B.

Einhunderteinundsiebzigste Sitzung
Sonnabend, den 13. Februar 1892

Schienenvergebungen und Schutzzollpolitik

Am 13. Februar 1892 wurde die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes für das Jahr 1892/93 fortgesetzt. Dabei kamen die Schienenvergebungen der Reichsbahnen, welche mit der Schutzzollpolitik aufs engste verknüpft waren, abermals zur Erörterung, da die Reichsregierung, entsprechend der Resolution Richter vom 17. März 1891, eine Uebersicht über die Ergebnisse der von der Reichseisenbahnverwaltung ausgeschriebenen Lieferungen von Eisenbahnschienen vorgelegt hatte. Zu ihr sprach an erster Stelle Bebel. Er sagte: „Aus den Angaben ist zu ersehen, daß im Jahre 1890 eine größere Anzahl Firmen sich an der Ausschreibung beteiligt hat, daß die Preise, die dabei für die Tonne Schienen verlangt wurden, sich zwischen 145 und 150 Mark bewegten und daß die Gebrüder Stumm in Neunkirchen zum Preise von 145 Mark als Mindestfordernde den Zuschlag erhielten. Im folgenden Jahre, im Jahre 1891, ist abermals wieder ein bedeutender Posten von Stahlschienen ausgeschrieben worden; hier differierten die Preise zwischen 124 und 131 Mark, und es waren einerseits die Gebrüder Stumm in Neunkirchen und anderseits die Firma de Wendel & Cie. in Hayingen, welche den Zuschlag erhielten.“ Er bemängelte sodann, daß sich ausländische Firmen nicht bei diesen Vergebungen beteiligten, und daß die deutschen Firmen im Inlande höhere Preise stellten als im Auslande. Er fuhr dann fort: „Ich weiß nicht, ob es Ende 1890 oder Anfang des Jahres 1891 war — die mir vorliegenden Notizen geben hierüber keinen genauen Aufschluß, — da wird unter anderem mitgeteilt, daß die Gebrüder Stumm, die also nach den eben mitgeteilten Zahlen im vorigen Jahr von der Reichseisenbahnverwaltung per

Tonne 124 Mark verlangten und erhielten, mit der Gotthardbahn, also einer Eisenbahngesellschaft, die für den Bau ihrer Bahn bekanntermaßen vom Deutschen Reiche seinerzeit mit über 25 Millionen Mark subventioniert wurde, bis zum Jahre 1894 einen Schienenlieferungsvertrag abgeschlossen haben, wonach sie sich verpflichteten, an die betreffende Eisenbahnverwaltung frei Basel die Tonne zu 134 Franken, gleich 104 Mark, zu liefern. Wenn Sie nun festhalten, daß für die Fracht bis Basel ungefähr 6 Mark pro Tonne abgerechnet werden müssen, so stellt sich für die Tonne Schienen ein Nettopreis von 98 Mark heraus. Es besteht also eine Differenz zwischen dem Preis, welchen die Firma Gebrüder Stumm von der Reichseisenbahnverwaltung im vorigen Jahre per Tonne Schienen gezahlt erhielt, und dem Preis, den die Gotthardbahn gegeben hat, von nicht weniger als 26 Mark per Tonne. Es ist das eine eigentümliche Auffassung des Patriotismus, den hier unsere Großindustriellen in bezug auf Materiallieferungen für das Deutsche Reich bekunden." Bebel behauptete ferner, rheinisch-westfälische Werke hätten Anfang 1892 40 000 Tonnen Schienen für 83 Mark frei Bord Antwerpen geliefert, und fuhr dann gegen Stumm fort: „Es versteht sich weiter — und hierüber hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm schon lebhaft Klage geführt —, daß die Schienenwerke in Deutschland, überhaupt die großen Eisenwerke, besonders unter den Wirkungen des bekannten Kohlen- und Koksringes in Rheinland und Westfalen leiden (Zuruf rechts). — Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm hat gegen diesen Kohlen- und Koksring sich lebhaft geäußert; aber gegen den Eisenring hat er bisher kein Wort gesprochen. (Zuruf rechts.) — Niemals!? Herr Freiherr von Stumm, ich müßte mich sehr irren, wenn nicht in der Presse, in einem Ihnen zur Verfügung stehenden Organ — ich beziehe mich hierfür nicht auf ein Parteiblatt von mir, sondern auf die „Vossische Zeitung", die einen Bericht darüber brachte — ein Artikel gestanden hätte, in dem in energischer Weise gegen die Preistreiberei des Kohlen- und Koksringes Front gemacht wurde, wodurch die Eisenwerke im Inland gegenüber jenen im Ausland geschädigt würden." Daran schlossen sich andere Angriffe: „Dadurch aber, daß man die ausländischen Werke von jeder Beteiligung möglichst ausschloß, daß man zusah, wie der Eisenring mit ausländischen Werken — in England zum Beispiel — ein förmliches Abkommen seit Jahren getroffen hatte, wonach die ausländischen Werke von jeder Beteiligung bei deutschen Schienenausschreibungen freiwillig fern bleiben unter der Bedingung, daß das Syndikat des Schienenringes ihnen für das Fernbleiben vom

Wettbewerb eine bestimmte Summe per Tonne auszahlte, so daß die Herren im Ausland das schönste Geschäft machten, ohne einen Finger dabei zu rühren, — mußte es so kommen, wie es gekommen ist.“ Die Staats- und Reichseisenbahnverwaltungen sind obendrein „der Gefahr ausgesetzt, daß schlechte und geflickte Schienen dem Staat für sein schönes Geld aufgehängt werden. Wir haben seit einem Jahre ungefähr auf diesem Gebiete den Fall Baare. Nun will ich zunächst nicht auf den Fall Baare eingehen, sondern will einen anderen verwandten Fall, der etwas früher vorgekommen ist, hier zur Erörterung ziehen, und zwar um deswillen, weil ich zu meiner Ueberraschung finde, daß unter den Werken, die sowohl im Jahre 1890 wie im Jahre 1891 bei der Reichseisenbahnverwaltung Gebote auf Lieferungen gemacht haben, sich nicht allein der Bochumer Verein, an dessen Spitze Herr Baare steht, sondern auch der Georg-Marien-Bergwerks- und -Hüttenverein in Osnabrück befindet. Meine Herren, das letztere Werk, der Georg-Marien-Bergwerks- und -Hüttenverein in Osnabrück, hat, wie gerichtlich feststeht, bis zum Jahre 1887 bereits 20 Jahre lang systematisch die Fälschung von Schienen betrieben. Damals wurde auf diesem Werk ein besonderer Graveur zum Anfertigen falscher Stempel beschäftigt, der bei der gesamten Belegschaft des Werkes bei der Arbeiterschaft unter dem Namen: „der Stempelfritze“ bekannt war.“ Bebel behauptete sodann, Baare habe das Wort ausgesprochen, „geflickte Schienen laufen überall mit unter.“ „Es wurde weiter hervorgehoben, daß auf dem Bochumer Verein ganze Werkstätten mit Dutzenden von Arbeitern damit beschäftigt seien, das Schienenflicken, das Verkitten von schadhaften Schienen, Schwellen, Laschen usw. vorzunehmen, daß der Kitt zur Verstopfung der Löcher in den Schienen usw. zentnerweise von dem Werk gekauft werde.“ „Aber das allerbedenklichste ist — und das ist doch auch eine Seite der Frage, die meines Erachtens bei dem Prozesse im Vordergrund stehen sollte, — daß in diesem Falle der Direktor Baare am 5. Juni vorigen Jahres als Zeuge vorgeladen und gefragt, wie es mit seinem Wissen in bezug auf die Schienenfälschung auf dem Bochumer Verein stehe, antwortete: „Selbstverständlich ist so etwas nie vorgekommen; daß einmal geflickte Schienen mit unterlaufen, kommt bei jedem Werke vor.“ Es wäre mir interessant, wenn Herr Freiherr von Stumm heute die Gelegenheit ergriffe und gegen diese Anschuldigung des Herrn Baare, der da direkt behauptet, daß gefälschte Schienen auf jedem Werke vorkommen, Protest erhöbe. Ich bin fest überzeugt, daß solche Dinge auf den Stummschen Werken nicht vorkommen (Lachen bei den Sozial-

demokraten). — Ja, dieses Vertrauen habe ich zu dem Chef jener Werke; aber ich glaube, es wäre im Interesse seines Werkes selbst, wenn er hier die Gelegenheit wahrnähme, gegen einen solchen Verdacht sich zu verwahren." Darauf wiesen der Kommissar des Bundesrates Kinel und Schneider (Hamm) die Anschuldigungen Bebels teilweise zurück, während Schneider im übrigen empfahl, vor Fällung eines Urteils bis zum Richterspruch des ordentlichen Gerichtes zu warten. Stumm antwortete auf die Herausforderung Bebels dann einmal für die Eisenindustrie, sodann aber auch für sein Neunkircher Eisenwerk.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hätte sich die Apostrophe an mich, ich möchte mich darüber erklären, ob derartige Dinge, wie er sie geschildert, auch auf meinen Werken vorkommen oder nicht, wohl ersparen können. Denn im vorigen Jahre hatte ich Gelegenheit, in einer längeren Ansprache an meine Arbeiter, welche so ziemlich die ganze deutsche Presse, vor allem aber die sozialdemokratische Presse, durchlaufen hat, mich so klar und deutlich über diese Dinge auszusprechen, daß ich wohl keinen Widerspruch zu gewärtigen habe, wenn ich annehme, daß Herr Bebel damals von meiner Stellung Kenntnis genommen hat. Ich erinnere mich sogar beispielsweise, daß die „Frankfurter Zeitung", die ja sonst ein besonderes Vergnügen daran findet, mich anzugreifen, hier umgekehrt meine damalige Ansprache gelobt und als eine Art Angriff gegen Herrn Baare aufgefaßt hat, während ich bei meiner Ansprache an Herrn Baare oder an ähnliche Fälle gar nicht gedacht habe. Ich habe damals diese scharfe Verurteilung aller derartiger Manipulationen ausgesprochen, wesentlich um meinen Grundsatz zu rechtfertigen, auch Vergehen außerhalb des Betriebes durch Arbeiter und Beamte zu ahnden, die sittliche und moralische Haltung meines Personals auch außerhalb der Arbeit zu kontrollieren. Ich habe in der Ansprache nachgewiesen, daß es ganz unmöglich sei, bei den großen Verführungen,

*) S. 4172.

die auf diesem Gebiete an die Arbeiter und unteren Beamten herantreten, mit Strenge allein derartige Dinge, die allerdings die Ehre des Werkes in frage stellen, selbst wenn der Chef daran vollkommen unschuldig ist, zu verhüten; die Erziehung, die Ueberwachung muß auch außerhalb des Betriebes stattfinden. *)

---

*) Die Ansprache wurde am 25. Juni 1891 im Neunkircher Eisenwerk bei Gelegenheit der Prämienverteilung an die Hüttenleute gehalten. Der angezogene Abschnitt lautete: „Ein Arbeiter, der sich außerhalb des Betriebes einem liederlichen Lebenswandel hingibt, wird auch im Betrieb nichts leisten können; wenn er oder ein Meister einen Laden oder eine Wirtschaft betreiben, so werden notwendig Beziehungen zwischen Meister und Arbeitern entstehen, welche auf ihr Verhältnis im Betriebe zum Nachteile anderer Arbeiter von Einfluß sein müssen; wenn sich Arbeiter leichtsinnig vor Gericht verklagen, weil sich etwa ihre Frauen gegenseitig beschimpft haben, so wird es unmöglich sein, Streit und Zank auch im Betriebe zu verhindern; wenn halbreife Burschen, welche noch keinen auskömmlichen Lohn beziehen, vorzeitig heiraten und Kinder in die Welt setzen, so werden sie nicht imstande sein, die letzteren zu ernähren und zu erziehen, und sie werden die notwendige Kraft und Freudigkeit verlieren, ihre Arbeit zu verrichten; wer nicht in seinem Privatleben den Grundsatz: „Ehrlich währt am längsten“ befolgt, der wird auch nicht der Versuchung widerstehen, sich manigfache wertvolle Materialien, welche auf dem Werke unverschlossen herumliegen, anzueignen. Eine absolute Kontrolle, namentlich zur Nachtzeit, zur Verhütung solcher Veruntreuungen, ist unmöglich, und ebenso unmöglich ist es, sie durch Strafen im Betriebe allein zu verhindern. Derartige Entwendungen aber kommen trotz der Ehrenhaftigkeit der großen Mehrzahl von euch auch hier vor und bilden für mich die dunkelste Seite meiner Berufstätigkeit. Am schwersten werde ich davon betroffen, wenn ich genötigt bin, Betrügereien zu bestrafen, welche nicht direkt das Vermögen des Werkes schädigen, sondern gegen die Abnehmer von Fabrikaten gerichtet sind. Als vor vier Jahren die beiden Obermeister des Stahlwerkes dabei betroffen wurden, daß sie phosphorhaltige Proben von Schienenchargen beiseite legten und dabei phosphorfreie Proben früherer Chargen unterschmuggelten, da habe ich sie vom Fleck weg entlassen, obwohl sie in ihrem Berufe zu den tüchtigsten Meistern des Werkes gehörten und obwohl sie glaubten, durch ihre Betrügerei

Meine Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß der Arbeiter und der Meister allerdings ein ganz besonderes Interesse daran hat, derartige Dinge zu treiben, und daß sie überall da getrieben werden, wo nicht eine ausgebildete Charakterfestigkeit des betreffenden ihn vor Versuchungen schützt.

---

dem Werke keinen Schaden, sondern gar Nutzen bereitet zu haben. Sie hätten aber durch ihre Handlungsweise, wenn sie nicht sofort entdeckt worden wäre, dem Werke weit größeren Schaden gebracht, als wenn sie dasselbe direkt an seinem Vermögen geschädigt hätten. Denn jedem anständigen Menschen, wie viel mehr unserem großen Gemeinwesen, steht die Ehre höher als das Vermögen, und jene Meister haben die Ehre des Werkes durch ihre Betrügerei gefährdet. Dasselbe tun gewissenlose Arbeiter, wenn sie sich dadurch ihren vollen Lohn sichern wollen, daß sie Schienen oder sonstige Fabrikate, welche von dem übernehmenden Kommissar verworfen sind, durch betrügerische Mittel in die angenommenen Fabrikate hineinzuschmuggeln suchen. Der Betrug erscheint auch dann in keinem entschuldbaren Lichte, wenn die eingeschmuggelten Fabrikate nach Ansicht des Arbeiters mit Unrecht verworfen und tatsächlich abnahmefähig waren. Ich habe zwar die feste Ueberzeugung, daß das strenge Exempel, welches ich vor vier Jahren zu statuieren genötigt war, alle solche Versuche im Keime erstickt hat, aber ich erkläre hier nochmals ausdrücklich: wer mich an meinem Vermögen schädigt, den kann ich nach erfolgter Bestrafung wieder in die Arbeit nehmen, falls mildernde Umstände vorliegen; wer aber die Ehre des Werkes durch betrügerische Manipulationen angreift, gegen den bin ich unerbittlich, und er hat niemals wieder auf die Aufnahme in unsere Gemeinschaft zu rechnen. Kommen solche Dinge vor, so kann ich hundertmal beweisen, daß ich dieselben verboten habe; es wird immer böswillige Menschen genug geben, welche glauben oder zu glauben vorgeben, daß, weil jene Dinge mir zu pekuniärem Vorteil gereichen könnten, ich mehr oder minder daran beteiligt sei. Schon deshalb bin ich genötigt, gegen einen Betrug, welcher dritte berührt, weit strenger vorzugehen als gegen einen solchen, der mich allein angeht. Aber auch hier wieder kann nur die Ehrlichkeit der Arbeiter in jeder Lebenslage, niemals allein die Furcht vor Strafe, dem Uebel steuern. — Aus allen diesen Gründen werde ich genötigt sein, andere Mittel zur Verhütung von Vergehen außerhalb des Betriebes zu finden als die vom Gesetze jetzt verbotenen Geldstrafen. Ich werde genötigt sein, für

Hier ist ein Unterschied zwischen „im Betrieb" und „außerhalb des Betriebes" nicht zu machen. Jemand, der außerhalb des Betriebes ein Schuft ist, wird es auch innerhalb des Betriebes sein, und umgekehrt. Nun ist es notwendig,*) bei allen Fabrikationszweigen, namentlich aber bei der Eisenindustrie, den Arbeiter für solche Erzeugnisse, die er nicht in vorschriftsmäßiger Weise, herstellt, in irgend einer Weise verantwortlich zu machen. Ist das Material ganz schlecht, so bekommt er — immer vorausgesetzt, daß ihn ein Verschulden bei der Fabrikation trifft — entweder gar keinen Lohn, oder, wenn das Material weniger gut ist, so wird der Lohn verkürzt. Bei den Schienen beispielsweise ist bei mir die Sitte, daß solche Schienen, die zwar noch für Nebenbahnen, für Nebengleise benutzt werden können, die aber den strikten Anforderungen der Eisenbahnverwaltungen nicht entsprechen, nur mit der Hälfte des Akkordlohnes bezahlt werden. Und, meine Herren, dies ist gar nicht zu umgehen, weil gerade durch die Unaufmerksamkeit des Schweißer- und Walzerpersonals die meisten der Fehler, die das Ausschießen der Schienen veranlassen, hervorgerufen werden.

Ich frage Sie, meine Herren: wenn der Arbeiter, namentlich zur Nachtzeit, wo die Aufsicht nicht in so regelmäßiger Weise stattfindet, namentlich früher nicht, wo man noch keine elektrische Beleuchtung hatte, vor der Versuchung steht, durch eine Manipulation, wie sie eben geschildert worden ist, seinen vollen Lohn zu bekommen, statt einen empfindlichen Abzug zu erleiden, — versteht es sich da nicht ganz von selbst, daß die Versuchung in sehr verführerischer Weise an ihn herantritt? Mein Streben ist immer darauf gerichtet gewesen, das

---

jedes solches Vergehen die Kündigung anzudrohen, und es vielleicht beim erstenmale mit einer Verwarnung bewenden zu lassen. Ich werde jedem Arbeiter, welcher im Laufe des Jahres weder eine Verwarnung noch eine Kündigung erhalten hat, eine Prämie von fünf Mark zusichern."

*) S. 4173.

ganze Beamten- und Meisterpersonal derart mit dem Gefühl ihrer Pflicht zu erfüllen, daß gerade diese Dinge mit der allerpeinlichsten Aufmerksamkeit verhindert werden. Das treibe ich, seitdem ich an der Spitze meines Geschäfts stehe, also seit beinahe 34 Jahren. Trotzdem habe ich in derselben Ansprache, von der ich eben sprach, ausdrücklich zugegeben, daß bei mir vor etwa fünf Jahren der Fall konstatiert wurde, daß beide Obermeister in dem Stahlwerk durch Unterschieben phosphorfreier Proben, während die gelieferten Chargen phosphorhaltig gewesen sind, die Ehre des Werks und selbst die Sicherheit des Betriebes für diejenigen Eisenbahnen, für welche damals die Schienen bestimmt waren, im höchsten Maße in Gefahr gebracht hätten, wenn der Unterschleif nicht sogleich entdeckt worden wäre. Ich habe diese Obermeister vom Fleck weg entlassen und ich glaube damit für alle Zeiten ein warnendes Exempel statuiert zu haben.

Auf der anderen Seite versteht es sich von selbst, daß der Ausspruch: „es kommen solche Dinge auf allen Werken vor", nicht in der Weise zuzugeben ist, wie Herr Bebel es getan hat. Sie kommen vor, aber sie müssen bald entdeckt und dann scharf geahndet werden. Also das Vorkommen selbst kann ich nicht als abwendbar hinstellen, aber was ich als sicher hinstelle, ist, daß, wenn solche Fälle wiederholt vorkommen, ohne daß die Werkführung dahinter kommt, diese ihre Schuldigkeit schwer verletzt. Darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Bebel überein.

Um nicht dem Wortlaut nach desavouiert zu werden, muß ich noch bekennen, daß der eine der beiden entlassenen Obermeister später als einfacher Arbeiter wieder eingestellt worden ist, aber nur als einfacher Arbeiter, — aus Rücksicht auf seine Bitten und seine zahlreiche Familie, nicht etwa mit meiner Empfehlung auf anderen Werken, sondern in meinem eigenen Betrieb, wo er nur einen Bruchteil von dem verdient, was er als Obermeister verdient hatte. Ich habe mich dazu berechtigt gehalten, weil ich den Fall ähnlich ansah,

wie wenn ein Offizier den schlichten Abschied bekommt, und ihm nachher im Gnadenwege gestattet wird, sich als einfacher Soldat zu rehabilitieren. Ich schäme mich dieser Humanität nicht und stehe dafür ein; auch glaube ich, daß die Bestrafung trotzdem auch bei diesem Manne noch eine recht strenge gewesen ist.

(Zustimmung.)

Aehnlich steht die Sache mit den geflickten Schienen. Es gibt kleine Schönheitsfehler an den Schienenfüßen, wobei die meisten Kommissare gestatten, daß ein Flicken, d. h. ein Zuhämmern mit dem Hammer auf kaltem Wege, zulässig sei. Das nennt man Kaltflicken. Also von diesem Gesichtspunkte aus gebe ich vollkommen zu, daß auch bei mir geflickte Schienen gemacht werden; aber nicht etwa geflickte Schienen, die auf warmem Wege durch Einschweißen eines Stückes hergestellt werden, sondern nur mit Wissen der Eisenbahnkommissare auf kaltem Wege. Manche Eisenbahnverwaltungen lassen das zu, manche nicht — z. B. die würtembergische läßt es nicht zu —; und es geschieht das ganz offiziell im Beisein der betreffenden Schienenkommissare, die zur Kontrolle auf dem Werke sich aufhalten. Wenn ich also auch zugebe, daß geflickte Schienen bei mir vorkommen, so bestreite ich doch auf das allerentschiedenste, daß sowohl aus dem Fall, daß bei mir ein Unterschleif vorgekommen ist, als aus der Tatsache, daß bei mir geflickte Schienen vorkommen, der Schluß gezogen werden darf, daß bei mir irgend etwas geduldet wird, was nicht im Interesse der Ehre des Werkes und im Interesse der Sicherheit auf den Eisenbahnen zulässig ist.

Meine Herren, ich glaube, ich kann diesen Gegenstand jetzt verlassen und auf die weiteren Apostrophen eingehen, die mir in meiner Eigenschaft als Industrieller in bezug auf die Preise für Schienenlieferungen gemacht worden sind.

Meine Herren, zunächst bestreite ich die Richtigkeit der Mitteilung, die allerdings in der Presse vielfach Verbreitung gefunden hat, als ob zu den Preisen von 83 Mark franko

Antwerpen größere Schienenlieferungen abgeschlossen worden wären. Als ich die Nachricht las, kam sie mir so unnatürlich vor, daß ich mich näher danach erkundigte; und da ist mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, es sei das ein Mißverständnis; es sei allerdings in der in Rede stehenden Zeit eine größere Lieferung — ich glaube, es waren von der Dortmunder Union 20000 Tonnen — nach Südamerika abgeschlossen worden, aber zu einem Preise, der über 90 Mark loko Werk betrage. Nun ist ein Preis von 90 Mark allerdings noch sehr viel niedriger als die Preise, die für die inländischen Bahnen gestellt werden. Ich begreife aber wirklich nicht, wie gerade von Ihrer Seite daraus ein Vorwurf hergeleitet werden kann. Zunächst, meine Herren, haben Sie wohl ganz vergessen, daß wir im Jahre 1879, allerdings mit auf meine Anregung, aber auf das wärmste unterstützt von der ganzen freihändlerischen Partei, Erleichterungen für den Veredlungsverkehr eingeführt haben, die den ausgesprochenen Zweck hatten, das für das Ausland bestimmte Eisen erheblich billiger herzustellen als das für das Inland bestimmte Eisen. Der Grundsatz ist damals von mir vertreten und von anderer Seite noch lebhafter befürwortet worden, ohne daß hier im Reichstag irgend jemand Widerspruch erhob, daß Roheisen zur Weiterverarbeitung für die Ausfuhr zollfrei zuzulassen sei. Bedenken Sie, daß der Zoll auf fremdes Roheisen 10 Mark beträgt, daß der Zoll auf fremdes Halbfabrikat, Luppeneisen und Ingots sogar 15 Mark beträgt, und berücksichtigen Sie Abbrand und Abfälle, so werden Sie finden, daß allein diese Zolldifferenz die Preisdifferenz repräsentiert, von der der Abgeordnete Bebel hier gesprochen hat. Dazu kommt, daß in dem Fall, den er mit bezug auf Neunkirchen angeführt hat, es sich ja nach seiner eigenen Mitteilung handelt um Preise, die bis zum Jahre 1894 reichen, während er denen einen Preis gegenübergestellt hat, den meine Firma im Inland für das Jahr 1891 gestellt hat. Ja, weiß denn der Abgeordnete Bebel nicht, daß wir seit Mitte 1891 eine

fast unglaubliche Baisse erlebt haben? Weiß der Abgeordnete Bebel nicht, daß seitdem die Kohlen- und Kokspreise erheblich heruntergegangen sind, und daß jedermann weiß, daß sie in diesem Sommer noch weiter heruntergehen werden? Ist es also eine falsche Spekulation, eine falsche kaufmännische Schlußfolgerung, wenn eine Firma, die heute für die nächsten Jahre abschließt, mit weitgehenden Herabsetzungen der Kohlenpreise rechnet und infolgedessen billigere Preise stellt, als wenn*) es sich bloß um 1891 oder 1892 handelt? — Also, ich glaube, gerade die Ausführungen des Abgeordneten Bebel, daß hier für die Schweiz eine Lieferung für mehrere Jahre vorliegt, beweist am besten, daß eine erhebliche Preisdifferenz gerechtfertigt war.

Wie groß ist denn diese Preisdifferenz heute noch? Herr Bebel hat 104 Mark für die Gotthardbahn angeführt. Soviel mir erinnerlich, kann das richtig sein. Heute steht aber der Preis für Schienenlieferungen an deutsche Bahnen nicht sehr viel höher; die letzte Submission in Stuttgart hat, soviel mir bekannt, 112 Mark loko Werk ergeben. Es handelt sich hier also um eine Preisdifferenz von 8 Mark, die weit unter der Differenz steht, die im Jahre 1879 vom Reichstag als vollkommen zulässig für ausländische Lieferungen von allen Seiten gesetzlich anerkannt worden ist. Nun, meine Herren, kommt aber noch etwas hinzu. Sie haben kürzlich — ich weiß nicht, von welcher Seite es kam — der Reichseisenbahnverwaltung den Vorwurf gemacht, daß Arbeiter entlassen würden, und haben den Satz aufgestellt, daß eine Verwaltung verpflichtet sei, die Leute, die sie in guten Zeiten ausgenutzt habe, auch in schlechten zu beschäftigen. Nun frage ich Sie: der Eisenverbrauch geht zurück, der betreffende Industrielle kann 10, 20 Prozent seiner Leute für den inländischen Konsum nicht mehr beschäftigen, und er kann sie auch für den ausländischen Konsum nicht beschäftigen, wenn er nicht ver-

*) S. 4174.

lieren und mit den Preisen konkurrieren will, die auf dem überseeischen Markte, hauptsächlich durch England beeinflußt, bestehen; er steht einfach vor der Frage, die Leute zu entlassen oder aus den Ueberschüssen, die er früher gemacht hat, für seine Leute dadurch einzutreten, daß er nach dem Ausland unter die Selbstkosten geht und zu gunsten seiner Arbeiter Opfer bringt. Ich meine, Sie sollten am wenigsten daraus den Industriellen einen Vorwurf machen; denn ein anderes Motiv für die Preisstellung, welche der Abgeordnete Bebel franko Antwerpen angegeben hat, — wenn dieselbe richtig sein sollte, — gibt es nicht. Daß ein Werk, welches zu einem solchen Preise verkauft, mit Verlust arbeitet, steht absolut fest, und ich wüßte nicht, warum ein Werk sich diesen Verlust auferlegen sollte, wenn nicht mit Rücksicht auf seine Arbeiter. Und wenn statt dessen die Werke die Arbeiter entließen, — ja, ich kann die Zornausbrüche der Herren schon lebhaft hören, die dann sagen würden: in guten Zeiten haben die Arbeiter den Werken das Geld verdient, in schlechten werden sie einfach an die Luft gesetzt!

Sie könnten erwidern: warum geschieht das alles nicht auch fürs Inland? Ja, meine Herren, das geht doch etwas zu weit. Wenn jemand mit seiner ganzen Fabrikation mit Verlust arbeiten sollte, dann würde er es nicht lange aushalten, namentlich im Falle einer Aktiengesellschaft, die von ihren Aktionären keine Nachschüsse verlangen kann, während es sich hier nur um eine Verminderung des Nutzens durch die Verluste bei der Ausfuhr handelt, nicht aber um einen direkten Verlust am Schlusse der Jahresbilanz.

Wenn sich aber der Abgeordnete Bebel wundert, daß gerade in Straßburg bei den Submissionen fremde, ausländische Werke sich wenig beteiligten, und daraus eine geheime Machination folgerte, als ob die Leute durch Geld bestochen wären

(Zurufe links)

— ich habe es so verstanden —, als ob die ausländischen

Werke eine Geldentschädigung bekämen, damit sie sich nicht in Straßburg beteiligten, so hat er dabei eins übersehen. Während bei allen norddeutschen Bahnen, die an oder in der Nähe der Seeküsten liegen, die Engländer einen Frachtvorteil haben gegen die deutschen Werke, so liegt es in Straßburg umgekehrt: da haben die deutschen Werke einen Frachtvorsprung gegenüber den englischen Werken, besonders die Saar- und Moselwerke. Nach Straßburg sind selbst die Westfalen nicht mit billigen Preisen hingekommen, weil sie eine höhere Fracht zu bezahlen haben; daß also die Engländer sich gerade in Straßburg nicht zahlreich gemeldet haben, ist natürlich. Sie haben sich aber dennoch gemeldet, sind zu teuer gewesen und haben infolgedessen die Lieferung nicht bekommen.

Darin stimme ich mit dem Abgeordneten Bebel überein, daß die Staatsbahnverwaltung und jede Eisenbahnverwaltung demjenigen die Lieferung zuweisen soll, der am billigsten ist. Ich bestreite nur, daß das ein Grundsatz ist, der erst im letzten Jahre eingeführt worden wäre; der Grundsatz hat mehr oder weniger immer bestanden. Vielleicht in der Zeit des Notstandes vor 1889, vor den großen Streiks ist er von dem Herrn Minister von Maybach nicht immer eingehalten worden, weil es sich damals um einen Notstand handelte, dem wirklich beigesprungen werden mußte; aber grundsätzlich hat, glaube ich, die deutsche und die preußische Eisenbahnverwaltung niemals den Grundsatz aufgestellt, daß die ausländischen Werke von der Lieferung ausgeschlossen sein sollen, — während umgekehrt in England, Frankreich, Belgien niemals ein ausländisches Werk eine Schienenlieferung bekommt

(sehr richtig! rechts),

und die ausländischen Werke genau dieselben Manipulationen machen und machen müssen wie die deutschen Werke, d. h., daß sie nach dem Auslande billiger verkaufen als im Inlande, einen Teil des Zolls und der Fracht auf ihre eigene Kappe nehmen, um konkurrenzfähig zu sein. Auch die Preise,

die damals in Straßburg von englischer Seite gestellt wurden, sind niedriger, als sie sich nach Abzug der Fracht und des Zolls für den inländischen Verkauf in England selbst stellen, — und das ist ganz natürlich.

Nun hat der Abgeordnete Bebel die Konventionen, welche unter den deutschen Schienenwerken bestehen, angegriffen und sie Ringe genannt. Ich glaube, der Ausdruck „Ring" trifft in der Tat nicht zu. Unter Ring verstehe ich eine Vereinigung von Spekulanten, die irgend einen Gegenstand tunlichst billig einkaufen und nun tunlichst teuer wieder verkaufen, während es sich hier um eine Vereinigung einer Anzahl von Produzenten handelt, die darauf gerichtet ist, ein zu tiefes Herabgehen des Preises, ein Verschleudern ihrer Fabrikate, zu verhindern. Diese Konventionen — auch „Kartell" ist ein Ausdruck, den ich nicht refüsieren würde — bestehen ja auf allen Gebieten; überall, wo es möglich ist, treten derartige Interessenten zusammen, verständigen sich über die Preise, und das Publikum fährt auch im allgemeinen ganz gut dabei.

(Sehr richtig!)

Die Reichseisenbahnen und die preußischen Staatsbahnen sind ja nach Ihren Begriffen auch nichts anderes als ein großer Ring. Von dem Moment, wo die Privatbahnen aufgehört haben, hat der Staat die Bahnen in Preußen monopolisiert und dadurch genau denselben Effekt gegenüber den Eisenwerken erzielt, den die Eisenwerke der Staatsbahnverwaltung gegenüber erstreben. Ja, sogar die preußische Staatsverwaltung selbst hat, wo sie ein Monopol nicht ausübt, keinen Anstand genommen, sich an solchen Konventionen zu beteiligen. Es ist ja allgemein bekannt, daß das Staßfurter fiskalische Kaliwerk der betreffenden Konvention beigetreten ist und ihr noch heute angehört. Soviel ich weiß, ist im Preußischen Abgeordnetenhause, wo diese Dinge doch bekannt sind, von niemandem ein Vorwurf deshalb erhoben worden.

Ja, ich gehe noch weiter: was ist es anderes als ein

Ring, wenn während des Buchdruckerstreiks die Buchdruckereibesitzer — ich glaube allerdings, nicht die sozialdemokratischen, die hatten es nicht nötig, denn sie standen selbst hinter dem Streik; aber die freisinnigen ganz sicher — zusammengetreten sind, um eine gemeinschaftliche Macht zu entfalten gegenüber den Anforderungen, die ihnen seitens der Gehilfen unberechtigt erschienen? Es ist genau derselbe Ring, den Sie*) bei den Schienenfabrikanten tadeln. Ja, man könnte sogar sagen, daß ein solcher Ring, der gegen die minder mächtigen Arbeiter gerichtet ist, sich vielleicht weniger verteidigen läßt als ein gemeinschaftliches Operieren der Staatsbahnverwaltung gegenüber. Diese hat es vollkommen in der Hand, etwaige Mißbräuche solcher Ringe zu beseitigen; sie braucht nur diejenigen ausländischen Offerten zu berücksichtigen, die billiger sind als die inländischen. Sie wird allerdings dabei die 25 Mark Zoll in betracht ziehen müssen, den natürlich der Inländer nicht bezahlt. Sobald aber der Ausländer, wenn er inklusive dieses Zolls billiger ist, berücksichtigt wird, so ist jede staatliche Benachteiligung durch die Schienenkonventionen beseitigt; denn die 25 Mark haben der Reichstag und die verbündeten Regierungen, die sie als Zoll eingeführt haben, als das zulässige der Differenz anerkannt, die zwischen den ausländischen und den inländischen Schienenpreisen bestehen kann.

Endlich hat der Abgeordnete Bebel gemeint, ich hätte mich öffentlich gegen die Kohlenringe ausgesprochen. Ich habe bereits durch Zwischenrufe bemerkt, daß das nicht zutrifft. Wenn ich für alle die Artikel verantwortlich sein soll, die in Zeitungen erscheinen, mit denen ich in irgend einer Relation stehe, — ja, meine Herren, das würde denn doch eine Zumutung sein, die meine bescheidenen Kräfte weit übersteigt! Ich wundere mich überhaupt, daß es mir noch gelingt, bei den 37 verschiedenen geschäftlichen und öffentlichen Funktionen,**)

---

*) S. 4175.

**) Diese 37 Aemter waren Staatsrat, Reichstag, Herrenhaus, Provinziallandtag, Landeseisenbahnrat, Stellvertretung des Pro-

die ich ausübe, einigermaßen meine Schuldigkeit tun zu können. Daß ich aber auch noch Zeitungsartikel schreiben soll für die Interessen, denen ich nahe stehe, ist eine Zumutung, die ich ganz entschieden ablehnen muß.

Wenn es dem Abgeordneten Bebel aber von Interesse ist, zu wissen, wie ich über diese Kohlenringe denke, so will ich ihm das mit kurzen Worten sagen. Ich halte die Vereinigungen der Kohleninteressenten, um eine Wiederkehr der geradezu entsetzlichen Verhältnisse, wie sie sich bis zum Jahre 1889 in dem westfälischen Kohlenrevier ausgebildet hatten, zu verhindern, für vollkommen zulässig und legal. Ich bin aber nicht der Ansicht, daß die Kohlenringe, die Kohlen- und Kokskonventionen in letzter Zeit richtig operiert haben, und bin namentlich nicht der Ansicht, daß es richtig war, jenen ausländischen Eisenwerken, die dicht an der lothringischen Grenze liegen, also den französischen und belgischen Hohöfen, die Koks um 3 bis $3^1/_2$ Mark billiger zu liefern als den deutschen Werken, die sozusagen auf Büchsenschußweite von ersteren abliegen und mit ihnen auf das schärfste konkurrieren müssen. Ich halte

---

vinzialrates, Kreisdeputation, Kreistag, Generalsynode, Bürgermeistereirat in Neunkirchen, Brebach und Ruwer, Gemeinderat in Neunkirchen, Brebach, Niederneunkirchen und Mertesdorf, Presbyterium Neunkirchen, Kirchenrepräsentation Brebach, Stellvertretung im Bezirkseisenbahnrat Köln, Vorsitz der Handelskammer Saarbrücken, Gewerberat Trier, Vorsitz des Neunkircher Knappschaftsvereins, Vorsitz der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft, Vorsitz des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie, Vorsitz der Südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Vorsitz des Aufsichtsrates der „Post“, Vorstand der Reichspartei, Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Nebenvormundschaft der Erben Willi Braun, Vorsitz des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Leitung der Firma Gebrüder Stumm, Neunkirchen, Teilhaberschaft der Firma Rudolph Böcking & Co., Halbergerhütte, Verwaltung von Grünhaus, Landstuhl, der Rheininsel und des Hattenheimer Weingutes.

das für nicht klug oder gerecht und bin auch nicht der Ansicht, daß man dem ruhig zusehen dürfe. Ich bin sogar der Meinung, daß der Staat der Frage näher treten muß, ob einer so künstlichen Verteuerung der Kohlen und Koks gegenüber, wie sie heute besteht, nicht eine Revision der Kohlenausfuhrtarife notwendig sei. Das also gebe ich zu; aber heute ist die erste Gelegenheit, wo ich das öffentlich ausspreche.

Ich möchte den Abgeordneten Bebel übrigens bitten, doch die Differenz immer festzuhalten, nicht im Prinzip — im Prinzip steht beides auf demselben Boden, — aber im Effekt, in der Praxis, zwischen den Kohlenkonventionen und den Schienenkonventionen. Die Schienenkonventionen haben, wie gesagt, nichts anderes getan, als wozu sie durch die Gesetzgebung von 1879 ganz ausdrücklich stimuliert worden sind. Wenn sie nach dem Ausland billiger Schienen verkaufen — übrigens in der Schweiz sind sie kaum billiger, da kommt der Zoll noch hinzu, und das geschieht in anderen Relationen auch, — so wird dadurch ein inländisches Unternehmen oder inländisches Interesse in keiner Weise verletzt. Es kann für die inländische Konkurrenz ganz gleich sein, ob die Schweiz ihre Schienen 10 bis 15 Mark billiger hat oder nicht. Es wird dadurch dort kein Konkurrenzunternehmen geschaffen. Man könnte sogar behaupten, daß durch die allgemeine Zunahme des Verkehrs, welche infolge billiger Schienenstrecken eintritt, auch der deutsche Export nach der Schweiz vermehrt wird.

Bei den Kohlen steht aber die Sache nicht so, wie ich schon erläutert habe. Es sind auf grund dieser Differenz Quantitäten von französischem Roheisen nach Deutschland hereingekommen zum Zweck des Veredlungsverfahrens, die sonst in Deutschland produziert worden wären, wenn hier der Koks auch zu 8 bis 8½ Mark verkauft würde, wie es für Frankreich geschieht. Der Effekt ist also doch sehr verschieden.

Wenn der Herr Abgeordnete Bebel nun meint, die Sache sei auch deshalb ganz gleich, weil die Konventionen an diejenigen ihrer Mitglieder besondere Prämien zahlen, die ihre

Kohlen nach dem Auslande verkaufen, so trifft das wieder für die Schienenkonvention nicht zu. Derartige Einrichtungen gibt es überhaupt nicht in der Eisenindustrie, sondern hier muß jedes Werk, welches nach dem Auslande exportiert, auf eigene Gefahr handeln. Es ist absolut nicht richtig, daß hierfür irgend eine Vergütung gewährt wird.

Ich möchte noch hinzufügen — das zur Beruhigung der Herren, die die Konventionen nicht lieben —, daß die Konventionen innerhalb der Eisenindustrie in diesem Augenblick fast sämtlich gekündigt sind und daß es eine große Frage ist, ob sie wieder erneuert werden. Ich möchte also — nicht für meine Person, denn ich stehe der Sache ziemlich neutral gegenüber und gebe sogar zu, daß ich selbst es gewesen bin, der diese Konventionen gekündigt hat — ich möchte vielmehr im Namen aller derjenigen deutschen Eisenwerke, welche die Erneuerung der Konventionen für eine Lebensfrage ansehen, Herrn Bebel den herzlichsten Dank aussprechen für die heutige Erörterung; denn ich glaube, daß diese ganz wesentlich dazu beitragen wird, daß die Konventionen erneuert werden, — und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man immer geneigt ist, negativ von seinen Feinden zu lernen.

(Bravo! rechts.)

Bebel erwiderte auf der Stelle. Stumm gegenüber führte er folgendes aus:

„Nun, meine Herren, war ich im voraus überzeugt, daß auf den Werken der Gebrüder Stumm solche Mogeleien nicht vorkommen; ich habe das ausdrücklich erklärt. Wie wir Sozialdemokraten sonst zu dem Freiherrn von Stumm stehen, ist gestern in diesem Hause und auch schon früher zur Genüge ausgesprochen worden. So sehr ich Herrn von Stumm als politischen Gegner und auch mit bezug auf seine Stellung als Arbeitgeber seinen Arbeitern gegenüber auf das entschiedenste bekämpfe und ihn als einen Despoten seinen Arbeitern gegenüber ansehe, so habe ich die Ueberzeugung, daß er ein ehrlicher Mann ist, und daß bei ihm solche Mogeleien wie auf anderen Werken nicht vorkommen. Auch dem Gegner komme zu, was ihm gebührt. Ich erkenne auch weiter an, daß Herr von Stumm das Recht an, alle erlaubten Mittel

anzuwenden, daß weder seine Beamten noch seine Arbeiter sich verführen lassen, hinter seinem Rücken solche Mogeleien zu machen. Nur trifft das alles nicht das, was sonst zwischen uns streitig ist in bezug auf die Behandlung der Arbeiter. Ich gebe weiter zu, daß es auch richtig sein kann, wenn er sagt: ein Arbeiter, der sich außerhalb des Betriebs als Schuft erwiesen hat, ist auch sicher im Betrieb ein Schuft. Ich glaube, daß ein Mann, der außerhalb des Betriebs betrügt oder stiehlt, sonstige Schlechtigkeiten sich zuschulden kommen läßt, auch geneigt ist, innerhalb des Betriebs, wenn sich Gelegenheit bietet, solche Schlechtigkeiten zu begehen, und ich werde niemals einem Unternehmer einen Vorwurf machen, wenn er in einem solchen Fall einen Arbeiter entläßt. Das trifft aber wieder nicht das, was zwischen uns in bezug auf die Stellung des Unternehmers gegenüber dem Arbeiter streitig war und ist. Indes das gehört im Augenblick nicht hierher. Wir haben uns gestern ausführlich darüber unterhalten; ich will heute diesen Punkt nicht weiter zur Erörterung bringen. — Nun hat der Herr Freiherr von Stumm sich auch dagegen verwahrt, daß Preßäußerungen gegen ihn verwertet würden, die Mitteilungen enthielten über Aeußerungen von ihm bezüglich des Kohlenringes. Es mag ja sein, daß der Herr Freiherr von Stumm keine Zeitungsartikel schreibt; ich glaube, daß er dazu keine Zeit hat. Aber das eine muß ich doch sagen, daß die tadelnden Bemerkungen, die er eben über den Kohlenring und seine Wirkung machte, genau dem entsprechen, was seinerzeit in den betreffenden Zeitungen als die Anschauungen des Herrn von Stumm über den Kohlenring mitgeteilt wurde. Hat er also auch diese Mitteilungen nicht selbst geschrieben, so sind sie doch offenbar durch eine Person, die seine Auffassungen genau kennt, in die Oeffentlichkeit gekommen, und insofern habe ich nichts unrichtiges gesagt. Herr von Stumm sagt freilich: an sich verurteile ich den Kohlenring nicht, ich wünsche nur, daß der Kohlenring insofern seine Tätigkeit ausübt, daß er dafür sorgt, daß nicht wieder der verhängnisvolle Zustand, der im Jahre 1883 über die Mehrzahl unserer Kohlenbergwerke gekommen ist, aufs neue hereinbricht. Nun, da übersieht Herr von Stumm eben den Umstand, daß, wenn überhaupt einmal erst ein Ring zur Wahrung der Interessenten sich gebildet hat, derselbe mit innerer Notwendigkeit alsdann auch in immer weiterem Maße seine Wirksamkeit erweitert. Kommt der Kohlenring zur Geltung, dann sind auch die Teilnehmer selbstverständlich bestrebt, den Ring bis aufs äußerste auszunutzen, ihn im höchsten Maße auszunutzen, und zwar nach allen Richtungen hin; denn er ist ja im materiellen

Interesse der beteiligten Unternehmer ins Leben gerufen. Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm muß sich also alsdann auch gefallen lassen, daß die Preise durch den Ring so hoch geschraubt werden, daß sie ihm als Besitzer eines großen Eisenwerks anfangen, unbequem zu werden. — Dann aber hat er mich vollkommen mißverstanden, wenn er meint, ich hätte behauptet, der Schienenring entschädige seine Mitglieder, soweit dieselben auswärtige Lieferungen zu billigen Preisen machten, ähnlich wie der Eisenring. Das habe ich nicht gesagt; das ist ein Irrtum. Ich habe gesagt, der Schienenring halte die ausländische Konkurrenz künstlich von Deutschland fern dadurch, daß er in Kartell mit den auswärtigen großen Schienenlieferanten in Belgien und England getreten sei und sie gegen bestimmte Entschädigung bewogen habe, von Submissionsangeboten in Deutschland abzustehen. Das ist ebenfalls seinerzeit Gegenstand der lebhaftesten Erörterung in der Presse gewesen, und ich glaube, daß diese Erörterungen von Leuten ausgingen, die mindestens von den Sachen so genau unterrichtet waren wie Herr Freiherr von Stumm, der wohl, wie ich annehme, zu dem Schienenring nicht gehören wird.

Im übrigen haben wir aus den Aeußerungen des Freiherrn von Stumm das eine erfahren, daß die großen Preisdifferenzen, die in bezug auf Schienenlieferungen zwischen dem Inland und dem Ausland bestehen, dem Umstande zu danken sind, daß wir einen bedeutenden Eingangszoll haben. Nun ist seinerzeit der Eingangszoll zu dem Zweck eingeführt worden, damit eben das Ausland den Zoll bezahle, wenn es nach Deutschland seine Waren einführen will. Jetzt stellt sich aber heraus, daß dieser Eingangszoll nur zu dem Zweck eingeführt wurde, damit die Eisenindustriellen bei den deutschen Eisenbahnverwaltungen möglichst hohe Preise stellen können, während sie nach dem Ausland zu den billigsten Preisen liefern, also mit anderen Worten, daß der Eisenzoll seinen Zweck vollständig verfehlt und überflüssig ist. Wir müssen ihn selbst bezahlen. Vom Auslande kommen keine Waren herein; umgekehrt aber haben die deutschen Eisenbahnverwaltungen diejenigen Preise gezahlt, welche die Schienenlieferanten, geschützt durch den hohen Zoll, in der Lage sind, zu quittieren. Wir sehen also, zu welchem Mißbrauch gerade das Schutzzollsystem geführt hat, und wie es speziell das Reich und die Allgemeinheit sind, welche die Kosten zu tragen haben."

Stumm erwiderte auf diese Entgegnung nur noch mit einem kurzen Worte:

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Der Abgeordnete Bebel hat die Richtigkeit meiner Erklärung bestritten, daß keine Abfindungen oder Abmachungen mit englischen Werken bestehen, die sie vom deutschen Markt fernhalten. Ich kann dem Hause auf das bestimmteste versichern, daß derartige Manipulationen, um die englischen Werke abzuhalten, absolut nicht existieren.

*) S. 4178.

Einhunderteinundneunzigste Sitzung
Mittwoch, den 9. März 1892

Getreidezölle

Am 9. März 1892 fand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplans für das Jahr 1892/93 statt. Unter „Zölle und Verbrauchssteuern" wurden auch die Getreidezölle verhandelt. Der 1879 für Weizen und Roggen eingeführte Zoll von 1 Mark auf den Doppelzentner Getreide war 1885 auf 3 Mark und 1887 auf 5 Mark erhöht worden. Am 1. Februar 1892 hatte er dann im Wege des Handelsvertrags eine Herabsetzung auf 3,50 Mark erfahren. Zu dem Titel Zölle lag ein Antrag Menger und Genossen (Nr. 717 der Drucksachen) vor, welcher eine Erhöhung des Tabakzolles von 85 Mark auf 125 Mark beantragte. Derselbe fand eine ausgiebige Erörterung. Dr. Barth schnitt dazu eine Erörterung der Getreidezollfrage an und stellte für 1893 einen Antrag auf Beseitigung der Getreidezölle in Aussicht. Dr. Orterer wies seine Ausführungen zurück. Nachdem noch Broemel eine Tabakrede gehalten hatte, kam Stumm zum Worte.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Meine Herren, ich glaube, über den Tabak ist mehr als genug geredet, und ich bin der Ueberzeugung, daß auch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Broemel in diesem Hause keinen in bezug auf das pro und contra bestimmt haben werden.

Ganz ähnlich steht die Sache in bezug auf die Getreidezölle. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr.

*) S. 4686.

Orterer an, der gesagt hat, daß ihm nichts wesentlich neues aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Barth entgegengetreten sei. Allerdings kann ich das nicht mit völliger Bestimmtheit sagen, weil ich die Ausführungen selbst nicht gehört habe; aber nach dem, was mir darüber referiert worden ist, gehe ich noch weiter und sage: er hat weder neues noch wesentliches vorgebracht.*) Denn das neue ist lediglich gewesen der schöne Vergleich mit der Eiterbeule,**) der doch für die Frage nicht von Entscheidung sein kann. Und wesentlich war auch seine Ausführung über die Relation zwischen den Getreidepreisen im innern und im Auslande nicht. Das sind wirklich ganz unwesentliche Dinge gewesen, über die wir uns schon Hunderte Male gestritten haben. Dasjenige, worauf es allein ankommt, das ist in den Reden der Herren Barth und Broemel gar nicht berührt worden: das ist der alte Gegensatz, der schon im Jahre 1874 zutage getreten ist und der bei der nächsten Beratung, wenn die Herren den Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle wieder stellen werden — und dann werden wir allerdings gezwungen sein, auf die Sache näher einzugehen, — sich wieder herausstellen wird. Das ist der Gegensatz, daß wir auf dem Standpunkt stehen: wenn es der Allgemeinheit wohlergehen soll im Staate, so müssen wir dafür sorgen, daß es auch jeder einzelnen Erwerbstätigkeit gut geht, dann wird das erstere sich von selbst ergeben, — während Sie auf dem Standpunkt stehen, daß Sie, damit es der Allgemeinheit wohl ergehe, jede einzelne Erwerbstätig-

---

*) S. 4687.

**) Barth hatte die Worte gebraucht: „Die Getreidezölle sind ein solches Hemmnis für die Gesamtentwicklung des deutschen Volkes, ein solcher gefährlicher Splitter am Fuße des deutschen Volkes, daß, wenn dieser Splitter nicht durch einen weitsichtigen Staatsmann herausgezogen wird, er herauseitern wird im Laufe einer langwierigen Agitation. Diejenigen, die den Eiterungsprozeß verschulden, dadurch, daß sie nicht rechtzeitig die Heilung herbeigeführt haben, sind auch verantwortlich für die Folgen, die daraus entstehen."

keit schädigen, wenn nicht gar vernichten. Es ist ja nichts neues, was ich hier ausspreche: es ist das Leitmotiv gewesen für das, was ich 1879 ausgeführt habe, und es wird bei der ersten ernsthaften Gelegenheit — ich nenne eine ernsthafte Gelegenheit nur eine solche, wo ein bestimmter Antrag vorliegt — wieder in den Vordergrund treten, und es werden dann die Argumente für diese Gegensätze von beiden Seiten wieder geltend gemacht werden.

Die paar Ziffern, welche die Herren angeführt haben, sind für die Entscheidung einer so kolossal wichtigen Frage —*) einer prinzipiellen Frage, in der Deutschland in zwei Hälften geteilt ist, wovon glücklicherweise die größere Hälfte auf dem Standpunkt steht, den ich als den unserigen hingestellt habe — von gar keiner Bedeutung; ich meine, das läßt sich mit so kleinen Argumenten nicht erledigen. Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Tröltsch der festen Ueberzeugung, daß, wenn im nächsten Jahre die Entscheidung fällt, sie genau ebenso wieder zu gunsten der nationalen Arbeit ausfallen wird, wie das bei früheren Gelegenheiten stets der Fall gewesen ist.

Allerdings, eines gebe ich Ihnen zu: bei dem Grundsatz,**) den ich Ihnen imputiert habe, machen Sie gewisse Aus-

---

*) Der Frage, wie die Getreidezölle auf den Getreidepreis und den Brotpreis wirken, über die Dr. Barth auf grund einer Statistik über einen Monat gesprochen hatte.

**) Der Grundsatz des Schutzes der nationalen Arbeit hatte bei der Fortsetzung der zweiten Beratung eines Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs (Nr. 308, 460, 676 der Anlagen) eine besondere Gestalt angenommen dadurch, daß sich die Frage erhob, ob man den stärkeren oder den schwächeren schützen solle. Am 25. Februar hatte Freiherr von Buol-Berenberg gesagt: „Was zunächst die Richtung betrifft, die ein unbedingtes Vorrecht für die Telegraphie inanspruch nimmt, so gründet sie sich darauf, daß die Telegraphie gegenüber den anderen elektrischen Leitungen, welche beinahe ausnahmslos Starkstromleitungen sein werden, den schwächeren Teil bilde, der niemals schutzpflichtig sein könne, weil das Schutzbedürfnis immer vonseiten des stärkeren Teiles ausgehen werde. Ferner begründet man ein Vorrecht in der

nahmen. Eine dieser Ausnahmen betrifft ja die großen Gesellschaften, die möglicherweise durch Errichtung von Starkstromleitungen in Konflikt mit der deutschen Telegraphenverwaltung kommen könnten. Aber gerade aus dem Grunde, weil ich auf diesem Gebiete Ihnen nicht entgegenkommen will, werde ich mich hüten, heute eine Getreidezolldebatte von einer Stunde zu halten, um meinerseits nicht dazu beizutragen, daß das Telegraphengesetz *) heute nicht mehr zur Beratung gelangt. Das ist ein fernerer Grund, weshalb ich mich jetzt nicht auf Details einlasse.

Ich habe noch eine kurze Bemerkung in bezug auf die gestrigen Verhandlungen zu machen. **) Nachdem ich vor Schluß

Tatsache der Priorität, die wenigstens in neunzig von hundert Fällen eintreten wird, da die Telegraphie bereits allenthalben platzgegriffen hat, während andere elektrische Leitungen in größerem Maßstab doch erst in Aussicht stehen; sodann, weil der Zweck der Telegraphie, nämlich der Weltnachrichtendienst, von so allgemeiner Bedeutung sei, daß er jedes andere Interesse weit überwiege, weil dies, wenn es auch noch so große Kreise berühre und noch so allgemein sei, doch immerhin nur einzelnen zustatten komme; und endlich wegen des hervorragenden öffentlichen Interesses und des daran beteiligten Vermögens des Staates, beziehentlich des Interesses der Steuerzahler." Gegenüber dieser Stellungnahme hatte der Reichstag am 3. März 1892 den Antrag Ködiker (Nr. 692 der Anlagen) in folgender Form angenommen (§ 7a des Gesetzes): Elektrische Anlagen sind, sobald eine Störung der einen Leitung durch die andere zu befürchten ist, aufkosten desjenigen Teiles, welcher durch eine spätere Anlage oder durch eine später eintretende Aenderung einer bestehenden Anlage diese Gefahr veranlaßt, nach Möglichkeit so anzulegen, daß sie sich nicht störend beeinflussen."

*) Gesetz, betreffend das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs (Nr. 308, 460 und 676 der Anlagen), das am 3. März den Schluß seiner zweiten Lesung erlebt hatte und nun nur noch zur dritten Lesung stand.

**) Am 8. März hatte Stumm über die Stellung des Bundesrats zu Bittschriften in Zollsachen gesprochen, nachdem Broemel den Bundesrat wegen der Ablehnung solcher Bitten heftig angegriffen hatte. Broemel hatte dagegen gesagt: „Dem Herrn Abgeordneten

der Sitzung weggehen mußte, hat Herr Broemel mir das unberechtigte meiner Verteidigung des Bundesrats dadurch klar zu machen versucht, daß er meinte, er habe den Bundesrat nur als Institution angegriffen, nicht aber die einzelnen Mitglieder desselben. Ich glaube, daß das die Sache nur noch verschlimmert. Wenn ein Mitglied des Bundesrats nicht ein einzelnes Mitglied des Reichstages, sondern den Reichstag als Institution angreifen würde, so wäre das ein viel schärferer Angriff, als wenn es sich nur um ein einzelnes Mitglied des Reichstages handelte. Der Bundesrat ist verfassungsmäßig eine ebenso fest begründete Institution wie der

---

Freiherrn von Stumm erscheint nun der Bundesrat als „dies Kind, kein Engel ist so rein"; er hat keinen Tadel, keinen Fehler an dem Bundesrat gefunden, und selbst, wenn er geglaubt hat, mal einen Fehler gefunden zu haben, hat er doch nachher zu beweisen versucht, daß es eigentlich kein Fehler sei. Er behauptet, ich hätte erklärt, der Bundesrat sei ein Kollegium, das nichts hört, nichts sieht und nichts sagt. Meine Herren, das ist gar nicht wahr. Ich habe erklärt: bei den Verhandlungen, die hier über große Initiativanträge im Hause stattgefunden haben, wo kein Vertreter der verbündeten Regierungen im Hause überhaupt erschienen ist, hat der Bundesrat die Rolle eines solchen Kollegiums gespielt, — und das, glaube ich, ist tatsächlich durchaus zutreffend." (In Wirklichkeit hatte Broemel freilich ganz allgemein gesagt: „Wenn hier Beschwerden dieser Art vorgebracht werden, so bietet für uns der Bundesrat das Bild eines Kollegiums, das nichts hört, nichts sieht und nichts sagt.") Broemel hatte dann weiter in seiner Erwiderung bemerkt: „Wie mir scheint, will der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm in der Tat die Petitionskommission auf das Niveau des Bundesrats herabdrücken, der nichts zu sagen weiß, als daß er einem Vorschlage keine Folge geben kann." Stumm hatte ihn deswegen in einer Erwiderung heftig angegriffen. Darauf hatte Broemel nach Stumms Weggange die persönliche Bemerkung gemacht: „Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich eine persönliche Polemik gegen den Bundesrat geführt habe. Diese Bemerkung ist durchaus unzutreffend. Ich habe nicht den geringsten Vorwurf gegen irgend eine Person erhoben, sondern, wie ich in meiner Rede wiederholt betont habe, nur eine Kritik an Einrichtungen geübt."

Reichstag; und wenn heute ein Bundesratsmitglied sagen wollte: eine Kommission des Bundesrats ist auf das Niveau des Reichstags herabgedrückt worden oder der Reichstag ist eine Körperschaft — wenn auch nur im einzelnen Falle —, die nichts sieht, nichts hört, nichts sagt, so möchte ich sehen, mit welcher Entrüstung wir dies alle entgegennehmen und einer solchen Aeußerung eines Mitgliedes des Bundesrats entgegentreten würden!

Ich muß also alles, was ich gestern gesagt habe, aufrechterhalten, auch trotz der persönlichen Bemerkung des Herrn Broemel; denn ein Angriff auf den Bundesrat als Institution ist für mich ein noch viel schwererer, als wenn er nur gegen ein einzelnes Mitglied des Bundesrats gerichtet gewesen wäre.

(Bravo! rechts.)

Broemel erwiderte Stumm gegen Ende der Erörterung:

Abgeordneter Broemel: Meine Herren, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Freiherrn von Stumm nötigen mich zu einer kurzen Erwiderung. — Er hat meine persönlichen Bemerkungen am Schluß der gestrigen Sitzung nicht gehört, aber doch heute eine Betrachtung daran geknüpft, welche ich nicht ohne entschiedenen Widerspruch lassen kann. Sein Zitat ist unrichtig. Ich habe nicht gesagt, daß ich meine Vorwürfe nicht gegen die Personen des Bundesrats gerichtet habe, sondern gegen den Bundesrat als Institution. Wie der Wortlaut des stenographischen Berichts ergibt, habe ich gesagt, daß ich keine Vorwürfe gegen Personen ausgesprochen, sondern Kritik an Institutionen geübt habe. Ich habe unter Institutionen gar nicht allein den Bundesrat verstanden, sondern die ganze Einrichtung unserer Zollverwaltung, unserer Zollpraxis und unserer Zollrechtsprechung. Und, meine Herren, wie ist es denn denkbar, daß die Mitglieder des Deutschen Reichstags nicht das Recht haben sollen, Reichsinstitutionen, wenn sie sie für mangelhaft und verbesserungsbedürftig halten, hier frei und ungescheut zu kritisieren? Wie ist es möglich, daß man einer solchen Debatte dann sofort absichtlich eine persönliche Spitze zu geben sucht, die sie gar nicht gehabt hat und die, wie ich in meiner gestrigen Rede wiederholt betont habe, sie gar nicht haben sollte? Ich werde deshalb auch durch solche Ausführungen, wie sie dem

Herrn Abgeordneten von Stumm belieben, in keiner Hinsicht mich davon abhalten lassen, für eine Reform einzutreten, die zu befürworten ich nicht nur für mein gutes Recht als Mitglied dieses Hauses, sondern für meine Pflicht als Volksvertreter ansehe.

Stumm erwiderte mit einer persönlichen Bemerkung:

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Broemel hat nochmals versucht, nachzuweisen, daß ich ihn falsch verstanden oder ihn falsch zitiert hätte. Ich glaube, gerade die letzten Ausführungen des Herrn Broemel haben für jeden aufmerksamen Zuhörer den Beweis geliefert, daß keines seiner Worte, gegen die ich polemisiert habe, von mir falsch aufgefaßt oder falsch zitiert worden ist.

Der Herr Abgeordnete Broemel hat ferner gemeint, ich hätte ihn davon abhalten wollen, Dinge hier im Hause vorzubringen, die ich für unzulässig halte. Auch das ist nicht meine Absicht gewesen; ich kann dem Herrn Abgeordneten im Gegenteil unter Umständen nur dankbar sein, wenn er etwas tut, was mir unzulässig erscheint.

*) S. 4692.

Preußisches Herrenhaus

Session 1892

Zehnte Sitzung
Donnerstag, den 31. März 1892

Rohkupferzoll

Daniel Lürig und Genossen in Köln hatten dem Preußischen Herrenhause eine Bittschrift unterbreitet, zum Schutze der heimischen Industrie auf den Eingang von ausländischem Kupfer einen Zoll zu legen. (Petition 157.) (Drucksache Nr. 50.) Die Bittschrift war der V. Kommission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten überwiesen worden, welche am 15. Januar 1892 zusammengetreten war und unter dem Vorsitz des Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen tagte. Die Berichterstattung war Stumm übertragen worden. Am 31. März 1892 stand als fünfter Punkt auf der Tagesordnung:

> Mündlicher Bericht der Kommission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten über die Petition P. J. Nr. 157 des Daniel Lürig und Genossen in Köln a. Rh. wegen Zolles auf ausländisches Kupfer; Nr. 50 der Drucksachen.

Berichterstatter Freiherr von Stumm-Halberg*): Meine Herren, die Petition, über welche ich zu referieren habe, ist dahin gerichtet, die Einfuhr von Kupfer und von

*) S. 169.

Pyriton mit einem Schutzzoll zu belegen, beziehungsweise einen solchen wieder einzuführen. Da dies eigentlich eine Angelegenheit des Reiches ist, so wurde in der Kommission zunächst die Frage erörtert, ob das Herrenhaus, beziehungsweise seine Kommission, überhaupt legitimiert sei, diese Petition einer näheren Erörterung zu unterziehen. Diese Frage wurde in der Kommission bejaht, aus inneren wie aus äußeren Gründen; aus inneren deshalb, weil die preußische Regierung in der Lage ist, durch Instruierung ihrer Kommissare, beziehungsweise durch Abgabe ihrer 17 Stimmen, einen entscheidenden Einfluß in dieser Frage im Bundesrat zu üben. Der äußere Grund ist der, daß der Herr Reichskanzler in einem Reskript vom 30. Dezember 1885 ähnlichen Petenten, die sich an ihn gewandt hatten, die Antwort erteilt hat, sie möchten sich an die preußische Regierung wenden, dort sei zunächst die Stelle, wo sie ihre Beschwerde anbringen sollten. Dazu kommt, daß in fast allen größeren Landtagen Deutschlands ähnliche Fragen, die das Reich angehen, erörtert werden. Die Frage des Kupferzolles ist im Preußischen Abgeordnetenhause zuerst im Jahre 1885 verhandelt worden, wo derselbe durch die Herren von Schorlemer-Alst und von Rauchhaupt auf das lebhafteste befürwortet wurde; dann wieder im Jahre 1887, und auch 1889 wurde die Frage dort wieder gestreift, allerdings ohne zu bestimmten Schlüssen zu führen.

Wenn also die Frage der Legitimation des Herrenhauses mir unzweifelhaft erscheint, so entsteht die zweite Frage, ob die Erörterung der Petition hier als opportun anzusehen sei. Aber auch diese Frage wurde in der Kommission bejaht, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Kupferproduktion im Deutschen Reiche, die durch diesen Zoll geschützt werden soll, zu 92 Prozent auf Preußen fällt, zu 62 Prozent allein auf den Mansfelder Bergbau, und zu einem großen Teile auf die fiskalischen Hütten im Harz, so daß also der preußische Staat ein ganz besonderes Interesse an dieser Frage hat.

Was nun die Petition selbst anlangt, so geht sie

zum großen Teil von gänzlich falschen Voraussetzungen aus. Sie glaubt, daß die Frage in diesem Augenblick, wo es sich um den spanischen Handelsvertrag handle, besonders opportun zur Entscheidung sei; sie glaubt, daß der Kupferzoll, oder vielmehr die Kupferzollfreiheit Spanien gegenüber, bisher gebunden gewesen, jetzt aber durch das Wegfallen des Handelsvertrages eine offene Frage geworden sei. Meine Herren, das ist ein Irrtum: der Kupferzoll ist weder Spanien noch irgend einem anderen Lande gegenüber gebunden gewesen und auch nicht durch die neuen Handelsverträge gebunden worden, das Deutsche Reich hat also in dieser Beziehung völlige Freiheit. Weiter glaubt die Petition, daß gerade Spanien das Land sei, welches Deutschland mit Kupfer überschwemme. Auch das ist ein völliger Irrtum. Von den 31 000 Tonnen Kupfer, die 1890 in Deutschland eingeführt wurden, sind 5 600 Tonnen nach der offiziellen Statistik direkt auf Spanien entfallen; von den 54 000 Tonnen Kupfer- und Bleierz — diese beiden Positionen sind in unserer offiziellen Statistik leider nirgend getrennt — sind auch nur 5 500 Tonnen direkt aus Spanien und Portugal in Deutschland eingeführt worden. Wahrscheinlich verwechseln die Herren Petenten Kupfer mit Schwefelkiesen. Diese Schwefelkiese oder Pyrite*) sind allerdings aus Spanien in erheblichen Mengen eingeführt worden; der Zoll aber auf Schwefelkies scheidet vollkommen aus unserer Erörterung aus, weil, was für Kupfer nicht zutrifft, für Schwefelkiese zutrifft, das heißt: für Schwefelkiese und ähnliche Erze ist die Zollfreiheit in unseren modernen Handelsverträgen gewährleistet, also die Einführung eines Zolles vertragsmäßig ausgeschlossen. Wenn es aber auch nicht so wäre, so würde doch die Petition, soweit sie sich auf Schwefelkiese bezieht, nicht zu befürworten sein. Denn Schwefelkies enthält nur 3 bis 4 Prozent Kupfer, spielt also in Beziehung auf die Kupferproduktion, die hier geschützt werden soll, keine so große

*) S. 170.

Rolle. Die Hauptsache beim Schwefelkies ist die Produktion der Schwefelsäure. Damit ist aber eine große, weitverzweigte wichtige Industrie in Deutschland verbunden, die durch Einführung eines Zolles auf Schwefelkies gänzlich unterbunden werden würde, ganz abgesehen davon, daß der Grundsatz, auf Erze Zölle zu legen, vom Reichstag und auch vom Bundesrat bei allen sich darbietenden Gelegenheiten abgelehnt worden ist; man behandelte die Erze als Rohmaterialien, welche mit Zöllen nicht belastet werden sollen.

Meine Herren, das Land, welches uns mit seinem Kupfer am meisten überschwemmt, ist Nordamerika, das 1891 128 000 Tonnen, d. h. die Hälfte etwa der gesamten Kupferproduktion der Welt, produziert hat. Von diesen 128 000 Tonnen sind nach Europa zirka 50 000 exportiert worden, davon die Hälfte nach Liverpool, die andere nach dem Kontinent, und von diesem nach dem Kontinent transportierten Quantum ist wiederum der größere Teil in Deutschland eingeführt worden.

Ein weiterer Irrtum, der in der Petition enthalten ist, besteht in der Annahme, daß die spanischen Erze, die also, wie ich schon angeführt habe, fast nur als Schwefelkies eingeführt werden, fast reines Kupfer enthielten, daß die Rio-tinto-Erze mit Garkupfer ziemlich identisch seien, während sie nur 3 bis 4 Prozent Kupfer enthalten; also diese Angabe beruht auf einem völligen Irrtum. Ebenso unrichtig ist die Behauptung der Petition, meine Herren, daß infolge der abnehmenden Verwendung von Kupfer und Messing zu Geschützen, Glocken und dergleichen, infolge der Konkurrenz der Gußstahlfabrikate, der Kupferverbrauch in Deutschland heruntergegangen und dadurch der Notstand entstanden sei. Es ist ja richtig, daß der Gußstahl immer mehr Anwendung findet und das Kupfer aus manchen Verwendungen verdrängt; auf der anderen Seite aber beweisen die statistischen Zahlen, daß die Zunahme der Verwendung des Kupfers für elektrische Beleuchtung und Telegraphie, für Krafterzeugung und Kraftübertragung bei weitem stärker ist als die Abnahme, die durch die eben

verzeichneten Verhältnisse eingetreten ist. Also eine Abnahme des Kupferverbrauchs hat nicht stattgefunden, sondern eine Zunahme, allerdings nicht in dem Maße der Zunahme an überseeischer Produktion. Alle diese Irrtümer hindern aber nicht, daß die Behauptung in der Petition vollständig richtig ist, daß der deutsche Kupfererzbau sich in einer großen Kalamität befindet und daß es notwendig sei, dieser Kalamität Rechnung zu tragen und Abhilfe zu schaffen.

Meine Herren, ich hatte mir schon im Jahre 1879 in Verbindung mit Herrn von Neumann erlaubt, bei der damaligen allgemeinen Tarifrevision den Antrag zu stellen, einen Zoll auf Rohkupfer von 3 Mark pro Zentner einzuführen.*) Dieser Antrag wurde damals lebhaft diskutiert. Er fiel gegen eine starke Minorität, d. h. der Antrag wurde erst als abgelehnt von dem Herrn Präsidenten verkündet, nachdem durch Stehen- und Sitzenbleiben die Gegenprobe gemacht werden mußte; und er fiel wesentlich deshalb, weil der Bundeskommissar die Erklärung abgegeben hatte, daß die Mehrheit der verbündeten Regierungen sich dem Antrage nicht anschließen könne. Jedermann im Reichstage wußte, daß Preußen zu dieser Mehrheit nicht gehört hatte. Preußen ist durch die übrigen Bundesstaaten überstimmt worden, welche — außer Sachsen und vielleicht Braunschweig — sämtlich keinen Kupferbergbau besitzen und deshalb kein Interesse an der Angelegenheit hatten; weil also die übrigen Bundesstaaten dagegen waren, fiel der Antrag im Bundesrat. Derselbe wurde im Reichstag selbst mit denselben Argumenten bekämpft, die jedem Schutzzoll gegenüber angewendet zu werden pflegen; man sagte, die Kupferverwendung werde verteuert, die Produktion könne den Bedarf ohnehin nicht befriedigen, weil nur die Hälfte des in Deutschland verarbeiteten Kupfers aus deutschen Bergwerken stamme, und die Ausfuhr von Kupferwaren werde dadurch beeinträchtigt. — Alle diese Argumente fallen in sich zusammen,

*) Vgl. Stumms Rede vom 30. Juni 1879 S. 334 d. B.

wenn man sich überhaupt auf den Standpunkt stellt, daß Roheisen, Getreide und alle diejenigen Halbfabrikate, die wir in Deutschland mit einem Schutzzoll belegt haben, mit Recht geschützt worden sind. Was speziell die Ausfuhr anbelangt, so ist in dem Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 im § 115 dem Bundesrat ausdrücklich das Recht eingeräumt, alle Gegenstände frei einzulassen, die nach ihrer Weiterverarbeitung — auch nach ihrer Reparatur — zur Wiederausfuhr bestimmt sind. Dazu kommt, meine Herren, daß die Wichtigkeit der elektrischen Zwecke, die ich voll und ganz anerkenne, auch nicht dahin führen kann, den Kupferzoll für ungerechtfertigt zu erklären. Wenn ein Zoll von 6 Mark pro 100 Kilogramm, das sind also 3 Mark pro Zentner, eingeführt wird, so macht das allerdings auf Rohkupfer einen ziemlich bedeutenden Betrag; aber auf die fertigen Fabrikate ist das ein so minimaler Aufschlag, daß, wenn man für die Ausfuhr den Veredlungsverkehr zuläßt, für die inländische Kupferindustrie in keiner Weise ein nennenswerter Nachteil damit verbunden ist.

Seit 1879, wo wir diesen Antrag gestellt hatten, haben sich die Verhältnisse übrigens noch ganz erheblich zu ungunsten des deutschen Kupferbergbaues verschoben. Der Kupferpreis, der bis zu 90 Mark gestiegen war, ist heute auf etwa 50 Mark heruntergegangen und repräsentiert einen Wert, zu dem man seitens der deutschen Kupferbergwerke kaum noch ohne Schaden arbeiten kann. Wie bedeutend die Einfuhr die Ausfuhr überwiegt, möchte ich an wenigen abgerundeten Zahlen klarstellen.

Im Jahre 1890 hat die Einfuhr betragen 31 000 Tonnen Rohkupfer im Wert von 37 Millionen und 4 000 Tonnen Kupferfabrikate (einschließlich Messingfabrikate, aber ausschließlich einiger teilweise Kupfer enthaltender Waren) im Wert von 9 Millionen, also in Summa einen Wert von 46 Millionen. Die Ausfuhr betrug in demselben Jahre 8000 Tonnen Rohkupfer im Wert von 10 Millionen und 7000 Tonnen Fabrikat im Wert von 20 Millionen, also in Summa 30 Millionen.

Es hat somit eine Mehreinfuhr von 16 Millionen Mark stattgefunden. Meine Herren, diese Ziffern beweisen Ihnen, daß die Kalamität im Kupferbergbau nicht entstanden ist durch inländische Ueberproduktion, wie dies bei anderen Industriezweigen der Fall ist, sondern lediglich durch die Ueberproduktion des Auslandes, namentlich in Nordamerika, Chile usw. Am meisten hat unter dieser Kalamität die althistorische, große Institution des Mansfelder Bergbaues gelitten, sie hat doppelt darunter gelitten, weil durch die Einführung der Goldwährung — fürchten Sie nicht, daß ich hier auf den Bimetallismus eingehe — der Preis des Silbers heruntergegangen ist, eine Tatsache, die natürlich von Freund und Feind zugegeben werden muß. Dadurch ist der Wert der Silberproduktion des Mansfelder Bergbaues, welcher für sie ebenso wichtig ist wie der des Kupfers, erheblich zurückgegangen, oder mit anderen Worten, die Produktionskosten des Kupfers sind in demselben Maße gestiegen. Der Mansfelder Bergbau hat in den letzten Jahren durchschnittlich 18000 Arbeiter beschäftigt, er hat 15000 Tonnen Kupfer im Wert von 15 Millionen Mark erzeugt. Wenn Sie bedenken, meine Herren, daß dieser Mansfelder Bergbau droht durch Nordamerika ruiniert zu werden, wo heute noch, trotz der Ueberproduktion, ein Schutzzoll von vier Cents pro Pfund erhoben wird, so werden Sie zugeben, daß es eine berechtigte Forderung dieser hochwichtigen Industrie ist, daß endlich etwas zu ihrem Schutz geschieht. Meine Herren, ich meine, wir haben in den Distrikten, die von der großen Verkehrsstraße abliegen und nicht imstande *) waren, ihre früheren Erwerbszweige aufrecht zu erhalten, Beispiele genug, wie schwierig es für den Staat wird, dort künstlich Erwerbszweige zu schaffen. Ich erinnere an die Eifel, an den Hochwald, wo früher, so lange die Wasserkräfte und das Holz die Grundlagen bildeten, eine blühende Eisenindustrie existierte, während Sie jetzt überall Ruinen sehen und die Be-

*) S. 171.

schäftigungslosigkeit der Bevölkerung zur Kalamität geworden ist.

Meine Herren, wenn bezüglich des alten Metallbergbaues im Mansfeldschen, im Harz, wo ganz ähnliche Verhältnisse einzutreten drohen (und auch in anderen Distrikten liegen die Dinge so), nicht beizeiten darauf hingewirkt wird, daß dieser alte Bergbau bestehen bleibt, so bekommen wir ganz ähnliche Verhältnisse wie dort, und es wird später außerordentlich schwierig sein, die Leute in angemessener Weise anderweitig zu beschäftigen. Meine Herren, wenn es sich um ein Privilegium handelte, welches von den Petenten gefordert würde, so würde ich, entsprechend dem, was ich mir vorgestern zu sagen erlaubte, ihre Wünsche nicht befürworten können. Es handelt sich aber hier um kein Privileg, sondern es handelt sich darum, daß im Jahre 1879 das Kupfer das einzige Halbfabrikat war, welches damals im Zolltarif nicht die notwendige Berücksichtigung fand, und zwar mehr durch Zufall als durch die Ueberzeugung der überwiegenden Majorität des Reichstags, welche damals dem neuen Zolltarif zugestimmt hat. Nun will ich nicht gerade behaupten, daß allein durch Wiedereinführung eines Kupferzolls, der übrigens bis zum Jahre 1862 im Zollverein bestanden hat, die Erwartungen der Petenten erfüllt werden, daß dadurch der alte deutsche Kupferbergbau wieder zu einer großen, florierenden Tätigkeit gelangt; ich bin sogar zweifelhaft, ob in den Distrikten, wo nicht große Kapitalien zur Verfügung stehen — und das haben die kleinen Gesellschaften alle nicht mehr, — überhaupt ein Aufschwung dadurch entstehen wird. Aber ich bin nicht zweifelhaft bezüglich des Mansfelder Bergbaues, der an der Spitze des deutschen Kupferbergbaues steht, der mit den größten Schwierigkeiten kämpft, der nur durch seine vorzügliche Verwaltung, durch den vorzüglichen Geist seiner Arbeiter sich bis jetzt auf seiner Höhe hat halten können, — daß dem durch den Kupferzoll nachhaltig unter die Arme gegriffen würde. Ebenso steht es mit den fiskalischen Kupferhütten im Harz, die jetzt in

den Einnahmen immer schwanken zwischen Plus und Minus, sie werden durch den Kupferzoll wenigstens einigermaßen wieder zu einer Rentabilität gebracht werden können. Ebensowenig verkenne ich, daß das Votum des Herrenhauses allein diese Frage nicht löst, sondern daß die entscheidenden Faktoren dafür neben der preußischen Regierung — deren Geneigtheit ich nicht bezweifeln möchte — der Bundesrat und der Reichstag sind.

Nichtsdestoweniger war die Kommission der Ansicht, daß das Herrenhaus in dieser für wichtige Interessen Preußens entscheidenden Frage, nachdem es einmal durch diese Petition dazu berufen ist, Stellung nehmen müsse, und die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb, unter Ablehnung des Petitums, welches einen Zoll auf Pyrite verlangt, einstimmig die Befürwortung der Wiedereinführung eines Zolles auf Rohkupfer.

(Bravo!)

Der Antrag der Kommission lautete:

„Das Herrenhaus wolle beschließen:

die vorgenannte Petition der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie sich auf Einführung eines Zolles auf Rohkupfer bezieht."

Diese Entschließung wurde angenommen.

Deutscher Reichstag

Neunte Legislaturperiode

Dritte Session

Neunzehnte Sitzung
Sonnabend, den 19. Januar 1895

Quebrachozoll

Am 24. Dezember 1894 hatte der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Zolltarifs übersandt, das für Aether, Schwefeläther, Bau- und Nutzholz im Grenzbezirk, Waren aus Bernstein und aus unedlen Metallen, Honig, Kakaoöl, Speiseöl, Baumwollensamenöl und mehrere Parfümerien die bestehenden Zollverhältnisse ändern sollte. Es handelte sich im wesentlichen darum, daß höherwertige Waren, die der bestehende Zolltarif nicht entsprechend schützte, diesen Schutz erhalten sollten. Eine ausführliche Begründung war den sieben Abänderungsvorschlägen beigegeben. (Nr. 91 der Drucksachen.) Am 18. Januar brachten Stumm, Dr. Lieber, Graf von Kanitz-Podangen und Dresler den Antrag (Nr. 105 der Drucksachen) ein: „Der Reichstag wolle beschließen: an den Herrn Reichskanzler das Ersuchen zu richten, die Einführung eines angemessenen Schutzzolls auf Quebrachoholz und die daraus hergestellten Extrakte und Präparate, sowie auf andere überseeische Gerbstoffe baldtunlichst herbeiführen zu wollen.“ Dieser Antrag war zum Schutze der deutschen Eichenlohe und der Schälwaldwirtschaft gestellt. Als am 19. Januar 1895 die erste Beratung des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifs, auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ergriff Stumm das Wort zu der Frage der Behandlung der von ihm eingebrachten Entschließung.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Ich bin mit dem Vorschlage des Herrn Präsidenten**) ganz einverstanden; ich möchte nur die Bitte an ihn richten, daß er gleichzeitig den Antrag, den ich gestern in Gemeinschaft mit verschiedenen anderen Herren auf Einführung eines Schutzzolls auf Quebrachoholz gestellt habe, mit der Generaldebatte über die Zolltarifnovelle verbinden möchte. Ich halte es für unmöglich, zu verhindern, daß bei dieser Beratung auf unseren Antrag eingegangen wird, und es wird doch schwierig sein, unseren Antrag so eng zu behandeln, daß er in den Rahmen der Beratung über das Gesetz selbst genau hineinpaßt. Es wird deswegen zweckmäßiger sein, und die verschiedenen Herren, die sich für oder gegen den Antrag interessieren, werden sich sehr viel besser orientieren, wenn von vornherein feststeht, daß die Generaldebatte über meinen Antrag mit der Generaldebatte über die Zollnovelle zusammenfällt. Ich glaube, daß dann allen Seiten Gerechtigkeit widerfahren wird, während umgekehrt, wenn das nicht geschieht, der Herr Präsident uns wahrscheinlich nicht hindern wird, wenn wir auf unseren Antrag eingehen, während die anderen Herren sich vielleicht nicht mit genügendem Material versehen haben. Es versteht sich ganz von selbst, daß unser Antrag in der Kommission wieder erscheinen, dort als Resolution eingebracht werden wird, also schließlich doch gleichzeitig mit dem Gesetz zur Abstimmung kommt. Ich denke, daß das aus der ganzen Art und Weise, wie wir vorgegangen sind, zu schließen ist. Die Sache wird also viel klarer gestellt, wenn von vornherein offiziell die Gene-

---

*) S. 451.

**) Am 22. März das Abänderungsgesetz zum Zolltarife zu verhandeln.

raldebatte am Dienstag mit der über unseren Antrag vereinigt wird.

Präsident: Meine Herren, ich habe einzuwenden, daß es eine Generaldebatte über den Antrag Stumm, der eine Resolution enthält, überhaupt nicht gibt, sondern nur eine einmalige Lesung, und daß dann entweder eine Kommissionsverweisung erfolgt, oder sofort zur Abstimmung geschritten wird. Sodann bin ich der Meinung, daß der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm in keiner Weise gehindert werden kann, in der Generaldebatte, welche wir zur Novelle des Zollgesetzes haben werden, auch Artikel zu erwähnen, in betreff welcher er in dem Zolltarif auch Aenderungen vornehmen will; das könnte ich gar nicht hindern, — es ist das bei allen Beratungen vorgekommen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm käme ebenso gut zu seinem Ziel, wenn er in der Generaldiskussion seines Antrags erwähnt und ihn später in der Kommission förmlich einbringt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm-Halberg.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg: Nach den Erklärungen des Herrn Präsidenten bin ich vollständig befriedigt.

Zwanzigste Sitzung
Dienstag, den 22. Januar 1895

Quebrachozoll

Am 22. Januar 1895 kam die Gesetzesvorlage über die Abänderung des Zolltarifs *) zur ersten Lesung. Dabei wurde die Entschließung über den Quebrachozoll entsprechend der Vereinbarung vom 19. Januar mitbehandelt. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, eröffnete die Beratung, indem er die einzelnen Positionen der Vorlage durchsprach. Unmittelbar nach ihm sprach Stumm als Einbringer des Quebrachozollantrages:

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg**): Meine Herren, ich glaube, daß die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs von großer Bedeutung waren, daß sie aber ihre volle Würdigung nur in einer Kommission finden können, welche eingehend die Sache pro et contra prüfen kann. Ich möchte mir deshalb den Vorschlag erlauben, eine Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung dieser Vorlage einzusetzen; und ich zweifle nicht daran, daß namentlich diejenigen Vorschläge, die zur Hebung der Landwirtschaft beizutragen bestimmt sind, große Sympathien in der Kommission und auch hier im Hause finden werden.

Allerdings bin ich der Ansicht, daß die Kommission sich nicht darauf beschränken darf, lediglich diese Vorschläge zu

---

*) Vgl. die Einleitung zu der Rede vom 19. Januar 1895. S. 482 d. B.

**) S. 456.

prüfen; sie muß weiter gehen und muß sich die Frage vorlegen, ob es nicht möglich ist, auch noch auf andere Weise durch Zolländerungen dem Notstand, in dem sich unzweifelhaft und, glaube ich, nach ganz übereinstimmendem Zeugnis aller Parteien die Landwirtschaft heute befindet, Abhilfe zu verschaffen. In erster Linie natürlich handelt es sich um eine Erhöhung der Getreidezölle; leider aber steht diese Frage nicht zur Debatte und kann auch in der Kommission nicht erörtert werden — dem stehen die Handelsverträge im Wege; andernfalls bin ich fest überzeugt, daß die große Mehrheit dieses Hauses sich ohne weiteres zu einer sehr erheblichen Erhöhung der Getreidezölle entschließen würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber, meine Herren, wenn es nicht möglich ist, der Landwirtschaft auf allen Gebieten durch das ganze Land hindurch durch Zollmaßregeln zu helfen, so ist nicht ausgeschlossen, daß sich einzelne Punkte finden, die auch in Uebereinstimmung mit den Handelsverträgen geändert werden können. Und dazu, meine Herren, rechne ich vor allen Dingen einen Zoll auf exotische Gerbstoffe, insbesondere auf Quebrachoholz. Durch die Einführung eines solchen Zolls in genügendem Maße würde ein außerordentlich wichtiger Teil der nationalen Erwerbstätigkeit, die deutsche Schälwaldwirtschaft, vor dem Untergang gerettet werden. Denn, meine Herren, alle, die sich hiermit beschäftigt haben, wissen, daß gerade die deutsche Schälwirtschaft, und was damit zusammenhängt, um ihre Existenz kämpft wie kaum ein anderer Erwerbszweig im Lande.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, die Wichtigkeit des deutschen Schälwaldes und seine innige Verbindung mit der Landwirtschaft hier vorzuführen, hieße Wasser in den Rhein tragen. Ich erinnere nur daran, daß wir in Deutschland 433 000 Hektar Schälwald haben; davon entfallen auf Preußen 317 000 Hektar oder 9 Prozent des gesamten Waldareals. In den einzelnen

Provinzen steigert sich dieser Prozentsatz in ganz erheblicher Weise. In der Rheinprovinz sind 22 Prozent des Waldareals Schälwald; an der Saar, an der Mosel, an der Nahe, an dem Glan usw. steigert sich dieser Prozentsatz bis auf 50 Prozent und darüber; ja, im Kreise Siegen bildet der Eichenschälwald 71½ Prozent des gesamten Areals des Kreises. Meine Herren, dazu kommt, daß wir eine ganze Anzahl von Gegenden in Deutschland haben, wo in ganz ähnlicher Weise wie hier die Eichenlohe die Fichtenrinde eine Rolle spielt: ich meine Sachsen und andere Landesteile. Ich erinnere weiter daran, daß der Eichenschälwald nicht bloß durch seine Größe in betracht kommt, sondern vor allen Dingen durch die ganz eigentümliche wirtschaftliche Einwirkung, die er nach verschiedenen Richtungen hin ausübt.

Zunächst sind am Schälwald meist ganz kleine Leute beteiligt, entweder individuell oder in Genossenschaften vereinigt oder als Interessenten von Gemeinden, die ihren Hauptbesitz im Schälwald haben. Und, meine Herren, ich behaupte, daß in den Gemeinden, von denen ich hier rede, die Schälwaldwirtschaft das einzige Mittel ist, um den Niedergang, der sich auf anderen Gebieten der Landwirtschaft zeigt, und den Sie alle kennen, einigermaßen auszugleichen. Hört bei ihnen die Schälwirtschaft auf, so sind sie einfach ruiniert, und jede Hoffnung auf Rettung ist verloren.

Meine Herren, eng verbunden mit diesen Interessen stehen die Interessen aller der Gerbereien, die seit Jahrhunderten*) auf grund dieser Schälwaldwirtschaft bestehen und die von der auswärtigen Konkurrenz, die mit anderen Gerbmitteln arbeitet, erdrückt werden. Es tritt damit in Verbindung das Interesse der kleinen Leute, die die Lohe zusammenfahren, die das Brennholz nötig haben, welches als Nebenprodukt abfällt usw.

Also, meine Herren, es ist gar keine Frage: nicht bloß die Existenz des Schälwaldes steht in Gefahr, sondern mit

---

*) S. 457.

dem Schälwald die Existenz ganzer Gemeinden und einer Unzahl von Einzelpersonen, die sich auf andere Weise nicht forthelfen können.

Man hat freilich gesagt: warum wandeln dann diese Leute nicht ihren Schälwald in Hochwald um? Meine Herren, zunächst weiß jeder Forstmann, daß in einem Walde, der seit Jahrzehnten auf Schälwald eingerichtet war, die Umwandlung in Hochwald direkt unmöglich ist, weil dieser nicht aus Stockausschlag zu erzielen ist, und weil die steilen, steinigen Hänge, auf denen der Schälwald wächst, zur Umwandlung in Hochwald sich nicht eignen. Aber selbst wenn das nicht richtig wäre, so würde der Uebergang zum Hochwalde eine solche Reihe von Jahren, Jahrzehnten, vielleicht ein Jahrhundert vorübergehen lassen, ohne daß ein Ertrag stattfindet, so daß für die Uebergangszeit wenigstens eine Abhilfe des Notstandes in keiner Weise gewonnen wäre. Dazu kommt, daß alle diese kleinen Arbeiten und Nebenverdienste, die der Schälwald bietet, bei dem Hochwald wegfallen, die Gerbereien aber ganz leer ausgehen würden. Andere haben gesagt: wenn die Sache wirklich so wichtig ist, so mag man die Interessenten doch zu Staatspensionären machen, man mag ihnen die Lohhacken abkaufen und ihnen Geld dafür geben. Nun, meine Herren, zunächst würde man nicht nur die Besitzer entschädigen müssen, sondern auch die kleinen Leute, die mit ihrem Verdienste auf die Lohhacken angewiesen sind, und die Gerbereibesitzer, welche alle in gesündester Weise ihren Unterhalt verdienen, und denen man doch nicht zumuten kann, im Wege der Armenunterstützung die Rechte, die sie haben, sich ersetzen zu lassen. Meine Herren, dazu kommt, daß, wenn die Schälwaldungen eingehen und daraus Oedland entsteht, die klimatischen Verhältnisse in der allerbedenklichsten Weise beeinflußt werden würden; denn wir alle wissen, was für große Gefahren in bezug auf Ueberschwemmung dadurch entstehen müßten.

Es ist freilich behauptet worden, daß alle diese Besorgnisse übertrieben wären. Man hat eine Statistik angezogen,

aus der hervorgehen soll, daß für die Spiegellohe in dem letzten Jahrzehnt eine Verbilligung der Preise kaum stattgefunden habe. Diese Statistik, die man aus den Staatswaldungen herangezogen hat, bietet aber absolut keinen Beweis; denn zunächst ist sie zu kurz, und dann ist Spiegellohe nicht der überwiegende Teil der Lohe, der überhaupt zur Verwendung kommt. Und wenn behauptet worden ist, daß in den östlichen Provinzen die Lohe von solchen Eichbäumen, die zu Schwellen verwendet werden, keine große Bedeutung habe, so mag das ja richtig sein; aber zwischen dieser Rinde von alten Eichen und der Spiegellohe liegen eine ganze Menge Zwischenstufen, und diese sind die überwiegenden. Meine Herren, wenn man eine Statistik zurate ziehen will, so muß man die Statistik aus solchen Gegenden nehmen, wo durchschnittliche Lohepreise notiert werden, beispielsweise aus dem Kreise Siegen. Dort ist konstatiert worden, daß im Jahre 1870 die Lohe noch auf 7,50 Mark im Durchschnitt stand, während sie im Jahre 1893 auf 5,20 Mark herabgegangen ist. Aber, meine Herren, hier steht nicht bloß der Preis von 7,50 Mark dem von 5,20 Mark gegenüber, sondern Sie müssen von den 7,50 Mark 2 Mark für Werbungskosten abziehen und von den 5,20 Mark 3,10 Mark. Auf diese Weise bleiben übrig für 1870 ein Betrag von 5,50 Mark und für 1893 ein Betrag von 2,10 Mark, also meine Herren, weniger als 50 Prozent.

Man hat weiter eingewendet: es ist nicht etwa das Quebrachoholz — —

(Zuruf links: Zur Sache!)

— Meine Herren, der Herr Präsident hat mir ausdrücklich am vorigen Samstag gestattet, diese Frage des Quebrachoholzes jetzt eingehend zu behandeln,

(sehr richtig! rechts)

und ich muß mir ganz entschieden verbitten, daß ich von anderer Seite unterbrochen werde. Dazu hat bloß der Herr Präsident das Recht.

Präsident: Meine Herren, ich bemerke hierzu folgendes. Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm hat den Wunsch, die Vorlage, die uns beschäftigt, nach einer gewissen Richtung hin zu erweitern, außer den Artikeln, über welche die Vorlage handelt, noch einen anderen Artikel mit in den Gesetzentwurf aufgenommen zu sehen. Ich glaube, daran kann ich ihn nicht hindern. In den Verhandlungen der letzten Tage hat die Debatte sich vielfach darum gedreht, daß dies oder jenes aufgenommen werden sollte, was in der Vorlage nicht stand; in der gleichen Lage befinden wir uns bei dem Antrage des Herrn Abgeordneten Freiherrn von Stumm. Ich bitte ihn aber doch, die Sache nicht allzu sehr zu approfondieren.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg: Meine Herren, ich werde nicht weiter in die Sache eintreten, als es zur Generaldebatte gehört, und Sie werden bei meinen Schlußworten finden, daß ich Ihnen keinen bestimmten Zollvorschlag mache. Aber die allgemeinen Gesichtspunkte muß ich eingehend betonen, selbst wenn ich Ihre Zeit eine Viertelstunde länger inanspruch nehme, als Ihnen da drüben lieb ist.

Meine Herren, es ist also gesagt worden: daß nicht das Quebrachoholz den deutschen Gerbmitteln den Nachteil bereite, es sei vielmehr die Einfuhr von Lohe aus Oesterreich-Ungarn, aus Frankreich, die dieses Resultat hervorgerufen habe. Darauf erwidere ich: es ist traurig genug, daß wir den Lohezoll durch den österreichischen Zollvertrag aufgehoben haben; wir hätten viel besser getan, statt der — lumpigen 50 Pf, hätte ich beinahe gesagt — 2 oder 3 Mark einzuführen;

(sehr richtig! rechts),

das wäre richtiger gewesen, das können wir aber nicht mehr ändern! Es liegt aber kein Grund vor, zu sagen, daß, weil dies geschehen ist und der deutsche Schälwald schon durch die österreichisch-ungarische und französische Lohe geschädigt wird, er nun durch das Quebrachoholz erst recht geschädigt werden soll. Das letztere trifft allerdings zu; denn die Petenten haben nachgewiesen — und es ist von keiner Seite bestritten, — daß die Konkurrenz des Quebrachoholzes eine viel gefährlichere ist als die von Eichenlohe, und zwar aus dem einfachen Grunde,

weil die Gerbsäure in dem Quebrachoholz nur ein Drittel dessen kostet, was sie in der Lohe aus Frankreich und Oesterreich-Ungarn wert ist. Die Konkurrenz durch Quebrachoholz ist also eine viel gefährlichere als die der Lohe, die von anderer Seite herüberkommt. Und wenn irgend etwas die Richtigkeit dieser Behauptung erweist, so sind es gerade die Petenten, welche sich gegen die Einführung eines Zolls auf Quebrachoholz an den Herrn Reichskanzler gewendet haben. Der Verein deutscher Gerber sagt:

> „Diese über die Einfuhr von Sohlleder mitgeteilten Zahlen lassen deutlich erkennen, daß es dem Auslande, weil es billiger fabrizierte, möglich war, — — mehr und mehr an Terrain zu gewinnen, und daß wir es erst vom Jahre 1890 an, also von dem Augenblick an nach und nach in etwas zurückzudrängen vermochten, wo wir Quebracho in bedeutenden Quantitäten verwandten.“

Und, meine Herren, ein anderer Petent, ein Herr Westphal, der sich direkt an den Reichstag mit seiner Petition gewendet hat, sagt:

> „Durch Einführung eines Zolls auf Quebracho und sonstige ausländische Gerbstoffe würde sowohl die Gerberei wie die Schuhfabrikation konkurrenzunfähig*) werden.“

Meine Herren, das beweist unwiderleglich den Wert, den die Herren auf die Sache legen, und eins kann nur richtig sein: entweder hat Quebracho einen erheblichen Einfluß auf die deutsche Lederindustrie, also auch auf die Preisbildung der Produkte des Schälwaldes, oder es hat ihn nicht. Hat es ihn nicht, dann fallen alle diese Bedenken der Gegner des Zolls fort. Jedenfalls stimmen alle Sachverständigen derjenigen Interessenten, die sich für den Zoll aussprechen, insbesondere der Vertreter des deutschen Schälwaldes, darin überein, daß

---

*) S. 458.

die Einführung eines Quebrachozolles die Existenzmöglichkeit des Schälwaldes wiederherstelle; und es liegt kein Grund vor, an der Wahrheit dieser Versicherungen zu zweifeln. Meine Herren, auf der anderen Seite nehme ich keinen Anstand, anzuerkennen, daß seitens der Lederindustrie in großem Maßstabe gegen die Einführung dieses Zolls aus sehr natürlichen Gründen vorgegangen wird; denn kein Erwerbszweig wird sich mit der Verteuerung seines Rohmaterials befreunden. Aber es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die ganze Lederindustrie in Deutschland damit übereinstimme. Bei einem Fragebogen, der 1893 unter den deutschen Lederindustriellen zirkulierte, haben sich 1100 Gerbereibesitzer gegen den Zoll erklärt und 400 dafür. Unter diesen 400 befinden sich die sämtlichen Gerbereibesitzer aus den Gegenden, wo der Eichenschälwald prädominiert. Es sind darunter zirka 40 Gerbereien aus der Eifel, zirka 60 Lederfabrikanten aus dem Kreise Siegen. Diese erklären sich alle übereinstimmend solidarisch mit der Schälwaldwirtschaft. Das ist auch ganz natürlich; denn es ist ein vollständiges Unding, wenn man auf die Dauer das Quebrachoholz aus den Seeplätzen nach diesen entlegenen Distrikten bringen und dort verwenden wollte. Nein, wenn man Quebrachoholz verwenden will, so muß man es da verwenden, wo es direkt vor der Tür liegt, also an den Seeplätzen, welche die Einfuhr besorgen.

Weiter führt man ins Gefecht, die deutsche Lederindustrie führe für 140 Millionen Mark aus, während die ganze Quebrachoeinfuhr nur 2 Millionen Mark betrage. Ja, meine Herren, wieviel Quebrachoholz ist denn in dem Leder enthalten, das ausgeführt wird? Die großen, vornehmen Gerbereien in Worms zum Beispiel, die den Weltmarkt beherrschen mit ihrem Glanzleder, hüten sich wohlweislich, ein Kilo Quebracho zu verwenden, weil sie nicht nach dem Grundsatz, „billig und schlecht" handeln, sondern das beste, was produziert wird, ausführen. Dazu können sie Quebracho aus dem einfachen Grunde nicht verwenden, weil ein Hauptbestandteil, der zu

einem vollständigen Gerbprozeß erforderlich ist, der Zuckerstoff, in diesem Holze fehlt. Meine Herren, ohne den Zuckerstoff, der sich in der Rinde befindet, kann man kein Leder vollständig gerben; und ich behaupte, alles Leder, das mit Quebracho gegerbt wird, ist nur halb gegerbt und nicht haltbar. Deshalb haben diese großen Gerbereien, welche an den 140 Millionen Ausfuhr in erster Linie beteiligt sind, nicht das geringste Interesse gegen den Quebrachozoll. Im Gegenteil, sie wünschen ihn, weil sie fürchten, daß ohne diesen Zoll die deutsche Schälwaldwirtschaft eingeht und die deutschen Gerbereien später nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Lohe zu bekommen, oder darin vom Auslande abhängig werden; das paßt ihnen absolut nicht.

Meine Herren, was im Vordergrund steht bei der Gerberei mit Quebrachoholz, das ist das Sohlleder; und da sagen die Petenten gegen den Quebrachozoll selbst, daß im Jahre 1893 nur 4300 Doppelzentner im Werte von 867000 Mark ausgeführt worden seien. Das ist geradezu eine Spielerei, wenn man diese Ausfuhr dem Werte der Schälwaldwirtschaft gegenüberstellt. Diese Ausfuhr wird durch einen Quebrachozoll nicht einmal erheblich beeinträchtigt; denn es ist in einer Petition des landwirtschaftlichen Vereins der Rheinprovinz, die von keiner Seite bisher angefochten worden ist, berechnet worden, daß der ganze beantragte Zollsatz von 10 Mark nur 20 bis 30 Pf für das Paar Schuhe ausmacht, was doch gewiß nicht erheblich ist. Und wenn die Herren behaupten, daß ihnen durch den Zoll die Konkurrenz auf dem inländischen Markte erschwert wird, so erinnere ich daran, daß der Zoll auf Sohlleder trotz der Handelsverträge immer noch 30 Mark beträgt, also erheblich mehr als die Belastung der Lederindustrie durch einen Zoll von 10 Mark auf Quebracho, die etwas über 20 Mark auf das Sohlleder ausmacht.

Es kommt aber noch ein sehr erheblicher Faktor in betracht: der ist das deutsche Publikum, welches durch das schlechte Leder benachteiligt wird, welches mit Quebracho-

gegerbt wird. Ich kann zu meiner großen Freude konstatieren, daß das Kriegsministerium nach eingehenden Versuchen prinzipiell kein Sohlleder, überhaupt kein Leder, auch kein Geschirrleder kauft, das mit Quebracho gegerbt ist. Auch legt das Kriegsministerium, wie ich gehört habe, den größten Wert auf die Einführung eines Quebrachozolles, weil es fürchtet, daß, wenn die deutsche Schälwirtschaft aufhört — und das muß sie, wenn die Verhältnisse so weiter gehen — kein deutsches Eichensohlleder mehr zu haben sein und man gezwungen sein wird, entweder sein Sohlleder aus dem Auslande zu beziehen oder aber zum Quebracholeder zu greifen, namentlich bei plötzlich vermehrtem Bedarf im Mobilmachungsfalle. Dazu kommt, daß es für das große Publikum, selbst für das Kriegsministerium, obwohl dasselbe Sachverständige zur Verfügung hat, schwer ist, das Leder von einander zu unterscheiden bis zu dem Moment, wo das Quebracholeder seine schlechten Eigenschaften durch den Gebrauch gezeigt hat. Es ist vielleicht nicht schwer, wie Herr Müller im Abgeordnetenhause gesagt hat, reines Quebracholeder von reinem Eichenlohleder zu unterscheiden; aber es werden in den Gerbereien Zusätze von Quebracho gemacht in größerem oder geringerem Maße, und man kann dann, wenn man nicht großer Sachverständiger ist, den Ursprung nicht mehr unterscheiden, so daß man schlechtes Quebracholeder kauft, während man gutes Eichenleder hat kaufen wollen. Ich behaupte aber, daß dasselbe Interesse, welches das Kriegsministerium an der Beschaffung von gutem Leder hat, für jeden Arbeiter besteht, er mag noch so arm sein. Er tut besser, 30 bis 40 Pf — mehr ist es nicht — für ein Paar Schuhe mehr zu bezahlen, die gut sind und ein paar Jahre halten, als, um die 30 bis 40 Pf zu sparen, Schuhe von Quebracholeder zu kaufen, die kaum ein halbes Jahr halten und gleich kaput sind.

Ich erkenne aber wiederholt an, hier steht Interesse gegen Interesse. Es ist unzweifelhaft, daß ein großer oder der größte Teil der deutschen Lederindustriellen gegen

den Zoll ist. Aber, meine Herren, auf der anderen Seite stehen die Interessen des deutschen Schälwaldes, die Interessen der Gerber, die mit ihnen in Verbindung stehen, die Interessen der Landwirtschaft, die durch ihren Körnerbau, namentlich im Kreise Siegen, mit dem Schälwald in engster Verbindung steht, die Interessen aller der kleinen Leute, die ich angeführt habe; und ich behaupte, das ganze deutsche Publikum hat ein Interesse daran, lieber ein paar Pfennig mehr zu bezahlen und gutes Leder zu erhalten, als schlechtes Quebracholeder zu bekommen. Ich für meine Person bin nicht zweifelhaft, nach welcher Seite der Schwerpunkt der widerstreitenden Interessen gravitiert. Selbst wenn es wahr wäre, daß die Exportziffern so hoch sind, daß dagegen der Wert der Eichenlohe ganz in den Hintergrund tritt, würde das mich keines anderen belehren. Denn, meine Herren, es handelt sich hier nicht bloß um Kapital gegen Kapital, sondern es handelt sich um Menschen, und es handelt sich um notleidende Gegenden. Meine Herren, in dieser Beziehung hat die Agrarkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, die im vorigen Jahre einstimmig — ich wiederhole: einstimmig — die Petitionen auf Einführung des Quebrachozolles der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen hat, sich so zutreffend ausgedrückt, daß ich es nicht besser ausdrücken könnte. Gestatten Sie mir daher, einen Passus aus dem Berichte zu verlesen *):

> „Die immerhin denkbare Schädigung des im Großbetriebe veranlagten Großkapitals ist ungleich bedeutungsloser als die Schädigung oder gar Vernichtung einer unabsehbaren Reihe kleinerer wirtschaftlicher Existenzen. Angesichts der ernsten Gefahren der Gegenwart und Zukunft muß die Gesetzgebung mit allen Mitteln darnach trachten, bestehende

---

*) S. 459.

Erwerbsverhältnisse zu schützen und zu kräftigen, die Seßhaftigkeit der Bevölkerung zu erhalten."

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich glaube, das ist vollständig zutreffend, und ich kann hinzufügen, daß der rheinische Provinziallandtag mit großer Majorität sich genau in demselben Sinne im vorigen Herbst ausgesprochen hat.

Einen Einwand muß ich schließlich noch entkräften: das ist der, daß durch einen Zoll auf Rohmaterialien die Industrie nicht geschädigt werden dürfe. Zunächst bestreite ich, daß Quebracho, oder wenigstens Lohrinde, oder die Präparate aus Quebracho, oder gemahlenes Quebrachoholz Rohprodukte im engeren Sinne sind. Meine Herren, die Eichenrinde ist ebenso ein Rohprodukt wie Getreide; und da hat man keinen Anstand genommen, einen Zoll darauf zu legen. Aber, meine Herren, es ist auch ein großer Irrtum, zu meinen, als ob jeder Zoll auf Rohprodukte die Industrie schädige. Als wir im Jahre 1879 die Eisenzölle wieder einführten, waren viele Interessenten in Solingen und Remscheid, die Messer, Scheren, Waffen usw. exportieren, in großer Not, daß sich durch die Einführung des Zolls ihr Rohmaterial verteuern und dadurch der Export gelähmt werden würde. Nun, das Gegenteil ist eingetreten. Die Leute sind jetzt alle mit dem Zoll zufrieden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch die Kräftigung der deutschen Eisenindustrie die Preise nicht gestiegen, sondern gesunken sind, und weil die Leute jetzt sicher sind, daß sie ihre natürlichen Bezugsquellen behalten, während sie sonst vom Auslande abhängig sein würden. Das letztere trifft auch auf den Quebrachozoll zu; auch da muß die Lederindustrie in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse wünschen, daß die Bezugsquelle, die sie im deutschen Schälwalde hat, ihr erhalten bleibt; andernfalls wird sie vom Auslande abhängig, und dieses ist in der Lage, ihr einen viel höheren Preis zu diktieren, wenn die deutsche Konkurrenz einmal vernichtet ist.

Nun, meine Herren, m a t e r i e l l hoffe ich, daß die große

Mehrheit des Hauses den Standpunkt, den ich mir eben auszuführen erlaubte, mehr oder minder teilen wird. Schwieriger scheint mir die Frage, wie wir auf grund der bestehenden Handelsverträge die Sache regeln können. Der Behauptung möchte ich freilich von vornherein entgegentreten, als ob die Bindung der Zollfreiheit für „Holzborke und Gerberlohe" uns hier irgend welche Schwierigkeiten machen könnte. Meine Herren, Quebracho oder gemahlenes Quebrachoholz kann nicht als Gerberlohe bezeichnet werden; denn unter Lohe kann nur Rinde verstanden werden, das scheint mir selbstverständlich. Ich will dafür einen klassischen Beweis vorbringen, der bis jetzt noch nicht angezogen wurde: das ist die Uebersetzung unseres deutschen Textes „Holzborke und Gerberlohe" in dem belgischen Handelsvertrage. Dort steht im französischen Text: écorce à tan, d. h. also: Rinde zum Gerben. Meine Herren, ich glaube, daß diese Uebersetzung wohl ein genügender Beweis für meine Auffassung ist, — abgesehen davon, daß nach deutschem Sprachgebrauch und auch nach industriellem Sprachgebrauch man unter Lohe niemals etwas anderes verstanden hat als Rinde oder gemahlene Rinde, nicht aber gemahlenes Holz. Eine andere Bindung, die allerdings glücklicherweise, soviel ich übersehen kann, nur im italienischen und österreichischen Handelsvertrage steht, betrifft die Position 5 m, wo es heißt: „Rohe Erzeugnisse und chemische Fabrikate für den Gewerbebetrieb: frei". Hieraus könnte man allerdings möglicherweise folgern: Quebracho, sowohl roh wie gemahlen, sowie auch Extrakte daraus, sind auf 10 Jahre zollfrei gebunden. Ebensogut kann man aber das Gegenteil behaupten, und hat man jedenfalls beim Abschluß der Verträge nicht daran gedacht, daß Quebracho unter diese Position fallen könnte. Ich gebe aber zu: die Frage ist zweifelhaft. Das macht mir aber keine großen Sorgen; denn darüber bin ich nicht zweifelhaft, daß, wenn die Reichsregierung heute ernstlich den Versuch macht, von Oesterreich-Ungarn und Italien das Zugeständnis zu erhalten, dessen Notwendigkeit ich allerdings be-

streite, daß Quebracho mit seinen Extrakten von der Zollfreiheit der Position 5 m eximiert wird, diese Exemtion bewilligt werden wird, denn Oesterreich-Ungarn hat in diesen Fragen ganz dasselbe Interesse wie wir. Je entschiedener die Herren von der anderen Seite behaupten, daß die österreichisch-ungarische Lohe unseren Schälwald noch mehr schädige als das Quebrachoholz, um so mehr müssen sie zugeben, daß Oesterreich im Interesse seines Loheexportes sehr froh sein muß, wenn wir den Quebrachozoll einführen. Also ich glaube, das kann keine Schwierigkeiten bereiten, wenn nicht etwa die freihändlerischen Blätter es wieder so machen wie bei dem österreichischen Handelsvertrag, wo Oesterreich uns erklärt hat: eure Herabsetzung der Getreidezölle ist gar keine Konzession, die öffentliche Meinung in Deutschland verlangt sie ohnedies. Ich hoffe aber, daß, wenn der Reichstag mit großer Mehrheit für die Einführung des Quebrachozolles eintritt, es den freihändlerischen Zeitungen diesmal nicht gelingen wird, die österreichische Regierung in einen solchen falschen Glauben zu versetzen.

Meine Herren, der Antrag des Herrn Abgeordneten Hirschel scheint mir die Sache nicht richtig zu treffen, einmal weil es sich nicht bloß um den Zoll auf rohes Quebrachoholz handelt, sondern auch um einen Zoll auf gemahlenes Quebracho, auf Extrakte aus Quebracho und auf andere ähnliche Produkte, die aus exotischen Gegenden zu uns kommen. Auch die Kündigung des Vertrags mit Argentinien kann uns nicht helfen; denn so lange Oesterreich mit Erfolg den Anspruch aufrecht erhält, daß Quebracho und Produkte aus demselben unter 5 m fallen, so lange wird Argentinien einfach seine Produkte nach Oesterreich bringen, und von Oesterreich werden dann diese Produkte zollfrei zu uns hereinkommen, weil wir nicht in der Lage sind, Oesterreich gegenüber Ursprungszeugnisse zu verlangen. Im Gegenteil, dieser Antrag hat das große Bedenken, daß Oesterreich sagen könnte: wenn der Handelsvertrag mit Argentinien gekündigt sein wird, haben wir den

Vorteil, daß dieses ganze Quebracho per Transit durch Oesterreich nach Deutschland gelangt, während Oesterreich sonst gar kein Interesse an diesem Transitverkehr hat, weil die eingeführten 400 000 Doppelzentner fast gar nicht über Oesterreich kommen. Auch ist zu erwägen, daß nach einer Notiz, die ich in der Presse gefunden habe, es in Kalifornien eine Tanne, Conaigre genannt, gibt, aus der ein Extrakt mit 23 bis 33 Prozent Gerbsäure gewonnen wird. Es soll sich dort eine große Gesellschaft gebildet haben, die 500 Wagen von diesem Extrakt jährlich exportieren will. Auch das muß getroffen werden, und das trifft auch der Antrag, den wir vor einigen Tagen gestellt haben. Wir haben in diesem Antrage gänzlich abgesehen von Details, wir haben keinen bestimmten Zollsatz vorgeschlagen, sondern wir wollen es der Regierung überlassen, nach allen Richtungen hin die Fragen mit der nötigen Sachkenntnis zu approfondieren. Auch die Kommission wird nicht in der Lage sein, detaillierte Vorschläge zu machen. Es genügt nach meiner Ansicht, wenn die Kommission und nachher der Reichstag unseren Antrag annehmen und dadurch erklären, daß die materiellen und sozialen Interessen die Einführung eines Zolles auf Quebracho und ähnliche Substanzen notwendig machen. Ich bin überzeugt, daß, wenn der Reichstag das beschließt, auch die verbündeten Regierungen die notwendigen Schritte tun werden, so daß der Erfolg nicht fehlen kann. Tritt dieser Erfolg aber ein, so glaube ich, ohne Ueberhebung sagen zu dürfen: der Reichstag wird sich um einen wichtigen Teil der deutschen nationalen Arbeit, um die Erhaltung des Mittelstandes und der kleinen*) Leute in den Distrikten, die von dieser nationalen Arbeit leben, wohl verdient gemacht zu haben.

(Lebhafter Beifall.)

---

*) S. 460.

Zweiundzwanzigste Sitzung
Donnerstag, den 24. Januar 1895

Quebrachozoll

Am 24. Januar 1895 wurde die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Abänderung des Zolltarifs, die am 19. Januar auf die Tagesordnung gesetzt und am 22. Januar angenommen worden war (s. S. 482 und 485 d. B.), geschlossen. In der Erörterung erklärte Dr. Barth, daß er den Hauptwert der Handelsverträge in der Schaffung einer wirtschaftlichen Stabilität erblicke, und diese Stabilität für eine Reihe von Jahren in bezug auf die wichtigsten Positionen des deutschen Zolltarifs herbeigeführt zu haben, das sei das Hauptverdienst derjenigen, welche die Handelsverträge mit Oesterreich und mit Rußland zum Abschluß gebracht hätten.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Nur ein paar kurze Bemerkungen gegenüber von Angriffen, die gegen meine Ausführungen gerichtet worden sind. Vorher danke ich dem Herrn Abgeordneten Barth für seine Erklärung, daß an dem Zolltarife nicht mehr gerüttelt werden dürfe. Ich hoffe, daß uns dadurch eine ganze Anzahl von zollpolitischen Debatten, die uns in den letzten Jahren tagelang aufgehalten haben, jetzt und für die Zukunft erspart bleiben.

(Heiterkeit.)

Dann möchte ich dem Herrn Staatssekretär Grafen Po-

---

*) S. 519.

sadowsky eine kurze Bemerkung machen. Er hat gegenüber den Behauptungen, die von den Freunden eines Quebrachozolles gemacht worden sind, am Schlusse seiner Ausführungen, die wir sonst mit großem Dank aufgenommen haben, gesagt, daß, wie auch die Frage erledigt werden würde, jedenfalls der deutsche Schälwald von dem Zoll auf Quebracho keinen Vorteil haben werde, weil der Ausfall an Quebracho durch vermehrte Einfuhr von Eichenlohe aus Oesterreich-Ungarn und Frankreich kompensiert werden würde.*) Meine Herren, das letztere Faktum ist bis zu einem gewissen Grade gewiß richtig; die Schlußfolgerung aber halte ich für durchaus unrichtig. Wenn der Herr Staatssekretär gesagt hätte: von der Einführung eines Quebrachozolles hat mit Rücksicht auf die Verträge mit unseren Nachbarstaaten der deutsche Schälwald nicht den einzigen Vorteil, so würde das unanfechtbar sein; der deutsche Schälwald muß eben den Vorteil, den er aus dem Quebrachozoll zieht, leider teilen mit Oesterreich-Ungarn und Frankreich. Dabei bleibt aber noch ein gutes Stück Vorteil für den deutschen Eichwald bestehen; denn wenn der Preis der deutschen Eichenlohe sich durch den Zoll auf Quebracho nicht heben würde, so würden ja Oesterreich-Ungarn und Frankreich gar keine Veranlassung haben, ihren Export von Eichenlohe nach Deutschland zu steigern. Diese Steigerung allein, wenn sie stattfindet, setzt eine Steigerung des Preises von Eichenlohe voraus; und das, meine Herren, ist der Punkt, an dem der deutsche Schälwald einsetzt, von dem der deutsche Schälwald seine Rettung erhofft.

Auch dem Herrn Abgeordneten Möller, mit dessen Aus-

---

*) Graf Posadowsky hatte in seiner zweiten Rede vom 22. Januar gesagt: „Würde nun der Fall eintreten, daß anstelle des Quebrachoholzes die ausländische Lohe und Rinde tritt, so würde die wirtschaftliche Wirkung, die die Herren für den deutschen Schälwald erreichen wollen, möglicherweise teilweise in frage gestellt werden können, wenngleich eine Preiserhöhung der heimischen Rinde immerhin zu erwarten wäre."

führungen ich bis zu einem gewissen Grade einverstanden sein konnte — natürlich mit Ausnahme seiner Anschauungen über den Quebrachozoll — muß ich entgegentreten, wenn er meinte, die Einführung des Thomasverfahrens in die Eisenindustrie hätte irgend eine Analogie mit der Umwandlung der deutschen Eichenlohgerberei in das Schnellgerbverfahren.*) Genau das umgekehrte ist richtig. Meine Herren, dies Thomasverfahren hat durchaus nicht die kleinen Existenzen in der deutschen Eisenindustrie vernichtet oder auch nur gefährdet. Dieser Prozeß hat stattgefunden vor 70 oder 80 Jahren, als das deutsche Frischfeuer, der deutsche Frischprozeß vertrieben wurde durch den Puddelprozeß, und der Puddelprozeß hat mit dem Kleinbetrieb gar nichts zu tun; jemand, der ein Puddelwerk betreibt, gehört nicht mehr zu den kleinen Leuten. Aber auch der Puddelbetrieb ist nicht verdrängt worden durch den Thomasprozeß, sondern durch den Bessemerprozeß, und der Bessemerbetrieb hat den großen Nachteil, daß er im wesentlichen basiert ist auf ausländische Erze, genau so wie die Schnellgerberei basiert ist auf das Quebrachoholz. Dieser Verwendung ausländischer Erze ist der Thomasbetrieb entgegengetreten und hat die deutsche Eisenindustrie wieder auf ihren natürlichen

*) Möller (Dortmund) hatte am 22. Januar an Stumm in seiner Abwesenheit folgende Frage gerichtet: „Hat er (Stumm) denn aufhalten können, daß die moderne Entwicklung der Stahlindustrie, wie er sie selbst mitbetreibt, die kleine, alte, primitive Stahlindustrie, wie sie gerade in demselben Siegener Lande betrieben wurde, das sich heute so sehr beschwert, ihren Lauf gegangen ist? Er ist die Wege gegangen, die die natürliche Entwicklung der Industrie gegangen ist. Er hat es nicht hindern können; und wenn er es hätte hindern können, so würde er sich schwer an dem Nationalvermögen versündigt haben, wenn er nicht mit allen Fortschritten an der Spitze marschiert wäre. Meine Herren, jetzt stehen wir in der Stahlindustrie obenan in der Welt, wir haben die neusten Methoden, die gerade Herr von Stumm anwendet, welche mithilfe des Thomassystems die Herstellung des Stahls aus einer früher minderwertig erachteten Erzsorte, aus phosphorhaltigem Eisen, ermöglichen."

Boden zurückgeführt, ganz abgesehen davon, daß er als Nebenprodukt die Thomasschlacke liefert, die für die Landwirtschaft doch auch einen gewissen Wert hat. Die Sache ist also umgekehrt. Der Thomasprozeß hat genau dasselbe Resultat für die deutsche Eisenindustrie hervorgerufen, das wir durch den Quebrachozoll für den deutschen Schälwald erreichen wollen. Er hat die nationale Arbeit wieder auf die Verwendung phosphorhaltiger Erze, die wir in Deutschland in großen Massen haben, zurückgeführt. Das ist ja in den Ausführungen des Kollegen Möller durchaus richtig, daß der Kreis Siegen durch den Uebergang zu dem Thomasverfahren gelitten hat, weil das Siegerland zu den wenigen deutschen Eisendistrikten gehört, die phosphorfreie Erze besitzen. Was folgt aber daraus? Gerade weil der Thomasprozeß zum Nachteil des Kreises Siegen die Eisenindustrien in anderen deutschen Distrikten begünstigt, gerade deshalb sind wir doppelt genötigt, nun dem Kreise Siegen in anderer Weise entgegenzukommen; und das soll eben dadurch geschehen, daß wir dem Siegener Schälwald aufhelfen durch die Einführung des Quebrachozolles.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich meine also, die Ausführungen des Herrn Kollegen Möller, soweit sie richtig waren, beweisen gerade, daß unser Antrag gerechtfertigt ist.

Wenn nun Herr Graf Kanitz auf den russischen Handelsvertrag zu sprechen kam, so kann ich mich heute nicht entschließen, auf diese Frage näher einzugehen. Ich erkenne voll an, daß sowohl die Freunde wie die Gegner des russischen Handelsvertrages vor dem Abschluß vielfach Uebertreibungen pro et contra vorgebracht haben und daß später manche Illusionen zerstört worden sind. Ich persönlich habe mir nie solche Illusionen gemacht; ich habe zum Beispiel die Vorteile des russischen Handelsvertrages für die deutsche Eisenindustrie hervorgehoben, aber in keiner Weise übertrieben; und ich darf jetzt konstatieren, daß die Voraussetzungen, die ich damals an den russischen Handelsvertrag für die deutsche Eisenindustrie ge-

knüpft habe, vollauf eingetreten sind. Meine Herren, in Oberschlesien ist zu Anfang natürlich, als plötzlich die Tore aufgemacht wurden, der Absatz ein ganz bedeutender gewesen, ein sehr viel bedeutenderer als nachher, als die Vorräte sich in Rußland wieder angesammelt hatten. Aber daß die oberschlesische Eisenindustrie auch heute noch auf ihren Absatz nach Rußland großen Wert legt, das kann man doch nicht mit einzelnen Zitaten widerlegen; ich glaube, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Ebenso entschieden muß ich betonen, daß auch die rheinisch-westfälische Industrie erheblichen Nutzen aus dem russischen Handelsvertrag gezogen hat, daß der Export von eisernen Trägern nach Rußland fast nur aus Rheinland und Westfalen gedeckt wird. Und selbst wenn das nicht der Fall wäre, würde die rheinisch-westfälische Industrie durch die Entlastung, die sie infolge des Absatzes der schlesischen Produkte nach Rußland bekommen hat, einen erheblichen Vorteil gefunden haben.

Meine Herren, daß es der deutschen Eisenindustrie heute nicht brillant geht, daß die deutsche Eisenindustrie klagt wie*) alle Industriezweige in Deutschland mit mehr oder minder Recht, das will ich zugeben. Aber wer ist denn schuld daran? — weder der verminderte Absatz nach innen, noch der verminderte Absatz nach außen; sondern wenn Sie die Statistik ansehen, werden Sie finden, daß die deutsche Eisenindustrie sich — ich möchte beinahe sagen: in ungesunder Weise — noch immer vermehrt. Wenn Sie die Roheisenstatistik ansehen, die in jedem Monat von dem Verein deutscher Eisenindustrieller**) herausgegeben wird, so werden Sie finden, daß die Roheisenproduktion in dem Monat Dezember 1894 über 10 Prozent höher war als in dem gleichen Monat 1893, trotzdem die Eisenpreise immer weichen — und ich behaupte, die Eisenpreise

*) S. 520.

**) Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller führt diese Statistik seit 1883.

weichen bloß deshalb, weil die Eisenproduktion in ganz ungemessener Weise zunimmt. Diese Produktion wird aber abgesetzt, sie wird abgesetzt durch schlechte Preise, weil die Konsumtion nicht in derselben Weise zugenommen hat wie die Produktion. Daß aber das Verhältnis noch viel schlimmer sein würde, wenn der russische Handelsvertrag uns nicht ein erhebliches Absatzgebiet eröffnet hätte, das, meine Herren, glaube ich, wird kein Eisenindustrieller bestreiten. Wenn gesagt worden ist, es haben in der letzten Zeit Arbeiterentlassungen stattgefunden, so ist das vollkommen richtig. Das liegt aber daran, daß man im vergangenen Jahr viel mehr Arbeiter angenommen hatte, als bisher beschäftigt waren. Vergleichen Sie die Zahl der heute in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter mit der in den Vorjahren, so werden Sie finden, daß sie noch erheblich höher ist, als sie in der Zeit vor dem russischen Handelsvertrage war.

Was nun schließlich die Kommission anbetrifft, so hatte ich mir erlaubt, 14 Mitglieder als Zahl vorzuschlagen mit Rücksicht auf die vielen Kommissionen, die bereits vorhanden sind, und mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, noch Mitglieder für neue Kommissionen zu finden. Da aber von verschiedenen Seiten dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Möller zugestimmt wird, die Kommission aus 21 Mitgliedern bestehen zu lassen, so ziehe ich meinen Vorschlag zu gunsten des vom Herrn Abgeordneten Möller gemachten zurück; ich bin also auch damit einverstanden, daß die Kommission aus 21 Mitgliedern bestehe.

(Beifall rechts.)

Als am Schlusse der Verhandlungen der Vizepräsident Freiherr von Buol-Berenberg zunächst darüber abstimmen lassen wollte, ob eine Kommission von 14 oder von 21 Mitgliedern eingesetzt werden sollte, meldete sich Stumm zum Wort.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg: Ich möchte den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß

ich den Antrag auf eine Kommission von 14 Mitgliedern bereits zu gunsten des Antrags Möller auf eine Kommission von 21 Mitgliedern zurückgezogen habe.

Darauf wurde der Gesetzentwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Vierte Session

Fünfundsechzigste Sitzung
Freitag, den 20. März 1896

Quebrachozoll

Als am 20. März 1896 die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1896/97 (Anträge der Budgetkommission in Nr. 218 der Anlagen) stattfand, benutzte Stumm die Gelegenheit der Erörterung des Punktes 3, Zölle und Verbrauchssteuern, um eine Anfrage über die Behandlung der Quebrachoentschließung an den Bundesrat zu richten. Der Reichstag hatte 1895 die Entschließung angenommen, den Bundesrat um die Vorlage eines Gesetzes über den Quebrachozoll zu ersuchen. Bis zum Tage der Sitzung war jedoch ein Bescheid darüber noch nicht eingelaufen. Eben hatte Dr. Lieber zur Geschäftsordnung dem Hause den Antrag unterbreitet, die Beratung eines von ihm gestellten Antrags auszusetzen und bis dahin zu verschieben, wenn der Reichstag den von seiner Kommission bestellten Berichterstatter über den Antrag gehört haben würde. Der Präsident hatte dazu bemerkt, daß eine Beschlußfassung nicht nötig sei, da ein Antrag Lieber an die Vollsitzung des Reichstages nicht vorliege. Stumm knüpfte an diese Bemerkungen an:

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Es ist auch gar nicht meine Absicht, darauf**) einzugehen, sondern ich möchte mich darauf beschränken, an den Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts eine Anfrage zu richten.

Das Haus hat im vorigen Jahre den Beschluß gefaßt,

*) S. 1585.
**) Auf den Antrag Lieber.

den Bundesrat aufzufordern, auf die Einführung eines Zolls auf Quebrachoholz Bedacht zu nehmen. In der Beantwortung der Beschlüsse des Reichstags steht zu lesen, daß der Bundesrat sich bis dahin über diese Frage noch nicht schlüssig gemacht habe. In den Zeitungen hat nun dieser Tage gestanden, der Bundesrat habe einstimmig den Beschluß gefaßt, der Anregung des Reichstags nicht folgezugeben; aber anderseits ist mir wieder mitgeteilt worden, daß diese Nachricht falsch oder wenigstens verfrüht sei. Meine Herren, ich würde einen derartigen Beschluß des Bundesrats in hohem Maße bedauern. Ich will jetzt die Gründe, die im vorigen Jahre von verschiedenen Seiten des Hauses für die Einführung eines Zolls auf Quebracho angeführt worden sind, nicht wiederholen; ich will nur darauf hinweisen, daß alle diese Gründe nicht bloß in vollem Maße weiter bestehen, sondern, daß ganz wesentliche neue Gründe hinzugekommen sind für die Einführung des Zolls. Auf der einen Seite soll im Kriegsministerium der Beweis unwiderleglich geführt worden sein, daß das Sohlleder, das mit Quebracho gegerbt ist, nicht den Anforderungen der Militärverwaltung — und das sind auch schließlich die Anforderungen jedes soliden Konsumenten — entspricht.

(Hört! hört! rechts.)

Auf der anderen Seite hat sich die Einfuhr des Quebrachoholzes, die im Jahre 1894 noch 401 949 Doppelzentner betrug, im Jahre 1895 auf über das doppelte, d. h. auf 876 000 Doppelzentner, erhöht. Meine Herren, wenn man im vorigen Jahr von der gegnerischen Seite noch behaupten konnte, daß die Einfuhr von Quebracho immerhin geringfügig sei gegenüber der Einfuhr von Gerberlohe aus Oesterreich-Ungarn hauptsächlich und daß, wenn wir auch einen Zoll auf Quebracho einführen, dieser hauptsächlich der Einfuhr dieser ausländischen Lohrinde zu gute kommen würde, weil die Einfuhr dieser Lohrinde ganz überwiegend sei gegenüber der Einfuhr von Quebracho, so trifft auch das jetzt nicht mehr zu. Im vorigen Jahr, im Jahre 1895, ist die Einfuhr von Holz-

borke ziemlich konstant geblieben, sie hat eine Kleinigkeit zugenommen gegen das Vorjahr; sie beträgt zirka 1 Million Doppelzentner, also immer noch ein wenig mehr im Gewicht als die Einfuhr von Quebracho. Wenn man aber bedenkt, daß der Gerbsäuregehalt des Quebracho ein sehr vielfaches ist gegenüber dem Gerbsäuregehalt der Eichenlohe, so kann man heute behaupten, daß die Hauptkonkurrenz, die den deutschen Schälwald und die auf den Schälwald angewiesenen Gerbereien trifft, nicht die ausländische Gerberlohe ist, sondern weit mehr das Quebrachoholz.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, das ist ein Verhältnis, das sich gegen das Vorjahr ganz erheblich zum Nachteil der Interessenten verschoben hat; und wenn man damals schon glaubte, ihren Wünschen gerecht werden zu sollen, so liegt jetzt ein doppelter Grund dafür vor.

Meine Herren, ich würde den Beschluß des Bundesrats auch aus anderen Gründen nicht bloß vom Standpunkt der speziellen Interessenten bedauern, sondern vornehmlich deswegen, weil wir, glaube ich, alle bestrebt sind, der unzweifelhaft notleidenden Landwirtschaft auf jede mögliche Weise zuhilfe zu kommen; und wenn es sich ergeben hat — ob mit Recht oder Unrecht, will ich bei dieser Gelegenheit unerörtert lassen, — daß die sogenannten großen Mittel nicht gangbar sind, so lag meiner Auffassung nach doppelte Veranlassung für den Bundesrat vor, um seinerseits mit den kleinen Mitteln vorzugehen, wo es irgend möglich ist. Dazu kommt, daß es sich hier für diese Distrikte, die Interesse an dem Eichenschälwald und den darauf basierten sonstigen Gewerben haben, gar nicht einmal um kleine Mittel handelt, sondern in diesen Gegenden ist der Zoll auf Quebracho ein großes Mittel, und zwar ein Mittel, das für sie viel wichtiger ist als eine Erhöhung der Getreidezölle.

(Sehr wahr! rechts und in der Mitte.)

Meine Herren, ich möchte — bei dieser vorgerückten Stunde

kann ich wohl nicht sagen, aber bei dieser vorgerückten Zeit, da Sie ja heut alle mit der zweiten Lesung fertig werden wollen, — nicht noch mehr in diese Materie eindringen; ich möchte nur noch konstatieren, daß, nachdem infolge unseres vorjährigen Beschlusses im Frühjahr der Lohpreis sich wieder gehoben hatte, jetzt nach der letzten Nachricht — wir werden ja gleich hören, ob sie falsch oder richtig ist, — eine große Entmutigung der betreffenden Interessenten sich wieder bemächtigt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich halte mich deshalb für verpflichtet, die Anfrage an den Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts zu richten, welche Folge der Bundesrat dem vorjährigen Beschluß des Reichstags, welcher auf Einführung eines Zolls auf Quebrachoholz gerichtet war, zu geben beabsichtigt.

Graf Posadowsky erwiderte darauf: „Die durch die Zeitungen gegangene Nachricht, der Bundesrat habe sich über den Antrag des Herrn Freiherrn von Stumm und Genossen, betreffend Einführung eines Zolles auf Quebrachoholz, bereits schlüssig gemacht, ist irrig. Der Bundesrat hat allerdings der Sache die volle Bedeutung beigemessen, die sie verdient, und demgemäß auch sehr eingehende technische Erhebungen anstellen lassen. Ueber diese technischen Erhebungen haben im Ausschuß des Bundesrats bereits Vorverhandlungen stattgefunden; aber das Plenum desselben hat sich bis jetzt noch nicht schlüssig gemacht, wird dies aber in allernächster Zeit tun. Ich bin deshalb heute nicht in der Lage, mich materiell weiter zur Sache zu erklären. Ich glaube auch, es wird dem Wunsch des hohen Hauses bei der Geschäftslage entsprechen, daß die materielle Erörterung der Frage vielleicht auf einen Zeitpunkt nach der Vertagung des Hauses verschoben wird, und werde ich dann die eingehenden Erklärungen auf grund des Beschlusses des Bundesrats abzugeben in der Lage sein.“

Im Anschluß an diese Erklärung bat Fischbeck den Bundesrat, einen Quebrachozoll abzulehnen. Er sagte, derselbe könne gar nicht anders, wenn er alle einschlägigen Gesichtspunkte inbetracht ziehe: „und wenn er endlich den eigentlichen Kernpunkt der ganzen Geschichte in betracht zieht, daß nämlich die Herren da drüben mit ihrem Antrag lediglich auf einen Zollkrieg mit Argentinien hindrängen

(lebhafter Widerspruch rechts; sehr richtig! links) — ich sage: wenn der Bundesrat alle diese Dinge berücksichtigt, so wird er zu einem anderen Entscheid kommen, als es die Herren der Rechten möchten. Worauf läuft die Sache hinaus? Den argentinischen Weizen will man vom deutschen Markt los werden! Darum, ob unsere deutsche Exportindustrie, welche heute noch nach Argentinien arbeitet, vernichtet werden würde, kümmern sich jene Herren nicht. (Unruhe und Widerspruch rechts. Sehr richtig! links.)

Darauf antwortete Stumm in persönlicher Bemerkung.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Fischbeck hat mir und meinen Freunden die Absicht untergeschoben, durch die Einführung eines Zolls auf Quebrachoholz die Kündigung des Vertrags mit Argentinien hervorzurufen. Ich nehme deshalb Veranlassung, aus dem stenographischen Bericht der 20. Sitzung vom Dienstag, den 22. Januar vorigen Jahres ausdrücklich zu konstatieren, daß ich damals in der Begründung meines Antrags gesagt habe:

> Auch die Kündigung des Vertrags mit Argentinien kann uns nicht helfen.

Ich führte nachher aus, weshalb uns das nicht helfen kann, und fügte hinzu: im Gegenteil, dieser Antrag, also die Kündigung des argentinischen Handelsvertrags, hat das große Bedenken, daß Oesterreich sagen könnte: wenn der Handelsvertrag mit Argentinien gekündigt wird, gebe ich meine Zustimmung nicht mehr zur Einführung eines Zolls auf Quebracholz. Ich habe also genau das Gegenteil von dem gesagt, was der Abgeordnete Fischbeck mir untergelegt hat, und ich kann mich nur der Auffassung des Herrn Abgeordneten Dr. Hitze anschließen, daß der Herr entweder die Verhandlungen vom vorigen Jahr nicht kennt oder sie nicht durchgelesen hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Fischbeck erwiderte darauf:

Abgeordneter Fischbeck: Meine Herren, was die letzte Be-

*) S. 1594.

merkung anlangt, daß ich die Verhandlungen vom vorigen Jahre nicht kenne, so befindet sich der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm in einem Irrtum. Wenn er das Material des Deutschen Handelstages sich einmal ansehen will, so wird er dort in den Akten Arbeiten über diese Frage finden, die aus meiner Feder herrühren, und er wird sehen, daß ich die Frage durchaus sachlich behandelt habe.

Was die Annahme anlangt, daß ich den Herrn Freiherrn von Stumm angegriffen habe, so ist das durchaus nicht der Fall gewesen. Ich habe davon gesprochen, woher es kommt, daß die Herren dort auf jener Seite mit einemmal in dieser Frage so ein mildes Herz offenbaren für die armen notleidenden Gerber und Loheproduzenten, und weshalb sie sich denn gerade bei dieser Frage so besonders in den Vordergrund drängen. Nun, das geschieht meiner Ansicht nach im Zusammenhang mit anderweitigen Bestrebungen, welche darauf hinzielen, unseren Vertrag mit Argentinien zu Fall zu bringen. (Sehr richtig! links.)

Stumm antwortete abermals.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg: Meine Herren, ich kann die Entschuldigung des Herrn Abgeordneten Fischbeck nicht gelten lassen. Er hat ausdrücklich, nachdem ich unmittelbar vorher gesprochen hatte, die Apostrophe an mich und an die übrigen Herren der rechten Seite gerichtet. Wenn er jetzt sagt, daß die Herren von der rechten Seite, die die Kündigung des argentinischen Handelsvertrags wünschten, sich bei der Quebrachofrage in den Vordergrund gedrängt hätten, so ist das nicht richtig. Ich habe mich in dieser Sache in den Vordergrund gedrängt, und weiter niemand von der rechten Seite, und ich bitte Herrn Abgeordneten Fischbeck, mir zu sagen, wer außer mir sich von der rechten Seite hierbei in den Vordergrund gedrängt hat.

(Sehr gut! rechts.)

Fischbeck erwiderte: Ja, auf der rechten Seite sitzen außer dem Herrn von Stumm doch auch noch andere Menschen, und die kommen dabei doch auch in betracht. (Zurufe rechts.) — Ich meine die Herren dort drüben, die für diese Anträge gestimmt und daran mitgewirkt haben. (Zurufe rechts. Heiterkeit.)

Damit war der Zwischenfall erledigt.

Einhundertsiebenundfünfzigste Sitzung
Mittwoch, den 20. Januar 1897

Als am 20. Januar 1897 immer noch keine Antwort des Bundesrates auf die Aufforderung des Reichstages vom Jahre 1895 hin, eine Quebrachozollvorlage einzubringen, eingelaufen war, trotzdem Stumm am 20. März 1896 (S. 507 d. B.) den Bundesrat daran gemahnt hatte, benutzte Stumm die Gelegenheit der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1897/98 am 20. Januar 1897 zu einer abermaligen Anfrage:

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Als ich im vorigen Jahre**) die Anfrage an den Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts richtete, ob die in den Zeitungen kolportierte Nachricht, der Bundesrat habe einstimmig beschlossen, dem Beschlusse des Reichstags über die Einführung eines Quebrachozolles keine Folge zu geben, richtig sei oder nicht, hat der Herr Staatssekretär darauf geantwortet, daß diese Nachricht eine irrtümliche sei, daß die Frage sich vielmehr noch in dem Stadium der Beratung befinde. Wenn ich dieselbe Frage heute an den Herrn Staatssekretär richten wollte, so, glaube ich, würde ich diese Antwort nicht wieder erhalten. Ich darf sogar konstatieren, daß ich privatim die entgegengesetzte Antwort bereits erhalten habe, so daß ich

*) S. 4182.
**) Am 20. März 1896 S. 507 d. B.

also mit der Tatsache rechnen muß, daß der Bundesrat beschlossen hat, der Resolution des Reichstags in dieser Frage keine Folge zu geben.

Meine Herren, ich glaube, es ist von großer Bedeutung, und deshalb habe ich die erste Gelegenheit benutzt, diese Frage zu erörtern, daß das Land endlich wisse, woran es in dieser Sache ist. Als der Beschluß des Reichstags vor zwei Jahren gefaßt wurde, ist geradezu ein Jubel in jenen vom Quebrachoholz so schwer geschädigten Gegenden ausgebrochen; die Leute haben sich mit neuen Hoffnungen beseelt, die Lohpreise sind einigermaßen gestiegen, und ein Teil dessen, was wir im Reichstage mit der Resolution erstrebt hatten, schien bereits verwirklicht. Natürlich hat das nicht lange gedauert. Nachdem durch die Zeitungen die Ansicht immer positiver vertreten wurde, daß im Bundesrat keine Chance für unsere Resolution vorhanden sei, hat sich die Sache wieder verschlimmert, und es ist ganz klar, daß, wenn heute konstatiert wird, daß die Interessenten ihre Hoffnungen gänzlich aufgeben müssen, die Kalamität der notleidenden Distrikte noch schlimmere Dimensionen annehmen wird. Das hindert mich aber nicht, dennoch zu wünschen, daß das Hangen und Bangen dieser Interessenten ein Ende erreiche, und daß dieselben namentlich darüber aufgeklärt werden, aus welchen Motiven der Bundesrat es für richtig gehalten hat, den Interessen der Schnellgerberei gegenüber ihr eigenes Wohl und Wehe hintanzusetzen. Meine Herren, was die Motive der preußischen Regierung anbelangt, deren Abstimmung im Bundesrat die Entscheidung wesentlich herbeigeführt hat, so gibt darüber die Antwort Aufschluß, welche die preußische Staatsregierung an 6000 Luxemburger Petenten oder vielmehr der Luxemburger Regierung gegeben hat, die sich zum Wortführer von 6000 Petenten aus dem Großherzogtum Luxemburg gemacht hat, und welche Antwort in der Nummer des „Luxemburger Wort“ vom 6. Januar abgedruckt und mir zugeschickt worden ist.

Meine Herren, sollte der Bundesrat seine Entscheidung

aus denselben Motiven getroffen haben, wie die preußische Regierung es in dieser Antwort niederlegt, so kann ich nicht umhin, zu behaupten, daß diese Motive nicht zutreffen. Es wird hier zunächst ausgeführt, daß wirtschaftliche Gründe für die Entscheidung maßgebend gewesen seien; das Interesse der Lederindustrie, die nicht mit ausschließlich inländischen Gerbstoffen auskommen könne, sei so gewichtig, daß man ihr eine Verteuerung ihres Rohmaterials nicht zumuten dürfe, der Export werde dadurch gefährdet und die Einfuhr des amerikanischen Leders werde dadurch gefördert. Meine Herren, alle diese wirtschaftlichen Gründe sind hier im Reichstag so eingehend diskutiert worden, daß ich darauf nicht im einzelnen wieder eingehen möchte. Meine Herren, die Freunde des Quebrachozolls, beziehentlich des deutschen Eichschälwaldes, und was damit zusammenhängt, haben niemals verkannt, daß mit der Einführung des Quebrachoholzzolls eine Benachteiligung der Schnellgerberei und der damit verbundenen wichtigen Interessen bis zu einem gewissen Grade eintreten werde. Aber, meine Herren, die große Mehrheit des Reichstags hat sich doch auf den Standpunkt gestellt, daß diesen Interessen gegenüber die Interessen des Schälwaldes, die Interessen der darauf basierten Lohgerbereien und all der kleinen Existenzen, die damit in Verbindung stehen, vor allen Dingen die Interessen der Konsumenten selbst, welche wünschen müssen, solides Leder zu bekommen, doch weit überwiegen. Auch ist damals ausgeführt worden, daß die Schnellgerbereien an sich schon durch den Zoll von 36 Mark, also durch einen ganz erheblichen Zoll, geschützt seien, während der Quebrachoholzzoll, selbst wenn er mit 10 Mark pro 100 Kilogramm eingeführt würde, das Leder höchstens um etwa die Hälfte dieses Eingangszolls verteuern würde, daß ferner die Hauptmengen desjenigen Leders, welches exportiert wird, gar nicht mit Quebracho gegerbt werden, sondern in Glanzleder und anderen feinen Ledersorten bestehen, die mit Quebrachoholz schon deshalb nicht gegerbt werden können, weil darin der Zuckerstoff

fehlt. Endlich wurde darauf hingewiesen, daß die Ausfuhr von deutschem Sohlleder überhaupt kaum in betracht komme, weil es sich hier nur um ganz minimale Quantitäten handle. Darüber war der Reichstag in seiner Majorität nicht im Zweifel, daß hier Interesse gegen Interesse steht, daß aber das Interesse derjenigen Erwerbszweige, die den Quebrachozoll zu ihrer Existenz für erforderlich halten, dasjenige der Gewerbtreibenden, die durch Einführung des Quebrachozolls geschädigt werden, weit überwiege, und ich muß lebhaft bedauern, daß diese Auffassung seitens der preußischen Regierung nicht zu der ihrigen gemacht worden ist.

Der zweite Grund, der in der Antwort der preußischen Regierung als Motiv gegen den Quebrachozoll niedergelegt ist, beruht auf zolltarifarischen Bedenken. Erstens sei der Beschluß des Reichstags deshalb nicht ausführbar, weil das Quebrachoholz, das in rohem Zustand eingehe, zu den rohen Erzeugnissen für den Gewerbe- und Medizinalgebrauch gehöre, deren Zollfreiheit in den Handelsverträgen mit Oesterreich und Italien festgelegt sei. Das ist vollkommen richtig; aber es ist unzweifelhaft, daß gerade diese beiden Staaten, bei denen die Zollfreiheit für diese Dinge festgelegt ist, nicht das geringste Interesse haben, dem Quebrachozoll zu widersprechen, und daß sie, wenn man Verhandlungen mit ihnen einleiten wollte, mit Freuden dem Wunsch der deutschen Regierung nachgeben würden, weil es infolge ihrer starken Einfuhr von Eichenlohe und anderen Gerbstoffen nach Deutschland in ihrem Interesse liegt, wenn die Lohe bei uns verteuert wird.

Dann ist in den preußischen Motiven gesagt worden, das Quebrachoholz, in Form von verkleinertem Material eingehend, falle als „Gerberloh" unter die Tarifposition 13b, und diese Position sei vertragsmäßig mit Oesterreich, Italien, Rußland, Belgien und Rumänien zollfrei gebunden.*) Meine Herren, das kann ich absolut nicht für richtig halten. Ich

*) S. 4183.

bleibe dabei stehen, was im vorigen Jahre und namentlich vor zwei Jahren von mir und auch von anderen hier hervorgehoben wurde, daß unter „Gerberloh“ nur Rinde und gemahlene Rinde verstanden werden könne, nicht aber Holz und gemahlenes Holz, und ich habe damals schon als Beweis für diese Interpretation den französischen Text in dem belgischen Vertrag angeführt. Da ist Gerberlohe mit „écorce à tan“ übersetzt. Daß also diese Vertragsbestimmung nicht von Belgien gegen einen Quebrachozoll geltend gemacht werden kann, liegt auf der Hand, und mit den anderen Staaten steht, glaube ich, die Sache ebenso. Auch diese Staaten werden nicht behaupten können, daß Quebrachoholz unter Gerberlohe subsumiert werden kann.

Nun wird in den preußischen Motiven weiter behauptet, daß, wenn auch diese Vertragsstaaten sich mit einem Quebrachozoll einverstanden erklären sollten, er nichtsdestoweniger nur dann eingeführt werden könnte, wenn die Meistbegünstigungsverträge mit Argentinien, Paraguay und Uruguay gekündigt würden. Meine Herren, das ist mir völlig unklar geblieben; denn sobald die Staaten, von denen die Rede ist, entweder durch die Gewalt der Logik, durch eine richtige Interpretation des Wortes „Gerberloh“ oder aus anderen Gründen der Einführung eines Quebrachozolls keinen Widerstand entgegensetzen, so können doch diejenigen Staaten, welche nur die Meistbegünstigung besitzen, nicht mehr verlangen als die Vertragsstaaten, nachdem dieselben auf ihre Privilegien verzichtet haben. Sobald der Quebrachoholzzoll den Tarifvertragsstaaten gegenüber eingeführt wird, haben die Staaten, die nur die Meistbegünstigung, aber keine Tarifverträge besitzen, keine Berechtigung, sich gegen den Quebrachozoll zu wehren.

Dann, meine Herren, ist in der preußischen Antwort ausgeführt worden, daß, wenn auch alles das nicht zutreffe, es immerhin für die Interessenten keinen Vorteil böte, einen Quebrachozoll einzuführen, weil die Zerkleinerung des Holzes oder die Extraktion des Gerbstoffs in den Vertragsstaaten

die Wirkung des Zolles illusorisch machen wird. Zunächst bestreite ich, daß die Zerkleinerung des Quebrachoholzes irgendwie hier Schwierigkeiten bereiten könnte. Die Zerkleinerung fällt unter denselben Gesichtspunkt, den ich vorhin bei der Tarifposition 13 b erörtert habe. Es handelt sich hier eben nicht um „Gerberlohe", sondern um rohe Erzeugnisse für den Gewerbe- und Medizinalgebrauch, die also nur in den Handelsverträgen mit Oesterreich und Italien genannt sind.

Vor allen Dingen, meine Herren, geht aus der preußischen Antwort nicht hervor, ob Verhandlungen mit den Staaten, mit denen wir Tarifverträge haben, überhaupt eingeleitet worden sind. Es darf vielmehr angenommen werden, daß die Zeitungsnachrichten, welche behaupten, daß solche Verhandlungen gar nicht eingeleitet worden seien, wohl das richtige treffen. Ist dem aber so, so bleibt eigentlich als Grund für die Ablehnung der preußischen Regierung, resp. für die Instruierung der preußischen Vertreter zum Bundesrat, lediglich übrig, daß alle diese Zolltarifschwierigkeiten von keiner Bedeutung sind, sondern daß die Interessen der Schnellgerbereien, jener großen Gerbereien, die sich im letzten Dezennium namentlich an den Seeplätzen entwickelt haben, in den Vordergrund gestellt werden, während die Interessen des Schälwaldes und der alten Lohgerbereien, die durch die Einführung des Quebrachoholzes geradezu untergraben werden, zurücktreten müssen.

Ich glaube nicht, daß der Reichstag heute in der Lage ist, noch einen wesentlichen Einfluß auf diese Frage auszuüben. Der Reichstag hat seine Schuldigkeit getan, und er wird der Regierung die Verantwortlichkeit dafür zuweisen müssen, wenn die Kalamität, die vor zwei Jahren von den verschiedensten Seiten in so dringender Weise hervorgehoben worden ist, in ganzen deutschen Landesteilen immer weiter um sich greift. Eine Wiederholung unseres Beschlusses von vor zwei Jahren würde, glaube ich, kaum einen Effekt haben. Die Petitionen, die uns vom Rheinischen Bauernverein sowie von dem 40 000 Mitglieder zählenden Badischen Bauern-

verein vorliegen, werden gewiß die Petitionskommission veranlassen, dem Reichstag den Antrag zu unterbreiten, diese Petitionen dem Bundesrat zur Berücksichtigung zu überweisen, und ich zweifle nicht daran, daß der Reichstag diesem Beschluß auch zustimmen wird. Ebenso ist es möglich, daß im Preußischen Abgeordnetenhause die Frage wieder angeregt wird, und daß das Preußische Abgeordnetenhaus versuchen wird, seine Einwirkung auf die preußische Regierung dahin auszuüben, daß die preußischen Vertreter im Bundesrat anderweit instruiert werden. Und wenn das letztere geschehen sollte, dann würde ganz gewiß der Bundesrat zu einer anderen Beschlußfassung kommen. Aber, meine Herren, ich gebe mich dem gegenüber doch keiner großen Hoffnung hin; denn wenn der Bundesrat und die preußische Regierung beinahe zwei Jahre gebraucht haben, um in dieser Frage zu einem Entschluß zu kommen, so werden sie nicht, auch nicht auf die wiederholte Anregung dieses Hauses oder des preußischen Abgeordnetenhauses oder eines anderen Landtags — auch der bairische Landtag hat sich meines Wissens in derselben Richtung ausgesprochen wie der Reichstag — zu anderen Beschlüssen kommen. Wenn ich deswegen auch mit tiefem Bedauern vor mir sehe, wie in den nächsten Jahren der Notstand der geschädigten Landesteile immer weitere Fortschritte machen muß, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß es nicht richtig wäre, wenn die Interessenten in diesen Landesteilen nun die Hoffnung vollständig sinken lassen wollten. Meine Herren, die Handelsverträge dauern bis zum 31. Dezember 1903; dann wird der Reichstag wieder in seine vollen Rechte eintreten, das heißt, er wird dann in voller Gleichberechtigung mit dem Bundesrat in die Neuregelung der Zolltarife eintreten, und wenn es auch den einzelnen Notleidenden schwer werden wird, diese sieben mehr als mageren Jahre durchzumachen, so wird doch die Möglichkeit, nach diesen sieben Jahren wieder zu ihrem Recht zu gelangen, ihnen, wie ich meine, ein Hoffnungsstern sein, an dem sie in ihrer Not festhalten müssen. Ich hoffe,

daß der Reichstag, wenn er in sieben Jahren in die Lage gesetzt wird, dann nicht bloß einen Zoll in der erforderlichen Höhe auf diese und ähnliche exotische Gerbstoffe, sondern auch auf Gerberlohe überhaupt einführen wird, deren zollfreie Einfuhr, sei es aus Oesterreich, sei es aus Belgien und Frankreich, zwar nicht so bedenklich ist wie die Einfuhr von Quebrachoholz, aber doch große Schädigungen für den deutschen Schälwald und für den kleinen deutschen Gerber hervorbringt. Der Reichstag wird dann auf allen den Gebieten, auf welchen die Landwirtschaft leidet, zur Remedur schreiten und namentlich auch die Frage der Erhöhung der Getreidezölle ebenso gut zur Erledigung bringen müssen wie die Frage dieser Gerbstoffzölle. Es wird dann an der Industrie sein, zu zeigen, ob ihre Vertreter das Wort von der Solidarität der nationalen Arbeit nur als Redensart im Munde führen, oder ob sie bereit sind, es in die Praxis umzusetzen. Ich habe die feste Zuversicht, daß die deutsche Industrie, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, die Probe glänzend bestehen wird.

(Bravo! rechts.)

Nach Stumms Darlegungen, welche zweifellos der Ausdruck der Anschauung der Reichstagsmehrheit waren, suchte Graf Posadowsky die Stellungnahme des Bundesrates gegen den Quebrachozoll vom 25. Oktober 1896, die er verkündigte, zu verteidigen. Er kam zu dem Schlusse: Die Einführung eines Zolls auf überseeische Gerbstoffe würde in seiner zolltechnischen Ausführung kaum zu überwindende Schwierigkeiten bieten; zollpolitisch in wirksamem Umfang, namentlich auch durch die Zollbelastung der Extrakte und Präparate von Gerbstoffen nicht durchzusetzen sein und deshalb sowie wegen der zollfreien Einfuhr von europäischen Gerbstoffen und namentlich von Rinden die Nachfrage nach deutschen Rinden und ihre Preise nicht erhöhen, der deutschen Lederindustrie aber unzweifelhaft schweren Schaden zufügen. Die verbündeten Regierungen hätten deshalb geglaubt, aus zolltechnischen, zollpolitischen und wirtschaftlichen Gründen der Resolution eine Folge nicht geben zu sollen.

Einhundertachtundfünfzigste Sitzung
Donnerstag, den 21. Januar 1897

Quebrachozoll

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1897/98 am 20. Januar wurde die Erörterung der Quebrachozollfrage fortgesetzt. Fischbeck griff den Quebrachozoll und Stumm heftig an. Er führte aus: „Daß überhaupt die Lederindustrie in Deutschland gegenüber dem Quebrachozoll in ihrer großen Mehrheit einen gegnerischen Standpunkt einnimmt, geht auch aus den Verhandlungen hervor, welche hier in Berlin am 4. Februar 1895 gepflogen worden sind. Damals, als der Antrag des Herrn Freiherrn von Stumm hier eingebracht war, ist eine Versammlung der deutschen Lederindustriellen nach Berlin berufen worden, zu der jeder Gerber ohne jede Begrenzung Zutritt hatte, und in dieser Versammlung haben neun Zehntel aller Anwesenden sich sehr lebhaft gegen die Einführung eines Quebrachozolls ausgesprochen." Und weiter: „Wir haben es ja gehört, daß von den Freunden des Herrn von Stumm weiter nach rechts angekündigt ist, daß man nach Ablauf der Handelsverträge dafür sorgen wolle, daß sie nicht wieder verlängert werden, daß man die Opposition gegen die Handelsverträge geradezu zur Wahlparole machen wolle. Ja, nach den Ausführungen des Herrn Freiherrn von Stumm scheint es fast, als ob er sich mit dieser Parole identifizieren wolle. — Wenn Herr von Stumm aber vielleicht das Wort nur auf die Gerber anwenden will, dann scheint es mir eine merkwürdige Auffassung von der Solidarität der Interessen*).

*) Anspielung auf den Schluß von Stumms Rede am 20. Januar 1897. S. 520 d. B.

zu sein, wenn man verlangt, daß die Gerbereien sich einfach totschlagen lassen, um ungerechtfertigten agrarischen Wünschen entgegenzukommen. Im übrigen möchte ich Herrn von Stumm darauf aufmerksam machen, daß nicht allein die Lederindustriellen es sind, die sich gegen eine derartige Maßregel gewehrt haben, sondern daß der deutsche Handelstag, die Vertretung von Handel und Industrie, in einer Versammlung des Jahres 1895, wo 104 Handelskammern und die großen industriellen Vereine vertreten waren, sich mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Zoll ausgesprochen hat, indem man nicht allein die Interessen der Lederindustrie wahren wollte, sondern sich sagte: hier wird der Anfang gemacht zu einer Zollpolitik, die sich selbst mit der bisherigen deutschen Schutzzollpolitik nicht vereinbaren läßt; bis dahin hat man uns wenigstens unsere notwendigsten Rohmaterialien freigelassen. Man sagte auf diesem Handelstag, wo unter 250 Vertretern nur 4 für einen Quebrachozoll stimmten, und zwar die speziellen Vertreter der Altgerbereien: was hier heute der Lederindustrie passiert, kann morgen der Wollindustrie passieren, indem man auch noch einen Schutzzoll für Wolle einführt. Und wir haben es in diesem hohen Hause schon erlebt, daß ein solcher Antrag von agrarischer Seite eingebracht ist. — Es war mir sehr interessant, daß gestern im Preußischen Abgeordnetenhause Herr von Kardorff gegenüber einer Anklage von nationalliberaler Seite, daß im Preußischen Herrenhause Industrie und Handel nicht genug vertreten seien, mit Emphase darauf hinwies, daß ja in Herrn von Stumm eine ausgezeichnete Vertretung von Handel und Industrie sich finde. Ich glaube, daß die gewaltige Mehrheit der deutschen Industriellen für eine derartige Vertretung, wie wir sie gestern bei Herrn von Stumm erlebt haben, sich herzlich bedanken werden."

Nach Fischbeck machte Graf Posadowsky weitere Ausführungen. Er sagte: „Eichengerberlohe hat einen Gerbstoffgehalt von 12 Prozent, Quebrachoholz in Blöcken hat einen Gerbstoffgehalt von durchschnittlich 18 bis 20 Prozent; flüssiger Extrakt hat einen Gerbstoffgehalt von 40 Prozent, Quebrachoextrakt in fester Form hat einen Gerbstoffgehalt bis zu 80 Prozent. Was würde also die Folge davon sein, wenn wir Quebracho in Blöcken und zerkleinert durch hohe Schutzzölle jetzt ausschlössen? Es würde dann das Quebrachoholz in Blöcken oder zerkleinert nicht mehr hineinkommen; statt dessen würden dann aber die in anderen Ländern bereiteten Extrakte eingehen, und zwar würde im Interesse der Exportfähigkeit der feste Extrakt eingeführt werden, der 80 Prozent Gerbstoff enthält. Damit würden aber die Wir-

kungen eines Schutzzolls, wenn man auch die zolltechnischen Schwierigkeiten überwinden sollte, unseres Erachtens vollkommen illusorisch. Ich habe aber schon darauf hingewiesen, daß selbstverständlich der Versuch, Oesterreich, Italien und andere Staaten, die Extrakte für die Gerberei herstellen, zum Verzicht auf die *Zollfreiheit* für diese Extrakte, d. h. für chemische Fabrikate zum Gewerbegebrauch, die ihnen kraft der Handelsverträge zusteht, zu bewegen, scheitern würde; darauf würde keine Nation sich einlassen. Wenn einem nationalen Erzeugnis vertragsmäßig Zollfreiheit zugesichert ist, würde der berechtigte Staat diese Zollfreiheit nicht eher aufgeben, als der Vertrag abläuft, oder es würden Gegenforderungen gestellt werden, die für uns vollkommen unerfüllbar wären. — Wenn es also selbst gelänge, andere Vertragsstaaten zu bewegen, sich damit einverstanden zu erklären, daß wir einen Zoll auf Quebracho*holz* einführen, so würden wir doch nie einen Zoll auf Quebracho*extrakt* einführen können, und damit würde die Maßregel wirtschaftlich vollständig wirkungslos werden. — Selbst wenn es uns aber jetzt gelänge, was ja natürlich eine vollkommen utopische Annahme ist, *alle* Gerbmittel, namentlich alle diejenigen, deren Konkurrenz für den Schälwald bedauerlicherweise preisdrückend wirkt, mit einem hohen Zoll zu belegen, so würde ganz zweifellos anstelle der ausländischen Gerbmittel mit Quebracho gegerbtes Leder und Lederwaren nach Deutschland eingeführt werden, weil wir nicht in der Lage sind, während der Zeit der Handelsverträge die Schutzzölle auf Leder, insoweit sie gebunden sind, zu erhöhen. — Ich habe also gestern nicht ausgeführt, daß die Lederindustrie nicht unter Umständen eine Verteuerung ihres Gerbmittels bis zu einem gewissen Grade vertragen könnte, sondern ich habe nur ausgeführt, daß die Einführung eines Quebrachozolls dem Schälwald nichts nützen könnte, weil das Quebrachoholz in konzentrierter Form als Extrakt bei uns eingehen würde, und daß selbst, wenn man überseeische Gerbmittel prohibieren würde, es derjenigen Industrie, die noch mit Eichenlohe gerbt, nichts nützen könnte, weil wir die Lederzölle während der Vertragsdauer nicht erhöhen können, und anstelle des Quebrachoholzes das mit Quebracho gegerbte Leder eingehen würde, daß mithin die Konkurrenz des Quebracholeders fortdauern würde, nur daß es nicht im *Inlande*, sondern im *Auslande* hergestellt würde. Also, meine Herren, solange wir durch die Handelsverträge gebunden sind und in dieser Beziehung durch deren Ablauf nicht tabula rasa haben, können wir wirksam den Schälwaldbesitzern zu unserem lebhaftesten Bedauern nicht helfen. Haben wir einmal freie Hand, sind die Handelsverträge abgelaufen,

so, bin ich fest überzeugt, wird man die Frage sehr ernst von neuem prüfen."

Stumm, der eben erst aus dem Preußischen Herrenhause in den Reichstag gekommen war, erwiderte auf beide Reden.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Meine Herren, eine Gefahr für das Haus, daß ich den Herren Vorrednern sehr eingehend erwidern könnte, liegt deshalb nicht vor, weil ich notwendigerweise in einem anderen Hause tätig war, wo die Tagesordnung mich nötigte, anwesend zu sein. Ich habe deshalb nur die Schlußworte des Abgeordneten Fischbeck gehört und kann infolgedessen auch nur darauf antworten.

Wenn der Abgeordnete Fischbeck gemeint hat, daß ich mich prinzipiell gegen den Abschluß von Handelsverträgen ausgesprochen hätte,**) so hat er mich vollkommen mißverstanden. Ich habe mich lediglich ausgesprochen gegen eine solche Erneuerung der Handelsverträge nach ihrem Ablauf im Jahre 1903, welche die Interessen der Landwirtschaft schädigt, wie das bisher der Fall gewesen ist. Ich würde also unter keinen Umständen der Erneuerung der Handelsverträge zustimmen, wenn darin der Getreidezoll mit 3½ Mark gebunden bleibt, die Zollfreiheit des Lohezolls gebunden bleibt und ihr Inhalt Schwierigkeiten macht, einen Zoll auf Quebracho und ähnliche Gerbstoffe einzuführen. Im übrigen — ich glaube freilich nicht, daß ich dann noch im Hause sein werde — habe ich meine prinzipielle Stellung zu den zukünftigen Handelsverträgen nicht berührt; ich bin viel zu sehr Praktiker, um mich von vornherein festzulegen. Kommen die Handelsverträge, so wird sich herausstellen, was im Interesse der Landwirtschaft und der Industrie von Vorteil ist. Prinzipienreiter bin ich nicht, bin ich nie gewesen. Wenn der Handelstag sich schärfer zu gunsten der Handelsverträge ausgesprochen hat, als ich es getan habe, so muß ich dem Abgeordneten Fischbeck bestreiten, daß der Handelstag ohne

*) S. 4198.
**) Am 20. Januar 1897. S. 521 d. B.

weiteres die Industrie vertrete. Im Handelstag sitzen allerdings auch Vertreter der industriellen Handelskammern; die große Mehrheit bilden aber die Kaufleute, die vielfach andere Interessen haben.

(Zuruf.)

— Ja, was den Quebrachozoll anbetrifft, so will ich zugeben, wenn Sie heute die Industrie als solche darüber abstimmen lassen, wie sie ohne jede Rücksicht auf die Landwirtschaft und andere Erwerbszweige darüber denkt, daß die Mehrheit sich wohl gegen den Quebrachozoll aussprechen würde. Das ist aber kein Grund für die Annahme des Herrn Fischbeck, daß ich mich im allgemeinen in Widerspruch mit den Auffassungen der Großindustriellen befände. Ich bin Mitglied des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, Vorsitzender einer ganzen Anzahl industrieller Vereine, die sich über weite Landesteile verbreiten. Und was meine Sozialpolitik anlangt, so könnte ich Herrn Fischbeck beweisen, daß vielfach auch diejenigen Industriellen, die auf einem anderen Standpunkt stehen als ich, mir ihre Sympathien zuwenden und jede Gelegenheit wahrnehmen, sie auszusprechen, gerade im Gegensatz zu den Herren von der freisinnigen Partei. Was meine Stellung im Herrenhause anlangt, so meine ich, daß Herrn Dr. Friedberg — ich weiß nicht, ob er jetzt hier ist — im Abgeordnetenhaus ein scharfer Lapsus untergelaufen ist. Herr Dr. Friedberg hat im Preußischen Abgeordnetenhaus behauptet, im Herrenhause fehle vollkommen jede Vertretung von Handel und Industrie. Herr von Kardorff hat ihm mit Leichtigkeit das Gegenteil nachgewiesen. Es handelt sich nicht bloß um meine Person und den Grafen Henckell, sondern wir haben eine ganze Zahl städtischer Vertreter im Herrenhause, die ebenfalls den industriellen Verhältnissen sehr nahe stehen und die, wie ich glaube, zum Teil selbst Industrielle sind. Wenn Herr Friedberg durch einen Zwischenruf den Herrn von Kardorff dahin zu belehren glaubte, daß ich von meiner Stellung im Herrenhause keinen Gebrauch mache oder daß ich von meiner industriellen Stellung im Herrenhause

keinen Gebrauch mache, so ist das eine ganz unwahre Unterstellung. Ich bin seit Jahren Vorsitzender der Kommission für Handel und Gewerbe im Herrenhause; dieselbe hat noch heute morgen getagt und einen nicht unwesentlichen Beschluß gefaßt. Ich kann Herrn Dr. Friedberg ferner sagen, daß diese Kommission das Gesetz über die Handelskammern wahrscheinlich in ganz anderer Form an das Abgeordnetenhaus zurücksenden wird, als es ins Herrenhaus kommt. Also ich meine, die diligentia, die Herr Friedberg dem Herrenhaus oder der Kommission, deren Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, gewünscht hat, wird er, vielleicht nicht zu seiner Freude, demnächst gründlich prästiert sehen. Ich brauche nebenbei nur daran zu erinnern, daß in bezug auf das Knappschaftswesen, die Kanäle usw. das Herrenhaus wiederholt ganz andere Beschlüsse gefaßt hat als das Abgeordnetenhaus, und daß es durchaus nicht gewillt ist, in bezug auf Handel und Gewerbe immer sich dem zu fügen, was dort geschieht; auch haben in den genannten Fällen nicht die sogenannten Agrarier im Vordergrund gestanden, sondern ich, also ein Industrieller, habe im Herrenhause die Auffassung vertreten, welche schließlich die Mehrheit gefunden hat.

Nun möchte ich dem Herrn Staatssekretär noch einiges erwidern. Er meinte, man könne über die Frage denken, wie man wolle, jedenfalls nütze der Zoll den Eichenschälwaldbesitzern nichts, weil der Gerbsäuregehalt in dem Quebracho und in dessen Extrakten um so sehr viel größer sei als in der Eichenlohe, daß schon deshalb die Lohe nicht konkurrieren könne. Ich meine, daß das im Widerspruch stehe mit dem, was uns der Herr Staatssekretär gestern ausgeführt hat, das Quebracho sei gar kein so gefährlicher Konkurrent der Eichenlohe in Deutschland, sondern die aus Oesterreich und Frankreich herüberkommende Eichenlohe mache ihr eine viel gefährlichere Konkurrenz als das Quebracho. Das letzte möchte ich übrigens bestreiten. Denn wenn es auch richtig ist, daß aus Oesterreich und Frankreich — nicht 10 Millionen Doppelzentner; das war ein Lapsus, der dem Herrn Staats-

sekretär untergelaufen ist; er meinte 10 Millionen Mark — sondern eine Million Doppelzentner Gerbstoffe eingeführt werden, und daß dem im Jahre 1895 nur 870 000 Doppelzentner Quebracho gegenübergestanden haben, die sich im Jahre 1896 sogar auf etwa 670 000 Doppelzentner reduziert haben, so ist in diesen 670 000 Doppelzentnern Quebracho doch viel mehr Gerbsäure enthalten als in der einen Million Doppelzentner Eichenlohe, die von Oesterreich usw. hereinkommt. Der Herr Schatzsekretär hat ja an anderer Stelle selbst den Beweis dafür geliefert, daß die Konkurrenz des Quebracho für unsere deutschen Interessenten am Eichenschälwald gefährlicher ist als die Konkurrenz der österreichischen Eichenlohe. Jedenfalls aber macht das Quebracho auch der aus Oesterreich eingeführten Lohe eine sehr erhebliche Konkurrenz, und deshalb bleibe ich dabei, daß es nicht schwer gewesen wäre, von Oesterreich das Zugeständnis zu erlangen, daß es uns die Einführung eines Quebrachozolls gestattet. Daß die Oesterreicher ein gewisses Interesse an der Fabrikation von Extrakten haben, ist ja zuzugeben; daß aber die Oesterreicher ein noch viel größeres Interesse an der Einfuhr der Eichenlohe nehmen, ist doch völlig klar. Man darf auf die Extrakte überhaupt nicht zu viel Wert*) legen, für den Massenverbrauch in der Gerberei kommen sie nicht in betracht, das ist eine Frage, die mehr für die chemischen Fabriken von Bedeutung ist. Es würde auch für den deutschen Eichenschälwald und für die darauf basierte Lohgerberei schon sehr viel erreicht sein, wenn für die Extrakte die Zollfreiheit erhalten bliebe und nur für Quebracho, in jeder Form natürlich, ein angemessener Zoll eingeführt würde.

Wenn der Herr Reichsschatzsekretär ferner gemeint hat, selbst wenn das alles richtig wäre, so würde trotzdem der deutsche Schälwald durch Einführung eines Quebrachozolls deshalb nicht geschützt sein, weil dann das mit Quebracho erzeugte

---

*) S. 4199.

Leder zwar nicht in dem Inland erzeugt würde, aber aus dem Auslande hereinkäme, so mache ich darauf aufmerksam, daß dieses Leder mit 36 Mark Zoll belegt ist und daß der Zoll, der auf dem Leder liegt, doppelt so hoch ist als der Zoll, der selbst nach den extravagantesten Wünschen auf Quebracho gelegt würde, das Leder verteuern kann. Ich glaube also, daß das kein Gesichtspunkt ist, der unsere Argumentation abschwächen kann.

Nun hat der Herr Reichsschatzsekretär immer davon gesprochen, daß wir die Einfuhr von Quebracho verhindern, daß wir das Quebrachoholz prohibieren wollen. Das will von unserer Seite niemand, wir wollen Quebrachoholz ebensowenig prohibieren, wie wir die österreichische Lohe prohibieren wollen, auch nicht in den Handelsverträgen, die da kommen werden; sondern wir wollen es mit einem angemessenen Zoll belegen, damit gleicher Wind und gleiche Sonne verteilt wird, damit die Produzenten von deutscher Eichenlohe, gerade weil sie mit geringerem Gerbstoff zu rechnen haben, in die Lage versetzt werden, mit dem an Gerbstoffgehalt reicheren Quebrachoholz zu konkurrieren. Eine Prohibierung kann von uns schon deshalb nicht gewünscht werden, weil wir zugeben müssen, daß zurzeit der deutsche Schälwald nicht in der Lage ist, den Gerbstoff vollständig zu produzieren, dessen die deutsche Gerberei bedarf. Davon ist keine Rede; wohl aber handelt es sich um eine angemessene Preiserhöhung der Eichenlohe, um deren Konkurrenz überhaupt noch aufrecht erhalten zu können, und da behaupte ich: es liegt dieser Wunsch nicht bloß im Interesse der Gerber, welche auf der Eichenlohe basieren, sondern ebenso im Interesse der ganzen deutschen Lederindustrie. Es ist sehr kurzsichtig von der letzteren, wenn sie die Gefahr nicht ins Auge faßt, die von allen Sachkennern zugegeben wird, daß nämlich durch die kolossale Entwaldung, die in Argentinien und den benachbarten Staaten stattfindet, in einer Reihe von Jahren die Einfuhr von Quebrachoholz entweder aufhören oder wenigstens sehr stark redu-

ziert werden wird. Die Folge davon wird eine erhebliche Erhöhung des Preises des Quebracho sowohl wie der anderen Gerbstoffe sein, welche um so schärfer hervortreten wird, wenn der Eichenschälwald noch weiter reduziert ist, ja vielleicht ganz aufgehört hat.

Ich erinnere mich sehr wohl noch der Zeit — es sind noch keine 20 Jahre her —, daß umgekehrt die ganze deutsche Lederindustrie ohne Ausnahme bei der Staatsregierung Petitionen einbrachte, damit in den Staatswaldungen, in denen man bisher auf Eichenhochwald hin arbeitete, die Lohschläge in größerem Maße eingeführt würden.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere mich sehr wohl, daß die preußische Regierung alles aufgeboten hat, um namentlich die Gemeinden, die sie dazu für geeigneter hielt, zu diesem Ziele zu bewegen. Auch in den Staatswaldungen sind Versuche gemacht worden, die allerdings weniger zum Ziel führten, weil das ganze Prinzip der staatlichen Forstverwaltung, welche mehr auf den Hochwald hinweist, damit nicht recht in Einklang zu bringen war. Aber damals war geradezu ein Notstand für die Gerbereien entstanden und von der Staatsregierung anerkannt worden; sie hat alles aufgeboten, um Gemeinden und Private, selbst, wenn ich mich recht erinnere, durch Bewilligung von Prämien, dazu zu bringen, Schälwaldungen anzulegen. Heute steht es so, daß noch große Flächen, z. B. in der Eifel, vorhanden sind, die sich zu Eichenschälwald sehr wohl eignen und auch dazu umgewandelt werden würden, wenn die Leute Chancen hätten, daß sie ein finanzielles Resultat erreichen würden, wie es vor 10 bis 15 Jahren der Fall war. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn jetzt keine Maßregeln ergriffen werden, um den deutschen Eichenschälwald zu erhalten, wir in einer Reihe von Jahren — ich habe hier einen Bericht vor mir, der spricht von fünf Jahren; ich glaube, die Periode wird länger sein — wieder eine Kalamität, und zwar in noch höherem Maße haben werden als die Kalamität, die zu beseitigen

die preußische Forstverwaltung vor vielleicht zwei Dezennien bestrebt gewesen ist. Um dies zu vermeiden, sollte sich die ganze Lederindustrie mit uns vereinigen, um durch einen mäßigen Zoll auf Quebracho die Konkurrenz des deutschen Eichenschälwaldes gegenüber der argentinischen Einfuhr aufrecht zu erhalten, um, wenn letztere einmal aufhören oder sich stark vermindern sollte, wenigstens im Inlande noch einen Faktor zu haben, der eine Preisregulierung einigermaßen ermöglicht, und so nicht gänzlich abhängig zu werden von dem österreichischen, französischen und belgischen Import.

Alle die extravaganten Bestrebungen, die uns hier untergelegt werden, finden wirklich nicht statt; und das Haus hat alle Veranlassung, bei seinem früher gefaßten Beschlusse stehen zu bleiben. Allerdings der Erfolg steht dahin. Wir können nicht mehr tun, als daß wir unsere Ansicht aussprechen. Ich hoffe, daß, wenn die Petitionen zur Diskussion stehen werden, das Haus in der Lage sein wird, seinen Beschluß vom vorigen Jahre in anderer Form zu wiederholen. Schlimmstenfalls müssen wir sieben Jahre warten. Darin stimme ich dem Herrn Abgeordneten von Salisch bei, daß die Erklärung des Herrn Schatzsekretärs den Interessenten die Beruhigung gewähren wird, daß, wenn die sieben Jahre herum sind, sich die verbündeten Regierungen nicht mehr ohne weiteres den Anforderungen des deutschen Schälwaldes widersetzen werden.

(Bravo!)

In der weiteren Erörterung griff Theodor Barth den Grafen von Kanitz-Podangen, der die Folgerungen für die weitere Wirtschaftspolitik des Reiches aus den Darlegungen des Grafen Posadowsky zu ziehen versucht hatte, mit folgenden Aeußerungen an: „Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Grafen Kanitz durchaus zu, daß es nicht gleichgiltig ist, ob das Schuhzeug in unserer Armee leistungsfähig ist oder nicht; aber ich vermag nicht einzusehen, was die Frage des Quebrachozolls damit zu tun hat. Zunächst mache ich darauf aufmerksam, daß, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, diese Frage schon einmal zur Verhandlung gekommen ist, wenn ich nicht irre, in der Budgetkommission, ziemlich eingehend;

und es hat damals, wenn ich nicht irre, die Militärbehörde sich dahin ausgesprochen, daß nach den von ihr gemachten Erfahrungen eine Minderwertigkeit des Schuhzeugs, das mit Quebracho gegerbt ist, bisher durchaus nicht erkennbar sei. — Aber, meine Herren, selbst wenn diese Tatsache — wobei ich mich nur auf mein Gedächtnis und auf die Zustimmung von Herren, die sich desselben Vorgangs zu erinnern glauben, stützen kann — nicht zutrifft, was hindert denn die Militärverwaltung daran, wenn sie sich überzeugt, daß das mit Quebracho gegerbte Leder weniger gut ist, dann von diesem Leder völlig Abstand zu nehmen? Das ist nicht bloß ihr Recht, das ist meines Erachtens nach sogar ihre Pflicht und Schuldigkeit. Sie hat dafür zu sorgen, und wenn sie Abschlüsse macht mit Lieferanten, so hat sie diesen Punkt ebenfalls wie alle möglichen anderen Punkte mit ins Auge zu fassen. Das gehört unmittelbar zu ihren Obliegenheiten. Aber weshalb soll sie allein berechtigt sein, auszuwählen, welche Sorte von Leder sie haben will, weshalb nicht auch der übrige Teil der Bevölkerung? Weshalb wollen Sie es nicht dem einzelnen Konsumenten überlassen, nun seinerseits die Entscheidung zu treffen, welche Sorten Leder er haben will?"

„Sodann hat Herr Graf Kanitz mir eine Frage vorgelegt, auf die ich ihm wenigstens eine kurze Antwort geben möchte. Er hat gefragt, ob ich glaubte, daß die Handelsverträge, wie sie jetzt bestehen, wenn sie noch einmal zur Abstimmung ständen, in dem gegenwärtigen Reichstage wiederum eine Majorität bekommen würden. Nun, meine Herren, die Majorität, die der Reichstag geliefert hat bei den früheren Handelsverträgen, war bekanntlich eine zum Teil sehr beträchtliche, und ich habe zu dem bon sens des Reichstags das Vertrauen, daß er, wenn ihm dieselbe Frage noch einmal vorgelegt würde, und besonders nachdem er sich hat davon überzeugen können, wie außerordentlich segensreich diese Handelsverträge gewirkt haben, er zu demselben Resultate kommen würde. — Wenn die Herren auf der rechten Seite dies Vertrauen zu dem Reichstag nicht haben, werde ich es ihnen nicht beibringen können; dagegen steht das eine unter allen Umständen fest, daß es nicht dieser Reichstag sein wird, der zu entscheiden hat über die Verlängerung der Handelsverträge, sondern ein nächster Reichstag, wahrscheinlich der nächste Reichstag, und es werden die Wähler zu entscheiden haben, ob sie eine solche Mehrheit in den Reichstag entsenden wollen, die fähig ist, diese Handelsverträge, die wir jetzt haben, aufzulösen und uns dafür in einen Zollkrieg mit der ganzen Welt zu drängen. Die Frage wird ja sicher in den Mittelpunkt der nächsten Wahlbewegung gestellt werden, und ich für meine Person kann nur

sagen: ich wünsche mir gar keine bessere Wahlparole als die „für oder gegen die Handelsverträge“.“

Stumm antwortete darauf:

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Es ist wirklich kein Vergnügen für mich, zum dritten Male in dieser Frage das Wort zu ergreifen. Bei der Beharrlichkeit aber, mit welcher der Herr Abgeordnete Barth auftritt, ist es mir ganz unmöglich, einige Legenden, die er aufgestellt hat, unwidersprochen zu lassen.

Der Abgeordnete Dr. Barth muß die ganzen Verhandlungen der vorigen Jahre nicht gelesen haben, oder er muß ihnen nicht gefolgt sein, oder er hat sie vergessen. Denn die schlechten Erfahrungen der Militärverwaltung bezüglich des mit Quebracho gegerbten Leders sind im vorigen Jahre hier von keiner Seite bestritten worden. Es ist von uns konstatiert worden, daß die Militärverwaltung, sogar der Herr Kriegsminister persönlich, auf das entschiedenste auch innerhalb des preußischen Ministeriums für einen Quebrachozoll eingetreten ist. Das ist gar nicht zu leugnen; und wenn die Herren darüber noch weitere Informationen haben wollen, so, glaube ich, wird von seiten des Kriegsministeriums auf das bereitwilligste darüber Auskunft gegeben werden, daß alle gemachten Versuche zu gunsten des mit reiner Eichenlohe gegerbten Leders ausgefallen sind.

Nun meinte der Abgeordnete Dr. Barth, selbst wenn dem so wäre, so würde es doch für das Kriegsministerium ein leichtes sein, vorzuschreiben, daß nur reines Eichenlohleder geliefert wird, es brauche ja kein Quebracholeder zu nehmen. Ja, meine Herren, zurzeit ist das bis zu einem gewissen Grade noch möglich, soweit die Unterscheidung überhaupt durchgeführt werden kann. Wenn aber die Sache so fortgeht, die Nachfrage des Publikums nach Eichenlohleder immer geringer wird, die Verwendung des gemischten Leders

*) S. 4204.

gegenüber dem reinen Eichenlohleder immer mehr zunimmt, dann wird die Militärverwaltung nicht mehr in der Lage sein, reines Leder zu bekommen, jedenfalls nicht in dem Moment, wo plötzliche Anforderungen infolge einer Mobilmachung, infolge eines vielleicht lange dauernden Krieges an sie herantreten. Denn es kann sich dann nicht mehr darum handeln, dies Leder neu zu gerben, was, wie Sie ja wissen, monatelang dauert, sondern es muß aus den Vorräten, die in den Warenhäusern lagern, das nötige Leder beschafft werden.

(Sehr wahr!)

Dort wird die Militärverwaltung dann gutes Leder nicht mehr finden und vielleicht im allerkritischsten Moment zum schlechten Quebracholeder greifen müssen.

Was die Behauptung des Herrn Barth über die große Majorität, welche die Handelsverträge hier gefunden haben, anlangt, so geht er da von ganz falschen Voraussetzungen aus, wenn er diese Majorität ausspielt gegenüber den Chancen, die 1903 in bezug auf die Majoritätsverhältnisse des Hauses vorauszusehen sind. Beim österreichischen Handelsvertrag, der zuerst kam und grundlegend war, wird von keiner Seite bestritten werden, daß da für viele die wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus nicht im Vordergrund gestanden haben, sondern eine ganze Anzahl Abgeordneter von dieser Seite namentlich — ich war damals krank und deshalb nicht anwesend, aber von meinen politischen Freunden weiß ich es — für den Vertrag gestimmt haben aus politischen Gründen

(sehr wahr! rechts),

weil man der Ansicht war, daß man die Stärkung des Dreibunds und die Stellung der Regierung zum Dreibunde im Auge haben müsse, und daß es sehr gefährlich wäre, nach außen hin diese Stellung durch Ablehnung eines solch wichtigen Vertrags zu untergraben.

(Sehr richtig! rechts.)

Das war der österreichische Vertrag. Nun kamen die übrigen Verträge. Sie werden mir das Zeugnis nicht versagen, daß

ich sehr wirksam an dem Zustandekommen dieser Verträge teilgenommen habe, daß ich im Gegensatz zu vielen, ja, zu der Mehrheit meiner politischen Freunde,*) meine Stellung sehr entschieden zu ihren Gunsten genommen habe, namentlich beim letzten, dem russischen Handelsvertrag. Da ist aber trotzdem die frühere große Mehrheit ganz empfindlich zusammengeschrumpft, und die Mehrheit hat, wie ich glaube, nur etwa ein Dutzend Stimmen betragen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ziehen Sie von dieser Mehrheit diejenigen Mitglieder ab, zu denen auch ich gehöre, die für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben, einfach aus Konsequenz der früheren Verträge, weil sie sich gesagt haben: die Schädigung der Landwirtschaft, die in dem Getreidezoll von 3½ Mark liegt, läßt sich durch Verwerfen des russischen Handelsvertrags im wesentlichen nicht mehr ändern — ziehen Sie diese ab, so würden Sie eine ganz entschiedene Mehrheit gegen den russischen Handelsvertrag bekommen haben. Dazu kommt, daß manche Herren auch aus politischen Gründen für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben, weil sie anerkannten, daß es eine Art Affront gegen Rußland sei, wenn wir diese uns befreundete Macht schlechter stellen als Oesterreich. Wenn aber die Frage umgekehrt so gelegen hätte, daß man Oesterreich einen Zoll von 5 oder 6 Mark zugebilligt haben würde, so würde niemand auf dieser Seite des Hauses dazu gekommen sein, nun Rußland gegenüber einen Zoll von 3½ Mark einzuführen. Ich behaupte, diese ganzen Abstimmungen über die Handelsverträge haben über die Frage gar nicht entschieden, ob der Reichstag, wenn er es heute neu zu tun hätte, beispielsweise einen Zoll von 3½ Mark für Getreide akzeptieren würde; ja, ich behaupte im Gegenteil: nicht nur die Abstimmung über den Quebrachozoll vor zwei Jahren, sondern auch eine

---

*) S. 4205.

Menge anderer Erscheinungen machen es mir zur absoluten Gewißheit, daß, wenn die wirtschaftlichen Parteiverhältnisse im Reichstage im Jahre 1903 so beschaffen sein werden wie heute, daß dann von einer Erneuerung der Handelsverträge auf der bisherigen Basis, namentlich soweit sie die Landwirtschaft schädigen, gar keine Rede sein kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Fünfte Session

Achtzigste Sitzung
Sonnabend, den 30. April 1898

Verzollung von Seidengeweben und Zoll auf Rohwolle

Unterm 19. Januar 1898 hatten Dr. Bachem und Genossen einen Antrag auf Abänderung des selbstherrlichen Zolltarifs vom 15. Juli 1879 eingebracht, welcher ganzseidene, ungemusterte, taftbindige Rohgewebe mit einem Zoll von 300 Mark zu belegen vorschlug (Nr. 93 der Drucksachen). Dazu hatten am 29. Januar Münch-Ferber und Genossen einen abweichenden Antrag gestellt, den sie jedoch dann zurückgezogen hatten (Nr. 102 der Drucksachen). An dessen Stelle hatten sie dann unterm 22. Februar eine Entschließung des Reichstags vorgeschlagen, welche die verbündeten Regierungen ersuchen sollte, im Verordnungs- oder Gesetzgebungswege baldigst dafür zu sorgen, daß zollfrei zugelassene reinseidene Gewebe nach dem bei der Abmeldung aus dem Zollverschluß sich ergebenden Gewicht zur Verzollung gezogen werden dürften und daß reinseidene Gewebe aus Nicht-Meistbegünstigungsstaaten nur mit dem Meistbegünstigungszolle belastet werden sollten. Am 30. April 1898 fand die erste und die zweite Beratung dieser Anträge statt. Der Direktor im Reichsschatzamt, Dr. von Koerner, führte als stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat aus, daß man durch eine so erhebliche Herabsetzung des Zolles für chinesische Seidengewebe einen wichtigen Verhandlungsgegenstand für spätere Handelsvertragsverhandlungen mit China aus der Hand gebe. Stumm sprach zu gunsten beider Anträge.

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg*): Ja, meine Herren, auch ich möchte mich für die Annahme der

---

*) S. 2066.

beiden Anträge aussprechen. Meiner Auffassung nach ist das Bedenken, welches, wie ich höre, der erste der Herren Regierungskommissare hier ausgesprochen hat, und welches mir nicht vollständig zu Gehör gekommen ist, weil ich gerade während der Rede hier ins Haus eintrat, daß der chinesische Handelsvertrag, das Abkommen mit China, darunter leiden könnte, ein nicht ganz berechtigtes. Nachdem hier im Hause, wie mir scheint, in der Sache eine völlige Uebereinstimmung, auch mit der Regierung, besteht, so wird die chinesische Regierung diesen tatsächlichen Zustand ebensogut erfahren, als wenn wir den Antrag Bachem annehmen und die verbündeten Regierungen dem Antrag durch Aenderung des Zolltarifs folgegeben. Ich glaube also, der Effekt, daß wir auf China auf diesem Gebiet einen Druck ausüben können, ist durch die Verhandlungen, die hier im Hause stattfinden und durch die Abstimmung — mag sie ausfallen, wie sie will — beseitigt.

Den anderen Gesichtspunkt, daß es prinzipiell nicht wünschenswert ist, in diesem Reichstag noch eine Aenderung des Zolltarifs in einzelnen Positionen herbeizuführen, nachdem wir jetzt einen wirtschaftlichen Beirat*) haben und von sachverständiger Seite mit den verbündeten Regierungen ein neuer Zolltarif aufgestellt wird, — diesen**) Gesichtspunkt erkenne ich im allgemeinen als durchaus richtig an. In diesem Falle aber, meine ich, hat er keine besondere Bedeutung, und zwar deshalb nicht, weil es sich hier gar nicht um eine Meinungsverschiedenheit handelt. Ich bin vollkommen der Ansicht, es wäre ein großer Fehler, wenn man jetzt einzelne Punkte, über welche erhebliche Meinungsverschiedenheiten herrschen, herausgreifen und eine große zollpolitische Debatte hervorrufen wollte. Das wäre ein Fehler. In einem Punkte aber, wo alle Seiten einig sind, kann es kein Bedenken haben, wenn man von dem

---

*) Den Wirtschaftlichen Ausschuß, der zur Vorbereitung des neuen selbstherrlichen Zolltarifs eingesetzt worden war.

**) S. 2067.

Prinzip abweicht und einen einzelnen Punkt heraushebt, der in der Tat der Abhilfe bedarf. Sollten aber trotzdem die verbündeten Regierungen hinterher Bedenken tragen, entweder gegen das Prinzip oder den Wortlaut des Antrags, nun, meine Herren, so wird in letzterer Beziehung Gelegenheit sein, bis zur dritten Lesung eine anderweite Vereinbarung zwischen dem Antragsteller und der Regierung herbeizuführen, und was das Prinzip anlangt, wenn die Regierung wirklich so große Bedenken hat, daß sie ihr unüberwindlich scheinen, so ist sie ja nicht dazu gezwungen, das, was wir hier beschließen, Gesetz werden zu lassen; darüber müssen wir uns vollkommen klar sein. Aber ich glaube, es liegt wirklich im Interesse der Sache, und wir sind es der Industrie in Krefeld schuldig, hier Farbe zu bekennen und Uebelständen, die wir alle anerkennen, durch Annahme des Antrags Bachem Abhilfe zu schaffen, wobei ich kein Bedenken habe, auch dem Antrag Münch-Ferber meinerseits zuzustimmen.

(Bravo!)

Beide Anträge wurden sodann in erster und in zweiter Lesung angenommen.

An demselben Tage kam unter „Beratung von Berichten der Petitionskommission" das Gesuch um Einführung eines Zolles auf rohe Schafwolle (Nr. 221 der Drucksachen) als Punkt h zur Beratung. Die Kommission schlug dem Reichstag vor, zu beschließen, die Petition II Nr. 4328 des Johannes Goll und Genossen zu Bissingen in Würtemberg um Einführung eines Zolles auf rohe ausländische Schafwolle dem Herrn Reichskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung zu überweisen. Der Berichterstatter von Tungeln begründete diesen Vorschlag mit wenigen Worten. Rickert, der eine eingehendere Erörterung dieser Grundsatzfrage wünschte, die in dem Vorschlag eines Zolles auf einen wichtigen Rohstoff der Industrie lag, berief sich auf Stumms Vorgehen in einem anderen Falle.

Rickert, Abgeordneter*): „Meine Herren, ich denke, damit kann doch diese wichtige Angelegenheit nicht erledigt sein. Es ist

*) S. 2072.

überhaupt ein Uebelstand, daß wir bei solcher Besetzung des Hauses und auf grund eines mündlichen Berichts so wichtige Dinge hier entscheiden sollen. Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm hat in einem früheren Falle, auch bei einer sehr wichtigen Angelegenheit, seine Bedenken vorgetragen, und ich würde es korrekt finden, daß solche Materien auf grund eines schriftlichen Berichts und gründlich behandelt werden. Ich glaube, der Herr Abgeordnete von Stumm wird mir zugeben, daß das in jenem Falle nicht der Fall war, und daß die Abstimmung auch nur eine ganz zufällige war; ich habe mehrere Herren gesehen, die sich erkundigten, wie sie stimmen sollten. Bei diesem Gegenstande möchte ich die Absetzung von der Tagesordnung beantragen, eventuell müßte ich einen Gegenantrag auf Uebergang zur Tagesordnung stellen und wenigstens dann etwas tiefer in die Materie eingehen, als es der Herr Berichterstatter auf grund der Verhandlungen der Kommission getan hat.

Ich beantrage also die Absetzung dieser Petition von der Tagesordnung."

Präsident: „Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm-Halberg."

Abgeordneter Freiherr von Stumm-Halberg: Meine Herren, ich bin in der Lage, auch meinerseits dem Antrag des Abgeordneten Rickert zuzustimmen.

(Zurufe.)

— Doch, er hat den Antrag gestellt, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, und diesem Antrage schließe ich mich voll und ganz an.

Präsident: „Es ist der Antrag gestellt, diesen Gegenstand der Tagesordnung von derselben abzusetzen. Ich werde den Antrag zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage auf Absetzung zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Gegenstand ist abgesetzt."

Ein Zoll auf Rohwolle kam nicht zur Einführung.
